PROTOKOLL

DES ORDENTLICHEN SPD-BUNDESPARTEITAGS

8. BIS 10. DEZEMBER 2023
IN BERLIN

SPD Soziale Politik für Dich.

Inhaltsverzeichnis

Tagesordnung 5
Geschäftsordnung 7
Protokoll 9
Begrüßung 9
Totengedenken 16
Konstituierung und Eröffnung 16
Wahl des Tagungspräsidiums 16
Beschluss über die Tagesordnung 17
Beschluss über die Geschäftsordnung 17
Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission 18
Rechenschaftsberichte 18
Bericht der Vorsitzenden der Kontrollkommission 18
Entlastung des Vorstandes 20
Reden der Kandidatin und des Kandidaten für den Parteivorsitz und Einbringung des Leitantrags Tr01 20
Rede Saskia Esken 20
Rede Lars Klingbeil 28
Aussprache zur Wahl der Parteivorsitzenden in Verbindung mit dem Leitantrag Tr01 35
Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission 74
Wahl der/des Parteivorsitzenden 75
Ergebnis der Wahl der/des Parteivorsitzenden 76
Fortsetzung der Aussprache 77
Bericht der Vorsitzenden der Antragskommission 95
Antragsberatung Leitantrag Tr01 96
Vorstellungsreden der Kandidierenden zur Wahl der/des stellvertretenden Parteivorsitzenden 109
Wahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden 119
Antragsberatung Bereich Verkehr und Infrastruktur und Ini05 120
Antragsberatung Bereich Digitales, Medien, Kultur, Weltanschauungen 122
Antragsberatung Bereich Umwelt, Klima, Verbraucherschutz und Energie 126
Ergebnis der Wahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden 129

Vorstellungsrede des Kandidaten zur Wahl des Generalsekretärs 132
Wahl des Generalsekretärs 136
Antragsberatung Bereich Arbeitsmarkt und Beschäftigung und Ini09 138
Ergebnis der Wahl des Generalsekretärs: 142
Vorstellungsrede des Kandidaten zur Wahl des Schatzmeisters 142
Wahl des Schatzmeisters 145
Fortsetzung der Antragsberatung Bereich Arbeitsmarkt und Beschäftigung und Ini09 146
Ergebnis der Wahl des Schatzmeisters 155
Vorstellungsrede der Kandidatin zur Verantwortlichen des Parteivorstandes für die Europäische Union 156
Wahl der Verantwortlichen des Parteivorstandes für die Europäische Union 158
Fortsetzung der Antragsberatung Bereich Arbeitsmarkt und Beschäftigung und Ini09 158
Ergebnis der Wahl der Verantwortlichen des Parteivorstandes für die Europäische Union 163
Fortsetzung der Antragsberatung Bereich Arbeitsmarkt und Beschäftigung, Ini09 163
Grußwort der DGB Vorsitzenden 168
Antragsberatung Bereich Soziales und Ini04 172
Rede des Bundeskanzlers 178
Antragsberatung Ini02 in Verbindung mit Aussprache 192
Wahl der weiteren Mitglieder des Parteivorstands 209
Antragsberatung Bereich Inneres, Recht und Verwaltung 243
Antragsberatung Themenübergreifende Anträge 250
Wahl der Kontrollkommission 251
Rede des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion 253
Einbringung des Leitantrags A01 258
Rede des Ministerpräsidenten von Spanien Pedro Sánchez 263
Antragsberatung des Leitantrags A1 267
Rede des Vorsitzenden der Partei CHP 269
Fortsetzung der Antragsberatung des Leitantrags A1 271
Ergebnis der Wahl der weiteren Mitglieder des Parteivorstands 276
Zweiter Wahlgang der weiteren Mitglieder des Parteivorstands 278
Fortsetzung der Antragsberatung des Leitantrags A1 280
Fortsetzung zweiter Wahlgang der weiteren Mitglieder des Parteivorstands 286

Fortsetzung der Antragsberatung des Leitantrags A1 ... 287
Ergebnis des zweiten Wahlgangs der weiteren Mitglieder des Parteivorstands ... 307
Fortsetzung der Antragsberatung des Leitantrags A01 ... 308
Einbringung der Anträge Bereich Europapolitik ... 313
Wahl der Bundesschiedskommission ... 316
Einbringung Initiativantrag Ini01 ... 319
Antragsberatung Initiativantrag Ini01 ... 324
Ergebnis der Wahl zur Bundesschiedskommission ... 365
Wahl der Delegierten zum Kongress der SPE ... 368
Einbringung des Leitantrags B01 ... 371
Antragsberatung des Leitantrags B01 ... 377
Antragsberatung weiterer Anträge zu Bildung, Wissenschaft und Jugend ... 408
Verabschiedung ausgeschiedener Mitglieder des Parteivorstands ... 410
Ergebnis der Wahl der Delegierten zum Kongress der SPE ... 412
Antragsberatung Familien-, Frauen- und Gleichstellungspolitik, Generations- und Seniorenpolitik ... 413
Antragsberatung O1 ... 430
Antragsberatung O2 ... 437
Antrag zur Geschäftsordnung ... 438
Schlusswort ... 439
Deligierte ... 442
Delegierte mit beratender Stimme ... 450
Rednerinnen und Redner ... 451

ANHANG

Finanzbericht ... 454
Bericht des Generalsekretärs ... 476
Bericht über den Stand der AfA - und Betriebsorganisation ... 494
Umfrageergebnisse Betriebsorganisation ... 495
Gleichstellungsbericht 2023 ... 496
Fortschrittsbericht zur interkulturellen Öffnung der SPD ... 548

Tagesordnung

Freitag, 08. Dezember 2023

10:00 Uhr

Begrüßung
Konstituierung und Eröffnung
Wahl des Tagungspräsidiums
Beschluss über die Tagesordnung
Beschluss über die Geschäftsordnung
Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission

Rechenschaftsberichte

- Bericht des Generalsekretärs (schriftlich)
- Bericht der Bundestagsfraktion
- Bericht des Schatzmeisters (schriftlich)
- Bericht der Vorsitzenden der Kontrollkommission
- Gleichstellungsbericht (schriftlich)
- Bericht über den Stand der Betriebsorganisation (schriftlich)
- Bericht über die Erledigung und Bearbeitung der angenommenen und überwiesenen Anträge der vorangegangenen Parteitage und Parteikonvente (schriftlich)
- Bericht Kommunalbeirat (schriftlich)
- Fortschrittsbericht Verantwortliche für interkulturelle Öffnung (schriftlich)

Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission

Bericht der Vorsitzenden der Antragskommission Antragsberatung

Reden der Parteivorsitzenden Saskia Esken und Lars Klingbeil

Wahl der/des Parteivorsitzenden
Wahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden Wahl der/des Generalsekretär*in
Wahl der/des Schatzmeister*in
Wahl des/der EU-Beauftragten

Weitere Antragsberatung

Unterbrechung des Parteitags

Samstag, 09. Dezember 2023

9:00 Uhr	Grußwort
	Antragsberatung
	Rede Bundeskanzler Olaf Scholz
	Aussprache
	Wahlen der weiteren Mitglieder Parteivorstand Wahl der Bundesschiedskommission Wahl der Kontrollkommission
	Weiterführung Antragsberatung
	Wahl der Delegierten zum Kongress der SPE
	Unterbrechung des Parteitags
	Parteiabend

Sonntag, 10. Dezember 2023

9:00 Uhr	Weiterführung Antragsberatung einschließlich satzungsändernder Anträge
14:00 Uhr	Schlusswort

Geschäftsordnung

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind laut § 15 Organisationsstatut die von den Bezirken gewählten Delegierten und die Mitglieder des Parteivorstands. Die Mitglieder des Gewerkschaftsrats und des Kommunalbeirats haben auf dem Parteitag Rederecht. Die Vorsitzenden bzw. benannten Vertreter*innen der nahestehenden Organisationen haben auf dem Parteitag Rederecht zu ihren Anträgen nach § 18 Abs. 3 Organisationsstatut.

2. Der Parteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten anwesend ist. Die Beschlussunfähigkeit wird nur auf Antrag festgestellt. Solange die Beschlussunfähigkeit nicht festgestellt ist, gilt der Parteitag als beschlussfähig.

3. Die Antragsberatung wird durch ein digitales Antragssystem unterstützt. Die stimmberechtigten Mitglieder erhalten im Vorfeld der Veranstaltung per E-Mail Informationen zu personalisierten Zugangsdaten zugesandt, mit denen sie sich im digitalen Antragssystem anmelden können. Ist eine Delegierte bzw. ein Delegierter verhindert, muss dies umgehend der Delegationsleitung mitgeteilt werden.

4. Die Beschlüsse des Parteitags werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit das Statut der Partei nichts anderes vorschreibt. Eine Zustimmung kann durch das Tagungspräsidium auch über die Frage nach Widerspruch in Form von Wortmeldungen durch die stimmberechtigten Mitglieder herbeigeführt werden. Die Abstimmung erfolgt grundsätzlich per Handzeichen.

5. Die Redezeit für Diskussionsbeiträge beträgt drei Minuten.

6. Die Diskussionsredner*innen erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen, unter Beachtung der Geschlechterquote, das Wort. Die Wortmeldungen erfolgen digital und werden in eine Redeliste eingetragen, die von den Delegierten im digitalen Konferenzsystem eingesehen werden kann. Wortmeldungen können auch schriftlich beim Tagungspräsidium eingereicht werden. Berichterstatter*innen können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten. Das Tagungspräsidium kann, wenn es für den Verlauf der Debatte erforderlich ist, außerhalb der Reihenfolge auf der Redeliste das Wort erteilen.

7. Die Berichterstatter*innen der Antragskommission haben die Stellungnahme der Antragskommission zu begründen. Erhält der Sprecher bzw. die Sprecherin der Antragskommission nach Schluss der Debatte nochmals das Wort, und äußert er bzw. sie sich zur Sache, ist damit die Debatte erneut eröffnet.

8. Anträge aus der Mitte des Parteitags (Initiativanträge) werden behandelt, soweit der Parteitag dem zustimmt. Die Anträge müssen von 50 Stimmberechtigten aus fünf Bezirken unterstützt werden. Initiativanträge werden durch stimmberechtigte Delegierte direkt im digitalen Antragssystem OpenSlides gestellt. Die Sammlung der Unterstützung erfolgt ebenfalls dort elektronisch. Der Parteivorstand hat ein eigenes Initiativrecht.

9. Änderungsanträge, die nach Ablauf der Antragsfrist des § 18 Abs. 2 Organisationsstatut eingegangen sind, sind nur zulässig, wenn sie von stimmberechtigten Parteitagsdelegierten mündlich begründet werden und sich auf den Text behandelter Anträge beziehen. Diese Anträge müssen zudem schriftlich per E-Mail rechtzeitig vor der Abstimmung beim Büro der Antragskommission eingereicht werden. Bei mehreren Anträgen zu einer Sachfrage wird zuerst über den weitestgehenden Antrag abgestimmt.

10. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragssteller*innen erhalten außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner*innen das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt drei Minuten.

11. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je ein Redner bzw. eine Rednerin für und gegen den Antrag gesprochen hat.

12. Vom Redner bzw. von der Rednerin zugelassene Zwischenfragen und Zwischenbemerkungen während einer Rede oder eines Debattenbeitrags sollen kurz und präzise sein. Das Tagungspräsidium kann im Anschluss an einen Debattenbeitrag eine Zwischenbemerkung von höchstens zwei Minuten zulassen, auf die die Rednerin bzw. der Redner kurz antworten darf.

13. Persönliche Anmerkungen sind nur am Schluss der Debatte zulässig.

14. Der Parteitag beschließt über die Mandatsprüfungs- und Zählkommission.

Protokoll

Veranstaltungsort: CityCube (Messe Berlin)
Motto: DEUTSCHLAND. BESSER. GERECHT.

1. Tag: 08.12.2023
Beginn: 10:20 Uhr

(Beifall)

BEGRÜßUNG

Malu Dreyer, *Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz*

Guten Morgen, liebe Genossen und Genossinnen! Es ist so schön, dass ihr es trotz Bahnstreik und trotz leckerem Pfälzer Riesling gestern Abend geschafft habt, dass die Reihen hier gefüllt sind und dass wir heute diesen wunderbaren Bundesparteitag mit euch gemeinsam eröffnen können. Ich begrüße euch von ganzem Herzen, und ich freue mich, dass die sozialdemokratische Familie heute zusammenkommt. Herzlich willkommen! Auf einen guten Bundesparteitag!

(Beifall)

Vor vier Jahren – vielleicht erinnert ihr euch noch daran – hatte ich auch das Vergnügen, diesen Bundesparteitag 2019 zu eröffnen. Es war ein wirklich besonderer Parteitag, denn ich durfte damals als kommissarische Parteivorsitzende an die neu gewählte Parteispitze übergeben. Und auch damals, liebe Genossen und Genossinnen, war die SPD in keiner einfachen Lage. Ich habe es noch mal nachgeschaut: Nach Forsa standen wir damals im Dezember 2019 bei 11 Prozent. Genossen und Genossinnen, eigentlich konnte man in den Zeitungen lesen, die SPD kommt nie mehr auf die Füße, die SPD bringt es eh nicht, und die SPD braucht kein Mensch.

Deshalb, liebe Genossen und Genossinnen, blicken wir heute auf das, was wir seit 2019 geschafft haben, und wir haben keinen Grund für Verzagtheit. Wir schauen nach vorne. Wir haben Ziele, wir haben Kraft, wir haben uns gemeinsam. Ich bin ganz sicher, wenn man mal kurz innehält und darauf blickt, dass man mit großem Mut und großer Zuversicht in die Zukunft schauen kann.

(Beifall)

Was haben wir erreicht? Wir haben eine starke Parteispitze und eine geschlossene Partei. Ich freue mich, liebe Saskia, lieber Lars, dass ihr euch entschieden habt, heute wieder anzutreten, um gemeinsam die geschlossene Arbeit fortzusetzen, mit euch zusammen unser Generalsekretär Kevin Kühnert. Ein herzliches Hallo von meiner Seite. Ich wünsche uns gemeinsam einen tollen, erfolgreichen Parteitag.

(Beifall)

Genossen und Genossinnen, was haben wir noch geschafft seit 2019? Wir stellen den vierten sozialdemokratischen Bundeskanzler für die Bundesrepublik Deutschland.

(starker, lang anhaltender Beifall)

Lieber Olaf, deine unsere Partei. Heute ist der zweite Jahrestag. Genau vor zwei Jahren wurdest du als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland vereidigt. Ich bin wahnsinnig stolz darauf, und ich gratuliere dir. Es ist eine herausfordernde Zeit. Ich bin froh, wir alle sind froh – das konntest du eben am Applaus spüren -, dass du unser Bundeskanzler bist.

(lebhafter Beifall)

Ihr lieben Genossen und Genossinnen, wir haben wunderbare, starke Bundesminister und Bundesministerinnen im Kabinett von Olaf Scholz. Ich begrüße sehr, sehr herzlich Hubertus, unseren stellvertretenden Parteivorsitzenden.

(Beifall)

Ich begrüße Karl.

(Beifall)

Ich begrüße Boris.

(Beifall)

Ich begrüße Wolfgang und Svenja.

(Beifall)

Ein großes Hallo an die starken Minister und Ministerinnen.

(Beifall)

Und ich habe Klara vergessen. Entschuldigung, Klara.

(Beifall)

Mein herzliches Willkommen geht natürlich auch an unsere Bundestagspräsidentin Bärbel Bas. Ein untrügliches Zeichen dafür, dass die SPD im Bundestag die stärkste Fraktion geworden ist.

(Beifall)

Genossen und Genossinnen, noch einmal innehalten. 2019 wurde die SPD eigentlich abmoderiert. Wir sind kurz danach als stärkste Fraktion in den Deutschen Bundestag eingezogen, und ich begrüße mit Stolz den Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Rolf Mützenich, und alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages.

(Beifall)

Lieber Rolf, ihr leistet eine tolle Arbeit, und das ist bewundernswert; denn auch in einer Konstellation zu dritt ist es nicht immer sehr leicht. Aber ihr seid geschlossen, ihr seid klar, und ihr kämpft für unsere Ziele. Dafür ein ganz großes Dankeschön,

(Beifall)

Liebe Genossen und Genossinnen, ich freue mich auch, dass wir eine Riege sozialdemokratisch erfolgreicher Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten haben. Ich freue mich, heute natürlich Stephan Weil begrüßen zu dürfen. – Nein, zuerst will ich natürlich unsere amtierende Bundesratspräsidentin Manuela Schwesig, begrüßen, unsere MP-Kollegin.

(Beifall)

Ich begrüße Anke Rehlinger, noch eine unserer stellvertretenden Parteivorsitzenden. Ich begrüße mit Herzlichkeit Stephan Weil.

(Beifall)

Ich begrüße Peter Tschentscher, und ich begrüße genau so herzlich Andreas Bovenschulte.

(Beifall)

Liebe Genossen und Genossinnen, um den Reigen richtig rund zu machen, begrüße ich natürlich auch den Vorsitzenden der FES, unseren ehemaligen Parteivorsitzenden Martin Schulz. Lieber Martin, herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich begrüße auch den ehemaligen Vorsitzenden der SPD in der DDR und Bundestagspräsident a.D. lieber Wolfgang Thierse, ein herzliches Willkommen heute!

(Beifall)

Genossen und Genossinnen, ich möchte euch alle begrüßen, die vielen Männer und Frauen, die für die Sozialdemokratie vor Ort kämpfen, ihre Aufgaben wahrnehmen, Optimismus ausstrahlen und vieles bewegen in unserem Land. Aus den Landesparlamenten, im Europaparlament, den Kommunen, aber auch ganz normal in unseren Ortsvereinen an der Basis. Schön, dass ihr alle miteinander heute da sein.

(Beifall)

Wenn ich noch einmal auf 2019 zurückblicken darf: Wir haben damals nicht nur die Weichen für eine Neuaufstellung in der Partei gestellt. Wir haben damals auch ein sehr, sehr wichtiges Grundsatzpapier beschlossen. Es war das Sozialstaatskonzept, und dieses Sozialstaatskonzept ist der Grundstein für viele Regierungsentscheidungen der letzten Zeit gewesen. Der Mindestlohn, Genossen und Genossinnen, das Wohngeld, Genossen und Genossinnen, das Bürgergeld, ihr Lieben, Weiterbildung, Qualifizierung, Kindergrundsicherung – das alles haben wir als Partei beschlossen, und wir haben es als Regierung umgesetzt oder wir sind auf dem Weg dahin. Leute, so macht man Politik. Und es ist schön, wenn wir regieren, denn nur, wenn wir regieren, kann aus Parteitagsbeschlüssen auch reale Politik werden, Und so soll es weitergehen, wenn es nach mir geht. Daran arbeiten wir auch auf diesem Bundesparteitag.

(Beifall)

So, wie wir damals das Sozialstaatskonzept verabschiedet haben, wollen wir heute den Zukunftsplan für die wirtschaftliche und ökologische Erneuerung beschließen, und darauf freue ich mich. Es sind die Themen, mit denen wir in den Wahlkampf gegangen sind an der Spitze mit Olaf Scholz, die Themen, für die wir uns als SPD einsetzen, nämlich, dass wir ein starkes Land bleiben, dass wir ein Land mit guten Arbeitsplätzen bleiben, mit einer starken Industrie, mit Unternehmen,

die den Sprung in die CO2-neutrale Produktion schaffen. Leben und Arbeiten hat sich grundsätzlich geändert, und deshalb müssen und wollen wir diesen Schwerpunkt heute setzen für unser Land, für die Menschen, für uns, für unsere Kinder, für unsere Enkel. Das ist Politik, die zukunftsgerecht ist und die in die heutige Zeit passt, aber auch eine Vision in sich vereinigt.

Liebe Genossen und Genossinnen, unser Anspruch ist dabei genau der gleiche wie damals: Unsere Ideen sind für die Wirklichkeit gemacht. Die SPD hat die Kraft und die Inhalte, um unser Land nach vorne zu bringen. Das alles geht nur, weil ihr, liebe Genossen und Genossinnen, mit großer Leidenschaft für die Menschen und für die Themen unterwegs seid, weil ihr brennt für soziale Gerechtigkeit und für Zukunftskonzepte und weil ihr den Willen habt, das Land zu gestalten zu einem starken, gerechten klimaneutralen Deutschland und daran zu arbeiten. Darauf freue ich mich, und ich bin stolz darauf, dass wir einen klaren Kurs miteinander haben, den wir auch in reale Politik umsetzen können und wollen. Vielen Dank für diese Unterstützung und für eure Empathie, eure Emotionen, eure Leidenschaft, dass wir diese Themen auch gut miteinander vertreten.

(Beifall)

Als SPD tragen wir in einer Zeit gewaltiger internationaler Krisen die Verantwortung für unser Land. Der menschenverachtende. verbrecherische Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober hat auch uns in Deutschland zutiefst erschüttert. Es ist aus meiner Sicht beschämend, dass der Terror auch auf deutschen Straßen gefeiert wurde und dass Juden und Jüdinnen in Deutschland wieder Angst um ihre Sicherheit haben müssen. Damit dürfen wir uns niemals abfinden, liebe Genossen und Genossinnen.

(Beifall)

Ich wünsche auch von hier aus Chanukka Sameach und hoffe, dass Juden und Jüdinnen in Zukunft wieder sicher sind auf unseren Straßen. Die Solidarität, die Sicherheitsversprechen in unserem Land von uns als SPD stehen. Wir sind auf der Seite der Juden und Jüdinnen. Dafür kann man ganz klar als SPD stehen. Das werden wir immer sein.

(Beifall)

Liebe Genossen und liebe Genossinnen, nicht nur im Nahen Osten, sondern auch in Europa ist die Welt eine andere geworden. Wir stehen in großer Solidarität zu den Ukrainern und Ukrainerinnen. In dem ersten schrecklichen Kriegsjahr, im zweiten schrecklichen Kriegsjahr und egal, wie lange dieser grauenhafte Krieg dauert – wir werden als Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen immer solidarisch an der Seite der Ukraine stehen.

(Beifall)

Liebe Freunde und Freundinnen der Sozialdemokratie, die Zeitenwende, der Begriff, der von Olaf geprägt worden ist, betrifft aus meiner Sicht so viele Bereiche aus unserer Gesellschaft. Für mich ist die Zeitenwende ein klarer Auftrag an uns alle. Wir dürfen die Herausforderungen nicht nur beschreiben, sondern wir müssen sie überwinden. Wir sollten keine Angst vor der Zukunft haben, denn wir dürfen die Zukunft gestalten. Die Zeitenwende schreibt für uns Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen die klare Aufgabe, die Zeiten zum Guten zu wenden.

Genossen und Genossinnen, ich bin davon überzeugt, dass Deutschland vor einer Weggabelung steht. Setzen sich politische Kräfte durch, die Stillstand, Beharrung Konservierung wollen, diejenigen, die den Menschen vorgaukeln, es könne alles so bleiben, wie es ist oder wie es früher einmal war, oder behalten diejenigen die Unterstützung der vielen in unserer Gesellschaft, die Gestaltungskraft, die echten Zukunftsmut haben, also die politischen Kräfte, die das Wir vor das Ich stellen, die Fortschritt für viele und nicht nur für wenige wollen.

Genossen und Genossinnen, jetzt geht es um echte Zukunftsentscheidungen. Als Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen sind wir es, die tragfähige Antworten auf die Fragen der Zeit geben. Wir sorgen dafür, dass die Transformation unserer Arbeitswelt und der Wirtschaft so gelingt, dass alle dabei mitkommen können. Wir treten für mehr Klimaschutz ein und verbinden ihn mit sozialer Gerechtigkeit. Wir sind ein Bollwerk gegen Rechtsradikale, Demokratiefeinde und Freiheitsverächter.

(Beifall)

An diesen Themen wird sich doch so vieles entscheiden in der Zukunft und nicht daran, wer es mal gerade wieder geschafft hat, durch provokantes Auftreten oder Aussagen die Schlagzeilen zu bestimmen. Das ist doch Propaganda. Das ist doch keine Politik. Die Menschen wollen von uns Antworten haben. Und wir geben diese Antworten und gestalten diese Antworten für die Zukunft.

Deshalb unterstütze ich es auch so und nenne es bei meiner Begrüßung ausdrücklich, dass Olaf, dass unsere Minister und Ministerinnen, mit ihnen die gesamte Fraktionsspitze und die Parteiführung immer eng zusammenstehen und gemeinsam handeln mit klaren Zielen im Blick, aber mit gemeinsamem Vorgehen. Das ist die Art von Politik, die nicht immer mit schnellem Applaus belohnt wird. Aber sie wird ihre Ziele erreichen, und wir werden als ernsthaft und vertrauenswürdig wahrgenommen. Ich bin ganz sicher: Wenn wir weiterhin aktiv die Gesellschaft gestalten, wird auf der Strecke den Menschen auch klarwerden, dass wir die Zukunft gestalten und dass es uns nicht um große Worte geht, sondern um ein ernsthaftes Anliegen, in den Dingen voranzukommen.

(Beifall)

Ein Wort noch: Als Ministerpräsidentin, die in der zweiten Legislaturperiode eine Ampelkoalition regiert, und als Mitglied einer Landespartei, die inzwischen nunmehr drei Jahrzehnte Rheinland-Pfalz als stärkste Kraft maßgeblich gestaltet, weiß ich auch, dass Dinge manchmal sehr kompliziert sind.

(vereinzelt Beifall)

- Das sind die stolzen Rheinland-Pfälzer. Wir können auch stolz sein. Über drei Jahrzehnte, nicht? Genau.

(Beifall)

Ja, ich bin es auch.

Ich will euch sagen, dass ich weiß, dass es nicht immer ganz unkompliziert ist, in einer Ampelkoalition zu gemeinsamen Positionen zu kommen. Aber ich will euch auch sagen: Es ist umso wichtiger, dass man mit kühlem Kopf regiert und dass man auch mit einer klaren Haltung regiert. Und zugleich streiten wir als Sozialdemokrat*innen doch immer mit Leidenschaft und mit heißem Herzen für mehr Gerechtigkeit, für Frieden und für Freiheit, für die Grundwerte der SPD. Das ist unser Kompass. Und eines unterscheidet uns auch von vielen: Wir arbeiten ganz hart daran. Wir machen nicht nur Sprüche, sondern wir schaffen uns eigentlich kaputt, damit es weitergeht, damit die Umsetzung unserer Grundwerte tatsächlich Realität wird. Wir wollen damit ein modernes, ein erfolgreiches Deutschland erreichen.

Genossen und Genossinnen, ein Deutschland, in dem Klimaschutz ein Jobmotor ist, ein Land, in dem die Industrie weiterhin Kraftzentrum des Wohlstands bleibt, ein Deutschland, in dem soziale Teilhabe und Gerechtigkeit auch durch gute Bildung möglich ist, und ein Land, in dem starke Schultern mehr beitragen und eine Umverteilung von oben nach unten stattfindet und nicht umgekehrt.

Mit dem heutigen Parteitag werden wir viele Anträge dieser Art miteinander besprechen, und ich bin sehr zuversichtlich, dass unsere echte Zukunftsvorstellung auch zum Ausdruck kommt. Wir brauchen die Kraft dieses Parteitages, um den Rücken zu stärken auch für unsere Regierung und für diejenigen, die im Deutschen Bundestag für unsere Ziele kämpfen. Wir brauchen diese Kraft. Genossinnen und Genossinnen, es war noch nie so, dass man alles, was man in einer Partei beschließt, auch umsetzen kann. Aber wenn ihr mal kurz auf die Bilanz schaut, dass unsere Programme in der Vergangenheit auch so klar an der Realität orientiert waren, dann haben wir eine super Bilanz, was die Umsetzung betrifft, und genau das wünsche ich mir auch für die Zukunft.

(Beifall)

Noch drei kurze Gedanken:

Dabei ist für uns als Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen genauso klar: Wir werden nicht anfangen, mit der Abrissbirne gegen die soziale Unterstützung in unserer Gesellschaft vorzugehen. Das ist nicht unser Programm.

(Beifall)

Dass nun fehlende Steuermittel bei Alleinerziehenden, Arbeitslosen und Asylbewerbern rausgeholt werden sollen, das wird nicht funktionieren mit der SPD.

(Beifall)

Ich bin stolz und froh, dass die SPD beim Bürgergeld Kurs hält. Was hatten wir für Jahrzehnte Debatten über dieses Thema, und wir sind froh, dass wir die Weichen anders gestellt haben. Mit Propaganda kann man auch das Bürgergeld kaputtmachen, und mit Propaganda kann man auch erreichen, dass Menschen glauben, man kann Schwache mit noch Schwächeren ausspielen. Die SPD hat eine andere Haltung dazu und ich bin froh, dass unsere SPD da total gerade ist.

(lebhafter Beifall)

Ich möchte in dem Zusammenhang hier sehr herzlich begrüßen die Vorstandsvorsitzende des Sozialverbandes Deutschland. Liebe Michaela Engelmeier, schön, dass du heute Morgen hier bist und für diese Ziele kämpfst.

(Beifall)

Ich möchte auch gerne begrüßen, weil sie Partner und Partnerinnen sind, auch wenn es um das Soziale geht, um die Demokratie geht, den Leiter des Katholischen Büros, Prälat Dr. Jüsten, und die Bevollmächtigte der evangelischen Kirche, die Prälatin Frau Dr. Gidion. Schönen guten Morgen und schön, dass Sie da sind.

(Beifall)

Sie alle sind auch Partner und Partnerinnen bei einem Thema, das unsere Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen richtig umtreibt und wo ich manchmal ein bisschen verzweifeln kann über dieses Deutschland, über die Verharmlosung, dass ganz Europa inzwischen von rechts bedroht ist und dass unsere Demokratie angegriffen wird: Die Sozialdemokratie – das gehört zu ihrer Geschichte, zu ihrer DNA – war immer klar, wenn es darum ging, aufzustehen und eine klare Haltung gegen rechts einzuschlagen.

(Beifall)

Genossen und Genossinnen, „Nie wieder“ war für uns nie eine Floskel. Es war immer ein Teil unserer eigenen DNA. Und es ist erschreckend zu sehen, was in Deutschland geschieht. Wir brauchen die ganze Kraft der Gesellschaft, damit wir das Schlimmste für unsere Demokratie verhindern. Wir müssen besser werden, wir müssen stärker werden, wir müssen klarmachen, dass die Demokratie ist in diesem Land bedroht. Man könnte verzweifeln. Nicht nur, dass Juden und Jüdinnen nicht mehr auf die Straße gehen, sondern auch daran, was inzwischen in der Kursverschiebung nach rechts alles möglich ist, in Deutschland auszusprechen, was möglich ist, sich in Parlamenten anhören zu müssen. Genossen und Genossinnen, die SPD ist immer verlässlich an dieser Stelle. Wir müssen uns weiter mit Partnern und Partnerinnen in Deutschland verbünden, damit wir diesem Spuk ein Ende bereiten.

(lebhafter Beifall)

Erzählt es den Menschen, was AfD bedeutet. Erzählt es ihnen, dass AfD bedeutet: Enge Verbindungen zu Putin, zur Diktatur, zum Thema Austritt aus der EU und der Nato. Erzählt es, dass AfD heißt: Hunderttausende Arbeitsplätze gehen verloren. Erzählt es, dass das AfD heißt, behinderte Kinder haben in der Regelschule keine Perspektive mehr. Erzählt es, dass AfD heißt: Kein Mindestlohn, keine starken Gewerkschaften, kein gerechter Sozialstaat. Und erzählt es, dass AfD heißt: Hetze gegen Ausländer, Hetze gegen Homosexuelle, gegen Juden und Jüdinnen, gegen alle, die nicht in ihr völkisches Weltbild passen. Wir müssen den Menschen auch reinen Wein einschenken, was AfD bedeutet.

(Beifall)

Ich bin sehr froh, dass wir in diesem gemeinsamen Kampf immer auch total verlässliche Partner haben, und ganz oben stehen die Gewerkschaften. Unsere DGB-Chefin Yasmin Fahimi ist auch eingetroffen, trotz Schwierigkeiten mit den Verbindungen. Es ist toll, dass du da bist, liebe Yasmin. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich grüße Martin Burkert von der EVG.

(Beifall)

Der Streik hat nichts mit euch zu tun. Ich wollte es jetzt nur noch mal sagen: Wenn Genossen und Genossinnen zum Bundesparteitag zu spät kommen, dann hat das nichts mit euch zu tun.

Ich begrüße auch ganz herzlich die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Andrea Kocsis. Herzlich willkommen, liebe Andrea!

(Beifall)

Last, but not least möchte ich auch die Pressevertreter und Pressevertreterinnen herzlich begrüßen. Es ist schön, dass Sie hier sind und den Bundesparteitag begleiten. Wir freuen uns darüber.

(Beifall)

Mein letzter Gruß gilt auch allen Menschen der Blaulicht-Familie sowie allen Dienstleistungskräften, die zur Sicherheit und zum erfolgreichen Ablauf der kommenden Tage beitragen. Herzlichen Dank für Ihre Arbeit.

(Beifall)

TOTENGEDENKEN

Bevor wir jetzt mit der Arbeit des Parteitages beginnen können, will ich mit euch der in den vergangenen zwei Jahren verstorbenen Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen gedenken.

(Die im Saal Anwesenden erheben sich zu Ehren der Verstorbenen von ihren Plätzen.)

Wir gedenken Heide Simonis. Heide verstarb am 12. Juli im Alter von 80 Jahren in Kiel. Sie wurde 1993 als erste Frau in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Ministerpräsidentin. Die deutsche Sozialdemokratie nimmt Abschied in dankbarer Erinnerung. Wir werden Heide nie vergessen.

Wir gedenken. Jürgen Anbuhl, Hans Berger, Willi Blodt, Egon Brinkmann, Hans Günter Bruckmann, Jens Bullerjahn, Peter Danckert, Vera Dedanwala, Inge Deutschkron, Seban Dönhuber, Hasso Düvel, Carl Ewen, Udo Fiebig, Heidemarie Fischer, Karl-Walter Fritz, Kirsten Fründt, Paul Glaser, Otto Graeber, Jürgen Grimming, Achim Großmann, Hartmut Holzapfel, Hans Kasper, Rainer Keller, Hans-Ulrich Klose, Rolf Koltzsch, Gerhard Kompe, Klaus-Michael Körner, Hubertus Kramer, Horst Kubatschka, Klaus-Dieter Kühbacher, Eckart Kuhlwein, Harry Liehr, Frieder Lippmann, Werner Loewe, Helga Lopez, Erhard Mahne, Horst Milde, Edgar Moron, Helmut Neumann, Hans Nisble, Manfred Oppermann, Klaus-Dieter Osswald, Lore Maria Peschel-Gutzeit, Erich Pipa, Heinrich Potthoff, Hermann Rappe, Manfred Reimann, Michael Reitzel, Margot Renesse, Hansjörg Schäfer, Eva-Maria Scheffel, Volker Schemmel, Helga Schmedt, Heinrich Schneier, Richard Schuhmann, Dieter Schulte, Harald Seidel, Hartmut Soell, Dietrich Sperling, Wolfgang Staiger, Randolf Stich, Bodo Teichmann, Frank Tidick, Jürgen Trumpf, Lisa Vollmer, Arno Walter, Axel Wernitz und Norbert Wieczorek.

Herzlichen Dank.

KONSTITUIERUNG UND ERÖFFNUNG

Liebe Genossen und Genossinnen, zum Schluss meiner Eröffnung haben wir gemeinsam die Aufgabe, die Versammlungsleitung zu bestimmen.

WAHL DES TAGUNGSPRÄSIDIUMS

Für das Tagespräsidium des Bundesparteitags schlägt der Parteivorstand folgende Personen vor: Thomas Losse-Müller, Aydan Özoğuz, Katja Pähle, Anke Rehlinger, Manuela Schwesig. Wer stimmt diesem Vorschlag zu? – Das war die erste leichte Übung. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist das Tagungspräsidium bestimmt.

Vielen Dank. Ich wünsche uns allen einen erfolgreichen, einen zukunftsorientierten Bundesparteitag und übergebe an das Tagespräsidium. Viel Spaß!

(Beifall)

Manuela Schwesig, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, liebe Malu, für diesen freundlichen und klaren Auftakt unseres Bundesparteitags. Wir geben die herzlichen Begrüßungsgrüße an dich zurück und sagen: Wir sind stolz darauf, eine so tolle Ministerpräsidentin in unseren Reihen zu haben.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, auch von uns ein herzliches Willkommen. Vielen Dank für euer Vertrauen. Man muss wirklich sagen: Es ist ein toller Anblick nach der Corona-Pandemie, dass das Haus wieder voll ist und dass wir hier in großer Mannschaftsstärke zusammen auflaufen. Das Motto der nächsten drei Tage ist: Berlin ist nicht zum Schlafen da. Wir werden hier drei Tage lang auf dem Parteitag intensiv diskutieren, beraten, beschließen, Inhalte, aber auch wichtige Personalentscheidungen. Davor gibt es oftmals viele wichtige Vorbesprechungen. Und am Abend sorgen viele dafür, dass es ein gutes Begleitprogramm gibt, denn zum Arbeiten sollen ja auch am Abend dann Spaß, Freude und Netzwerken gehören.

Deshalb auch schon mal auch ein Blick auf morgen Abend, auf unseren Parteiabend. Aber bis dahin haben wir jetzt eine ganze Menge zusammen zu tun. Ich möchte mich gemeinsam mit euch mit einem großen Applaus schon vorweg bei unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Willy-Brandt-Haus bedanken, die das super vorbereitet haben, bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Firmen, die uns hier begleiten, ob es Reinigungsservice ist, Catering, Technik. Es sind ganz viele hinter und vor der Bühne, die es uns ermöglichen, hie wieder einen so großen Parteitag zu haben. Vielen, vielen herzlichen Dank. Wir freuen uns, dass wir hier sein können.

(Beifall)

Ihr kennt es alle. Zum Warm-up des Parteitags gehört, dass wir ein paar Formalien miteinander beschließen. Ich will gleich loslegen mit euch, und zwar mit der Tagesordnung.

BESCHLUSS ÜBER DIE TAGESORDNUNG

Wir kommen zur Abstimmung. Den Vorschlag findet ihr als Vorlage 2 in OpenSlides unter „Dateien“. Wir wollen heute unsere Parteispitze wählen und gemeinsam und geschlossen unser Programm für ein starkes Deutschland beschließen. Wir schlagen euch vor, dass der Antragsschluss für Initiativanträge an allen Tagen auf 13:00 Uhr gelegt wird und dass der Kandidaturenschluss für die Einzelwahlen heute auf 11:00 Uhr und für die weiteren Wahlvorschläge heute auf 19:00 Uhr gelegt wird.

Wer mit der Tagesordnung einverstanden ist, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist die Tagesordnung so beschlossen. Vielen Dank.

BESCHLUSS ÜBER DIE GESCHÄFTSORDNUNG

Dann komme ich zum Vorschlag für die Geschäftsordnung. Sie liegt euch als Vorlage 3 vor. In der Geschäftsordnung ist festgelegt, dass unsere Redezeit bei den Debatten grundsätzlich drei Minuten beträgt. Ich bitte um Zustimmung zur Geschäftsordnung. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? Wer enthält sich? – Dann ist die Geschäftsordnung so beschlossen, und ich übergebe an meine liebe Kollegin Katja Pähle.

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Auch von mir ein herzliches Willkommen an euch. Mit den Formalien sind wir noch nicht ganz durch. Deswegen geht es jetzt um die Bestimmung unserer Mandatsprüfungs- und Zählkommission. Alle, die Parteitage kennen, wissen, das ist auf diesem Parteitag und auch auf anderen ein extrem wichtiges Gremium, damit hier alles ordentlich läuft.

Ihr findet in OpenSlides unter „Dateien“ eine Anlage 4. Das ist die Liste der Vorschläge für die Mandatsprüfungs- und Zählkommission. Ich möchte euch darauf hinweisen: Es gibt zu den Vorlagen, die ihr euch vielleicht schon angeschaut habt, zwei Veränderungen. Zum einen eine neue Benennung aus dem Landesverband Schleswig-Holstein und zum anderen eine neue Benennung aus dem Bezirk Hannover.

WAHL DER MANDATSPRÜFUNGS- UND ZÄHLKOMMISSION

Wenn es von eurer Seite her keine weiteren Änderungen oder Einwände gibt, dann würde ich über diese Liste an dieser Stelle gerne abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Vielen Dank. Gibt es Gegenstimmen? – Das sehe ich nicht. Gibt es Enthaltungen? – Bei einer Enthaltung ist das dann so beschlossen. – Vielen Dank.

An die gewählten Mitglieder der MPZK habe ich die Bitte, sich jetzt sofort am Treffpunkt von euch aus gesehen links vor der Bühne am Wortmeldetisch zusammenzufinden. Ihr werdet dort von der Kollegin Caroline Nietzeldt in Empfang genommen und in den Raum der MPZK geführt. Noch einmal: Bitte die gewählten Mitglieder der MPZK jetzt zum Treffpunkt hier vorne am Wortmeldetisch. Viel Spaß bei eurer Arbeit.

Ich gebe weiter an Anke.

RECHENSCHAFTSBERICHTE

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Ja, auch von mir einen schönen guten Morgen! Wir schreiten in der Tagesordnung gut voran. Bevor wir aber zur Entlastung des Vorstands kommen, müssen wir ein paar Rechenschaftsberichte abhandeln. Zum Zwecke der Beschleunigung liegen euch der Rechenschaftsbericht des Generalsekretärs, aber auch der Rechenschaftsbericht des Schatzmeisters schriftlich vor. Das macht es möglich, dass wir dann gleich überleiten können zum Rechenschaftsbericht bzw. zum Bericht der Kontrollkommission. Ich sehe, Brigitte Reckmann ist schon auf dem Weg zu uns. Liebe Brigitte, du hast dann auch gleich und sofort das Wort. – Vielen Dank.

BERICHT DER VORSITZENDEN DER KONTROLLKOMMISSION

Brigitte Reckmann, *Vorsitzende der Kontrollkommission:*

Liebe Genossinnen und Genossen, jetzt kommen wir ein bisschen zum Eingemachten. Wenn man wie ich schon lange Mitglied der Bundeskontrollkommission ist, dann kann man manchmal verzweifeln. Verzweifeln deshalb, weil die vielen guten Ideen und Ratschläge, die wir erarbeitet und gegeben haben, immer wieder in Vergessenheit geraten oder von neuen Besen weggekehrt wurden. Umso erfreulicher ist es für uns, dass seit einigen Jahren ein anderer Geist im Willy-Brandt-Haus eingezogen ist. Vor dem Hintergrund der finanziellen Situation der Partei, die ihr bitte auch aus dem Finanzbericht des Schatzmeisters entnehmen könnt und die zumindest von der Hausleitung erkannt und verstanden wurde, werden nun endlich neue Weichen gestellt. Neue Weichen, die die Handlungsfähigkeit der Partei auf Dauer gewährleisten sollen und die trotz der sinkenden Mittel eine lebendige Mitgliederpartei und unsere Kampagnenfähigkeit gewährleisten sollen. Dazu gehören aus Sicht der Kontrollkommission insbesondere die Entwicklung gemeinsamer Standards für die komplette Partei, eine Personalentwicklung, die die vorhandenen Ressourcen optimal nutzt und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mitnimmt, und eine strikte Ausgabendisziplin.

Das Wichtigste daran ist aber die Einbeziehung aller Ebenen der Partei in die Entscheidungsfindung. Länder, Bezirke, Unterbezirke und Ortsvereine müssen beteiligt werden, und ihre Anliegen müssen ernst genommen werden. Das ist aus unserer Sicht der Schlüssel zum Erfolg. Nur wenn die Genossinnen und Genossen vor Ort sich mitgenommen fühlen, setzen sie Vorschläge zur Modernisierung der Partei auch um.

Am Sonntag wird ein Antrag zur Organisationsreform vorgelegt, den eine Kommission, bestehend aus allen Ebenen, in sorgfältiger Arbeit entwickelt hat und der sehr ausführlich die nötigen Maßnahmen beschreibt. Wir, die Bundeskontrollkommission, bitten euch ausdrücklich, diesem Antrag zuzustimmen und somit die Legitimation für die Umsetzung zu geben.

Auf der Ebene der Finanzen sind wir also hoffnungsfroh, dass es vorangeht.

Aber eine kritische Bemerkung möchte ich noch machen: § 31 des Organisationsstatuts der Partei lautet: Zur Kontrolle des Parteivorstandes wählt der Parteitag eine Kontrollkommission. Mit dem Parteivorstand und dem Präsidium sind wir nicht ganz so zufrieden. An der Basis der Partei herrscht aus unserer Sicht oft eine trügerische Ruhe, eine Sprachlosigkeit, die dringend behoben werden muss, damit sie sich nicht in Mutlosigkeit verwandelt. Zwei empfindliche Wahlniederlagen in Bayern und Hessen sind aus unserer Sicht nicht aufgearbeitet. Es fehlt oft an Sichtbarkeit sozialdemokratischer Standpunkte, verknüpft auch mit Personen.

(Beifall)

Das gilt nicht für alle, aber für viele. Auf diesem Parteitag werden einige richtungsweisende Anträge für die zukünftigen Ziele und Standpunkte der SPD beraten. Bitte tragt Sorge dafür, dass diese auch die Genossinnen und Genossen erreichen, die nicht tausend Seiten Antragsbuch lesen, die aber eine Orientierung für die Auseinandersetzung vor Ort brauchen.

(Beifall)

Antworten ganz konkrete Probleme, zum Beispiel den Umgang mit den erstarkenden Rechtsextremisten im Bund, im Land und in den Kommunen. Wie gehen wir denn damit tatsächlich um? Nur erschrocken und angewidert zu sein von dem, was Alice Weidel an menschenverachtendem Unsinn im Bundestag sagen darf, wird nicht reichen. Wir glauben, es bedarf einer neuen Kommunikationsstrategie, die die Menschen verstehen und weitergeben können. Das ist keine Kleinigkeit.

Umso mehr erwarten wir von jeder und jedem, der/die auf diesem Parteitag für den Vorstand kandidieren, dass er/sie sich bewusst ist, welche verantwortungsvolle Rolle er/sie übernehmen. Es darf nicht darum gehen, einen Posten zu besetzen. Ihr müsst ihn auch ausfüllen.

(Beifall)

In den kommenden Wahlkämpfen müssen wir uns unterhaken und gemeinsam die Position der SPD verdeutlichen. Jede und jeder muss etwas beitragen. Deshalb unsere Mahnung: Sprecht mit den Mitgliedern! Gebt ihnen Werkzeuge und Sprache in die Hand für die kommenden Auseinandersetzungen! Denn wir sind die Partei, die sich um die Menschen kümmert und kümmern muss, die nicht das Geld und die Macht haben, dies selbst zu tun.

(Beifall)

Am Ende möchte auch ich mich noch einmal bedanken bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Willy-Brandt-Hauses sowie bei der Leitung des Hauses. Schatzmeister, Generalsekretär und Bundesgeschäftsführerin arbeiten mit viel Energie und oftmals bis an die Grenzen für das Wohl der Partei. Dafür danke!

(Beifall)

Insgesamt sind wir als Kontrollkommission aber froh über den eingeschlagenen und beibehaltenen Konsolidierungskurs und empfehlen deshalb die Entlastung des Vorstands. – Vielen Dank.

ENTLASTUNG DES VORSTANDES

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, liebe Brigitte. Liebe Genossinnen und Genossen, Ihr seht, die Kontrollkommission nimmt ihre Arbeit ernst. Aber sie hat eine wichtige Empfehlung abgegeben, nämlich die Entlastung des Vorstandes vorzunehmen.

Da jetzt zu diesem Rechenschaftsbericht keine Wortmeldungen eingegangen sind, können wir gleich über diese Empfehlung abstimmen. Wer dafür ist, dass der Vorstand entlastet wird, den bitte ich jetzt um ein Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann halten wir fest, dass der Vorstand einstimmig entlastet wurde. Vielen Dank.

(Beifall)

Damit ist natürlich eine wichtige Voraussetzung dafür geschaffen worden, dass wir einen neuen Vorstand wählen können. An der Spitze dieses Vorstandes stehen die beiden Parteivorsitzenden. Wir kommen jetzt zu den Reden der Kandidatin und des Kandidaten für den Parteivorsitz. Es liegen uns zwei Kandidaturen vor: von Saskia Esken und von Lars Klingbeil. Ich darf euch sagen, dass mit den Vorstellungsreden der beiden auch gleichzeitig die Einbringung und Begründung für den Leitantrag Tr01, der überschrieben ist mit „Zusammen für ein starkes Deutschland“, erfolgen wird. Es wird eine Aussprache zur Wahl des Parteivorsitzes geben, verbunden aber auch mit einer Debatte zu diesem Antrag und dem gesamten Antragsbereich Steuern, Finanzen und Wirtschaft und auch noch zu dem Antrag D28 „Transformation als kulturelle Aufgabe“.

Bevor wir jetzt zu den Reden der beiden kommen, gibt es noch einen kleinen kurzen Clip.

(Video-Einspieler – Beifall)

REDEN DER KANDIDATIN UND DES KANDIDATEN FÜR DEN PARTEIVORSITZ UND EINBRINGUNG DES LEITANTRAGS TR01

Rede Saskia Esken

Saskia Esken, *Kandidatin zur Wahl der Parteivorsitzenden:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Das ist wirklich ein ganz großartiger Anblick, euch alle heute hier und an den nächsten Tagen hier im Raum zu sehen. Das ist eine ganz tolle Sache, nach so langen Zeiten digitaler Parteitage und digitaler Treffen endlich wieder in unserer Hood zu Hause zu sein.

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde! Ich will mit euch über Zuversicht sprechen, gerade weil das in diesen Zeiten schwerfällt.

Vor vier Jahren stand ich hier, um mich mit NoWaBo zur Wahl zu stellen. Damals hatte die SPD ähnliche Zustimmungswerte wie heute. Und kaum Gründe für Zuversicht. Außer uns selbst. Doch genau an diesem Ort, genau hier, haben wir neuen Mut gefasst. Danke, Norbert, für diese gute Zeit!

(Beifall)

Und gemeinsam haben wir uns einen Aufbruch für die SPD zugetraut. In die neue Zeit!

Und die SPD hat zu sich gefunden. Sie weiß wieder, wofür sie steht. Dass sie steht – und dass sie zueinandersteht!

Und genau damit, mit unseren Grundhaltungen, mit Geschlossenheit und Zuversicht hat die SPD die Bundestagswahl gewonnen.

(Beifall)

Wir haben uns einen Aufbruch für Deutschland zugetraut. Für ein soziales, ein modernes, ein starkes Deutschland.

Aber der Start in diese Regierung fiel in eine schwere Zeit. Von der Corona-Pandemie hatten sich Menschen und Wirtschaft noch nicht erholen können, da brachte der Angriff Putins auf die Ukraine den Krieg zurück nach Europa.

Seither nehmen wir schutzbedürftige Menschen bei uns auf. Wir leisten humanitäre Hilfe. Und wir liefern Waffen, die die Ukraine für ihre Verteidigung braucht. Ich bin Olaf dankbar, wie er das mit großer und besonnener Verantwortung vertritt.

(Beifall)

Mit all dem, was wir da tun, Genossinnen und Genossen, stehen wir solidarisch an der Seite der mutigen Ukrainerinnen und Ukrainer. Denn sie kämpfen. Für ihre und für unsere Freiheit. Für ihre und für unsere Demokratie.

(Beifall)

Weil Putin aber nicht nur auf dem Schlachtfeld kämpft, sondern eben auch am Gashahn, kam mit dem Krieg die Energiekrise. Und die Preise machten Menschen und Wirtschaft schwer zu schaffen. Wir haben entlastet! Wir haben die Gas- und Strompreisbremse auf den Weg gebracht.

Aber die Finanzierung der Krisenbewältigung muss durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts auf neue Beine gestellt werden. Auch die Finanzierung großer Generationenaufgaben wie der Klimawandel muss dadurch neu gedacht werden. Denn beides, liebe Genossinnen und Genossen, können wir nicht aus dem Haushalt stemmen. Und ganz bestimmt nicht sind wir bereit, dafür unseren Sozialstaat aufzugeben.

(Beifall)

Ich bin sehr zuversichtlich, dass es uns gelingen wird, in der Koalition zueinander zu finden. Olaf führt diese Verhandlungen in enger Abstimmung mit uns – und sie sind bestimmt nicht leicht.

Doch wir müssen, wir werden einen Weg finden, eine soziale und zukunftsgewandte, aktiv gestaltende Politik fortzuführen und gleichzeitig die Krisenbewältigung und gerade die Unterstützung der Ukraine zu leisten, die uns unsere Zeit nun mal abverlangt.

Krisen über Krisen und sonst nichts? – Von wegen!

Wir haben trotzdem geliefert und aus einem starken Koalitionsvertrag gute soziale Politik gemacht. Da steht es: Viel erreicht – noch viel mehr vor.

Unsere Ziele als Sozialdemokratie sind dabei ganz klar:

• Wir wollen Gute Arbeit, eine starke Wirtschaft, eine solidarische Gesellschaft.

• Wir wollen mehr Anerkennung für die, die jeden Tag mit Kopf, Herz und Hand anpacken, damit der Laden läuft.

• Wir wollen Respekt für alle, egal was ihre Arbeit ist, wo sie herkommen, wie sie leben und wen sie lieben.

• Wir wollen das Gemeinsame stärken und Gelassenheit für das Verschiedene. Denn das muss uns nicht trennen.

Mit höchster Verantwortung für unser Land. Für die Menschen. Für den Zusammenhalt.

Das ist die SPD, und das ist ihr Profil in der Regierung!

(Beifall)

Gegen diese Regierung, gegen den Zusammenhalt und gegen das Land, liebe Genossinnen und Genossen, arbeitet die CDU von Friedrich Merz. Für den billigen Erfolg einer Schlagzeile nimmt er in Kauf, das Land zu spalten. Dem Ansehen Deutschlands zu schaden. Das ist verantwortungslos.

(Beifall)

CDU und CSU hetzen im Chor mit der AfD gegen die Ampel. Mit dieser Merz-CDU haben wir wahrhaftig die populistischste Opposition aller Zeiten.

(Beifall)

Es tut mir weh, das zu sagen, aber mit einer seriösen Volkspartei hat das nichts mehr zu tun.

(Beifall)

Kein Verantwortungsbewusstsein! Keine Liebe zum Land! Da ist nur noch politischer Vandalismus.

Wir übernehmen jeden Tag Verantwortung. Für die Menschen. Für unser Land. In aller Welt.

Denn unsere Welt, liebe Genossinnen und Genossen, ist in Aufruhr. Überall steht die Demokratie unter Druck.

Zu Recht lenkt Olaf Scholz den Blick auf multilaterale Bündnisse und nachhaltige Friedenssicherung. Er sorgt dafür, dass die Schwellenländer mit am Tisch sitzen, wenn in der Welt Entscheidungen getroffen werden.

„Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein, im Inneren und nach außen“. Aus diesem Appell des großen Willy Brandt wissen wir sehr gut, was Solidarität bedeutet. Und wir leben sie!

Im Bundestag, liebe Genossinnen und Genossen, stellen wir die stärkste Fraktion. Sie ist die jüngste und diverseste SPD-Fraktion aller Zeiten.

(Beifall)

Ich bin dankbar, und ich bin mächtig stolz, Teil dieser Fraktion zu sein!

(Beifall)

207 engagierte, fleißige und kreative Köpfe, die der Sozialdemokratie im Bundestag und in ihren Wahlkreisen alle Ehre machen. Danke dafür!

Gemeinsam machen wir soziale Politik für Dich mit Herz und Verstand, mit vereinten Kräften von Partei, Regierung und Fraktion.

Und Du, lieber Rolf, trägst dazu einen ganz erheblichen Teil bei. Auch in unserem guten Zusammenspiel. Ich danke Dir dafür von Herzen!

(Beifall)

Und ich danke unseren Minister*innen.

Svenja Schulze vertritt mit starker Stimme, dass die gute, nachhaltige Entwicklung der Welt auch uns eine gute, nachhaltige Entwicklung beschert.

Boris Pistorius setzt die Zeitenwende in der Bundeswehr um, die ihre Fähigkeiten stärken muss, damit sie unser Land und unser Bündnis verteidigen kann.

(Beifall)

Nancy Faeser lässt Reichsbürger auffliegen und verbietet islamistische Vereine.

Gemeinsam mit Reem Alabali-Radovan macht sie deutlich, dass Antisemitismus, Hass gegen Muslime und Menschenfeindlichkeit bei uns keinen Platz haben!

(Beifall)

Die Pandemie hat in der Gesundheitspolitik zuletzt vieles in den Hintergrund gedrängt. Doch wir, Genossinnen und Genossen, bleiben dabei: Gesundheit ist keine Ware!

(Beifall)

Karl Lauterbach sichert mit der neuen Krankenhausfinanzierung die stationäre Versorgung auch in der Fläche.

Das Heizungsgesetz hat für viel Unsicherheit gesorgt. Klara Geywitz hat dieses Gesetz mit der kommunalen Wärmeplanung verknüpft und hat dafür gesorgt, dass es praktikabler, dass es gerechter ist.

Jeden Tag wächst Deutschland ein bisschen mehr zusammen. Dafür sorgt Carsten Schneider. Und er fordert Respekt für die Leistung der Menschen in den ostdeutschen Bundesländern.

(Beifall)

Respekt bedeutet auch, dass man von seiner Hände Arbeit leben kann. Deshalb haben wir den Mindestlohn auf 12 Euro erhöht. Für Millionen von Beschäftigten gerade im Osten war das die größte Lohnerhöhung ihres Lebens.

(Beifall)

Aber natürlich bleiben wir da nicht stehen, Genossinnen und Genossen. Dafür sorgt Hubertus Heil!

(Beifall)

Ein guter Mann!

2019 haben wir genau hier unser Konzept für einen Sozialstaat beschlossen, der an der Seite der Menschen steht. Der Wege aus der Armut weist. Kindergrundsicherung statt Kinderarmut! Bürgergeld statt Hartz IV! Und das setzen wir jetzt um!

(Beifall)

Das Bürgergeld ist übrigens so gut geworden, dass die Konservativen sich jeden Tag daran abarbeiten. Mehr Anerkennung können wir uns doch gar nicht wünschen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, vieles ist gelungen. Doch große Herausforderungen liegen noch vor uns. Denn in 16 Jahren unionsgeführter Regierung ist Deutschland träge geworden.

Wir müssen Vorreiter sein! Technologisch. Wirtschaftlich. Und sozial.

Der, dem die ökologische und digitale Transformation heute gelingt, wird morgen zum Technologie- und Marktführer.

Doch diese Transformation werden nur die schaffen, die sie nicht allein dem Markt überlassen.

Für uns ist deshalb klar: Wenn wir den Wohlstand von morgen wollen – und wir wollen ihn, – dann müssen wir investieren!

(Beifall)

Ohne öffentliche Investitionen gibt es auch keine privaten Investitionen. Dann gibt es keinen grünen Stahl, keine grüne Chemie, keine wettbewerbsfähige Industrie. Und auch keine Hidden Champions im Mittelstand.

Was Deutschland jetzt mehr denn je braucht, ist Zuversicht.

Insofern, finde ich, kommen wir mit unserem Konzept zur politischen Gestaltung der Transformation genau zur rechten Zeit.

Wir machen in unserem Leitantrag deutlich, liebe Genossinnen und Genossen, was die Wirtschaft braucht, um im Wandel stark zu bleiben. Denn da geht es um Arbeitsplätze, da geht es um Wohlstand.

Wir arbeiten aber auch heraus, was die Menschen brauchen, um im Wandel stark zu bleiben. Damit Menschen in Krisen Resilienz zeigen können. Damit sie Veränderung nicht abwehren, sondern sie umarmen und gestalten, brauchen sie Sicherheit:

Soziale Sicherheit, individuelle, kollektive Sicherheit und Teilhabe-Sicherheit durch Bildung!

Auch das Internet, liebe Genossinnen und Genossen, wurde erdacht als Ort der Bildung, der Emanzipation, der Vernetzung von Menschen. Wir haben durch das Internet Zugang zum Wissen dieser Welt. Leider gehören dazu auch viel Unwissen, Fake-News, Desinformation.

Aber weil mit unseren Daten, weil mit all der Empörung und dem Clickbait viel Geld verdient wird, haben die großen Plattformen wenig Interesse an Regulierung.

Die Europäische Union stellt sich dieser Aufgabe! Das ist gut. Katarina Barley und ihre Kolleg*innen in der S&D-Fraktion leisten da tolle Arbeit.

(Beifall)

Auch die Potenziale der Künstlichen Intelligenz sind sehr, sehr bedeutend: Bessere Bildung. Eine effiziente Verwaltung. Eine wirksamere und sicherere Medizin.

Es liegt in unserer Hand, die Regeln und die Ziele zu bestimmen, nach denen wir die Technologie einsetzen.

Und dafür, Genossinnen und Genossen, brauchen wir Fachkräfte! Nicht nur in der Informatik, sondern mittlerweile in allen Bereichen zeigt sich der Fach- und Arbeitskräftemangel als die Achillesferse unserer wirtschaftlichen Entwicklung.

Deshalb müssen wir alle Erwerbspotenziale, die wir haben, auch nutzbar machen. Doch gerade bei der Erwerbsstätigkeit der Frauen haben wir in der Pandemie gewaltige Rückschritte gemacht. Viele haben ihre Arbeitszeit reduziert. Der Anteil der Frauen in Teilzeit oder sogar in geringfügiger Beschäftigung ist in Deutschland so hoch wie in kaum einem anderen Land in Europa.

Deshalb brauchen Frauen und Männer Arbeitszeiten, die zu ihrem Leben passen. Und verlässliche Angebote bei Bildung, Betreuung und Pflege, damit sie die Sorgearbeit partnerschaftlich teilen und gut bewältigen können.

(Beifall)

Doch auch, wenn uns das alles gut gelingt, brauchen wir jedes Jahr die Zuwanderung von 400.000 bis 500.000 Fach- und Arbeitskräften.

(Beifall)

Fach- und Arbeitskräfte, Studierende und Auszubildende sollen zu uns kommen, um an einer guten Zukunft für unser Land mitzubauen. Wir brauchen dafür – so hat es der Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger gesagt – eine Willkommenskultur. Zu Recht!

Wir müssen aber auch investieren: in Wohnungen, in Kitas, in Schulen.

Und da kommen wir zur Finanzierung unserer Politik. Ich bin mal gespannt, ob Rainer Dulger uns da auch folgen kann.

Soziale Politik für Dich – das ist zeitgemäße Infrastruktur, das ist moderne Verwaltung, das ist gerechte Bildung, Forschungsförderung, das ist eine zukunftsfähige Wirtschaft.

Dafür darf die Schuldenbremse keine Zukunftsbremse sein, Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Deshalb schlagen wir euch Schuldenregeln vor, die Zukunftsinvestitionen anders behandeln als laufende Kosten.

Es ist gut, dass die Debatte darüber jetzt Fahrt aufnimmt – nicht nur hier auf unserem Parteitag, sondern auch draußen.

Die Verteilung von Einkommen und Vermögen in unserem Land ist hoch ungerecht, liebe Genossinnen und Genossen. Die mittleren Einkommen stagnieren oder sinken sogar, weil wir sie hoch besteuern. Und die höchsten Einkommen und Vermögen? – Die sind in der Krise sogar noch exorbitant gewachsen.

Mit unserer Einkommenssteuer-Reform wollen wir deshalb die große Mehrheit der Steuerzahlenden entlasten und die höchsten Einkommen in die Pflicht nehmen.

(Beifall)

Unter den unvorstellbaren 400 Milliarden Euro, die jedes Jahr bei uns vererbt werden, sind viele kleine Erbschaften. Und einige Multimillionen- und Milliardenvermögen, die bei der Steuer oft verschont werden. Deshalb wollen wir mit unserer Erbschaftssteuer-Reform die Freibeträge für Omas klein Häuschen anheben. Gleichzeitig müssen die superreichen Erben mehr abgeben!

(Beifall)

Mich stimmt unser Konzept, mich stimmt unsere Fähigkeit zur Gestaltung einer guten und gerechten Zukunft zuversichtlich, liebe Genossinnen und Genossen. Die Menschen in Deutschland brauchen dafür – ich habe es gesagt – Sicherheit. Und Respekt.

Doch bei vielen kommen Respekt, Sicherheit und Zuversicht nicht an. Das nutzen die Rechtspopulisten für ihre Parolen. Sie bringen Menschen im Niedriglohn gegen Menschen im Bürgergeld auf. Sie hetzen gegen die, die fremd erscheinen. Auch CDU und CSU bedienen sich dieser Muster. Das ist gefährlich. Denn die Stimmung in unserem Land ist von großen Zweifeln, die ist von Verunsicherung geprägt. Und sie könnte kippen. Das dürfen und das werden wir nicht zulassen, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Auch in der migrantischen Community droht die Stimmung zu kippen. Ein Viertel der Menschen in Deutschland gehört dazu.

Viele, viele Menschen, die hier geboren sind oder eine neue Heimat gefunden haben, haben mittlerweile Angst, weil sie im Alltag diskriminiert werden, weil sie bedroht werden an jedem Tag. Nur weil sie aussehen, wie sie aussehen.

Liebe Genossinnen und Genossen, Rassismus und Ausgrenzung sind ein Schlag ins Gesicht der Menschen, die unser Land mit aufgebaut haben

(Beifall)

und die auch heute noch maßgeblich zum Wohlstand beitragen.

(Beifall)

Die Hetze der Rechtspopulisten und Faschisten gegen das Fremde, das andere, die folgt doch nur einem Ziel: unsere Gesellschaft zu spalten und unsere Demokratie zu zerstören.

Genossinnen und Genossen, wir werden nicht zulassen, dass in diesem Land Menschen gegen Menschen ausgespielt werden!

(Beifall)

Martin Niemöllers Worte sollten wir alle in unseren Herzen tragen. „Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte." – Nie wieder, Genossinnen und Genossen, nie wieder!

(Beifall)

Denn die Sozialdemokratie hat die dunkelsten Zeiten unserer Geschichte nicht vergessen. Der Mut unserer Vorgängerinnen und Vorgänger macht uns stolz. Er gibt uns die Kraft, auch heute zu widerstehen, auch heute zu kämpfen: Für ein offenes und vielfältiges, für ein soziales und gerechtes, für ein freies und demokratisches Deutschland.

(Beifall)

Ihr alle engagiert euch dafür. Jeden Tag geht Ihr auf die Leute zu. Ihr sagt: Wir Sozialdemokrat*innen machen Politik, damit das Leben von Menschen besser wird. Damit unsere Welt solidarischer wird. Freier. Gerechter. Mach mit!

Ich danke euch dafür!

(Beifall)

Lasst uns unsere SPD stark machen! Lasst uns zeigen, dass sie führende Regierungspartei sein kann und soziale Bewegung!

(Beifall – Die Stimme der Rednerin wird heiser)

– Ich hoffe, es geht bis zum Schluss.

Lasst uns Menschen von der sozialen Demokratie begeistern. Ihnen zeigen, dass sie stärker ist als alles, was ihre Feinde zu bieten haben.

Ich weiß dabei Lars und Kevin ganz eng an meiner Seite. Und auch dafür will ich Danke sagen.

(Beifall)

Wir arbeiten eng zusammen. Wir geben uns gegenseitig Zuversicht.

Denn heute wie an jedem anderen Tag blicken wir vorwärts. Das ist unsere Blickrichtung.

Dieser Parteitag und Eure Beschlüsse – Genossinnen und Genossen, macht euch das bewusst! – stellen die Weichen für das Deutschland von morgen. Für ein Land, das zusammenhält, für ein Land, das seine Zukunft in die Hand nimmt. Mit Sozialdemokratie. Mit euch. Mit Zuversicht!

Glück auf!

(Starker, anhaltender Beifall)

Lars Klingbeil, *Kandidat zur Wahl des Parteivorsitzenden:*

Ihr müsst jetzt entscheiden, ob Ihr mich ansagt oder ob ich einfach mit der Rede anfangen soll. Ich bin mir gerade sehr unsicher.

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Lieber Lars, wir freuen uns auf Deine Rede. Du hast das Wort.

(Beifall)

Und wir danken Dir, liebe Saskia, für Deine Rede und dafür, dass Du sie trotz Problemen bei der Stimme so gut zu Ende gebracht hast. Vielen lieben Dank, Saskia.

(Beifall)

Rede Lars Klingbeil

Lars Klingbeil, *Kandidat zur Wahl des Parteivorsitzenden:*

Liebe Genossinnen und Genossen, schön, euch alle zu sehen! Ich freue mich, dass wir endlich mal wieder alle zu einem Bundesparteitag zusammenkommen. Es ist in der Tat ein besonderer Bundesparteitag.

Wir feiern in diesem Jahr unseren 160. Geburtstag. Wir blicken zurück als Partei auf eine Geschichte mit Höhen und Tiefen. Wir blicken zurück auf Erfolge, die wir erreicht haben, auf Fortschritt, den wir erkämpft haben, auf Niederlagen und Rückschläge natürlich auch. Aber wir können hier heute mit Stolz sagen: Keine andere Partei hat dieses Land so geprägt wie die deutsche Sozialdemokratie – keine andere Partei, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Als wir im Mai im Willy-Brandt-Haus unseren Geburtstag gefeiert haben, habe ich bei dieser Feier in so viele stolze Gesichter blicken können – Gesichter, die ausgestrahlt haben den Stolz auf unsere Geschichte, aber auch Gesichter, die ausgestrahlt haben den Glauben und die Gewissheit, dass es in Deutschland und in Europa eine starke Sozialdemokratie braucht.

Wenn wir zurückblicken auf unsere Geschichte, dann sehen wir, dass wir die Partei sind, die für unsere Gesellschaft und unsere Demokratie gekämpft und gelitten hat. Wir sind als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verfolgt, vertrieben, inhaftiert, gefoltert und ermordet worden. Und wir wissen als Partei mehr als alle anderen politischen Kräfte, was es heißt, wenn man bedingungslos für die Demokratie einsteht. Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben uns nie kleingemacht als SPD, und wir haben immer Verantwortung in unserer Geschichte übernommen. Darauf können wir stolz sein, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Die SPD ist auch immer wieder aufgestanden. Wir haben immer an uns geglaubt, auch wenn andere nicht an uns geglaubt haben, und wir waren vor allem immer dann stark, wenn wir das Ziel klar vor Augen hatten. Wir kämpfen für ein gutes Leben für alle Menschen in diesem Land. Wir kämpfen für ein starkes, für ein friedliches, für ein gerechtes Deutschland. Wir kämpfen für ein fortschrittliches, ein starkes Europa, für eine nachhaltige und friedliche Zukunft. Und wir blicken dabei nicht abgehoben auf die Menschen. Wir sind die Partei, die Brücken baut, wo andere politische Kräfte Gräben aufreißen, und wir bringen zusammen, wo andere spalten. Und das, liebe Genossinnen und Genossen, tun wir seit 160 Jahren.

(Beifall)

Auf diese Geschichte, auf diese Haltung, auch auf dieses Verständnis von Politik bin ich stolz. Und ich bin dankbar, dass ich seit zwei Jahren als Parteivorsitzender unsere Partei mit Saskia zusammen führen darf. Ich bin dankbar für die letzten zwei Jahre und die enge Zusammenarbeit mit vielen hier in diesem Raum, vor allem, liebe Saskia, die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dir, mit Olaf, mit Kevin, mit Rolf, mit vielen anderen hier. Das ist ein Teamplay, das wir in den letzten Jahren erlebt haben. Ich bin dafür dankbar, und ich möchte, dass dieser gemeinsame Weg weitergeht, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir machen Politik in einer historischen Phase. Seid euch dessen bewusst! Das ist heute eine historische Umbruchphase, in der wir politisch gestalten: die Pandemie, der imperialistische Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine, daraus resultierend zusammengebrochene Lieferketten, schwächeres Wachstum, die Energiekrise, die Inflation, steigende Lebenshaltungskosten, die Klimakrise, anhaltende Migrationsbewegungen und jetzt der Krieg im Nahen Osten, ausgelöst durch die terroristischen Überfälle der Hamas auf Israel, parallele Krisen, die sich überlappen und gegenseitig verstärken.

Und die Herausforderungen werden in den nächsten Jahren nicht weniger. Die geopolitischen Spannungen in der Welt werden anhalten. Wir sehen, dass autoritäre Staaten sich aufmachen, die regelbasierte Ordnung infrage zu stellen, revisionistische Kräfte, die Grenzen infrage stellen, Protektionismus und Nationalismus, der in der Welt weltweit auf dem Vormarsch ist.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, wir lamentieren nicht. Wir stecken den Kopf nicht in den Sand. Wir wollen die Dinge verändern. Wir wollen die Verhältnisse zum Besseren gestalten. Und wenn unser Freund Thees Uhlmann singt: „Die Zukunft ist ungeschrieben, die Zukunft ist so schön vakant“, dann zeigt uns das doch, wo unsere Aufgabe liegt. Es muss doch der Anspruch der deutschen Sozialdemokratie sein, die Geschichte zu schreiben mit sozialdemokratischer Handschrift, liebe Genossinnen und Genossen. Ich will, dass wir jeden Tag daran arbeiten, dass Deutschland ein starkes Land bleibt. Das ist unsere Aufgabe, und die nehmen wir an, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes hat uns eine schwere Aufgabe mitgegeben, ja. Trotzdem muss unser Kompass klar sein, und das werden wir hier auf diesem Parteitag deutlich machen. Wir haben einen riesigen Investitionsstau in Deutschland. Der hat sich angehäuft, und den arbeiten wir gerade in der Regierung ab. Olaf, dafür bin ich dankbar. Das sind die größten Investitionen, die je eine Regierung vorgenommen hat. Aber diese Investitionen müssen jetzt auch zügig kommen. Es braucht Förderzusagen für die Unternehmen, für die Beschäftigten. Das ist das, worauf es jetzt ankommt beim Haushalt 2024.

Anstatt, dass man mit vielen Worten jetzt darüber philosophiert, ob wir eine ganze, eine halbe oder gar keine Notlage haben, hilft es doch, vielleicht einfach mal die Augen aufzumachen, liebe Genossinnen und Genossen. Zwei Flugstunden von hier entfernt steht eine Atommacht an den Grenzen Europas und zwingt die Ukraine in einen völkerrechtswidrigen Krieg. Das ist ein Leid, das jeden Tag über die Ukraine gebracht wird. Ich bin stolz darauf, dass wir an der Seite der Ukraine stehen. Diese Unterstützung muss weitergehen. Da darf es doch kein Wackeln geben, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich will nicht, dass wir in Deutschland in eine Situation kommen, wo wir entscheiden müssen zwischen der Unterstützung der Ukraine, zwischen der Frage, ob wir soziale Absicherung für die Bürgerinnen und Bürger hier im Land gewährleisten und ob wir weiter Klimainvestitionen ermöglichen. Nein, liebe Genossinnen und Genossen, alle drei Dinge müssen möglich sein. Der Weg führt aus der Notlage raus, indem wir die Realität anerkennen. Darum muss es in diesen Tagen und diesen Stunden gehen.

(Beifall)

Ich sage euch: Es geht um verdammt viel in diesen Tagen. Wir bekommen doch jetzt in der Debatte um die Haushaltspolitik gerade überhaupt erst eine Vorahnung, was die großen Debatten der nächsten Jahre sein werden. Ich sage euch, liebe Genossinnen und Genossen, in den Wirtschaftsredaktionen, in den Chefetagen mancher Unternehmen, in den Talkshows, bei manchen Politikern nehmen wir doch wahr, wie langsam die Stimmen derer lauter werden, die diesen Staat verachten. Die Stimmen der Marktradikalen, die den Staat für ein aufgeblähtes Monster halten, das die Menschen bevormundet, werden lauter. Diejenigen, die auf Menschen herabblicken, die auf den Sozialstaat angewiesen sind, die kommen jetzt aus den Löchern gekrochen. Die sehen jetzt ihre Chance, die Axt an den Sozialstaat anzulegen. Die sehen jetzt die Chance, staatliche Aufgabeninvestitionen zurückzufahren, und die tragen ihre Finanzpolitik der vergangenen Jahrzehnte wie einen heiligen Gral vor sich her. Liebe Genossinnen und Genossen, es ist unsere Aufgabe, es ist unsere Verantwortung, diese politischen Kräfte in diesem Land zu stoppen. Darum geht es in diesen Tagen und bei den Herausforderungen der nächsten Jahre.

(Beifall)

Wir wissen doch, was es bedeutet, wenn der Staat nicht investiert. Wir sehen doch jeden Tag die Brücken, die nicht mehr tragen, die Züge, die nicht mehr fahren, die Schulen, in denen es durch die Decke tropft, eine Bundeswehr, die nicht gut ausgestattet ist. Das ist doch alles nicht vom Himmel gefallen. Das ist das Resultat einer neoliberalen Politik der letzten Jahre, liebe Genossinnen und Genossen, und das muss verändert werden.

(Beifall)

Dann erlebe ich Friedrich Merz, der von der Wirtschaftspolitik der 90er-Jahre schwärmt. Dabei hat die Welt sich doch längst weitergedreht. China, die USA, Südkorea, Indien, die größten Volkswirtschaften dieser Welt, investieren massiv in klimaneutrale, in digitale Modernisierung der Länder. Da geht es um Jobs und Innovation. Da geht es um Standards

und Technologien der Zukunft. Es geht um Wohlstand und Sicherheit. Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, Friedrich von gestern wird niemals die Zukunft unseres Landes sein.

(Beifall)

Die Zukunft dieses Landes ist ein Staat, der investiert, ein Staat, der Sicherheit gibt, und ein Staat, der seine Bürgerinnen und Bürger schützt.

(Beifall)

Ich sage euch: Lasst uns diese Auseinandersetzung mit den Neoliberalen und mit denen, die in der Vergangenheit festhängen, offensiv führen, liebe Genossinnen und Genossen. Wir stehen auf der richtigen Seite. Ich bin felsenfest davon überzeugt.

(Beifall)

Es ist doch klar: Der Markt alleine wird es nicht regeln. Der Markt rettet nicht das Klima, er schafft keinen Frieden, er sichert keine fairen Löhne, er stärkt nicht unseren Zusammenhalt, und der Markt stärkt auch nicht unsere Demokratie. Ich ärgere mich wahnsinnig, wenn ich in diesen Tagen unterwegs bin und mir einzelne Unternehmerinnen und Unternehmer sagen, der Staat solle sich raushalten. Das sind übrigens oftmals die Gleichen, die in der Corona-Pandemie als Erstes auf das Kurzarbeitergeld zurückgegriffen haben. Das sind diejenigen, die am lautesten nach den Energiepreisbremsen gerufen haben.

(Beifall)

Denen müssen wir sehr klar sagen: Solidarität ist keine Einbahnstraße. Wer vom Gemeinwohl profitiert, der ist auch dem Gemeinwohl verpflichtet. Das ist die Haltung der SPD, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ja, es braucht ein kluges Zusammenspiel von Staat und Markt. Es braucht einen Staat, der die Modernisierung vorantreibt, der unternehmerische Kreativität und Innovation möglich macht, einen Staat, der Planungssicherheit für die Bürgerinnen und Bürger, für die Unternehmen herstellt, der investiert in Bildung, in moderne Infrastruktur, in Fachkräfte, in den Wohnungsbau, der Unternehmen und Beschäftigte unterstützt im Wandel. Das schafft kein Unternehmen allein, und das schafft auch der Staat nicht alleine. Das geht nur zusammen.

Über 200 Jahre haben wir unser Land mit Öl, mit Kohle, mit Gas aufgebaut. Aber dieses Wirtschaftsmodell hat sich überlebt. Die klimaneutrale und digitale Wirtschaft ist das Wohlstandsmodell der Zukunft. Es ist eine riesige Chance für unser Land, dass grüner Stahl in Duisburg hergestellt wird, moderne Chips in Dresden und in Magdeburg, Batterien in Salzgitter und an der Saar, dass das alles hier in Deutschland passiert.

Liebe Genossinnen und Genossen, der klimaneutrale Umbau muss zum Jobmotor dieses Landes werden, und dafür kämpfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Es geht dabei auch um gute Arbeitsplätze. Ich will, dass wir uns einsetzen für mehr Tariflöhne, damit Arbeit fair bezahlt wird. Im Wandel stark zu sein, heißt mehr Mitbestimmung und nicht weniger Mitbestimmung. Natürlich müssen wir auch dafür streiten, dass der Mindestlohn erhöht wird. Aber lasst uns auch gucken, wer auf der anderen Seite steht. Die, die in diesen Tagen gegen den Sozialstaat unterwegs sind, das sind die gleichen politischen Kräfte, die auf einmal ihre Sorge um das Lohnabstandsgebot entdecken.

Wir kämpfen als SPD für gute Löhne, und wir wissen, dass Arbeit sich lohnen muss. Aber liebe Genossinnen und Genossen, Merz, Söder und Spahn, das sind die, die gerade mit Krokodilstränen unterwegs sind. Die sind gegen den Mindestlohn. Die stellen das Streikrecht infrage. Die sind gegen mehr Mitbestimmung. Die interessieren sich für die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer immer nur dann, wenn sie sich gegen die Interessen der Ärmsten in diesem Land instrumentalisieren können. Das ist eine unanständige Politik, liebe Genossinnen und Genossen, und da sind wir klar und deutlich und unmissverständlich.

(Beifall)

Ich war in den letzten Monaten viel in der Republik unterwegs, an Orten, an denen Modernisierung gelingt und wo man sehen kann: Es gelingt wirklich nur gemeinsam. Bei Thyssen Krupp in Duisburg, bei Wacker Chemie in Burghausen, bei BASF in Schwarzheide, bei Volkswagen bei uns in Niedersachsen, in Wolfsburg, und in der Friedrich Wilhelms-Hütte in Mülheim: Überall dort, wo ich die Beschäftigten und die Betriebsräte treffe, zählen sie auf uns, weil wir als SPD die politische Kraft sind, die unser Land gut durch Veränderung führen kann.

Dann zieht es sich mir manchmal zusammen, wenn ich in diesen Tagen in Talkshows sitze mit manchen klugen Kommentatoren, und die reden dann wie selbstverständlich daher, dass man doch akzeptieren müsste, dass diese oder jene Industrie aus Deutschland verschwindet. Liebe Genossinnen und Genossen, ich kann dieses Dahergerede nicht ertragen.

(Beifall)

Das wird niemals die Position der SPD sein. Wir kämpfen an der Seite der Unternehmen, der Beschäftigten für eine starke Industrie in Deutschland. Wir wollen, dass hier die Arbeitsplätze der Zukunft entstehen. Wir kämpfen um jeden Industriearbeitsplatz, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist unsere Aufgabe und unsere Haltung in diesem Land.

(lebhafter Beifall)

Ja, das wird alles nur funktionieren, wenn wir massiv investieren. Es geht um private Investitionen – dafür schlagen wir den Deutschlandfonds vor -, aber es geht auch um öffentliche Investitionen in Netze, in Infrastrukturen, die Jobs der Zukunft. China, die USA, Südkorea, Indien – viele andere haben das erkannt und investieren hunderte Milliarden. Und während andere den Turbo anzünden, ziehen wir hier in Deutschland die Handbremse. Unser Land ist ein wirtschaftlicher Riese, aber wir legen uns Fesseln an, weil wir abbremsen bei Zukunftsinvestitionen, Investitionen in Wohlstand, in Wachstum, in die Jobs der Zukunft, liebe Genossinnen und Genossen. Deswegen ist klar – und dieses Signal wird vom Parteitag ausgehen -: Die Schuldenbremse ist ein Wohlstandsrisiko geworden, und deswegen müssen wir sie verändern, deswegen müssen wir sie neu gestalten und dafür sorgen, dass mehr Investitionen in diesem Land möglich werden.

(Beifall)

Ich will, dass Deutschland ein starkes Land bleibt, und ich will euch auch sagen, wen wir dafür in den Mittelpunkt unserer Aufmerksamkeit rücken sollten. Wir haben heute in unserer Gesellschaft wahnsinnig viel Krach. Wir haben viel Lärm. Wir haben Schreihälse, die mit dem Megafon durchs Netz und durch die Straße rennen, die nichts anderes tun als Wut anzustacheln: Wut gegen Politik, Wut gegen Menschen mit Migrationsgeschichte, Wut gegen Arbeitslose, Wut gegen Autos, Wut gegen Windräder, Wut gegen den Kompromiss. Das sind die, die von der Polarisierung leben. Das ist ihr Geschäftsmodell. Die machen damit Profit, und das Thema ist oftmals austauschbar. – Das ist die eine Gruppe.

Aber es gibt auch die andere, und die ist in meinen Augen viel größer. Das sind diejenigen, die ungläubig vor dieser Wut und vor diesem Geschrei stehen, die sich die Ohren zuhalten – nicht aus Desinteresse, nicht aus Gleichgültigkeit, sondern

weil sie es selbst kaum noch aushalten. Das sind Leute, die sagen: Ich gucke nicht mal mehr die Tagesschau, weil mir das alles zu viel ist. Das ist mir zu laut. Das ist mir zu krawallig. Ich habe doch selbst genug Stress in meinem Alltag mit Familie, mit Beruf, mit dem Ehrenamt. – Das sind anständige Menschen, die so viel mehr tun für dieses Land als all die Schreihälse und die, die die Polarisierung vorantreiben.

(Beifall)

Das sind Leute, die morgens aufstehen, die zur Arbeit gehen, die eine gute Zukunft für ihre Kinder wollen, für die jeder Kitastreik und jede Stunde, die in der Schule ausfällt, eine wahnsinnige Herausforderung ist, die das aber hinkriegen und die sich nicht bei der Arbeit krankmelden, die sich zerreißen, weil sie die feste Überzeugung haben, dass es in diesem Land weitergehen muss. Das sind die Leute, die in diesen Tagen bei den Adventsfesten in der Schule helfen oder im Sportverein. Die kümmern sich vielleicht auch noch um die eigenen Eltern oder um die Nachbarn, denen es nicht so gutgeht. Und ja, das sind Leute, die vielleicht auch gerne mal schreien würden, aber nicht aus Wut, sondern vor Erschöpfung, weil sie nicht mehr können. Liebe Genossinnen und Genossen, ich sage euch: Diese Leute schauen auf uns.

(Beifall)

Das sind die Menschen, die auf uns setzen. Das sind diejenigen, für die die Sozialdemokratie in diesem Land da sein muss. Ich bin felsenfest davon überzeugt: Nicht die Lauten und die Schreihälse sind die Mehrheit in diesem Land. Nicht die, die polarisieren und spalten, sind die Mehrheit in diesem Land. Nein, das sind die Leisen, die Fleißigen, die Vernünftigen, die Solidarischen, die Warmherzigen, die Engagierten, die Zugewandten, die guten Nachbarn. Liebe Genossinnen und Genossen, für die sind wir da. Wenn die keine Kraft haben, wenn die keine Zeit haben, dann müssen wir ihre starke Stimme sein. Wenn die nicht mehr an die Politik glauben, dann müssen wir dafür sorgen, dass sie zu ihrem Recht kommen. Wir müssen ihnen die Zuversicht geben, dass ihr Leben besser und einfacher wird. Das ist die Aufgabe der SPD. Dafür regieren wir, und daran werden wir gemessen, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist unsere Aufgabe.

(Beifall)

Diese Gruppe, die ich gerade beschrieben habe, die guckt dann manchmal auch ungläubig auf manche politische Debatte. Es darf doch in der Politik nicht darum gehen, ob jemand Auto fährt oder ob jemand Bratwurst isst oder ob jemand einmal im Jahr nach Malle fliegt oder welche Sprache man spricht oder ob man gendert. Liebe Genossinnen und Genossen, die Herausforderungen in diesem Land sind doch anständige Löhne, ist eine gute Pflege, ist die beste Bildung, ist bezahlbares Wohnen. Darum kümmern wir uns. Das sind die Probleme in diesem Land, und die packen wir als Sozialdemokraten und Sozialdemokraten an.

(lebhafter Beifall)

Die Gesellschaft wird mürbe durch Polarisierung. Die Menschen sind müde vom ständigen Gegeneinander. Die Vernünftigen ziehen sich immer mehr zurück. Das ist für unsere Demokratie brandgefährlich. Gerade in Zeiten, in denen sich viel verändert, in denen Unsicherheiten wachsen, brauchen wir eine starke Mitte. Wir brauchen Räume, in denen man miteinander redet. Wir müssen uns zuhören. Dazu gehört auch, andere Meinungen auszuhalten, vernünftig miteinander zu streiten. Respekt ist für uns nicht nur ein politisches Programm, Respekt ist auch eine Lebenshaltung.

(Beifall)

Ich sage euch, liebe Genossinnen und Genossen: Die Antwort auf Populismus und Rechtsruck ist nicht, dass wir selbst schriller und aggressiver werden. Die Antwort auf den Rechtsruck ist, dass wir eine Politik machen, die gut ist, die sich

um die Alltagssorgen der Menschen kümmert, die das Verbindende in der Gesellschaft sucht. Darauf kommt es übrigens auch in der Auseinandersetzung mit der AfD an.

Ich habe angefangen, Politik zu machen im Kampf gegen rechts, gegen ein Nazizentrum bei uns in der Lüneburger Heide. Wir hatten damals mit unseren Protesten Erfolg. 1998 wurde das Zentrum geschlossen, und wir haben damals gedacht, wir haben die Nazis besiegt. Heute, im Jahr 2023, müssen wir feststellen: Das ist leider nicht so. Der Kampf bleibt. – Vielleicht ist es die größte Aufgabe, die wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in diesen turbulenten Zeiten haben. Das sage ich auch mit Respekt vor unserer 160-jährigen Geschichte: Wir werden niemals aufhören, wir werden niemals stillstehen, wir werden niemals schweigen, wenn es um den Kampf gegen rechts geht.

(Beifall)

Wir werden diesen Kampf sehr konkret führen. Wir sind die Gegner der AfD, und wir müssen sie inhaltlich stellen. Die AfD führt Kulturkämpfe gegen das Gendern, während die Menschen in diesem Land auf bezahlbare Wohnungen warten. Die AfD hetzt gegen Menschen mit anderem Glauben, während Christen, Muslime, Atheisten in diesem Land längst gemeinsam am Band stehen, im Büro zusammenarbeiten oder in der Pflege gemeinsam ihrem Job nachgehen. Die AfD fabuliert von einem Europa der Vaterländer, während der Krieg in der Ukraine herrscht und die europäische Gemeinschaft uns vor Putin schützt. Liebe Genossinnen und Genossen, die AfD führt dieses Land ins Verderben. Nichts wird durch diese Partei besser.

(Beifall)

Lasst uns das klar benennen: Die AfD steht für weniger Rechte für Arbeitnehmer, schlechtere Löhne, weniger Mitbestimmung. Die AfD ist eine arbeiterfeindliche Partei, und sie hasst nichts so sehr wie den Rechtsstaat und unsere Demokratie.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, heute Morgen in der Delegiertenvorbesprechung der ostdeutschen Landesverbände hat jemand gesagt: Wir müssen das Bollwerk sein gegen die AfD. – Ich will das hier in aller Klarheit sagen: Wir sorgen dafür, dass die AfD niemals die Macht über unser Land bekommt. Wir sind das Bollwerk als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gegen die AfD.

(Beifall)

Wir haben einen Plan, wie dieses Land starkbleiben kann. Wir haben die richtige Haltung. Wir haben Ideen und Zuversicht. Wir wollen Brücken bauen in der Gesellschaft. Ich will ein Land, in dem Arbeitslose nicht gegen Geringverdiener ausgespielt werden. Ich will ein Land, in dem Multimillionäre sich nicht für etwas Besseres halten, sondern wie selbstverständlich ihren Teil der Verantwortung tragen, ein Land, in dem Jung und Alt sich mit Respekt begegnen, ein Land, in dem es völlig egal ist, ob du in der Metropole oder im ländlichen Raum lebst, und in dem du in beiden ein gutes Leben führen kannst, ein Land, in dem es nicht vom Geschlecht abhängt, welche Chancen und welches Gehalt du bekommst, ein Land, in dem Juden und Muslime sicher leben können und in dem die Mehrheit der Menschen sich schützt vor allen, die rassistisch angegriffen werden, ein Land, in dem zählt, wer du bist, und nicht, ob du in der fünften Generation oder im fünften Jahr hier lebst.

Liebe Genossinnen und Genossen, das alles kommt nicht von alleine. Dafür müssen wir kämpfen. Die Aufgabe ist riesig, sie ist groß. Aber ich bin fest davon überzeugt: Es gibt keine andere politische Kraft, die alles das erreichen kann. Wir werden gebraucht, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Lasst uns keine Angst haben vor all dem, was kommt. Wir wissen, wie man kämpfen kann, und wir werden kämpfen, liebe Genossinnen und Genossen. Auf geht's! Glück auf!

Vielen Dank fürs Zuhören. Ich freue mich auf den Parteitag. Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall)

AUSSPRACHE ZUR WAHL DER PARTEIVORSITZENDEN IN VERBINDUNG MIT DEM LEITANTRAG TR01

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Lieber Lars, liebe Saskia, vielen Dank für eure engagierten, kämpferischen Reden mit viel Herzblut für die deutsche Sozialdemokratie. Ganz herzlichen Dank euch beiden noch einmal!

(Beifall)

Damit ein herzliches Hallo auch von meiner Seite, liebe Genossinnen und Genossen!

Wir kommen jetzt zur Aussprache zur Wahl des Parteivorsitzes in Verbindung mit dem Leitantrag Tr01, „Zusammen für ein starkes Deutschland".

Wir würden jetzt gerne die Liste schließen; denn vor einiger Zeit schon lagen uns 43 Wortmeldungen vor. Ich hoffe, ihr seid damit einverstanden, dass wir die Liste schließen. – Da scheint es keine Gegenvoten zu geben. Dann machen wir das so.

Ich möchte euch an dieser Stelle natürlich noch mal daran erinnern, dass ihr drei Minuten für eure Reden habt. Ich bin hier Master of the Glocke, wie ihr sehen könnt. Ich würde die ungern nutzen. Also achtet bitte auf eure Redezeiten.

Noch mal kurz zum Ablauf: Es gibt jetzt die Aussprache. Dann werden wir wählen, und danach werden wir dann die Antragsbereiche Transformation, Steuern, Finanzen, Wirtschaft und den Antrag D28 beraten.

Wir kommen jetzt zur Aussprache, und es startet Anke Rehlinger aus dem Saarland.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *stellvertretende Parteivorsitzende:*

Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Liebe Saskia! Lieber Lars! Ein herzliches Dankeschön für diese Reden, für die damit verbundene Orientierung und Zuversicht in Zeiten des Wandels, in Zeiten der Unsicherheit. Ist das unsere sozialdemokratische Antwort an viele Bürgerinnen und Bürger in diesem Land? Herzlichen Dank, das hat uns gutgetan.

(Beifall)

Wir stecken gerade mitten in diesem Wandel, mitten in diesem Strukturwandel, und dazu gehört, dass viele Menschen

verunsichert sind und dass sich Menschen eben auch Sorgen machen. Ich finde, wichtig ist, dass von diesem Parteitag ausgeht, dass wir den Menschen nicht sagen, sie dürfen sich keine Sorgen machen. Aber wichtig ist, dass wir in diesem Gemütszustand nicht steckenbleiben, sondern dass wir Zuversicht haben und dass wir einen Plan haben.

Wir haben so oft auf diesem Parteitag schon beschlossen, was wir machen, wenn es so weit ist, dass der Strukturwandel ansteht. Jetzt geht es nicht darum, darüber zu reden, was wir machen, wenn es so weit ist, sondern jetzt geht es darum, das zu machen, weil es genau so weit ist. Es geht nicht, dass wir in dem Moment, wo es darum geht, zu investieren und Sicherheit in diesem Land zu geben, tatsächlich mit der Sparkeule durch dieses Land laufen, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist keine theoretische Abhandlung. Hier geht es nicht um ein volkswirtschaftliches Kolloquium, sondern es geht um die Frage vieler Menschen: Habe ich morgen noch einen Arbeitsplatz? – Wir haben es in der Hand, die Antwort darauf „Ja“ lauten zu lassen. Dann müssen wir aber auch dafür sorgen, dass investiert werden kann in diesem Land.

(Beifall)

In meinem Bundesland und in vielen anderen wird gerade darüber nachgedacht: Wie können wir eine gute Zukunft schaffen? Wie werden wir das gemeinsam hinbekommen? Viele haben Angst, weil es ihnen zu langsam geht, und andere sagen, es geht zu schnell. Meine Antwort darauf lautet: Wir werden einiges verändern müssen, damit vieles, was wir liebgewonnen haben, auch so bleiben kann, wie es ist. Ich glaube, das ist die Leitplanke, wo wir viele in diesem Land auch mitnehmen können.

Was aber nicht geht, wenn wir über den Wirtschaftsstandort reden – und da geht es um die Existenz dieses Wirtschaftsstandortes -, ist, zu sagen, dass ein wesentlicher Teil unserer produzierenden Industrien in diesem Land verzichtbar ist. Natürlich, aus Sicht der Unternehmen kann man das womöglich auch anderswo, in Europa oder außerhalb Europas, machen. Das kann man auch als Ordoliberaler vertreten. Das kann man aber nicht zulassen, wenn es nicht nur um die Frage geht, wo man im DAX steht, sondern wenn es vor allem um die Frage geht: Sichere ich Tausende von Arbeitsplätzen hier in Deutschland? – Da sind die nicht verzichtbar, nicht in der Stahlindustrie, nicht in der aufzubauenden Halbleiterindustrie, nicht wenn es um neue Technologien in der Batteriezellfertigung, in der Chemieindustrie, um Aluminium und alles, was dazugehört, geht. Die können wir doch jetzt nicht einfach ziehen lassen.

Deshalb muss man ganz klar sagen, liebe Genossinnen und Genossen: Das wird der Markt nicht richten. Das werden wir tun müssen, und dafür müssen Investitionen in diesem Land ermöglicht werden.

(Beifall)

Allen, die in diesen Tagen kluge Reden dazu halten, was geht und was nicht geht, die lade ich mal ein für nächste Woche, wenn ich zu meinen Stahlarbeitern gehe. Ich will denen nämlich sagen, dass wir hier die einmalige Chance haben, mit ein und demselben Euro den Arbeitsplatz und das Klima zu schützen. Das ist das, worauf unsere Politik immer ausgerichtet war.

(Beifall)

Nur, jetzt muss es auch stattfinden. Jetzt müssen wir dafür sorgen, dass das auch gelingt, liebe Genossinnen und Genossen.

Wenn wir dazu die Schuldenbremse reformieren müssen, dann sollten wir das auch tun. Ich will nicht sagen, dass wir sie abschaffen müssen. Aber wir müssen sie anpassen; denn wir haben auch immer gesagt, die Schuldenbremse darf keine Investitions- und erst recht keine Zukunftsbremse sein. In der derzeitigen Ausgestaltung ist das hoch problematisch.

Deshalb muss man jetzt kurzfristig Lösungen suchen und mittelfristig dafür sorgen, dass wir die Schuldenbremse so anpassen, dass wir dieses Land fit für die Zukunft machen können, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Dazu gehört auch kurzfristig – da bin ich Olaf außerordentlich dankbar, dass er das immer deutlich macht –, dass gemachte Zusagen in Deutschland weiter gelten für die Unternehmen hier in diesem Land. Denn eines ist auch klar: Wir werden den Transformationsprozess nicht in wenigen Jahren abgeschlossen haben, sondern das ist eine Aufgabe von Jahren, von einem Jahrzehnt, vielleicht sogar von einer Generation. Deshalb dürfen wir jetzt am Anfang keine Stockfehler mehr machen. Ich vertraue darauf, dass das, was Olaf als Kurs vorgegeben hat, gilt; denn das ist der richtige Kurs in diesem Land, liebe Genossinnen und Genossen. Wir wollen das Klima weiterhin schützen. Wir wollen aber auch dafür sorgen, dass Deutschland weiterhin ein starker Wirtschaftsstandort bleibt. Nur weil das Bundesverfassungsgericht etwas entschieden hat, ist der Klimaschutz damit ja nicht weggeurteilt. Wir müssen beiden Aufgaben gerecht bleiben. Dafür plädiere ich. Das steht in diesem Leitantrag drin, und deshalb bitte ich dafür um eure Unterstützung. – Herzlichen Dank und Glückauf.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Ihr habt gemerkt, die Uhr lief noch nicht. Aber jetzt läuft meine Stoppuhr. – Jetzt kommt Achim Post für NRW und danach Klara Geywitz.

Achim Post, *Nordrhein-Westfalen:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Saskia, Lars und Anke haben es gesagt: Es geht um was heute, es geht um was in diesen Tagen und Wochen. Ich will mal sagen, das ist ein guter Antrag, den der Parteivorstand vorgelegt hat. Das ist ein guter Leitantrag, den der Parteivorstand vorgelegt hat. Es geht aus meiner Sicht um mindestens drei große Grundfragen unserer Zeit, die mit aller Wucht wieder zurück auf der Tagesordnung sind. Die erste Frage ist: Welchen Staat wollen wir? Welches Staatsverständnis haben wir überhaupt? Wollen wir – wie wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten – einen aktiv handelnden, handlungsfähigen Staat, oder wollen wir einen Nachtwächterstaat, einen passiven Staat, wo der Markt alles regelt? Ich bin für das Erstere, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Und wenn wir darüber reden: Das Erste, was den Konservativen immer einfällt, ist Sozialabbau, und das – das haben meine Vorrednerinnen und Vorredner gesagt – ist mit uns, mit der SPD in Deutschland, nicht zu machen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich habe vorhin gehört, dass Anke etwas zum Urteil in Karlsruhe gesagt hat. Die Reaktionen im Deutschen Bundestag einen Tag nach dem Urteil in Karlsruhe waren folgendermaßen: Auf der einen Seite wir, die überlegt haben, was man jetzt macht, wie man weiter Geld organisieren kann für Investitionen, für Innovation und für Infrastruktur, auf der anderen Seite die Merz-CDU mit sehr viel Häme, mit sehr viel Schadenfreude, mit sehr viel Triumphgeheul und mit wenig

Verantwortungsbewusstsein und – lieber Herr Merz, gerade in Krisen wird so etwas besonders deutlich – mit keiner Regierungserfahrung und auch mit keiner Regierungsfähigkeit, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Zweiter Punkt. Es geht um die große Frage, ob wir in die Zukunft investieren wollen, ob wir Zukunftsinvestitionen organisieren wollen oder ob wir an Relikten der Vergangenheit wie der Schuldenbremse in der jetzigen Form hängen. Ich bin für die Zukunftsinvestitionen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Dritter Punkt. Wenn man sich anguckt, wie die Frontlinien in diesem Land verlaufen, dann kann ich nur sagen, dass das, was die Union, was die Merz-CDU, was die Merz-CDU/CSU, was die Merz-Fraktion im Deutschen Bundestag veranstaltet, hat wenig mit Opposition und viel mit Obstruktion zu tun. Das sehen wir an jeder Stelle, und das lassen wir ihnen nicht durchgehen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ganz am Schluss geht es um die Frage, welche Kraft sich in Deutschland und Europa durchsetzt: Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die einen zukunftsfähigen, handlungsfähigen Staat haben wollen, oder Konservative, die in Europa übrigens mit Postfaschisten, mit Faschisten, mit Rechtsradikalen zusammenarbeiten und mit ihnen Bündnisse machen. Nicht nur in Italien, nicht nur in Schweden, nicht nur in Finnland, sondern sie haben es auch in Spanien versucht, und unser Genosse Pedro Sanchez hat das verhindert. Also zusammengefasst: Das ist ein guter Antrag.

Wenn ich darf, habe ich noch einen einzigen Punkt. Es geht auch um die Frage einer neuen Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland. Das kann doch nicht sein, gerade in Krisen wie diesen, wo die einen nicht wissen, wohin mit dem Geld, und die anderen nicht wissen, was sie am 20. des Monats machen sollen. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, finde ich es richtig, dass wir darüber reden, wie höhere Vermögen besteuert werden, ich finde es richtig, dass wir darüber reden, was mit einer Krisenabgabe ist, und ich finde es richtig, darüber zu reden, dass sich Leistung lohnen muss und nicht leistungsloses Erben, liebe Genossinnen und Genossen. – In diesem Sinne: Alles Gute!

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Jetzt erhält Klara Geywitz aus Brandenburg das Wort. Ihr folgt Martin Dulig aus Sachsen.

Klara Geywitz, *stellvertretende Parteivorsitzende:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Heute ist der Tag, heute sind die Tage bis zum Sonntag, wo wir als Sozialdemokraten zeigen, dass wir die Partei sind, die die aktuellen Fragen und die aktuellen Probleme des Landes anspricht. Die Konservativen sagen, das aktuelle Problem in Deutschland ist, dass das Geld alle ist. Das ist doch geradezu absurd. Wir sind eines der reichsten Länder der Welt und sind im Vergleich zu unseren Nachbarländern unterdurchschnittlich verschuldet. Es ist also nicht die Frage, ob wir jetzt gerade unseren Sozialstaat zurücksparen und dass wir alle den Gürtel enger schnallen müssen, sondern wir müssen sagen, was eigentlich die Herausforderungen von Deutschland in den nächsten Jahren sind. Es gibt viele,

die Angst und Sorgen haben und die sich fragen: Wird es meinen Kindern mal genauso gut gehen wie mir? Wir Sozialdemokraten sagen: Ja, aber dafür muss sich einiges ändern. Deswegen brauchen wir Geld, um diese Änderungen zu gestalten.

Uns darf es nie wieder – das sage ich auch sehr selbstkritisch – passieren wie beim Heizungsgesetz, dass diese notwendige Transformation verhetzt wird, weil wir nicht von Anfang an sagen, wir lassen niemanden alleine, sondern wir werden das sozial abpuffern. Deswegen ist es ganz wichtig, dass wir das Geld haben, wie Anke gesagt hat, um diese notwendige Transformation sozial gerecht zu gestalten, damit nicht die an der Urne gewinnen, die sagen. Diese Veränderung können wir aussetzen. Der Klimawandel ist eine Erfindung. Wir sagen einfach „Rückwärts in die Zukunft!“, wie es die AfD macht. Nein, die Welt ändert sich, und wir Sozialdemokraten sagen, wir gestalten diese Änderung.

Deswegen ist das, was gestern in Brüssel passiert ist, ganz wichtig. Wir werden im Gebäudebereich CO2 einsparen. Aber wir Sozialdemokraten – ich und viele andere – haben dafür gekämpft, dass wir nicht bei Omas Häuschen anfangen, sondern bei unseren Schulen, bei unseren Sportstätten, bei den Pflegeeinrichtungen. Dann sehen alle, dass wir CO2 einsparen können, dass das zur Lebensverbesserung und zur Qualitätsverbesserung führt und dass unsere Kinder in Schulen gehen, die besser aussehen als heute. Und für all das brauchen wir Geld. Deswegen lautet unsere Frage nicht, wo wir in einem der reichsten Länder der Welt Geld sparen können, sondern wie wir mehr einnehmen können, indem wir die belasten, die mehr tragen können. Wie können wir vor allen Dingen die Schuldenbremse so gestalten, dass wir mit den Herausforderungen unserer Zeit, mit der Transformation und dem riesigen Investitionsbedarf, den wir geerbt haben, sinnvoll umgehen können. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Das Wort erhält Martin Dulig aus Sachsen. Ihm folgt Ulrike Häfner aus Brandenburg.

Martin Dulig, *Parteivorstand:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Warum? Darum geht es: Warum? Das Wie und das Was, steht im Leitantrag, aber unsere Aufgabe ist, zu erklären, warum wir es tun, und den Menschen die Sicherheit zu geben, und zwar genau in diesen unsicheren Zeiten. Warum? Das haben Saskia und Lars in ihren Reden deutlich gemacht. Aber das ist nicht einfach, denn wir kämpfen auch gegen ein Misstrauen, das manchmal auch begründet ist. Davon können wir im Osten ein Lied singen; denn Transformation, dieser sperrige, technische Begriff, ist eine Lebenserfahrung, ist eine Lebenserfahrung von Millionen von Menschen, die dafür bezahlt haben mit Deindustrialisierung und mit Arbeitslosigkeit, und die erst mal wissen wollen, was es denn für sie konkret heißt. Da darf man nicht Beifall erwarten, sondern die wollen konkrete Ergebnisse.

Bei allen, die jetzt auf der einen Seite sagen, das reicht bei allem nicht aus, und die anderen, die sagen, das mit dem Klimawandel stimmt alles nicht, ist die einzige Antwort, die wir geben können: Machen! Ins Machen kommen, das Machbare in den Mittelpunkt stellen, und dass bitte gerecht. Wir müssen dementsprechend auch den AfD-Wählerinnen und Wählern eine klare Antwort geben. Lasst uns den Fokus wegziehen von der Partei hin zu den Wählerinnen und Wählern. Denen muss man nämlich zurufen: Während sie euch ablenken, rauben sie euch aus!

Denn darum geht es doch. Was ist das Interesse derjenigen, die jetzt mit dieser schlechten Stimmung Politik machen? Unsere Antwort ist das Konkrete, das Machbare. Und wenn andere in die 90er-Jahre zurückwollen: 90er-Jahre, das heißt Arbeitslosigkeit in Höhe von 30 Prozent, das heißt eine Beschäftigungsquote, die miserabel war, das heißt schlechte Bezahlung. Das ist immer noch die Aufgabe, die wir haben: die Lohnmauer endlich abzureißen, die es immer noch gibt.

Immer noch verdient man im Osten 700 Euro weniger und arbeitet 14 Tage länger. Wir haben viel zu tun und sollten ganz konkret ins Machen kommen.

Liebe Genossinnen und Genossen, da geht nächstes Jahr was! Aber das ist noch eine große Aufgabe. Wir haben in drei ostdeutschen Bundesländern Landtagswahlen, und wir wissen, die Umstände sind nicht einfach. Es geht um mehr als nur um die Frage, wie Ergebnisse sind. Es geht um Demokratie, es geht um die Zukunft, und es geht um das Konkrete. Helft uns also auch im nächsten Jahr dabei, wenn wir bei den Landtagswahlen in Brandenburg, in Thüringen und in Sachsen genau dieses Bollwerk sein werden für eine Demokratie, aber vor allem für die konkrete Zukunft der Menschen in unserem Land.

Wir in Sachsen sind mit Petra Köpping gut aufgestellt. Wir haben ein Programm. Wir haben eine Partei, die geeint ist, und wollen genau das mit eurer Hilfe und mit den konkreten Antworten, die wir mit diesem Leitantrag auch geben können, was die Zukunft von Arbeit heißt, die Investition in Infrastruktur, auch machen.

Investitionen in Infrastruktur und eine moderne Transformation bedeuten Geld. Ich denke, dass die Kosten vergleichbar sind mit den Kosten der deutschen Einheit. Entschuldigung, was hat man denn damals gemacht? Eine Schuldenbremse? Stellt euch mal vor, die deutsche Einheit würde heute an der Schuldenbremse scheitern. Das ist doch Wahnsinn. Lasst uns bitte in eine Transformation zugunsten der Menschen investieren. – Glückauf!

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Ein ganz vorbildliches Zeitmanagement, wenn ich das einmal sagen darf. – Jetzt kommt Ulrike Häfner aus Brandenburg. Ihr folgt Philipp Türmer aus Hessen-Süd.

Ulrike Häfner, *Brandenburg:*

Vielen Dank, lieber Martin. Da war so viel Wichtiges drin. Alle Vorrednerinnen und Vorredner haben betont, was das für ein großartiger Antrag ist und welche Chancen in der Transformation liegen. Deswegen ist es umso wichtiger, auch den Blick darauf zu richten, was nicht im Antrag drinsteht. Denn wir wissen, dass die Geschlechtszugehörigkeit noch immer der soziale Platzanweiser für Frauen ist und dass die Lebenswirklichkeiten auch in einem Transformationsprozess Frauen ungleich anders treffen als Männer. Wir haben in den ostdeutschen Bundesländern eine Erfahrung gemacht, die Erfahrung der Transformation. Wir haben erlebt, dass die Frauen draufgezahlt haben. Wir haben die Erfahrung gemacht in den letzten Jahren durch Corona, dass die Frauen draufgezahlt haben. Jetzt lasst uns die Chance dieser Transformation doch anders nutzen, aus dem Vergangenen lernen und verstehen, wie wir das in einen Zusammenhang setzen und wie die Frauenfrage in einem Transformationsprozess anders gelöst und aufgegriffen werden kann; denn wir befinden uns doch schließlich auf dem Weg zu einer geschlechtergerechten Welt.

Wir haben hier vielfach schon beschlossen: Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden. Das muss auch in solch einem Antrag zur Geltung kommen.

(vereinzelt Beifall)

Ich möchte vor dem Hintergrund der Transformationserfahrung, die wir im Osten schon längst hinter uns gebracht haben, einmal betonen: Wir sind unerschrocken und sehen diesem Prozess eigentlich mit Neugierde entgegen. Aber wir wissen

auch, dass das frauenpolitische und emanzipatorische Feld nach der Wiedervereinigung eines der ganz wenigen war, in denen der Osten den Westen geprägt hat. Auch das ist eine Chance. Das finde ich in dem Antrag leider nicht wieder. Ich finde, es ist auch eine Chance heute, wenn wir beschließen, welches die Wegweiser für die nächsten zwei Jahre sind, dass das Thema der Frauen noch mal anders aufgegriffen werden muss.

Ich finde, wir müssen auch bilanzieren, was die Frauen zu diesem Transformationsprozess und in diesem Prozess beizutragen haben. Insofern haben wir SPD-Frauen den Vorschlag unterbreitet, in den Leitantrag ganz am Ende hineinzuformulieren, dass wir eine geschlechtergerechte Transformationsfolgenabschätzung wollen. Wir wollen uns anschauen, was daraus wird, und es nicht einfach an den Frauen in dem Sinne vorbeirauschen lassen, dass sie doch mitgemeint seien. Denn ohne Frauen ist auch eine Transformation nicht zu machen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Es folgt Philipp Türmer aus Hessen-Süd. Ihm folgt Simone Burger aus Bayern.

(Beifall)

Philipp Türmer, *Juso-Vorsitzender:*

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Saskia, lieber Lars! Wir alle wissen, dass es gerade nicht gut um unsere Partei bestellt ist. Die Umfragen sind im Keller. Das bereitet uns allen Sorgen, aber vor allen Dingen uns Jusos, uns als Vertreter*innen der jungen Generation in dieser Partei. Unsere Generation braucht eine starke Sozialdemokratie. Das demokratische Jahrzehnt, Olaf, das du uns versprochen hast – wir glauben immer noch daran.

Im nächsten Jahr stehen drei wichtige Landtagswahlen und eine wegweisende Europawahl an. Wir alle wissen, was die letzte Europawahl in dieser Partei ausgelöst hat: Andrea Nahles ist zurückgetreten. Es folgte ein langer Prozess der Neuaufstellung. Liebe Saskia, lieber Lars, lieber Kevin, euer Weg in die Parteispitze hat irgendwie damals begonnen. Der Vertrauensvorschuss, den euch diese Partei und auch die Jusos damals gegeben haben, hält immer noch an, auch in dieser schwierigen Situation, die nicht leichter ist als damals.

Auch wenn die Zeiten schwierig sind, kann es gelingen, wieder in die Offensive zu kommen, solange wir uns an eine wichtige Grundregel halten: Wir dürfen niemals aus Angst vor dem Zeitgeist aufhören, mutig zu unseren Überzeugungen zu stehen, die stärker sind als jeder kurzfristige Trend.

(Beifall)

Das gilt für unsere große Zukunftsvision genauso wie für die Frage nach der Handlungsfähigkeit des Staates. Spätestens das Urteil aus Karlsruhe hat gezeigt: Diese Handlungsfähigkeit wird vor allen Dingen massiv von der Schuldenbremse bedroht. Die Schuldenbremse ist eine Zuversichtbremse. Sie ist eine Fessel für sozialdemokratische Politik.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns diese Fessel endlich abschütteln. Als Vertreter der jungen Generation in dieser Partei, als Juso-Vorsitzender, appelliere ich an euch. Diese Schuldenbremse wurde einst geschaffen, um angeblich

unsere Generation zu schützen. Was für ein wahnsinniger Unsinn! Nichts bedroht die Zukunft unserer Generation mehr als diese vermaledeite Schuldenbremse. Lasst sie uns endlich loswerden!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich weiß, dass diese Überzeugung eine Mehrheit in diesem Saal teilt. Die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker unter euch, die tagtäglich unter dieser Schuldenbremse leiden, die Bundestagsabgeordneten, die spätestens seit drei Wochen eine schlaflose Nacht nach der anderen wegen dieser verdammten Schuldenbremse haben, ihr alle teilt unsere Überzeugung, dass dieses in Verfassung gegossene Misstrauensvotum gegen Politik und Staat endlich weg muss.

(Beifall)

Als Vorsitzender eurer Jugendorganisation, als Vorsitzender der Jusos fordere ich euch auf: Schließt euch unserer Forderung an und ergänzt in diesem Antrag die Forderung. Grundsätzlich lehnen wir abstrakte Begrenzungen für die Kreditaufnahme in den Verfassungen des Bundes und der Länder ab. Sie verhindern Investitionen und beeinträchtigen die Handlungsfähigkeit des Staates; denn genau darum geht es.

Liebe Genossinnen und Genossen, gerade dreht sich der Wind, und diese Partei war immer dann stark, wenn sie als Erstes die Segel gesetzt hat, wenn der Wind sich dreht. Lasst uns gemeinsam die Segel setzen und gegen die Schuldenbremse stimmen. – Danke, liebe Genossinnen und Genossen. Freundschaft!

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Jetzt folgt Simone Burger aus Bayern. Nach ihr werden wir den Nachhaltigkeitsforscher Kai Niebert aus Dubai zuschalten. Bitte schön, Simone!

Simone Burger, *Bayern:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Was dieses Land braucht, ist mehr Gerechtigkeit. Unsere Gesellschaft ist in den letzten Krisen immer ungleicher, immer ungerechter geworden. Ich glaube, das können wir als Sozialdemokraten nicht auf uns beruhen lassen. Dieser Kampf für Gerechtigkeit ist einer der zentralen in der DNA der SPD. Deswegen ist es so unglaublich wichtig, dass diese Transformation gerecht organisiert wird für die Beschäftigten, aber dass sie auch gerecht finanziert wird.

Es ist gut, dass die Erbschaftsteuer angehoben wird und dass endlich die großen Erben auch mal zahlen. Es ist gut, dass sich Menschen mit einem hohen Einkommen mehr beteiligen und mehr leisten. Aber es fehlt noch jemand, nämlich all die Menschen mit einem sehr, sehr großen Vermögen in diesem Land. Wo sind Dieter Schwarz, Klaus-Michael Kühne, Reinhold Würth und Familie Theo und Karl Albrecht? Wie beteiligen die sich an dieser Transformation?

Deswegen brauchen wir eine Vermögensabgabe. Wir brauchen eine Vermögensteuer in diesem Konzept, auch zur Finanzierung der Transformation. Deswegen bringe ich folgenden Änderungsantrag ein. Einfügung am Ende von Zeile 1073:

„Die Vermögenssteuer ist für die SPD ein wichtiges Instrument. Zur Finanzierung der Transformation führen wir eine Vermögensteuer für Menschen mit einem Vermögen von 1 Milliarde und mehr ein.“

Ich glaube, es ist ein deutliches Signal und muss auch ein deutliches Signal sein, deutlich zu machen: Wir legen uns mit denen da oben an. Wir trauen uns wirklich, auch mal diejenigen zur Kasse zu bitten, die richtig viel Geld haben. Das fehlt in diesem Transformationsantrag. Deswegen bitte ich euch, dies zu ergänzen und uns zu unterstützen.

Grundsätzlich gilt: Die Schuldenbremse ist eine Zukunftsbremse.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Simone. Wenn ihr uns solche Änderungsanträge vielleicht auch geben könntet, wäre das super. Dann erleichtert das ein bisschen die Arbeit.

Wir werden jetzt Kai Niebert zuschalten, den Nachhaltigkeitsforscher, der gerade in der aktuellen Klimakonferenz in Dubai ist. Ihm folgt Bettina van Suntum für das SPD-Klimaforum. Lieber Kai Niebert, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Kai Niebert, *Präsident Deutscher Naturschutzring:*

Vielen Dank. – Als Klimaforscher wurde ich unter Genossen schon lange nicht vorgestellt. Ich danke euch aber umso mehr für die Einladung heute. Heute nur oder vielleicht auch gerade virtuell von der Klimakonferenz, die zwar nicht der Maschinenraum, aber vielleicht eher so etwas wie die Schaltzentrale der Transformation ist.

Hier in Dubai sieht man sehr gut: Wir stecken mittlerweile mittendrin in der Transformation. Man sieht sie hier auch in ihrer ganzen Gegensätzlichkeit, von fossiler Autokratie bis solarem Aufbruch. Während das hier bei 28 Grad im Schatten stattfindet und man sich im Sakko tatsächlich quält, sehen wir zu Hause, wie das gesellschaftliche Klima – das merkt ihr täglich – rauer geworden ist, wie sich Verunsicherung, Enttäuschung in Bitterkeit entladen.

Der Grund für diese Verunsicherung ist so einfach wie komplex. Die Veränderungen finden nicht innerhalb von gegebenen Strukturen statt. Sie sind für viele krasse Brüche des Gewohnten verantwortlich. Sie geschehen auch nicht allmählich, sondern in einem für viele Menschen zu hohen Tempo. Und sie treffen auf einen Staat und seine Infrastrukturen, die durch – man muss es so sagen – eine jahrzehntelange Politik der neoliberalen Marktgläubigkeit ausgetrocknet wurden. Das sehen wir in Schulen, das sehen wir an Brücken, das sehen wir, wenn wir in die Bahn steigen, und das sehen wir auch beim Klima.

Dabei werben einige – das ist heute auch schon öfter zur Sprache gekommen – mit sehr vereinfachenden Antworten. Wer aber so spricht wie die Populisten und Demokratieverächter, der stärkt den rechten Rand und trägt zum Vertrauensverlust bei.

Ich meine, wir haben alle nicht nur eine große Aufgabe in der Transformation vor uns. Wir haben auch eine Verantwortung für die Demokratie, und diese Demokratie – davon bin ich überzeugt – werden wir nur durch eine zügige und gerechte Transformation erhalten können.

Hier in Dubai – das gehört auch zur Ehrlichkeit dazu – fängt mal an, Deutschland als Treiberin der Transformation zu vermissen. Es war ein deutsches Engagement, das 2015 zum 1,5-Grad-Ziel geführt hat. Doch nach einem grandiosen Start in diesem Jahr von Svenja und ihrem Team, um den Ärmsten der Armen in der Klimakrise zu helfen, wundert man sich auf der COP hier schon, dass aus unserem Klimakanzleramt die Forderung kommt, fossile Energie auch künftig

zu nutzen, wenn das CO2 dann nur irgendwie abgeschieden wird. Ich denke, das sollten wir noch einmal überdenken. Deutschland wird hier ganz besonders als Treiberin und auch als Umsetzerin gebraucht.

Gleichzeitig möchte ich aber auch allen eine Absage erteilen, die sagen, dass ja gar nichts passiert. Die Klimaaktivisten in den Betrieben, die Arbeiterinnen und Arbeiter sind es, die mit viel Handarbeit die Energiewende zum Tragen bringen. Ja, die Transformation geht in die Richtung. Aber was jetzt passieren muss, ist: Sie muss schneller und ambitionierter werden, wenn wir nicht nur den Kampf um unsere Lebensgrundlage, sondern auch um unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gewinnen wollen.

Olaf hat gesagt – Lars hat das in seiner Rede auch noch mal bestätigt -, dass nichts Geringeres vor uns liegt als eine neue Industrialisierung Deutschlands. Und beide haben recht. Doch im Gegensatz zu den letzten Transformationen, die einfach irgendwie geschahen, ist diese mehr oder weniger geplant und gesteuert, manchmal etwas übersteuert und manchmal durchaus etwas untersteuert. Ich glaube, dass genau hier auch die Aufgabe liegt, der wir uns als Sozialdemokratie stärker als bisher stellen müssen.

Während der eine Koalitionspartner nicht das Klima in der Atmosphäre, sondern auch in der Gesellschaft dem Markt zum Fraß vorwerfen will, versinkt der andere Koalitionspartner gerne auch mal im Mikromanagement. Hier braucht es aus meiner Sicht nicht nur Moderation und schlechte Kompromisse, sondern hier braucht es eine klare Führung in der Transformation. Die braucht es, denn der Fokus unserer Politik liegt nicht mehr nur auf den nächsten 10 Prozent CO2-Reduktion, denn jetzt geht es um die gesamten 100 Prozent. Das heißt, es geht auch nicht nur um die 10 Prozent, die sich eine Wärmepumpe leisten können, sondern es geht um 100 Prozent aller Bürgerinnen und Bürger in diesem Land.

Und ja: Genau das alles – das ist heute schon öfter angeklungen – gibt es nicht zum Nulltarif. Während die USA und China Milliarden in die Förderung der Zukunftsbranchen stecken, darf Deutschland seine Zukunftsfähigkeit als Volkswirtschaft nicht durch eine im Grundgesetz verankerte „Geiz ist geil“-Mentalität vor die Wand fahren. Die jetzige Unsicherheit gefährdet doch nicht nur Investitionen, sondern sie bedroht mittlerweile auch unsere gesamte Volkswirtschaft. Das höre ich auch hier von genau diesen Unternehmen, die Aufbruch wollen und suchen.

Wer aber die Investitionen durch Kürzungen beim Bürgergeld oder aber durch Kürzungen bei unserer Verantwortung in der Welt aufbringen will, wird jedoch nicht nur die Transformation, sondern auch die Demokratie gefährden, und das nicht nur bei uns zu Hause.

Ich glaube, wir brauchen eine neue Ära sozialdemokratischer Politik. Konflikte mit Geld zuzukleistern ist keine Option mehr. Die Schuldenbremse sollte einmal Deutschlands Stabilität sichern. Aber wenn der Kreditrahmen nicht mehr zu den Herausforderungen passt, dann müssen wir sie anpassen. Was wir bis dahin brauchen, ist ein Sondervermögen Transformation zum Erhalt unserer wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Lebensgrundlagen von mindestens 100 Milliarden Euro zumindest als Brücke.

Aber gleichzeitig will ich auch sagen: Einfach nur Schulden zu machen, ist natürlich keine nachhaltige Politik. Deswegen sollten wir anfangen, die Dieselsubventionen, die Entfernungspauschale und auch die Kerosinsubventionen klima- und sozialverträglich umzubauen. Das Einsparpotenzial ist erheblich. Wir müssen auch hohe Einkommen, Vermögen und Erbschaften stärker an der Transformation und Daseinsvorsorge beteiligt.

Hier aus Dubai kann ich aus vielen Gesprächen mit unseren internationalen Partnerinnen und Partnern sagen: Sie erwarten von uns, dass wir durch die Transformation führen. Und mit einem Blick auf die Lebensrealitäten der Menschen in Deutschland kann ich sagen: Sie erwarten Transformation, aber sie haben Angst vor der Unsicherheit. Hier Sicherheit

und Führung zu zeigen, sollte Aufgabe von uns als Sozialdemokratie sein. Das ist die Führung, die ihr mit diesem Leitantrag bei uns bestellen könnt. – Glückauf!

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank. Auch ganz herzlichen Dank, dass du extra aus der Konferenz rausgegangen bist und zu uns gesprochen hast. Wir wünschen euch natürlich sehr gute Ergebnisse in Dubai und auch dir Glückauf. Vielen Dank, lieber Kai.

Jetzt fahren wir in unserer Redeliste fort. Als Nächstes kommt Bettina van Suntum für das SPD-Klimaforum. Ihr folgt Raed Saleh aus Berlin.

Bettina van Suntum, *SPD Klimaforum:*

Hallo in die Runde! Bettina van Suntum ist mein Name. Ich komme aus Leipzig. Ich spreche heute hier für das SPD Klimaforum. Ich bin beratende Delegierte für das Online-Themenforum Klimaneutrale Wirtschaft. Eigentlich gibt es keinen schöneren Moment, als dass der Bundesparteitag während der COP stattfindet. Was für ein Fokus auf das Thema, das uns am meisten am Herzen liegt! Ich freue mich auch sehr, dass der Leitantrag die klimaneutrale Transformation in den Mittelpunkt dieser Debatte stellt. Danke dafür, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Jetzt kommt natürlich das große „ja, aber". Die Brisanz der ökologischen Krisen taucht in diesem Leitantrag leider nicht auf. Wir sind in einer Situation, in der wir an den Grenzen von neun planetaren Grenzen stehen und in der die Klimakrise nur eine dieser vielen Krisen ist. Ich möchte an dieser Stelle sehr gerne Lars zitieren. Er hat vor zwei Wochen auf dem Landesparteitag der SPD in Sachsen gesagt: Investitionen in die klimaneutrale Transformation sind keine grünen Träumereien, sondern das ist knallharte Wirtschaftspolitik. – Ich stehe auch dafür hier, um klarzumachen, dass das Zukunftsinvestitionen sind, liebe Genossinnen und Genossen. Aber dafür brauchen wir als Partei auch Arbeitsstrukturen. Ich bin beratende Delegierte eines Online-Themenforums, in dem 500 Menschen angemeldet sind, und seit einem Jahr ist nichts passiert, außer dass das SPD Klimaforum und SPD.Klima.Gerecht die Anträge für diesen Parteitag hochgeladen und die Delegierten gewählt haben. Das – Spoiler – ist es nicht.

Wir haben in dieser SPD zu wenig Arbeitsstrukturen, die sich mit diesem wirklich tiefgreifenden sozial-ökologischen Wandel befassen und die auch eine Möglichkeit für die gesellschaftlichen Akteure bieten, bei der SPD anzudocken. Was haben wir denn den Verbänden, den grünen Vereinigungen anzubieten, außer zu sagen, „Geh zur Konkurrenz"? – Nein, das wollen wir nicht. Wir wollen eine Plattform bieten, in der auch wir als Partei zeigen: Wir haben erkannt, dass die ökologischen Krisen unser Leben zutiefst beeinflussen.

Und ja, Lars, es geht nicht um die Bratwurst, sondern es geht um die Art, wie wir zukünftig wirtschaften, leben und uns ernähren. Und wenn wir uns als Partei das nicht eingestehen, dann kann ich an dieser Stelle nur sagen: Das ist kein Kulturkampf, sondern das ist ehrlich.

Deswegen wünschen wir uns sehr, dass wir uns als Partei diesem Thema auch strukturell widmen. Dafür haben wir einen Antrag eingereicht. Das ist O34. Wir würden uns sehr freuen, wenn ihr diesen Antrag unterstützen würdet. Wir sind dankbar, dass die Antragskommission ihn auf Überweisung genommen hat.

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Kommst du bitte zum Schluss?

Bettina van Suntum, *SPD Klimaforum:*

An der Stelle noch einmal das Zitat von Martin Dulig – er hat es vorhin gesagt: Wir müssen ins Machen kommen. Und das wünsche ich mir für uns alle. – Danke schön.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank. – Der nächste Redner ist Raed Saleh aus Berlin. Ihm folgt Manuela Schwesig aus Mecklenburg-Vorpommern.

Raed Saleh, *Berlin:*

Ihr wollt heute gewählt werden! Liebe Saskia, lieber Lars, lieber Kevin, ja, ich gebe euch aus Überzeugung meine Stimme. Ich habe eine Bitte an euch bei einem Thema, das mich wirklich sehr bewegt. Hannelore Kraft hat es einmal in einem Gespräch mit mir zum Ausdruck gebracht. Sie hat gesagt: Raed, unter Tage, unten, wenn die Leute arbeiten, da sind wir alle gleich, egal ob Mehmet oder Björn. – Hannelore Kraft brachte damit das zum Ausdruck, was Sozialdemokratie seit ihrer Entstehungsgeschichte eigentlich zum Ausdruck bringen muss, und zwar, dass wir diejenigen sind, die dafür sorgen, dass sich die Menschen aufeinander verlassen können, dass sich unter Tage in einer Krisensituation ein Mehmet und ein Björn darauf verlassen können, dass sie füreinander da sind, dass sie sich nicht spalten lassen. Hannelore Kraft hat zum Ausdruck gebracht, dass das die Partei ist, die letztendlich damit über Generationen das Thema Soziales, aber auch das Thema Integration geprägt hat, dass die Menschen sich darauf verlassen können, dass wir für Sicherheit sorgen, für soziale Sicherheit, dass wir es nicht hinnehmen, dass immer weniger Menschen immer mehr haben und immer mehr Menschen immer weniger haben, dass es eine Umverteilung gibt von oben nach unten und nicht wie in den letzten Jahren von unten nach oben.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, das ist das Versprechen der Sozialdemokratie: füreinander da sein. Denn die Schere, die uns in diesem Land trennt, trennt uns nicht danach, ob jemand in vierter, fünfter oder sechster Generation Deutscher ist oder neu eingezogen ist. Die Schere, die uns trennt, trennt uns zwischen Arm und Reich, Genossinnen und Genossen. Das ist die Schere, die Sozialdemokraten in unserem Land überwinden müssen.

(Beifall)

Deswegen ist es mir so wichtig, dass wir uns noch lauter artikulieren. Wenn ein Friedrich Merz sagt, die Integration in diesem Land ist gescheitert, dann erwarte ich von uns allen, dass wir noch lauter sagen: Nein, kleiner Friedrich, die Integration ist nicht gescheitert. Sie ist millionenfach gelungen, verdammt noch mal! Millionenfach gelungen in diesem Land, Tag für Tag!

(Beifall)

Wenn ein Kubicki daherkommt und schwadroniert, 25 Prozent Migrantenquote in den Kiezen der Städte, ob in Kassel, Stuttgart, Berlin oder sonst wo, dann erwarte ich von uns, dass wir noch lauter sagen: Nein, nicht mit uns, lieber Koalitionspartner. Nicht mit uns!

(Beifall)

Haltung zeigen und nicht den Leuten erlauben, beim Thema Migration und Integration eine Art Sündenbock zu suchen für Sachen, die vielleicht nicht funktionieren.

(Glocke des Tagungspräsidiums)

Deswegen ist es wichtig. Denn wer, wenn nicht wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, kann das am besten transportieren? Ich wünsche mir von uns – von jedem Ortsvereinsvorsitzenden bis hin zum Kanzler , dass die Cover der Magazine mit dem sozialen Thema bestückt werden, weil das die Schere ist, die uns trennt. Das Soziale überwinden, Genossinnen und Genossen. Dann sind die Menschen auch solidarisch zusammen in diesem Land, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Raed, kommst du bitte zum Schluss?

Raed Saleh, *Berlin:*

Lieber Kevin, lieber Lars, liebe Saskia, wir verlassen uns darauf, dass wir gemeinsam diesen Weg gehen und ganz klar sagen: Deutschland ist ein Land der Vielfalt, Deutschland ist ein starkes Land, und wir gestalten sie mit allen Menschen in diesem Land. – Vielen Dank.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Vielen lieben Dank für alle engagierten Reden. Ich möchte euch nur sagen: Ich will Euch gar nicht ärgern, wenn ich euch abklingel, aber es sollen ja alle reden. Wir haben eine unglaublich lange Rednerliste. Deswegen versuche ich, relativ streng zu sein. Seht mir das nach. Aber ihr könnt dem entgehen, indem ihr einfach in der Redezeit bleibt.

Es folgt Manuela Schwesig aus Mecklenburg-Vorpommern. Ihr folgt Andreas Bovenschulte aus Bremen.

Manuela Schwesig, *Mecklenburg-Vorpommern:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Der Verfassungsschutz in Sachsen hat heute die AfD Sachsen als gesichert rechtsextrem eingestuft, nachdem es bereits so in Thüringen und in Sachsen-Anhalt passiert ist.

(Beifall)

Es wird jetzt im Grunde etwas bestätigt, vor dem wir schon seit vielen, vielen Jahren warnen. Viele haben mitbekommen, dass die AfD nicht nur ein Problem des Ostens ist, sondern ihr Gedankengut längst auch im Westen angekommen ist. Ich will es ganz deutlich sagen: Es ist bitter – bitter für eine Generation, deren Eltern die Friedliche Revolution mutig vorangebracht haben , dass wir heute sehen, dass die AfD Sprüche wie „Wir sind das Volk!“ benutzt, um sie gegen die Demokratie zu wenden. Deshalb ist aus meiner Sicht die wichtigste Aufgabe der Kampf gegen die AfD. Wir wissen: Es reicht eben nicht aus, zu sagen, ihr wählt oder ihr bevorzugt eine Partei, die rechtsextrem ist, sondern es ist schon wichtig, nicht nur die Haltung und Klarheit zu haben, sondern mit ganz praktischer sozialdemokratischer Politik, die bei Menschen ankommt, auch etwas dagegen zu tun, dass sich Menschen einer solchen Partei zuwenden. Wir haben in 2021 erlebt, dass bei der Wahl in Mecklenburg-Vorpommern die AfD kleiner und die SPD größer geworden ist. Deshalb ist es, auch wenn es sich gerade nicht so anfühlt, möglich, und es muss weiter unser Ziel bleiben.

Das geht aus meiner Sicht am besten damit, dass wir dafür sorgen, dass der Staat die Daseinsvorsorge hinbekommt. Es ist nicht richtig, dass wir uns in der Vergangenheit darauf verlassen haben, dass private Konzerne die Gesundheitsversorgung managen und sich dann entscheiden, wenn es sich im ländlichen Raum nicht mehr rechnet, die Kinder- und Jugendkliniken zu schließen.

(Beifall)

Es ist nicht richtig, dass wir uns darauf verlassen haben, dass private Konzerne darüber entscheiden, wo schnelles Internet und Mobilfunk ausgebaut wird, nämlich nur in den Stadtstaaten und nicht mehr im ländlichen Raum, wo in einem Dorf – wie bei meiner Familie – nur noch 35 leben, obwohl wir überall schnelles Internet und Mobilfunk brauchen. Es ist auch nicht richtig, dass wir uns bei der Energieversorgung auf die Konzerne verlassen haben. Es ist nicht richtig, dass wir nicht genügend Geld für die Bildungsinfrastruktur haben. Deshalb ist es so wichtig, dass wir als Staat in die Daseinsvorsorge investieren.

Deshalb, lieber Philipp: Ihr habt recht, die jetzige Schuldenbremse verhindert diese Investitionen. Deshalb ist es wichtig, dass wir die Schuldenbremse in der Form, wie sie jetzt ist, abschaffen, aber auch gleichzeitig sagen, was wir stattdessen wollen. Denn ich glaube schon, dass die Bürgerinnen und Bürger wollen, dass wir auch zeigen, dass mit dem hart erwirtschafteten Steuergeld von Krankenpflegern und Arbeiterinnen und Arbeitern vernünftig umgegangen wird. Deshalb bin ich ganz klar dafür, dass, wenn wir heute einen Beschluss fassen, auch sagen, was wir stattdessen wollen. Es muss aus meiner Sicht eine Schuldenregel sein, die Investitionen in die Zukunft ermöglicht, die ermöglicht, dass wir als Staat investieren, um auch die Daseinsvorsorge zu leisten.

Wenn wir einen solchen konkreten Vorschlag haben, dann würde ich auch gerne einmal sehen, wie sich andere dazu verhalten. Denn egal, wer gerade in welchem Bundesland regiert, wir müssen alle diese Investitionen sicherstellen, und nur mit staatlichen Investitionen in Klimaschutz, in Energiewende, in Bildung, in gesundheitliche Strukturen werden wir die Daseinsvorsorge sicherstellen. Nur wenn wir zeigen, dass wir es praktisch hinkriegen und dass die Politik bei den Menschen vor Ort auch praktisch ankommt, dann können wir auch Rechtspopulismus und Rechtsextremismus bekämpfen.

Bitte unterstützt deshalb den Antrag und lasst uns eine konkrete Antwort auf die jetzige Schuldenbremse, die eine Investitionsbremse ist, finden, damit wir Investitionen für die Menschen ermöglichen können. – Vielen Dank.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Jetzt ist Andreas Bovenschulte aus Bremen dran. Ihm folgt Delara Burkhardt, unsere Europaabgeordnete, aus Schleswig-Holstein. – Zunächst Andreas.

Andreas Bovenschulte, *Bremen:*

Moin! Liebe Genossinnen und Genossen! Die entscheidende Frage ist: Wie kommen wir als SPD wieder in die politische Offensive? – Liebe Saskia, lieber Lars, ihr habt es ganz richtig auf die zwei Punkte gebracht. Als Erstes brauchen wir eine kluge und durchdachte Sachpolitik auf der Höhe der Zeit, die die Antwort auf die drängenden Zukunftsfragen gibt. Und die haben wir. Die haben wir in unserem konkreten Regierungshandeln, und die wird auch in den Anträgen deutlich, die uns vorliegen. Liebe Genossinnen und Genossen, deshalb sage ich von Beginn an gleich deutlich: Diese Anträge haben bei allen Diskussionen im Einzelnen unsere und eure grundsätzliche Unterstützung verdient.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, die entscheidende Frage der politischen Auseinandersetzung im Moment ist aber nicht, ob wir uns in der einen oder anderen Sachfrage so oder anders entscheiden. Die politische Auseinandersetzung wird auch nicht über die Einzelheiten der Formulierung einer zukünftigen Schuldenbremse gewonnen. Die entscheidende Frage ist: Gelingt es uns herauszuarbeiten, dass wir vor einer politischen Richtungsentscheidung in unserer Gesellschaft stehen? Wir müssen nicht nur die Köpfe, sondern auch die Herzen der Menschen gewinnen. Wir müssen deutlich machen: Wollen wir eine Gesellschaft des Miteinanders mit Olaf Scholz und der SPD haben, oder wollen wir eine Gesellschaft des Gegeneinanders mit Friedrich Merz und der CDU haben? Wollen wir eine Gesellschaft der Solidarität mit der SPD oder eine Gesellschaft der Spaltung mit der CDU haben? Wollen wir eine Gesellschaft der Vernunft und der Verantwortung oder eine Gesellschaft der Demagogie mit der politischen Rechten haben? – Darum geht es. Das ist der entscheidende Kampf. Den müssen wir gewinnen. Liebe Genossinnen und Genossen, den können wir nur gemeinsam führen. Da hilft es nichts, Verantwortung zu delegieren. Da müssen wir gemeinsam kämpfen in der Bundesregierung, in den Landesregierungen, im Bundestag, in den Landtagen und auf allen Ebenen der Parteiorganisation. Diese Grundsatzentscheidung in der Gesellschaft können wir nur gemeinsam umkämpfen. Da müssen wir alle solidarisch zusammenstehen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst mich noch eine konkrete Ermutigung sagen. Malu Dreyer hat ja gesagt, 32 Jahre lang regiert die SPD in Rheinland-Pfalz und hat viele Höhen und Tiefen kennengelernt. Wir haben in Bremen seit 78 Jahren Regierungsverantwortung. Glaubt mir, da waren gute Zeiten dabei, da waren schlechte Zeiten dabei. Da haben wir hammerharte Situationen zu bewältigen gehabt in Zeiten, wo wir in drei Jahren 25.000 Industriearbeitsplätze verloren haben. Die Frage war: Kriegen das die Sozis noch hin? – Und wir haben gesagt: Wir müssen uns dieser Verantwortung stellen, egal wie schwer die Zeiten sind. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zeichnet aus, wir geben nicht auf. Gerade wenn es schwierig ist, dann zeigen wir. Wir sind oft kleingeredet worden. Alle, die das gemacht haben, lagen immer falsch. Genossinnen und Genossen, wir haken uns unter, und wir werden die Zukunft gewinnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Andreas. – Als Nächste folgt Delara. Ihr folgt Matthias Miersch.

Delara Burkhardt, *Schleswig-Holstein:*

Moin! Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist kein Zufall, dass die Klimapolitik auf europäischer Ebene das erste Testfeld für die Konservativen für Zusammenarbeit mit Rechtsaußen ist. Es ist ziemlich doll geworden, seit wir die CDU aus

dem Kanzleramt gejagt haben. Seitdem werden der Green Deal und die Klimapolitik regelmäßig gebremst aus einer Koalition von Konservativen mit ganz rechts. Was haben Sie dabei gemeinsam? Sie nutzen gemeinsam die Unsicherheiten der Menschen, die Ängste wegen den Kriegen und den steigenden Preisen spüren – nicht, weil sie diese Probleme lösen wollen, sondern weil es ihnen um ihre Macht und um ihre Politik für Reiche, um das Bremsen beim Klimaschutz und um die Entrechtung von Minderheiten geht. Liebe Genossinnen und Genossen, das machen wir nicht mit. Dieser Leitantrag zeigt, dass es uns eben genau darum geht, die Probleme zu lösen.

(Beifall)

Die Aufgaben, vor denen wir stehen, sind so gigantisch, dass man sie nicht durch ein paar E-Lastenrad-Subventionen, Balkonkraftwerke für Gutverdienende und „Heizung aus und Auto stehen lassen“ für die große Mehrheit lösen kann. Das ist weder gerecht noch wird es reichen, um die Krise zu lösen.

Das von manchen als Allheilmittel gepriesene Klimageld ist zwar ein wichtiges Instrument, um ein paar Härten des Alltags abzufedern – deswegen müssen wir auch vom Prüfen ins Machen kommen , aber es wird nicht dafür reichen, dass sich die Mehrheit der Menschen dann auf einmal Investitionen in ein E-Auto, in eine Wärmepumpe oder eine Wohnungssanierung leisten kann.

Unsere Antworten auf die Krise müssen größer gedacht werden. Die Aufgabe, klimaneutral zu werden, wollen wir als Genossinnen und Genossen nicht auf die Einzelnen abladen. Wir wollen, dass alle klimaneutral von A nach B kommen können. Wir wollen, dass alle nachhaltig heizen können und in gut sanierten Wohnungen sitzen und dass alle gut bezahlte, zukunftsfähige Jobs haben. Und ja, dafür braucht es auch dringend Investitionen, nicht nur aus privater, sondern auch gerade aus öffentlicher Hand.

An dieser Stelle möchte ich deswegen sagen: Moin, Herr Lindner, moin Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, die SPD wird hier heute ein klares Zeichen gegen die Schuldenbremse als Zukunftsbremse setzen.

(Beifall)

Wir als SPD zeigen, dass wir uns nicht zu schade sind, die Lösung für diese Mammutaufgabe zu formulieren, weil es uns nämlich darum geht, diese Probleme zu lösen.

Liebe Genossinnen, ich habe an Gesetzen verhandelt, die „Land use, land-use change and forestry“ und „Packaging and Packaging Waste Regulation“ hießen. Das sind sehr komplizierte technische Namen. Und ja, der Weg zur Klimaneutralität ist auch manchmal ein bisschen technisch und kompliziert. Deswegen, wenn ich eine Bitte an den nächsten Parteivorstand, aber auch an unseren Bundeskanzler richten kann: Lasst uns doch bei dieser Debatte mehr Herz und Empathie und mehr Kommunikation für die Menschen zeigen. Denn es geht uns nicht nur um den Wettbewerbsvorteil. Es geht uns nicht nur um den Industriestandort Deutschland. Es geht uns darum, dass Menschen ein gutes Leben haben. Dafür wollen wir mit diesem Leitantrag die Rahmenbedingungen stellen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Delara. – Jetzt folgt Matthias Miersch aus Hannover. Ihm folgt Svenja Schulze.

Matthias Miersch, *Parteivorstand:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Vielen Dank, liebe Saskia und lieber Lars, dass ihr uns hier heute klare Orientierung gegeben habt. Das, was wir im Leitantrag abgebildet haben, ist meines Erachtens Sozialdemokratie pur. Es unterscheidet uns von vielen, weil – das müssen wir heute und in den letzten Wochen immer wieder sehen – Klimaschutz nur funktioniert, wenn der soziale Zusammenhalt und die ökonomische Vernunft zusammengedacht werden, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wenn Herr Merz jetzt sagt, das Erste, was er abschaffen würde, ist das Heizungsgesetz, und er auf einen steigenden CO2-Preis und einen Europäischen Emissionshandel verweist, dann hört sich das ja vielleicht erst einmal smart an. Aber was steckt denn dahinter? Wenn der Europäische Emissionshandel und Klimaschutzziele Hand in Hand gehen sollen, dann muss spätestens 2027 und in den 30er-Jahren ein Preis aufgerufen werden, der – so sagen es dann ja auch einige – lenken soll. Was heißt denn dann „lenken“? Es werden die gelenkt, die dann das Heizen und die Mobilität nicht mehr bezahlen können. Das ist sozial ungerecht. Das ist nicht unser Weg, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deswegen bin ich fest davon überzeugt: Wir müssen diese Schuldenbremse reformieren. Es geht nicht, dass ohne staatlichen Milliardeninvestitionen in den Klimaschutz Menschen in diesem Land alleingelassen werden. Das können wir nicht zulassen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deswegen lasst uns heute ein deutliches Signal setzen. Ich habe damals 2009 gegen die Fraktion und gegen diese Schuldenbremse gestimmt, weil ich glaube, wer Generationengerechtigkeit nur fiskalpolitisch definiert, ohne dass wir den Staat in die Lage versetzen, in Klimaschutz, in Bildung, in Forschung und in Infrastruktur investieren zu können, der macht dieses Land kaputt, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Lasst uns also ein deutliches Zeichen setzen, dass es die Sozialdemokratie in diesem Land ist, die die Zukunft im Blick hat, aber auch den Zusammenhalt. Nur beides geht zusammen, liebe Genossinnen und Genossen. – Glückauf!

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Matthias. – Jetzt folgen Svenja Schulze und Kevin Hönicke aus Berlin.

Svenja Schulze, *Parteivorstand:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Friedrich Merz findet ja Klimaschutz überbewertet. Er sagt, die Welt geht davon morgen nicht unter. Genossinnen und Genossen, ich gebe Herrn Merz recht. Die Welt geht nicht unter – für ihn als privilegierter weißer Mann, der sich alles kaufen kann, zumindest nicht. Aber Genossinnen und Genossen, für viele andere

Menschen schon: an der Ahr zum Beispiel, und zwar im wahrsten Sinne des Wortes. Und weltweit sieht es noch viel schlimmer aus. Von einer ersten Insel, die im Meer versinkt, sind die Menschen schon evakuiert worden.

Der Kampf gegen den Klimawandel ist also ein Kampf für Menschenrechte an ganz vielen Orten der Welt, weil das Recht auf Leben, das Recht auf Gesundheit und das Recht auf Nahrung und Wasser inzwischen bedroht ist. Der Klimawandel bedroht vor allem die Ärmsten der Welt – diejenigen, die am wenigsten zu den Klimaveränderungen beigetragen haben und die sich am schlechtesten gegen die Folgen wehren können. Das Klima der Welt zu schützen heißt also vor allen Dingen, die Bewohnerinnen und Bewohner der Welt zu schützen. Klimaschutz ist für uns eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Vorausschauend handeln heißt dabei, niemanden zurückzulassen. Das können nur wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

Wir brauchen in Deutschland Veränderungen. Es geht um eine globale Energiewende. Diese Wende muss sozial gerecht gestaltet werden. Wir haben im Blick, was es bedeutet, wenn Menschen Angst haben um ihren Job, Angst haben, um ihren Lebensunterhalt, weil sie zum Beispiel vom Kohleausstieg betroffen sind. Und als NRWlerin weiß ich: Das gilt eben nicht nur für die Menschen im Rheinischen Revier. Das gilt genauso für Menschen in Südafrika, in Kolumbien und in Indien. Die Transformation muss auch da mit den Menschen im globalen Süden gestaltet werden, oder wie es die IG BCE passend zusammengefasst hat: Keine Transformation auf dem Rücken unserer Kolleginnen und Kollegen im globalen Süden.

Genossinnen und Genossen, klar, so eine gerechte Transformation kostet. Aber nichts tun – das haben wir doch überall gesehen – ist noch viel, viel teurer. Wer jetzt die Kosten der Energiewende scheut, der handelt nicht sparsam, sondern der treibt die Kosten ins Unerträgliche. Das schadet den Menschen hier bei uns und weltweit.

(Beifall)

Wer Verantwortung wahrnehmen will, der darf sich eben nicht wie CDU und CSU ins Schneckenhaus verkriechen. Sparen ist genau die falsche Lösung. Wir können uns nicht unsere Zukunft sparen. Unsere Volkswirtschaft ist auf globale Problemlösungen angewiesen. Wenn ich zum Beispiel Projekte in Marokko zur Erzeugung von grünem Wasserstoff kürzen müsste, dann wäre das fatal. Das wäre fatal für die Menschen in Marokko, das wäre fatal für das Klima in Deutschland, und das wäre fatal für unsere Unternehmen in Deutschland, die auf Wasserstoff angewiesen sind, die dort eine Vorreiterrolle wahrnehmen wollen und die diesen grünen Wasserstoff importieren wollen.

Deutschland soll auch in Zukunft ein starker und innovativer Industriestandort bleiben. Die Transformation ist dafür unerlässlich, und dafür müssen wir auch in diese Transformation investieren. Das ist in dem Antrag beschrieben. So geht sozialdemokratische Führungsverantwortung. – Vielen Dank.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Svenja. Jetzt folgen Kevin Hönicke und Linda Vierecke aus Berlin. – Bitte schön.

Kevin Hönicke, *Berlin:*

Guten Tag, liebe Genossinnen und Genossen! Ich sage mal: Herzlich willkommen in Berlin. Ich freue mich, euch hier in meiner Mutterstadt begrüßen zu dürfen. Dass wir wieder zum Familientreffen zusammenkommen, freut mich außerordentlich.

Da ich das Rot und Weiß jetzt schon so lange hier hinter mir sehe, lasst mich mal eine Metapher oder ein Gleichnis zu einem Fußballverein bringen, der so gut auch für uns spricht. Den Verein kannten beim vorletzten Bundesparteitag die meisten von euch hier in Berlin und außerhalb von Berlin wahrscheinlich noch nicht. Ich bin mir aber sicher, dass Lars, Saskia, Kevin – schöne Grüße auch an Erhard Scherfer von Phoenix – diesen Verein mittlerweile kennen. Ich bin über 20 Jahre treues Mitglied dieses Vereins und habe als junger Mensch Blut gespendet, damit wir irgendwie am Leben bleiben, weil wir kein Geld hatten. Wir waren schon tausendmal totgesagt. Am Dienstag spielen wir hier in Berlin gegen Real Madrid in der Champions League, was ich mir als junger Mensch hätte nie träumen lassen können. Ich glaube, spätestens jetzt weiß jeder, dass ich vom 1. FC Union Berlin rede – rot-weiß. Und was mich an diesem Verein so bindet, ist, dass uns immer wieder gesagt wird: Aus uns wird nichts. Und wir sind da, wo wir jetzt sind. Jetzt redet man uns ein, wir haben eine Krise. Nein, wir leben den Traum. Wie gesagt, wir spielen am Dienstag in der Champions League gegen Real Madrid.

Das machen andere mit uns hier in der SPD auch. Die reden uns tot. Seit 160 Jahren – das wurde heute schon oft gesagt – wurden wir totgeredet. Wir kämpfen, weil wir an uns glauben. Das machen wir beim 1. FC Union Berlin auch. Immer wenn wir im Stadion singen, singen wir: „Die richtig dicke Kohle hat hier nie jemand gesehen." Da steht die Professorin neben dem Hausmann und der Klempner neben der Forscherin. Wir sind eine Gesellschaft. Ich wünsche mir, weil wir bei Union auch immer singen, wir lassen uns nicht vom Westen kaufen – das meint jetzt nicht den Westen, sondern den Mainstream , dass wir uns von anderen nicht sagen lassen, wie wir zu sein haben, sondern dass wir an unsere Werte glauben. Liebe Genossen, das wünsche ich mir für die SPD auch, dass wir uns nicht kleinreden und nicht totreden lassen, sondern unsere Haltung bewahren und für unsere Überzeugung kämpfen – mit Haltung, mit Klarheit und mit konkretem Kurs nach vorne.

Olaf Scholz ist der Kanzler dieser Republik, aber das ist hier der SPD-Bundesparteitag. Da wünsche ich mir, dass wir hier klare SPD-Politik vertreten und den Blick auf das große Ganze haben – die Solidarität mit Israel und mit der Welt , aber eben auch den Blick in die Kommune haben, dass wir an den Wohnungsbau, den Schulbau und den Kitabau denken. Das machen wir bei Union auch. Der große Star, der Trainer, aber auch der kleine, normale Fan ist unser Mensch im Fokus. Das müssen wir machen.

Heute Morgen bei unserem interreligiösen Zusammenkommen – das kann ich jedem nur empfehlen; wir waren ein paar wenige, aber mit Hubertus Heil zusammen Lieder zu singen ist immer ein Erlebnis – haben wir das gezeigt, dass interreligiöse Realität geht: zusammenstehen, zusammenleben, zusammenhalten, mit schönen Liedern bei guter Stimmung. Das müssen wir nach außen leben, aber auch nach innen. Zusammenhalt, Solidarität für eine starke Bundesrepublik, aber auch für starke Kommunen. Hilfe in die Welt, aber auch Hilfe in die Kommunen. Lasst uns das machen. Schuldenbremse ist ein Thema, Mietenpolitik ist das andere Thema. Die Umverteilung, die Raed Saleh ja super auch angebracht hat, ist das nächste Thema. Wir haben viel zu tun. Lasst uns es anpacken! Lasst es uns einfach machen! – Vielen Dank.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Danke, Kevin. – Jetzt folgt Linda Vierecke aus Berlin. Ihr folgt Axel Schäfer aus Bochum.

Linda Vierecke, *Berlin:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Vielen Dank für diesen Leitantrag. Klimaneutrale Transformation" in den Mittelpunkt zu stellen, ist jetzt richtig. Es ist genau richtig, und es ist wichtig, dass wir uns auch als Partei damit auseinandersetzen. Es ist auch höchste Zeit, denn sozialer Klimaschutz muss mehr in den Fokus rücken, einfach weil wir, wenn wir auf die

Wissenschaft vertrauen – und ich denke, das tun wir in unserer Partei, im Gegensatz zu den rechts außen auf jeden Fall –, sehen, dass wir, wenn wir so weitermachen, einfach eine Erwärmung – Klimaerwärmung, Erderwärmung – von 2,5°C erreichen. Was bedeutet das für unsere Städte? Was bedeutet das für die Ärmsten der Ärmsten? Es wird zu Hitzesommern kommen, und darunter leiden wir in den Städten manchmal noch mehr als auf dem Land. Aber wir alle leiden darunter. Ich glaube, dass wir als Politik da eine ganz große Verantwortung haben. Wir sind damit eben auch verdammt spät dran.

Deshalb wünsche ich mir für diesen Antrag ein bisschen mehr und bringe aus der Berliner Delegation konkret noch mal eine Formulierung an, die wir im Koalitionsvertrag auf Berliner Ebene immerhin mit der CDU geschafft haben, nämlich dass wir sagen, wir müssen klimaneutral wirtschaften und leben zumindest vor 2045. Wir sagen momentan, dass es bis Mitte des Jahrhunderts geht. Aber ich glaube, wir müssen wirklich um jedes Jahr streiten, denn es bewahrt uns vor den Folgen. Also ganz konkret Zeile 130/131:

„Um die Lebensgrundlage zukunftsfähiger Generationen zu erhalten, müssen wir bis deutlich vor 2045 klimaneutral wirtschaften und leben."

(Beifall)

Das ist eine Formulierung, die wir sogar mit der CDU geeint bekommen haben. Also schaffen wir das vielleicht auch in diesem Raum.

Deswegen müssen wir die notwendigen Dinge tun. Ich kann euch wirklich nur bitten, euch im Bund dafür einzusetzen, dass wir die umweltschädlichen Subventionen endlich angehen, dass wir die Privilegien, die wir da fördern, abschaffen. Das ist, glaube ich, etwas ganz Konkretes. Das sind 65 Milliarden Euro im Jahr. Da müssen wir ran.

Liebe Genossinnen und liebe Genossen, wir müssen bei diesem Wandel die Leute mitnehmen. Das ist unsere Aufgabe als Sozialdemokratie. Momentan schreiben in den Kommunen, in euren Kommunen, die Leute die kommunale Wärmeplanung. Ich nehme da ganz viel Angst bei uns wahr, weil die Leute sich natürlich schon fragen: Was passiert? Was passiert mit meiner Heizung? Natürlich müssen wir Antworten liefern, aber ich glaube, wir können das besser als die Grünen. Wir müssen vor allem die Leute davor schützen, in diese CO2-Falle zu rasen, und da Antworten finden.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind viele in der SPD, die mittlerweile dieses Thema Klima umtreibt. Die Forderung nach einer AG steht im Raum. Ich unterstütze diese Forderung ganz klar. Wir brauchen einen Raum, wo wir dieses Riesenthema diskutieren, wo wir auch stärker in die Partei reinwirken können und wo wir Lösungen finden. Deshalb bitte auch ich um eine starke Unterstützung des Antrags O34. – Vielen Dank.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Änderungsanträge bitte immer abgeben. Das kann ich hier gar nicht alles mitschreiben.

Der Nächste ist Axel Schäfer aus Bochum. Ihm folgt Miriam Siglreitmaier aus Berlin.

Axel Schäfer, *Nordrhein-Westfalen:*

Genossinnen und Genossen! Das Wichtigste am Anfang. Mit diesem Antrag, mit diesen Auftritten heute, auch mit den

kritischen Anmerkungen der Kontrollkommission hat dieser Parteitag aus meiner Sicht schon Zeichen gesetzt, und ich glaube, es ist deutlich geworden: Hier ist eine kämpferische SPD versammelt.

(Beifall)

Und ich kann das sagen, Genossinnen und Genossen, denn ich habe einen Vergleich. Ich bin seit 50 Jahren dabei. Das ist mein 50. Parteitag. Ich bin seit 47 Jahren auf Parteitagen. Es ist wichtig, dass wir gerade bei diesen Debatten eben nicht in Asche pusten, sondern immer die Flamme in unserem Herzen, in unseren Köpfen aufrechterhalten. Wir sind ins Gelingen verliebt, und deshalb ist das richtig, was Olaf Scholz gesagt hat: Wir können das, und deshalb werden wir das auch können.

(vereinzelt Beifall)

Wenn wir, Genossinnen und Genossen, auf dieser Basis miteinander reden, geht das nur selbstbewusst und mit Selbstkritik. Ja, ich erwarte mehr Selbstbewusstsein, zu sagen: Das, was wir heute zu stemmen haben, hat noch keine Regierung, hat noch kein Parlament stemmen müssen seit 1945. Wir stehen vor den größten Herausforderungen, die unser Land, die Europa, wahrscheinlich die Welt je zu lösen hatte, und wir sind in der Lage, das auch anzupacken. Aber wir sind in vielen Dingen viel zu defensiv. Wir sollten auch ganz klar sagen: Wenn bei uns etwas nicht geklappt hat, dann sollte man auch dazu stehen. Es ist doch logisch: Wir müssen das aufarbeiten, was die CDU hat liegenlassen. Wer arbeitet, macht auch manchmal Fehler, und deshalb ist es gut, dass wir beim Heizungsgesetz in der Lage waren, das zu korrigieren. Dann sollten wir auch dazu stehen und das auch zugeben, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Es gibt für den heutigen Tag, damit nichts in der Rede wiederholt wird, noch einen anderen wichtigen Punkt: Nie wieder Thüringen 2020.

(Beifall)

Mein Herz ist dort. Ich habe dort habe viele Freunde, und meine Partnerstadt ist dort auch. Wir sollten deutlich sagen: Die SPD steht dafür, dass niemals wieder kampflos hingenommen wird, dass zwei demokratische Parteien wie die CDU und die FDP mit Unterstützung der AfD eine Regierung bilden können. Niemals werden wir das zulassen. Das ist Sozialdemokratie. Das werden wir in keinem Fall mitmachen und in keinem Fall einfach widerstandslos hinnehmen.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, ich habe meine Kritik heute im Spiegel-Interview gesagt. Ich will sie hier nur mit einem Satz wiederholen: Wir müssen manchmal auch Mut zur Zuspitzung haben. Derjenige, der in diesem Land zurzeit bremst, ist Friedrich Merz, CDU. Und der andere, der bremst – manche denken, hey, der macht das heute, damit der SPD-Parteitag ausgebremst wird -, ist Herr Weselsky, der Vorsitzende der GDL. Der ist auch CDU. Auch das muss man wissen. Und auch da sollten wir deutliche Worte finden. Wir stehen für eine Gewerkschaft mit dem Kollegen Burkert als EVG-Vorsitzendem. Das ist sozialdemokratische Arbeit, das ist Zusammenarbeit, und in diesem Sinne, Genossinnen und Genossen, ein herzliches Glückauf und ein gutes Gelingen für unseren Parteitag.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Axel.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Frist für die Initiativanträge ist jetzt leider ausgelaufen, aber wir haben gehört, dass es da verschiedene Probleme gab. Deswegen habt ihr jetzt noch bis 13:30 Uhr Zeit. Dann ist aber tatsächlich Schluss. Bis 13:30 Uhr könnt ihr also auf OpenSlides oder auch auf ganz normalen Zetteln Unterschriften für die Initiativanträge sammeln.

Wir fahren fort in unserer Debatte. Das Wort erhält Miriam Siglreitmaier aus Berlin. Ihr folgt Michael Jung aus Rheinland-Pfalz.

(Beifall)

Miriam Siglreitmaier, *Berlin:*

Liebe Genoss*innen! ein Team von Ökonomen um Thomas Piketty hat herausgefunden, dass sich die Spaltung in Vermögende und Arme in Deutschland auf einem ähnlichen Niveau befindet wie im Jahre 1913, also ein Jahr, bevor der Erste Weltkrieg ausgebrochen ist. Genau wie damals verfügen heute die obersten 10 Prozent über 40 Prozent des Gesamteinkommens. Das sind keine neuen Zahlen. Ich denke, wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind uns einig, dass es allerhöchste Zeit ist, diese enorme Ungleichheit zu reduzieren.

Das macht auch dieser Antrag deutlich, der einen klaren Schwerpunkt darauf setzt, dass wir die große Mehrheit der Menschen, eben die 95 Prozent, entlasten müssen.

Weil die Ursachen für Ungleichheit unterschiedlich sind, brauchen wir verschiedene Instrumente, um wirkungsvoll dagegen vorzugehen. Es ist richtig, dass wir die Einkommensteuer so reformieren, dass Top-Verdiener mehr leisten und dass die mittleren und niedrigen Einkommen entlastet werden.

Was wir aber auch wissen, ist, dass die reichsten Menschen in diesem Land gar nicht arbeiten. Die reichsten Menschen in diesem Land lassen ihr Geld oder andere arbeiten. Deswegen reicht es nicht, nur Erwerbseinkommen stärker zu besteuern. Wir müssen an die Vermögen ran. Deutschland gehört hier in Europa zum Schlusslicht. Aktuell gibt es nicht mal wirklich verlässliche Zahlen darüber, wie viel Reichtum überhaupt da ist. Wir wissen quasi relativ genau, wie viele Zahnbürsten ein Bürgergeldbezieher in seinem Badschränkchen hat. Was wir aber nicht wissen, ist, wie viele Yachten in den Häfen der Superreichen liegen.

Ein großer Faktor für Vermögen ist die Vererbung. Deswegen ist es richtig, dass die Erbschaftsteuer reformiert wird und dass das Betriebsvermögen nun auch nicht mehr ausgenommen wird. Aber warum sollen wir erst die Nachkommen der Superreichen besteuern? Warum sollen sich nicht schon die Superreichen jetzt genau wie alle anderen an den Kosten der Gesellschaft beteiligen?

(Beifall)

Die Tatsache, dass es in Deutschland derzeit keine Vermögensbesteuerung gibt, hast du, Olaf, selbst als „Unfall“ bezeichnet. In Umfragen sprechen sich 77 Prozent der Menschen für eine höhere Besteuerung von Vermögen aus. Dass nun auch die Vermögensteuer in diesem Antrag drinsteht, ist völlig richtig.

Allerdings braucht es auch strategische Abwägungen. Für solch eine Steuer brauchen wir die Zustimmung durch den Bundesrat. Um jetzt eine wirkungsvolle Umverteilung zu haben, brauchten wir eine einmalige Vermögensabgabe. Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind so groß, dass wir nicht weiter warten können. Deswegen brauchen wir jetzt eine einmalige Vermögensabgabe.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Kommst du bitte zum Schluss?

Miriam Siglreitmaier, *Berlin:*

In Deutschland gibt es derzeit 226 Milliardäre. Gleichzeitig gibt es 6 Millionen Menschen, die Schulden haben, und Hunderttausende von Menschen, die Aufstocker sind. Liebe Genossinnen und Genossen, in einem Land, in dem jedes vierte Kind in Armut aufwächst – da bin ich ganz ehrlich -, sind 226 Milliardäre einfach zu viel. Das können wir uns nicht leisten.

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Miriam, kommst du bitte zum Schluss? Die Zeit ist um.

Miriam Siglreitmaier, *Berlin:*

Ich bitte euch um Unterstützung eines eingebrachten Änderungsantrags, der sich dafür ausspricht, die Zeile 934 bis 940 zu ersetzen. – Darf ich das noch kurz vorlesen?

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Eigentlich hast du es, glaube ich, lang genug beschrieben. Wenn du jetzt noch anfängst, lange vorzulesen, dann bist du gleich bei fünf Minuten.

Miriam Siglreitmaier, *Berlin:*

Okay. Ich möchte nur, dass der Änderungsantrag klar ist.
Also Zeile 934 bis 940: Wir fordern die Einführung einer einmaligen Krisenabgabe.

Aydan Özoğuz, T*agungspräsidium:*

Okay. – Vielen Dank.

Miriam Siglreitmaier, *Berlin:*

Ich bringe es noch mal schriftlich ein.

Aydan Özoğuz, T*agungspräsidium:*

Okay, vielen Dank. Du bringst es uns vorbei.

Miriam Siglreitmaier, *Berlin:*

Alles klar. – Vielen Dank.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Dankeschön. Ganz herzlichen Dank auch für das Verständnis, dass ich euch hier immer ein bisschen abbügeln muss.

Jetzt folgt Michael Jung aus Rheinland-Pfalz. Dann kommt Luise Lehmann aus Berlin.

Michael Jung, *Rheinland-Pfalz:*

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, liebe Antragskommission! Ich finde den Leitantrag sehr gut. Es ist wichtig, dass in diesem Leitantrag klare Perspektiven für die soziale und wirtschaftliche Zukunft in Deutschland und Europa beschrieben sind.

Ich als stellvertretender AfA-Vorsitzender finde es gut, wie die Wege für einen starken, handlungsfähigen Staat beschrieben sind. Ganz wichtig: Industrie und Standortpolitik. Insbesondere geht es aber auch um den Wandel in unserem Land. Wir wollen die Transformation sozial und ökologisch gestalten. Es gilt, die tiefgreifenden Umbrüche in der Arbeitswelt und Gesellschaft sozial und gerecht im Sinne guter Arbeit mit starker Mitbestimmung und guten Tarifverträgen zu gestalten. Dafür gibt es gute Antworten.

Mir geht es aber um das Thema Tarifbindung in Verbindung mit dem Antrag Ar11. Was ihr da vorhabt, finde ich nicht gut. Das finden wir als AfA überhaupt nicht gut. Der Antrag Ar11 ist nicht erledigt. Deutschland braucht mehr Tarif. Es geht um den Aktionsplan zur Erhöhung der Tarifbindung in Deutschland. Die Antragskommission hat als „erledigt“ empfohlen. Wir sind dagegen. Es gibt gute Themen im Leitantrag wie Tarifbindung als Kriterium, bei Vergabe und Förderung, wie die Abschaffung von OT-Verbänden und wie das digitale Zugangsrecht für Gewerkschaften. Das ist gut, reicht aber nicht aus. Wir brauchen keine Überschriften, sondern wir brauchen einen von der EU geforderten nationalen Aktionsplan zur Förderung der Tarifbindung auf 80 Prozent. Im Leitantrag fehlt dieser Aktionsplan.

Die AfA hat diesen Antrag mit Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern und mit Betriebsrätinnen und Betriebsräten entwickelt und zehn Punkte für einen Aktionsplan zur Förderung der Tarifbindung aufgestellt und vorgeschlagen. Der Antrag Ar11 mit den zehn Punkten ist weitergehender als das Thema oder die verschiedenen Themen, die im Leitantrag beschrieben sind. Deshalb muss der Antrag Ar11 separiert werden und als eigenständiger Antrag behandelt werden, also

nicht für erledigt erklärt werden, sondern mit Annahme beschlossen werden. Das wäre auch ein starkes Zeichen von unserer SPD an die Gewerkschaften. Dies fordert die AfA: Das Scharnier zwischen der Partei und den Gewerkschaften. Wir brauchen eure Unterstützung.

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Kommst du bitte zum Schluss?

Michael Jung, *Rheinland-Pfalz:*

Eines muss man in dem Leitantrag auch immer feststellen, wenn es um Jobs geht: Arbeit ist mehr als Jobs. Und wenn es um gute Löhne geht: Tarifverträge sind mehr als gute Löhne. – Danke schön.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, T*agungspräsidium:*

Vielen Dank, Michael. – Jetzt folgt Luise Lehmann aus Berlin. Ihr folgt Sebastian Roloff aus Bayern.

Luise Lehmann, *Berlin:*

Liebe Genossinnen und Genossen! In der Transformation zur Gesellschaft der Zukunft müssen wir endlich mal wegkommen von der bürgerlichen, heterosexuellen Kleinfamilie. Das ist einfach nicht mehr die Realität in unserer Gesellschaft heute. Familie ist bunter, Familie ist vielfältiger, und die mit den größten Unterstützungsbedarfen kommen in diesem Antrag noch nicht mal vor.

Die SPD- Frauen Berlin möchten an dieser Stelle einen Änderungsantrag einbringen, der die Bedürfnisse von Alleinerziehenden berücksichtigt; denn die brauchen unsere Hilfe. Wir sind doch die Partei der Solidarität. Wer, wenn nicht wir sollte das umsetzen?

(Beifall)

Wir stellen für die Zeilen 918 bis 925 einen Ersetzungsantrag, der folgendermaßen lautet:

„Wir setzen uns für eine progressive Familienpolitik für (Eineltern-)Familien ein. Hierbei sollen auch der Wandel der Wirtschaft und die technologischen Fortschritte genutzt werden, um flächendeckend flexiblere Arbeitszeitmodelle einzuführen, die vor allem auch alleinerziehenden Erwerbstätigen, die überwiegend Frauen sind, zugutekommen. Unsere familienpolitischen Ansätze müssen die strukturellen Hürden für eine paritätische Aufgabenteilung in Beruf und Familie abbauen und dazu führen, dass Sorgearbeit deutlich gerechter verteilt wird.

Mit dem Elterngeld setzen wir stärkere Anreize für Väter, zu einem frühen Zeitpunkt gleichberechtigt Verantwortung zu übernehmen mittels des 6+6+6-Modells und einer Dynamisierung des Elterngeldes. Mit der Kindergrundsicherung werden wir nicht nur unsere Kinder besser vor Armut schützen, sondern auch sicherstellen, dass Alleinerziehende keine Schlechterstellung erfahren und Eltern durch eine einfachere und digitale Beantragung von Bürokratie entlastet werden.“

Wer jetzt nicht den Text auswendig im Auge vor sich hat: Die Änderungen bestehen vor allem darin, dass wir hier Alleinerziehende erwähnen und dass wir schwammige Formulierungen wie „perspektivisch“ streichen und dass uns die Formulierung „ohne Wahlfreiheiten“ uns zu defensiv ist. Man kann ja für Wahlfreiheit sein, aber wir müssen uns als SPD eben auch überlegen, welche für Anreize wir setzen wollen. Ich bitte euch um Zustimmung zu diesem Änderungsantrag und um Solidarität mit Alleinerziehenden. – Danke.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Luise. – Es folgt Sebastian Roloff aus Bayern. Ihm folgt Nezahat Baradari aus Nordrhein-Westfalen.

Sebastian Roloff, *Bayern:*

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Genossinnen und Genossen! Wir müssen uns die wirtschaftliche Situation in Deutschland angucken und müssen da positiv bewerten, dass noch nie so viele Menschen in Arbeit waren wie aktuell. Aber die oft bemühte Transformation wird zu massiven Umbrüchen führen. Das BMAS hat berechnet, dass bis 2040 4,1 Millionen Arbeitsplätze wegfallen. In derselben Zeit entstehen auch 4,3 Millionen Arbeitsplätze, aber selbstverständlich mindestens in anderen Branchen. Die Frage ist auch: In welchen Ländern und zu welchen Bedingungen? Angesichts dieser Herausforderungen, vor denen wir stehen, müssen wir die richtigen und notwendigen Schritte für eine gerechte, nachhaltige und zukunftsorientierte Gesellschaft einleiten. Wir müssen uns ehrlich eingestehen, dass wir bei diesen Themen in der Vergangenheit insbesondere zu wenig investiert haben. Der Antrag zeigt, dass wir bereit sind, da zu handeln. Dafür bin ich dankbar, und ich bin auch dankbar dafür, dass wir das an vielen Stellen schon tun.

Es ist entscheidend, dass wir sicherstellen, dass wir die Verantwortung auf möglichst viele Schultern verteilen. Unter Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es keine Frage, dass die starken Schultern mehr tragen müssen, weil sie mehr tragen können. Das müssen wir als SPD bei jeder sich bietenden Gelegenheit in diesen Diskussionen klarmachen.

Egal, ob bei der Verkehrswende, beim Bauen oder bei der Digitalisierung – wir dürfen keine Angst vor Umbrüchen haben. Umbrüche sind immer auch Chancen. Und man muss es so klar sagen: Die Zukunft der nächsten Generationen und der nächsten Generationen hängt davon ab, welche Entscheidungen wir heute treffen, und dazu muss investiert werden.

Die Voraussetzung für die Transformation und die Dekarbonisierung sind selbstverständlich die erneuerbaren Energien, die eine zentrale Kernrolle spielen. Da hat die aktuelle Regierung schon viel erreicht. Die Ausbauziele bei der Solarenergie sind übertroffen worden. Auch beim Thema Windkraft nehmen wir endlich Fahrt auf nach jahrelangem Stillstand, der für mein Bundesland ganz besonders peinlich ist.

Die EU geht davon aus, dass der Weltmarkt für saubere Technologien 2030 ungefähr 600 Milliarden Euro umfasst. Dementsprechend müssen wir unsere Industrie so aufstellen, dass sie davon profitiert. Das ist keine Ideologie, sondern das ist kluge Industriepolitik. Hier haben wir in den letzten Jahren gravierende Fortschritte gemacht. Das war immer Planwirtschaft. Das war nicht akzeptiert. Da bin ich froh, dass wir mittlerweile einen großen Konsens sowohl in der Partei als auch in der Bundestagsfraktion haben, dass es diese aktive strategische Industrie- und Innovationspolitik braucht.

Klar ist auch, dass die notwendigen Aufgaben nur erfüllt werden können, wenn der Staat auch Geld hat. Zur Schuldenbremse ist schon viel gesagt worden. Es bleibt dabei, dass wir ein gutes, geschlossenes Konzept brauchen und auch auf

die Einnahmeseite schauen, damit das finanziert werden kann und damit wir die Politik erfolgreich weiter fortsetzen können. – Vielen Dank.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Danke. Sebastian. – Jetzt folgt Nezahat Baradari für Nordrhein-Westfalen. Ihr folgt Erik von Malottki für die AfA.

Nezahat Baradari, *Nordrhein-Westfalen:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich freue mich, dass der vorliegende Leitantrag zur Transformation das Thema Gesundheit und Fragen der medizinischen Forschung und Digitalisierung im Gesundheitswesen wieder in den Fokus rückt. Wir haben in Deutschland erhebliche Missstände in der Arzneimittelversorgung. Dabei geht es bei weitem nicht nur um Fragen der Verfügbarkeit und der Lieferketten. Die Probleme beginnen viel früher. Die Genehmigungsverfahren für medizinische Studien sind verkrustet. Die Datenlage ist mehr als dürftig. Deutschland, einst die Apotheke der Welt, ist hier ins Hintertreffen geraten.

Wir können es uns nicht leisten, noch mehr dieser innovativen Unternehmen und der damit verbundenen Arbeitsplätze durch fehlende Anreize und unnötige Bürokratie in fernöstliche Länder mit niedrigen Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards zu verlieren.

Deshalb ist es wichtig, dass sich die Sozialdemokratie für praktische Innovation wie die elektronische Patientenakte – kurz ePA – einsetzt. Ärztinnen und Ärzte können künftig über die ePA auf frühere Befunde zugreifen, wenn die Patientinnen und Patienten dem nicht widersprechen. So können Fehldiagnosen und Fehlmedikationen vermieden werden, Krankenkassen können ihre Versicherten über ein Register an Vorsorge- und Impftermine erinnern. Das stärkt die so wichtige Prävention.

Die ePA kann aber nur ein Puzzleteil der so wichtigen Digitalisierung der Gesundheitsversorgung sein. Als niedergelassene Kinderärztin kann ich persönlich sagen, dass ich mich viel zu oft über den Papierkrieg geärgert habe, den unser Gesundheitssystem an fast jeder Stelle auslöst. Dieser Aufwand ist mittlerweile für viele Ärztinnen und Ärzte ein Argument, sich nicht niederzulassen.

Auch in der Pflege sind die Dokumentationspflichten so überbordend, dass kaum noch Zeit für eine angemessene menschliche Zuwendung zu den zu Pflegenden bleibt.

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen wir die Ängste der Menschen vor Digitalisierung und Datensammlung ernst nehmen, gleichzeitig aber auch den Mehrwert erklären und Vertrauen schaffen. Hier kommt eine große Herausforderung und Verantwortung auf uns zu. Es ist gut, dass der Leitantrag genau das fordert und widerspiegelt. – Vielen Dank.

(Beifall)
Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank. – Jetzt kommt Erik von Malottki für die AfA. Ihm folgt in dem Sinem Tasan-Funke aus Berlin.

Erik von Malottki, *stellv. Vorsitzender der AfA:*

Danke schön. – Liebe Genossinnen und Genossen! Ich spreche heute zu euch als stellvertretender Bundesvorsitzender der AfA, aber auch als erster direkt gewählter Bundestagsabgeordneter eines Bundestagswahlkreises ganz im Osten von Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall)

Wir haben diesen Wahlkreis vielleicht nicht nur wegen Olafs Charisma oder wegen meiner Frisur gewonnen, sondern weil wir einen sehr guten Vorschlag hatten, eine sehr gute Forderung. Mit unserer Mindestlohnerhöhung auf 12 Euro haben wir ganz viele Menschen bei uns in einer Region überzeugt, bei der 35 Prozent von dieser Mindestlohnerhöhung profitiert haben. Und da ging es nicht nur um Geld, sondern da ging es vor allen Dingen auch um Respekt, um Respekt vor den Menschen, die die ganze Zeit hart arbeiten.

Heute ist mein Wahlkreis in den Prognosen tiefblau. Mir sagen viele Menschen: „Die 12 Euro waren eine gute Sache, aber ich habe nicht mehr Geld in der Tasche." Die Energiekrise und die steigenden Lebenshaltungskosten haben diese wichtige Entscheidung leider rückgängig gemacht bzw. sie ist nicht bei den Leuten angekommen. Sie sind tief enttäuscht von der Mindestlohnkommission, die eine zutiefst falsche Entscheidung getroffen hat.

(Beifall)

Und um die Wahrheit zu sagen: Sie sind auch enttäuscht von der Ampel, weil sie natürlich davon ausgehen, dass es politisch die Möglichkeit gibt, Einfluss zu nehmen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen ein klares Signal an diese Menschen senden, an die Millionen Menschen im Niedriglohnsektor, an die Friseure, an die Paketboten, an die Elektriker, an die Menschen, die an der Kasse arbeiten, dass wir einen höheren Mindestlohn wollen, dass wir sie sehen, dass wir sie respektieren, dass wir wollen, dass sie von ihrer Arbeit gut leben können und eine gute Rente haben.

(Beifall)

Deswegen hat die AfA zusammen mit den Jusos, der DL21 Schleswig-Holstein, Berlin, Thüringen, aber auch mit vielen von euch, die jetzt gerade auch die Schilder „15 Euro Mindestlohn" hochhalten eine Mindestlohnerhöhung auf 15 Euro vorgeschlagen,

(Beifall)

weil man bei einer Mindestlohnerhöhung von 15 Euro auch eine gute Rente hat und gut leben kann.

Die DL hat die Menschen in Deutschland im Rahmen einer Umfrage befragt. Die Menschen in Deutschland stehen hinter einer Mindestlohnerhöhung auf 15 Euro, ganz klare Mehrheiten, übrigens insbesondere in Niedersachsen und NRW, unseren Kernländern. Auch im Osten.

Wir haben diesen Vorschlag gemacht. Uns war es aber wichtig, dass wir das nicht mit einer kleinen Mehrheit oder mit einer knappen Mehrheit beschließen, weil manche sagen: „15 Euro, ist das die richtige Zahl? Kann man so machen, kann man es so machen?" Deswegen war es uns wichtig, zu sagen, wir wollen ein geschlossenes Signal vom Parteitag. Deswegen gibt es einen Kompromiss: Wir ziehen unseren Änderungsantrag zurück und haben – ich danke Hubertus –

ein Verfahren gefunden. Wir machen ein Verfahren zusammen mit den Gewerkschaften und der AfA. Wir fordern eine deutliche Erhöhung des Mindestlohns, eine Stärkung der Tarifbindung und eine umfassende Reform der Mindestlohnkommission. Das ist unser Vorschlag für einen Kompromiss, und ich freue mich, wenn der gesamte Parteitag dahintersteht. Wir brauchen einen deutlich höheren Mindestlohn. – Danke.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank. – Wir sind Gott sei Dank eine sehr diskussionsfreudige Partei. Ich möchte euch nur sagen: Man kann jetzt auch noch von seinem Redebeitrag zurücktreten, weil wir natürlich jetzt doch Schwierigkeiten haben, euch alle unterzubringen. Aber wir geben unser Bestes.

Die Nächste ist Sinem Tasan-Funke aus Berlin. Ihr folgt Filippos Kourtoglou aus Bayern.

Sinem Tasan-Funke, *Berlin:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben das Versprechen gegeben, dass wir soziale Politik für die Menschen machen, und das hat Anklang gefunden, weil 16 Jahre Mutlosigkeit unter CDU-Führung Ungleichheit in diesem Land zementiert hat, weil sie uns träge gemacht hat und dieses Land an vielen Punkten sogar rückschrittlich gemacht hat.

Ich weiß, viele hier in diesem Raum haben eine These dazu, warum wir gerade bei diesen 15 Prozent stehen. Ich will euch meine nicht vorenthalten, weil ich glaube, dass sie vielleicht Teil der Lösung sein kann. Menschen haben mehr Gerechtigkeit, gerechtere Verteilung von Vermögen bestellt, und wir haben bisher nur unzureichend geliefert. Ich weiß, dass das nicht unbedingt an unserem Willen mangelt, dass „SPD pur“ anders wäre. Aber was wir sind, was uns als Sozis ausmacht, muss in einer SPD-geführten Bundesregierung herauskommen. Das ist unsere Aufgabe!

(Beifall)

Wir schulden es den Menschen, die uns für soziale Politik gewählt haben, zumindest zu formulieren, was es für soziale Politik braucht. Zunächst braucht es das Eingeständnis, dass wir uns damals mit der Schuldenbremse von Konservativen und Neoliberalen haben etwas aufschwatzen lassen, dass das ein historischer Irrtum war, dass die Mär von der Generationengerechtigkeit uns in eine Falle gelockt hat.

Was haben wir denn eigentlich jetzt? – Junge Menschen haben ein Land hinterlassen bekommen, das an vielen Stellen nicht ordentlich funktioniert. Wir haben politisch Verantwortliche gehabt, die sich ihrer Verantwortung dahingehend nur unzureichend gestellt haben. Deshalb an alle heute politisch Verantwortlichen ein klarer Appell mit lieben Grüßen aus Berlin: Sprengt diese Ketten! Ermöglicht uns eine politische Zukunft, in der wir nicht die von euch hinterlassenen Investitionslöcher füllen müssen, sondern selbst politisch gestalten können! Ermöglicht sie uns! Unterstützt den Änderungsantrag der Jusos, bitte!

(Beifall)

Neben dem Eingeständnis historischer Fehler brauchen wir neuen Mut zur Profilschärfe. Ein riesengroßes Problem, das ich habe, das ganz viele in dieser Halle haben, ist das der Vermögensverteilung in unserem Land. Wir glauben, sie ist Gift für unsere Gesellschaft. Das tun nicht alle in diesem Land, und es tun auch nicht alle in unserer Koalition. Aber

selbst, wenn wir diese Gerechtigkeitsfrage zur Seite schieben: Wir können es uns als Gesellschaft nicht mehr leisten. Wir können diese Finanzierungskrise in unserem Staat nicht lösen, wenn wir nicht endlich auch auf der Einnahmeseite zu schärferen Schwertern greifen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Saskia, du hast damals in der öffentlichen Diskussion die Debatte um die Vermögensabgabe gemacht. Es hat mich sehr gefreut. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, dann lasst uns doch heute Nägel mit Köpfen machen! Lasst uns dem Juso-Antrag folgen und die einmalige Vermögensabgabe auch ganz offiziell fordern!

(Beifall)

Wir haben den Menschen Umverteilung versprochen.

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Sinem, kommst du bitte zum Schluss!

Sinem Tasan-Funke, *Berlin:*

Wir haben den Menschen Umverteilung versprochen. Lasst uns Umverteilung endlich einlösen! – Freundschaft.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Es folgt Filippos Kourtoglou aus Bayern. Ihm folgt Mareike Engel aus Sachsen.

Filippos Kourtoglou, *Bayern:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Aydan, gestern war ja ein historischer Tag. Griechenland und Türkei haben Frieden geschlossen – oder so ein bisschen. Deswegen nehme ich es dir nicht so übel. Aber mein Nachname hat tatsächlich einen türkischen Ursprung: Kourtoglou. Von daher vielleicht beim nächsten Mal.

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Das hätte ich nicht gewagt, ihn türkisch auszusprechen.

Filippos Kourtoglou, *Bayern:*

Ich nehme es dir nicht übel. – Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte noch einmal den Änderungsantrag der Jusos zum Thema Schuldenbremse aufnehmen, weil gerade vielleicht ein paar essen waren. Ich finde, das ist ein sehr wichtiger Antrag.

Wir reden hier über eine Programmatik, über einen Leitantrag, den die SPD noch sehr lange Zeit mit begleiten wird. Manuela hat vorhin in ihrer Argumentation erwähnt, dass wir mit den Steuergeldern, die wir einnehmen, verantwortungsvoll umgehen sollen. Ökonomisch gesehen finde ich es ein bisschen unterkomplex, das so zu erwähnen, aber ich gehe mal einfach auf das Argument ein. Wenn die Menschen, die uns das Geld anvertrauen, nicht damit zufrieden sind, wie wir mit dem Geld, das wir haben, verantwortungsvoll umgehen, dann wählen sie uns nicht mehr. Aber wenn wir mit unserer Finanz- und Wirtschaftspolitik genau die Politik machen, die wir ihnen versprechen, dann wählen sie uns. Genau das ist doch der Kern der Demokratie. Im Grundgesetz war die Finanz- und Wirtschaftspolitik aber nicht festgeschrieben. Das hatte man explizit ausgegliedert. Wir haben das reingeschrieben. Das kann nicht sozialdemokratische Politik sein. Wir wollen die Schuldenbremse perspektivisch raus aus dem Grundgesetz haben!

(Beifall)

Um noch einmal genau auf den Antrag einzugehen: Ich finde, die Geschichte des Antrages kann man doch gleich in der Überschrift sehen: „Ein starkes Land stark halten“. Liebe Genossinnen und Genossen, die Transformation ist kein Selbstzweck. Die Transformation machen wir aus einem einzigen Grund: damit das Leben unserer Leute besser wird. Das fehlt mir komplett in diesem ganzen Antrag. Es steht nicht einmal drin, dass wir das Leben der Leute besser machen wollen.

(Beifall)

Das ist genau das Thema, das Manuela angesprochen hat, für wen wir Politik machen: für die hart arbeitenden Menschen, für unsere Leute, die jeden Tag aufstehen und versuchen, dieses Land ein bisschen besser zu machen. Ich muss sagen, da fehlt mir ein bisschen in diesem Antrag. Denn die Transformation machen wir, das schaffen wir schon irgendwie. Aber sie sozial zu gestalten und sozialökologisch zu gestalten, dass wir das nur machen, damit unsere Leute ein besseres Leben haben – ich bin der Meinung, das sind wir den Menschen schuldig, die uns noch die Stimme geben. Damit wir noch mehr Menschen auf unsere Seite ziehen, müssen wir die Transformation so gestalten, dass sie einen Mehrwert für die Menschen hat. Deswegen brauchen wir zum Beispiel, wie dies der Erik erwähnt hat, einen Mindestlohn von 15 Euro, was eine Umverteilung ist. Wir brauchen eine Vermögensabgabe, wie dies die Jusos als Änderungsantrag reingegeben haben.

Denn eines kann ich euch versprechen: Da steht irgendetwas vom Wohlstand drin, den wir durch die Transformation generieren. Ich kann euch jetzt schon sagen: Dieser Wohlstand geht nämlich fast zu 90 Prozent in die Tasche der Menschen, die eh schon genug haben. Die 10 Prozent sind uns viel zu wenig, liebe Genossinnen und Genossen. Deswegen stimmt bitte beiden Juso-Anträge zu!

(Beifall)

Ich hoffe auf euch, und ich glaube an euch. Die Sozialdemokratie kann das Problem Transformation ändern. – Vielen Dank.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank. – Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte euch nur darauf vorbereiten, dass wir um 14 Uhr wählen werden. Kommt um 14 Uhr bitte wieder herein! Selbstverständlich kommt hier jeder und jede zu Wort. Wir fahren also bis 14 Uhr fort. Wir werden auch danach noch weiter debattieren. Das nur, damit ihr euch vorbereiten könnt.

Jetzt folgt Mareike Engel aus Sachsen. Ihr folgt Matthias Ecke, auch aus Sachsen.

Mareike Engel, *Sachsen:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Gemeinsam für ein starkes Deutschland – das heißt auch: gemeinsam kämpfen für eine starke Sozialdemokratie überall im Land. Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass unser Land nur stark sein wird, wenn wir eine Politik für die vielen, wenn wir eine progressive Politik der sozialen Gerechtigkeit voranbringen.

Die Transformation der Gesellschaft und der Wirtschaft wird sich nicht mit einem einzigen Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen lösen lassen. Stattdessen brauchen wir langfristige Antworten, um die Handlungsfähigkeit der Politik und des Staates zu sichern. Mit einem Festhalten an der Schuldenbremse kann uns das nicht gelingen.

(Beifall)

Lasst uns da heute ein klares Zeichen setzen und den Änderungsantrag der Jusos zur Streichung aus dem Grundgesetz beschließen!

Die Transformation wird sich auch nicht lösen lassen, wenn wir von oben nach unten durchregieren und die Leute dabei nicht mitnehmen. In Ostdeutschland sind die Standortfaktoren so günstig wie sonst nirgendwo. Aber ich bin ehrlich mit euch: Die Stimmung ist es eher nicht. Den Begriff „Transformation“ assoziieren in Ostdeutschland viele anders als im Westen und damit keineswegs positiv. Die Ostdeutschen haben so viele Umbrüche in den letzten 30 Jahren erlebt wie kaum andere. Massenarbeitslosigkeit, Identitätsverlust und Ausverkauf der ehemaligen DDR an den Westen sind hierfür nur Beispiele. Das geht an den Menschen nicht spurlos vorbei. Das prägt über Generationen hinweg. Das müssen auch alle westdeutschen Genoss*innen anerkennen, verstehen lernen und in ihrem politischen Handeln mitdenken.

(Beifall)

Wir als Partei müssen alle miteinander wieder lernen, Politik so zu gestalten, dass sich die Menschen nicht abwenden. Dabei nehme ich vor allem unsere Parteispitze in den Blick. Liebe Saskia, lieber Lars, lieber Kevin, ihr müsst das Ruder herumreißen – jetzt! Die Herausforderungen, die vor uns liegen, sind groß. Dafür braucht es gesellschaftlichen Zusammenhalt. Und dafür braucht es auch einen Kanzler, lieber Olaf, der glaubhaft für die Menschen kämpft. Das alles erreichen wir nicht mit populistischen Interviews im Spiegel, mit leidvollen Pressestatements der Ampelregierung oder mit dem Schließen von halbherzigen Kompromissen. Zur aktuellen Krise des Vertrauens in uns trägt auch bei, dass sie auf Kommunikation reduziert. Die Menschen wollen keine andere Kommunikation von uns – sie wollen eine andere, eine soziale Politik!

In Ostdeutschland geht es im nächsten Jahr um viel, vielleicht um alles. Lasst uns da zusammenstehen und lasst uns gemeinsam kämpfen für progressive Antworten auf die multiplen Krisen unserer Zeit! Wenn wir uns darauf besinnen, wenn wir wieder mit einer Politik des Respekts regieren, wenn wir Verteilungsfragen in den Mittelpunkt der Debatte stellen, dann – und nur dann – werden wir die Menschen überzeugen. Dann werden wir sie auch überzeugen, dass die sozialökologische Transformation unser Land stark machen wird. – Freundschaft.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe jetzt auch noch ein Handy anzubieten. Falls jemand panisch danach sucht, möge er sich bei mir melden. – Jetzt kommt Matthias Ecke aus Sachsen. Ihm folgt Ana-Maria Trăsnea aus Berlin.

Matthias Ecke, *Sachsen:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Das Handy ist nicht meines. Ich glaube, ich habe es noch da. – Ihr wundert euch vielleicht über so viele Menschen aus Sachsen, aus Ostdeutschland hier in der Debatte. Ihr seht: Das ist für uns ein ganz elementares Thema. Wir wissen: So, wie es ist, wird es nicht bleiben. Es wird sich vieles ändern. Wir als Sozialdemokratie wissen das. Wir sind nie Nostalgiker gewesen. Für uns ist diese Transformation keine Bedrohung, aber auch kein Heilsversprechen. Sie ist ein Auftrag. Das ist unser Job, Genossinnen und Genossen, damit es besser – anders wird. Dafür brauchen wir eine konsequente Klimapolitik, bezahlbare, saubere Energie und eine strategische Industriepolitik. Liebe Genossinnen und Genossen, diese neue Industriepolitik ist doch unser Plan für den Osten. Es geht doch darum, dass wir in Ostdeutschland nicht nur den Nachbau etablierter Strukturen durchführen, sondern dass sich dort auch die neuen Innovationszyklen ansiedeln, die Mikroelektronik, die Elektromobilität, die Wasserstoffwirtschaft. Da hat sich doch in zwei Jahren unter der Bundesregierung von Olaf Scholz mehr getan als in den 16 Jahren unter Angela Merkel.

(Beifall)

Aber zur Wahrheit gehört auch, wenn ich jetzt höre, dass mit dem KTF-Urteil auch einige der Voraussetzungen infrage stehen: Wenn Herr Lindner sagt „Ob Halbleiter aus Deutschland kommen, ist mir einerlei“, dann fühlen sich doch die Leute in Magdeburg und in Dresden verraten, verkauft und veralbert, liebe Genossinnen und Genossen. Uns ist es nicht egal, ob Deutschland ein Standort für Zukunftsindustrien wird.

(Beifall)

Lasst mich bitte noch eines sagen: Die Voraussetzungen dafür zu schaffen, darum geht es auch nächstes Jahr bei der Europawahl. Die Grundlage für Europas strategische Autonomie wird nämlich in der EU gelegt. Die Unabhängigkeit von fossilen Importen, ein zeitgemäßes europäisches Beihilferecht und die Finanzierung dieser großen Transformationsanstrengungen über die Fortsetzung dessen, was wir als europäisches Gemeinschaftswerk, als Next Generation EU erreicht haben – daran wollen wir anknüpfen. Dafür wollen wir die Weichen stellen. Dafür kämpfen wir als Europa-SPD jeden Tag. Ich freue mich, dass wir nächstes Jahr zusammen in den Europawahlkampf ziehen und für eine solche Vision eines solidarischen, zukunftsfähigen, modernen Europa gemeinsam kämpfen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Matthias. – Jetzt folgt Ana-Maria Trăsnea aus Berlin. Ihr folgt Dennis Rohde aus Niedersachsen.

Ana-Maria Trăsnea, *Berlin:*

Guten Tag, liebe Genossinnen und Genossen! Mein Name ist Ana-Maria Trăsnea. Ich bin Jugendpolitikerin aus Berlin und gerade seit fast sieben Monaten frisch gebacken in den Deutschen Bundestag nachgerückt.

(Beifall)

- Danke schön.

Ich möchte euch auch an den Eindrücken aus der Debatte im Bundestag teilhaben lassen. Worum geht es, wenn wir

im öffentlichen Raum darüber sprechen, dass wir die Schuldenbremse abschaffen müssen? Worum geht es, wenn wir sagen, wir müssen eine progressive Politik voranbringen? – Wir haben dort die Opposition, die Antworten gibt wie solche: Die AfD interessiert sich dann für Kinderrechte, wenn sie gegen migrantische Kinder hetzen kann. Der CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann verbreitet mit Schelte gegen junge Menschen und erweckt den Eindruck, sie würden den sozialen Staat ausnutzen und bräuchten deshalb umso mehr stärkere Sanktionen. Und dann gibt es noch die Linke, die sich gerade zersetzt, aber trotzdem noch linke Kraft sein will.

Liebe Genossinnen und Genossen, warum braucht es die Sozialdemokratie gerade in diesen Zeiten? – Weil es darum geht, dass wir Verteilungskämpfe nicht wieder mit einer negativen Spirale nach unten austragen. Denn wir sparen für die Jugend oder bei den sozialen Verbänden. Ja, das sind gerade historische Zeiten. Es braucht aber die Sozialdemokratie mit einem klaren Kompass, die sagt: Die Schuldenbremse lässt in der Form, wie sie jetzt gerade ist, jegliche Zukunft zerplatzen. Wir brauchen Investitionen auch in den sozialen Sektor, wenn wir über Transformation und über die Reform der Schuldenbremse sprechen. Wir brauchen hier klare Präventionsarbeit; denn Prävention ist der beste Sparkurs, den wir haben.

Es ist nicht die Zeit für Pokerspiele. Es ist nicht die Zeit, Wohlfahrtsverbände, Jugendverbandsarbeit etc. zittern zu lassen. Bei diesen Haushaltsfragen und der Ausrichtung unserer Finanzpolitik geht es auch darum, Hoffnung für junge Menschen zu geben. Wir können das Land der Chancen sein. Wir können das. Wir können zeigen, dass Kinder hier Berge versetzen, wenn wir uns an ihre Seite stellen und wenn wir sie aber auch deutlich als Priorität definieren.

Deshalb braucht es hier wirklich eine klare Haltung und klaren Mut. Deshalb bitte ich euch um Unterstützung des Antrags der Jusos bei der Reform und bei der Abschaffung der Schuldenbremse. – Vielen Dank.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium*

Vielen Dank. – Es folgt jetzt Dennis Rohde aus Niedersachsen. Ihm folgt Sabine Bätzing-Lichtenthäler aus Rheinland-Pfalz.

Dennis Rohde, *Weser-Ems:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich kann wahrlich sagen, dass die Schuldenbremse die letzten Monate meines Lebens geprägt hat. Ich war verantwortlich, für die Bundestagsfraktion in den letzten Wochen im Parlament gemeinsam mit FDP und Grünen den Bundeshaushalt zu verhandeln. Dabei ging es uns um viel, nämlich um die Unterstützung der Ukraine, um die Infrastruktur in diesem Land. Es ging uns um die Transformation, um die Sicherung von Arbeitsplätzen. Es ging uns um Klimaschutz. Und nicht zuletzt ging es der SPD-Bundestagsfraktion auch um den Zusammenhalt in diesem Land, um den Erhalt von FSJ-Plätzen und um den Erhalt der Förderung der Bundeszentrale für politische Bildung. Dafür haben wir uns in den letzten Wochen eingesetzt.

Und natürlich muss man sagen: Das Karlsruher Urteil hat uns zurückgeworfen. Aber ich finde, es ist jetzt unsere Aufgabe, sicherzustellen, dass das Urteil und die knallharte Auslegung der Schuldenbremse dieses Land nicht umwerfen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich sehe ja die Häme und den Spott, die uns gerade Oppositionspolitiker entgegenkommen lassen. Ich weiß nicht, wie es euch geht. Die reden dann immer von „Generationengerechtigkeit“. Aber was ist eigentlich „generationengerecht“, wenn man ein ausgeglichenes Konto hat, aber die Deutsche Bahn keine Investitionen tätigen kann? Was ist eigentlich daran „generationengerecht“, wenn man ein ausgeglichenes Konto hat, aber keine Investitionen in Schulen stattfinden können? Was ist „generationengerecht“, wenn wir keine Brücken sanieren können? Und was ist „generationengerecht“, wenn wir Arbeitsplätze gefährden, weil wir die Transformation in diesem Land nicht unterstützen können? Liebe Genossinnen und Genossen, das ist das Gegenteil von generationengerecht!

(Beifall)

Deswegen brauchen wir eine Debatte über die Regel der Schuldenbremse, so wie sie in der Verfassung steht. Wir müssen attestieren: Die Regel der Verfassung hat Webfehler, die uns gerade auf die Füße fallen.

Aber mir ist eines wichtig: Ich möchte, dass wir eine Debatte darüber führen, alle diese Investitionen, von denen ich gerade gesprochen habe, zuzulassen. Ich möchte, dass wir eine Debatte darüber führen, dass dann, wenn wir die Schuldenbremse aussetzen, nicht die künftige Generation all das tilgen muss und die Verantwortung dafür übernimmt. Aber ich möchte nicht, dass die Botschaft dieses Parteitages ist: Sozialdemokraten wollen alles über die Schuldenbremse regeln, Sozialdemokraten wollen jetzt nur noch Schulden machen.

Ich finde, das Gute an dem Leitantrag ist: Er sagt, ja, wir brauchen eine Reform der Schuldenbremse. Aber er sagt auch das, was Lars vorhin gesagt hat: Wer vom Gemeinwohl profitiert, muss auch selbst etwas zur Finanzierung des Gemeinwohls beitragen. Ich finde, gerade wir Sozialdemokraten sollten eine Reform der Schuldenbremse immer gemeinsam denken mit einem gerechten Steuersystem, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deshalb abschließend: Die Debatte um die Schuldenbremse ist offen wie nie zuvor. Bei der CDU brennt gerade der Baum. Die sind vollkommen zerstritten. Die, die Verantwortung tragen, sagen: Es braucht eine Reform. Nur der Hasardeur Friedrich Merz steht dem entgegen. Ich möchte, dass dieser Parteitag Leitplanken definiert, um in die Verhandlungen mit den Vernünftigen in der Union einzutreten. Wir haben eine Chance zur Reform der Schuldenbremse. Nutzen wir sie, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank. – Die nächste Rednerin ist Sabine Bätzing-Lichtenthäler aus Rheinland-Pfalz. Ihr folgt Fabian Ferber aus Nordrhein-Westfalen.

Sabine Bätzing-Lichtenthäler, *Rheinland-Pfalz:*

Liebe Genossinnen und Genossen! In unserem Leitantrag sagen wir, warum es die Sozialdemokratie ist, die Deutschland in diesem Transformationsjahrzehnt zusammenhalten kann, warum es die Sozialdemokratie und eben nicht die Opposition in Deutschland ist. Denn die Oppositionsparteien in Deutschland, liebe Genossinnen und Genossen, sind allein Ego-Oppositionsparteien, allen voran die CDU, die ständig Kürzungsvorschläge auf den Tisch legt, die vor allen Dingen die sozial Schwachen betreffen oder eben auch den Egoismus im Bestmöglichen feiern. Aber gerade jetzt in Zeiten der

Krise, der Transformation dürfen wir nicht die Zukunftssorgen vieler Menschen noch mit solchen Kürzungsorgien anheizen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deswegen müssen wir uns fragen: Was heißt es, in Zeiten der Transformation solidarisch zu sein – oder wie wir in Rheinland-Pfalz sagen: nah bei de Leut zu sein , in Zeiten, in denen viele Menschen nicht mehr mit uns diskutieren wollen, weil sie von Wut und von Angst getrieben sind?

Ich finde, zwei Dinge sind dabei ganz wichtig. Das Erste ist: Wir müssen die Menschen in ihrem Alltag wieder ansprechen. Wir müssen ihnen zuhören. „Nah bei de Leut 2.0“ bedeutet: konkret sein, Probleme lösen und vor allen Dingen zuhören, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Das Zweite ist: Lasst uns selbstbewusst auch über unsere politischen Erfolge erzählen. In unserem Leitantrag steht: Vieles ist nicht so, wie wir es uns wünschen. Ja, das mag sein. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, fest steht auch, dass wir viel zu wenig über das berichten, was wir gut hingekriegt haben, was wir gut machen.

(Beifall)

Es gelingt uns nicht, die Erfolge vom Mund ins Ohr zu bringen. Als Rheinland-Pfälzerin und als ehemalige Gesundheitsministerin denke ich zum Beispiel oft an das Thema der Gesundheitspolitik. Und dann wundere ich mich, warum es einfach nicht gelingt, den einen oder anderen Erfolg an die Menschen heranzuführen oder dass er sich nicht im Alltag wiederfindet. Ich denke mal an unser tolles rheinland-pfälzisches Unternehmen BioNTech: Mit Risikokapital, mit Landesförderung unterstützt, haben tolle Wissenschaftlerinnen wirklich die Sensation auf den Weg gebracht, einen mRNA-Impfstoff gegen Corona herzustellen. Jetzt geht die Erfolgsgeschichte erst richtig los. Wir etablieren derzeit Mainz und Rheinland-Pfalz zu dem Biotechnologie-Standort. Das, liebe Genossinnen und Genossen, sind die Geschichten, die wir über unsere Erfolge erzählen müssen!

In Zeiten, liebe Genossinnen und Genossen, in denen über Probleme gesprochen wird, in denen ausschließlich diese Sorgen beschwört werden, steigt die Zustimmung für die Rechtsextremen. Das dürfen wir nicht zulassen. Es ist unsere Pflicht als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, da gegenzusteuern und diese Logik zu durchbrechen.

(Beifall)

Denn, liebe Genossinnen und Genossen, 1933 standen wir auf der richtigen Seite, und wir stehen auch jetzt auf der hellen Seite der Macht. – Vielen Dank.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Als Nächstes erhält das Wort Fabian Ferber. Ihm folgt Mustafa Güngör aus Bremen.

Fabian Ferber, *Nordrhein-Westfalen:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Die Zeiten sind schwierig. Selbst wenn wir hier das eine oder andere kritische Wort miteinander wechseln, muss ja klar sein: Von diesem Parteitag muss noch einmal das Signal ausgehen, dass wir geschlossen dahinterstehen, was in diesem Antrag steht. Unsere große Forderung ist: Das gehört nicht in ein Regierungsprogramm 2025, sondern in ein Regierungshandeln ab heute, morgen und übermorgen, damit wir diese Dinge schnell durchgesetzt bekommen.

(Beifall)

Ich arbeite bei der IG Metall in einer Region, in der ganz viel Industrie zu Hause ist, die für die Verbrennertechnologie Dinge herstellt. Wir merken, dass gerade der Motor stottert, bevor der Elektromotor quasi angeschlossen ist. Da ist es wichtig, dass die Investitionen kommen, aber auch, dass die Maßnahmen, die versprochen wurden, auch eingehalten werden. Ich betreue viele Betriebe, die schon im Sommer Kurzarbeit angemeldet hatten. Wir verhandeln gerade eine Menge, um Entlassungen zu verhindern, weil wir wissen, es wird nach dieser Talsohle wieder losgehen.

Da ist meine große Aufforderung, mal darüber nachzudenken, die Kurzarbeiterkulisse, das Kurzarbeitergeld wieder für die Betriebe zu verlängern, die beispielsweise jetzt in der Kurzarbeitsphase qualifizieren wollen. Das machen Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber viel zu wenig. Auch da müssen wir noch einmal sehr, sehr stark nachsteuern.

Aber wenn wir beim Thema „Der Motor stottert“ sind: Es ist gut, dass beim Thema Industriestrompreis schon ein bisschen gekommen ist. Aber um die Brücke zu bauen für die Zeit, in der wir wieder mit weniger oder auch null Emissionen produzieren, oder um überhaupt dahin zu kommen: Da muss mehr hin! Die Lösung muss „Brückenstrompreis“ heißen, damit wir keine industrielle Fertigung hier in Deutschland verlieren.

(Beifall)

Das ist für meine Region ganz wichtig. Bei uns wird kein Stahl hergestellt, aber der Stahl wird bei uns verarbeitet, der wird geschmiedet, der wird gegossen, der wird gezogen, der wird gestanzt oder auch gewalzt. Wenn der Stahl in Deutschland nicht hergestellt wird, dann wird er irgendwann auch nicht mehr bei uns verarbeitet. Dann wird eine ganze Wertschöpfungskette kaputtgehen. Wir müssen das vorantreiben! Da müssen wir noch ein Stück stärker werden.

Gerade ist das, was Christian Lindner gestern verlautbart hat, gesagt worden. Wir sind in den letzten Jahrzehnten gut damit gefahren, dass wir eben nicht das gemacht haben, was in Großbritannien der 80er-Jahre passiert ist. Wer deindustrialisiert, wird ganz viele Millionen Beschäftigte in Altersarmut schicken, in Jobs schicken, die schlecht bezahlt werden. Unsere Losung heißt nicht „Wir arbeiten bald alle bei Lieferando“. Denn das Problem ist, dass sich keiner die Pizza wird leisten können. Auch die Arbeitsbedingungen sind dort scheiße. Wir wollen gute Industriearbeitsplätze! Wir sind die Partei, die das organisieren wird!

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank. – Liebe Genossinnen und Genossen! Zwei Redner haben wir noch, bevor wir wählen. Also kommt bitte alle wieder in den Saal. Der nächste Redner ist jetzt Mustafa Güngör aus Bremen. Dann kommt noch Alexander Schweitzer aus Rheinland-Pfalz. Danach werden wir wählen. – Bitte schön, Mustafa!

Mustafa Güngör, *Bremen:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Die Schuldenbremse in Deutschland ist zu einem reinen Fetisch verkommen im Bund, in den Ländern, vor allem in Zeiten der multiplen Krisen. Wir müssen diesen Fetisch der Schuldenbremse so schnell wie möglich überwinden und jetzt auf diesem Parteitag auch die Weichen dafür stellen. Heute zeigt sich, dass es ein Fehler war, die Schuldenbremse im Grundgesetz zu verankern.

(Beifall)

Wir als bremische Delegation wollen sie deshalb nicht nur aussetzen, sondern sie muss ganz aus unserem Grundgesetz verschwinden.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen mit den Konservativen auch weiterhin darüber diskutieren, was wir unter Generationengerechtigkeit verstehen. Wollen wir unseren Kindern eine lebenswerte Welt mit einem erträglichen Klima, guten Bildungschancen, einer guten Infrastruktur, vor allem mit einer gesunden Infrastruktur und einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft mit guten Arbeitsplätzen hinterlassen? Oder wollen wir eine schwarze Null hinterlassen, auf die wir danach stolz wie Bolle sind? – Das geht so nicht, liebe Genossinnen und Genossen!

Zur Wahrheit gehört: Die großen Zukunftsaufgaben schaffen wir im Rahmen der regulären Haushaltsführung doch gar nicht mehr, weder im Bund noch in den Ländern. Deshalb ist die Schuldenbremse nichts anderes als eine Zukunftsbremse, die uns daran hindert, den großen Investitionsstau von 16 Jahren Bundeskanzlerschaft Angela Merkel zu beseitigen.

Es ist im Übrigen auch fiskalisch völlig absurd. Wenn wir in dieser Zeit der Transformation nicht massiv investieren, dann sind die Folgekosten viel, viel höher als die Zinslasten, die wir unseren Kindern und Enkeln hinterlassen. Wer nicht zur richtigen Zeit in die Zukunft investiert, der wird in jeder Hinsicht abgehängt. Das ist die bittere Wahrheit. Anders als Lindner, Merz oder Söder behauptet, lässt sich das nicht mit unsozialen Kürzungsvorschlägen bei den Ärmsten der Armen gegenfinanzieren, jedenfalls nicht mit uns, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deshalb lasst uns heute auf diesem Parteitag gemeinsam Folgendes vereinbaren: Lasst uns klare Kante gegen die FDP zeigen! Lasst uns die CDU in die Verantwortung zwingen, die im Übrigen in den Ländern aufgrund des Blindflugs von Friedrich Merz die Hände über dem Kopf zusammenschlägt! Und lasst uns diese Zukunftsbremse in einer Koalition der Willigen jetzt entschärfen und so schnell es geht in Gänze überwinden! Einen handlungsfähigen und einen starken Staat brauchen wir jetzt. – Vielen Dank.

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Jetzt folgt noch Alexander Schweitzer. Dann werden wir wählen. Bitte kommt alle in den Saal! – Alexander aus Rheinland-Pfalz, bitte schön!

(Beifall)

Alexander Schweitzer, *Parteivorstand:*

Ist das Mikrofon höhenverstellbar? Schade, dass man das Mikro nicht transformieren kann. – Liebe Genossinnen und Genossen! Mein Name ist Alexander Schweitzer. Ich komme aus Rheinland-Pfalz.

(Beifall)

Wir sind ein Land, das Transformation kennt, das mit Transformation groß und stark geworden ist. Deshalb will ich deutlich machen: Transformation ist nicht einfach nur eine dunkle Wolke, die über uns hängt, wo wir hoffen müssen oder hoffen wollen, dass wir es als Politik irgendwie schaffen, einen großen Regenschirm für alle aufzubauen. Nein, die Geschichte, die wir glaubhaft erzählen müssen, ist, dass Transformation – ja, ich gebe zu, dieser Begriff ist nicht wirklich sexy, aber wir haben noch keinen besseren gefunden – eine Riesenchance ist, um sozialdemokratische Politik für möglichst viele Menschen so zu organisieren, dass sie für sich immer wieder neue Chancen für ein gelingendes Leben erreichen. Das ist etwas, was wir als sozialdemokratischer Parteitag in den Mittelpunkt unserer Debatten stellen müssen.

Es ist viel gesagt worden zur Rolle des Staates und zur Rolle der Politik. Ich bin ganz offen der Meinung: Wir haben eine Schuldenbremse, die, wenn wir nicht verdammt aufpassen, eine Transformationsbremse wird und dann, wenn wir Transformation nicht organisieren, auch zu einer Demokratiebremse werden kann. Deshalb brauchen wir auch an diesem Wochenende eine klare Position, was die Zukunft der Schuldenbremse angeht. Ich bin der Meinung, sie wird irgendwann verschwinden müssen, weil wir ansonsten Politik in Europa nicht mehr so aufstellen können, dass wir tatsächlich für viele Menschen viel erreichen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Aber wir sollten die Debatte immer auch so führen, dass wir die Menschen auch erreichen. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir, wenn wir sie erreichen wollen, über die Handlungsfähigkeit des Staates, über die Handlungsfähigkeit demokratischer Politik sprechen müssen, dass wir darüber sprechen müssen: Was bedeutet das in ihrem Lebensumfeld, in ihrem Lebensalltag, an ihrem Arbeitsplatz? Auch dafür finden wir gute Anträge heute auf diesem Parteitag.

Ein letzter Satz Wie organisieren wir Transformation? – Dafür brauchen wir viel, viel mehr als nur eine Debatte über Finanzfragen. Wir brauchen auch einen Ansatz, der Menschen da abholt, wo sie sind. Wir haben in Rheinland-Pfalz eine Transformationsagentur gegründet. Wir haben Transformationsbegleiterinnen und Transformationsbegleiter. Die geben uns einen deutlichen Hinweis: Die Menschen sind noch nicht begeistert von Transformation. Die Genossin aus Ostdeutschland hat völlig zu Recht gesagt: Sie sagen, da kommt etwas auf mich zu, was ich nicht abschätzen kann. – Darum muss man ihnen die Chancen organisieren, wie wir es in Rheinland-Pfalz mit den Transformationsbegleitern machen.

Aber es ist auch eine Illusion, zu glauben, der Arbeitsmarkt wird sich einfach mathematisch organisieren lassen nach dem Motto: Was da wegfällt, kommt da hinzu. Wir werden die Menschen nicht erreichen, wenn wir ihnen sagen: Heute bist du KFZ-Mechatroniker, aber morgen machen wir dich zur Altenpflegefachkraft und setzen dich einfach um, wie das früher mal bei Playmobil war. Wir nehmen dich am Kopf, nehmen dich aus diesem Job weg und setzen dich in den anderen rein. – Das geht an den Menschen vorbei.

(Beifall)

Lasst uns, wenn wir über diese Themen reden, nicht technisch-technokratisch reden. Willy Brandt hat mal gesagt: Compassion ist ein wichtiger Begriff. Wir müssen mit den Menschen mitfühlen. Dann können wir sie auch erreichen

jenseits der technisch-technokratischen Debatten. Auch das müssen wir auf diesem Parteitag miteinander hinbekommen. – Danke, dass ihr mir zugehört habt.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Alexander. – Hier noch einmal ganz klar die Gewissheit, dass alle Weiteren nach den Wahlen noch drankommen werden.

Damit gebe ich an meine Kollegin Manuela Schwesig ab.

Manuela Schwesig, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, liebe Aydan. – Genossinnen und Genossen, wir kommen jetzt zur Wahl der Parteivorsitzenden.

Als Erstes hören wir den Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission. Wir sagen ein großes Dankeschön an die Genossinnen und Genossen, die diesen Job machen. Ohne die MPZK läuft hier nichts auf dem Parteitag.

(Beifall)

Wir geben deren Sprecher Max Pankofer aus dem Landesverband Thüringen jetzt das Wort. Lieber Max, du hast das Wort.

BERICHT DER MANDATSPRÜFUNGS- UND ZÄHLKOMMISSION

Max Pankofer, *Mandatsprüfungs- und Zählkommission:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben zum Stand 13.00 Uhr nach unserem Organisationsstatut von den 600 Delegierten aus den Landesverbänden und Bezirken und den 34 stimmberechtigten Mitgliedern des Parteivorstandes 589 Delegierte und 30 Stimmberechtigte aus dem Parteivorstand. Die Legitimation haben wir als Mandatsprüfungskommission geprüft. Von den anwesenden Stimmberechtigten sind 292 Frauen; das entspricht einem Anteil von 47,17 Prozent. Die Quote ist also auch erfüllt.

Damit ist der Parteitag beschlussfähig.

Die älteste Delegierte ist mit 76 Jahren Ingrid Reske aus dem Landesverband Rheinland-Pfalz.

(Beifall)

Der jüngste Delegierte ist mit 15 Jahren Otto Ellerbrock aus dem Bezirk Hannover.

(Beifall)

Ich wünsche uns allen noch einen erfolgreichen Parteitag und einen ruhigen Verlauf.

WAHL DER/DES PARTEIVORSITZENDEN

Manuela Schwesig, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, lieber Max. – Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen jetzt zur Wahl. Alle, die vor vier Jahren dabei waren, erinnern sich noch daran: Wir haben hier per Satzungsänderung die Möglichkeit der Wahl einer Doppelspitze eingeführt. Nach unserem Organisationsstatut müssen wir darüber abstimmen, ob wir eine oder einen Vorsitzenden oder aber zwei gleichberechtigte Vorsitzende, also eine Doppelspitze, wählen wollen.

Deswegen bitte ich zunächst um euer Votum darüber: Sollen in den Parteivorstand zwei gleichberechtigte Vorsitzende – davon eine Frau – gewählt werden? Für diesen Beschluss reicht die einfache Mehrheit.

Wer für die Wahl von zwei Vorsitzenden ist, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das so beschlossen.

Es liegen uns Kandidaturen von Saskia Esken und Lars Klingbeil vor, die vom Parteivorstand vorgeschlagen wurden. Nach unserem Organisationsstatut werden die beiden Vorsitzenden in Einzelwahl gewählt. Es gilt § 7 der Wahlordnung.

Das Präsidium empfiehlt euch, diese Wahlgänge auf einem Stimmzettel als verbundene Einzelwahl durchzuführen. Wer dem Vorschlag zustimmt, die Wahlgänge der Parteivorsitzenden in einem Urnengang vorzunehmen, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann machen wir diese verbundene Einzelwahl.

Bevor wir dazu kommen, habe ich eine Bitte an die Medienvertreterinnen und vertreter. Sie werden gebeten, Ihre Objektive während des Wahlgangs nicht auf die Delegierten zu richten und das Wahlgeheimnis zu respektieren.

Ich bitte jetzt um die Verteilung der Stimmzettel. Während die Stimmzettel verteilt werden, rufe ich noch einmal in Erinnerung, dass wir, nachdem wir hybride Parteitage auch mit elektronischer Abstimmung hatten, jetzt wieder „zurück auf Los“ oder in alter Vertrautheit sind. Es wird einen echten Stimmzettel geben. Ihr habt alle Kontrollmarken darin. Schaut mal rein! Da sollten ein paar Zahlen für die Wahlgänge sein, die es jetzt gleich gibt. Auf den Stimmzetteln – ihr erinnert euch – befinden sich „Zustimmung“, „Ablehnung“ oder „Enthaltung“ und jeweils ein Kreuz zum Ankreuzen hinter dem jeweiligen Namen. Wenn ihr nichts ankreuzt oder mehr als ein Kreuz hinter dem jeweiligen Namen macht, ist die Stimme für diese Person ungültig. Der Stimmzettel ist insgesamt nur gültig, wenn die Kontrollmarke 1 angebracht ist. Die Kontrollmarke soll auf der Vorderseite auf dem dafür vorgesehenen Feld angebracht werden. Also bitte Stimmzettel verteilen, und ihr nehmt bitte die Kontrollmarke 1! Habt ihr euch wieder alle an dieses schöne Verfahren erinnert, oder hat noch jemand eine Frage? – Ihr könnte ruhig nach hier vorne kommen. – Ich höre, dass wir noch ein bisschen Zeit brauchen, um die Stimmzettel zu verteilen. Ich bitte dafür um ein bisschen Geduld. – Es geht langsam los. Die Stimmzettel sind grün. An dieser Stelle ist mal grün auf dem Parteitag erlaubt. Aber wir brauchen noch ein bisschen Zeit, bis das für alle verteilt worden ist. Denkt daran: die Kontrollmarke Nr. 1.

Ihr kennt das: Die erforderliche Mehrheit heißt: Nach § 23 Abs. 4 des Organisationsstatuts ist im ersten Wahlgang gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. – Wir warten jetzt bitte, bis alle einen Stimmzettel haben. Erst dann werde ich den Wahlgang eröffnen können. Vorher werde ich auch noch einmal fragen. Also bleibt entspannt und habt Verständnis! Hier im Cube sind es auch lange Wege. Wir sind ja zum Glück wieder in richtig großer Zahl hier. Also werden wir diese Geduld aufbringen.

Um hier ein bisschen Stimmung zu haben einen dicken Applaus für unsere Genossinnen und Genossen, die hier die Stimmzettel verteilen, die sich die ganze Arbeit machen!

(Beifall)

Vielen, vielen Dank! Ohne euch würde nichts laufen.

Jetzt bitte von allen die Hand hoch, die noch keinen Stimmzettel haben, damit die Genossinnen und Genossen wissen, in welche Reihen sie noch müssen! – Bitte noch einmal die Hände hoch, wo noch Stimmzettel fehlen! Vielleicht auch mit eurem Kartenzeichen, das ist dann besser zu sehen! – Das sieht jetzt sehr gut aus. – Noch ein letztes Mal, damit wir wirklich niemand vergessen und übersehen, die Hand hoch, falls irgendjemand noch keinen Stimmzettel bekommen hat! – Hat noch jemand Fragen zum Wahlverfahren oder keinen Stimmzettel? Dann ist das jetzt die letzte Möglichkeit, sich zu melden. – Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich den Wahlgang mit der Kontrollmarke Nr. 1. Ich bitte darum, die Stimmzettel einzusammeln.

(Stimmabgabe)

Hat jemand seinen Stimmzettel noch nicht abgegeben? Dann hebt ihn bitte noch einmal hoch. Bitte noch einmal hochheben, sollte es noch einen Stimmzettel geben, der noch nicht in der Urne ist. Bitte richtig hochhalten. – Ich sehe keinen Stimmzettel mehr. Dann schließe ich den Wahlgang, und wir unterbrechen bis zu einem Ergebnis. Das dauert ungefähr 10 bis 15 Minuten. Also nicht zu weit weggehen, sondern bleibt möglichst hier. Wir sagen euch dann Bescheid, wenn wir ein Ergebnis zu verkünden haben. – Vielen Dank.

(Unterbrechung)

Manuela Schwesig, *Tagungspräsidium:*

Liebe Genossinnen und Genossen, wir werden in wenigen Minuten ein Ergebnis haben. Deshalb bitte ich euch, zurück auf die Plätze zu kommen. – Liebe Genossinnen und Genossen, es liegt uns ein Ergebnis zur Wahl der Parteivorsitzenden vor. Ich bitte euch, auf die Plätze zurückzukommen. Das Ergebnis wird gleich Max, der Sprecher der MPZK verkünden. Max, wir warten noch eine Minute, damit alle auf ihren Plätzen sind. Wer die News von Max nicht verpassen will, sollte jetzt zurückkommen.

Okay, wir kommen zur Verkündung des Ergebnisses. Das Wort hat Max. Lieber Max, leg los!

(Beifall)

ERGEBNIS DER WAHL DER/DES PARTEIVORSITZENDEN

Max Pankofer, *Mandatsprüfungs- und Zählkommission:*

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben 588 abgegebene Stimmen. Davon sind drei ungültig. Damit haben wir 585 gültige abgegebene Stimmen.

Saskia Esken 483 Ja-Stimmen, 79 Nein-Stimmen und 23 Enthaltungen und ist damit mit 82,6 Prozent gewählt.

(starker, lang anhaltender Beifall)

Lars hat bei den 585 gültigen Stimmen 501 Ja-Stimmen, 60 Nein-Stimmen und 24 Enthaltungen und ist damit mit 85,6 Prozent gewählt.

Herzlichen Glückwunsch euch beiden!

(starker, lang anhaltender Beifall)

Manuela Schwesig, *Tagungspräsidium:*

Liebe Saskia, lieber Lars, herzlichen Glückwunsch zur Wiederwahl! Ich frage euch: Nehmt ihr die Wahl an?

Saskia Esken, *Parteivorsitzende:*

Liebe Genossinnen und Genossen, wir danken sehr herzlich für das Vertrauen. Ich nehme die Wahl an – und du hoffentlich auch.

(Beifall)

Lars Klingbeil, *Parteivorsitzender:*

Ich schließe mich den Worten meiner Vorrednerin an. Liebe Genossinnen und Genossen, vielen Dank! Es ist mir, es ist uns eine große Ehre, unsere stolze Sozialdemokratie auch in den nächsten zwei Jahren führen zu dürfen. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit. Vielen, vielen Dank!

(Beifall)

FORTSETZUNG DER AUSSPRACHE

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Liebe Genossinnen und Genossen, wir würden dann mit der Debatte fortfahren; denn wir haben ja noch einige auf der Redeliste.

Ich möchte euch vorab darauf hinweisen, dass es auch morgen noch eine Aussprache geben wird. Wer mag, könnte zurückziehen und vielleicht dann morgen sprechen. Das nur als Idee.

(Beifall)

Wir werden natürlich niemanden abwürgen.

Dann fahren wir jetzt fort, und das Wort erhält zunächst Micha Heitkamp aus Nordrhein-Westfalen. Ihm folgt Tim Klüssendorf aus Schleswig-Holstein.

(Beifall)

Erst einmal Micha Heitkamp, der jetzt natürlich kommt – wunderbar. Bitte schön.

Micha Heitkamp, *Nordrhein-Westfalen:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Zurück zum Transformationsantrag. Ich glaube, das ist ein wegweisender Antrag, den wir hier vorliegen haben. Wir haben ja manchmal das Phänomen: Es kommt ein Parteitag, wir brauchen schnell einen Leitantrag, und schreiben dann so ein paar Sätze zusammen von dem, was wir in der Regierung sowieso machen. Ich glaube, das ist hier nicht der Fall. Ich glaube, dieser Antrag ist, was die Transformation betrifft, was die Investitionen betrifft und auch was die Verteilungsfragen betrifft, ein richtig großer Wurf für die SPD.

Wir treffen damit auch genau das richtige Thema für diese Zeit. Wenn wir über Vertrauensverlust in die Politik reden, dann müssen wir es nicht unbedingt komplizierter machen, als es ist. Jedes Mal, wenn jemand am Bahnsteig steht und der Zug schon Wiederverspätung hat, jedes Mal, wenn irgendjemand eine Wohnung sucht und keine bezahlbare Wohnung findet, jedes Mal, wenn eine Arbeiterin oder ein Arbeiter in einer Talkshow hört, dass wir die Industrie ja durchaus nach China gehen lassen können und dann bei uns so ein bisschen Finanzmarkt und Dienstleistung machen, jedes einzelne Mal verlieren Menschen Vertrauen darin, dass die Politik ihre Probleme löst.

Genossinnen und Genossen, eine Schuldenbremse, die verhindert, dass wir die Probleme der Menschen lösen können, ist ein Instrument, das von Ideologie angetrieben ist und nicht von verantwortungsvoller Politik, und deshalb gehört die Schuldenbremse auch abgeschafft.

(Beifall)

Ich finde es richtig gut, dass wir hier heute einen Zukunftsantrag haben, dass wir nicht nur Regierungshandeln beschreiben, sondern sozialdemokratische Zukunftspolitik entwickeln. Aber, Genossinnen und Genossen, wir brauchen nicht nur Visionen, wir brauchen nicht nur die Partei, wir brauchen auch die Regierung. Olaf hat versprochen: Wer Führung bestellt, der bekommt Führung. – Im Moment wünschen sich die Menschen nichts mehr als eine gute Führung. Genossinnen und Genossen, es ist Zeit, dass die SPD in der Regierung auch von vorne führt, und die Richtung dafür beschreiben wir heute in diesem Antrag ganz gut. Glück auf!

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Super, eine Minute gespart. Vielen, vielen Dank. – Jetzt folgt Tim Klüssendorf, und ihm folgt Robert Drewnicki aus Berlin. – Bitte schön, Tim.

Tim Klüssendorf, *Schleswig-Holstein:*

Liebe Aydan! Liebe Genossinnen und Genossen! Erst mal vielen Dank auch für den Antrag, über den wir heute debattieren. Ich glaube, er ist gut geworden, auch wenn er noch einige Nachbesserungen erfahren hat, über die ich sehr, sehr froh bin. Vor allen Dingen zum Thema Schuldenbremse konnte jetzt eine Einigung erzielt werden. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiges Zeichen, das auch von diesem Parteitag ausgeht.

Wenn wir uns mal ehrlichmachen und von einer Reform der Schuldenbremse sprechen, worüber sprechen wir dann eigentlich? Wir wollen die Schuldenbremse so gestalten, dass sie uns den Spielraum gibt, den wir brauchen, um unsere Gesellschaft zu transformieren und um sozialen Zusammenhalt zu organisieren. Und wenn dann mal eine Notlage eintritt, dann werden wir sie auch dann wieder aussetzen müssen; denn – ganz ehrlich – dann brauchen wir natürlich

das Geld auch, um Notsituationen durchzufinanzieren. Es bedeutet, dass eigentlich nichts anderes eintritt, als dass wir sie de facto abschaffen würden, wenn wir sie so reformieren, wie wir uns das vorstellen, und deswegen kann man auch gleich die Abschaffung fordern. Ich finde es gut, dass der Kompromiss nun genau in diese Richtung geht.

Doch ein Thema löst die Schuldenbremse-Diskussion nicht, und das ist das Thema Verteilungsgerechtigkeit; es wurde schon diverse Male angesprochen. Natürlich ist es gut, wenn die Reform der Erbschaftsteuer jetzt mit im Antrag steht. Aber zum einen ist es eine Ländersteuer, das heißt, die Länder bekommen alle Einnahmen, und zum anderen ist sie sehr, sehr langwierig auszudefinieren und zu diskutieren, um Bemessungsgrenzen vorzulegen und anderes.

Was wir aber jetzt brauchen, ist ein Finanzzufluss zum Bund, um die aktuelle Krisensituation zu beherrschen. Dafür bietet sich nur ein einziges Instrument in unserem Grundgesetz an, und das ist die einmalige Vermögensabgabe. Ich finde, es ist angebracht und notwendig, die heute auch noch mit in diesem Antrag zu stimmen.

(Beifall)

Ganz, ganz wichtig: Wir müssen auch von diesem Parteitag aus ein Zeichen setzen. Friedrich Merz, der Springer-Verlag und andere haben es geschafft, ein gesellschaftliches Klima in diesem Land zu erzeugen, wo es en vogue ist, 50 Euro dem Bürgergeldempfänger wegzunehmen, aber nicht an die 1,5 Millionen Millionäre in diesem Land zu gehen. Das dürfen wir als Sozialdemokratie nicht zulassen und müssen ein deutliches Zeichen setzen.

Ganz ehrlich: Hier tagt auch nicht der Koalitionsausschuss und auch nicht das Kabinett, sondern das ist ein sozialdemokratischer Parteitag. Ich finde, wir sollten mutig sein und uns was trauen, und deswegen bitte ich um eure Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Tim. – Ich möchte euch noch mal daran erinnern, dass ihr die vorgetragenen Änderungen bitte auch abgeben solltet, damit das bei uns alles ordentlich vorliegt.

Als Nächstes hat das Wort Robert Drewnicki. – Ist das so richtig ausgesprochen?

Robert Drewnicki, *Berlin:*

Drewnicki.

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Ich war nicht ganz schlecht. – Also: Jetzt kommt Robert Drewnicki aus Berlin, und ihm folgt Lennart Weyandt.

Robert Drewnicki, *Berlin:*

Vielen Dank. Ich höre fast alles bei meinem Nachnamen.

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Das kenne ich.

Robert Drewnicki, *Berlin:*

„Drewnicki“ wäre richtig. – Liebe Genossinnen und Genossen! Ich gehe davon aus, dass die meisten von euch auch Mitglied einer DGB-Gewerkschaft sind. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist nämlich das, wozu ich jetzt reden möchte. Ich arbeite für die IG Metall in einem Transformationsnetzwerk für die Fahrzeugindustrie. Bei mir geht es jeden Tag um Transformation, und bei mir geht es jeden Tag in die Betriebe rein, und wir haben die Diskussionen.

Ich kann mich dem Vorredner anschließen. Die Botschaft in Richtung Schuldenbremse, die von diesem Parteitag ausgeht, muss ganz klar sein. Die darf auch nicht ein Sowohl-als-auch sein, sondern es muss den Kolleginnen und Kollegen draußen in den Betrieben, die mit der Transformation umgehen müssen und die sich davon bedroht fühlen, klar sein, was wir hier beschlossen haben. Die erwarten auch nicht, dass wir es von heute auf morgen umsetzen. Aber sie erwarten, dass wir klar stehen und Haltung haben.

Insofern kann ich in diesem Kontext auch nur sagen: Ich finde es gut, wie dieser Antrag mit Gewerkschaften umgeht, und ich finde es gut, wie dieser Antrag auch klarmacht: Wenn es öffentliche Förderungen sind, egal in welchem Bereich, dann geht es um Tarifverträge, dann geht es um Beschäftigungsgarantien, und dann geht es um Standortgarantien; sonst können Unternehmen in diesem Land auch in der Transformation keine Fördergelder bekommen. Das muss die Position der SPD sein.

(Beifall)

Ich weiß, dass alle Fragen rund um Schuldenbremse, rund um Industriestrompreis nicht einfach sind. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, ich stehe hier auch für ein Transformationsnetzwerk in Berlin-Brandenburg, also in Ostdeutschland. Wir in Ostdeutschland, wir wissen, wie schnell ein Land deindustrialisiert wird. Wir in Ostdeutschland, wir wissen, wie schnell das Kapital weg ist. Deswegen müssen wir alle Mittel ziehen, auch den Industriestrompreis, um die Industrien, die unsere Resilienz eben auch fördern, zu unterstützen. Es geht mir nicht darum, dem Kapital Millionen in die Taschen zu stecken, sondern es geht einfach darum, dass man die Standorte sichern muss in der Transformation.

Erlaubt mir eine kleine Anmerkung – und dann komme ich auch zu meinem Änderungsantrag -: Manchmal, Genossinnen und Genossen, manchmal, Kolleginnen und Kollegen, ist es auch ganz wichtig, in welcher Reihenfolge man Worte benutzt. Wir haben in diesem Änderungsantrag auf Seite 699, Zeile 159, die Formulierung: Gemeinsam mit Unternehmen und Gewerkschaften werden wir dafür sorgen, dass nachhaltiger Wohlstand hier entsteht und allen zugutekommt. – Genossinnen und Genossen, das ist die falsche Reihenfolge. Natürlich muss es heißen: Gemeinsam mit Gewerkschaften und mit Unternehmen werden wir darauf drängen. – Das macht was mit den Leuten, wenn man diese Reihenfolge wählt, und das erwarten sie auch von der Sozialdemokratie. Deswegen ist das mein ganz einfacher Änderungsantrag. Lasst uns das ändern in „gemeinsam mit Gewerkschaften und Unternehmen“, und dann wird auch ein Schuh draus. – Danke.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Robert. – Als Nächstes folgt Wort Lennart Weyandt für die Arbeitsgruppe „Klimagerechte Wirtschaft“. Ihm folgt Kianusch Stender aus Schleswig-Holstein.

Lennart Weyandt, *beratender Delegierter:*

Guten Tag! Ich heiße Lennart Weyandt, und ich vertrete das Online-Themenforum „Klimagerechte Wirtschaft“. Erst mal Gratulation an Lars und Saskia!

Der Leitantrag ist ein Antrag, den wir, glaube ich, alle unterstützen können; denn der ist maximal allgemein gefasst. Es fehlen aber ganz wesentliche Punkte. Die Brisanz der Lage wird so leider gar nicht klar; denn die Klimakrise, die ist ja nicht irgendeine Krise, sondern das ist eine andauernde, das ist eine langfristige Krise, und es ist die zentrale soziale Frage der Zukunft. Dieser Schwerpunkt wird hier leider nicht ganz gesetzt.

Die Mobilitätspolitik fehlt weitgehend. Der Verkehrssektor ist eine klimapolitische Katastrophe. Bewegung, die da stattfindet, ist aktuell allenfalls in die falsche Richtung festzustellen. Wir müssen festhalten: Antriebswende reicht nicht. Wir brauchen eine Mobilitätswende. Das heißt ganz besonders: Stopp eines Autobahnausbaus, Stopp eines Autobahnneubaus.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, schaut auf Berlin! Hier wird eine Autobahn durch die Stadt geschlagen, wo der Meter 250.000 Euro kostet, wo Beton versenkt wird, CO2, wo Verkehr induziert wird. Und die SPD macht mit – im Bund und im Land. Freundinnen und Freunde, das ist nicht das Comeback der Infrastrukturpolitik, sondern das der 50er-Jahre.

(Beifall)

Stattdessen müssten wir doch eigentlich die Gelder in die Schiene investieren. Und ja, der Weg ist ja schon beschritten, und die Deutsche Bahn fordert eine Etage weiter unten genau das. Aber wir müssen vielmehr die Bahn in die Fläche bringen. Wir müssen das standardisierte Bewertungsverfahren überdenken.

Und: Wir brauchen Transformation in den Köpfen. Denn Reduktion und Verzicht ist ein Teil, der hier überhaupt nicht vorkommt. Also: Der Antrag liest sich gut, aber es ist nicht wirklich neu. Wo ist die Vision, die in dem letzten Absatz beschrieben wird?

Parteiintern: Ich vertrete das Online-Themenforum. Da ist das zwar Thema, aber es ist nur eine Plattform, und sie lebt nicht; sie ist nicht mit Leben gefüllt. Die Inputs, die dort laufen, kommen nur von SPD.Klima.Gerecht und vom SPD Klimaforum. Deshalb meine Bitte: Transformation, auch parteiintern, schafft Basisstrukturen. Nutzt das Wissen der Basis! Unterstützt das! – Vielen, vielen herzlichen Dank. Dann gelingt Transformation.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Danke, Lennart. – Jetzt folgt Kianusch Stender aus Schleswig-Holstein, und ihm folgt Erkan Ertan aus Berlin.

Kianusch Stender, *Schleswig-Holstein:*

Saskia, du hast eben gesagt, du willst mit uns über Zuversicht sprechen. Ich bin sehr zuversichtlich, wenn ich eure Analyse zur Schuldenbremse lese. Wir können sie nicht so lassen, wie sie ist; da hattet ihr ganz recht. Aber bei der Schlussfolgerung war ich erst nicht bei euch. Der Kompromiss, den wir jetzt gefunden haben, gefällt mir deswegen deutlich besser. Ich will aber auch klarstellen, wie wir diesen Kompromiss verstehen, wie wir ihn interpretieren: Die Schuldenbremse muss weg.

(Beifall)

Die derzeitige Schuldenbremse ist ein Fehlkonstrukt. Die Schuldenbremse ist eine Verrücktheit. Wer das Leitbild der schwäbischen Hausfrau predige, habe von Wirtschaft keine Ahnung. Deutschland sollte die Schuldenbremse dringend abschaffen. – Das sind Zitate von John Fitzgerald, von Gustav Horn, der hier ist, und von Jacob Funk Kirkegaard, drei von zahlreichen Wissenschaftlern, die die Schuldenbremse derzeit einordnen. Wenn wir bei anderen Punkten rufen: „Listen to the science“, dann verdammt noch mal bitte auch hier!

(Beifall)

Ich bin jung. Ich muss mit diesen Entscheidungen, die heute getroffen werden, noch echt lange leben. Wir sind gerade an einem Kipppunkt. Und ja, ich verstehe das Argument, dass man keine Schulden weitervererben will. Wir sind aber kein Unternehmen, wie es hier manchmal argumentiert wird. Ein Staat funktioniert wirtschaftlich nicht wie ein Unternehmen – zum Glück. Aber selbst wenn, dann macht es keinen Sinn, zu sparen. Jedes Unternehmen, das wachsen will, das zukunftsfähig sein will, nimmt Schulden auf.

Hier möchte ich erneut Saskia von vorhin zitieren: Die Schuldenbremse darf keine Zukunftsbremse sein. – Ich bin froh, dass das meine Parteivorsitzende so sagt. Ich freue mich zwar auch, wenn Deutschland irgendwann schuldenfrei ist. Wenn der Preis aber sein soll, dass die Schulen im Eimer sind, wenn der Preis sein sollen, dass die Straßen Schlaglöcher haben, wenn der Preis sein soll, dass bei mir in Flensburg jedes Jahr so eine Jahrhundertflut wie dieses Jahr kommt, weil die Pole durch den Klimawandel weiter schmelzen, wenn dass der Preis sein soll, dann bin ich nicht bereit, diesen Preis zu bezahlen.

Deswegen: Lasst uns bitte heute die Schuldenbremse nicht nur streicheln. Lasst sie uns nicht nur von allen Seiten angucken. Lasst uns nicht ein, zwei Spiegelstriche ändern und das eine „Reformierung“ nennen. Lasst uns das machen, was jetzt in diesem Kompromiss beschlossen wurde. Lasst uns die Schuldenbremse abschaffen!

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Als Nächstes folgt Erkan Ertan aus Berlin, und ihm folgt Mathias Schulz, auch aus Berlin.

Erkan Ertan, *Berlin:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Das Volksmodell der Sozialdemokratie in Deutschland ist nicht, den Marktkräften das Handeln zu überlassen, sondern die soziale Marktwirtschaft. Das bedeutet, dem Markt staatlich dort Grenzen aufzusetzen, wo die Belange der Bevölkerung Schutz brauchen, indem die Risiken unserer kapitalistischen Wirtschaftsform ausgeglichen werden müssen.

Als Berliner Delegation freuen wir uns deshalb, dass der Parteivorstand sich getraut hat, mit Tr01 eine Vorlage zu erarbeiten, die Antworten darauf geben will, wo der Staat für eine bessere Zukunft unseres Landes aktiv eingreifen muss. Die eingebrachten Änderungen zur temporären Krisenabgabe, zur Vermögensteuer und auch zur Reform und Abschaffung der Schuldenbremse unterstützen wir auch.

Starke Schultern müssen in Krisen ihren Beitrag leisten. Die Schuldenbremse darf nicht Zukunftsinvestitionen in Köpfe und in Infrastruktur verhindern. Die heutige Schuldenbremse, wie sie hier steht, ist aber unbrauchbar; denn sie hilft nicht, die Wirtschaftskraft oder die Stabilität unseres Landes nachhaltig zu stärken.

Darüber hinaus haben wir als Berlin noch einige konkrete Änderungsanträge, von denen ich zwei hier mit einbringen möchte. Der erste ist zur Inflation. In Zeile 90 möchten wir nach „führen können“ den Satz einfügen: Wir werden die Gewinninflation stärker unterbinden, beispielsweise durch preisrechtliche Eingriffe wie der gesetzlichen Kappung von Preisen.

Der Grund hierfür ist, dass die kleineren und mittleren Einkommen in den vergangenen Jahren die Krisen finanziell geschultert haben. Besonders die Inflation hat die Menschen hart getroffen, wie wir alle wissen. Begründet wurden die allumfassenden Preiserhöhungen der letzten Jahre vom Supermarkt bis zur Konzertkarte vor allem mit erhöhten Energiepreisen und Rohstoffen. Nicht immer ist das aber wirklich so korrekt. Die Menschen mit hohen Vermögen haben bisher keine Einbußen erlebt, sondern sind reicher geworden. Unternehmen fahren zuhauf Gewinne – dank dieser Erhöhung. Dem muss unser Staat eine Grenze aufsetzen und dafür Instrumente in die Hand bekommen.

Der zweite Antrag soll die eben benannten hohen Energiepreise sozial ausgleichen. Dazu wollen wir in Zeile 346 nach „zu schaffen“ einfügen: Von den hohen Energiepreisen ist aber nicht nur die Industrie betroffen, sondern auch die privaten Haushalte, soziale Einrichtungen oder etwa das Gesundheitswesen. Daher setzen wir uns für die Verlängerung der staatlichen Energiepreisbremse ein. Außerdem fordern wir die schnelle Einführung des geplanten Klimagelds, um die steigenden Energiekosten sozial auszugleichen. – Ich denke, der Einführungstext spricht für sich.

Wir bitten zu diesen beiden Änderungsanträgen um eure Unterstützung, damit unsere soziale Marktwirtschaft noch ein bisschen näher an die Belange der Menschen rückt. – Vielen Dank.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Erkan. – Als Nächstes kommt Mathias Schulz aus Berlin, und ihm folgt Jens Geier aus Nordrhein-Westfalen.

Mathias Schulz, *Berlin:*

Liebe Genossinnen und Genossen, die Klimakrise wird zu Recht als die größte Krise unserer Zeit benannt. Deswegen ist die sozial-ökologische Transformation für uns selbstverständliches Ziel unseres Handelns und auch dringend notwendig. Sie wird unsere Art und Weise, wie wir leben, sehr verändern. Die Gesellschaft braucht hierbei auf jeden Fall eine starke SPD an ihrer Seite. Ich bin sehr froh, dass Saskia und Lars wiedergewählt wurden mit sehr guten Ergebnissen. Ich hoffe auch, dass Kevin nachher bei der Wiederwahl zum Generalsekretär ein ebenso gutes Ergebnis bekommen wird.

Während der bevorstehenden Veränderung ist es notwendig, dass wir als SPD an der Seite derjenigen stehen, die unsere Unterstützung brauchen. Klimaschutz geht nämlich nur sozial gerecht. Eine starke SPD ist dabei kein Selbstzweck. Wenn ich mir den Bereich des Wohnens anschaue, ist das Wohnen existenzielles Grundbedürfnis von uns allen. Es darf kein Spielball des freien Marktes sein. Es braucht hier einen starken Staat mit klaren Regeln.

Die beste Sicherheit beim Wohnen gibt es vor allem mit bezahlbarem, staatlichem, kommunalem und gemeinwohlorientiertem Wohnungsbau. So steht es auch im Antrag drin, den der PV hier vorgelegt hat. Ich muss mich da leider irgendwie fragen, wenn ich auf die aktuelle Koalition schaue: Wo bleiben denn die Veränderungen im Mietrecht, die versprochen wurden? Wo bleibt denn das Vorkaufsrecht, das versprochen wurde, das wieder eingeführt werden soll, mit dem wir auch private Wohnungen wieder zurückkaufen und zum öffentlichen Bestand zurückholen können? Ich finde, die 18 Milliarden, die von der Bundesregierung eingesetzt werden, sind ein guter Anfang, können aber eben auch nur ein Anfang sein.

Blicken wir auf zwei Themen zurück, wo wir sagen, dass mehr passieren muss. Wir werden im Gebäudebereich in den nächsten 15 Jahren ca. 15 Millionen Gebäude klimagerecht sanieren müssen. Die Kosten dafür gehen in die Billionen. Die Sanierung ist notwendig, aber sie werden auch zum Risiko für die Mieterinnen und Mieter. Mit der Modernisierungsumlage, die fällig wird, werden die Kosten auf die Mieterinnen und Mieter abgewälzt. Als SPD Berlin sagen wir: Diese Regelung ist ungerecht, und wir wollen sie gerne abschaffen. Dafür haben wir hier einen Änderungsantrag eingebracht. Denn klar ist: Dauerhafte Mieterhöhungen, die mit klimagerechten Sanierungen begründet werden, sind ungerecht und sollten beendet werden.

Der zweite Punkt, den wir gerne mit in die Debatte einbringen wollen, ist die Frage der Mietpreisbegrenzung. Wir haben im Koalitionsvertrag dazu zwar nur geregelt, dass die Mietpreisbremse verschärft werden soll; sie reicht aber gerade in den Ballungsräumen eben nicht aus, um wirksam Mieten zu begrenzen. In Berlin haben wir allein im letzten Jahr leider 20 Prozent Mietsteigerungen erlebt. Das heißt, hier muss der Bund mehr liefern. Steigende Mieten sind kein Naturgesetz.

Wir müssen den Markt regeln und in den Markt eingreifen. In Berlin haben wir es mit dem Mietendeckel versucht. Wir haben schmerzlich erfahren müssen, dass Berlin nicht zuständig ist. Das Gericht hat uns aufgegeben, dass der Bund das regeln muss. Dann, liebe Genossinnen und Genossen, muss es der Bund auch tun. Aber das Gericht hat nicht gesagt, dass es inhaltlich nicht zulässig sei, hier Deckelungen einzuführen, sondern eben nur, dass die Ebene eine andere ist, die das regeln muss.

Der Kampf gegenüber überhöhten Mieten braucht unsere volle Kreativität und vor allem ein entschlossenes Regierungshandeln der SPD. Deswegen hier auch noch eine Änderung von uns, die wir eingebracht haben auf Seite 651, um hier eine Öffnungsklausel einzufügen für die Bundesländer, mit der sie Mieten und Mietpreise begrenzen und auch deckeln können.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist für uns alle klar: Der Markt reguliert sich niemals von selbst. Es ist genauso wichtig – das hat Manuela vorhin gesagt -, dass der Staat investiert in Städte wie in Kommunen, in Ballungszentren und auch in ländliche Räume. Es braucht aber eben umgekehrt auch in Ballungsräumen die Regeln, die wir brauchen, um die spezifischen Bedürfnisse dort zu regeln, wo wir sie regeln müssen, nämlich vor Ort wie in Berlin, wie in München, wie in Dresden, wie in Düsseldorf oder auch in Hamburg. Wir brauchen dafür den Bund, und daher bitte ich um Zustimmung zu den Änderungsanträgen, die wir heute eingebracht haben.

Wir in Berlin haben eine ganz klare Devise, wie man mit der Mieten- und Wohnungspolitik umgehen kann. Das ist ein Dreiklang, und der heißt: Bauen, kaufen, deckeln. – Dafür bitte ich um euren Support. – Danke schön.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank. – Jetzt folgt Jens Geier aus Nordrhein-Westfalen, und ihm folgt Michael Müller, der Bundesvorsitzende der Naturfreunde.

Jens Geier, *Nordrhein-Westfalen:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben eine Riesenaufgabe. Wir müssen der Lokomotive in voller Fahrt die Räder wechseln. Wir müssen nämlich den Ausstoß von Treibhausgasen stoppen, und wir müssen es schnell tun. Denn dieser Planet sendet uns ja monatlich Signale, dass er überlastet ist. Wir dürfen dabei keine Fehler machen. Wir müssen ambitioniert sein und den Menschen Sicherheit in diesem Wandel geben. Frans Timmermans hat ja recht: Der Wandel ins Zeitalter der Nachhaltigkeit muss sozial sein und alle mitnehmen; denn sonst wird er scheitern.

Im Europäischen Parlament, Genossinnen und Genossen, stellen wir die Weichen dafür: Emissionshandelssystem, Kohlenstoffausgleichsabgabe, Energieeffizienzrichtlinie, Schadstoffausstoß für Kraftfahrzeuge, Wasserstoffpaket. Ich könnte meine Redezeit erschöpfen nur mit der Aufzählung der Maßnahmen; das mache ich aber nicht. Stattdessen will ich euch als Vorsitzender der Europa-SPD sagen, dass ich stolz darauf bin, in welchem Umfang wir 16 MdEPs diese Gesetzgebung beeinflusst haben. Unsere Erfahrung ist breit in diesen Leitantrag eingeflossen, und dafür möchte ich mich bedanken.

Genossinnen und Genossen, wir beschreiben in diesem Antrag die Aufgaben der Zukunft. Wir wollen, dass Deutschland und Europa Industriestandort bleiben. Denn ohne industrielle Produktion kann weder der Wandel in die nachhaltige Zukunft gelingen, noch bleiben unser Wohlstand und unsere Wirtschaftskraft erhalten. Eigentlich ist es ganz einfach.

Abgeordnete aus Deutschland im Europäischen Parlament wollen aber etwas anderes. Die einen sehen bei einer Betriebsschließung nur vermiedene CO2-Emissionen und erkennen nicht, dass diese Arbeitsplätze weg sind und nie wiederkommen. Wertschöpfungsketten reißen, aber die Produktion wird woanders weitergeführt und die CO2-Emissionen natürlich auch. Die anderen sind der Meinung, dass wir das mit der Bekämpfung des Klimawandels vielleicht besser lassen, wenn es unbequem wird. Sie scheuen sich nicht davor, zusammen mit Nationalkonservativen und den Faschisten im EP Naturschutzgesetze zu Fall zu bringen, so wie das in der letzten Plenarsitzung passiert ist.

Genossinnen und Genossen, es ist eine riesige Aufgabe, es ist eine schwierige Aufgabe, aber wenn es einfach wäre, dann könnte es ja auch Friedrich Merz. Aber weil es schwierig ist, müssen es wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erledigen; denn außer uns ist keiner dafür da. Deswegen bitte ich euch um eine breite Unterstützung für den Leitantrag des Parteivorstandes. – Vielen Dank.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Jens. – Jetzt folgt Michael Müller, der Bundesvorsitzende der Naturfreunde, und ihm folgt Michael Schrodi aus Bayern. Bitte schön, Michael.

Michael Müller, *Bundesvorsitzender der Naturfreunde:*

Liebe Genossinnen und Genossen, vielen Dank für die Einladung! Die Naturfreunde sind ein Verband für Umwelt und Freizeit, der aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen ist. Damit unterscheiden wir uns schon von anderen Umweltverbänden. Unsere Gründungsidee war die Verbindung von sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verträglichkeit. Diese Frage ist heute die Schlüsselfrage, auch für die Zukunft. Und wenn die SPD das nicht begreift, wird auch ihre Zukunft nicht da sein.

Das heißt, wir müssen es schaffen, die Klimakrise aus einem sozialen Verständnis heraus zu beantworten, und wir dürfen – das will ich auch klar sagen – sie nicht den Grünen überlassen. Es ist falsch, denen hinterherzulaufen, sondern wir brauchen eine eigenständige Linie.

Wir leben in einem Jahrzehnt, das vielleicht das dramatischste ist seit 1945. Es wird sich entscheiden an der Politik, ob sie versteht, wie man zugleich sozial gerecht und ökologisch verträglich ist. Das aber ist ein tiefer Bruch in unserem bisherigen Verständnis von Fortschritt. Fortschritt war bisher vor allem: schneller, höher, weiter. Ein trauriges Beispiel dafür ist die derzeitige UN-Klimakonferenz. 1995, als wir damit angefangen hatten, gab es 5.000 Teilnehmer. Heute sind es 94.000. Ich sage, wer Ökologie will, der muss auch wissen: Es gibt Grenzen, es gibt Bescheidenheit, es gibt Maßhalten. Das, was im Augenblick passiert, ist das Gegenteil, ohne dass wirklich Sinnvolles herauskommt.

(Beifall)

Ich sage, die Bewältigung der Klimakrise muss in einer Zeit geschehen, in der wir eine radikale Individualisierung erleben. Aber Klimaschutz bedeutet vor allem mehr Solidarität und mehr Zusammenhalt. Ich glaube, das Alarmierendste, was wir im Augenblick erleben, ist, dass die Mitte in Deutschland erodiert. Ein Teil der Mitte – und „Mitte“ steht für gesellschaftlichen Zusammenhalt – rutscht ab ins Prekariat, ein Teil ist tief verunsichert, und ein Teil orientiert sich nur noch an den Trends der globalen Metropolen.

Was wir aber brauchen, ist eine Stärkung der Gesellschaft, die Ideen der Gesellschaft, um die Verteilungskämpfe, die auf uns zukommen, zu bewältigen.

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Michael, kommst du bitte zum Schluss?

Michael Müller, *Bundesvorsitzender der Naturfreunde:*

Ja, ich komme zum Schluss. – Ich will sagen, weil ich das auch gerade wieder gehört habe: Es ist der falsche Weg, zu glauben, Klimaschutz vor allem durch Abgaben, Steuern und Ähnliches zu erreichen. Das wird die Gesellschaft tief

spalten. Lasst uns auch mal über andere Ideen reden, beispielsweise über das Ordnungsrecht.

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Michael, kommst du bitte zum Schluss?

Michael Müller, Bundesvorsitzender der Naturfreunde:

Ja, letzter Satz. – Wir müssen beispielsweise darüber reden, wie wir auch Demokratie und Mitbestimmung ökologisch ausrichten können.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Danke schön. – Jetzt folgt Michael Schrodi aus Bayern, und ihm folgt Niklas Gerlach aus Sachsen-Anhalt.

Michael Schrodi, *Bayern:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben zuletzt im Bundestag ein Gesetz verabschiedet, das für Wachstumsimpulse sorgen soll. Wir haben jetzt ein Verfahren im Vermittlungsausschuss. Ich habe dort gerade eben noch verhandelt. Die Union ist ohne einen substanziellen Vorschlag aufgestanden und hat den Saal verlassen. Liebe Genossinnen und Genossen, so wie hier, wo es mal konkret wird, so läuft es auch ständig im Deutschen Bundestag. In großen Sonntagsreden wird immer behauptet, man muss den Industriestandort erhalten. Aber wenn es konkret wird, wenn es darum geht, wie die milliardenschweren Investitionen finanziert werden sollen, dann schlagen sie sich in die Büsche. Und dann heißt es immer: Nein, keine Mehreinnahmen über die Besteuerung von den höchsten Vermögen und Einkommen. Nein, keine Kreditaufnahme. – Dann ist der alte Reflex der Konservativen der, nach unten zu treten und zu sagen: Wir bauen den Sozialstaat ab.

Da müssen sich Herr Merz und Herr Dobrindt mal ehrlichmachen. Das heißt am Ende, an der Rente zu sparen, am Kindergeld zu sparen, an anderen Dingen zu sparen, die uns wichtig sind und die die Gesellschaft zusammenhalten. Das ist keine verantwortungsvolle Finanzpolitik und mit uns nichts zu machen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir übernehmen Verantwortung, und wir geben Antworten. Diese Antworten, wie wir diese strukturellen Brüche, wie wir die Transformation in Wirtschaft und Gesellschaft sozial und gerecht gestalten, die geben wir – nicht erst heute mit diesem Leitantrag. Wir haben an dieser Stelle bereits 2019 wegweisende Beschlüsse gefasst. Wir haben damals schon gesagt, wir wollen perspektivisch die Schuldenbremse reformieren. Liebe Genossinnen und Genossen, aus „perspektivisch“ wird „jetzt“, weil sie in dieser Form eine Investitionsbremse ist. Und das ist ein gutes Signal, liebe Genossinnen und Genossen, an die Menschen draußen und an die Wirtschaft.

Wir haben 2019 auch gesagt: Eine zu große Vermögensungleichheit ist schlecht für diese Gesellschaft. – Deswegen

haben wir 2019 hier beschlossen, dass wir die Vermögensteuer wieder einführen und reaktivieren wollen, dafür Mehrheiten im Parlament suchen und dafür kämpfen und streiten. Bisher ist das leider nicht gelungen; aber es wird eine dauerhafte Aufgabe sein.

Jetzt in diesem Leitantrag zur Transformation geben wir auch die Antworten darauf, wie wir diese Aufgabe finanzieren wollen – übrigens auch in Bezug auf die Frage, wie wir die Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen mitnehmen. Da ist die Antwort ganz klar: Die 5 Prozent der höchsten Einkommen sollen mehr dazu beitragen, dass die anderen 95 Prozent bei der Steuer entlastet werden, mehr im Geldbeutel haben, damit sie mitkommen. Natürlich werden wir auch die Frage adressieren, wie wir die Menschen, wie wir die Unternehmen mitnehmen, indem wir auch hier neue Impulse für die Transformation entsprechend geben.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, eins sei noch gesagt: Ich glaube, wir sollten uns nicht in einer Instrumentendebatte verfangen und aufhalten – eine Debatte über ein weiteres Instrument der Vermögensbesteuerung, die übrigens noch schwieriger als die Vermögensteuer umzusetzen ist, die noch schwieriger auch dann im Parlament umzusetzen ist. Ich glaube, das ist nicht der richtige Weg. Dieser Leitantrag zeigt die großen Linien auf, wie wir Transformation finanzieren können. Deswegen bitte ich um die Zustimmung für diesen hervorragenden und zukunftsweisen Antrag, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank. – Es folgt Niklas Gerlach für Sachsen-Anhalt, und als nächstes Dietmar Woidke aus Brandenburg.

(Beifall)

Niklas Gerlach, *Sachsen-Anhalt:*

Vielen Dank. – Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Ich komme aus einer Region mit Transformationserfahrungen. Aber in dieser Region wird bei dem Wort „Transformation“ oft schon zusammengezuckt. Denn die Region, aus der ich komme, ist oft nicht als Gewinner rausgegangen. Mehr noch: Wir waren Verlierer in einer übergestülpten Transformation. Bis heute herrschen intergenerationale Traumata. Doch ich bin sicher: Sachsen-Anhalt und der gesamte Osten kann als Gewinner in dieser Transformation hervorgehen.

Bereits jetzt kommen 61 Prozent der Bruttostromerzeugung in Sachsen-Anhalt aus Erneuerbaren. Bereits jetzt wird in Leuna Wasserstoff produziert und das Produzieren von grünem Wasserstoff vorbereitet. Wir verzeichnen Ansiedlungen wie Intel in Magdeburg, TSMC in Dresden oder Tesla in Grünheide. Der Osten ist attraktiv, der Osten ist fortschrittlich, der Osten wird zum Motor der Transformation.

Aber damit sich diese Erfahrungen nicht wiederholen, muss die Transformation auch mit den Arbeitnehmer*innen gestaltet werden, und es müssen diejenigen, die das Windrad vor der Tür haben, profitieren. Ihre Kommunen müssen einen Teil des Gewinns bekommen, und ihre Stromrechnung muss niedriger sein, wenn an ihrem Haus die Stromleitung langgeht oder vor dem Fenster die blinkenden Windräder stehen. Denn bisher herrscht immer noch Angst – Angst, dass wir wieder als Verlierer dieser Transformation rausgehen. Insbesondere bei der Nachricht, dass Teile der Förderung der vorhin angesprochenen Ansiedlung aus dem KTF kommen sollen, herrscht seit dem 15.11. die Frage, ob und wie diese

Investitionen stattfinden können. Deshalb machen wir heute deutlich, dass diese Investitionen stattfinden müssen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir sehen ganz deutlich: Die Schuldenbremse gefährdet die Zukunft einer ganzen Region und einer ganzen Generation. Lasst uns endlich von dieser Fessel befreien! Lasst uns vom Mantra des „Sparen, Sparen, Sparen“ befreien, vor allem dann, wenn die Zeit ein Investieren, ein Transformieren und ein Solidarisieren verlangt!

Liebe Genossinnen und Genossen, ihr habt vor der Tür die Werbung des INSM gesehen. Lasst uns heute deutlich machen: Diese Ideologie bleibt vor der Tür, sowohl hier als auch im Kanzleramt. – Vielen Dank.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Herzlichen Dank. – Jetzt folgt Dietmar Woidke aus Brandenburg, und ihm folgt Parsa Marvi aus Baden-Württemberg.

(Beifall)

Dietmar Woidke, *Parteivorstand:*

Liebe Genossinnen und Genossen, erst einmal einen wunderschönen Tag! Liebe Saskia, lieber Lars, herzlichen Glückwunsch zur Wiederwahl! Das ist ein gutes Zeichen – ein gutes Zeichen der Geschlossenheit.

Ich bin heute hier als Mutmacher. Ich bin heute hier als jemand, der euch sagen will: Es geht. Wir haben es in Brandenburg im ersten Halbjahr dieses Jahres geschafft, 6 Prozent Wirtschaftswachstum, vor allen Dingen im verarbeitenden Gewerbe, zu haben. Freunde, es geht!

(Beifall)

Wir haben es wegen guter Rahmenbedingungen geschafft. Und wenn ich die guten Rahmenbedingungen nenne, dann will ich eines dazusagen: Es geht hier nicht um Förderhöhen. Tesla hat bis heute keinen einzigen Cent Förderung von uns erhalten und auch nicht von anderen, weder von EU noch vom Bund. Das will ich hier noch einmal dazusagen, weil es da einen großen Irrglauben gibt.

Aber es gibt andere gute Rahmenbedingungen. Erstens: konsequenter Ausbau erneuerbarer Energien. Das ist heute ein Must-have für Investitionen.

(Beifall)

Zweitens: Geschwindigkeit. „Deutschland-Tempo“ haben wir im Leitantrag stehen. Brandenburg-Tempo ist mindestens genauso schnell, wenn nicht noch schneller. Wir haben es geschafft, eine Automobilfabrik in 861 Tagen hinzustellen, von der Ankündigung bis zum ersten Auto. Wir werden es im nächsten Jahr im Januar schaffen, in 20 Monaten das modernste Bahnwerk in Europa zu bauen. Geschwindigkeit ist keine Hexerei. Es funktioniert.

Drittens – und das ist die wesentlichste Voraussetzung -: ein stabiler, handlungsfähiger Staat. Das sage ich auch deshalb, weil die Diskussionen ja gerade darum laufen, wie stabil und handlungsfähig der Staat sein soll. Ein handlungsfähiger

Staat muss finanzpolitisch handlungsfähig sein. Wir dürfen in dieser Transformation, in der wir mitten in einem Wettbewerb mit anderen Ländern in Europa, aber auch mit großen Industrienationen weltweit sind – China, USA, Großbritannien; was weiß ich, wer noch alles -, nicht mit auf den Rücken gebundenen Händen in diesen Wettbewerb gehen.

Wir brauchen Handlungsfähigkeit, um heute die Industriezukunft von Deutschland zu schreiben. Deswegen gilt immer wieder das alte Motto – auf Parteitagen der SPD schon öfter gesagt -: Einen schwachen Staat können sich nur die Starken leisten. – Deswegen brauchen wir gerade hier ein klares Signal in Handlungsfähigkeit unserer Bundesregierung.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich wünsche diesem Parteitag weiter einen guten Verlauf. Ich wünsche ihm gute Beschlüsse, und ich wünsche mir, dass wir uns vielleicht an dem, was in Brandenburg passiert, insgesamt für Deutschland ein kleines Beispiel nehmen. Das sage ich einmal ganz unbescheiden als Brandenburger, der hier vor euch steht. – Herzlichen Dank. Alles Gute! Glück auf!

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*
Vielen Dank und herzliche Grüße nach Brandenburg. – Jetzt kommen wir zu Parsa Marvi aus Baden-Württemberg. Ihm folgt Timon Gremmels aus Hessen-Nord.

(Beifall)

Parsa Marvi, *Baden-Württemberg:*

Vielen Dank. – Liebe Genossinnen und Genossen! Wir geben in unserem Leitantrag der Digitalpolitik einen wichtigen Stellenwert. Das ist auch gut so, denn die Umsetzung der Digitalisierung bei uns in Deutschland wird entscheidend dafür sein, ob wir ein starkes Zukunftsland bleiben, und sie ist sehr wichtig, weil Digitalpolitik immer mit Gesellschaftspolitik zusammen gedacht werden muss.

Ich darf mich seit zwei Jahren mit weiteren Kolleginnen und Kollegen in der Bundestagsfraktion der Zukunftstechnologie KI widmen, ein Thema, um das es seit einem Jahr einen Riesenhype gibt, ein Thema, das nicht aktueller sein könnte für unsere Debatte hier auf dem Bundesparteitag, weil es in diesen entscheidenden Stunden darum geht, ob die Europäische Union eine Regulierung der Künstlichen Intelligenz als erste Region weltweit hinbekommt.

Im Leitantrag heben wir die großen Potenziale der Digitalisierung und der Künstlichen Intelligenz hervor. KI wird unsere Welt prägen. Sie wird uns im Alltag helfen, bei Gesundheit, Bildung und auch in der Arbeitswelt. Das finden wir als SPD ausdrücklich gut, denn wir waren und wir sind die Partei des technischen Fortschritts. Wir wollen diese Potenziale heben.

Das ist aber nur möglich, wenn wir gleichzeitig – und das ist der Unterschied zu den Konservativen – die Risiken der KI kennen und einen verantwortungsvollen Umgang mit ihr finden. Es geht um Diskriminierung, Überwachung oder Manipulation, der Bürgerinnen und Bürger, Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und Verbraucherinnen und Verbraucher gleichermaßen ausgesetzt sind, bis hin zum Schicksal von unzähligen Clickworkerinnen und Clickworkern, die sich im Dienste von ChatGPT & Co. als menschliche Vorfilter traumatisierende Inhalte anschauen müssen.

Das, was wir wollen, nennt man klassischerweise Risikofolgenabschätzung, und dafür, liebe Genossinnen und Genossen, sind wir doch als Politik verdammt noch mal zuständig und gewählt, nicht passiv an der Seitenlinie zu stehen, sondern zu gestalten. Deshalb sind klare Regeln für KI keine Politik der Angst, sondern eine Politik der Ermöglichung. Wir wollen eine Digitalpolitik, von der alle Menschen in unserem Land profitieren können.

(Beifall)

Was wir jetzt brauchen, ist eine Kennzeichnungspflicht für KI-generierte Inhalte. Was wir brauchen – das ist auch eine Frage der Teilhabe -, ist eine digitale Wissensvermittlung und Kompetenz nicht nur für die ganz Jungen, sondern für breite Teile unserer Gesellschaft. Und was wir jetzt vor allem brauchen, ist endlich die KI-Regulierung in Europa für die Rechte der Bürgerinnen und Bürger gegen die Macht der Big-Tech-Unternehmen. Lasst uns von diesem Parteitag ein wichtiges Signal senden für die, die in Brüssel für uns verhandeln. Wir brauchen jetzt die KI-Regulierung auf europäischer Ebene. – Vielen Dank.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*
Vielen Dank, Parsa. – Jetzt folgt Timon Gremmels aus Hessen-Nord. Ihm folgt Aaron Spielmanns aus Nordrhein-Westfalen.

Timon Gremmels, *Hessen-Nord:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Diese Ampel-Regierung ist besser als ihr Ruf. Ich möchte das an einem Beispiel deutlich machen: Wir stärken den Ausbau der erneuerbaren Energien. Wir haben es mit dem Osterpaket dieser Bundesregierung geschafft, dass wir den Zubau allein im Bereich Photovoltaik von 8 Gigawatt im letzten Jahr auf 12 Gigawatt in diesem Jahr gesteigert haben. Das ist sozialdemokratische Energiepolitik, liebe Genossinnen und Genossen.

Wir haben es zudem geschafft, dem Ausbau der erneuerbaren Energien Vorrang im Planungsrecht einzuräumen, ein großer Erfolg, was eine deutliche Verfahrensbeschleunigung bedeuten wird. Es bleibt aber noch viel zu tun, weil wir eine echte Energiewende wollen, die auch den kleinen Einkommen hilft. Bürgerenergiegenossenschaften stärken. Wir wollen Mieterstrommodelle stärken und Balkon-PV erleichtern. Wir wollen, dass die Energiewende ein Mitmachprojekt ist.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, für die Sozialdemokratie war es schon immer so – und da nenne ich nur Hermann Scheer, den Vorkämpfer sozialdemokratischer Energiepolitik -, dass wir gesagt haben, wir machen das nicht nur wegen des Klimaschutzes, nicht nur wegen der CO2-Reduktion, sondern weil wir darin einen wirtschaftspolitischen Faktor sehen. Wir wollen möglichst viel der Wertschöpfung beim Ausbau der erneuerbaren Energien hier in Deutschland haben. Wir waren es doch, die Menschen in Deutschland, die über die letzten 20 Jahre mit der EEG-Umlage den Ausbau der Erneuerbaren finanziert haben, und jetzt wollen wir ein Stück vom Kuchen hier in Deutschland haben. Wir brauchen möglichst viele Hersteller von Modulen, von Wechselrichtern, von Rotoren in Deutschland. Wertschöpfung hierbehalten!

Deswegen müssen wir die Resilienz stärken. Es muss bei der Vergabe und bei Ausschreibungsmodellen sichergestellt werden, dass ein Teil der Wertschöpfung, der Module aus Deutschland kommt. Wir haben in den ostdeutschen Bundesländern gerade eine wieder aufblühende Solarindustrie. Die wollen wir stärken. Ich lade unsere Koalitionspartner insbesondere von der FDP ein, die Resilienz festzuschreiben. Dann gelingt die Energiewende, und dann ist das ein Stück echte Industriepolitik, wie sie dieser Leitantrag beschreibt. So geht sozialdemokratische Energiewende. – Glückauf, Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*
Jetzt folgt Aaron Spielmanns aus Nordrhein-Westfalen. Ihm folgt Gustav Horn aus Brandenburg.

Aaron Spielmanns, *Nordrhein-Westfalen:*

Vielen lieben Dank. – Guten Tag, liebe Genoss*innen! Meine Großeltern haben nach dem Zweiten Weltkrieg in der Kohle eine gute Arbeit gefunden, mein Opa im Kraftwerk, meine Oma als Kantinenfrau. Mein Vater arbeitete als Elektromechatroniker für unseren Strom. Meine Mutter ist Betriebsrätin im Kraftwerk und vertritt dort die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Über zwei Generationen profitiert meine Familie von starken Gewerkschaften und Betriebsräten in einer starken Industrie. Die Kohle liegt bald im Gestern, aber tarifgebundene Arbeitsplätze mit guten Arbeitsbedingungen sind auch heute und erst recht morgen entscheidend. Dafür müssen wir als Sozialdemokrat*innen als Garant stehen.

Die Transformation des Industriestandorts Deutschland ist eine der Zukunftsherausforderungen, vor der wir stehen. Und unser Rheinisches Revier ist mittendrin. Das Land NRW hat den Kohleausstieg dieses Jahr auf 2030 vorgezogen. Das Rheinische Revier war Energieregion: Kohle, Koks, Briketts. Das Rheinische Revier muss Energieregion bleiben, aber mit Mut und Zuversicht zur Zukunft, mit erneuerbaren Energien, mit Wind, Solar und grünem Wasserstoff. Ich bin optimistisch, dass wir das schaffen. Ich sage es euch ganz ehrlich.

Was mir Sorge macht: Heute haben wir viele gute, qualifizierte, tarifgebundene Arbeitsplätze. 2030 werden wir davon weniger haben. Wind- und Solarparks, Speicheranlagen und Wasserstoffproduktionsstätten brauchen schlicht weniger Personal als Kraftwerke, Veredelung und Tagebaue. Wo finde ich in Zukunft also neue tarifgebundene und gut qualifizierte Arbeit? Diese Frage stellen sich Tausende Arbeitnehmer*innen im Rheinischen Revier und auch in den anderen Revieren. Grüße an die Genossen aus der Lausitz!

Diese Frage müssen wir Sozialdemokrat*innen beantworten. Es braucht neue Arbeitsplätze in neuen, zukunftsweisenden Industrien. Bisher ist die Strukturförderung des Bundes noch sehr stark auf die Bereiche Forschung, Entwicklung und Verkehrsinfrastruktur ausgerichtet. Aus „Innovationen made in Germany“ müssen auch „Unternehmen made in Germany“ werden. So steht es im Leitantrag. Daraus leitet sich ab: Forschung und Entwicklung vor Ort muss Produktion und Vertrieb vor Ort zur Folge haben. Aus klima-, sozial- und wirtschaftspolitischer Verantwortung heraus müssen wir jetzt Wertschöpfungsketten grüner Industrien fördern.

Daher braucht es mit Blick auf den Kohleausstieg 2030 oder 2038 und die anstehenden tiefgreifenden wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen das Strukturstärkungsgesetz, die Möglichkeit, Unternehmen direkt zu fördern, um für grüne und tarifgebundene Arbeitsplätze in allen Revieren in Deutschland zu sorgen.

Für die Reviere sind die Forderungen im Leitantrag zur Umgestaltung des EU-Beihilferechts – Jens Geier, vielen Dank, dass du es eben kurz angesprochen hast – und der Förderrichtlinien des Bundes und der Länder von höchster Bedeutung und müssen umgesetzt werden. Für das Rheinische Revier tickt die Uhr. In sechs Jahren ist Schicht. Olaf sagt, wir werden niemanden alleine lassen. Liebe Genossinnen und Genossen, unser Versprechen an die Reviere muss heißen: Wir werden niemanden ins Bergfreie fallen lassen. – Vielen Dank und Glückauf!

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*
Vielen Dank. – Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben jetzt noch zwei Redner und kommen dann zum Bericht der Antragskommission. Ich sage das, damit ihr euch schon darauf vorbereiten könnt.

Jetzt erhalten noch Gustav Horn aus Brandenburg und Apostolos Tsalastras aus Nordrhein-Westfalen das Wort.

Gustav Horn, *Parteivorstand:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Eine Debatte nähert sich dem Ende, die mich stolz macht; denn wir machen eine Debatte über einen Leitantrag, der eine Antwort darauf enthält, wie wir als Gesellschaft durch diese Zeit der Umbrüche, der Krisen, der Sorgen, der Nöte, des Stresses kommen. Die zentrale Botschaft dieses Antrags ist: Wir kommen durch diese Krise, indem wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, nicht indem wir spalten, hetzen, Einkommensschwache in ihrer Einkommensschwäche noch verstärken, sondern indem wir sagen: Nur wenn wir als Gesellschaft zusammenhalten, werden wir all diese Krisen, all diese Herausforderungen gut bewältigen können.

Und wie wollen wir das machen? Die zentrale Botschaft dieses Antrags ist: Wir wollen aus dem Reichtum weniger Fortschritt für alle machen, indem wir zum Beispiel eine Erhöhung der Erbschaftsteuer für hohe Vermögen fordern, die an die Länder fließt, und wir fordern die Länder auf, dieses Geld zu benutzen, um den Bildungssektor grundlegend nach vorne zu bringen. So wird aus dem Vermögen von wenigen Fortschritt für alle, indem wir das Bildungssystem stärken.

Wir wollen, dass über eine aktive Industriepolitik die Wertschöpfungsketten in Deutschland gehalten werden. Dafür werden wir einen Fonds einrichten, den Deutschland-Fonds. Dieser Deutschland-Fonds wird gespeist werden mit öffentlichem wie privatem Kapital, und der wird die Investitionen in diesem Land voranbringen.

Um all diese Investitionen tatsächlich leisten zu können, müssen wir eben auch über die Schuldenbremse diskutieren, und das haben wir ja heute auch schon ausführlich getan. Die Schuldenbremse ist – verkürzt – die Zukunftsvorsorge auf einen niedrigen Schuldenstand der öffentlichen Hand. Diesen Satz habe ich mir nicht heute ausgedacht, sondern diesen Satz habe ich 2009 mit meinem Kollegen Peter Bofinger geschrieben. Damals bekam man für solche Sätze nicht viel Beifall, auch nicht auf SPD-Parteitagen.

Aber jetzt ist uns mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts gerade diese Verkürzung der Zukunftsvorsorge auf die Füße gefallen. Deshalb müssen wir die Blindheit der Schuldenbremse gegenüber Investitionen heilen und sie für Investitionen öffnen. Wenn wir dann das Gebot wirtschaftlicher Vernunft einhalten und alle konstruktiven Ausgaben des Staates steuerfinanzieren, dann kommt es ihrer Abschaffung gleich. Das heißt, wir müssen die Schuldenbremse überwinden, um tatsächlich die Zukunft in Zusammenhalt einer Gesellschaft zu überwinden, indem wir eben aus dem Vermögen der Wenigen Fortschritt für alle machen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Gustav. – Der letzte Redner in diesem Abschnitt ist Apostolos Tsalastras aus Nordrhein-Westfalen. – Er rennt, wird mir gesagt. Die Frage ist: Von wo? – Okay, er ist in Sichtweite. So, Apostolos, jetzt zeige mal deine Fitness. Wir müssen hier weiterkommen.

Apostolos Tsalastras, *Nordrhein-Westfalen:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Ihr seht mich jetzt ein bisschen außer Atem und auch ein bisschen überrascht, weil mir gesagt wurde, ich bräuchte gar nicht zu reden.

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Nein, das brauchst du auch nicht.

(Heiterkeit)

Apostolos Tsalastras, *Nordrhein-Westfalen:*

Es geht auch ganz schnell. – Ich mache es deswegen auch ganz kurz. Wir haben einen Änderungsantrag zum Transformationsantrag eingereicht, und zwar geht es darum, dass wir sicherstellen wollen, dass sich alle Kommunen in Deutschland an dem Transformationsweg beteiligen können. Daher wollen wir einen Fonds einrichten, um die Investitionen bei allen Kommunen zu ermöglichen, auch bei denen, die aufgrund ihrer finanziellen Lage eigentlich gar nicht die Möglichkeit haben, die Investitionen zu leisten, die notwendig sind, um die Transformation zu gestalten. Das wollten wir ändern und haben den Änderungsantrag eingebracht. Die Antragskommission empfiehlt an der Stelle auch Annahme. Deswegen mache ich es kurz und würde mich freuen, wenn ihr das teilt. – Danke schön.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Stressen wollten wir dich nicht, aber du wolltest ja sprechen.

Ich bedanke mich ganz herzlich für eine wirklich doch recht disziplinierte und sehr schöne Aussprache und gebe jetzt sofort weiter an die liebe Anke.

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Liebe Aydan, ein herzliches Dankeschön auch an dich.

Nach einer so langen Aussprache ist spätestens jetzt der Zeitpunkt gekommen, der Sprecherin der Antragskommission das Wort zu geben. Das ist unsere liebe Doris Ahnen. Sie wird uns jetzt in einem ersten Aufschlag noch mal, wie das üblich ist, einen kleinen Überschlag geben, was die gesamte Arbeit der Antragskommission für unsere gesamten Beratungen des Parteitages angeht. Dann wäre der Verfahrensvorschlag, dass wir uns zunächst einmal alle Änderungsanträge angucken, die den Transformationsantrag, also den Leitantrag im engeren Sinne, betreffen und sie abarbeiten, dass wir darüber dann abstimmen und dass wir danach alle übrigen Anträge aus dem Gesamtkapitel Transformation, Steuern, Wirtschaft und Finanzen sowie den Antrag D28 aufrufen. Dann hätten wir einmal einen gesamten inhaltlichen Komplex noch heute Abend an dieser Stelle abgearbeitet.

Dann wäre der Vorschlag, dass wir danach – nur damit ihr euch ein bisschen darauf einstellen könnt, wer heute wozu

noch etwas sagen will – auf jeden Fall noch versuchen, die Antragsbereiche Verkehr, Digitales, Medien, Kultur, Umwelt, Klima, Verbraucherschutz und Energie heute aufzurufen, weil wir ansonsten in einen echten zeitlichen Verzug kommen, was die Gesamtantragsberatung des Parteitags angeht. Und vielleicht gelingt es uns auch noch, Arbeitsmarkt und Beschäftigung heute Abend aufzurufen. Wenn das nicht mehr der Fall sein wird, wäre das das erste Thema, dass wir dann gegebenenfalls nach dem Grußwort von Yasmin für den Deutschen Gewerkschaftsbund anschließen könnten. Auch das böte sich möglicherweise an. Aber je mehr wir heute wegbekommen, desto besser ist das, glaube ich, für den Gesamtablauf dieses Parteitags.

Das vielleicht noch mal als Überblick über das, was an Antragsberatungen heute und gleich morgen früh gegebenenfalls ansteht. Was inhaltlich dazu zu sagen ist, wird uns jetzt Doris sagen. Liebe Doris, dir gebe ich dazu sehr gerne das Wort.

(Beifall)

BERICHT DER VORSITZENDEN DER ANTRAGSKOMMISSION

Doris Ahnen, *Antragskommission:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Erst mal ganz herzlichen Dank für die tolle Debatte, die wir in den letzten Stunden geführt haben und für das intensive Miteinander-Ringen um die besten Lösungen.

Das steht auch ganz im Mittelpunkt dieses Parteitags. Wir haben mit großen, wichtigen, gewichtigen Leitanträgen einen Plan für die Modernisierung Deutschlands vorgelegt, und den wollen wir heute gerne beschließen. Das umfasst den Antrag „Sozialdemokratische Antworten auf eine Welt im Umbruch“. Es umfasst den eben sehr stark im Mittelpunkt stehende Antrag „Zusammen für ein starkes Deutschland“. Wir haben einen Initiativantrag, der gestern im Parteivorstand beschlossen worden ist und der gestern Abend in der Antragskommission behandelt worden ist, zum Thema Migration. Wir haben den großen Bildungsantrag, und wir haben auch einen organisationspolitischen Antrag. Das ist unser Plan für die Modernisierung Deutschlands, und das ist unser Plan für die SPD.

Wir haben in den letzten beiden Jahren eine breite programmatische Diskussion geführt, die nun in diese Parteitagsberatungen mündet. Ihr erinnert euch sicher alle: Ein wichtiger Meilenstein war der Debattenkonvent im vergangenen Jahr, der diese Beratungen maßgeblich vorbereitet hat. Um euch mal einen Einblick in die Arbeit der Antragskommission zu geben: Bis zum Antragsschluss sind 850 Anträge eingegangen. Ich glaube, das sagt auch etwas über die Arbeit der Antragskommission aus. Wir haben uns jedem einzelnen Antrag gewidmet und haben zu jedem einzelnen Antrag ein entsprechendes Votum vorgelegt. Also nicht nur ihr wart fleißig – die Antragskommission war es auch. Deswegen möchte ich den Mitgliedern der Antragskommission sehr herzlich danken.

(Beifall)

Natürlich spiegelt sich in den Anträgen nicht nur die aktuelle politische Lage wider, sondern auch die Sicht der Partei auf die vergangenen zwei Jahre, seit dem letzten Bundesparteitag. Viele Anträge sind geprägt durch die Arbeit in der Ampel-Koalition. Aber die Antragslage reicht auch darüber hinaus und nimmt schon die Bundestagswahl 2025 klar in den Blick. Richtig ist auch, dass wir die Beratungen nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts und vor dem Hintergrund einer Situation führen, die viele Fragen nach einer gerechten Finanzierung für die kommenden Herausforderungen und die Transformation noch dringlicher stellt. Ich denke, das ist eben in der Debatte deutlich geworden.

Die Herausforderung war und ist, mit der großen Flut an Anträgen angemessen umzugehen, die teilweise sehr breit

angelegt sind, aber teilweise auch sehr detailliert sind. Die Antragskommission hat in zwei sehr intensiven Sitzungen für alle Anträge Empfehlungen erarbeitet. Das war anstrengend und manchmal auch langwierig. Aber ich darf sagen, in den allermeisten Fällen ist es uns gelungen, gute Verständigungen und Kompromisse zu finden.

Wir werden sicherlich auf dem Parteitag an der einen oder anderen Stelle noch mal intensiver diskutieren, aber die Debatte sollte seitens der Antragskommission gut vorstrukturiert sein.

Ein Appell an uns alle: Wir werden nicht jeden dieser 850 Anträge in dieser Intensität beraten können, sondern wir werden uns darauf konzentrieren müssen, die großen und wichtigen Punkte einer Klärung zuzuführen. Vielfach werden Themen angesprochen, wo wir auch empfehlen, dass der Parteivorstand dazu noch mal berät im Hinblick auf das Bundestagswahlprogramm 2025. Wir wollen auch nicht Anträge aufrufen, die zu kleinteilig sind, sondern wir wollen vor allen Dingen über die großen Linien sprechen.

Wenn bei vielen Stellen bei Anträgen „erledigt“ steht, dann will ich noch mal sagen, das heißt nicht erledigt im Sinne von „keiner hat sich damit befasst“, sondern das heißt, all das ist in die Leitanträge eingegangen und wird dort auch aufgenommen oder, wenn es nicht aufgenommen wird, einer Entscheidung zugeführt. Also, all die Arbeit, die ihr gemacht habt, hat uns geholfen, zu dieser guten Antragslage, die wir heute haben, zu kommen. Dafür herzlichen Dank an euch.

Es gibt zahlreiche Anträge, die sich auf Details von Gesetzgebungen und Regierungshandeln beziehen, und die wollen wir deshalb vertrauensvoll in die Hände der Bundestagsfraktion überweisen.

Es gibt auch den einen oder anderen Antrag – das muss man ehrlicherweise sagen , der sich durch Zeitablauf erledigt hat. Das reduziert den Beratungsbedarf ein bisschen.

Insgesamt, glaube ich, werdet ihr mit den Voten gut durch die Antragsberatung kommen, mit Anke, die das routiniert macht, sowieso, liebe Anke.

Zum Schluss noch einmal herzlichen Dank an euch, aber herzlichen Dank vor allen Dingen an all diejenigen, die in der Antragskommission so intensiv mitberaten haben.

(Beifall)

ANTRAGSBERATUNG LEITANTRAG TR01

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Liebe Doris, dir ein herzliches Dankeschön. Wenn ihr jetzt applaudiert, bezieht die Doris und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Willy-Brandt-Hauses bitte direkt mit ein. Das ist ein wirklich großes Antragspaket, das es hier zu Händeln galt. Es ist so gut vorbereitet, dass wir jetzt versuchen, möglichst wenig Durcheinander reinzubringen und, gerade was den Leitantrag angeht, einfach mal gut durchzukommen.

Das wäre auch der Teil, den ich jetzt mit euch zusammen gerne aufrufen möchte, nämlich den Leitantrag, d. h. Tr01. Nur für euch noch mal gesagt: Das sind die Seiten 695 bis 723 des Antragsbuchs.

Dem Grunde nach empfiehlt die Antragskommission Annahme. Es gibt einige kleinere Änderungen, die enthalten sind. Das wird uns Doris gleich noch mal darstellen. Außerdem sind natürlich auch einige mündliche Änderungsanträge

eben in der intensiven Debatte vorgetragen worden. Die sind dann wiederum schriftlich bei der Antragskommission eingereicht worden und sind durch die Antragskommission votiert worden. Wie das Votum dazu ausfällt, auch das wird Doris gleich noch mal vorstellen. Das bedeutet, bei den Anträgen, wo Annahme empfohlen ist, werden wir es ohnehin mit aufnehmen, sodass wir dann nur noch separat über die Änderungsanträge, die jetzt mündlich vorgetragen worden sind, bei denen auf Ablehnung oder Überweisung votiert worden ist, noch mal eine Einzelaufrufung haben werden. Wenn wir das hinter uns gebracht hat, können wir einmal noch über den Leitantrag mit den übernommenen Änderungen abstimmen, und dann hätten wir ihn auch. Das wäre der Vorschlag, wie wir jetzt mit den Änderungsanträgen und der Gesamtaussprache umgehen.

Doris wird uns jetzt noch mal im Einzelnen dazu vortragen. Ich kann auch noch ein bisschen reden, wenn ihr da hinten noch etwas Zeit braucht, und nutze vielleicht die Zeit, um die Vorstandsvorsitzende von DB Cargo zu begrüßen. Liebe Sigrid Nikutta, ein herzliches Willkommen!

(Beifall)

Schön, dass du da bist. Ich sehe gerade, sie ist schon intensiv mit den Gewerkschaften im Gespräch, mit dem Martin. Da kann etwas Gutes bei herauskommen. Wir wünschen euch viel Erfolg. Und denn der DGB nebendran sitzt, dann wird das schon funktionieren.

Liebe Doris, wenn du bereit bist, wäre es jetzt an dir.

Doris Ahnen, *Antragskommission:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Mit der Beratung des Leitantrags Tr01, also unserem großen Transformationsantrag „Zusammen für ein starkes Deutschland“, besprechen wir sicherlich ein zentrales Thema des Parteitags und treffen damit programmatische Entscheidungen, die wegweisend sind. Angesichts der zahlreichen Herausforderungen, die uns zurzeit beschäftigen, ist es aus unserer Sicht erst recht an der Zeit, zu zeigen, in welche Richtung wir gehen wollen: Hin zu mehr Klimagerechtigkeit, hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit, hin zu gesellschaftlichem, digitalem und technischem Fortschritt.

Die Antragskommission hat sich sehr ausführlich mit wichtigen Aspekten des Leitantrags befasst und sie intensiv beraten. Zentrales Thema waren dabei auch – das ist ja auch eben in der Debatte deutlich geworden – die Aspekte der Heranziehung sehr großer Einkommen und Vermögen sowie die Ausgestaltung von Reformen der Schuldenbremse. Wir schlagen euch – die findet ihr noch nicht im Antragsbuch – deshalb eine Ergänzung vor, nämlich den Leitantrag in Zeile 1057 um einem Satz zu ergänzen, in dem wir noch mal explizit auf unsere bisherige Beschlusslage zur Vermögensbesteuerung verweisen. Ich darf euch den Satz vorlesen:

„Darüber hinaus haben wir bereits auf dem Bundesparteitag 2019 beschlossen, dass wir in einer Revitalisierung der Vermögensteuer ein adäquates Instrument sehen, mit dem einem weiteren Anwachsen der Vermögenskonzentration entgegengewirkt werden kann. Dieser Beschluss gilt.“

Es war sehr vielen sehr wichtig, dass unsere Beschlusslage zur Vermögensteuer noch mal in den Antrag mit aufgenommen wird, und deswegen wollen wir das jetzt auch explizit tun. Ich glaube, das nimmt die Ergebnisse der Debatte an dieser Stelle gut auf. Ich würde mich sehr freuen, wenn das eure Unterstützung findet.

Im Übrigen empfiehlt die Antragskommission, einige Änderungen im Leitantrag vorzunehmen. Sie betreffen Ökosysteme und Naturschutzflächen, zu denen Änderungsanträge eingegangen sind, sie betreffen europäisches Beihilferecht, sie

betreffen die Stärkung der Wissenschaft, sie betreffen das Thema Brückenstrompreis und das Thema Mitbestimmung. Wir haben auch zum Thema Mindestlohn und Tarifbindung noch vor wenigen Minuten einen guten Formulierungsvorschlag erarbeitet. Auch der soll so aufgenommen werden und nimmt, glaube ich, vieles aus der Debatte auf.

In der Debatte, die wir eben geführt haben, ist eine Reihe von einzelnen Anträgen eingebracht worden und uns vorgelegt worden. Ich sage einmal vorweg: Ob wir das alles ganz vollständig haben, das müsst ihr jetzt auch noch mal ein Stück weit überprüfen. Ich kann euch einmal das vorstellen, was bei uns eingegangen ist, und auch gleich das Votum dazu sagen. Soll ich das jetzt komplett machen oder einzeln, Anke? Das müsstest du jetzt noch mal vom Verlauf her sagen.

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Ich würde sagen, du machst es jetzt einmal komplett. Bei den Anträgen, die ihr zur Annahme empfohlen habt, werden wir noch einmal grundsätzlich über die Annahme abstimmen, ob jemand dagegen ist. Bei den Anträgen, für die Ablehnung empfohlen worden ist, da werden wir noch mal über das Votum der Antragskommission bei jedem einzelnen Antrag abstimmen.

Doris Ahnen, *Antragskommission:*

Es gibt den Wunsch einer Ergänzung in der Zeile 416, um das noch mal etwas stärker zu betonen. Ich lese euch den Satz vor:

„Schon lange investieren Unternehmen auch der öffentlichen Daseinsvorsorge in eine effizientere Nutzung von Ressourcen, in Recycling- und Aufbereitungsanlagen und in innovative Verfahren zu chemischem und stofflichem Recycling."

Delara war es sehr wichtig, dass dieser Aspekt einer effizienteren Nutzung von Ressourcen noch einmal erwähnt wird, und das würden wir auch so übernehmen wollen.

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Gibt es dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das in der Fassung geändert.

Doris Ahnen, *Antragskommission:*

Dann hat es in der Debatte auch Änderungsanträge zum Thema Schuldenbremse gegeben. Das würde ich jetzt mal einen Moment ausklammern, weil Kevin gleich noch mal dazu sprechen wird und versuchen wird, die Debatte mit einer Ergänzung zusammenzufassen. Das klammere ich jetzt einmal explizit aus.

Dann hatte ich bereits gesagt, dass zum Thema Mindestlohn noch mal gearbeitet worden ist. Wir wollen euch vorschlagen, den Text in der Zeile 588 durch einen neuen Text zu ersetzen, den ich euch jetzt kurz vortragen würde:

„Wir wollen in einem gemeinsamen Verfahren unter Einbeziehung der Gewerkschaften, der AfA, der Bundestagsfraktion und des Bundesarbeitsministers Vorschläge entwickeln, wie das Ziel eines angemessenen Mindestschutzes der Beschäftigten durch die Empfehlung der Mindestlohnkommission besser erreicht werden kann. Im Ergebnis soll das in

einen Mechanismus münden, der zu einer deutlichen Erhöhung des Mindestlohns führt. Die Empfehlungen der EU-Mindestlohnrichtlinie sind dabei eine wichtige Grundlage. Zu einem Gesamtkonzept für gerechtere Bezahlung der breiten Arbeitnehmerschaft gehören auch weitere Maßnahmen zur Stärkung der Tarifbindung wie eine leichtere Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen."

Der Text ist erarbeitet worden und eben in der Debatte auch schon explizit begrüßt worden. Aber natürlich, liebe Anke, musst du darüber abstimmen lassen.

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Gibt es Widerspruch, dass wir diese Version in den Leitantrag aufnehmen wollen? – Das ist nicht der Fall. Dann nehmen wir es mit auf und nehmen es an.

Doris Ahnen, *Antragskommission:*

Es gab dann einen weiteren Formulierungsvorschlag zur Vermögensteuer aus Bayern. Ich habe euch eben den Vorschlag vorgelesen, den wir in den Antragstext übernehmen wollen. Damit würde sich der bayerische Antrag erledigen bzw. wir müssten ihn ablehnen, wenn er überhaupt noch gestellt wird.

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Genau. Das Votum der Antragskommission lautet Ablehnung. Aber ich muss der Geschäftsordnung wegen darauf hinweisen. Ich weiß, du hast den Antrag eben begründet. Es gibt jetzt keine neuerliche Debatte zu den Voten der Antragskommission. Man kann nur erklären, ob man seinen eigenen Antrag zurückzieht oder ob man ihn aufrechterhält, und wenn man ihn aufrechterhält, werde ich jetzt über das Votum der Antragskommission abstimmen lassen.

(Zurufe)

- Das hat die Antragskommission in ihren Erwägungen einbezogen.

Doris Ahnen, *Antragskommission:*

Die Antragskommission hat die gesamte Debatte verfolgt. Wir haben heute Morgen auch noch mal im Kreise der Regionalverbände und der Landesverbände darüber gesprochen. Unser Vorschlag ist der, den ich eben vorgetragen habe, nämlich noch mal explizit auf die Beschlusslage zur Vermögensteuer aus 2019 zu verweisen. Ich lese es noch mal vor:

„Darüber hinaus haben wir bereits auf dem Bundesparteitag 2019 beschlossen, dass wir in einer Revitalisierung der Vermögensteuer ein adäquates Instrument sehen, mit dem einem weiteren Anwachsen der Vermögenskonzentration entgegengewirkt werden kann. Dieser Beschluss gilt".

Unser Vorschlag lautet, diesen Text in den Antrag aufzunehmen. Damit wird das Thema der Besteuerung von höherem Vermögen noch mal stärker in dem Antrag betont. Das ist unser Vorschlag, über den wir dann abzustimmen bitten.

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Die Antragstellerin hat gerade eben noch mal erläutert, dass sie das unterstützt und ihr Anliegen damit auch berücksichtigt sei, sodass jetzt im Grunde genommen nur noch der Satz 2 strittig zur Abstimmung stünde, der da lautet: „Zur Finanzierung der Transformation führen wir eine Vermögensteuer für Menschen mit einem Vermögen von 1 Milliarde und mehr ein."

Ich vermute mal, Doris, dass das Votum Ablehnung lautet.

Doris Ahnen, *Antragskommission:*

Der widerspricht unserer Antragslage von damals. Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns unsere Debatten auch ernst nehmen. Über diese Vermögensteuerfrage haben wir auf einem Parteitag intensiv diskutiert. Wir haben dort ein Konzept verabschiedet, und ich schlage heute vor, auf dieses Konzept noch mal explizit Bezug zu nehmen. Da kann man jetzt nicht einzelne Punkte noch mal zur Abstimmung stellen, die dem teilweise auch noch widersprechen.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Alles gut. Ich glaube, wir haben es jetzt in der Sache geklärt. Bei Satz 1 ist sie damit einverstanden. Bei Satz 2 war es ihr noch mal wichtig, darauf hinzuweisen, dass es um den Antragsteil geht, der noch strittig ist. Wir haben die Begründung der Antragskommission gehört, warum sie, auch was den Satz 2 angeht, auf Ablehnung plädiert, damit auch wirklich klar ist, worüber jetzt hier im Plenum entschieden wird. So habe ich das Anliegen verstanden. Damit sind wir zumindest mal zwischen Präsidium und Antragstellerin klar, und jetzt müssen wir einfach eine Abstimmung darüber herbeiführen. Das will ich jetzt gerne tun, indem ich euch vorschlage, darüber abzustimmen, wie über das Votum der Antragskommission an dieser Stelle votiert wird.

Die Antragskommission votiert für den Satz 2 weiterhin auf Ablehnung. Wer diesem Votum folgen möchte, den bitte ich jetzt um ein Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen gegen das Votum der Antragskommission?

(Zuruf)

- Das mag aus dem Block dort hinten so aussehen.

Gibt es Enthaltungen? – Bei einer Reihe von Gegenstimmen ist trotzdem mit Mehrheit dem Votum der Antragskommission gefolgt. Vielen Dank dafür.

Doris, machst du weiter?

Doris Ahnen, *Antragskommission:*

Dann gab es einen Antrag der SPD-Frauen, der noch mal die Perspektive von Frauen im Transformationsprozess betont. Ich darf kurz vorlesen:

„Wir stellen zudem sicher, dass die Perspektiven von Frauen konkret berücksichtigt werden. Mit einer geschlechtergerechten Transformationsfolgenabschätzung können Entscheidungen über Innovationen, Investitionen und Subventionen so justiert werden, dass keine arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Fehlanreize zu Lasten weiblicher Beschäftigung und der Repräsentanz von Frauen getroffen werden. So schaffen wir bessere strukturelle Voraussetzungen für Geschlechtergerechtigkeit."

Wir empfehlen Annahme.

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Regt sich dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so in den Text aufgenommen.

Doris Ahnen, *Antragskommission:*

Es gibt dann einen Antrag aus Berlin, der da lautet:

„Um die Lebensgrundlage zukünftiger Generationen zu erhalten, müssen wir bis deutlich vor 2045 klimaneutral wirtschaften und leben."

Die Empfehlung der Antragskommission lautet Ablehnung. Nicht, weil wir uns nicht ehrgeizige Ziele setzen sollten, aber weil wir uns auch schon sehr ehrgeizige Ziele gesetzt haben, an denen wir mit aller Konsequenz arbeiten, und jetzt an dieser Stelle nicht ein neues Ziel verankern, sondern unsere ganze Kraft darauf konzentrieren wollen, die gesetzten Ziele zu erreichen.

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Das Votum der Antragskommission lautet Ablehnung. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um sein Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen, wenigen – aber deutlich weniger – Gegenstimmen ist dem Votum der Antragskommission gefolgt. Danke schön.

Doris Ahnen, *Antragskommission:*

Es gibt dann noch mal einen Antrag zum Thema Vermögen, der, glaube ich, von Tim Klüssendorf eingebracht worden ist, wo noch mal das Thema Vermögen verstärkt adressiert werden soll. Auch hier votieren wir auf Ablehnung aus denselben Gründen wie eben, weil wir beim Thema Besteuerung von Vermögen jetzt ein guten Kompromiss gefunden haben.

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Es geht um die einmalige Vermögensabgabe. Damit wir wissen, worüber wir abstimmen, sei das an dieser Stelle der Fairness halber noch mal erwähnt. Das Votum der Antragskommission lautet Ablehnung. Wer dem Votum folgen möch-

te, den bitte ich jetzt auch um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen gegen das Votum der Antragskommission?

(Zurufe)

Gibt es Gegenstimmen gegen das Votum der Antragskommission?

(Jubel im Zuschauerraum)

Gibt es Enthaltungen? – Einige ganz wenige. Das Votum der Antragskommission ist nach meinem Dafürhalten abgelehnt.

(Beifall)

Wir können noch mal eine Probeabstimmung machen, damit jetzt alle von hier oben draufgucken. Ist das okay für euch? – Doch, wir machen es noch einmal. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, der möge jetzt das Kartenzeichen geben. – Gegenstimmen? – Das ist eigentlich klar.

(Beifall)

Doris Ahnen, *Antragskommission:*

Es gibt dann einen Antrag aus Berlin. Da geht es noch mal um das Thema progressive Familienpolitik. Die Zeilen 918 bis 925 sollen ersetzt werden, wo das Thema soll noch mal stärker adressiert werden soll:

„Wir setzen uns ein für eine progressive Familienpolitik. Hierbei sollen auch der Wandel der Wirtschaft und die technologischen Fortschritte genutzt werden, um flächendeckend flexiblere Arbeitszeitmodelle einzuführen, die Familien zugutekommen, insbesondere alleinerziehenden Erwerbstätigen, die überwiegend Frauen sind. Unsere familienpolitischen Ansätze müssen die strukturellen Hürden für eine paritätische Aufgabenteilung in Beruf und Familie abbauen und dazu führen, dass Sorgearbeit deutlich gerechter verteilt wird. Mit dem Elterngeld setzen wir stärkere Anreize für Väter, zu einem früheren Zeitpunkt gleichberechtigt Verantwortung zu übernehmen ohne Familienwahlmöglichkeiten mittels des 6+6+6-Modells und einer Dynamisierung des Elterngeldes. Mit der Kindergrundsicherung werden wir nicht nur unsere Kinder besser vor Armut schützen, sondern Eltern durch eine einfachere und digitale Beantragung von Bürokratie entlasten und zudem sicherstellen, dass Alleinerziehende keine Schlechterstellung erfahren.“

Da votieren wir auf Annahme.

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Gibt es dazu Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so übernommen.

(Beifall)

Doris, es kam gerade der Wunsch, dass du die Zeile jeweils mitnennst.

Doris Ahnen, *Antragskommission:*

Soweit ich sie habe, werde ich das gerne tun.

Es gibt noch einen Antrag aus Berlin. In Zeile 90 steht der Satz:

„Wer immer noch glaubt, dass der Markt alles regelt, schaut nicht genau hin oder ignoriert die Realität. Der Drang zur kurzfristigen Profitmaximierung steht notwendigen langfristigen Veränderungsprozessen im Weg.

Der Satz steht da schon. Da soll dann angefügt werden:

„Wir werden die Gewinninflation stärker unterbinden, beispielsweise durch preisrechtliche Eingriffe wie der gesetzlichen Kappung von Preisen."

Es schien uns nicht sehr klar definiert, was da gemeint ist. Deswegen ist das an dieser Stelle auch verzichtbar. Deswegen waren wir dort für Ablehnung.

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Ablehnung ist das Votum der Antragskommission. Wer dem Votum folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen wenigen Enthaltungen und bei ein paar mehr Gegenstimmen ist trotzdem dem Votum der Antragskommission gefolgt. Vielen Dank.

Doris Ahnen, *Antragskommission:*

Dann gab es noch einen Antrag aus Berlin, dass wir ein neues Grundsatzprogramm erarbeiten. Die Formulierung wäre:

„Als Partei entwickeln wir programmatische Antworten über die Legislaturperiode hinaus, Antworten, damit Deutschland auch in Zukunft ein starkes Land bleibt, in dem die Bürgerinnen und Bürger ein selbstbestimmtes Leben führen können."

Wir schlagen Überweisung an den PV vor, denn der PV muss sich ein Arbeitsprogramm geben, und er muss gucken, wo solche grundsätzlichen Debatten aufgenommen und dann auch sinnvoll strukturiert werden können. Deswegen Überweisung an PV.

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Ich habe den Landesvorsitzenden klatschen gesehen und deutete das als Zeichen dafür, dass ihr damit einverstanden seid. – Gut, dann haben wir an dieser Stelle einen Überweisungsauftrag.

Doris Ahnen, *Antragskommission:*

Dann gibt es noch einen Antrag aus Berlin.

(Jubel im Zuschauerraum)

Ja, die Berliner waren fleißig. Aber ich habe gehört, die haben ihre Anträge von 50 auf ungefähr ein Drittel davon reduziert. Das ist dann ja auch schon eine Leistung. Dafür herzlichen Dank.

Es gibt noch weitere Anträge zum Thema sozialer Ausgleich bei Klimaschutzkosten. Unter anderem soll eingefügt werden:

„Die Kosten der notwendigen Klimaschutzinvestitionen dürfen nicht überwiegend auf die Mieter*innen und Verbraucher*innen abgewälzt werden."

Es steht schon sehr viel im Text zum Thema soziale Abfederung. Der Text ging auch noch weiter:

„Stattdessen sind insbesondere Konzerngewinne mit heranzuziehen."

Es steht schon sehr viel zum Thema soziale Abfederung des Transformationsprozesses in dem Antrag. Wir wollten jetzt nicht noch eine Reihe von weiteren Punkten anführen, und deswegen votieren wir auf Ablehnung.

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Wer möchte dem Votum der Antragskommission folgen, was diesen Punkt angeht? -Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist das Votum der Antragskommission mit Mehrheit bestätigt.

Doris Ahnen, *Antragskommission:*

Das gilt dann auch noch einmal für die nächste Ergänzung. Wie gesagt, wir haben bereits sehr viel zu dem Thema „Soziale Abfederung" da drinstehen. Jetzt soll noch einmal eine Ergänzung vorgenommen werden:

Von den hohen Energiepreisen ist aber nicht nur die Industrie betroffen, sondern auch die privaten Haushalte, soziale Einrichtungen oder etwa das Gesundheitswesen. Daher setzen wir uns für die Verlängerung der staatlichen Energiepreisbremsen ein. Außerdem fordern wir die schnelle Einführung des geplanten Klimageldes, um die steigenden Energiekosten sozial auszugleichen.

Auch da wollten wir jetzt auf solch konkrete Festlegungen in diesem Antrag verzichten und empfehlen an dieser Stelle „Ablehnung".

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Wer möchte diesem Votum folgen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist mit Mehrheit dem Votum der Antragskommission entsprochen.

Doris Ahnen, *Antragskommission:*

Dann gab es einen weiteren Antrag zum Thema „Abschaffung der umstrittenen Modernisierungsumlage“. Wir fordern die Abschaffung der umstrittenen Modernisierungsumlage. Da gibt es aber eine Beschlusslage in der Partei, die heißt: Wir wollen eine Absenkung. Ich glaube, wir wären alle froh, wenn wir das erreichen würden. Insofern bitten wir auch da, bei dem Votum zu bleiben und diesen Antrag abzulehnen.

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Wer möchte dem Votum folgen? – Danke. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist mehrheitlich dem Antragskommissionsvotum gefolgt.

Wir sind auf der Zielgeraden. Doris, ich wollte dich ein bisschen motivieren.

Doris Ahnen, *Antragskommission:*

Wir haben noch einen Antrag, der sich auch auf das Thema „Mietrecht“ bezieht. Da wird gefordert, nach dem Satz „Wir wollen ein preisgedämpftes kommunales Vorkaufsrecht für Immobilien schaffen“ den Satz anzufügen: Im Bundesrecht wollen wir mit Öffnungsklauseln den Ländern die Möglichkeit geben, die Mieten und Preise stärker zu begrenzen.

Hier bitten wir darum, dass an die Bundestagsfraktion zu überweisen und noch einmal ausführlich zu prüfen und zu überlegen, auf welchem Weg man die dort genannten Ziele erreichen kann. – „Überweisung an die Bundestagsfraktion“.

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Der Antragsteller ist damit einverstanden. Damit wäre der Antrag auch erledigt.

Doris Ahnen, *Antragskommission:*

Dann gibt es noch eine redaktionelle Änderung, auch aus Berlin. Wir haben irgendwo im Text mal geschrieben: „Gemeinsam mit Unternehmen und Gewerkschaften werden wir dafür sorgen, dass nachhaltiger Wohlstand hier entsteht und allen zugutekommt.“ Da gibt es die Bitte aus Berlin, das umzudrehen: „Gewerkschaften und Unternehmen“. Das schlagen wir vor, anzunehmen.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Dann stimmen wir jetzt auch noch über dieses Votum ab. Wer dafür ist, dass wir erst „Gewerkschaften“ und dann „Unternehmen“ sagen, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Nicht der Fall. Zur Freude der DGB-Vorsitzenden angenommen.

Doris Ahnen, *Antragskommission:*

Ich bin nicht ganz durch, weil, während wir hier stehen, weitere Änderungsanträge hineinkommen. Es gibt jetzt noch einen Antrag, nach der Zeile 1144 einzufügen:

Wir wollen die Investitionsfähigkeit der Kommunen stärken, damit in allen Teilen des Landes öffentliche Investitionen zum Erhalt der Infrastruktur und für eine gelingende Transformation möglich werden. Insbesondere Kommunen im Strukturwandel brauchen finanzielle Unterstützung, um diese Zukunftsaufgabe leisten zu können. Wir schaffen ein unbürokratisches Fördersystem für kommunale Investitionen in Infrastruktur und Transformation, das auch finanzschwachen Kommunen den Transformationsprozess ermöglicht.

Da empfehlen wir „Annahme".

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Wer möchte dem Votum der Antragskommission folgen? – Gibt es Gegenstimmen? – Eine Gegenstimme. Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser Absatz ergänzt.

Doris Ahnen, *Antragskommission:*

Dann habe ich fürs Erste hier meinen Job gemacht. Kevin würde jetzt noch zu dem einen Punkt, wie angekündigt, Stellung nehmen.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Wunderbar. Vielen Dank, Doris. – Kevin hat das Wort.

Kevin Kühnert, *Generalsekretär:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Zum Abschluss dieser ausgiebigen Änderungsantragsdiskussion jetzt noch eine weitere – würde ich sagen – sehr gute Nachricht: Viele haben das mitbekommen. Hier hat es den ganzen Tag über am Rande und mittendrin immer wieder Gespräche über die konkrete Formulierung am Ende zum Thema Schuldenregel und dem künftigen Umgang damit gegeben. Ich darf an dieser Stelle sagen und mich auch herzlich bedanken, dass wir im Einvernehmen und im Austausch mit ganz vielen Beteiligten – auf der einen Seite mit Philipp als neugewählten Juso-Vorsitzenden und den Jusos dahinter, auf der anderen Seite aber auch mit Rolf als unserem Fraktionsvorsitzenden und Dennis als haushaltspolitischer Sprecher, mit den Vertreterinnen und Vertretern aus der Kommission Steuern und Finanzen, die wir ja letztes Jahr eingerichtet hatten, nachdem das alles schon mal Thema auf unserem Parteikonvent gewesen ist – zu einer gemeinsamen Formulierung gekommen sind, die ich euch gerne vortragen möchte. Wir haben ja längere Ausführungen zur Schuldenbremse schon jetzt ab den Zeilen 1153 in diesem Antragsdokument drin. Ich gehe jetzt noch einmal in den Absatz ab 1162 hinein. Ich lese ihn im Kontext vor, damit auch alle verstehen, was wir da jetzt eigentlich genau beschließen und nenne deutlich an der Stelle, wo wir einen Satz einfügen werden. Ab Zeile 1162 heißt es im Moment:

„In Zeiten der Transformation spiegelt die Schuldenbremse in ihrer heutigen Ausgestaltung nicht mehr die wirtschaftlichen Realitäten wider. Der Spielraum der Neuverschuldung wird in Abhängigkeit von der ‚Normallage' bestimmt, einem wirtschaftlichen Zustand, der aktuell kaum bestimmbar ist."

Jetzt folgt die geeinte Einfügung zwischen all den eben genannten Akteuren. Sie lautet:

„Starre Begrenzungen der Kreditaufnahme von Bund und Ländern, wie wir sie derzeit in den Verfassungen vorfinden, lehnen wir ab. Sie verhindern Investitionen und beeinträchtigen die Handlungsfähigkeit des Staates."

Einfügung Ende. – Dann geht es weiter:

„Um das zu ändern, bedarf es einer Grundgesetzänderung und entsprechender politischer Mehrheiten, für die wir weiterhin werben."

Liebe Genossinnen und Genossen, das ist ein ganz wichtiges Zeichen von diesem Parteitag, –

(Beifall)

- dass in einer zentralen Diskussion dieser Tage, in einer Diskussion, die wir nicht um uns selber kreisend auf dem SPD-Parteitag führen, sondern in Zeiten, wo auf Grundlage des Karlsruher Urteils von vor wenigen Wochen reale Debatten darüber stattfinden, ob sich hier in den nächsten Wochen, Monaten, vielleicht wenigen Jahren Möglichkeitsfenster ergeben, etwas zu tun, was auf Parteitagen manch anderer Partei mit Schimpf und Schande verlacht worden ist und wo nun zumindest von denjenigen, die bei sich vor Ort Verantwortung tragen, anders darüber gesprochen wird. Unser Anspruch ist, dass es mit diesem Antrag wie mit dem Sozialstaatskonzept der SPD vor vier Jahren läuft, dass wir uns hier gemeinsam nach schwieriger, aber konstruktiver Debatte auf eine Position geeinigt haben, die schon kurz darauf dann die gemeinsame Position von vielen in der politischen Landschaft war und beschlossen wurde. Wenn wir das so auch mit der Schuldenregel und ihrer Weiterentwicklung schaffen, dann haben wir für den Transformationsprozess in Deutschland richtig etwas gerissen. – Danke an alle, die das bis hierhin möglich gemacht haben.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Kevin. – Doris, ich mache das mal von hier aus. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme dessen, was Kevin gerade als neue Formulierung zur Einfügung vorgetragen hat. Das wäre jetzt auch das Votum, über das wir abstimmen würden: „Annahme dieser Ergänzung", wie von Kevin vorgetragen.

Wer dem folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Dann haben wir das jetzt auf diesem Parteitag so einstimmig beschlossen.

(Starker Beifall)

Dann ist es mir jetzt eine Freude, nachdem wir jetzt eine ganze Reihe von Abänderungsanträgen aufgerufen haben, den jetzt so geänderten Leitantrag noch zur Schlussabstimmung aufzurufen. Dafür bitte ich euch jetzt auch um das Kartenzeichen. Wer diesen Leitantrag in der jetzt aktuell geänderten Fassung annehmen möchte, der hebe bitte seine Karte. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Auch das ist nicht der Fall. Damit haben wir den Leitantrag einstimmig angenommen. Ganz herzlichen Dank dafür.

(Beifall)

Antragsberatung weiterer Anträge zu Transformation zusammen mit dem Antragsbereich „Steuern, Finanzen, Wirtschaft“, sowie dem Antrag D28

Wir haben aber noch ein paar andere Anträge aus diesem Antragsbereich. Die will ich jetzt auch gerne aufrufen. Das sind die verbliebenen Anträge aus dem Bereich „Transformation“ zusammen mit dem Antragsbereich „Steuern, Finanzen, Wirtschaft“ sowie dem Antrag D28. Um das noch einmal genau zu sagen: Damit sind umfasst die Anträge Tr02 bis Tr04 – die befinden sich auf den Seiten 723 bis 744 im Antragsbuch , die Anträge aus „Steuern, Finanzen, Wirtschaft“ 01 bis 04, auf den Seiten 615 bis 659 befindlich, und schließlich D28, Seite 251 bis 255 im Antragsbuch. Die gerade jetzt eben aufgerufenen Anträge sollen, wie im Antragsbuch empfohlen, beschlossen werden.

Formal bestünde jetzt die Möglichkeit, sich noch einmal zu Wort zu melden. Bevor ich dazu noch einmal der Doris gegebenenfalls das Wort gebe, frage ich aber erst noch einmal, weil die Anträge jetzt noch nicht explizit aufgerufen waren, aber vielleicht eben in der Gesamtaussprache schon mit angesprochen worden sind, ob es diesen Wunsch gibt. – Das ist erst einmal nicht der Fall.

Doris hat insofern noch eine Ergänzung zu machen. Dann können wir auch dort zur Abstimmung schreiten.

Doris Ahnen, *Antragskommission:*

Ich habe gar keine Ergänzung zu machen, sondern ich will eines tun: Ich will auf einen besonderen Antrag in diesem Antragsblock hinweisen, den man dort vielleicht so nicht vermutet. Das ist der Antrag D28, nämlich Kultur in der Transformation. Dieser Antrag wird ausdrücklich zur Annahme empfohlen. Ich erwähne den Antrag deswegen, weil wir viel zu oft Transformation als eine rein technische Aufgabe betrachten. Es geht doch in Wahrheit darum, auch die Kreativität und die Leidenschaft zu entfesseln, die es braucht, um die Zukunft anders zu gestalten. In den Künsten finden sich die Geschichten und die Zuversicht, dass das letztlich auch gelingen kann. Das wollte uns das Kulturforum mit auf den Weg geben. Carsten Brosda kann heute leider nicht hier sein. Deswegen ist es mir aber wichtig, darauf hinzuweisen, dass dieser Antrag vom Kulturforum ist. Er betont die Grundzüge der kulturellen Dimension unserer Transformationspolitik und hat das in einem Antrag gebündelt. Der Parteivorstand hat diesen Text sehr, sehr gerne aufgegriffen. Er will damit auch dem Kulturforum Rückenwind geben, weil wir auch in Zukunft gute Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner bei Kulturschaffenden und Künstlerinnen und Künstlern sein wollen, auch bei solch zentralen Fragen wie der Transformation. Einen herzlichen Dank an das Kulturforum!

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Doris. – Das zeigt, wir sehen den Transformationsbegriff umfassend.

Wenn es dann jetzt sonst nichts mehr dazu gibt, können wir für den Antragsbereich zur abschließenden Abstimmung kommen. Wer also dem Votum der Antragskommission, wie es im Antragsbuch auch steht, folgen möchte, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit sind auch diese Anträge einstimmig so angenommen. Ganz herzlichen Dank. Wunderbar. Ich denke, das haben wir gut hinbekommen.

Der Abwechslung halber kommen wir jetzt einmal von den Antragsberatungen wieder zu den Personalangelegenheiten. Dazu gebe ich Aydan das Wort. Vielen Dank.

VORSTELLUNGSREDEN DER KANDIDIERENDEN ZUR WAHL DER/DES STELLVERTRETENDEN PARTEIVORSITZENDEN

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Anke. – Liebe Genossinnen und Genossen, einmal ganz tief ein- und wieder ausatmen. Gymnastische Übungen gibt es jetzt nicht. Wir kommen zur Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden, die für uns auch sehr wichtig sind. Die dürfen sich jetzt jeweils in fünf Minuten vorstellen. Anschließend werden wir dann zur Wahl kommen.

Dann können wir auch direkt starten. Es beginnt Klara Geywitz.

(Beifall)

Klara Geywitz, *Kandidatin zur Wahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte mich erst einmal für dieses einstimmige Votum zum Transformationsantrag bedanken. Ich glaube, das ist ein starkes Zeichen dieses Parteitages, dass die Sozialdemokratie in den Kommunen, in den Ländern und im Bund einstimmig sagt: Wir wollen dieses Land gestalten, wir wollen dieses Land nicht nur verwalten, sondern wir brauchen für die Zukunftsinvestitionen auch Geld, damit Transformation gelingen kann.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich werbe heute hier für eure Unterstützung für meine Kandidatur als stellvertretende Parteivorsitzende. Aber ich werbe auch für meinen Landesverband Brandenburg, ich werbe für den Landesverband Thüringen, ich werbe für den Landesverband Sachsen, die euch alle im nächsten Jahr brauchen.

(Beifall)

Das nächste Jahr ist ein ganz entscheidendes. Es ist noch nie einfach gewesen, als Sozialdemokrat in Ostdeutschland Politik zu machen, und zwar nicht, weil wir schwach sind, sondern weil wir wenige sind. Das hat – ihr kennt das alle – historische Ursachen. Aber lasst euch nicht von außen einreden, dass die ostdeutsche Sozialdemokratie schwach ist. Das ist falsch. Wir haben zwei Ministerpräsidenten. Wir sind an fünf Landesregierungen beteiligt – an sechs, wenn man die Berliner mitnimmt. Wir haben seit über 30 Jahren dieses Land, dieses Ostdeutschland gestaltet.

(Beifall)

Im nächsten Jahr brauchen wir jede Hilfe von euch, die wir bekommen können, und zwar zum einen, weil wir natürlich nicht so viele sind, wie wir in Westdeutschland sind, als Genossinnen und Genossen, und zum anderen, weil das einen hammerharten Wahlkampf gegen die Leute von der AfD geben wird, die Ostdeutschland – erst Ostdeutschland und dann die ganze Republik – verändern wollen. Wir müssen ein ganz klares Stoppzeichen setzen.

(Beifall)

Dazu brauchen wir euch. Ihr wisst doch, dass in Ostdeutschland auch viele experimentieren, die diese Rechtspopulisten unterstützen und vom Ausland her gezielt Geld geben in die AfD-Strukturen, um uns in Deutschland insgesamt zu destabilisieren. Deswegen müssen wir die Solidarität dieser großen, starken, traditionsreichen Partei auch in Ostdeutschland nächstes Jahr zeigen. Es macht einen Unterschied, ob man vor einem Infostand zu zweit steht oder ob da noch fünf weitere Leute da sind. Es macht einen Riesenunterschied, ob in einem Ort 50 AfD-Plakate und keins von uns hängen oder ob wir es gemeinsam schaffen, dass wir nächstes Jahr von oben bis unten, von links bis rechts in Ostdeutschland präsent sind.

(Beifall)

Eine Sache will ich ganz klarmachen: Es geht nicht nur um die Frage AfD oder Demokraten, sondern es geht auch darum, dass wir als SPD, als Partei der Arbeit, sagen: Unsere Rolle in Ostdeutschland ist wichtig. – Ein kleines Beispiel: Petra Köpping, die SPD in Sachsen, kämpft für etwas, was in ganz vielen Bundesländern selbstverständlich ist, nämlich für das Recht, Bildungszeit zu nehmen.

(Beifall)

In Sachsen sind immer noch Leute von der CDU unterwegs, die sagen: Wir sind die Strategie Billiglohnland, wir sind die nachgelagerte Endproduktion, da muss man sich doch nicht qualifizieren. – Das ist so was von 90er-Jahre, Leute. Deswegen lasst uns die SPD die Vertretung der Arbeitnehmerinteressen stark machen, weil wir auch in Ostdeutschland in eine Situation kommen, wo wir Fachkräftemangel haben. Das ist auch eine Herausforderung, die wir nur mit guter Arbeit, mit Tariflöhnen und mit Bildungsfreistellung erreichen können.

Noch ein Punkt: Ich bin sehr froh, dass wir jetzt eine Bundesregierung haben, die sich um Ostdeutschland kümmert – Olaf Scholz, ganz persönlich. Viele Ansiedlungen durch die Unterstützung der SPD in dieser Bundesregierung in schwieriger Zeit sind möglich geworden. Ich bin auch froh, dass wir mit Carsten einen Ostbeauftragten haben, der nicht hingeht und möglichst gut die ostdeutsche Seele erklärt, sondern der dazu führt, dass man in Ostdeutschland gute Arbeit hat, indem man sich von Schwedt und anderswo konkret darum kümmert, dass diese Bundesregierung die Interessen von Ostdeutschland und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vertritt.

Eine Sache ist ganz wichtig: Nächstes Jahr brauchen wir euch alle. Wir brauchen jedes Plakat, wir brauchen jeden Mann und jede Frau am Infostand. Alle, die wollen und können, sind herzlich eingeladen, nach Thüringen, nach Sachsen, nach Brandenburg. – Glückauf!

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Liebe Genossinnen und Genossen, ich wollte Klara nicht unterbrechen, aber ich muss euch sagen, es ist sehr laut. Auch wenn man sich natürlich gerne austauscht, aber gebt den Rednerinnen und Rednern die Chance, dass sie nicht gegen euch ansprechen müssen, nur aus Respekt voreinander.

(Beifall)

Als Nächstes rufe ich auf Hubertus Heil.

(Beifall)

Hubertus Heil, *Kandidat zur Wahl des stellvertretenden Parteivorsitzenden:*

Moin, liebe Genossinnen und Genossen! Oder für die Süddeutschen Grüß Gott! Hallo! Mein Name ist Hubertus Heil. Ich bin 51 Jahre alt. Ich bin mit 15 Jahren in einer Stadt, die Peine heißt, im niedersächsischen SPD-Bezirk Braunschweig in die SPD eingetreten.

(Beifall)

Ich erwähne das deshalb, weil mich, seitdem ich Sozialdemokrat bin – das ist jetzt auch schon 35 Jahre her, habe ich mit Schrecken festgestellt habe, also so lange, wie das Juso-Alter ist , eine Überzeugung geprägt hat, die in dieser Zeit, glaube ich, eine ist, die unser Land mehr denn je braucht. Das sozialdemokratische Prinzip, liebe Genossinnen und Genossen, ist es nicht, sich wegzuträumen von Realitäten, aber sich eben auch nicht abzufinden mit der Lage, wie es ist. Es geht darum, realistisch zu sein, zu wissen, wie groß die Herausforderung ist, aber die Lage nicht so zu lassen. Es geht um den Satz, den Franz Müntefering uns einmal mitgegeben hat: „Man muss das Leben so nehmen, wie es ist, aber man darf es nicht so lassen." Es geht um pragmatisches Handeln zu sittlichen sozialdemokratischen Zwecken.

Ich will über die Frage sprechen, was in diesem Land los ist, weil wir alle erlebt haben – Lars hat es heute beschrieben –, dass es in Zeiten von Umbrüchen und Krisen in diesem Land sehr, sehr leicht ist, mit wilden Reden die Gesellschaft auseinanderzutreiben. Es ist ein Leichtes, Menschen in sozialen Fragen gegeneinander auszuspielen: Geringverdiener gegen Bedürftige beispielsweise, wie Friedrich Merz das tut. Ich sage euch: Unser Konzept ist ein anderes. Wir sorgen für mehr Leistungs- und Lohngerechtigkeit in diesem Land mit mehr Tarifverträgen und Mindestlöhnen. Aber wir lassen Leute nicht hängen, die sich nicht selbst helfen können.

(Beifall)

Lasst mich das sagen: Das Ziel des Bürgergelds ist es nicht, Menschen im Bürgergeld zu halten, sondern sie aus der Bedürftigkeit herauszubringen, wenn sie arbeitsfähig sind. Aber im Bürgergeld sind auch Menschen, die arbeiten. 20 Prozent der Bezieherinnen und Bezieher von Bürgergeld sind Menschen, die hart arbeiten – oft alleinerziehende Frauen – , wo der Lohn nicht reicht oder die Arbeitszeit nicht genug ist, die ergänzende Aufstockung brauchen. Das sind keine faulen Menschen. Das sind Menschen, denen wir helfen wollen, dass sie ein Auskommen haben, dass sie aus der Bedürftigkeit herauskommen, mit besseren Löhnen, mit der Möglichkeit, auch mehr zu arbeiten.

(Beifall)

Ich will sagen, dass ich am Anfang verwundert war, aber inzwischen entsetzt bin, was die Konservativen da spielen. Vor einem Jahr haben sie übrigens beim Bürgergeld im Bundestag und im Bundesrat noch mitgestimmt. Einige werden sich erinnern, sie haben sogar beantragt, nur die Regelsatzerhöhung zu machen und nicht das, was wir für Qualifizierung wollen. Beim Mindestlohn haben sie nicht mitgemacht. Jetzt entdecken sie ihr Herz für Menschen mit geringem Einkommen. Das ist schäbig. Friedrich Merz hat kein Herz für die Menschen mit geringem Einkommen. Er spielt Menschen gegeneinander aus, liebe Genossinnen und Genossen. Das muss man klar sagen.

(Starker Beifall)

Nein, das Bürgergeld ist kein bedingungsloses Grundeinkommen. Es ist eine Mindestsicherung, eine Grundsicherung,

die übrigens unserer Verfassung entspricht. Es gibt ja nicht nur ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Schuldenbremse. Es gibt auch eines zur Angemessenheit eines menschenwürdigen Existenzminimums. Wir stehen zu unserer Verfassung. Wir stehen zu Art. 20 Grundgesetz. Deutschland ist und bleibt eine solidarische Gesellschaft und ein sozialer Rechtsstaat. Das ist unsere Auffassung. Das müssen die Konservativen mal wieder lernen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir haben als SPD klar gesagt, wie wir dafür sorgen wollen, dass Lohnabstand größer wird. Wir haben viel getan. Wir haben den Mindestlohn erhöht. Wir haben Sozialversicherungsbeiträge und Steuern für Menschen mit geringem Einkommen gesenkt. Wir haben Zuverdienstmöglichkeiten im Bürgergeld übrigens erweitert. Wir haben das Kindergeld erhöht. Auch das Wohngeld, das Klara eingeführt hat, führt dazu, dass fleißige Leute, die angesichts von hohen Mieten nicht über die Runden kommen, bessergestellt sind. Aber wer mehr Lohnabstand will, der braucht nicht nur eine Weiterentwicklung des Mindestlohns, der braucht mehr Tariflöhne in Deutschland, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist die Aufgabe.

(Beifall)

Ich sage euch, wenn wir die Haushaltsfrage jetzt hoffentlich in den nächsten Tagen in dieser Koalition gelöst haben, dann ist der Gesetzentwurf für ein Tariftreuegesetz in Deutschland fertig. Wir wollen, dass öffentliche Aufträge des Bundes nur an Unternehmen gehen, die nach Tarif bezahlen, weil wir nicht mit Steuergeld noch Tarifflucht unterstützen wollen.

(Beifall)

Als Partei der wirtschaftlichen Vernunft und der sozialen Sicherheit werden wir soziale Fragen nicht lösen, indem wir Menschen gegeneinander ausspielen. Aber ich sage euch auch: Wir haben ja nicht nur soziale Fragen, wo im Moment gezündelt wird. Man kann diese Gesellschaft auch darüber in Harnisch und in Streit bringen, in dem wir uns über Lebensstile streiten. Ich habe gelesen, dass Markus Söder vorgestern in Bayern das Gendern verboten hat. Ich kann euch sagen, unabhängig davon, dass das nicht die wichtigste Frage in diesen Zeiten ist, wir müssen uns in unserer Unterschiedlichkeit in diesem Land aushalten. Niemand muss gendern, jeder darf das tun. Wir sind ein tolerantes Land. Es geht um Respekt voreinander und nicht darum, sich zu belehren.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, wir können uns als Gesellschaft auch über Klimafragen in den Extremen spalten, zwischen Klimaleugnern von rechts und Klimaklebern. Oder wir machen uns daran, wie wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten das tun, tatsächlich mit Olaf Scholz als Bundeskanzler unsere Industriegesellschaft so umzubauen, dass wir unseren Beitrag gegen den menschengemachten Klimawandel leisten, aber eben ohne industrielle Substanz zu verlieren. Das sage ich auch an unsere Lieblingsfreunde von den Grünen. Wer Klimaschutzpolitik durchsetzen will, der muss dafür sorgen, dass es soziale Klimaschutzpolitik in diesem Land ist, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Lasst uns offen reden: Man kann diese Gesellschaft auch über Migrationsfragen auseinanderbringen. Das ist in diesem Jahr wieder ein großes Thema. Ich kann mich als Juso erinnern. Anfang der 90er-Jahre hatten wir das schon einmal. Ich habe daran gelitten, wie meine Partei damals Positionen verändern musste und verändert hat, weil wir gesellschaftlich für unsere Positionen keine Mehrheit mehr hatten. Das war Anfang der 90er-Jahre. Ich sage, es geht nicht darum, dass

wir in diesem Land zulassen dürfen, dass Menschen aufgehetzt werden gegen diejenigen, die hier politisches Asylrecht haben und Schutz verdient haben, auch weil sie vor einem Krieg geflohen sind. Ja, es ist richtig, wir müssen irreguläre Migration herunterbringen, in Europa und auch in Deutschland. Aber wir müssen gleichzeitig dafür sorgen, dass die Geflüchteten mit Bleibeperspektive, die das recht haben, hier zu sein, wo immer es geht, schneller in Arbeit kommen. Arbeit ist die beste Integration, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist unser Weg.

(Beifall)

Deshalb machen wir beispielsweise den Jobturbo für die ukrainischen Geflüchteten, aber auch für andere aus anderen Herkunftsländern. So richtig es ist, dass wir ein Einwanderungsgesetz für qualifizierte Arbeits- und Fachkräfte endlich durchgesetzt haben, es ist doch idiotisch, dass Menschen, die aus anderen Gründen hierhergekommen sind, aber die schon lange hier sind, die arbeiten können und wollen, die Chance in diesen letzten Jahren nicht bekommen haben. Ich will, dass wir pragmatische Lösungen finden. Das haben wir mit dem Chancen-Aufenthaltsgesetz. Das haben wir jetzt auch mit dem Jobturbo.

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Hubertus!

Hubertus Heil, *Kandidat zur Wahl des stellvertretenden Parteivorsitzenden:*

Letzter Punkt. – Liebe Genossinnen Genossen, was mir auch wichtig ist: Man kann diese Gesellschaft auch in den Generationen spalten, indem man über Babyboomer schimpft oder indem man so tut, als sei die Generation Z die faulste der Generationen, die es je gab. Ich kann euch nur eines sagen: Ich habe lebensweltlich mehr Bezug zu jungen Leuten, die noch jünger sind als die heute 16- bis 26-jährigen. Wir haben viele Jusos hier. Ich kann euch sagen: Eure Generation ist nicht fauler als andere. Das ist ganz klar.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Hubertus!

Hubertus Heil, *Kandidat zur Wahl des stellvertretenden Parteivorsitzenden:*

Den Satz muss ich zu Ende machen. – Ich will das einmal ganz offen sagen. Schon über unsere Generation hat man so geredet. Es gibt in jeder Generation solche und solche. Aber das Beste, was wir für die junge Generation tun können, ist, ihnen Orientierung zu geben: Berufsorientierung und eine Chance auf Ausbildung. Das ist unser Weg. Nicht junge Leute beschimpfen, sondern eine Chance auf Arbeit und Ausbildung zu geben! Das ist unser Weg.

(Beifall)

Deshalb bitte ich euch, dass der Schwung, den wir heute von diesem Parteitag haben, dazu führt, dass wir den Kopf hochnehmen, dass wir die Brust herausstrecken und dass wir die Gesellschaft nach vorne führen und zusammenhalten. Denn das tut keiner außer der Sozialdemokratie. Das ist der Geist. Nicht verzagen, nicht fürchtig sein, sondern kämpfen, liebe Genossinnen und Genossen! Ich will weiter mit euch kämpfen, dass das gelingt. – Herzlichen Dank.

(Starker Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Die nächste Rednerin wird Serpil Midyatli sein, die sich jetzt vorstellt. Bitte schön.

Serpil Midyatli, *Kandidatin zur Wahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Die aufgeheizte Debatte um Migration, Zuwanderung und Geflüchtete der vergangenen Monate hat mich persönlich zutiefst erschüttert, vor allem aber auch, weil ich mir vorher nicht vorstellen konnte, dass sie auch in unseren Reihen wirklich so hart geführt wird. Ich weiß ganz besonders, dass die Herausforderungen vor Ort sehr, sehr groß sind und vor allem unsere Kommunen hier wirklich Großartiges in der Unterbringung und in der Integration leisten. Das ist mir bewusst. Einen herzlichen Dank dafür!

(Beifall)

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, ich habe mich ganz bewusst entschieden, hier keinen Vortrag über die Entstehung des individuellen Asylrechts oder über Abschiebungen – die, wie ich finde, in dem einen oder anderen Stil tatsächlich auch schon zu debattieren wären – oder Zuflucht über Drittstaaten vorzutragen. Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte euch gerne einmal ganz besonders aus meiner eigenen, ganz persönlichen Perspektive einmal darstellen, wie sich das als Sozialdemokratin anfühlt. Ich möchte euch jetzt einmal bitten: Schaut bitte einmal zur Seite! Schaut bitte einmal in diesen Saal! Schaut bitte mal eure Nachbarin und euren Nachbarn an! Schaut euch bitte mal in euren Reihen vor euch und hinter euch an! Liebe Genossinnen und Genossen, dann lasst uns über Abschiebungen reden. Denn dann reden wir über Adis Ahmetović, unser Genosse Bundestagsabgeordneter, der durch einen anderen Genossen, Matthias Miersch, vor der Abschiebung gerettet worden ist, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir über Zuflucht aus Drittstaaten reden, dann reden wir über eine Frau, die heute am Kabinettstisch des Bundeskanzlers sitzt. Vielen Dank, liebe Reem, für all das, was du für uns leistest, für deine großartige Haltung und vor allem deinen Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus. Du bist genau richtig an dem Platz, wo du sitzt, am Kabinettstisch, liebe Reem.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir über Fluchtrouten reden, dann wissen wir, dass in unseren Ortsvereinen mittlerweile viele Genossinnen und Genossen da sind, die euch ganz persönlich erzählen können, wie es ist, in einem überfüllten Schlauchboot über das Mittelmeer zu kommen. Sie sind alle ein Teil der sozialdemokratischen Familie. Die sind vor Krieg und Verfolgung geflohen. Liebe Genossinnen und Genossen, es war immer unsere Aufgabe. Wir haben immer gesagt, wir kämpfen nicht gegen Geflüchtete, sondern wir bekämpfen Fluchtursachen. Das sollte unsere Sprache und unsere Haltung sein und nicht dieser Überbietungswettbewerb, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich möchte gerne einen Genossen unter uns zitieren, und zwar ist das, wie ich finde, die Sprache, die ich gerne hören möchte. Ich zitiere:

„Seit vielen Jahren stört es mich, wie wir als Gesellschaft über Themen wie Migration, Zuwanderung und Integration diskutieren. In 95 Prozent der Debatten geht es um Negativbeispiele, ums Scheitern, um Ängste und Ressentiments. Was aber in diesen Debatten und Berichten völlig verloren geht, ist doch, wie sehr Deutschland seit Jahrzehnten davon profitiert, dass Frauen und Männer aus anderen Ländern hierherkommen, hier mit anpacken, – und zu unserem Land gehören. Deutschland ist in den vergangenen 100 Jahren von einem Auswanderungsland zu einem Hoffnungsland geworden."

Liebe Genossinnen und Genossen, das ist ein Zitat von Olaf Scholz auf dem Dream-Award. Lieber Olaf Scholz, das erreicht mich. Das ist mein sozialdemokratischer Kanzler, lieber Olaf. Lasst uns gemeinsam Deutschland zu einem Hoffnungsland machen!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, für mich geht dieses Jahr auch ein ganz besonderer Wunsch in Erfüllung. Ich bin vor 23 Jahren in die SPD eingetreten. Auch das haben wir einem sozialdemokratischen Kanzler zu verdanken. Ich bin damals in die SPD eingetreten, weil ich mit euch gemeinsam für die doppelte Staatsbürgerschaft kämpfen wollte, und jetzt kommt sie endlich. Es hat ein bisschen gedauert, aber es kommt, weil Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten führen. Lasst euch nicht beirren! Dieser Weg ist der richtige.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, die, die mich kennen, wissen: Ich habe aber ein Herzensthema. Ich habe gelesen, dass „Krisenmodus" das neue Wort des Jahres ist. Aber für rund ein Viertel aller Kinder und Jugendlichen ist das seit Jahrzehnten gelebter Alltag. Über 2,2 Millionen Kinder und Jugendliche sind von Armut betroffen. Lieber Olaf Scholz, da haben wir noch nicht geliefert. Da müssen wir noch unser Versprechen einlösen. Denn wir werden nicht aufhören, bis wir alle Kinder aus der Kinderarmut geholt haben. Da gibt es noch einigen Redebedarf, denn wir haben uns damals mit Dagmar Schmidt und Sönke Rix in unserem Wahlprogramm dafür eingesetzt, dass es uns darum gehen wird, den Kindern nicht nur Geld und Zeit zu geben, sondern tatsächlich auch Chancen zu geben. Liebe Genossinnen und Genossen, wir wissen alle von uns, auch persönlich aus unserem Umfeld, dass es nicht nur darum geht, einfach nur Geld auszuschütten. Denn all das, was die Kinder in den ersten Jahren durch Chancen nicht erreichen, werden sie in den weiteren Lebenswegen nicht erreichen können. Daher bleibt es unsere Forderung, die echte Kindergrundsicherung muss kommen. Das ist unser sozialdemokratischer Auftrag, liebe Genossinnen und Genossen. Wir sind nicht angetreten, um das Schlimmste zu verhindern, liebe Genossinnen und Genossen. Wir sind angetreten, um es besser zu machen. Dafür möchte ich mich mit euch einsetzen. Dafür werbe ich um euer Vertrauen und um eure Stimme. – Herzlichen Dank.

(Starker Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank. – Der nächste potenzielle stellvertretende Vorsitzende ist Achim Post, der sich nun auch vorstellen wird.

Achim Post, *Kandidat zur Wahl des stellvertretenden Parteivorsitzenden:*

Tach zusammen! Ich bin Achim Post aus Nordrhein-Westfalen –

(Beifall)

– und seit 47 Jahren Mitglied im Ortsverein Espelkamp, eine Flüchtlingsstadt übrigens, in Minden-Lübbecke in Ostwestfalen. Es ist ein bisschen weit ab vom Schuss von Köln und auch von Düsseldorf, aber ganz nah bei den Menschen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich will einmal ganz kurz zwei Dinge machen. Erstens: Da ich der Neue bin hier in der Runde, der zum ersten Mal für den Parteivorstand und auch das erste Mal als stellvertretender Parteivorsitzender kandidiert, will ich euch mal sagen, warum ich in die SPD eingetreten bin und warum ich jetzt kandidiere. Ich bin 1976 mitten im Bundestagswahlkampf in die SPD eingetreten, weil es verdammt spannend war, weil Helmut Kohl für die CDU richtig weit vorne war und die Gefahr bestand, dass er gegen Bundeskanzler Helmut Schmidt gewinnt. Nun bin ich nicht wegen Helmut Schmidt damals als Juso in die SPD eingetreten, aber ich habe für ihn gekämpft, weil es besser ist, wenn ein Sozialdemokrat Kanzler ist, als wenn es ein anderer ist, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Als ich dann aktiv bei den Jusos und im Ortsverein war, wollte ich vor allen Dingen eines – da war ich noch ein bisschen jünger als jetzt : Ich wollte ein Jugendzentrum. Das ging nur deshalb, weil die SPD vor Ort und unser Bürgermeister mitgemacht haben. Sonst hätte es das Jugendzentrum nie gegeben. Es ist besser, wenn wir die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister stellen und nicht die anderen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Drittens – das Thema wurde heute häufig angesprochen: Ich bin eingetreten in die SPD, weil ich soziale Gerechtigkeit wollte und will und weil ich gute Bildung für alle wollte und will. Das ging in Nordrhein-Westfalen wie anderswo nur mit einem NRW-Ministerpräsidenten der SPD, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich will euch mal sagen, warum ich jetzt antrete. Im Dezember 2023 bin ich kein Juso mehr bin, sondern gehöre eher – Hubertus – zu den Babyboomern. Ich bin 64 Jahre alt, verheiratet, wir haben zwei Töchter. Der Hauptgrund, der mich wirklich antreibt, ist eine Gesellschaft – Serpil hat das angesprochen , in der jeder und jede die gleichen Rechte und die gleichen Pflichten hat. Andere außerhalb dieses Saales wollen das zerstören. Das, liebe Genossinnen und Genossen, lassen wir nicht zu.

(Beifall)

Wir reden ja häufig auf Parteitagen, auf Ehrungen und auf Versammlungen über die Kommunen, die Städte und Gemeinden in Deutschland. Das Wichtigste aus meiner Sicht für die nächsten Jahre und Jahrzehnte ist, dass wir uns ordentlich um die Kommunen kümmern. Denn nie waren sie wertvoller als heute, und nie waren sie zum großen Teil gefährdeter als heute. Deshalb gehört das Thema kommunale Familie ganz oben auf die Tagesordnung.

(Beifall)

Und da will ich einmal eines sagen: Ich meine, ich höre hier gelegentlich den Namen Merz oder Wüst. Wenn ich das richtig sehe, sind die beiden ja Konkurrenten. Die wollen, glaube ich, beide den gleichen Job. Die machen auch nicht viel zusammen. Sie könnten ein einziges Mal etwas zusammen machen, wenn es um die kommunale Altschuldenregelung gibt. Dafür brauchen wir eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag und Bundesrat. Das ist doch nicht zu viel verlangt.

(Beifall)

Ich darf ja nicht über Sonntagsreden für die Kommunen reden, sondern von Montag bis Samstag, also auch über heute, von Freitag. Ich gucke einmal Doris an. Wir haben heute – Doris, vor allen Dingen du als Delegationsleiterin – sieben Stunden parallel zu diesem Parteitag mit den Grünen, mit der FDP und mit den Schwarzen über das sogenannte Wachstumschancenpaket verhandelt. Das hätte die Kommunen in der bisherigen Form massiv getroffen. Wir haben unter deiner Führung Doris erreicht – das ist nur dir zu verdanken , dass wir das kleinkochen und dass wir an die Kommunen denken – auch ganz praktisch mitten in der Woche, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wenn ihr mich fragt, was mich an einem solchen Tag bewegt, was mich umtreibt, was mich antreibt, dann will ich eines sagen, und man kann es nicht oft genug sagen: Wir reden über soziale Gerechtigkeit. Wir reden häufig darüber. Andere reden häufig darüber: Wofür ist eigentlich die SPD gut? Wofür macht ihr eigentlich Politik? Für wen macht ihr eigentlich Politik? – Aus meiner Sicht ist das ganz einfach. Wir haben eine Kernfrage zu beantworten, für wen wir Politik machen: für die Millionen oder die Millionäre. Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin für die Millionen. – Danke schön.

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Die Runde wird jetzt komplett gemacht mit unserer lieben Anke Rehlinger.

Anke Rehlinger, *Kandidatin zur Wahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden:*

Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Mein Name ist Anke Rehlinger. Das Saarland ist ein bisschen kleiner als Nordrhein-Westfalen, aber auch schön. Ich darf seit 2019 stellvertretende Parteivorsitzende sein. Ich darf seit 2022 Ministerpräsidentin der einzigen Alleinregierung in Deutschland sein.

(Beifall)

Ich habe schon immer zu denen gehört, die gesagt haben, in der Regierung kann man mehr erreichen als in der Opposition. Ich bin 2019 als stellvertretende Parteivorsitzende gewählt worden, als wir ehrlicherweise ein bisschen an unserer staatspolitischen Verantwortung, nämlich in die Regierung eingetreten zu sein, gelitten haben. Heute regieren wir dieses Land. Wir geben den Ton an, wir geben den Takt an, und wir regieren gut und gerne. Ich finde, das ist auch richtig so – nicht nur für die Partei, sondern vor allem für dieses Land, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wenn es um die staatspolitische Verantwortung geht, die die CDU ja permanent und ständig von uns abverlangt, will ich schon noch einmal am heutigen Tage festhalten, dass ich umgekehrt vermisse, dass die CDU dieser staatspolitischen Verantwortung, die sie immer wieder von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, wenn es ihnen gerade gelegen kam, einverlangt hat. Natürlich tragen diejenigen, die in der Regierung sind, Verantwortung und mehr Verantwortung als diejenigen, die in der Opposition sind. Aber Opposition darf auch nicht dazu führen, dass man völlig verantwortungslos durch dieses Land läuft. Das macht die CDU in weiten Teilen. Sie gefährdet wichtige Teile der Wirtschaft, der Demokratie, des Friedens und des Zusammenhalts in unserer Gesellschaft.

(Beifall)

Merz schwadroniert von kleinen Paschas. Er öffnet die kommunale Brandmauer zur AfD. Er sagt, die CDU sei eine Alter-

native für Deutschland mit Substanz, liebe Genossinnen und Genossen. Anschließend sagt er immer wieder: Das war alles gar nicht so gemeint. Oder vielleicht doch ganz anders? Ich will das einmal in Anlehnung an Helmut Schmidt bewerten und sage: Dieser Mann hat keine Kontrolle über sich. Deshalb sollte er auch keine Kontrolle über unseren Staat bekommen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir alle, die wir hier sitzen, tragen in irgendeiner Form Verantwortung, sei es in den Gremien, sei es in den kommunalen Parlamenten, sei es auf Landesebene und auf Bundesebene. Wir sind natürlich vor allem in der Verantwortung, diese Bundesregierung anzuführen. Wir regieren in elf Bundesländern, liebe Genossinnen und Genossen...

Wir regieren in elf Bundesländern, liebe Genossinnen und Genossinnen. In vier davon stellen wir den Ministerpräsidenten und in dreien – das hebt uns im Übrigen von den politischen Mitbewerbern ab – stellen wir die Ministerpräsidentin. Und wir stellen heute den Bundeskanzler und die stärkste Fraktion im Bundestag. Wir sind die treibende Kraft.

(Beifall)

Ich finde, wir sollten auch in das Jahr 2024 nicht mit Angst und nicht mit Furcht blicken. Ja, das wird kein Selbstläufer werden. Aber wir haben viele Kommunalwahlen in 2024, wo richtig viel und gut gearbeitet worden ist in den letzten Jahren. Das und die Personen dort stellen wir zur Abstimmung. Wir haben eine Idee von Europa. Wir wollen es fortschrittlich machen und wollen es nach vorne bringen. Und ja, wir wollen erfolgreich sein in den Wahlen in Ostdeutschland. Es geht darum, Erfolg zu haben. Es geht aber auch darum, die Demokratie in diesem Land zu verteidigen. Das ist unsere Aufgabe in 2024, und nicht mit Verzagtheit, sondern mit Zuversicht, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ohne in der Vergangenheit leben zu wollen, will ich doch darauf hinweisen – das ist heute Morgen auch schon mal gesagt worden -: Der Blick auf das Jahr 2019 sollte uns Mut machen. Wir waren damals mit 14 Prozent halb so stark wie die CDU zu diesem Zeitpunkt. Wir haben aber gelernt und gesehen, dass es sinnvoll ist, sich unterzuhaken, und dass es sinnvoll ist, verlässlich zu bleiben, und dass wir uns nicht ohne Weiteres von irgendwelchen Stürmen umwehen lassen, liebe Genossinnen und Genossen. Ich finde, mit der Debatte, die wir heute hier inhaltlich zu diesem Leitantrag hatten, haben wir genau das getan, was die Menschen in Deutschland von uns erwarten: Wir haben ihnen Orientierung gegeben. Wir waren in der Lage, in wesentlichen Punkten auch der Programmatik unserer Partei uns der Realität anzupassen und dafür zu sorgen, dass vor allem die Realität der Menschen in diesem Land eine Perspektive hat, nämlich eine bessere zu werden. Das zeichnet eine moderne, eine fortschrittliche Partei aus. Das habt ihr geschafft, auch mit dem Votum, dass ihr eben abgegeben habt. Ich bin total stolz auf das, was uns heute schon gelungen ist, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Es ist zynisch und unanständig, in einer Krise zuallererst an die Ärmsten heranzutreten und die Ärmsten noch ärmer machen zu wollen, liebe Genossinnen und Genossen. Hubertus hat das eben gesagt. Wenn man sich immer noch mal fragt, ob einem in irgendeinem Antrag ein Halbsatz nicht gefällt, dann kann das durchaus so sein. Was aber entscheidend ist, liebe Genossinnen und Genossen, ist, dass der Kompass stimmt. Und wir haben gezeigt, dass der Kompass stimmt. Wir lassen uns nicht von den Umfragen kirre machen, sondern wir gucken, dass wir die Politik für diese Menschen machen, die unsere Hilfe brauchen, und dazu es gehört eben auch, bei solchen Fragen zu stehen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich glaube nach wie vor an das sozialdemokratische Jahrzehnt, das Olaf beschrieben hat. Es ist allerdings nicht vorbedingungsfrei, dass das auch so funktioniert. Das kann funktionieren, wenn wir uns inhaltlich gut aufstellen, indem wir genau an den Themen arbeiten, über die die Menschen beim Abendbrot reden, beispielsweise über die Frage: Kann ich mir meine Miete leisten? Habe ich einen Arbeitsplatz? Funktioniert das mit der Bildung? Wie ist das mit dem Klima und der Umwelt?

Das funktioniert auch, wenn wir den richtigen Stil wählen, liebe Genossinnen und Genossen, und nicht das, was man bisweilen auch von politischen Mitbewerbern sieht, nicht in Schreiduellen sich zu ergehen, sondern eben als Problemlösungsorganisation aufzutreten. Das geht auch, wenn wir uns programmatisch trauen, ein Bild von der Zukunft zu zeichnen, das mehr ist als „Mit uns wird es weniger schnell schlimmer".

Ich würde mir wünschen, liebe Genossinnen und Genossen, das für das Jahr 2024 nicht das Wort „Krisenmodus", das Wort des Jahres ist. Ich würde mir wünschen, dass 2024 das Wort des Jahres „Zuversicht" lautet, liebe Genossinnen und Genossen. Dafür, dass wir begründet zuversichtlich sein können, haben wir zu sorgen.

(Beifall)

Mit Mut, Zuversicht und mit harter Arbeit werden wir in der Lage sein, den Strukturwandel in diesem Land erfolgreich zu gestalten. Mit Mut, Zuversicht und harter Arbeit werden wir auch die dafür notwendigen Erfolge der Sozialdemokratie in diesem Land erringen, und genau daran, liebe Genossinnen und Genossen, würde ich gerne mit euch weiterarbeiten. – In diesem Sinne herzlichen Dank und Glückauf.

(lebhafter Beifall)

WAHL DER STELLVERTRETENDEN PARTEIVORSITZENDEN

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Liebe Genossinnen und Genossen, nach der heutigen Satzungsänderung wählen wir jetzt fünf Stellvertreterinnen oder Stellvertreter. Es liegen uns die Kandidaturen vor, die ihr gerade gehört habt, und die hat euch der Parteivorstand auch vorgeschlagen. Ich nenne noch mal die Namen: Klara Geywitz, Hubertus Heil, Serpil Midyatli, Achim Post und Anke Rehlinger.

Nach § 23 Abs. 3 und § 23 Abs. 1b) Organisationsstatut werden die fünf stellvertretenden Vorsitzenden in Einzelwahl gewählt. Das Präsidium empfiehlt euch, diese Wahlgänge auf einem Stimmzettel als verbundene Einzelwahl durchzuführen. Das würde uns Wahlgänge und dementsprechend natürlich auch viel Zeit ersparen.

Wer diesem Vorschlag zustimmt, die Wahlgänge der stellvertretenden Parteivorsitzenden in einem Urnengang abzuwickeln, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Eine Gegenstimme. Nein, doch nicht. Okay, das ist wieder zurückgezogen. Enthaltungen? – Auch keine. Dann haben wir das einstimmig so beschlossen.

Dann bitte ich nun, die Stimmzettel zu verteilen. Die Medienvertreter werden erneut gebeten, ihre Objektive während des Wahlgangs nicht auf die Delegierten zu richten und die Geheimheit der Wahl zu respektieren.

Auf dem Stimmzettel befindet sich für Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung jeweils ein Kreis zum Ankreuzen hinter dem jeweiligen Namen. Der Stimmzettel ist insgesamt nur gültig, wenn jeweils „Ja", „Nein" oder „Enthaltung" angekreuzt ist und die Kontrollmarke Nummer 2, wenn ich das richtig sehe, angebracht ist. Die Kontrollmarke soll auf

der Vorderseite auf dem dafür vorgesehenen Feld angebracht werden.

Nach § 23 Abs. 4 Organisationsstatut ist im ersten Wahlgang gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat.

Nach § 23 Abs. 1 Satz 7 Organisationsstatut soll die Geschlechterquote auch bei der Wahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden Berücksichtigung finden. Unter den fünf Kandidatinnen und Kandidaten sind zwei Männer und drei Frauen. Damit ist § 23 Abs. 1 Satz 6 Organisationsstatut, erfüllt.

Bestehen jetzt noch Fragen zum Wahlverfahren?

Wer hat noch keinen Stimmzettel? Vielleicht einmal die Hand heben. – Ach so, das braucht noch ein bisschen. Okay, wir brauchen noch ein bisschen. Zwei Minuten? – Wir brauchen noch zwei Minuten.

Die Kontrollmarke 2 für diejenigen, die jetzt schon den Zettel haben. Die Zettel werden gerade verteilt. Ihr könnt aber gerne, wenn ihr die Person in eurer Nähe seht, ein Zeichen geben, dass ihr noch einen Zettel braucht.

Haben jetzt alle einen Stimmzettel erhalten? – Noch nicht. Dann hebt bitte die Hand oder eure Karten. Das ist noch besser sichtbarer. Dann können die Zettel zu euch gebracht werden. Wo fehlt noch ein Stimmzettel? – Einer in der Mitte hinten. Da winkt jemand.

So, ich glaube jetzt haben alle Stimmzettel erhalten.

Ich eröffne den Wahlgang. Ich bitte euch, überall „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ anzukreuzen.

Seid ihr alle fertig mit dem Ankreuzen? – Das sieht gut aus. Dann bitte ich darum, die Stimmzettel wieder einzusammeln.

Bitte noch einmal die Stimmzettel hochheben, wo sie noch nicht eingesammelt worden sind. Haben alle ihre Stimmzettel abgegeben? – Das sieht gut aus. Dann können wir den Wahlgang schließen. Wir bitten um Auszählung der Stimmen.

Liebe Genossinnen und Genossen, für euch jetzt zur Information: Wir haben gerade die Wahl für die stellvertretenden Vorsitzenden abgeschlossen. Wir werden im weiteren Verlauf des Nachmittags noch den oder die Generalsekretärin wählen, den oder die Schatzmeisterin und auch Verantwortliche beim Parteivorstand für die Europäische Union. Aber zwischendurch werden wir jetzt in weitere Antragsberatungen einsteigen, und dafür gebe ich jetzt an Thomas ab.

ANTRAGSBERATUNG BEREICH VERKEHR UND INFRASTRUKTUR UND INI05

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Ganz herzlichen Dank. – Wir kommen dann jetzt zu den Anträgen des Sachbereichs V, Verkehr und Infrastruktur. Dazu liegt uns und euch vor der Initiativantrag Ini05. Das ist ein Deutschlandtakt für alle. Zu diesem Initiativantrag empfiehlt die Antragskommission die Annahme. Aufgerufen sind außerdem die Anträge V01 bis V55, die ihr auf den Seiten 827 bis 857 im Antragsbuch findet. Hat die jeder gefunden? – Danke. Dann hat jetzt für die Antragskommission Alexander Schweitzer das Wort.

Alexander Schweitzer, *Antragskommission:*

Vielen Dank, lieber Thomas. – Genossinnen und Genossen, wir sind jetzt im Bereich der Antragsberatung zum Thema Verkehr und Infrastruktur. Wenn ihr, wovon ich ausgehe, die 50 Anträge intensiv gelesen habt, dann werdet ihr merken, dass die Sozialdemokratie ein großes Interesse daran hat, die Stärkung der Schiene, die Stärkung des ÖPNV, übrigens immer stärker auch das Thema Straßenverkehrsrecht in den Mittelpunkt ihrer verkehrspolitischen Debatte zu bringen.

Wenn ihr die Anträge gesehen habt und wenn ihr die Debatten zu dem Thema erlebt habt, dann werdet ihr erneut feststellen: Die Sozialdemokratie ist und bleibt die Partei der Schiene. Sie bleibt die Partei, die sagt, Verkehrswende ist auch Teil unserer Vorstellung von Transformation, und Verkehrswende kann und wird nur gelingen, wenn wir eine starke Schiene haben. Aber diese starke Schiene ist noch nicht so da wie wir uns das vorstellen, und damit sie gestärkt werden kann, verknüpfen wir diese Debatten um die Stärkung der Schiene und alles, was darauf passiert, natürlich auch mit der Debatte um die Handlungsfähigkeit des Staates und verknüpfen sie auch, Genossinnen und Genossen, mit einem klaren Appell und einem klaren Bekenntnis zur Deutschen Bahn als integrierter Konzern. Wir glauben, dass Schiene und Infrastruktur, Verkehr und Netz in einer Hand bleiben sollten und dass der Staat, die Politik auch in Zukunft eine starke Rolle bei der Deutschen Bahn spielen sollte. All das kommt auch in unseren Anträgen immer wieder zum Tragen.

Es ist gesagt worden, es gibt einen Initiativantrag. Das ist der Ini05. Da geht es um den Deutschlandtag. Die antragstellenden Landesverbände sind Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme. Thomas hat es schon gesagt.

Ich war vor Kurzem im Bundesrat dabei, als die Reform des Straßenverkehrsrechts überraschend nicht durch den Bundesrat abgesegnet wurde. Die Erklärungen sind vielschichtig. Die spielen aber heute keine Rolle. Auf jeden Fall spielt es eine Rolle, dass wir uns in den ersten Voten der Antragskommission noch auf ein positives Votum im Bundesrat bezogen haben. Jetzt ist das nicht gekommen. Deshalb müssen wir auch die Empfehlungen der Antragskommission, wie im Antragsbuch vermerkt, verändern und vermerken deshalb auch, dass sie an die Bundestagsfraktion überwiesen werden sollen und dass wir deshalb auch darauf setzen, dass es im Vermittlungsausschuss und im späteren Bundesratsverfahren auch eine Mehrheit für diese Anträge gibt.

Zahlreiche Anträge richten sich auch an die Europa-Parlamentarierinnen und Europa-Parlamentarier. Wir sind deshalb auch sehr frei dabei gewesen, als Antragskommission deutlich zu machen, dass sowohl die Bundestagsfraktion als auch die S&D-Fraktion sich mit den Anträgen beschäftigen sollten.

So viel vielleicht aus Sicht der Antragskommission. – Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Ganz herzlichen Dank. – Dann fasse ich noch mal zusammen: Gegenüber dem Antragsbuch – vielleicht hörst du mir noch einmal zu, dass wir die Anträge noch mal aufrufen – hat die Antragskommission für einige Anträge ihre Empfehlung geändert. Das ist gerade begründet worden. Die Anträge V29, V31 bis 34 und V38 sollen jetzt an die SPD-Bundestagsfraktion überwiesen werden, da die Gesetzgebung zum Straßenverkehrsrecht noch nicht abgeschlossen ist. Der Antrag V03 soll ebenfalls an die SPD-Bundestagsfraktion überwiesen werden.

Dann frage ich euch: Gibt es Wortmeldungen? Uns liegt noch keine vor. Ich frage noch mal ganz langsam, damit wir ein bisschen Zeit verbrauchen, während gezählt wird. Gibt es Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann können wir direkt zur Abstimmung kommen. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, wie gerade auch noch mal ergänzend erläutert, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Doch, da sind zwei, drei einzelne Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Einzelne. Damit sind die aufgerufenen Anträge beschlossen.

Wir würden dann auch direkt zur Beratung des nächsten Antragsblocks weitergehen. Dazu übergebe ich an Katja.

ANTRAGSBERATUNG BEREICH DIGITALES, MEDIEN, KULTUR, WELTANSCHAUUNGEN

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Thomas. – Wir steigen jetzt in den Block D des Antragsbuchs ein. Das sind die Anträge zum Thema Digitales, Kultur, Medien und Weltanschauung. Insbesondere sind es die Anträge D1 bis D27, D29 bis D34, die ihr auf den Seiten 209 bis 251 und dann 255 bis 264 im Antragsbuch findet. Nicht wundern, dass die D28 nicht aufgerufen wird. Die haben wir vorhin mit unserem großen Leitantrag zum Thema Transformation schon aufgerufen und behandelt. Deswegen findet hier keine erneute Befassung statt.

Zum Einstieg in die Debatte bitte ich Alexander Schweitzer um den Bericht der Antragskommission.

Alexander Schweitzer, *Antragskommission:*

Vielen Dank, liebe Katja. – Liebe Genossinnen und Genossen, der Bereich D umfasst insgesamt 33 Anträge, in denen es um die Themen Digitales, Medien, Kultur und Weltanschauung geht. Ich muss offen sagen: Das ist natürlich eine spannende Kombination, aber eigentlich macht es natürlich auch Sinn, dass wir die Themen der Digitalisierung nicht nur als Themen der Infrastruktur und der Technik und der Technologie betrachten, sondern auch deutlich machen, dass es hier um Gesellschaftspolitik geht. Bei Medien und Kultur ist es ja ohnehin ganz eindeutig.

Wir sind in der Antragskommission der Meinung, dass mit dem Leitantrag zur Transformation die Ansprüche einer sozialdemokratischen Digitalpolitik im Zeitalter der Transformation sehr klar und deutlich beschrieben wurden, haben deshalb auch die Motivation vieler Antragstellerinnen und Antragsteller, sich zu diesem Thema zu äußern, aufgenommen und dann auch sehr stark auf den jetzt heute auch schon beschlossenen Leitantrag des Parteivorstands verwiesen.

Wir haben bei einigen Anträgen festgestellt, dass sie diese Debatte sehr stark weiterbringen, dass sie aber im Forderungsanteil durch den Leitantrag ihre Erledigung gefunden haben.

Ich bin sehr froh, dass es eine starke sozialdemokratische Diskussion über digitale Bürgerrechte gibt. Die Debatte ist mit den Anträgen D06, D07, D08 sehr stark belebt worden. Sie ist aus Sicht der Antragskommission damit nicht beendet. Wir empfehlen deshalb, dass die Antragskommission mit eurer Unterstützung die Anträge an die Bundestagsfraktion überweist, damit sie dort weiterdiskutieren können.

Ich glaube, es ist offensichtlich, dass das Thema Medienpolitik ein Thema ist, das auch immer stärker in das Zentrum sozialdemokratischer Gesellschaftspolitik rücken sollte. Zum Glück ist es so. Wir haben starke Medienpolitikerinnen und -politiker auf allen Ebenen der Sozialdemokratie. Sie haben sich mit klugen Gedanken auch in die Debatte eingebracht. Wir sind sehr dafür, dass die Debatte an der Stelle durch die Annahme des Antrags zur Medienpolitik D22 nicht beendet wird, sondern einfach auch ein Meilenstein wird.

Heute ist in den Reden schon deutlich gemacht worden, dass insbesondere der Krieg zwischen Israel und der Hamas nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel, der auch auf deutschen Straßen durch Auseinandersetzungen dort, in deutschen Wohnzimmern und in deutschen Medien seine Fortsetzung findet, das Thema Weltanschauung, Säkularisierung und religiöses Bekenntnis noch sehr viel stärker in den Mittelpunkt rückt, und sind deshalb davon überzeugt, dass wir uns dazu auch weiterhin verhalten sollten. Ich möchte deshalb eure Unterstützung für die Voten der Antragskommission bitten.

Ich will letztendlich eine Veränderung gegenüber den Voten, wie wir sie im Antragsbuch noch ausgedruckt hatten bzw. wie ihr es OpenSlides finden könnt, darstellen.

Ich finde, der Landesverband Berlin hat unter dem Antrag D07, wo es sehr stark um die Frage der Bürgerinnen- und Bürgerrechte geht, einen wichtigen Punkt. Das ursprüngliche Votum lautete: Erledigt durch Beschlussfassung des Leitantrags. Und meine Bitte ist, dass wir dieses Votum verändern und daraus eine Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion machen. Nach einem Gespräch, das ich mit dem Landesverband Berlin hatte, findet es dort auch große Unterstützung. Es kommt auch als Idee aus Berlin, und dem möchte ich mich gerne anschließen.

So viel, liebe Katja, aus Sicht der Antragskommission.

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Alexander, für deinen Ein- und Überblick über diesen inhaltlichen Schwerpunkt unseres Antragsbuchs. Wie ihr alle wisst, geht es in der Beschlussfassung darum, über das Votum der Antragskommission zu entscheiden. Bevor wir das aber tun wollen: Gibt es Wortmeldungen eurerseits? Zwei Wortmeldungen liegen mir bereits vor. Ich bitte all diejenigen, die sich zu diesem Antragsbereich D zu Wort melden wollen, jetzt noch ihre Karten abzugeben.

Ich darf als Erste für den Bereich D Michelle Müntefering aufrufen, die nach meiner Information zum Antrag D29 sprechen möchte. Michelle, du hast das Wort.

Michelle Müntefering, *Parteivorstand:*

Vielen Dank, liebe Genossinnen und Genossen. Manchmal kann eine große Bewegung so klein beginnen wie ein Türknauf. Vor über 100 Jahren hat Walter Gropius als Pionier des Bauhauses seinen entwickelt. Das Bauhaus war übrigens eine internationale Bewegung. Von Tel Aviv bis São Paulo hat es seine Spuren hinterlassen, und es steht in einer demokratischen Gesellschaft für sehr praktische Verbesserungen des Lebens und für Aufbruch in die Moderne.

Warum sage ich das an dieser Stelle? Liebe Genossinnen und Genossen, ich meine, bei allen Themen – von der Frage der Altschulden der Kommunen, die Achim gerade angesprochen hat, bis zur Ausstattung der Bundeswehr, über die wir morgen diskutieren – müssen gerade wir als Sozialdemokratie immer auch Kunst und Kultur in den Mittelpunkt stellen. Danke, Doris Ahnen. Du hast es eben am Ende der Debatte zum Transformationsantrag noch mal betont: Keine Transformation ohne Kultur. Aber das gilt auch insgesamt für die Demokratie, für alles, was wir als Sozialdemokratie tun.

SPD ist immer das Soziale und das Demokratische. Der Kultur kommt in den schweren Zeiten eine besondere Rolle zu. Wir müssen ihr eine Stimme geben. Das war uns immer wichtig. Von Hilmar Hoffmann bis Wolfgang Thierse, der heute den Tag über da war – sie alle wussten: Wir müssen um die richtigen Wege streiten, jung und erfahren, Frauen und Männer, alle. Das gilt besonders auch für uns als SPD, und gerade jetzt. Wir müssen darüber sprechen: Wollen wir etwas Anderes machen oder wollen wir etwas anders machen?

Fest steht jedenfalls: Wir brauchen auch heute die Knöpfe, die Türen öffnen zu Freiheit, zu Austausch und zu Demokratie. Diese Räume müssen wir verteidigen. Darum geht es in all den Anträgen, die jetzt kommen. Sie müssen offen bleiben. Wir müssen sie gegen die Feinde der Demokratie verteidigen. Wir sehen in der Welt: Autokraten können das Offene nicht ertragen. Die sperren als Erstes diejenigen weg, die ein freies Leben leben, liebe Genossinnen und Genossen, und das dürfen wir nicht zulassen.

Die Kultur ist das Lebenselixier unserer Demokratie, und das setzt auch voraus, dass Antisemitismus und Menschenhass keinen Platz in unserer Gesellschaft bekommen.

Mir ist es wichtig, von hier aus zu sagen: Wir senden ein Signal an all die Kreativen, an Architekten, die Nachhaltigkeit denken, an Tänzer, die universelle Sprache finden, an Malerinnen und Maler, die uns den Spiegel vorhalten. Deswegen will ich zu diesem Antragspaket insgesamt sagen: Das ist wichtig. Wir haben übrigens gerade im Antrag „Transformation und Kultur“ auch beschlossen, wer es nicht mitbekommen hat: Wir müssen Kultur zur kommunalen Pflichtaufgabe machen, und das bedeutet auch, die Städte und Gemeinden brauchen dafür unsere Unterstützung. Es kann eben nicht sein, dass da als Erstes gestrichen werden muss, liebe Genossinnen und Genossen, bei den Kommunalpolitikern, die dafür Sorge tragen müssen.

(Beifall)

Zuletzt: Lars hat in seiner Rede heute Morgen Thees Uhlmann zitiert: „die Zukunft ist so schön vakant“. Lasst mich antworten mit einem großen Philosophen des Ruhrgebiets, mit Herbert Grönemeyer: „Freiheit, Neuzeit, vor allem angstfrei“. – Herzlichen Dank und Glückauf!

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Michelle. – Als Nächster darf Harald Georgii aus dem Landesverband Berlin zu uns sprechen. – Ich schaue mal in die Reihen, wo jemand sich ganz hektisch und schnell in Richtung Rednerpult bewegt. – Alexander weist gerade darauf hin, dass wir den Antrag über das Votum der Antragskommission ja übernommen haben. Vielleicht braucht es die Wortmeldung aus Berlin gar nicht mehr. – Er eilt, er eilt. Ich glaube, die Minute können wir ihm geben, oder?

Alexander hat herausgefunden hat, wie man das Pult nach oben fährt. Ich hoffe, alle nach ihm dürfen es aber auch wieder runterfahren.

Alexander Schweitzer, *Antragskommission:*

Ich bin Saskia dankbar. Sie hat nämlich eben gesagt: „Du kannst es nach oben fahren.“ Dann hat sie noch charmanter gesagt: „Ich kann nicht mehr sehen, wie du da vorne stehst.“ Danke schön, Saskia.

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Harald, bitte! Du hast das Wort.

Harald Georgii, *Berlin:*

Tut mir leid, dass ich draußen war. – Liebe Genossinnen und Genossen, ich find es sehr gut, dass das Recht auf Verschlüsselung in den Leitantrag reingekommen ist. Das ist sehr wichtig in einer Welt, die sich digitalisiert. Wir haben heute viel über Investitionen gesprochen. Investitionen brauchen Vertrauen. In einer digitalen Welt ist die Verschlüsselung die Grundlage für Vertrauen. Deswegen ist es gut, dass es ein Leitantrag ist.

Ich glaube aber, der Diskurs, den wir in letzter Zeit verfolgen konnten, zeigt: Oft ist es eine Ja-aber-Diskussion. Da kommen gleich Fragen mit „goldenen Schlüsseln", mit Client-Side-Scanning, und da brauchen wir, glaube ich, Konkreteres, was da gebraucht werden soll. Deswegen bitte ich den Parteitag, dass der Antrag D7 nicht einfach für erledigt erklärt wird, sondern an die Bundestagsfraktion überwiesen wird. Es ist wichtig, dass wir ein gesamtheitliches Konzept, ein ganzheitliches Konzept aufbauen, in dem die Bundestagsfraktion auch ein Prüfschema bekommt, mit dem sie einiges abzuarbeiten hat, um die Grundlage für unsere Unternehmen zu schaffen, dass sie in unserer digitalen Zeit Vertrauen haben können, dass ihre Daten, ihre Geschäftsgeheimnisse weiter sicher sind, und dass vor allen Dingen auch wir Privatpersonen darauf verlassen können, dass das, was wir machen, verschlüsselt ist, dass es eine staatliche Förderung für Open-Source-Software gibt und dass Deutschland ein guter Standort wird und ein Land bleibt, in dem Privatheit gut geschützt ist. – Ganz herzlichen Dank.

Mein Antrag, wie gesagt: D7 bitte an die Bundestagsfraktion und an die EU-Fraktion überweisen. – Danke.

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank. – Dann darf Alexander für die Antragskommission dazu noch mal Stellung nehmen.

Alexander Schweitzer, *Antragskommission:*

Harald, ich hatte schon gesagt, dass wir es genau so machen, wie es euer Wunsch war. Vielen Dank noch mal für den Wortbeitrag. Du hast jetzt noch mal ergänzt, dass wir es auch an die S&D-Fraktion geben. Das übernehme ich jetzt einfach auch noch. Wir ändern also das Votum der Antragskommission statt „erledigt durch" in „Überweisung an Bundestagsfraktion und S&D-Gruppe". Die Begründung, die Harald genannt hat, ist einfach gut. Tiemo Wölken freut sich auch und wird dann damit zu tun haben. Deshalb bitte ich euch, das entsprechend aufzunehmen. – Danke schön, Harald.

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Deshalb kommen wir zur Abstimmung über den Bereich D. Wir stimmen über die Voten der Antragskommission ab, die Alexander uns noch mal vorgestellt hat. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Ich sehe keine Gegenstimme. Enthaltungen? – Sehe ich auch nicht. – Vielen Dank. Dann ist das so beschlossen. Die Anträge sind damit auch abgeschlossen. Vielen Dank.

Wir machen weiter mit Thomas und dem nächsten Antragsbereich.

ANTRAGSBERATUNG BEREICH UMWELT, KLIMA, VERBRAUCHERSCHUTZ UND ENERGIE

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Ich gucke noch mal. – Es liegt uns noch kein Ergebnis vor. Dann steigen wir direkt in die Beratung zum Sachbereich U ein, Umwelt, Klima, Verbraucherschutz und Energie.

Uns liegen keine Initiativanträge vor. Aufgerufen sind die Anträge UEL01 bis UVP16. Die findet ihr im Antragsbuch auf den Seiten 744 bis 827.

Für die Antragskommission hat das Wort Alexander Schweitzer.

Alexander Schweitzer, *Antragskommission:*

Danke schön. Ich schon wieder. Vielen Dank, lieber Thomas.

Tatsächlich ist es so, dass rund 94 Anträge zu dem Komplex Ernährung und Landwirtschaft, Klima, Energie und Industrie oder das Verhältnis zwischen Klima, Energie und Industrie, Umwelt und Artenschutz und Verbraucherpolitik eingegangen. Ich würde jetzt einfach mal sagen, das ist natürlich nicht nur eine Fleißarbeit, sondern das zeigt einfach auch, wie rege dieses Thema innerhalb der Sozialdemokratie diskutiert wird. Die große Bandbreite und die Qualität der Anträge – das will ich einfach mal hervorheben – zeigt aus Sicht der Antragskommission, dass wir hier wirklich sehr stark sind.

Wir zeigen auch, dass wir Querschnittsthemen können und dass wir auch verbraucher- und lebens- und energie- und umweltpolitische Themen miteinander verknüpfen können. Ich finde, das passt auch sehr gut in unseren Ansatz, die Transformation so zu organisieren, dass tatsächlich die zentrale soziale Frage, nämlich ob wir es tatsächlich noch schaffen, gute Lebensumstände für uns und die nachfolgenden Generationen zu organisieren, auch bei der Sozialdemokratie in guten Händen ist.

Ich will zu den Anträgen im Einzelnen gar nicht viel sagen, weil wir euch mit den Voten, glaube ich, euch ziemlich eindeutig Vorschläge unterbreitet haben.

Ich will einen besonderen Punkt noch mal hervorheben. Wir haben die Voten so organisiert, dass sie in die Bundestagsfraktion reichen, weil einige Themen angesprochen sind, bei denen wir noch mitten in den Gesetzgebungsprozessen sind. Da wollten wir jetzt aus Sicht der Antragskommission nicht schon Vorfestlegungen treffen, sondern den Kolleginnen und Kollegen im Parlament die Gelegenheit geben, auf der Grundlage unserer gemeinsamen Positionen noch gestalten zu können.

Darüber hinaus möchte ich euch auf einen Antrag hinweisen. Das ist bei OpenSlides der Antrag UVP14. Hier hatte die Ursprungsempfehlung der Antragskommission gelautet, dass es erledigt ist. Wir würden jetzt ganz gerne zu diesem doch sehr sensiblen Thema des Sponsorings – insbesondere des Sponsorings auf SPD-Veranstaltungen wie dieser hier -, dass wir den Parteivorstand bitten, sich im Anschluss an den Parteitag damit zu beschäftigen.

Das ist, kurz zusammengefasst, das Votum der Antragskommission. – Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Herzlichen Dank. – Dann frage ich, ob es weitere Wortmeldungen gibt. Uns liegen zwei Wortmeldungen vor. Wer noch sprechen will, möge sich bitte hier vorne melden.

Ich rufe Bettina Martin auf, die zum Antrag UA05 – Munitionsaltlasten – sprechen wird.

Bettina Martin, *Mecklenburg-Vorpommern:*

Liebe Genossinnen und Genossen! 300.000 Tonnen Altlasten von Munition bzw. Kampfmitteln liegen allein in der Ostsee auf dem Meeresgrund. Das ist natürlich eine erhebliche Gefahr für Mensch und Tier, für das marine Ökosystem. Das ist ein Riesenproblem: Risiko für die Schifffahrt, Risiko für die maritime Wirtschaft, Risiko für die Fischerei und natürlich auch – das ist ganz wichtig – ein Risiko für den Ausbau der Offshore-Windenergie. Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern 2.000 Kilometer Ostseeküste. Deswegen ist das für uns natürlich ein Riesenproblem. Saubere Ostsee, das ist für uns ein ganz wichtiges Überlebensproblem. Aber es ist eben auch kein regionales Problem. Was dort in der Ostsee und auch in der Nordsee liegt, das ist eine tickende Zeitbombe. Hier müssen wir handeln.

Deshalb dürfen wir eben nicht mehr Zeit verlieren, sondern wir müssen das Problem beim Schopfe packen. Ich bin wirklich dankbar, dass von der Bunderegierung 100 Millionen Euro in Aussicht gestellt werden, um hier aktiv zu werden. Aber das ist natürlich nur ein kleiner Anfang für dieses Megaproblem, für dieses Problem, das mindestens 20 Jahre braucht, dass wir das gemeinsam anpacken. Wir haben keine Zeit mehr. Es muss schnell gehen.

Ich hoffe, dass ihr diesem Antrag zustimmen könnt, dass wir gemeinsam mit dem Bund, mit den Ländern, aber auch mit unseren Nachbarstaaten im demokratischen Ostseeraum – - Ich als Europa-Ministerin bin unterwegs in diesen Staaten. Alle haben die gemeinsame Sorge, dass wir diese tickende Zeitbombe entschärfen müssen. Wir brauchen dafür Mittel. Wir brauchen dafür die Zusammenarbeit. Wir sollten dieses Problem ganz oben auf die Liste stellen. Wir brauchen eine saubere Ostsee. Die Altlasten müssen da raus. Das rostet auf dem Meeresboden. Wir müssen Mensch und Tier davor bewahren. Deswegen freue ich mich, dass wir diesen Antrag heute beraten. – Vielen Dank.

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Danke, Bettina. – Für den Antrag ist Annahme empfohlen.

Dann habe ich Burkhard Blienert aus Nordrhein-Westfalen zum Thema Verbraucherschutz. Das ist der Antrag VP09. Du hast das Wort.

Burkhard Blienert, *Nordrhein-Westfalen:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Als Bundesdrogenbeauftragter freue ich mich sehr, dass wir auch einiges zum Themenbereich Alkohol und Tabak im Antragsbuch haben. Es ist notwendig und richtig, dass wir darüber reden. Deshalb bin ich auch froh darüber, dass die Antragskommission ihr Votum geändert hat, was den einen Antrag betrifft. Ich helfe auch gerne mit, was die Frage Sponsoring von Veranstaltungen betrifft, wenn wir dort als Partei und als Parteivorstand endlich eine klare Linie, eine Klärung in dieser Frage hinbekommen, damit wir auch eine klare Haltung dazu haben, was

es heißt, sich auf Veranstaltungen durch die Alkoholwirtschaft und Tabakindustrie finanzieren zu lassen.

Wir haben dort großen Nachholbedarf. Die Themenbereiche Alkohol, Tabak und Glücksspiel sind die großen gesundheitspolitischen Herausforderungen, die wir haben. Deshalb gehören diese Themenbereiche auch in den Verbraucherschutz, insbesondere aber in die Gesundheitspolitik. Unter diesen Gesichtspunkten müssen wir das diskutieren.

Wir reden in Deutschland von 4 Millionen Menschen, die riskant oder pathologisch Glücksspiel betreiben – 4 Millionen Menschen. In der Regel sind dadurch Schicksale betroffen. Es geht tatsächlich um Haus und Hof, wenn riskant gespielt wird. Aber es geht insbesondere um die Kinder und Jugendlichen aus suchtbelasteten Familien, die die Last tragen müssen. Das gilt auch für Alkohol und Tabak. Deshalb brauchen wir dort klare Regulierungen.

Im Koalitionsvertrag ist vorgesehen, im Bereich Werbung und Sponsoring Maßnahmen zu ergreifen. Das müssen wir jetzt umsetzen. Erst dann können wir es schaffen, zum Beispiel insbesondere Kinder und Jugendliche zu schützen. Sie sind permanent der Werbung für alkoholische Produkte ausgesetzt. Deshalb setze ich mich auch dafür ein, dass wir unbedingt das begleitete Trinken am 14 abschaffen. Das ist ein Anachronismus, den wir in Deutschland noch haben, in vielen anderen Ländern nicht mehr. Da müssen wir endlich Farbe bekennen und dort ein klares Zeichen setzen. Alkohol hat nichts in den Händen von Kindern und Jugendlichen zu suchen. Alkohol ab 14 ist für mich ein Anachronismus und gehört abgeschafft. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Danke schön. – Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall.

Es gab jetzt auch keine mündlichen Anträge, sodass die Voten der Antragskommission stehen. Alles gut.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den gesamten Themenblock U, Umwelt, Klima, Verbraucherschutz und Energie. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitten wir um das Kartenzeichen. – Das sind schon mal sehr viele. Gibt es Gegenstimmen? – Ich kann so weit keine erkennen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. Dann sind die aufgerufenen Anträge damit so wie vorgegeben beschlossen. – Ganz herzlichen Dank.

Wir warten jetzt noch weiter auf das Ergebnis der Auszählung für die „Stellis“ und würden bis dahin unterbrechen. Bitte verlasst den Raum nicht ganz so weit. So lange kann es nicht mehr dauern. – Ganz herzlichen Dank.

(Unterbrechung)

Liebe Genossinnen und Genossen, uns liegt ein Ergebnis der Wahl der Stellvertreter vor. Ich darf die Kommission bitten, uns das Ergebnis zu präsentieren.

ERGEBNIS DER WAHL DER STELLVERTRETENDEN PARTEIVORSITZENDEN

Max Pankofer, *Mandatsprüfungs- und Zählkommission:*

Liebe Genossinnen und Genossen!

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Entschuldige, kannst du bitte warten, bis alle im Saal sind? Entschuldige, bitte! Ich habe dich erst aufgerufen und dann wieder unterbrochen. – Kommt bitte zu euren Plätzen! Auch alle Kandidat*innen für die Stellvertreterposten sollten am besten im Saal sein, weil ich euch gleich gerne noch eine Frage stellen möchte. – Jetzt kannst du die Ergebnisse präsentieren.

Max Pankofer, *Mandatsprüfungs- und Zählkommission:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich gebe euch das Ergebnis der Wahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden bekannt.

Die Wahl war eine verbundene Einzelwahl. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erreicht hat.

Wir haben insgesamt 590 abgegebene Stimmen. Davon sind unterschiedlich viele ungültig: bei Klara 8 ungültig, bei Hubertus 10 ungültig, bei Serpil 10 ungültig, bei Achim 12 ungültig und bei Anke 6 ungültig.

Dementsprechend haben wir bei Klara 582 gültige Stimmen, davon 434 Ja, 80 Nein und 68 Enthaltungen. Damit ist Klara mit 74,6 Prozent gewählt. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Bei Hubertus sind es 580 gültige Stimmen, davon 560 Ja, 14 Nein und 6 Enthaltungen, gewählt mit 96,6 Prozent.

(Beifall)

Serpil hat auch 580 gültige abgegebene Stimmen, davon 460 Ja, 69 Nein und 51 Enthaltungen, gewählt mit 79,3 Prozent.

(Beifall)

Bei Achim sind es 578 gültige Stimmen, davon 452 Ja, 68 Nein und 58 Enthaltungen, gewählt mit 78,3 Prozent.

(Beifall)

Bei Anke sind es 584 ungültige Stimmen. – Nein, Entschuldigung, gültige Stimmen!

(Heiterkeit)

Davon sind 558 Ja, 12 Nein und 14 Enthaltungen, damit gewählt mit 55,9 Prozent.

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

95,5 Prozent!

(Heiterkeit)

Max Pankofer, *Mandatsprüfungs- und Zählkommission:*

95,5 Prozent – Entschuldigung! Glückwunsch!

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Liebe Klara, lieber Hubertus, liebe Serpil, lieber Achim, liebe Anke, kommt doch noch einmal zu uns hier auf das Podium. Liebe Klara, nimmst du die Wahl an?

Klara Geywitz: Ja, ich nehme die Wahl an!

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

- Das war ein „Ja, ich nehme die Wahl an!“ Ganz herzlichen Dank und herzlichen Glückwunsch, Klara!

(Beifall)

Lieber Hubertus, du hast ein Mikrofon vor dir. Nimmst du die Wahl an?

Hubertus Heil: *Auch wenn „96“ für einen Braunschweig-Fan schwierig ist – sehr gerne! Ich danke euch für das Ergebnis.*

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Danke für diese Überwindung!

Liebe Serpil, nimmst du die Wahl an?

Serpil Midyatli: *Ja, nehme ich an! Danke!*

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

„Ja, nehme ich an! Danke!“ war die Antwort. Ganz herzlichen Glückwunsch, Serpil!

(Beifall)

Lieber Achim?

Achim Post: *Ich auch!*

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

- Achim nickt, sagt „Ich auch“ und winkt. Danke schön.

(Beifall)

Anke hat ein Mikrofon vor sich und darf antworten. Nimmst du die Wahl an, liebe Anke?

Anke Rehlinger: Ja, Vielen Dank. Für saarländische Verhältnisse ist das gerade noch akzeptabel. Ich nehme die Wahl an.

(Heiterkeit und Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Ganz herzlichen Dank, Klara, Hubertus, Serpil, Achim und Anke. Damit haben wir ein starkes Stellvertreter*innen-Team. Euch herzlichen Glückwunsch!

Dann darf ich wieder übergeben.

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Ganz herzlichen Dank – und allen noch einmal einen ganz herzlichen Glückwunsch!

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir gehen gleich weiter zu einem weiteren Höhepunkt dieses Parteitages, nämlich zur Wahl des Generalsekretärs oder der Generalsekretärin.

Wenn die Gratulationen hier noch einigermaßen abgeschlossen werden können. Das wird für ihn kein Problem sein. Vorgeschlagen ist Kevin Kühnert. Ich bitte ihn jetzt hier an das Mikrofon.

(Beifall)

VORSTELLUNGSREDE DES KANDIDATEN ZUR WAHL DES GENERALSEKRETÄRS

Kevin Kühnert, *Kandidat zur Wahl des Generalsekretärs:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Aydan, danke für das Vertrauen, dass ich hier sozusagen ein bisschen Ordnung in den Raum reinbringen kann! Und Glückwunsch auch von hier oben noch einmal an alle gewählten Stellvertreterinnen und Stellvertreter!

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist schon viel beschworen worden: Wir kommen heute, vier Jahre nach unserem letzten Präsenzparteitag, der genau hier stattgefunden hat, zusammen. Viele erinnern sich noch sehr genau daran, wie sich das damals angefühlt hat: einerseits eine unendlich lange Strecke der Führungsfindung bei uns in der Partei hinter uns, dann endlich Klarheit auf dem Parteitag, aber eben auch die drückende Last von 13 bis 14 Prozent in den Umfragen. Das war damals die Ausgangslage. Und viel ist hier in den letzten Stunden bereits beschworen worden, dass wir schon einmal gezeigt haben, wie wir uns selber aus diesem Loch herausgearbeitet haben, dass wir gezeigt haben, dass wir es über echte Geschlossenheit, die wir uns erarbeitet haben, über programmatische Klarheit und über das Zutrauen in Führung geschafft haben, politisches Vertrauen nicht nur zurückzugewinnen, sondern tatsächlich auch Wahlen zu gewinnen.

Ich glaube aber, es gehört zur Ehrlichkeit dieses Parteitages mit dazu: Einfach nur die Wiederholung einer bereits gelaufenen Geschichte zu beschwören, das alleine wird nicht reichen. Wir müssen, wenn wir uns hier zur Wahl stellen, schon auch sagen, was wir auch aus den Zustimmungsverlusten, die wir in den letzten anderthalb Jahren erlitten haben, genau gelernt haben, um daraus Schlüsse für die kommenden zwei Jahre ziehen zu können.

(Beifall)

Ich möchte auf ein, zwei Aspekte hinweisen, die uns dabei leiten können.

Seit dieser Woche, seit nunmehr zwei Tagen, ist – im Moment ist aber keine Sitzungswoche – die Sitzordnung im Deutschen Bundestag eine andere. Wenn wir nächste Woche mit den Kolleginnen und Kollegen zurück ins Plenum des Deutschen Bundestages kommen, dann ist ein sehr kleines Tortenstück links von uns nicht mehr da. Die Linksfraktion hat sich in dieser Woche aufgelöst. Für jemanden wie mich, der 2005 in die Partei eingetreten ist und nur Zeiten erlebt hat, in denen es eine politische Kraft, die sich selbst links von uns definiert hat, gegeben hat, ist das irgendwie eine neue Situation. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, unsere Körperhaltung muss sein: Wir wollen diesen Raum einnehmen! Damit meine ich nicht, unsere jetzigen Plätze zu tauschen mit den viel zu wenigen der Restbestände der alten Partei Die Linke, die da im Moment noch sind, sondern das ist unser politisches Terrain! Das ist das, was eine linke Volkspartei abdecken muss!

(Beifall)

Es ist keine Anomalie, dass es da in den nächsten Monaten keine Fraktion von uns geben wird, die sich dann bei der nächsten Wahl wieder relativiert, sondern unser Anspruch muss sein, dass es so bleibt.

Aber da ist auch eine Lücke in die andere Richtung des politischen Spektrums entstanden. Wenn sich die realen politischen ideologischen Entwicklungen, die in den Parteien stattfinden, in der Sitzordnung abbilden würden, dann, liebe Genossinnen und Genossen, wäre in die andere Richtung des politischen Spektrums mindestens auf halber Strecke nach rechts außen ein größerer Graben entstanden, den die CDU/CSU unter ihrem Vorsitzenden Friedrich Merz gelassen hat, mit einer völligen Verabschiedung von dem, was christliche konservative Volkspartei einmal eine Zeit lang in Deutsch-

land gemeint hatte. Genauso wie die Fraktion Die Linke weg ist und die Partei in sich zusammenfällt, so ist auch der Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerflügel der Union längst Geschichte.

(Beifall)

Ganz hinten am Horizont winkt noch Karl-Josef Laumann und erinnert seine Parteifreundinnen und freunde daran, nicht alles sofort mit dem Arsch einzureißen, was über Generationen aufgebaut wurde. Nur, Gehör findet er dabei eben nicht.

Die Auswüchse davon konnte ich gestern Abend ganz live und in Farbe erleben. Ich bin gestern bei Maybrit Illner in der Talkshow zu Gast gewesen. Mir gegenüber saßen linker Hand – das meint jetzt wirklich nur die Sitzrichtung – Sahra Wagenknecht und neben ihr Carsten Linnemann. Na, da schlackern einem die Ohren, wenn man den beiden mal eine halbe Stunde zuhört! Einigkeit besteht darin, dass die Apokalypse nahe ist. Einig ist man sich nur noch nicht darüber, ob deutsche Arbeitslose, die angeblich zu faul sind, daran schuld sind – das ist die Lesart Linnemann – oder ob es ukrainische Bürgergeldempfänger sind, die sich nur in Deutschland anmelden und dann in die Westukraine zurückfahren. Na, das sind ja schöne Vertreter ihrer politischen Zünfte, mit denen wir es da zu tun haben auf der einen wie auf der anderen Seite des politischen Spektrums!

(Beifall)

Da ist viel Raum für uns – Raum, den es zu besetzen gilt für eine linke Volkspartei, die zu Grundprinzipien steht, die in unserer Gesellschaft absolut mehrheitsfähig sind. Die Verteidigung und Wahrung des sozialen Rechtsstaats, des gesellschaftlichen Ausgleichs, der Akzeptanz für unterschiedliche politisch-demokratische Positionen sind so wichtig in diesen Zeiten, in denen es offenkundig nur noch der SPD gelingt, in einer Situation, in der wir 30 Milliarden-Löcher in unseren Haushalten haben, nicht zuerst zu denjenigen zu gucken, für die 10 Euro weniger Regelsatz die Welt bedeuten, sondern zu denjenigen zu schauen, die sich mit 10 Milliarden Euro Vermögen die Welt kaufen können. Liebe Genossinnen und Genossen, was für eine schäbige gesellschaftliche Diskussion ist es, die da entstanden ist!

(Beifall)

Auch das war gestern live zu begutachten: Der Sendungstitel war zum Thema Haushaltsloch. Nach wenigen Minuten sind wir in den Details der Sozialgesetzgebung in Deutschland angekommen. Das war nicht nur am Thema vorbei, weil alle diese Einsparungen und Streichungen ja nichts einbringen, was auch nur ansatzweise die Größenordnung bringt, über die wir gerade reden, sondern es ist auch respektlos gegenüber den Betroffenen.

Aber das passt ja ins Bild. Das passt ins Bild einer Partei, die – auch in Person von Herrn Merz – beim Blick auf den Arbeitskräftemangel in Deutschland – 2 Millionen unbesetzte Jobs – nicht etwa hinterfragt, ob ihr ideologischer Blick auf Gleichstellungspolitik, die sie nicht wollen, falsch sein könnte, dass es ein Problem sein könnte, dass nur 30 Prozent der Frauen im erwerbsfähigen Alter Vollzeit arbeiten, obwohl mehr als doppelt so viele dies gerne täten, wenn wir nicht steuerliche Fehlanreize oder beschissene Betreuungsinfrastrukturen mit zu hohen Kitagebühren hätten.

(Beifall)

Nein, von dieser ideologischen Sichtweise wollen sie sich nicht verabschieden. Sie wollen auch nicht darüber sprechen, dass Arbeitskräfteeinwanderung in Deutschland notwendig ist. Denn dann müsste man ja einem Teil des eigenen Publikums, der im Moment sehr von Ressentiment getrieben ist, erklären, dass wir so den Ast absägen würden, auf dem wir selbst sitzen, wenn wir nicht auch über Arbeitskräfteeinwanderung sprechen. Auch darüber wollen sie nicht reden. Und dann ist es denklogisch, dass der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion beim Blick auf eine große Lücke von 2 Millionen Beschäftigten auf unserem Arbeitsmarkt an wen als Erstes denkt? – Er denkt an Menschen, die nach

45 und mehr Beitragsjahren abschlagsfrei wegen unserer Politik in Rente gehen können. Wie asozial ist das denn, liebe Genossinnen und Genossen? Die, die am meisten geackert haben, sollen noch länger ran! Das soll soziale Gerechtigkeit, das soll gesellschaftlicher Ausgleich sein? Das ist ja Hohn und Spott!

(Beifall)

Und es fügt sich – ein bisschen vornehmer vorgetragen – leider ein auch in Vertreterinnen und Vertreter anderer politischer Zünfte, die in der Situation von enormen Energiepreisen nicht wie wir auf die Idee kommen und es dann auch durchsetzen, Energiepreisbremsen in Deutschland zu veranlassen, harte Markteingriffe zu machen, damit Verbraucherinnen und Verbraucher nicht überfordert werden, sondern die sich dann mit schöngeistigen Bemerkungen zur öffentlichen Debatte einlassen, dass sie ihren alten Waschlappen zu Hause aus den Schubladen gekramt haben, um Energie zu sparen. Das sind letztlich auch nur dieselben Perspektiven auf die Dinge, nämlich von Leuten, die es aus ihren Freundes- und Bekanntenkreisen einfach nicht mehr gewohnt sind, dass nicht jeder Tausende Euro netto jeden Monat auf dem Konto hat und sich mal eben von den Widrigkeiten des Alltags freikaufen kann, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Das alles ist das Umfeld, in dem wir uns bewegen. Dazwischen ist ein großes, weites politisches Feld, das wir besetzen müssen.

Aber unsere Zustimmung ist trotzdem nicht sehr hoch im Moment. Darüber müssen wir sprechen. An dieser Erkenntnis kommen wir nicht vorbei. Warum ist sie nicht so hoch? – Es gibt sicherlich viele Gründe.

Ich glaube, es gibt eine große Sehnsucht nach Eindeutigkeit, und wir müssen aufpassen, dass die Sehnsucht nach Eindeutigkeit nicht zu einer Sehnsucht nach engstirnigen Antworten wird. Ich habe dazu viel den Soziologen Steffen Mau im Ohr, den wir in den letzten Wochen und Monaten vielfach auch im Parteivorstand gehört haben. Er hat Studienergebnisse und kürzlich auch ein Buch vorgelegt unter dem Titel „Triggerpunkte“. Er hat sich zusammen mit seinen Kolleginnen und Kollegen mit der großen und wichtigen Frage beschäftigt: Stimmt es eigentlich, wenn wir immer wieder so vor uns hinsprechen, wir hätten es mit einer gespaltenen Gesellschaft zu tun? Ist das bei näherer Betrachtung wirklich die Situation, in der wir uns befinden? – Mau und Co. kommen zu dem Ergebnis – und zwar forschungsbasiert , dass unsere Gesellschaft nicht gespalten ist. Ich glaube, man kann das auch an unseren Alltagserfahrungen belegen.

Wenn wir nach der grundsätzlichen Stoßrichtung dessen, was uns leiten sollte, fragen: „Wollen wir eine Gesellschaft, die etwas zum Klimaschutz beiträgt, oder nicht? Wollen wir eine Gesellschaft, die soziale Gerechtigkeit als Ziel verfolgt, oder nicht? Wollen wir eine offene, eine vielfältige, eine sich akzeptierende Gesellschaft?“, dann werden wir 80 Prozent und mehr Zustimmung auch weit über die demokratischen Kräfte des Landes hinweg haben.

Warum geht es aber trotzdem im Alltag so aufgewühlt und gegeneinander zu? – Es sind eben diese Triggerpunkte, von denen Mau spricht. Es sind diese Begrifflichkeiten, einzelne politische Konzepte, auch Verhetzungen, vorgetragen von einigen politischen Akteuren, die nichts Gutes, schon gar nicht die Lösung irgendeines Problems im Schilde führen. Das sind die Momente, in denen Gruppen gegeneinander aufgewiegelt werden, in denen Bratwurst-Diskussionen, Gender-Diskussionen und anderes, was Lars vorhin zu Recht erwähnt hat, dazu führen, dass Dinge, bei denen wir eigentlich in dieselbe Richtung laufen, in einem großen Knall implodieren und das Feld bereitet ist für die Populisten und Hetzer in unserer Gesellschaft, die sich dort breitmachen, um das Problem von allen Seiten zu beleuchten und zu beschreiben.

Deswegen sind die Schlussfolgerungen für uns, auch um aus dieser schwierigen Situation herauszukommen:

Wir, die Sozialdemokratie, müssen zusammen mit unseren Verbündeten an unsere Kernthemen ran. Wenn die Gesellschaft über Wohlstand, über Gerechtigkeit, über gute Daseinsvorsorge spricht und diese Themen nach vorne stellt, dann sind wir mehrheitsfähig. Denn wir wissen, dass unsere Positionen dazu in dieser Gesellschaft mehrheitsfähig sind.

Harte Wahrheit: In unserer gesamten Geschichte war es so, dass die Wählerinnen und Wähler der Sozialdemokratie nicht immer alle unsere Parteitagspositionen vertreten haben. Manchen wollte man und will man vielleicht auch heute lieber nicht nach dem zweiten oder dritten Bier in der Kneipe zuhören, wenn sie darüber sprechen, wie sie das jetzt so genau sehen mit der Frage von Gleichstellung oder mit manchen Integrationsfragen. Sie haben aber sozialdemokratisch gewählt und gar keine Luft da drankommen lassen oder sich irgendwie in Richtung Rechtsaußen umgeguckt, weil immer klar war: Solange es eine Politik gibt, die ernst macht damit, dass sich Arbeit mehr lohnt, dass Löhne erhöht werden, dass Tarifbindung steigt, dass die Daseinsvorsorge verbessert wird, dass ein aktiver Staat steuert und investiert, dann lohnte es sich, dafür die Stimme abzugeben, auch wenn man vielleicht mit dem gleichstellungspolitischen oder vielfaltspolitischen Programmteil dieser Partei noch nicht so einverstanden gewesen ist, liebe Genossinnen und Genossen. Da müssen wir wieder hinkommen!

(Beifall)

Wir müssen dahinkommen, dass diese Auseinandersetzungen in der Mitte der großen Fragen unserer Zeit geführt werden, um dann auch Zustimmung für die anderen Themen erreichen zu können. Dafür brauchen wir politische Klarheit. Das nehme ich für uns in der Parteispitze auch als Auftrag für die nächsten zwei Jahre mit. Das müssen wir noch stärker herausarbeiten, so wie wir es mit den Leitanträgen für diesen Parteitag getan haben. Jedes Parteimitglied muss, wenn es auf der Arbeit, im Sportverein, am Infostand auf die großen Fragen der Zeit angesprochen wird, wie das mit dem Investieren und der Schuldenbremse jetzt gehen soll, wie das mit dem Bürgergeld ist usw., in drei klaren hochdeutschen Sätzen sagen können, was die Parteiposition dazu ist. Das war in den letzten Jahren nicht immer in der notwendigen Geschwindigkeit der Fall. Wir haben uns manche Diskussionen über Waffenlieferungen geliefert, bei denen wir mit falschen Diskussionen, falschen Argumenten eine eigentlich total sinnvolle Position – nämlich: es ist unübersichtlich, wir fahren erst mal auf Sicht, wir müssen gucken, wie die Dinge sich entwickeln und Verantwortung übernehmen – versucht haben zu erklären. Davon müssen wir wegkommen, um den Mitgliedern wieder Orientierung zu geben, die unser Gesicht und unsere Stimme im Alltag sind. Ich nehme es ernst, wenn mir Mitglieder schreiben und mir sagen, dass es ihnen schwerfällt, im Alltag genau erklären zu können, was wir tun, den Anwürfen widerstehen zu können. Das ist unser politischer Auftrag gerade in der Parteispitze und auch in der Parteizentrale, unsere Mitglieder stolz und sprechfähig zu diesen Fragen zu machen. Die Herausforderung nehmen wir an.

(Beifall)

Dem Thema Mitglieder habe ich mich in den vergangenen zwei Jahre als euer Generalsekretär gewidmet. Ich halte es weiterhin für keine Naturgegebenheit, dass demokratische Parteien Mitglieder verlieren. Ich halte es geradezu für ein Versäumnis und einen Skandal. Es geht nicht, dass in Zeiten, in denen unsere Demokratie angegriffen wird, in denen Rechtsradikale in Teilen des Landes anfangen, Landräte zu stellen und über 30 Prozent bei Landtagswahlen zu bekommen, die Verantwortung des Aushandelns von politischen Prozessen im Parteienraum auf den Schultern von – was weiß ich – 900.000 Mitgliedern demokratischer Parteien liegt. Ich rufe das auch denjenigen zu, die immer auf uns gucken, die sagen: Ihr müsst noch ein bisschen besser werden, strengt euch mehr an, kämpft mehr! – Ich rufe zurück: Kämpft mit uns zusammen! Wir, aber auch die ganze Demokratie brauchen mehr Unterstützung in diesem Kampf!

(Beifall)

Wir müssen uns erwehren können, auch im Alltag. Es geht nicht an, dass mir unsere ostdeutschen Landesverbände vor

den Kommunalwahlen im nächsten Jahr sagen, dass wir mancherorts vielleicht nur in 30 Prozent der Kommunen, wo etwa 70 Prozent der Menschen leben, überhaupt Listen aufbieten können. Das ist übrigens kein SPD-Problem, sondern das ist ein Parteien- und Zivilgesellschaftsproblem dort vor Ort. Da verödet dann auch der gesellschaftliche Meinungsaustausch. Da wird das Feld für diejenigen geöffnet, die dankbar dort reingehen. Es ist unser aller Auftrag, uns dort zu wehren, uns schützend vor unsere Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker zu stellen, die da manchmal seit 30 Jahren den Kopf hinhalten und sich fragen, ob sie es sich jetzt noch einmal fünf Jahre antun wollen, dass ihnen da ein Hakenkreuz zu Hause in die Tür reingeritzt wird, dass sie irgendwo auf der Straße angepöbelt werden. Da gerät die Demokratie ins Bröseln, wenn wir nicht gegenhalten, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deshalb unterstützen wir nächstes Jahr nicht nur bei der Europawahl, sondern auch bei den neuen Kommunalwahlen, bei den drei Landtagswahlen mit allem, was geht, weil es für die Partei, aber auch für unsere Gesellschaft ums Ganze gehen wird.

Und das ist mein Versprechen, das ich als Generalsekretär, wenn ihr mir die Chance gebt, auch für die nächsten zwei Jahre abgeben will: Unsere Verantwortung, um die wir uns bei Wahlen beworben haben, für die wir gewählt worden sind und die wir in der von uns geführten Koalition wahrnehmen, wollen wir bis zum Ende ausüben. Wir wollen diesen Koalitionsvertrag umsetzen. Wir wollen das Maximum rausholen. Und alle Akteurinnen und Akteure von Partei, Fraktion und Regierung stehen dafür ein. Aber am besten kämpft es sich und verhandelt es sich, wenn man zu jeder Zeit eine Gewissheit hat: dass der eigene Laden kampfbereit, kampfwillig und kampffähig ist. Dieses Versprechen gebe ich euch für die nächsten zwei Jahre als Generalsekretär ab, wann immer der Kampf notwendig sein wird. Diese grandiose Parteizentrale mit ihren tollen Kolleginnen und Kollegen steht jederzeit bereit. Wenn es nötig ist, dann ruft nachts um drei an – und dann starten wir in den nächsten politischen Kampf! Wir werden siegen, aber nicht von alleine, sondern nur, wenn wir uns zusammenreißen und zusammen aus diesem Loch rauskommen.

(Beifall)

Auf geht‘s! Von diesem Parteitag aus starten wir die Aufholjagd bis zu den nächsten Wahlen. Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns zusammenstehen!

(Starker, anhaltender Beifall)

WAHL DES GENERALSEKRETÄRS

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Nach dieser kämpferischen Rede war das ein wunderbarer Applaus. Aber das reicht nicht: Ihr müsst jetzt zur Wahl schreiten! Das Ziel lautet: Keine ungültigen Stimmen. Deswegen werde ich jetzt noch einmal einige Erläuterungen geben, bitte aber schon mal darum, dabei die Stimmzettel zu verteilen. Die Medienvertreter bitte ich erneut darum, ihre Objektive während des Wahlgangs nicht auf die Delegierten zu richten und die Geheimheit der Wahl zu respektieren.

Es handelt sich hier um eine Einzelwahl gemäß § 7 Wahlordnung. Es ist ein Kandidat, der auf dem Stimmzettel steht. Ihr müsst bitte entweder „Zustimmung“, „Ablehnung“ oder „Enthaltung“ ankreuzen. Das ist die erste wichtige Sache. Also: Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung. Es muss ein Kreuz sein. Das zweite Wichtige ist: Die Kontrollmarke

Nummer 3 klebt ihr bitte auf den Zettel.

Also zwei Dinge: Kontrollmarke Nummer 3 und ein Kreuz. Wenn ihr das beides habt – und vielleicht nicht unterschreibt oder solche Dinge noch draufschreibt , müsste euer Stimmzettel wirklich gültig sein.

Nach § 23 Absatz 4 Organisationsstatut ist im ersten Wahlgang gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat.

Gibt es noch eine Frage zu diesem Wahlgang? – Haben alle schon Stimmzettel erhalten? – Nein, das ist noch nicht der Fall. Dann warten wir noch kurz.

Zeigt bitte noch einmal an, wo Stimmzettel fehlen! – Einige tun das schon. Zeigt das bitte noch einmal deutlich an, damit die Zettel zu euch gebracht werden können! Es scheinen nur noch wenige zu sein. – Auf der linken Seite! – Die Bärbel Kofler läuft noch einem Zettel hinterher. – Haben jetzt alle Stimmzettel erhalten? – Dann eröffne ich den Wahlgang.

Denkt bitte an die Kontrollmarke Nummer 3 und ein Kreuz! – Wir würden jetzt gleich mit dem Einsammeln beginnen, wenn ihr alle ausgefüllt habt. – Das scheint so zu sein. Dann gerne mit dem Einsammeln beginnen! – Super, wenn ihr auch aufzeigt. – In der Mitte sind noch sehr viele Stimmzettel. – Ich höre gerade, dass die Einsammler teilweise gar nicht durchkommen, weil ihr im Weg steht. Also bitte einfach mal Platz machen! – Liebe Genossinnen und Genossen, ihr seht, wie die wirklich rennen und holen und machen. Ich finde, die haben noch einmal einen riesigen Applaus verdient.

(Beifall)

Bitte noch einmal die Zettel aufzeigen, wo noch nicht eingesammelt wurde! – Das sind gar nicht mehr so viele. – Hat irgendjemand seinen Stimmzettel noch nicht abgegeben? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann schließe ich diesen Wahlgang und bitte ich um die Auszählung.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben heute noch zwei Wahlen, aber wir sind extrem gut in der Zeit. Wir haben gut aufgeholt.

Wir kommen jetzt noch einmal zu einer Antragsberatung. Dafür gebe ich noch einmal an Thomas ab. – Der Wahlgang ist geschlossen.

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Ganz herzlichen Dank. – Da ist noch ein gelber Zettel, der bitte noch mitgesammelt wird.

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Der Wahlgang wurde schon geschlossen. Ich habe dreimal gefragt.

ANTRAGSBERATUNG BEREICH ARBEITSMARKT UND BESCHÄFTIGUNG UND INI09

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Dann kommen wir zur Beratung der Anträge im Sachbereich Arbeitsmarkt und Beschäftigung Ar. Dazu liegt euch der Ini09 „An der Seite der Gewerkschaften: Gemeinsam für die 4-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich“ vor. Dazu empfiehlt die Antragskommission „Annahme in geänderter Fassung“, die Kerstin gleich vorstellen wird. Aufgerufen sind außerdem die Anträge Ar01 bis Ar61 aus den Seiten 116 bis 163 im Antragsbuch.

Für die Antragskommission hat Kerstin Griese das Wort.

Kerstin Griese, *Antragskommission:*

Liebe Genossinnen und Genossen, einen schönen guten Abend! Wir kommen zum Antragsbereich Ar wie „Arbeit“. Das passt gut; denn wir sind die Partei der Arbeit als Sozialdemokratie. Die Arbeitsmarktpolitik gehört zu unserem Kernbereich sozialdemokratischer Politik. Arbeit muss immer den Unterschied machen. Unser Ziel ist immer, Menschen in Arbeit zu bringen.

Wir haben viele Anträge zum Bereich Arbeitsmarktpolitik: insgesamt 61 Anträge und der schon erwähnte Initiativantrag. Die Antragskommission hat die Anträge ausführlich beraten. Es ist auch eine ziemlich große und sehr vielfältige thematische Bandbreite. Das zeigt, wie wichtig in unserer SPD das Thema Arbeit ist.

Thomas hat es schon angesprochen: Der Initiativantrag09 behandelt die 4 Tage-Woche. Ich will euch dazu sagen, dass wir im Leitantrag Tr01 – also Transformation 01, den wir heute früh als Erstes beschlossen haben – schon beschlossen haben, dass wir die Gewerkschaften überall da unterstützen, wo sie neue Anläufe zur Reduzierung der Arbeitszeit unternehmen.

Die Arbeitszeitpolitik gehört ja zum Kernbestand der Tarifautonomie. Deshalb haben wir schon im Tr01 mit den Antragstellern eine Formulierung dazu gefunden und jetzt auch für diesen Antrag eine Neuformulierung gefunden. – Ich hoffe, ihr seid gleich in der Lage zuzuhören, wenn ich sie vortrage.

(Unruhe)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Seid doch bitte etwas leiser! Man kann wirklich kaum etwas verstehen.

(Beifall)

Kerstin Griese, *Antragskommission:*

Ich kämpfe mich hier durch. Wir haben dazu mit den Antragstellern eine Formulierung gefunden, wie wir diesen Initiativantrag09 gerne ändern würden. Ich trage das jetzt vor. Der Vorschlag für die Annahme in der geänderten Fassung lautet

Die Verkürzung der Arbeitszeit ist in der Geschichte der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften stets ein gemeinsames Ziel gewesen. Die aktuelle Diskussion über fortschrittliche Arbeitszeitpolitik am Beispiel einer 4-Tage-Woche steht stellvertretend für das Bestreben vieler, durch Arbeitszeitverkürzungen Belastungen zu reduzieren und mehr Freiräume

für die bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Leben zu erhalten.

Fortschrittliche Arbeitszeitpolitik ist eine Kernfrage der gerechten Verteilung der von den Beschäftigten erwirtschafteten Produktivitätszuwächse. Arbeitszeitpolitik gehört zum Kernbereich der Tarifautonomie. Deswegen unterstützen wir die Gewerkschaften politisch überall da, wo sie in ihrer Tarifpolitik einen neuen Anlauf zur Verkürzung der Arbeitszeit unternehmen.

Wir wollen in einem gemeinsamen Verfahren mit den Gewerkschaften, AfA, Jusos, Bundestagsfraktion, Wissenschaft und dem Bundesarbeitsminister die verschiedenen Aspekte von kollektiver und individueller Arbeitszeitverkürzung diskutieren. Das Ziel ist, gute Lösungen für Arbeit, die zum Leben passt, zu finden, mit denen Lohnverluste und Personalengpässe vermieden werden, und welchen Beitrag dazu die Tarifpolitik einerseits hat und welche politisch unterstützenden Maßnahmen auch im Hinblick auf das nächste Wahlprogramm notwendig sind.

Soweit der geänderte Text des Initiativantrags09, der darauf zielt, dass wir in diesem gemeinsamen Verfahren mit den Gewerkschaften und denen, die in der Partei dazu aktiv sind, gute Lösungen zu diesem Thema erarbeiten.

Ich mache aber trotzdem noch weiter zum gesamten Antragspaket. Denn ein wichtiges Thema in diesem Antragspaket ist auch das Thema Mitbestimmung. Auch dazu hatten wir einige Anträge.

Für uns ist klar: Wir wollen mehr Demokratie in den Betrieben. Für uns ist auch klar: Die Veränderung der Arbeitswelt durch den klimaneutralen Umbau unserer Wirtschaft und durch die Digitalisierung können nur auf Augenhöhe und in enger Anbindung der Beschäftigten, ihrer Betriebsräte und der Gewerkschaften erfolgreich gestaltet werden. Deshalb haben wir in den Leitantrag Transformation 01, den wir heute Morgen beschlossen haben, schon in unserer ersten Sitzung der Antragskommission mehrere Teile aus den Anträgen zum Thema Mitbestimmung aufgenommen. Die AfA hatte da einige Anträge gestellt. Die sind an drei Stellen im Tr01 bereits aufgenommen und damit durch die Annahme von Tr01 erledigt. Das betrifft zum Beispiel die Mitbestimmung in wirtschaftlichen Angelegenheiten, aber auch die Mitbestimmung bei der Personalbemessung. Dadurch sind dann aus unserer Sicht der Antragskommission die Anträge zu diesem Thema durch die Übernahme in den Leitantrag erledigt.

Außerdem hatten wir verschiedene Anträge zur Lohngestaltung, zum Mindestlohn – ihr habt das Thema ja hier auch schon mitbekommen – und auch zur Stärkung der Tarifbindung. Auch da haben wir für den Tr01 klare Aussagen gefunden, die wir machen, auch ein gemeinsames Verfahren mit den Gewerkschaften, wie wir an diesem Thema arbeiten.

Ich sage es hier noch einmal ganz klar: Die Mini-Erhöhung des Mindestlohns, die durch die Arbeitgeberseite in der Mindestlohnkommission einseitig durchgesetzt worden ist, ist für uns deutlich zu niedrig. Wir haben deshalb eben im Leitantrag eine gute Festlegung beschlossen, dass wir in einem gemeinsamen Verfahren Vorschläge entwickeln wollen, die im Ergebnis zu einer deutlichen Steigerung des Mindestlohns führen sollen.

Das Gleiche gilt für die notwendige Steigerung der Tarifbindung. Deshalb zielt all das darauf, dass wir ein Gesamtkonzept für Gute Löhne, für Gute Arbeit machen wollen. Deshalb schlagen wir vor, die Anträge, die dazu noch da sind, an den Parteivorstand zu überweisen, damit sie alle in dieses gemeinsame Verfahren für das Wahlprogramm einfließen.

Außerdem haben wir noch einige Anträge zur weiteren Beratung an die Fraktion und an den Parteivorstand überwiesen. Dabei geht es teilweise um sehr spezifische Detailfragen, etwa im Bereich des SGB II, oder andere Fragen der aktiven Arbeitsmarktpolitik.

Wir haben dann den Antrag Ar43 aus Berlin zur Annahme empfohlen. Darin geht es darum, dass bei kranken Kindern erst am dritten Tag ein ärztliches Attest vorliegen muss. Das halten wir für sinnvoll und für hilfreich für die Eltern von

kranken Kindern. Zu Ar43 empfehlen wir also „Annahme“.

Wir haben zu guter Letzt noch den Antrag Ar48 aus dem Bezirk Hessen-Nord zur Annahme empfohlen. – Wo ist Hessen-Nord? Könnt ihr hier mal aufwachen? – Da, wunderbar! – Der Antrag besteht nur aus einem Satz. Ich lese Ihnen noch einmal vor: „Der SPD Bundesparteitag lehnt jegliche Eingriffe in das Streikrecht ab!“

(Beifall)

Jetzt könnt ihr natürlich sagen: Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit in der SPD. – Wir haben aber auch in den verschiedenen Tarifauseinandersetzungen der letzten Monate gesehen, dass es Kräfte gibt, die das Grundrecht auf Streik beschränken wollen. Dazu sagen wir Nein. Das wird es mit der SPD nicht geben. Deshalb schlagen wir vor, diesen Antrag mit diesem einen Satz zu beschließen und das mit diesem Parteitag zu bekräftigen.

In diesem Sinne wünsche ich uns gute Beratungen. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit! Ich freue mich, wenn ihr die Voten der Antragskommission unterstützt. Vielen Dank.

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Ganz herzlichen Dank, Kerstin. – Uns liegen hierzu schon einige Wortmeldungen vor. Ich rufe auf Erik von Malottki von der AfA. Schon mal bereit machen kann sich Katharina Räth aus Bayern. Erik, du hast das Wort. – Erik schleicht sich so ein bisschen hinten herum an. Erik spricht zu Ar07 zum kirchlichen Arbeitsrecht.

Erik von Malottki, *stellv. Vorsitzender der AfA:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist manchmal überraschend, wenn man als Erstes dran ist. Aber ich freue mich, zu unserem wichtigsten Arbeitsbereich sprechen zu können.

Es geht mir um Folgendes. Ich habe vorhin ein bisschen etwas zu mir gesagt. Bevor ich in den Bundestag gekommen bin, war ich Gewerkschaftsreferent für die GEW. Mein Auftrag war es, im – ich weiß nicht, wer Gewerkschafter unter euch ist – sogenannten Häuserkampf tariflose Kitas zu organisieren und mit den Erzieherinnen und Erziehern dort zusammen einen ganz normalen TVöD-Tariflohn zu erkämpfen. Ihr müsst euch vorstellen: Viele von uns waren in Mecklenburg-Vorpommern tariflos. Erzieherinnen und Erzieher waren teilweise im Niedriglohnsektor. Und ich weiß noch ganz genau: Durch meinen ersten Tarifvertrag, den ich verhandelt habe, hat eine ältere Erzieherin am Ende 1.000 Euro im Monat mehr bekommen – nur durch den TVöD! Dann müsst ihr euch vorstellen: Wie viel hat diese Frau jahrelang in diesem wichtigen Job verdient, und was für eine Altersarmut muss sie befürchten?

(Beifall)

Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern etwas gemacht: Wir haben das Finanzierungssystem geändert. Das war auf Manuelas Vorschlag. Das hat dazu geführt, dass wir die Tarifbindung in dem Bereich sehr stark erhöhen konnten. Es gibt ganz viele Bundesländer unter sozialdemokratischer Führung – Mecklenburg-Vorpommern macht das, das Saarland macht das , wo wir darum kämpfen, Tariftreue einzuführen, und wirklich alle Hebel in Bewegung setzen wollen, damit Tariflöhne gezahlt und Tarifverträge abgeschlossen werden. Warum machen wir das? – Weil Gewerkschaft und SPD zusammengehören. Das ist eine DNA. Die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter haben uns gegründet. Wir haben die Gewerkschaften gegründet. Deswegen gehört das zusammen zu unserer DNA.

(Beifall)

Jetzt habe ich mich aber zu einem Antrag besonders gemeldet, nämlich zum kirchlichen Arbeitsrecht. Ihr müsst euch vorstellen: Die Hälfte aller Kitas in Mecklenburg-Vorpommern – ungefähr; vielleicht ein bisschen weniger – konnte ich als Gewerkschafter gar nicht organisieren und gar nicht vertreten, weil es dort ein kirchliches Arbeitsrecht gibt, das gesagt hat. Nein, das ist tabu. – Ich verstehe, dass ein Pfarrer oder ein Priester usw. nicht in eine Gewerkschaft muss. Das kann ich absolut verstehen. Aber dass der soziale Bereich dort – das ist ein wichtiger Teil – von der Organisierung durch Gewerkschaften ausgeschlossen ist, das kann ich nicht akzeptieren, und das wollen wir nicht akzeptieren.

Deswegen bitten wir euch: Lasst uns diesen Antrag beschließen! Schluss mit dem kirchlichen Arbeitsrecht in der Härte, wie es jetzt ist, sodass der soziale Bereich auch endlich gewerkschaftlich organisiert werden darf! – Danke schön.

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Danke schön. – Katharina spricht jetzt zum Ar11.

Katharina Räth, *Bayern:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute hier einen ganz tollen Transformationsantrag durchgebracht, einen echten, zukunftsgewandten sozialdemokratischen Fahrplan für die Transformation, für die Zukunft der Arbeit in Deutschland. Wir haben einen Entwurf vorgelegt, wie wir ein gutes Leben für unsere Leute, für die Arbeitnehmenden in Deutschland, gestalten. Da bin ich als Sozialdemokratin, als AfA-Bundesvorstandsmitglied und als Gewerkschafterin stolz auf unseren Parteitag. Danke dafür!

(Beifall)

Unser Antrag, den ich jetzt gerade hier vorstellen möchte, hat einen Bezug auf die EU-Mindestlohnrichtlinie. In dieser Richtlinie wird festgestellt, dass es, wenn man in einem Land keine Tarifbindungsquote von mindestens 80 Prozent hat, eines Nationalen Aktionsplans bedarf, um diese Quote zu steigern. Deutschland hat im Moment gerade einmal 51 Prozent. Und ihr alle merkt: 51 Prozent sind ziemlich weit weg von 80 Prozent. Deswegen haben wir uns als AfA hingesetzt und – der Antrag liegt euch vor – einen Aktionsplan erarbeitet: Wie könnte das aussehen? Welche Maßnahmen könnten wir einleiten, um diese Quote zu erhöhen? Darunter ist zum Beispiel: die Einführung eines Bundestariftreuegesetzes, eine Erleichterung der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen, dass OT-Mitgliedschaften verboten werden, das digitale Zugangsrecht der Gewerkschaften, das Verbandsklagerecht der Gewerkschaften, dass steuerliche Bevorzugung von Gewerkschaftsbeiträgen endlich eingeführt wird, dass Handwerkerinnungen als öffentlich-rechtliche Institutionen anerkannt werden, dass Bildung mehr in den Vordergrund gerückt wird, nämlich einerseits schulische Bildung, dass Sozialpartnerschaft in die Lehrpläne kommt, und andererseits die Demokratiezeit in die Betriebe eingeführt wird.

Ihr habt vielleicht in der Diskussion heute mitbekommen – Kerstin hat es gerade auch schon gesagt : Viele dieser Punkte haben wir in diesen Transformationsantrag hereinverhandelt, aber nicht alles, vor allem auch nicht, dass wir einen Aktionsplan starten.

Wir sind auch stolz – Kerstin hat das gerade gesagt , dass wir Teil dieser Arbeitsgruppe sind, die jetzt gegründet wird, wo wir auch teilweise diesen Mindestlohn besprechen und andererseits mehr zur Tarifbindung machen. Da wollen wir

diesen Aktionsplan auch einbringen. Deswegen sind wir froh, dass das Votum der Antragskommission dahin gehend geändert worden ist, dass dieser Antrag nicht mehr erledigt ist, sondern an den Parteivorstand überwiesen wird und wir dann zusammen mit den Gewerkschaften, zusammen mit Arbeitsgruppen, mit den Jusos, mit dem Parteivorstand als AfA mitarbeiten, dass wir diese Tarifbindungen erhöhen. – Danke schön! Und bitte dieses Votum der Antragskommission jetzt beachten!

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Uns liegt jetzt ein Ergebnis vor. Ich würde unterbrechen, wenn wir wüssten, wo Kevin ist. – Kevin, super! Dann bitte ich die Kommission, das Ergebnis zu verkünden, und übergebe dann an Aydan.

ERGEBNIS DER WAHL DES GENERALSEKRETÄRS:

Max Pankofer, *Mandatsprüfungs- und Zählkommission:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich gebe euch das Ergebnis der Wahl des Generalsekretärs bekannt.

Wir haben 583 abgegebene Stimmen: 6 ungültige, damit 577 gültige Stimmen. Mit Ja haben 534 gestimmt, 33 mit Nein und 10 Enthaltungen. Das bedeutet eine Wahl mit 92,55 Prozent. Herzlichen Glückwunsch, Kevin!

(Starker, anhaltender Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Kevin, darf ich dich der Ordnung halber noch fragen, ob du die Wahl annimmst?

Kevin Kühnert: Ja!

– Okay. Das Ja haben jetzt alle gehört. Ich gratuliere ganz, ganz herzlich. Ihr könnt das natürlich auch tun, aber bitte etwas leiser! Denn wir gehen jetzt gleich weiter zur Wahl des Schatzmeisters

Ich bitte Dietmar Nietan, sich kurz vorzustellen. Lieber Dietmar, ich hoffe, du bist irgendwo in der Nähe! – Da bist du.

VORSTELLUNGSREDE DES KANDIDATEN ZUR WAHL DES SCHATZMEISTERS

Dietmar Nietan, *Kandidat für die Wahl zum Schatzmeister:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist jetzt fast auf den Tag genau zehn Jahre her, als Mitte Dezember am Rande einer Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion Hannelore Kraft – die ich übrigens sehr herzlich begrüße; sie ist heute hier bei uns; schön, dass du da bist, Hannelore! -

(Beifall)

auf mich zukam und mir in der ihr eigenen Art zwar eine Frage stellte, die aber eigentlich keine Frage war. Die lautete: Kannst du dir vorstellen, als Schatzmeister der SPD zu kandidieren? Bis zu diesem Zeitpunkt im Dezember 2013 hatte ich mir überhaupt nicht vorstellen können, dass mich jemand fragt, als Schatzmeister zu kandidieren. Ich bin Hannelore Kraft aus vielerlei Gründen sehr dankbar, weil sie sich, wie ich finde, für unser Land und für unsere Partei verdient gemacht hat.

(Beifall)

Aber ich bin ihr auch sehr dankbar, dass sie mich davon überzeugt hat, für dieses Amt zu kandidieren. Und ich danke euch sehr, dass ihr mir in den letzten knapp zehn Jahren immer wieder das Vertrauen geschenkt habt.

Der zentrale Satz meiner ersten Bewerbungsrede auf dem Parteitag am 26. Januar 2014 lautete: Am Ende gibt es keine politische Handlungsfähigkeit für die SPD, wenn sie nicht auch ihre finanzielle Handlungsfähigkeit behält. – Daran habe ich mich orientiert, und ich bin sehr froh, dass ich euch heute sagen kann, dass wir im Willy-Brandt-Haus finanziell und organisatorisch nicht nur handlungsfähig sind, sondern auch solide aufgestellt sind. Wir haben einen Neuaufstellungsprozess durchlaufen, in dem die Kolleginnen und Kollegen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Willy-Brandt-Hauses Großartiges geleistet haben, mitgeholfen haben, dass wir das Haus effektiver aufstellen. Aber – das muss man auch dazu sagen – wir haben auch Stellen im Willy-Brandt-Haus abgebaut.

Und ich will sehr deutlich machen, dass es uns gelungen ist, einen deutlichen Konsolidierungskurs im Willy-Brandt-Haus zu verankern, um eben die finanzielle Handlungsfähigkeit der SPD sicherzustellen.

Ich will an dieser Stelle ausdrücklich Kevin und Jessika dafür danken, dass wir als Hausleitung sehr eng zusammenarbeiten und auch sehr eng beieinanderbleiben, wenn man sagen muss: Dafür haben wir leider kein Geld. – Und glaubt mir: Im letzten Bundestagswahlkampf zu sagen, wir geben 40 Prozent weniger Geld bei der Bundestagswahl 2021 aus, als das noch 2017 der Fall gewesen ist, das ist nicht unbedingt schön. Aber wir haben ja gesehen: Es kommt am Ende nicht auf die Höhe des Wahlkampfetats an, sondern ob man einen überzeugenden Kandidaten und ein überzeugendes Programm hat.

(Beifall)

Ich muss aber auch sagen, dass ein Bundesschatzmeister nicht nur auf das Willy-Brandt-Haus schauen darf. Er muss auch die finanzielle und politische Handlungsfähigkeit der Gesamtorganisation im Blick haben. Ihr alle kennt das besser als ich, weil ihr vor Ort aktiv seid. Schauen wir uns die demografische Struktur der Sozialdemokratischen Partei an, dann wissen wir, wie sich die Mitgliederentwicklung in den nächsten zehn Jahren darstellen wird. Schauen wir uns an, welche Möglichkeiten es gibt, aus der staatlichen Parteienfinanzierung auch bei guten Wahlergebnissen Mittel zu akquirieren, wenn wir jetzt in einem Sechs- oder Sieben-Parteien-System um diese Mittel konkurrieren, mit anderen Parteien im Vergleich zu früheren Zeiten, in denen wir ein Drei-, Vier- oder Fünf-Parteien-System hatten.

Und – ihr bekommt das auch mit – Wir haben überall seit der Pandemie und seit dem imperialistischen Angriffskrieg der Russischen Föderation auf die Ukraine enorme Preissteigerungen, eine enorme Inflation durchlebt. Aber gerade wenn es um politische Arbeit geht: Bei Kosten für Events, bei Kosten für Digitalisierung, ja selbst bei Kosten für Druckerzeugnisse haben wir besonders große Kostenexplosionen.

Vor diesem Hintergrund möchte ich euch sagen, dass es jetzt wichtig ist – das ist so ähnlich wie bei der Diskussion über die Schuldenbremse – : Jetzt müssen wir in der SPD in unsere Zukunft investieren und unsere Strukturen so verändern,

dass sie zukunftsfähig sind. Das heißt für mich, dass wir vor den großen Herausforderungen nicht die Augen verschließen, dass wir keine Angst haben vor der Größe dieser Aufgabe, vor den Herausforderungen, vieles jetzt verändern zu müssen.

Ich möchte euch heute erneut um euer Vertrauen bitten, nicht nur meine Arbeit als Schatzmeister fortsetzen zu dürfen, sondern gemeinsam mit euch daran zu arbeiten, dass die SPD zur modernsten Mitgliederpartei in Deutschland wird – nicht um ihrer selbst willen, sondern weil wir als moderne Volkspartei gebraucht werden. Dafür müssen wir jetzt auch organisationspolitisch die richtigen Weichen stellen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich möchte mit euch gemeinsam dafür sorgen, dass wir stärker zusammenarbeiten und unsere hauptamtlichen und ehrenamtlichen Genossinnen und Genossen von administrativen Tätigkeiten entlasten, damit sie ihre ehrenamtliche und hauptamtliche Arbeitskraft noch mehr in politische Arbeit stecken können. Ich möchte, dass wir die Digitalisierung als Chance begreifen und jetzt entsprechend investieren. Ich möchte, dass wir die modernste Mitgliederverwaltung haben als das wichtige Tool, das wir brauchen, um eine moderne Kampagne organisieren zu können. Dafür brauchen wir gemeinsame Standards. Die Kleinstaaterei – der Landesverband X benutzt Datenbank Z, die Bundespartei die Datenbank Y – muss aufhören. Wir brauchen gemeinsame Standards. Wir brauchen gemeinsame Investitionen von Landesverbänden und Bezirken in diese modernen Parteistrukturen. Wir brauchen eine stärkere Zusammenarbeit mit den Servicedienstleistungen unseres Unternehmensbereichs.

Wir müssen gemeinsame Kampagnenstrukturen aufbauen. Es ist doch Irrsinn, dass jeder Landesverband immer wieder zu einer Landtagswahl eine Kampagnenstruktur für viel Geld aufbaut, nach der Landtagswahl abbaut und fünf Jahre später wieder aufbaut und abbaut. Wenn alle Landesverbände und die Bundespartei sich zusammentun, gemeinsame Standards entwickeln und eine gemeinsame Kampagnenstruktur entwickeln, die immer kampagnenfähig ist, dann muss nicht jeder Landesverband das wieder hoch- und runterfahren, sondern dann haben wir eine gut funktionierende Kampagnenmaschinerie. Das können wir alles gemeinsam schaffen, wenn wir uns zutrauen, einander zu vertrauen und wirklich Dinge in Zukunft mehr als bisher gemeinsam zu tun.

(Beifall)

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, möchte ich noch einmal für das Amt des Schatzmeisters kandidieren. Ich sehe mich in unserem großen SPD-Fußballteam so ein bisschen als den Zeugwart: derjenige, der dafür sorgt, dass die Fußballschuhe die richtigen Stollen haben, dass wir die richtige Ausrüstung haben, dass der Rasenplatz entsprechend so gewässert ist, dass man auf diesem Platz die Spiele gewinnen kann. Ich sehe mich als Rheinländer auch als jemanden, der sagt: Wir können das alles schaffen, und wir können dabei sogar gute Laune haben. – Das ist manchmal in der SPD gar nicht so einfach mit der guten Laune.

Wir sollten die Chancen sehen, die wir haben, wenn wir stärker zusammenarbeiten. Das möchte ich tun, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Und das kann ich nur mit euch tun. Ich bitte euch deshalb um euer Vertrauen, weil ich weiß, dass wir nicht nur eine großartige Partei und die älteste und schönste sind, sondern auch fantastische Mitglieder haben. Wir haben fantastische hauptamtliche Kolleginnen und Kollegen in Regionalgeschäftsstellen, im Willy-Brandt-Haus, in Landesbüros, in Bezirksbüros. Warum nutzen wir diese Potenziale nicht besser? Das will ich mit euch tun, und dafür möchte ich gerne mit euch kämpfen. In diesem Sinne bitte ich wieder um eure Unterstützung. – Herzlichen Dank.

WAHL DES SCHATZMEISTERS

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

So, liebe Genossinnen und Genossen, diese Unterstützung kann sich wieder auf dem Wahlzettel wiederfinden. Wir teilen sie schon einmal aus, damit alle sie auch rechtzeitig bekommen.

Es handelt sich hier um eine Einzelwahl gemäß § 7 der Wahlordnung. Es gibt wieder einen Kandidaten auf dem Stimmzettel, und ihr müsstet „Zustimmung“, „Ablehnung“ oder „Enthaltung“ ankreuzen. Der Stimmzettel ist nur dann gültig, wenn „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ angekreuzt ist – und nur eins von den dreien. Und bitte die Kontrollmarke Nummer 4 draufkleben!

Nach § 23 Absatz 4 des Organisationsstatus ist im ersten Wahlgang gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Ich glaube, die Medienvertreter wissen inzwischen, dass sie bitte nicht ihre Objektive direkt auf den Wahlzettel halten.

Die Stimmzettel werden gerade ausgeteilt; diesmal ist es die Farbe Lachs. Denkt daran, eine der drei Möglichkeiten anzukreuzen – nur eine – und die Kontrollmarke Nummer 4 unten aufzukleben. Da steht auch dran: Kontrollmarke bitte hier aufkleben.

Wo gibt es noch keine Stimmzettel? Könnt ihr das noch mal eben anzeigen? – Aha, das ist hinten, in den hinteren Rängen, Mitte links und einmal rechts.

Habt ihr inzwischen alle einen Stimmzettel? – Nein, hinten fehlen noch einige. Ganz hinten in der Mitte sehe ich noch eine Karte nach oben gestreckt. Bitte noch nicht die Stimmzettel hochhalten! Wir versuchen gerade, herauszufinden, ob noch jemandem ein Stimmzettel fehlt. Nicht die Stimmzettel hochhalten!

Okay, habt ihr alle jetzt einen Stimmzettel. Dann eröffne ich den Wahlgang. Ein Kreuz und die Kontrollmarke Nummer 4, bitte. Die ist unten rechts.

Ein Stimmzettel wird noch ausgeteilt. – Oh, da kommen aber noch einige. Wo kommt ihr denn alle her? – Mit einem Bier in der Hand. Na ja, guck bitte genau hin, wo du dein Kreuz machst, Sönke.

Seid ihr alle so weit, dass wir mit dem Einsammeln beginnen können? Wir haben noch nicht angefangen, die Stimmzettel einzusammeln. Aber wir können jetzt einsammeln. – Denkt daran, dass wir heute noch eine Wahl haben. Aber wir sind zeitlich gut dran.

(Stimmabgabe)

Wer hat noch nicht abgegeben? Bitte gerne noch mal nach oben zeigen. – Das ist hinten links ein ganzes Feld und vorne im Parteivorstand. Vorne rechts ist auch jemand. Streckt noch mal die Zettel hoch! Falls jemand seinen Zettel noch nicht abgeben konnte, bitte noch mal hochhalten!

Haben alle ihre Stimmzettel abgeben können? – Alle? Wirklich? – Gut, dann schließe ich diesen Wahlgang. Ganz herzlichen Dank an diejenigen, die jetzt wieder ans Auszählen gehen.

Wir fahren fort mit unserer Debatte. Ich gebe ab an Thomas.

FORTSETZUNG DER ANTRAGSBERATUNG BEREICH ARBEITSMARKT UND BESCHÄFTIGUNG UND INI09

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Ganz herzlichen Dank. – Uns liegen eine ganze Reihe Wortmeldungen zum Themenkomplex Arbeit vor. Die beziehen sich aber im Wesentlichen auf vier Anträge: den Initiativantrag, den Antrag Ar11, den Ar07 zum kirchlichen Arbeitsrecht und dann zu Ar16.

Unser Vorschlag ist, dass wir jetzt erst noch mal eine Wortmeldung nach der Wortmeldung von Katharina zum Ar11, und zwar von Uli Meemer aus Hessen-Nord, aufrufen. Dann würde Kerstin einmal für die Antragskommission ein dann schon geändertes Votum abgeben und wir dann alle zum kirchlichen Arbeitsrecht aufrufen.

Das heißt, als Erstes jetzt bitte Uli Meemer von Hessen-Nord zum Ar11. Der Ar11 ist der Antrag „Deutschland braucht mehr Tarif!“.

Ullrich Meßmer, *Hessen-Nord:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Das „Meemer“ gewöhne ich mir irgendwann an. Ich schreibe meinen Namen mit Doppel-s. Das ist nämlich Meßmer. Aber das passiert mir öfters.

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Hallo Ulli Meßmer aus Hessen-Nord. Es ist auch Hessen mit Doppel-s.

Ullrich Meßmer, *Hessen-Nord:*

Alles gut. – Liebe Genossinnen und Genossen! Zum Ar11 hat ja Katharina hier schon etwas gesagt. Ich will noch einmal deutlich machen: Was wir im Tr01 beschlossen haben, ist der politische Rahmen, den wir haben wollen. Und was dieser Antrag Ar11 ist, ist praktisch die Handlung, die daraus erfolgen muss. Man macht zehn konkrete Vorschläge. Zwei von denen sind im Allgemeinen enthalten.

Wie man in Deutschland dazu kommen kann, dass die Tarifbindung höher wird, das ist nicht nur die Frage der Allgemeinverbindlichkeit und die Frage der OT-Mitgliedschaften, sondern das sind auch zum Beispiel Fragen von Demokratiezeiten in den Betrieben, davon, die Handwerksinnungen in die Verpflichtung zu nehmen und Ähnliches. Das findet sich in dem großen Antrag nicht wieder. Deshalb möchten wir euch bitten, das Votum der Antragskommission abzulehnen und den Ar11 in dieser Fassung anzunehmen als Handlungsauftrag für unsere Arbeit, auch für die Partei, wie wir dazu kommen, dass wir eine höhere Tarifbindung bekommen.

Ich will noch eines dazusagen: Wenn die Daten vom WSI stimmen, dann ist es so, dass tarifgebundene Arbeitnehmer im Schnitt 844 Euro mehr verdienen. Leute, wir reden immer über Geld. Wenn alle tarifgebunden wären, hätten wir Milliarden mehr an Steuereinnahmen. Wir hätten Milliarden mehr in der Sozialversicherung. Alle, die die Leute außerhalb vom Tarif beschäftigen, versündigen sich auch an dem Staat. Die beuten nicht nur aus, sondern sie bestrafen viele andere Rechtschaffende dadurch, dass die Sozialversicherungsbeiträge steigen.

Damit ich mich nicht gleich ein zweites Mal melden muss, würde ich gerne – da bin ich anderer Meinung; da folgt bitte der Antragsberatungskommission – zum Antrag Ar48, zum Streikrecht, noch etwas sagen. Das ist ja eine Selbstverständlichkeit für uns, dass wir hinter dem Streikrecht stehen und dass wir jede Einmischung verbieten. Aber wie die Unterschiede sind in der Öffentlichkeit und in der Politik, hat man gesehen – ich weiß nicht, ob Martin Burkert noch da ist -, als im Mai die EVG für alle Beschäftigten in den Eisenbahnbetrieben einen Arbeitskampf führen wollte und Warnstreiks gemacht hat. Da waren die Ministerpräsidenten alle ganz schnell da, auch aus den Ostländern, und es hieß, das ginge gar nicht, das wäre wirtschaftsschädlich, und man muss überprüfen, ob das geht.

Wenn aber jetzt eine Gewerkschaft, die nur für einen kleinen Teil da ist, jetzt streikt, hört man das Ganze nicht mehr. Ob das vielleicht doch daran liegt, dass der Martin Burkert hier als EVG-Vorsitzender bei uns im Parteitag sitzt und der Weselsky bei der CDU? Ich weiß es nicht, aber ich sage: Das macht deutlich, wie wichtig es ist, dass wir uns dazu bekennen. Da müssen wir auch diese Einschränkungen, die wir im Moment haben, mit in Kauf nehmen.

Ich würde mich sehr freuen, wenn dieser Antrag eine Riesenzustimmung bekommt. Aber ich würde mich umgedreht auch freuen, wenn ihr den Ar11 zur Tarifbindung so mit annehmt, dass wir auch Handlungsanweisungen haben. – Herzlichen Dank. Ich freue mich auf die Beschlüsse.

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Danke schön. – Zum Ar11 würde Kerstin jetzt noch etwas zu einer geänderten Empfehlung der Antragskommission sagen.

Kerstin Griese, *Antragskommission:*

Vielen Dank, liebe Genossinnen und Genossen. Wir nehmen natürlich das leidenschaftliche Engagement für den Ar11 vonseiten der AfA wahr; Katharina, Ulli und Erik haben dazu ja auch etwas gesagt. Wir würden gerne vonseiten der Antragskommission das Votum ändern. Es lautete bisher: erledigt durch Tr01 und Koalitionsvertrag. – Wir würden es gerne ändern in „Überweisung an den Parteivorstand“, und zwar deshalb, weil wir ja beschlossen haben, dass wir ein Verfahren machen, wo wir all diese Themen und Vorschläge einbringen und für das Wahlprogramm daraus konkrete Initiativen entwickeln.

Vieles in dem Ar11 ist teilweise angelegt an das Bundestariftreuegesetz, von dem Hubertus Heil gesprochen hat, das jetzt geplant ist. Einiges ist schon im letzten Wahlprogramm beschlossen worden oder auch im Leitantrag zum Debattenkonvent. Wir wollen das aber alles zusammenbringen mit den Vorschlägen, die hier zur besseren Tarifbindung und zu guter Arbeit vorliegen. Deshalb schlagen wir euch vor, das Votum zu ändern in „Überweisung an den Parteivorstand“, damit das mit zu den Dingen gehört, die wir da gemeinsam entwickeln zum Thema „Gute Arbeit und Tarifbindung“. – Danke schön.

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Danke schön. – So hatte ich auch das Interesse der Redner*innen verstanden. Sonst bitte einmal kurz Gegenrede. – Danke schön. Dann ist das die geänderte Beschlussempfehlung, die wir jetzt gleich dann auch im Gesamtrahmen aufrufen werden.

Dann ist der Vorschlag jetzt, dass wir die Wortmeldungen zum Ar07 – kirchliches Arbeitsrecht – aufrufen. Ich sage schon einmal, wer sich dazu gemeldet hat: Das ist Klaus Barthel aus Bayern, Christine Faltynek von den SPD-Frauen aus Hamburg, Sabine Smentek und Kaweh Mansoori von Hessen-Süd. – Klaus Barthel.

Klaus Barthel, *Bayern:*

Genossinnen und Genossen! Gerade ist darüber diskutiert worden, wie wir die Tarifbindung erhöhen wollen und dass wir sie erhöhen wollen. Dann ist immer die Frage: Was kann man denn da konkret machen? Sagt uns doch einmal ein paar Beispiele. – Dann sagen wir euch jetzt mal ein ganz wichtiges Beispiel: Das ist das kirchliche Arbeitsrecht. Dort werden nämlich 1,5 Millionen Beschäftigten bei den Kirchen und ihren Organisationen – Diakonie, Caritas und was es da alles gibt – die Tarifautonomie und das Streikrecht vorenthalten durch das kirchliche Arbeitsrecht. Ihnen wird die betriebliche Mitbestimmung nach dem Betriebsverfassungsgesetz vorenthalten. Und obwohl es dort konzernähnliche Strukturen gibt, haben Sie keine Mitbestimmung in irgendwelchen Aufsichtsräten. Liebe Genossinnen und Genossen, das kann in einer modernen Gesellschaft der Dienstleistungen und der Sozial-, Erziehungs- und Pflegedienste nicht sein und nicht bleiben.

(Beifall)

Dann sagt die Antragskommission jetzt, das sei erledigt durch den Koalitionsvertrag. Genossinnen und Genossen, ich zitiere den Koalitionsvertrag. Dort heißt es: „Gemeinsam mit den Kirchen prüfen wir, inwiefern das kirchliche Arbeitsrecht dem staatlichen Arbeitsrecht angeglichen werden kann.“ Genossinnen und Genossen, seit 2013 haben wir einen Parteitagsbeschluss, dass wir das kirchliche Arbeitsrecht abschaffen wollen. Dabei sollten wir bleiben, und das sollte der heutige Parteitag bekräftigen.

(Beifall)

Wir haben jetzt ein Zeitfenster; denn unbemerkt von der Öffentlichkeit finden nämlich diese Gespräche gemeinsam mit den Kirchen gerade statt. Ich will euch auch noch sagen: Das hat nicht nur was mit den Kirchen und den paar 1,5 Millionen Beschäftigten dort zu tun, um die es geht, sondern die Kirchen haben ja auf diesem Markt – in Anführungszeichen – quasi eine marktbeherrschende Stellung.

Da will ich euch mal daran erinnern, was vor einiger Zeit passiert ist, als es darum ging, dass Hubertus Heil versucht hat, den Mindestlohn in der privaten Altenpflege durchzusetzen. Könnt ihr euch noch erinnern? Da hat sich die Caritas geweigert, einem solchen Flächentarifvertrag zuzustimmen, und hat gemeinsame Sache mit der Brüderle-Truppe von den privaten Altenpflege-Einrichtungen gemacht. Die haben damit verhindert, dass es in der Altenpflege einen Flächentarifvertrag und einen Mindestlohn gibt.

Deswegen ist es höchste Zeit, diesen Ar07 heute zu beschließen und damit den Druck in der Ampelkoalition zu erhöhen, wo ja eigentlich niemand was dagegen haben kann, weil keine C-Parteien mehr drin sind, und wo auch viele in der Kirche inzwischen sagen: Lasst uns doch dieses Relikt aus dem Mittelalter endlich über Bord werfen. Das macht uns nur Ärger. – Wir sollten jetzt handeln und von hier aus ein klares Signal setzen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Danke, Klaus. – Dann haben wir jetzt Christine Faltynek von den SPD-Frauen.

Christine Faltynek-Haschke, *Hamburg:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich spreche hier für die SPD-Frauen und will ganz klar sagen: Die Forderung im Antrag Ar07 nach Tarifverträgen und Betriebsräten in den Kirchen und ihren Einrichtungen ist keinesfalls erledigt – schon gar nicht dadurch, dass es als Prüfauftrag für Gespräche mit den Kirchenleitungen im Koalitionsvertrag steht, wie die Antragskommission empfohlen hat.

Was wir hier auf dem Bundesparteitag vor zehn Jahren beschlossen und bisher nicht umgesetzt haben, gilt heute noch und ist nach wie vor völlig richtig. Dazu muss man wissen, wie es dazu gekommen ist, dass es in den Kirchenbetrieben keine Betriebsräte gibt. Als im Jahr 1952 das Betriebsverfassungsgesetz im Bundestag beraten wurde, haben die Herren Bischöfe von der EKD und der katholischen Bischofskonferenz einen gleichlautenden Brief an Adenauer geschrieben. Die zentrale Passage in dem Brief lautet – Zitat -:

„Wir bitten Sie, Herr Bundeskanzler, sich dafür einzusetzen, dass folgender Absatz eingefügt wird: Das Gesetz findet ferner keine Anwendung auf die Beteiligung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer der Religionsgemeinschaften und ihren Einrichtungen, die kirchlichen, gemeinnützigen und mildtätigen Zwecken dienen, unbeschadet ihrer Rechtsform.“

Dieser Text wurde später, wie gefordert, nahezu wortgleich von der Adenauer-Regierung übernommen. Der SPD-Abgeordnete Dr. Ludwig Preller aus Kassel sprach dagegen, und die SPD-Fraktion stimmte klar gegen diese Ausnahmeklausel. Und genau diese klare Haltung wünsche ich mir auch heute von euch, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, warum ist diese Forderung besonders für uns Frauen wichtig? Weil diese Ungleichheit besonders Frauen betrifft. In den pflegerischen und erzieherischen Einrichtungen arbeiten zu über 80 Prozent Frauen. 1952 waren es 90.000 Diakonissinnen und Ordenskräfte und nur 50.000 Angestellte. Heute sind es viel mehr – allein in der Diakonie und Caritas insgesamt 1,5 Millionen, überwiegend weibliche Beschäftigte, auch in den Küchen und in der Raumpflege. Und sie alle sind Arbeitnehmerinnen wie alle anderen auch. Nur behandelt werden sie anders.

Genossinnen und Genossen, diese Ausnahmeklausel ist eine doppelte Diskriminierung für Kirchenbeschäftigte und für Frauen. Wir sollten endlich dafür sorgen, dass gleiche Arbeit gleich behandelt wird.

(Beifall)

Was unterscheidet nun das kirchliche Mitarbeitervertretungsrecht vom Betriebsverfassungsrecht? Es gibt drei Punkte:

Es gibt kein einheitliches Mitarbeitervertretungsgesetz, sondern Rechtzersplitterung in den Landeskirchen und den Kirchenbetrieben. Und auch sind zentrale Vorgaben nicht bindend, sondern können überall abweichend geregelt werden. Dadurch wird es diverse Unterschiede und Schlechterstellung in den Mitbestimmungsregeln geben.

Aber der zentrale und politische wichtige Unterschied ist: Im Betriebsverfassungsgesetz wird die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den betriebvertretenden Gewerkschaften verpflichtend vorgeschrieben. Im Mitarbeitervertretungsgesetz

gibt es keine Kandidatenvorschläge, keine Teilnahme von Mitarbeiterversammlung, kein Zutrittsrecht in den Kirchen. Sagen wir es doch ganz deutlich: Das Mitarbeitervertretungsgesetz ist ein Anti-Gewerkschaftsrecht.

(Beifall)

Diese Unterschiede gibt es nirgendwo sonst in Europa. Es wird endlich Zeit, dass sie endlich auch in Deutschland beseitigt werden und dass die Ausnahmeklausel in § 118 Absatz 2 im Betriebsverfassungsgesetz gestrichen wird oder zumindest auf religiöse Verkündigungstätigkeit beschränkt wird. Die Zeit ist reif dafür. Das finden übrigens auch die Mitarbeitervertretungen. Die Mitarbeitervertretung in der Diakonie Hamburg hat sich in einem Beschluss für die Übernahme des Betriebsverfassungsgesetzes ausgesprochen. Das Gleiche war auch bei der Buko. Wir sollten auf sie hören und nicht alleine auf die Kirchenleitungen.

Für uns Sozialdemokraten ist die Mitbestimmung durch Betriebsräte gemeinsam mit den Gewerkschaften unerlässlich, und sie ist Ausdruck der Sozialpartnerschaft in unserer Demokratie. Sie sollte es überall in der Arbeitswelt sein, auch in der der Kirchen.

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns dieses politische Signal jetzt nicht für erledigt erklären, sondern ein für allemal beschließen, damit wir endlich gleiche Rechte für alle Arbeitnehmerinnen haben. – Danke.

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Danke, Christine. – Dann hat jetzt das Wort Sabine Smentek. Kaweh, bitte schon mal bereitmachen.

Sabine Smentek, *beratende Delegierte:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin sehr froh, dass meine Vorrednerinnen und Vorredner schon zu den Besonderheiten des kirchlichen Arbeitsrechts vieles gesagt haben. Ich bin die Co-Vorsitzende des Arbeitskreises Säkularität und Humanismus beim Parteivorstand. Wir setzen uns für die Trennung von Kirche und Staat ein, und wir setzen uns auch dafür ein, dass Sonderrechte von Kirchen, soweit sie nicht sachlich begründet sind, abgeschafft werden. Dazu gehört das kirchliche Arbeitsrecht; wir haben eben schon einiges dazu gehört.

Ich selbst werde nächstes Jahr 40 Jahre der SPD angehören. Noch länger bin ich allerdings Gewerkschaftsmitglied.

(Beifall)

Ich konnte es nicht glauben, dass es ohne eine sachliche Begründung Unterschiede bei den Arbeitnehmerrechten gibt, bei den kirchlichen Beschäftigten und bei den nichtkirchlichen Beschäftigten. Jetzt schreibt die Antragskommission tatsächlich, dass diese Forderung nach der Gleichstellung der kirchlichen Beschäftigten erledigt sei. Ich kenne Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber. Sie versuchen natürlich, ihre Sonderrechte so lange wie möglich aufrechtzuerhalten und Arbeitnehmerrechte kleinzuhalten. Und an der Stelle sind die Kirchen, die Diakonie und die Caritas ganz normale Arbeitgeber.

(Beifall)

Dann lasst sie uns auch so behandeln.

Die Beharrungskräfte führen offensichtlich dazu, dass es mit dem Prüfauftrag, der im Koalitionsvertrag festgeschrieben ist, nicht wirklich vorangeht. Deswegen ist es erforderlich, dass wir heute unsere Beschlusslage bekräftigen, damit diejenigen, die sich für gleiche Arbeitnehmerrechte in Bundesregierung und Bundestagsfraktion einsetzen, ein klares Votum von uns mitnehmen.

Jetzt ist das nicht ganz so einfach – Achtung, Parteitagsmathematik -: Ihr müsst dazu die Empfehlung der Antragskommission zum Ar07 zunächst ablehnen. Ich hoffe, dass wir das dann extra abstimmen.

(Beifall)

Anschließend bitte ich euch um Annahme des Antrags Ar07. Er ist eigentlich auch ganz kurz und sehr eindeutig. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Danke, Sabine. – Dann haben wir zu dem Themenkomplex Ar07 noch Kaweh.

Kaweh Mansoori, *Hessen-Süd:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich finde es gut, dass wir die Situation von 1,8 Millionen Beschäftigten in unserem Land in den Mittelpunkt auch eines SPD-Bundesparteitags rücken. Richtig ist: Der Antrag ist kurz und prägnant. Richtig ist aber auch: Er geht nicht differenziert auf die Lage ein, wie sie nun mal ist.

Wir haben uns nach der Bundestagswahl mit unseren beiden Koalitionspartnern darauf verständigt, einen Reformprozess zu führen im Dialog mit den Kirchen und ihren Beschäftigten, um auszuloten, welche Reformpotenziale im kirchlichen Arbeitsrechts stecken. Ich habe mich auch deswegen zur Debatte zu Wort gemeldet, weil meine Kollegin Simona Koß und ich diesen Prozess SPD-seitig begleiten und in dieser Verhandlungskommission sitzen. Da gibt es eine ganze Menge von Dingen, die sich verändern müssen. Wenn ich an den Diskriminierungsbereich denke, wenn ich an die Einmischung in die Belange privater Natur denke, wenn ich daran denke, dass Leute gekündigt werden, weil sie aus der Kirche austreten. Da sage ich auch eindeutig als Berichterstatter: Natürlich müssen wir da etwas ändern, Genossinnen und Genossen. Das ist doch klar.

(Beifall)

Das wird dem Thema aber nicht in vollem Umfang gerecht, denn es gibt noch eine ganze Menge von weiteren Fragen. Ich will euch mal einen Hinweis geben. Als Berichterstatter führe ich auch Gespräche mit den Beschäftigten. Ich habe Dutzende von Gesprächen zum kirchlichen Arbeitsrecht geführt. Die Beschäftigten wollen teilweise die Sonderbehandlung, die es im kirchlichen Arbeitsrecht gibt, und wenn wir auf den Parteitagen immer betonen, dass wir auf die Gewerkschaften hören, dass wir auf die Beschäftigtenvertreter hören, dann muss das, ehrlich gesagt, auch für die Beschäftigten im kirchlichen Bereich gelten, Genossinnen und Genossen, denn das heißt auch: Keine Sonderbehandlung.

(Beifall)

Deswegen will ich dafür werben, diesen Dialogprozess miteinander zu Ende zu führen. Wir werden in der Januarsitzung insbesondere über die Frage der betrieblichen Mitbestimmung reden, und da wird es auch darum gehen: Welche Möglichkeiten haben wir, das Betriebsverfassungsgesetz auszuweiten, damit genau das nicht passiert, was hier auch geschildert worden ist, nämlich dass die Beschäftigten im kirchlichen Bereich weniger Rechte haben als anderswo. Aber die Formulierung so, wie sie euch vorgeschlagen ist, setzt sich weit über das hinaus, was die Beschäftigten eigentlich wollen. Die sagen nämlich, sie wollen Lohnfindung über den dritten Weg, weil sie dort nämlich bessere Ergebnisse erreichen.

Deswegen will am Ende noch mal unterstreichen: Wir sind die Partei der Arbeit. Wir sind die Partei der Beschäftigten. Ich sage aber als Agnostiker: Seit Bad Godesberg sind wir nicht die Partei gegen die Kirchen. Deswegen: Lasst uns diesen Prozess zu Ende führen mit den Beschäftigten für gute Arbeitnehmerrechte, aber jetzt keine Debatte voreilig beenden. – Ich danke euch.

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Dann würde ich Hubertus noch mal zu einem Redebeitrag zu diesem Komplex bitten.

Hubertus Heil, *stellvertretender Parteivorsitzender:*

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin Kaweh sehr dankbar, der sich mit Sabine wirklich ganz intensiv um diesen Prozess kümmern; denn wir sind uns in einer Sache absolut einig in dieser Partei: So, wie es ist, kann es nicht bleiben. Und will sagen: wir haben eine Beschlusslage auf Parteitagen dazu, wir haben einen Koalitionsvertrag, und wir haben diesen Prozess.

Deshalb bitte ich euch, Folgendes in den Blick zu nehmen: Klaus Barthel hatte sich gemeldet und hat mich auch angesprochen bei dem Bemühen, einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag für die Altenpflege durchzuziehen. Die Caritas hat dagegen gestimmt, aber das hat mit kirchlichem Arbeitsrecht jetzt erst mal gar nichts zu tun.

Ich will aber sagen: Es ist kein kirchliches Problem. Es haben sich nicht nur private Pflegeanbieter, sondern auch freie Wohlfahrtsverbände leider dahinter versteckt; das ist die Wahrheit.

Wenn es darum geht, dass wir das kirchliche Arbeitsrecht verändern, dann geht es um das Kollektive und das Individuelle. Dann hat es einen Prozess gegeben – und den gibt es noch; den sollten mir jetzt nicht per Beschlusslage beenden -, in dem wir mit beiden Seiten sprechen, um eine gute Lösung hinzubekommen. Deshalb ist meine herzliche Bitte an euch, auch ganz persönlich als jemand, der diesen Dialogprozess als Ministerium mit den Fraktionen der Koalition führt, uns ein Stück zu vertrauen. Man kann nicht in einem Koalitionsvertrag, den diese Partei auch abgestimmt hat, einen Prozess beginnen und zu einem Dialog einladen. Dann müssten wir die ganzen Termine absagen und auf dem Parteitag sagen: Das gilt nicht. Wir wissen sowieso schon, was herausgekommen ist.

Ich will euch sagen: Ich bin der festen Überzeugung, es kann im kirchlichen Arbeitsrecht nicht so bleiben, wie es ist, aber es ist richtig, mit den betroffenen Menschen darüber zu sprechen und sich alle Seite anzuhören und auch zu wissen, dass wir eine Verfassung haben, die ein Staatskirchenrecht kennt. Die setzt uns auch einen Spielraum, Dinge zu ändern. Es wird nicht so bleiben, wie es ist.

Meine Bitte ist, der Antragskommission zu folgen. Wir haben eine Beschlusslage, wir haben einen Prozess, aber Dialog muss auch gelten und nicht Rechthaberei, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Danke, Hubertus. Wir haben ja ein Votum gegen das Votum der Antragskommission, über das wir dann am Schluss mit abstimmen würden. Wir würden also am Schluss über alles zusammen abstimmen.

Dann unterbreche ich jetzt erst einmal. – Wir warten noch auf den Parteivorsitzenden. Dann würde ich tatsächlich sagen, dass wir jetzt über das Votum abstimmen. Wir stimmen über den Antrag ab, das Votum der Antragskommission zu ändern. – Entschuldigung bitte, ich sage es noch mal: Wir stimmen über das Votum der Antragskommission in diesem einzelnen Punkt, Ar07 – Kirchliches Arbeitsrecht – ab. Wer stimmt für das Votum der Antragskommission? – Wer stimmt dagegen? – Wir sind uns noch nicht sicher. Wer enthält sich der Stimme? – Ich würde es gerne noch einmal wiederholen: Wer stimmt für das Votum der Antragskommission? – Wer stimmt dagegen? – Das Erste ist die Mehrheit, aber knapp.

(Zurufe)

Ich höre jetzt Stimmen, dass wir auszählen sollen.

(Zurufe)

Gut, ich will nur einmal nachfragen. Das ist, glaube ich, nicht der Fall. Dann bleiben wir bei der Beschlusslage Koalitionsvertrag und begleiten die Kommission weiter. – Danke schön.

Dann kommen wir jetzt zu der Verkündung des Ergebnisses.

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Es gibt einen Geschäftsordnungsantrag. Marvin!

(Beifall)

Marvin Kliem, *Bayern:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Das Ergebnis war nicht ganz eindeutig, wie ich es sehen würde. Deswegen beantrage ich die namentliche Abstimmung zu diesem Punkt.

(Zurufe – Unruhe)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Ihr Lieben, ganz ehrlich: Übertreibt es nicht. Also, ich bitte euch. Wir sind gut in der Zeit. Wir können gerne noch mal auszählen. Das kriegen wir von hier oben hin. Alle, die hier oben geschaut haben, haben gesehen: Jenseits von Bayern war die Mehrheit auf Votum der Antragskommission. Jetzt übertreibt es nicht.

(Beifall)

Das war jetzt die inhaltliche Gegenrede zum Geschäftsordnungsantrag.

Wir rufen jetzt einmal die MPZK zum Auszählen, damit wir das abschließen und damit es hier nicht noch Unmut gibt. Aber ich sage den Bayern schon: Es würde mich wundern, wenn etwas anderes herauskommt. Das Bier geht auf euch.

(Beifall – Zurufe)

Ich bitte die MPZK. – An der Stelle aber bitte alle mitmachen. Je mehr sich jetzt an dem Prozess gut beteiligen, umso schneller haben wir es geklärt. – Wir warten darauf, dass die Mitglieder der Zählkommission an den richtigen Stellen im Saal stehen. Sie sollen ja schließlich den Überblick behalten und jeden, der abstimmt, auch zählen können. Das dauert einen Moment, aber wir starten gleich mit der Abstimmung.

Wir starten jetzt mit der Abstimmung zum Votum der Antragskommission. Wie ihr alle wisst, wird der Prozess wird ein bisschen dauern, weil unsere Mitglieder der Zählkommission auch alle zählen wollen. Deswegen bitte nicht wundern, wenn es diesmal nicht so zackig geht.

Ich bitte an dieser Stelle alle um das Kartenzeichen, die für das Votum der Antragskommission sind. – Um diese Uhrzeit ist nach so einem langen Tagungstag ein bisschen Bewegung nicht schlecht. Deswegen bitte die Hände schön oben halten. Wir geben ein Signal, wenn einmal durch den Saal gezählt wurde. Ihr könnt zwischendurch auch die Hand wechseln, wenn es zu anstrengend wird, aber ihr müsst bitte die Hände noch ein bisschen oben behalten. Es wird noch ganz fleißig gezählt.

(Zuruf)

Wir haben gerade darüber geredet: Anke ist die Einzige, die das aufgrund der sportlichen Vorbelastung leicht machen kann. Aber auch hier im Präsidium gibt es schon leichte Ermüdungstendenzen.

Ich warte immer noch auf ein Signal von der Zählkommission. – Alle Stimmen sind gezählt. Ihr dürft die Hände wieder herunternehmen.

Jetzt bitte ich all diejenigen, die gegen das Votum der Antragskommission sind, um das Kartenzeichen. – Auch hier die Bitte, die Hände oben zu halten. Es wird weiter gezählt. Auch hier der freundliche Hinweis: Ihr dürft die Hand auch wechseln, aber lasst die Arme bitte oben. Das zählt alles als Sporteinheit am Abend. – Ihr dürft die Hände wieder nach unten nehmen. Jetzt bitte ich alle, die sich bei dieser Entscheidung enthalten wollen, um das Kartenzeichen. – Das geht schnell. Vielen Dank.

Dann bitte ich jetzt die MPZK um Auszählung der gezählten Stimmen.

Nach der Auszählung zu dem Antrag, der gerade behandelt wird, haben wir dann auch ein Wahlergebnis zur Wahl des Schatzmeisters und starten danach in die Wahl für die Beauftragte bei der EU im Parteivorstand. Deswegen an dieser Stelle schon der freundliche Hinweis an alle, die nicht im Raum sind, die aber an dieser Wahl auch teilnehmen mögen, die Verköstigung unten stehenzulassen und zurück in den Versammlungssaal zu kommen.

So, ihr Lieben, Auszählung zum Votum der Antragskommission: Für das Votum der Antragskommission stimmten 254 Delegierte, dagegen 172. Elf Delegierte haben sich enthalten. Vielen Dank für eure Mitwirkung. Das Votum war eindeutig.

Ich bitte jetzt die MPZK um unser Wahlergebnis für unseren Schatzmeister.

ERGEBNIS DER WAHL DES SCHATZMEISTERS

Max Pankofer, *Mandatsprüfungs- und Zählkommission:*

Liebe Genossinnen und Genossen, ich gebe euch das Ergebnis für die Wahl des Schatzmeisters bekannt. Wir haben 497 abgegebene Stimmen. Davon sind 10 ungültig. Das heißt, 487 gültige Stimmen. Mit Ja abgestimmt haben 443, mit Nein 25. Es gab 19 Enthaltungen. Das bedeutet: Gewählt mit 90,97 Prozent.

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Lieber Dietmar, ich habe die Freude, dich fragen zu dürfen: Nimmst du die Wahl an?

Dietmar Nietan, *Schatzmeister:*

Liebe Katja, liebe Genossinnen und Genossen, ich nehme die Wahl gerne an und kann euch mitteilen, dass es in diesem Jahr keine Parteibeitragserhöhung mehr geben wird.

(Beifall und Heiterkeit)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Da nehmen wir dich beim Wort.

Ich hatte eben schon gesagt, dass wir sofort ein in die Wahl der EU-Beauftragten beim Parteivorstand steigen. Allerdings möchte ich euch vorher darüber informieren, dass es bis zum Ablauf der Frist für die Einreichung von weiteren initiativen Kandidaturen für die Wahl des erweiterten Parteivorstands, die morgen stattfinden wird, weitere Kandidaturen gegeben hat. Es handelt sich um Angela Hohmann aus dem Bezirk Hannover und um Sebastian Roloff aus dem Landesverband Bayern.

(Beifall)

Ich stelle fest, dass beide Vorschläge mit der nach Nr. 8 unserer Geschäftsordnung erforderlichen Zahl von Unterschriften an Unterstützerinnen und Unterstützern eingereicht worden sind. Sofern sich kein Widerspruch erhebt, sind die Personalvorschläge zur Wahl zugelassen. Gibt es Widerspruch? – Das sehe ich nicht. Dann verfahren wir so und nehmen die beiden nominierten Personen zur Wahl für die morgigen Wahlgänge auf die Liste.

Jetzt steigen wir tatsächlich ein in die Wahl der Verantwortlichen für die Europäische Union. Nach guter Tradition ist es immer die erste Aufgabe, dass sich die Kandidierende sich vorstellt. Liebe Katarina, das ist dein Podium.

(Beifall)

VORSTELLUNGSREDE DER KANDIDATIN ZUR VERANTWORTLICHEN DES PARTEIVORSTANDES FÜR DIE EUROPÄISCHE UNION

Katarina Barley, *Kandidatin zur Verantwortlichen des Parteivorstandes für die Europäische Union:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich werde mich jetzt bemühen, die Zeit, die wir verloren haben, wieder einzufangen. Morgen beraten wir noch den europapolitischen Teil. Da werde ich meine europapolitische Rede halten. Deswegen werde ich mich jetzt wirklich auf eine Bewerbungsrede für die Europabeauftragte beschränken.

Mein Name ist Katarina Barley. Ich bin seit 2019 Mitglied des Europäischen Parlaments und dessen Vizepräsidentin. Außerdem bin eure amtierende Europabeauftragte und möchte das gerne weiter sein.

(Beifall)

– Vielen Dank.

Bei früheren Parteitagen musste man immer noch erklären, wie wichtig Europa eigentlich ist, und manche hörten dabei auch nicht so richtig zu. Das hat sich in den letzten Jahren hoffentlich geändert, nicht nur wegen positiver Ereignisse. Wir haben durch den Brexit gesehen, was passiert, wenn jemand die Vorzüge der EU freiwillig und fahrlässig, wie ich finde, als Brite/Britin über Bord wirft. Wir sehen, dass sich das auf das Vereinigte Königreich in allen Belangen schlecht ausgewirkt hat. Wir haben bei Corona gesehen, was passiert, wenn rund um uns die Schlagbäume wieder runtergehen. Ich selbst wohne in einem Grenzgebiet. Die Pendler kommen nicht mehr zu ihren Arbeitsplätzen, die Familien kommen nicht mehr zueinander, die Unternehmen können nicht mehr gut ihre Waren über die Grenzen bringen.

Wir haben durch den russischen Überfall auf die Ukraine gelernt, wie viel europäische Solidarität wert ist und wie viel wir können, wenn wir als Europäische Union zusammenstehen. Innerhalb von drei Tagen Sanktionspakete, Hilfsmaßnahmen und Waffenlieferungen zu beschließen, da hat die EU gezeigt, was sie kann. Genauso wie später in der Energiekrise, wo wir auch mal gemerkt haben, dass nicht nur immer wir diejenigen sind, die Solidarität für die anderen zeigen, sondern dass auch wir manchmal Solidarität von anderen brauchen.

Und trotzdem ist es so, dass Europa für viele weit weg ist und in Straßburg und in Brüssel gemacht wird. Dabei wisst ihr alle, dass es alle Lebensbereiche und auch alle Politikbereiche durchdringt. Deswegen war es mir bei der Amtsübernahme zunächst mal unheimlich wichtig, das Thema Europa aus den Expertenzirkeln herauszuholen und in die Partei zu bringen. Zum einen dadurch – das habt ihr hoffentlich alle gemerkt; viele von euch haben mich dabei auch begleitet -, durch die ganze Republik zu fahren und mit denjenigen, die Europa interessiert, Europa zu besprechen. Ich bin sehr dankbar, dass dieses Themenfeld so ein großes Interesse in dieser Partei hat. Und dann auch Foren zu schaffen, wo all die Ebenen miteinander vernetzt sind, also bei allen europäischen Themen nicht nur die Expertinnen und Experten aus der Partei und dem Bundestag an einem Tisch zu haben, sondern auch das Land, auch die Kommunen, auch die Arbeitsgemeinschaften. Auch da will ich allen danken, die sich daran beteiligt haben; denn das macht uns aus. Wir sind in der politischen Arbeit keine Egoistinnen und Egoisten, sondern wir bündeln unsere Kräfte und kämpfen gemeinsam für die gute Sache. Und was könnte als Sache besser sein als ein friedliches, solidarisches Europa?

Ich will das Podium, das ich gerade habe, nutzen, um mich ganz herzlich bei ganz bestimmten Menschen zu bedanken. Ich weiß nicht, ob das in unserer Partei einmalig ist, aber es haben sich tatsächlich an der Basis Menschen zusammengefunden, die auf ganz verschiedenen Ebenen – in Landesverbänden, in Arbeitsgemeinschaften, zum Teil auch kommunal – Europa-AGs haben und die ein Bundesnetzwerk der Europa-Arbeitsgemeinschaften gegründet haben. Ich möchte deswegen ganz herzlich Arno Gildemeister, Vivien Costanzo und Johannes Kupp danken, die aus diesem Netzwerk eine

richtig schlagkräftige Truppe gemacht haben. Vielen Dank für die vielen Veranstaltungen und für die Unterstützung, die ihr uns zukommen lasst – hoffentlich auch im Wahlkampf.

(Beifall)

Denn wir brauchen euch alle in diesen Zeiten, viel mehr als in allen anderen Europawahlkämpfen bevor. Die Europäische Union hat nicht nur all diese Herausforderungen zu bewältigen, von denen ich gerade gesprochen habe, sondern sie hat auch sehr mächtige Gegner; manchmal möchte man auch „Feinde“ sagen. Mächte wie Russland und China haben überhaupt kein Interesse an einer starken Union, die zusammenhält. Aber auch innerhalb Europas gibt es Feinde der europäischen Werte, unseres europäischen Zusammenhaltes.

Viele von euch wissen, dass Viktor Orbán mein ganz persönlicher „Freund“ ist. Derjenige, der in seinem eigenen Land die Demokratie schon abgeschafft hat und keine Gelegenheit ausnutzt, Europa zu erpressen. Aber auch in der Slowakei und jetzt auch in den Niederlanden sehen wir Politikerinnen und Politiker auf dem Vormarsch, die den Austritt ihrer Länder auf die Tagesordnung setzen wollen.

In nicht einmal einem halben Jahr ist Europawahl. Es wird eine Richtungswahl. Sie wird darüber entscheiden, welche Europäische Union wir nach dem 9. Juni noch haben werden, ob es weiterhin eine Europäische Union ist, wo alle zusammenkommen und Kompromisse miteinander finden, damit es danach allen besser geht, oder ob es eine Gemeinschaft von Egoisten wird – sie nennen es ein „Europa der Vaterländer“ -, wo Europa ein Geldautomat ist, wo es nur darum geht, den eigenen Vorteil zu suchen, auch auf Kosten anderer.

Es wird sich lohnen, dafür zu kämpfen. Wir sehen das in manchen Ländern. Wir haben es in Polen gesehen, wo die proeuropäischen Kräfte am Ende die Oberhand hatten, obwohl die PiS-Regierung alles getan hat – inklusive Änderungen im Wahlrecht, inklusive Übernahme der wichtigsten Medien -, um das zu verhindern. Wir haben gesehen, dass der Wille zu Europa, der Wille zu einem freiheitlichen Europa dort gesiegt hat.

Das Gleiche hatte Slowenien vorher schon geschafft und sich von – ich nenne ihn immer Orbáns kleinen Bruder – Janez Janša auf demokratische Weise befreit. In Spanien haben wir gesehen – trotz all der Schwierigkeiten, die es dort wegen der Katalonien-Frage gab -, dass Pedro Sánchez und andere proeuropäische Kräfte es geschafft haben, den Angriff von konservativ plus rechtsextrem abzuwehren, und weiterhin eine proeuropäische Regierung bilden.

(Beifall)

Es geht also. Es geht. Aber es geht nur dann, wenn wir wirklich alles mobilisieren, was wir haben. Denn diese Gegnerinnen und Gegner der Europäischen Union, einer freiheitlichen, einer solidarischen, einer sozialen Europäischen Union, werden mehr. Deshalb ist mein Vorhaben für das nächste Jahr klar: Unsere SPD in einen engagierten, in einen kreativen und am Ende in einen erfolgreichen Wahlkampf am 9. Juni zu führen, und ich freue mich sehr über möglichst viel Unterstützung. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

WAHL DER VERANTWORTLICHEN DES PARTEIVORSTANDES FÜR DIE EUROPÄISCHE UNION

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Katarina. Ich glaube, wir alle freuen uns auf einen Europawahlkampf mit dir und stehen da auch für viele Diskussionen über bereit, um tatsächlich mit dir zusammen für eine gute Europapolitik und für eine starke Sozialdemokratie zu werben.

Wir steigen jetzt in den Wahlgang ein. Dieser Wahlgang wird nach unserem Organisationsstatut vollzogen. Laut § 7 unserer Wahlordnung wird an dieser Stelle ein Bogen mit der Nennung eines Namens verteilt, nämlich dem Namen von Katarina. Es gibt keine weiteren Kandidaturen. Ihr habt die Möglichkeit, bei dieser Wahl mit – - Die MPZK darf schon mit dem Verteilen der Stimmzettel beginnen. Wir wollen den Prozess ja nicht verlängern.

Auf dem Stimmzettel habt ihr die Möglichkeit, „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ anzukreuzen. Ihr kennt es: Jeder nur ein Kreuz bei dieser Abstimmung. Um den Wahlzettel gültig zu machen, müsst ihr noch die Kontrollmarke 5 aufkleben.

Diejenigen, die noch keinen Stimmzettel haben, können das bitte mal anzeigen, damit unsere fleißigen Helferinnen und Helfer die Möglichkeit haben, noch einmal durchzugehen. Lasst ruhig die Arme ein bisschen oben! Das macht es einfacher zu wissen, wo noch Stimmzettel fehlen.

Gibt es noch jemanden, der keinen Stimmzettel hat? Bitte jetzt aufzeigen. – Dort drüben, links von mir, gibt es noch jemand, der einen Stimmzettel braucht. Ich mache keinen namentlichen Aufruf. Bitte ein Kreuz bei Ja, Nein oder Enthaltung und die Kontrollmarke 5 aufkleben.

Wenn ihr bereit seid und alle gekreuzt habt, dann eröffne ich jetzt den Wahlgang. Die Wahlzettel können bitte eingesammelt werden.

Bitte die Arme noch einmal oben lassen, wo noch Stimmzettel einzusammeln sind. Noch ist es eine ganze Menge, gerade so im Block vor mir, der starken Mitte der Partei. Hier in der Mitte wird verstärkt eingesammelt.

Gibt es noch Delegierte, die ihren Stimmzettel noch nicht abgegeben haben? – Das sehe ich nicht. Dann ist der Wahlgang jetzt geschlossen. Vielen Dank.

Ich gebe weiter an Thomas.

FORTSETZUNG DER ANTRAGSBERATUNG BEREICH ARBEITSMARKT UND BESCHÄFTIGUNG UND INI09

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Ganz herzlichen Dank. – Dann können wir fortfahren mit der Antragsberatung im Bereich „Arbeitsmarkt und Beschäftigung“. Wir haben jetzt noch sieben Wortmeldungen zum Initiativantrag. Ich würde als erstes Annika Klose aufrufen. Bereithalten können sich schon einmal Benedict Lang aus Bayern und Anna Rasehorn, auch aus Bayern.

Annika Klose, *Berlin:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Die Forderung nach einer Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich ist so alt wie die Sozialdemokratie selbst. In unseren Kämpfen für gute Arbeit ging es noch nie bloß um anständigen Lohn, sondern der Schutz der Gesundheit und eine Vereinbarkeit mit einem guten Leben waren schon immer auch zentrale Forderungen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. Legendär sind schließlich auch noch die DGB-Plakate aus den 50ern – „Samstags gehört Vati mir", manche mögen sich erinnern – für eine Fünf-Tage-Arbeitswoche.

Wenn wir über Umverteilung sprechen, dann geht es eben nicht nur um die Umverteilung von Einkommen und Vermögen, sondern es geht auch um Lebenszeit, um Zeit für Familie und Erholung, um Zeit für das Ehrenamt, um Zeit für sich und natürlich auch um Arbeitszeit. Wie viel Erwerbsarbeit ist nötig, um den Wohlstand und den Lebensunterhalt zu sichern? Wie können wir unsere Arbeitsgesellschaft gestalten, damit die Arbeit dem Leben dient und nicht umgekehrt? Diese Fragen müssen wir miteinander stellen und beantworten.

Die IG Metall gibt darauf in der laufenden Tarifrunde eine klare Antwort. Sie fordert eine Arbeitszeitreduzierung auf 32 Stunden die Woche, also eine Viertagewoche, bei vollem Lohnausgleich. Daher möchte ich im Namen der Antragsteller*innen des Ini09, der AfA, den Jusos, der DL21, der Parlamentarischen Linken und hoffentlich im Namen der gesamten SPD Danke sagen für euren Mut und eure Kraft, liebe Kolleg*innen. Wir stehen in diesem Kampf solidarisch an eurer Seite.

(Beifall)

In den letzten Jahrzehnten haben wir massive Sprünge in der Produktivität erlebt. Digitalisierung, Globalisierung und Teamarbeit haben dazu beigetragen, dass heute in derselben Arbeitszeit viel mehr produziert und eben auch viel mehr Wertschöpfung betrieben wird als früher. Das ist gut für die Gewinne der Unternehmen. Aber es geht derzeit auf die Kosten der Beschäftigten und auf ihre Gesundheit. Die Verdichtung der Arbeit macht krank. Diese Verdichtung der Arbeit bedeutet höhere Burn-out-Quoten, und die Fehltage aufgrund von psychischer Belastung gehen auch dieses Jahr wieder durch die Decke. Viele Menschen schaffen es nicht mehr, bis zum Rentenalter in ihrem Beruf durchzuhalten. Liebe Genossinnen und Genossen, daran muss sich ganz dringend etwas ändern! Die Beschäftigten brauchen Entlastung. Die Produktivitätsgewinne müssen ihnen endlich wieder zugutekommen.

(Beifall)

Es ist also an der Zeit für eine kollektive Arbeitszeitreduzierung bei vollem Lohnausgleich, für Arbeit, die zum Leben passt. Daran wollen und müssen wir im Schulterschluss mit den Gewerkschaften arbeiten. Ich freue mich, dass wir gemeinsam einen Prozess für Forderungen für das nächste Wahlprogramm aufsetzen werden und prüfen, wie wir das Tarifgeschäft für eine Arbeitszeitreduzierung politisch flankieren können. Danke an alle, die sich daran beteiligen. Liebe Kolleg*innen, liebe Beschäftigte, seid euch sicher, wir, die SPD, kämpfen mit euch an eurer Seite für euch. – Vielen Dank.

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Benedict, bitte schön.

Benedict Lang, *Bayern:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Unsere Zeit muss uns gehören. Seit jeher kämpfen die Arbeiter*innenbewegung und wir als Partei als Teil dieser Bewegung für die Reduzierung der Arbeitszeit. Die Frage der Arbeitszeitverkürzung ist in der Gesellschaft längst auch außerhalb der Gewerkschaften Thema bei den Leuten. Viele Menschen, gerade meiner Generation, wollen mehr freie Zeit für Familie, Freizeit oder auch Ehrenamt. Die Reduzierung der Arbeitszeit steht für mehr Lebensqualität, mehr physische und psychische Gesundheit und vor allem für mehr Selbstbestimmung.

In den letzten Jahren wurde uns in der innerparteilichen Debatte immer wieder gesagt, dass die Frage nach der Arbeitszeit ausschließlich in die Zuständigkeit der Tarifpartner*innen fallen würde und wir in der Debatte den Gewerkschaften nicht vorgreifen dürfen. Uns wird gesagt, dass es deshalb auch keine politischen Vorgaben oder Maßnahmen für eine Reduzierung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich geben soll. Ich möchte dem entgegenhalten, dass es unsere Aufgabe als Sozialdemokratie ist, auch die Beschäftigten in den Blick zu nehmen, deren Arbeitsverhältnisse nicht durch Tarifverträge abgedeckt sind. Im Jahr 2022 waren es knapp über die Hälfte der Beschäftigten in Deutschland. Auch denen schulden wir das Versprechen, dass wir politisch dafür kämpfen, ihnen ein Stück von ihrer Lebenszeit zurückzugeben.

(Beifall)

Nein, wir wollen den Gewerkschaften und den Tarifpartnern die konkrete Ausgestaltung und das Arbeitszeitmodell nicht vorschreiben. Aber ja, wir werden als Sozialdemokratie auch Debatten über die gesetzliche Höchstarbeitszeit führen müssen, wenn wir alle Beschäftigten im Blick haben wollen. Genau das haben wir übrigens auch beim sozialdemokratischen Erfolgsmodell Mindestlohn getan.

In Österreich zeigt die SPÖ gerade, wie eine Wiederbelebung der Sozialdemokratie aussieht, die mutig die Rechte von Arbeitnehmer*innen – und dazu gehört eindeutig auch die Arbeitszeitverkürzung – in den Mittelpunkt ihrer Politik stellt. Dieses Thema betrifft so viele Menschen in unserem Land, und es bietet eine riesige Chance für uns, selbstbewusst ein Thema zu setzen und damit auch Aufmerksamkeit für soziale Politik für dich zu erzeugen. Wir können jetzt auf das Ergebnis des Verfahrens in der Partei gespannt sein, dass der Kompromiss zum Initiativantrag vorsieht. Lasst uns die Arbeitszeitverkürzung viel stärker als bisher in den Mittelpunkt unseres politischen Kampfes stellen! Lasst uns den Menschen ein Stück ihrer Lebenszeit zurückgeben! Unsere Zeit muss unsere sein. – Freundschaft und Danke schön!

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Danke, Benedict. – Dann habe ich jetzt Anna Rasehorn auf der Liste.

Anna Rasehorn, *Bayern:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin eine der wenigen jungen Abgeordneten, die am 8. Oktober in den Landtag eingezogen sind. Davor habe ich in der Altenpflege gearbeitet. Da hatte ich das Glück, bei der AWO Augsburg zu arbeiten, die letztes Jahr als erstes die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich im Haustarif eingeführt hat. Das war ein absolutes Novum. Da hieß es: Oh Gott, in der Pflege, auf gar keinen Fall. Da kann die Stundenreduzierung ja gar nicht funktionieren. – Wir haben jetzt zwei Jahre gezeigt: Doch, es kann funktionieren. Bei uns im Betrieb ist seitdem eine viel bessere Stimmung, weil ältere Kolleginnen nicht in Teilzeit gehen müssen, die nicht Stunden reduzieren müssen, aber etwas gegen ihre Altersarmut machen können. Auch junge Mütter und junge Väter sind entlastet und können sich

auf Care-Arbeit konzentrieren.

Dass es gehen kann, hat das jetzt hier gezeigt. Aber wir müssen natürlich auch auf die Gewerkschaften hören. Gerade die IG BAU aus Bayern hat uns gesagt: Lasst uns nicht nur über die Vier-Tage-Woche reden, sondern auch über die Wochenstunden! Bei denen auf der Baustelle gilt oft die Vier-Tage Woche, aber weiterhin auch die 40-Stunden-Woche. Deswegen bitte das auch das Mitnehmen!

(Beifall)

Der dritte Punkt ist: Ich bin jetzt zehn Jahre Stadträtin in Augsburg gewesen. Wir haben eine Studie herausgebracht, wo wir gesagt haben, wir wollen wissenschaftlich wissen, was wir gegen Altersarmut gerade bei Frauen machen können. Es waren zwei Ergebnisse, die in Augsburg maßgeblich waren. Wir sind die ärmste Stadt im süddeutschen Raum. Das eine ist die Betreuung durch Kitaplätze. Das Zweite ist, Frauen aus den 520-Euro-Jobs und von Teilzeit in Vollzeit zu kriegen. Auch da können wir bei der Stundenreduzierung ganz viel für Altersarmut, die gerade weiblich ist, tun. Deswegen bitten wir: Tagt in dieser Arbeitsgemeinschaft gut, findet eine gute Lösung! Es ist gerade für die Leute, für die wir kämpfen, unglaublich wichtig. – Danke.

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Danke schön. – Dann haben wir als nächsten Redner Aaron aus Bremen. Es können sich schon einmal Sarah Mohamed, Martin aus NRW und dann Serpil Midyatli bereithalten.

Aaron Thatje, *Bremen:*

Liebe Genossinnen und Genossen! In Bremen haben wir ein Stahlwerk, und auch im Bremer Stahlwerk wurde letztens gestreikt. 1.000 Beschäftigte legten ihre Arbeit nieder. Dabei ging es um mehr Lohn, Beschäftigungssicherheit und nicht zuletzt einen Einstieg in die 32-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Da könnte man ja denken, die Leute – gemeint sind eigentlich fast immer nur die jungen Leute – haben alle keinen Bock mehr zu arbeiten. Aber lasst mich euch sagen: Auf solche Vorwürfe dürfen wir uns gar nicht erst einlassen. Wenn wir junge Menschen eines begriffen haben, dann ist es das, dass wir es nicht mehr einsehen, unser ganzes Leben nur für die Lohnarbeit aufzuopfern.

Liebe Genossen und Genossinnen, wie wir sehen, sind es eben nicht nur die jungen Menschen, die immer lauter werden, wenn es um die Arbeitszeitverkürzung geht. Jetzt gerade waren es die Metaller, die auf die Straße gegangen sind. Doch es gibt viele weitere kleine und große Unternehmen in ganz unterschiedlichen Branchen, die dieser Forderung nachgehen. Die Produktivität von Arbeitern und Arbeiterinnen steigt beständig an. Warum soll dann nicht auch die Arbeitszeit sinken? Ich glaube zwar nicht, dass die Arbeitszeitverkürzung eine einfache Antwort auf die Probleme ist, die sich durch Digitalisierung und Automatisierung ergeben, aber ich glaube, dass sie ein wichtiger Teil dieser Lösung sein wird. Weniger Arbeitszeit bedeutet auch mehr Freizeit, mehr selbstbestimmte Zeit für ein Ehrenamt, Familie oder auch einfach nur für Erholung. Weniger Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich bedeutet auch mehr Umverteilung von gesellschaftlichem Wohlstand. Die Vier-Tage-Woche ist schon lange kein Luftschloss mehr, und es wird Zeit, dass wir aufhören, sie so zu behandeln.

Als SPD stehen wir fest an der Seite der Gewerkschaften. Das wurde auch heute immer wieder betont. Die Metaller kämpfen gerade für die Vier-Tage-Woche und zeigen, was möglich ist. Dafür verdienen sie von uns von politischer Seite Unterstützung. Im Bremer Stahlwerk heißt es immer: Stahl ist Zukunft. Liebe Genossen, auch die Vier-Tage-Woche hat Zukunft. – Danke.

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Danke schön. – Sarah.

Sarah Mohamed, *beratende Delegierte:*

Liebe Genoss*innen! 2020 veröffentlichte die Bertelsmann Stiftung eine Studie zum Gender Lifetime Earnings Gap, also wie unterschiedlich viel eigentlich Frauen und Männer über ihr Leben lang hinweg verdienen. Der Gender Lifetime Earnings Gap beträgt in Westdeutschland 45 Prozent und in Ostdeutschland 40 Prozent. So viel weniger verdienen Frauen über ihr Leben hinweg als Männer. Einer der Hauptursachen dafür ist, dass Frauen häufig in Teilzeit arbeiten. Ja, es gehen immer mehr Frauen in die Erwerbsarbeit, und das ist auch gut so. Aber gleichzeitig sind Frauen immer noch hauptsächlich für unbezahlte Care-Arbeit verantwortlich. Der Gender Pay Gap liegt bei über 50 Prozent. In der Zeit von Corona wurde das wie durch ein Brennglas sichtbar. Die ganze Zeit aber war schon da, dass Frauen unter einer Mehrbelastung leiden. Sie müssen der Lohnarbeit nachgehen, sie müssen die emotionale Care-Arbeit für Familien und die Hausarbeit machen und sich um die Kinder kümmern. Das führt dann dazu, dass Frauen häufiger in Teilzeit gehen müssen. Wenn Frauen in Teilzeit arbeiten, bedeutet das vor allen Dingen auch, dass viele Frauen in Armut und auch in Altersarmut leben. Der Gender Pension Gap liegt bei fast 60 Prozent.

Die ganzen Gaps und Prozentzahlen klingen vielleicht weit weg, aber es geht hier um die Lebensrealität von Frauen.

(Beifall)

Viele Frauen leben in prekären Verhältnissen. Noch krasser ist es für Alleinerziehende. Sie sind noch einmal häufiger von Armut betroffen. Für den Kampf gegen Armut und Ausbeutung von Frauen ist die gerechte Aufteilung von Care-Arbeit essenziell. Care-Arbeit kann nur durch die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich gerechter verteilt werden.

Für die SPD und die Gewerkschaften ist klar: Der Arbeiter*innenkampf ist auch immer ein feministischer Kampf.

(Beifall)

1956, wie Annika schon erwähnt hat, starteten die Gewerkschaften die Kampagne „Samstags gehört Vati mir“. Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung ist eine Forderung nach mehr Lebens- und Familienzeit. Wir brauchen die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, für Geschlechtergerechtigkeit, für das Ende der Prekarisierung von Frauen. Wir stehen an der Seite der Gewerkschaften und kämpfen gegen die Ausbeutung von Frauen. Frauen, die kämpfen, sind Frauen, die leben. Deswegen kämpfen wir für die Arbeitszeitverkürzung. – Freundschaft!

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Danke, Sarah. – Dann haben wir vor dem nächsten Redebeitrag ein Ergebnis für die Europabeauftragte. Ich bitte die MPZK, das Ergebnis bekannt zu geben. Katarina, vielleicht hältst du dich schon bereit.

ERGEBNIS DER WAHL DER VERANTWORTLICHEN DES PARTEIVORSTANDES FÜR DIE EUROPÄISCHE UNION

Max Pankofer, *Mandatsprüfungs- und Zählkommission:*

Ein letztes Mal für heute. – Liebe Genossinnen und Genossen! Ich gebe euch das Ergebnis für die Verantwortliche beim Parteivorstand für die Europäische Union bekannt. Wir sind besser geworden. Wir haben von 490 abgegebenen Stimmen nur 3 ungültige Stimmen. Vielleicht bekommen wir das morgen auch mal ohne hin. Gültige Stimmen: 487. Mit Ja gestimmt haben 449, mit Nein 26, 12 Enthaltungen. Damit mit 92,2 Prozent gewählt. Glückwunsch, Katarina!

(Starker Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Liebe Katarina, nimmst du diese Wahl an? So wie du läufst, habe ich eine Ahnung, was die Antwort ist.

Katarina Barley, *Verantwortliche des Parteivorstandes für die Europäische Union:*

Ich nehme die Wahl sehr, sehr gerne an. Ich möchte auch im Namen all meiner wunderbaren Kolleginnen und Kollegen aus unserer Europa-Gruppe sagen, dass ich mich wahnsinnig freue. Wir haben noch die EuroDel. Da können wir noch einmal Kraft tanken. Aber ich freue mich sehr auf all eure Unterstützung für diesen schwierigen Wahlkampf. Danke schön!

FORTSETZUNG DER ANTRAGSBERATUNG BEREICH ARBEITSMARKT UND BESCHÄFTIGUNG, INI09

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Ganz herzlichen Dank. – Dann würden wir jetzt auch alle Präsidiumsmitglieder einmal zum Foto bitten. Damit das Foto schön aussieht, bitte ich euch jetzt noch einmal um einen großen Applaus für alle heute Gewählten. Bravo!

(Beifall – Es wird ein Gruppenfoto des Präsidiums gemacht.)

Dann kommen jetzt die letzten beiden Redebeiträge zu diesem Antragsblock. Ich darf jetzt Martin aus NRW ans Pult bitten. Serpil, du bist dann danach dran.

Martin Peters, *Nordrhein-Westfalen:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich würde meinen Wortbeitrag gerne mit einer persönlichen Bemerkung anfangen. Ich bin Erster Bevollmächtigter einer IG Metall-Geschäftsstelle in Nordrhein-Westfalen. Wir sind drei Bevollmächtigte der IG Metall hier. Ich möchte mich im Namen aller organisierten Kolleginnen und Kollegen recht herzlich bei den Jusos und bei der AfA für das politische Unterstützungssignal, das mit diesem Antrag an die sich im Arbeitskampf befindlichen Kolleginnen und Kollegen der nordwestdeutschen Stahlindustrie herausgeht, bedanken. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, die IG Metall hat in der aktuell laufenden Tarifrunde für den Stahl in Nordwestdeutschland

und bei ArcelorMittal in Eisenhüttenstadt am gestrigen dritten Verhandlungstermin erstmals ernsthaft mit den Arbeitgebern über die Arbeitszeitverkürzung reden können, die in den ersten beiden Verhandlungsrunden da nur gemauert haben. Warum fordern wir die Arbeitszeitverkürzung? Wir tun das, weil wir wissen, dass die industrielle Transformation hin zu wasserstoffgebundener Stahlproduktion am Ende des Tages Beschäftigung kosten wird. Um die dann noch vorhandene Beschäftigung auf die gleiche Anzahl von Kolleginnen und Kollegen zu verteilen, tun wir das, was wir in den 80er-Jahren schon gerechterweise getan haben: Wir verteilen weniger Arbeit auf die gleichbleibende Anzahl von Kolleginnen und Kollegen. Dass allerdings die Arbeitgeber ernsthaft mit uns reden, haben wir insbesondere dem Druck zu verdanken, den die Kolleginnen und Kollegen im Warnstreik bisher gemacht haben. Ihr wisst, Stahlarbeiterinnen und Stahlarbeiter sind noch von echtem Schrot und Korn. Legendäre Arbeitskämpfe wie in Duisburg-Rheinhausen haben das in der Vergangenheit unter Beweis gestellt.

Damit bin ich genau bei dem Punkt, weswegen ich mich zu Wort gemeldet habe. Wir haben in Deutschland ein hohes Gut in unserer Arbeits- und Sozialordnung. Das ist die Tarifautonomie. Das bedeutet, dass die Dinge, die im Betrieb oder in der Branche von den Tarifvertragsparteien ausgehandelt werden können, auch da geregelt und erkämpft werden. Alle Errungenschaften, die in den letzten Jahrzehnten hinsichtlich von Arbeitszeit erreicht worden sind, wurden von Gewerkschaften – zuvorderst von dieser hier – in Tarifrunden durchgesetzt. Oft war es dann auch so, dass die SPD als Bestandteil der Bundesregierung diese Errungenschaft nachher als Gesetz abgesichert hat. Man denke da nur an das Beispiel der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, für das Kolleginnen und Kollegen in Norddeutschland 1956 16 Wochen lang gestreikt haben.

Genossinnen und Genossen, lasst uns genau bei dieser Arbeitsteilung bleiben. Neben der Verkürzung der Wochenarbeitszeit gibt es im deutschen Arbeitszeitrecht noch genug Baustellen, die politischer Bearbeitung bedürfen, beispielsweise hinsichtlich der Erfassung und Vergütung von Arbeitszeiten und Mehrarbeit. In Deutschland verfallen jedes Jahr immer noch Millionen von Überstunden. Das ist eine brutale Form von Ausbeutung. Der müssen wir politisch den Kampf ansagen.

(Beifall)

Es ist immer noch eine Tatsache, dass in unserem Arbeitszeitgesetz eine Höchstarbeitszeitdauer von 48, in Ausnahmen sogar bis zu 60 Stunden die Woche möglich ist. Lasst uns das herunterschrauben! Das schafft Luft.

Politisches Klima für gute Tarifvereinbarungen zur Vier-Tage-Woche: Wir als Gewerkschaften wissen Hubertus Heil da an unserer Seite. An all diejenigen, die diesen Antrag unterstützen: Vielen Dank dafür! Deswegen bin ich auch für die Empfehlung der Antragsberatungskommission. – Glückauf, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Danke schön. – Als letzter Redebeitrag zum Initiativantrag Serpil aus Schleswig- Holstein.

Serpil Midyatli, *stellvertretende Parteivorsitzende:*

Katja, du darfst auch Nordbayern sagen. Das war jetzt ein Insider. – Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist wirklich mehr als Zeit, dass wir endlich miteinander über die Arbeitszeit diskutieren. Als wir uns in Schleswig-Holstein über die Zukunft der Arbeit Gedanken gemacht haben – das ist schon ein paar Tage her; ich würde sagen, so ungefähr fünf Jahre , haben wir miteinander beschlossen, dass eines der Zukunftsthemen, gerade für die Menschen in Deutschland, das Thema Arbeitszeit ist. Was soll ich sagen? Wir haben dann die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich mit-

einander diskutiert und das dann auch gemeinsam beschlossen. Damals hat man uns noch für bekloppt erklärt, aber das sind wir ja gewohnt. Bei den erneuerbaren Energien ging es uns ja auch so, und mittlerweile machen das ja alle in der Republik und weltweit nach.

Liebe Annika, deswegen freue ich mich ganz besonders über diesen Antrag und all diejenigen, die den auch noch einmal unterstützen. Ich muss auch noch einmal sehr, sehr deutlich sagen: Wir reden hier über eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, weil es sonst Teilzeit ist, und Teilzeit haben wir schon, liebe Genossinnen und Genossen. Das wäre keine echte Arbeitszeitdebatte und Diskussion. Wir wissen ja auch, wie wichtig das ist. Gerade auch unser Verhältnis als Deutsche zur Arbeit hat sich komplett verändert. Wenn wir uns früher vorgestellt haben und darüber geredet haben, wo wir arbeiten und wie viele Überstunden wir reißen, reden wir jetzt darüber, in welchem Urlaub wir gewesen sind und was unsere Hobbys sind. Wir möchten viel mehr Zeit für unsere Kinder und Familien, aber auch für Freizeit und auch für Freundinnen und Freunde. Wir wollen auch Zeit zum Leben, liebe Genossinnen und Genossen.

Deswegen freue ich mich sehr darüber, dass es aber auch ein gemeinsames Verständnis dafür gibt, dass wir Sozialdemokrat*innen immer die Arbeitszeitverkürzung und die Debatten gemeinsam mit den Gewerkschaften geführt haben. Aber am Ende sind es die Sozialpartner*innen, die das miteinander verhandeln. Das muss uns klar sein. Es muss unsere Aufgabe sein, die Gewerkschaften dabei zu unterstützen.

Deswegen wollen wir – das habe ich mit Hubertus Heil auch gemeinsam abgestimmt und darf das hier auch mit einbringen – gemeinsam zum Thema Arbeitszeit, Veränderung der Arbeitswelt das zu uns in den PV holen und hier gemeinsam wirklich starke Konzepte miteinander erarbeiten. Dann, glaube ich, sind wir richtig gut aufgestellt für das nächste Wahlprogramm. Ich habe auf jeden Fall Bock, mit euch weiter über dieses Zukunftsthema zu reden, denn es brennt wirklich. Zeit ist nämlich die neue Währung, liebe Genossinnen und Genossen. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Ganz herzlichen Dank, Serpil. – Dann hat jetzt noch einmal Kerstin für die Antragskommission das Wort. Sie wird noch mal zusammenfassen, was wir jetzt gerade als Änderungen alles mit aufgenommen haben.

Kerstin Griese, *Antragskommission:*

Liebe Genossinnen und Genossen, vielen Dank. Zwischen mir und der Abendgestaltung ist nur noch diese ganz kurze Rede.

Ich bedanke mich ganz herzlich bei allen für die Beiträge, und bei Annika Klose, die den Antrag eingebracht hat und mit der wir auch intensiv darüber gesprochen haben, dass wir ihn in dieser geänderten Fassung annehmen, bei Benedikt, der das Thema Arbeitszeitverkürzung noch mal stark gemacht hat, bei Anna, die aus der Altenpflege berichtet hat, bei Aaron, der aus dem Bremer Stahlwerk berichtet hat, bei Sarah, die die frauenpolitische Dimension eingebracht hat, bei Martin, der das aus der Sicht der IG Metall geschildert hat, und bei Serpil, die noch mal dazu aufgerufen hat, auch Zeit zum Leben zu haben. Die werdet ihr auch gleich heute Abend haben.

Aber da es hier um das Thema Arbeitszeit geht und wir jetzt eine geänderte Fassung haben, die, wenn ich das richtig sehe, konsensual ist, will ich wenigstens die Gelegenheit nutzen – auch aufgrund der Arbeitszeitdebatte -, um diese Uhrzeit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ganz herzlich zu danken, die uns in der Antragskommission sehr helfen,

(Beifall)

stellvertretend Jan Brahmst, der das für das Thema Arbeit gemacht hat, und allen, die hier Tag und Nacht verbringen. Ich danke auch denen, die hier gleich aufräumen müssen. Das ist ein dezenter, leiser Appell, dass man auch ein bisschen selber mit aufräumen kann.

Vielen Dank für die gute, hilfreiche Beratung. Wir werden et was Gutes draus machen. Versprochen!

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Danke, liebe Kerstin. Diesem Dank schließen wir uns als Präsidium natürlich gerne an.

Dann können wir auch zur Abstimmung kommen. Ich will noch einmal daran erinnern: Ar11 ist in geänderter Fassung übernommen worden, der Initiativantrag auch. Über Ar7 haben wir schon abgestimmt. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung des verbleibenden Votums zu allen Anträgen der Antragskommission. Wer der Antragskommission in diesen Voten folgt, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind sehr viele. Wer ist dagegen? – Da sehe ich eine Karte. Wer enthält sich? – Das sind auch einige wenige Karten. Damit sind die aufgerufenen Anträge im Bereich Arbeit alle beschlossen. Ich danke euch ganz herzlich.

Dann bleibt mir jetzt nur noch der Verweis darauf, bevor wir schließen: Alles, was auf den Tischen liegenbleibt, ist morgen nicht mehr da. Wenn ihr morgen etwas wiederfinden wollt, müsst ihr das auf den Stuhl legen. Der Tisch ist Lava, der Stuhl ist sicher.

(Heiterkeit)

Damit unterbreche ich den Parteitag. Ich wünsche euch allen einen schönen Abend und danke für die Beratungen, für eure Aufmerksamkeit und für das besser werdende Stimmverhalten, was die gültigen Stimmen angeht. Einen schönen Abend und bis morgen!

Unterbrechung des Parteitags: 20:20 Uhr.

2. Tag: 09.12.2023
Beginn: 9:24 Uhr

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Liebe Genossinnen und Genossen, ich begrüße euch alle ganz herzlich zum zweiten Tag des Parteitags. Ich freue mich, dass es so viele von euch trotz der Festivitäten des gestrigen Abends geschafft haben, jetzt hier zu sein. Ich hoffe, dass wir die guten Beratungen des gestrigen Tages auch fortsetzen können und wollen.

Bevor wir einsteigen und ich euch gleich eine gewisse Orientierung gebe, was heute ansteht, möchte ich in unserer Runde noch neu hinzugekommene Gäste begrüßten. Ich freue mich außerordentlich, Franz Müntefering unter uns begrüßen zu können.

(Beifall)

In dieser Runde muss man gar nicht sagen, welche Funktionen du in dieser Partei alle ausgeübt hast. Aber was auf jeden Fall in aller Erinnerung immer wachbleiben wird, ist die Erkenntnis, dass auch ein Schwarz auch nur ein ganz Dunkles rot ist. Gelegentlich müssen wir die Kollegen der CDU vielleicht noch mal daran erinnern. In der jetzigen Zeit haben sie das anscheinend total vergessen. Lieber Franz, herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich darf bei uns auch Michael Vassiliadis begrüßen, den Vorsitzenden der IGBCE. Lieber Michael, herzlich willkommen in unserer Runde!

(Beifall)

Unsere enge Verbindung, die sich nachher nicht nur durch das Grußwort von Yasmin Fahimi ausdrückt, zeigt sich auch darin, dass heute eine auch neue Vertreterin der EVG mit dabei ist. Ich begrüße Cosima Ingenschay als stellvertretende Vorsitzende der EVG. Heute fährt die Bahn ja auch wieder,

(Beifall)

wenngleich wir ja wissen, es lag gestern nicht an euch. Herzlich willkommen in unserer Runde!

Liebe Genossinnen und Genossen, wie gesagt: Wir starten heute in den Tag mit einem Grußwort unserer DGB-Vorsitzenden Yasmin Fahimi. Zumindest alle, die Mitglied in der DGB-Gewerkschaft sind, können das aus voller Überzeugung sagen.

Yasmin, ich gebe dir sofort das Wort. Ich möchte nur noch gerne kurz erzählen, wie es heute im Tagesverlauf weitergeht.

Heute Vormittag wird unser Bundeskanzler Olaf Scholz zu uns sprechen.

(Beifall)

Lieber Olaf, du merkst: Die Partei freut sich darauf. Wir werden deine Rede mit der Aussprache zum Initiativantrag02 verbinden. Der liegt in einer neuen Version für euch in OpenSlides vor. Er beinhaltet die Versionen der vorgelegten

Initiativanträge Ini07 und Ini10. Sie sind in der neuen Version zusammengeführt. Wie gesagt, diese Anträge werden wir nach der Rede von Olaf aufrufen.

Am Nachmittag werden wir dann international. Wir freuen uns auf Pedro Sánchez, den spanischen Ministerpräsidenten und PSOE-Vorsitzenden, mit dem wir den Leitantrag „Sozialdemokratische Antwort auf eine Welt im Umbruch" diskutieren werden.

Etwas später wird auch Katarina Barley und damit auch der Bereich Europa in der Zukunft und die Wahl der SPD-Delegierten eingeführt, sodass wir quasi heute Nachmittag einen großen und, wie ich finde, angemessenen Europablock auf unserem Parteitag haben.

Eine wichtige Aufgabe, die uns heute auch bevorsteht, ist die Komplettierung des Parteivorstands. Wir werden die Wahlen heute Nachmittag durchführen, genauso wie die Wahlen zur Schieds- und Kontrollkommission. Wie ihr wisst, haben all diese Gremien in unserer Partei wichtige Rollen und Funktionen. Ich hoffe, wir werden das gut gemeinsam meistern.

Und wir werden natürlich parallel dazu weiter in der Antragsberatung voranschreiten. Ich lese euch jetzt vor, was wir uns als mutiges und zuversichtliches Tagungspräsidium vorgenommen haben. Wenn alle mitmachen, kriegen wir, glaube ich, davon auch einiges abgearbeitet.

Wir würden heute im Laufe des Tages den Bereich S – Soziales – Th – Themenübergreifende Anträge – I – Inneres, Recht und Verwaltung -, M – Migration – sowie W – Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunalpolitik – mit euch verhandeln wollen. Ich darf schon mal ein bisschen spoilern: Wenn wir alles gut durchstehen, dann fängt auch der Parteiabend an. Von der Warte her: Es gibt ein Ziel, auf das wir gemeinsam, glaube ich, ganz engagiert zuarbeiten. Das schaffen wir schon.

Liebe Genossinnen und Genossen, ihr habt einen kleinen Überblick, wie es heute weitergeht. Das war es erst einmal von unserer Seite. Ich gebe das Wort jetzt an Yasmin Fahimi. Liebe Yasmin, wir freuen uns auf dein Grußwort.

(Beifall)

GRUßWORT DER DGB VORSITZENDEN

Yasmin Fahimi, *DGB-Vorsitzende:*

Liebe Katja, vielen Dank für die freundliche Begrüßung. Vielleicht nur als allgemeiner Hinweis: Sollte es jemand versäumt haben, noch nicht Gewerkschaftsmitglied zu sein, dann könnt ihr gerne hier vorne in unsere erste Reihe kommen. Wir nehmen euch alle gerne auf.

(Beifall)

Als Erstes, liebe Saskia, lieber Lars, zunächst einmal herzlichen Glückwunsch für eure Wiederwahl und auch Gratulation für eure bisherige gemeinsame tolle Zusammenarbeit. Und natürlich auch dir, Kevin, alles Gute. Ich kenne deinen Job. Ich weiß, dass du den härtesten Job von allen hast. Ich wünsche euch aber allen gemeinsam viel Kraft, Ausdauer und Erfolg und setze natürlich auf weiterhin gute Zusammenarbeit. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, traditionell dürfen auf euren Parteitagen DGB-Vorsitzende ein Grußwort halten, und dass ich das heute tun darf, freut mich natürlich ganz besonders, denn ihr wisst, dass mir Gewerkschaft und Sozialdemokratie gemeinsam eine politische Heimat sind.

Als DGB-Vorsitzende will ich aber natürlich vor allem auch aus der Perspektive der Beschäftigten und der Realität der Betriebe reden. Ja, es ist so – das müssen wir in aller Ernsthaftigkeit wahrnehmen -: Die Stimmung ist angespannt, und die Lage wird immer unübersichtlicher. Manche haben ja bereits in diesem Jahr das Ende der Krise verkündet, und sie haben sich getäuscht. Die Krise ist Realität. Sie ist Realität bei vielen Menschen und in vielen Betrieben. Wir als Gewerkschaften haben in diesem Jahr natürlich – und sind immer noch dabei – dagegengehalten, haben mit sehr guten Tarifabschlüssen der vergangenen 18 Monate Tarifabschlüsse geschaffen, die den Inflationsschock abmildern sollten. Aber wahr ist leider auch, dass nur noch jeder zweite Beschäftigte unter diesen Schutz fällt, und im Osten dramatisch weniger.

Wahr ist auch: Eure richtige Entscheidung, den Mindestlohn im vergangenen Jahr 2022 anzuheben, ist leider schon wieder von der Inflation aufgefressen worden, und er wurde durch die Arbeitgeber nur durch eine mickrige Anhebung im kommenden Jahr, die sie gegen uns durchgedrückt haben, nicht weiter gestärkt. Dafür müsste ihnen eigentlich bis heute die Schamesröte im Gesicht stehen, liebe Genossinnen und Genossen. Wir erwarten von euch, dass wir diese Kommission reformieren, damit das nie wieder passiert.

(Beifall)

Wahr ist leider auch: Ja, viele fühlen sich durch fehlende Investitionen und zum Teil sogar Standortschließungen, die uns erreichen, in ihren Arbeitsplätzen bedroht. Zusammengefasst: Es geht vielen Menschen in unserem Land schlechter als vor einigen Jahren. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Wir gefährden damit ein wichtiges, elementares Versprechen, für das wir gemeinsam stehen, nämlich: Ein besseres Morgen ist möglich.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe sie alle vor Augen. Lasst uns das wahrnehmen. Ich habe sie vor Augen, die Ökonomen und die Politiker, die bereits im vergangenen Jahr den Menschen in Deutschland permanent erzählt haben, wir werden jetzt alle ärmer. Aber damit meinten sie nicht sich selbst. Sie haben es auch nicht zum Anlass genommen, Gegenmaßnahmen einzufordern. Sie verkündeten einfach etwas, womit sich andere abfinden sollten.

Aber liebe Genossinnen und Genossen, abfinden, das dürfen wir uns nicht. Das dürft ihr nicht. Ich weiß, dass das auch nicht eure Sache ist, und es ist auch nicht unsere. Ich setze darauf, liebe Genossinnen und Genossen, dass ihr dagegenhaltet und dass es nicht darum geht, den Menschen zu erklären, sie werden ärmer, sondern dass ihr Lösungen für die Zukunft habt, dass es besser wird.

(Beifall)

An vielen Stellen haben wir das im vergangenen Jahr ja auch gemeinsam getan: Beherzt gegenzusteuern mit Maßnahmen der Entlastungspakete, der Wohngeldreform, der Einführung des Bürgergeldes und nicht zuletzt die Strom- und Gaspreisbremse, bei der wir euch schnell an unserer Seite hatten.

Ich will das ganz klar sagen: Es ist diese Bundesregierung unter sozialdemokratischer Führung und eines Kanzlers Olaf Scholz gewesen, der mit beherzten Maßnahmen letztlich die Beschäftigten und die Wirtschaft sicher durch das Jahr 2022 gesurft hat. Lasst euch das nicht kaputtquatschen.

(Beifall)

Aber die Krise ist eben noch lange nicht vorbei, und wir sehen, welche Verteilungskonflikte aufbrechen. Verteilungskonflikte um Geld, um Chancen, um politische Handlungsspielräume. Zu wessen Gunsten diese Verteilungskämpfe ausfallen, das habt jetzt ihr in der Hand. Ihr müsst die Partei sein, die Arbeitsplätze sichert, die für faire Löhne und wieder mehr Tarifschutz sorgt, die die Infrastruktur fit macht für das 21. Jahrhundert und eine klimaneutrale Wirtschaft mit guter Arbeit schafft. Ihr müsst die Partei sein, die von Wirtschaft eben mehr versteht als der blanke Ordoliberalismus, der unter Marktbereinigung einfach akzeptabel findet, was faktisch industrielle Schrumpfung bedeutet; denn das ist es, was diese Ideologen am Ende des Tages eben nicht interessiert. Denen ist es nämlich völlig egal, wo auf der Welt unter welchen Bedingungen private Profite gemacht werden, liebe Genossinnen und Genossen. Uns kann das aber nicht egal sein. Wir wollen die Wertschöpfung hier, und wir wollen sie für gute Arbeitsplätze und gemeinsamen Wohlstand.

(Beifall)

Ihr habt dieser Marktradikalität etwas entgegenzusetzen, und ihr müsst es auch tun, weil ihr die Partei sein müsst, die die Demokratie und den Zusammenhalt gegen diejenigen schützt, die immer lauter populistische Parolen nachgrölen von Arm gegen Ärmer und Mitte gegen unten. Jetzt, liebe Genossinnen und Genossen, ist die Zeit für Solidarität. In guten Zeiten ist es leicht, sich fair und korrekt zu verhalten, aber erst in der Krise beweist sich eben der wahre Charakter und die Haltung. Und nichts weniger erwarten wir von euch, nichts weniger – das wissen wir – dürfen wir von euch erwarten. Wer jetzt Bürgergeldbezieher gegen Mindestlöhne aufhetzt, versprüht nur ein Gift, von dem sich die Faschisten dieses Landes ernähren.

(Beifall)

In dieser Partei – ich weiß, wovon ich spreche, weil ich jahrzehntelang schon Mitglied bin und meine Ursprünge auch in Grundsatzdebatten bei den Jusos geführt habe – hat man diesen Versuch immer auch „Umverteilung in der Klasse“ genannt. Und genau da stehen sie, die Ultrarechten, die die Armen verhöhnen und sich dem Kapital anbiedern. Müllermilch lässt grüßen, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Statt Probleme nach unten wegzudrücken, müsst ihr für eine starke Arbeitsgesellschaft in der Mitte stehen, eine Arbeitsgesellschaft, in der man gesund in Rente gehen kann, eine Arbeitsgesellschaft, die jeder und jedem eine wirtschaftliche Selbständigkeit – und das heißt: mehr als Mindestlohn – ermöglicht, faire Entlohnung, Arbeitszeiten, die zum Leben passen, Arbeitsbedingungen, die eine Chance geben, das Arbeitspensum überhaupt zu schaffen. Ihr müsst für eine Arbeitsgesellschaft stehen, in der Fortschritt mehr gute Arbeit und Wohlstandsverbesserung für alle schafft.

Und deswegen zuallererst: Sorgt für ein starkes Tariftreuegesetz. Wenn Mitbestimmung und Tarifbindung nicht mehr prägend für dieses Land sind, dann ist das deutsche Modell der sozialen Marktwirtschaft kaputt, und so viele Sozialreformen könnt ihr gar nicht machen, um als aufzufangen.

(Beifall)

Das ist ein wesentlicher Hebel für Verteilungsgerechtigkeit in diesem Land.

(Beifall)

Deswegen ist es aber eben auch Zeit, für eine aktive Industriepolitik zu stehen, die zuverlässige Zusagen, Rahmenbedingungen, Planungssicherheit, Investitionsanreize schafft. Und auch hier – ja, wir hören sie -: Markteingriffe, Investitions-

lenkung, huhuhu! Ja, da fragt man sich: China, USA, Frankreich, sind die auf dem Weg des – in Anführungsstrichen – realpolitischen Sozialismus? Nein, sie verstehen ihre Investitionspolitik und auch ihre direkten Subventionen eben nicht als Markteingriff, sondern als Chance, ganz vorne mitzuspielen. Und genau darum geht es: Wir wissen, dass der Markt es nicht alleine regelt, und deswegen brauchen wir auch wenigstens für faire Wettbewerbsbedingungen jetzt einen Industriestrompreis für hoch energieintensive Produktionsgewerbe, damit wir industriell nicht abgehängt werden. Jetzt entscheidet sich, welche Nation ganz vorne mitspielt und Technologieführerschaft, Innovation und Klimaneutralität auch in ihrer industriellen Basis sicherstellt.

(Beifall)

Und weil ihr, liebe Genossinnen und Genossen, eben für eine gerechte Arbeitsgesellschaft steht, ist im Übrigen eine gerechte Leistungsgesellschaft auch nur eine, in der sich alle ihren Möglichkeiten entsprechend angemessen an der positiven Entwicklung des Gemeinwohls beteiligen. Im Land ohne Vermögensteuer muss man sich doch fragen, warum Superreiche immer reicher von Krise zu Krise werden dürfen, während wir aber gleichzeitig wochen- und monatelang über die Anpassung des Bürgergelds streiten müssen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Da wird deutlich, um welchen Verteilungskampf es in dieser Gesellschaft jetzt geht, jetzt mehr denn je.

(Beifall)

Auf der einen Seite können alle beklagen, wie marode die Infrastruktur ist und in welcher Bildungskatastrophe wir sind. Ja, wo soll es denn herkommen? Auch unsere Daseinsvorsorge ist eben keine Luxusfrage, sondern es geht bei Pflege, bei Kinderbetreuung, bei Bildung, beim Gesundheitswesen, bei der Mobilität genau darum, ob wir eine gerechte Verteilung von Lebenschancen und Lebensqualitäten in diesem Land organisieren. Wir brauchen eine funktionierende öffentliche Infrastruktur mit Schulen, Gesundheitsversorgung, kundenfreundlicher Verwaltung, Pflege, Sicherheit im öffentlichen Raum. Wir brauchen es als Standortfaktor, aber wir brauchen es auch für unsere Demokratie, und wer sich daran nicht beteiligen will, der muss eben dazu gezwungen werden mit einer Vermögen- und Erbschaftsteuer, die endlich wirksam ist, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ihr habt gestern richtig entschieden.

(Beifall)

Aber noch mal: Ich will nicht so tun, als hätten wir keine Herausforderungen. Das Jahr 2023 war und ist immer noch ein schweres Jahr, ein Jahr im Krisenmodus, mit schrecklichen Kriegen und auch viel Streit, der für viele nicht nachvollziehbar ist. Was ich mir wünsche, ist, dass das Jahr 2024 wieder ein Jahr wird, in dem die Bundesregierung an die Idee anknüpft, eine Koalition des Fortschritts zu sein. Gebt es nicht auf! Das ist es, worum es jetzt geht: Mutige Schritte nach vorn und Zuversicht zu vermitteln. Ich sage euch deswegen auch ganz klar: Diese Jahrhundertaufgaben, die ich hier nur skizzieren konnte, die Jahrhundertaufgaben der Transformation inmitten von Zeiten der Krisen und Kriege zu bewältigen, das geht nicht ohne eine Reform der Schuldenbremse. Das kann niemandem gelingen, und das wissen auch alle in Bund und Land.

(Beifall)

Deswegen ist es jetzt notwendig, daran festzuhalten, dass die verantwortungsbewussten Demokraten sich jetzt bewegen. Ich weiß, wie schwierig es ist, dafür derzeit die politischen Mehrheiten zu gewinnen. Ich weiß im Übrigen auch, dass viele unserer Gewerkschaftsmitglieder Bedenken haben, ob Schuldenmachen ein adäquates Mittel ist. Man denkt eben an seinen eigenen Geldbeutel. Okay, das ist verständlich. Aber in Wahrheit muss es darum gehen, quasi wie ein

Großunternehmen zu denken, das nicht rechtzeitig in die Zukunft investiert und damit sozusagen sein Vermögen und seinen Wohlstand verspielt. Wir haben schon zu lange von unserer Substanz gelebt, und deswegen werbe ich dafür, jetzt für ein Bündnis zu sorgen, ein Bündnis zu schmieden für einen Sonderfonds im Grundgesetz. Wir müssen die Transformationsaufgaben, die durch die Krisen noch akuter geworden sind, vom Regelhaushalt des Bundes als Sondervermögen im Grundgesetz abtrennen. Das schafft Planungssicherheit und macht uns handlungsfähig. Das schafft Entlastung im Kernhaushalt, die wir für andere Regelaufgaben brauchen, in denen es schon genug Nachholbedarf der vergangenen Jahre gibt.

Liebe Genossinnen und Genossen, meine Gesamtbotschaft heißt deswegen: Bleibt zuversichtlich und fokussiert euch auf das Wesentliche. Lasst euch nicht ablenken von den ganzen populistischen Nebenkriegsschauplätzen, die aufzumachen versucht werden. Fokussiert euch auf das Wesentliche: Das Soziale sichern und die Zukunftsfragen lösen, das muss jetzt gleichzeitig gelingen, und das heißt: Infrastruktur ausbauen, der Wirtschaft Brücken bauen und Rahmenbedingungen für gute Arbeit schaffen. Daran müssen wir weiter unerbittlich gemeinsam arbeiten. Ich weiß, dass es geht. Ich weiß, dass ein besseres Morgen möglich ist. Glückauf!

(lebhafter Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Herzlichen Dank, Yasmin, für diese schöne Einstimmung in den Tag.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte noch einen Gast begrüßen, der bei uns angekommen ist und der sich seit Jahren als Fraktionsvorsitzender in der türkischen Opposition verdient gemacht hat. Nach dem knappen Wahlausgang in der Türkei ist er nun der neue Parteivorsitzende unserer Schwesterpartei, der CHP. Wir wünschen ihm und unseren Genossinnen und Genossen viel Kraft bei ihren Anstrengungen für die Zukunft der Türkei. Ich freue mich, dass er hier ist und später ein Grußwort halten wird. Ganz herzlich willkommen, Özgür Özel!

(anhaltender Beifall)

ANTRAGSBERATUNG BEREICH SOZIALES UND INI04

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Liebe Genossinnen und Genossen, wie angekündigt steigen wir jetzt in die Debatte um die Anträge im Sozialbereich ein.

Für den Sozialbereich gibt es einen Initiativantrag. Das ist der Initiativantrag04. Die Antragskommission empfiehlt hier Überweisung in die Bundestagsfraktion. Aufgerufen sind zudem die Anträge S1 bis S63. Ihr könnt sie alle im Antragsbuch auf den Seiten 560 bis 614 finden. Für die Antragskommission bitte ich Kerstin Griese das Wort.

Kerstin Griese, *Antragskommission:*

Guten Morgen, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Ich weiß, ihr wartet alle auf die Rede des Bundeskanzlers. Aber erstens passt der Antragsbereich Sozialpolitik gut davor, denn da haben wir viel erreicht und viel geschafft und auch noch viel vor, und zweitens kann ich schnell reden. Deshalb führe ich in die Anträge zum Bereich S wie Sozialpolitik ein. Es geht dort hauptsächlich um Sozialstaat, um die Alterssicherung und um das Thema Inklusion. Wir schließen mit diesen Anträgen an unser Sozialstaatskonzept an, ein echtes Erfolgsmodell der SPD.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich finde, wir sollten auch mal öfter stolz darauf sein, was wir schon geschafft haben in den letzten zwei Jahren mit unserem Sozialstaatskonzept zur Modernisierung des Sozialstaats, mit dem Bürgergeld, mit dem Rentenpaket 1, mit der Stärkung des inklusiven Arbeitsmarkts. Das ist richtig viel. So viel gab es vorher oft nicht. Dafür auch ein Dank an unseren Bundessozialminister, um das auch mal zu sagen, Hubertus Heil.

(Beifall)

All diese Anträge untermauern, dass wir diese Erfolge jetzt auch nicht infrage stellen wollen und dürfen. Ich will hier auch ein Dankeschön sagen an die Wohlfahrtsverbände und an ver.di; denn ver.di hat zusammen mit der AWO, dem SoVD, der Diakonie, dem VdK, dem Volksbund Solidarität und den Paritätern noch mal einen klaren, deutlichen Aufruf gestellt für ein menschenwürdiges Existenzminimum und gegen Kürzungen beim Bürgergeld. Vielen Dank für diese deutliche Unterstützung aus den Reihen der Sozial- und Wohlfahrtsverbände.

(Beifall)

Aber die Debatte zur Zukunft des Sozialstaats ist natürlich nicht beendet und soll fortgesetzt werden. Deshalb haben wir euch vorgeschlagen, im Hinblick auf das Programm für die Bundestagswahl 2025 und auch für das ganze Thema Weiterentwicklung der Alterssicherung viele der Anträge an den Parteivorstand zu überweisen, damit sie dort Eingang find und damit wir unser sozialpolitisches Programm für die Bundestagswahl aufstellen können.

Zu dem Themenfeld der Inklusionspolitik und der Barrierefreiheit empfiehlt die Antragskommission meistens, die Anträge an die Bundestagsfraktion zu überweisen, denn da sind wir gerade dabei, viel im Bereich der Barrierefreiheit und im Bereich der Inklusion auf dem Arbeitsmarkt zu machen. Wir setzen den UN-Staatenbericht um, der uns einige Forderungen gegeben hat. Wir haben eine Werkstattstudie zu der Situation der Menschen mit Behinderungen in Werkstätten gemacht. An all dem arbeiten wir. Deshalb sind die Anträge bei der Bundestagsfraktion gut aufgehoben.

Katja hatte schon gesagt, dass wir mit dem Ini04 einen Initiativantrag04 zur Migrationssozialarbeit haben, der sich mit den aktuellen Forderungen zum Haushalt beschäftigt. Das hängt auch mit vielem anderen zusammen, was wir hier beraten. Deshalb empfehlen wir auch da Überweisung an die Bundestagsfraktion.

Wir ändern ein Votum, und zwar das Votum zum Antrag S63. S63 ist ein Antrag der AfB, der Arbeitsgemeinschaft für Bildungsfragen, die uns gebeten hat, ihn an die Landtagsfraktionen zu überweisen, weil es darum geht, dass in den Ländern die Studienzeiten von Lehrkräften anerkannt werden sollen. Das ist also ein geändertes Votum.

Dann gibt es noch einige weitere Anträge, die in die Arbeit der Fraktion einzubeziehen sind, all das für einen guten, modernen Sozialstaat der Zukunft. Vielen Dank für die vielen guten Anträge.

Ich freue mich, wenn ihr das Votum der Antragskommission unterstützt. Ich bedanke mich bei Klaus-Heinrich Dedring stellvertretend für die Mitarbeitenden im Willy-Brandt-Haus, die das alles gut vorbereitet haben.

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Kerstin. Ich glaube, dem Dank gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern können wir uns immer wieder und gerne anschließen.

Wir steigen jetzt in die Debatte ein. Mir liegen aktuell insgesamt drei Wortmeldungen vor. Als Erstes bitte ich Julia Maiano für Hessen-Süd und Selbstaktiv zum Antrag S32 nach vorne zu kommen. Wir würden dann mit Jana Bertels von den SPD-Frauen und dem Landesverband Berlin weitermachen. Wenn es weitere Wortmeldungen gibt, dann kennt ihr das Verfahren, wo ihr eure Karten ablegen könnt und sollt.

Bevor Julia das Wort erhält: Ich weiß, dass alle ganz gespannt auf die Rede von Olaf Scholz warten, aber ich würde trotzdem bitten, den drei Wortmeldungen, die wir jetzt noch haben, zu folgen. Ich glaube, die Anträge im Sozialbereich sind es wert.

(Beifall)

Liebe Julia, du hast das Wort.

Julia Maiano, *Hessen-Süd:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Letzten Sonntag war Internationaler Tag der Menschen mit Behinderung. Morgen ist Tag der Menschenrechte. Doch wo stehen wir in Deutschland? Diese Antwort bekamen wir dieses Jahr bei der zweiten und dritten Staatenprüfung vor dem Ausschuss der Vereinten Nationen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

Aber fangen wir mit dem Positiven an: Endlich dürfen alle Menschen mit Behinderung wählen. Dafür hat Selbstaktiv über zehn Jahre gekämpft.

(Beifall)

Wir begrüßen es auch, dass der Koalitionsvertrag vom Fachausschuss positiv gewertet wurde. Da sagen wir danke, dass unsere politischen Forderungen eins zu eins übernommen wurden. Wir hätten uns aber gewünscht, dass bei der Umsetzung in der Haushaltsplanung nicht gespart wird. Beim Thema Arbeit braucht es mehr als nur eine Erhöhung des Endlohns. Deshalb waren wir froh, als wir hörten, dass unsere Fraktion dies anstrebt. Ob auf dem offenen Arbeitsmarkt, in den Werkstätten, im Ehrenamt oder in der Parteiarbeit – wir werden meistens auf unsere Behinderung reduziert. Uns werden Grenzen auferlegt, die in eurem Ermessen liegen. Dieses Ermessen übertragt ihr dann auch auf unsere Bedürfnisse zur Teilhabe. Diese stimmen meistens nicht mit unseren gelebten Bedürfnissen überein. Deswegen fordern wir auch eine Mitbestimmung in allen Bereichen. Knapp 10 Prozent der Menschen mit Behinderung leben in Deutschland, weswegen wir von Selbstaktiv fordern, dass auch jeder zehnte Listenplatz mit einem Menschen mit Behinderung besetzt wird.

(Beifall)

Nichts über uns ohne uns. So auch beim Thema Schule. Hier bemängeln wir das aussondernde System von Kindern mit Behinderung. Wo Inklusion in der Kita gelebt wird, geht diese Normalität mit der Einschulung verloren, eine Normalität, die uns allen nur Vorteile bringt. Denn inklusives Lernen prägt in allen Lebensphasen das Sozialverhalten von Menschen.

Eine individuelle Förderung kommt jedem Kind zugute. Nach der letzten PISA-Studie scheint das mehr als nötig.

(Beifall)

Wir finden, hier fehlt im Bund ein einheitlich verpflichtender Leitfaden für die Länder. So werden in vielen Bundesländern immer noch Förderschulen gebaut, anstatt das Geld sinnvoll in den Umbau der Regelschulen zu stecken und die qualifizierten Fachkräfte allen Kindern zugutekommen zu lassen.

(Beifall)

Ein weiteres großes Problem ist, dass das Recht auf Unterstützung eines eigenen Wohnraums fehlt. So wird vielen Menschen mit Behinderung ein großer Teil der Selbstbestimmung genommen. Große Defizite haben wir auch im Bereich von Freizeit und Sport. Die wenigsten Sportanlagen weisen die benötigte Barrierefreiheit auf, und ob sich die Förderung dafür im neuen Haushaltsplan wiederfindet, steht noch in den Sternen. Auch fehlt es an nötigen Hilfsmitteln und Assistenten für Sport. Eine Eigenfinanzierung ist für die meisten nicht machbar.

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Julia, kommst du bitte zum Ende?

Julia Maiano, *Hessen-Süd:*

Ja. – Damit bleibt diese gesundheitliche und gesellschaftliche Teilhabe verwehrt.

Ich danke für eure Aufmerksamkeit und hoffe auf eine konstruktive Zusammenarbeit.

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank für deinen Beitrag und ganz viele Grüße an Selbstaktiv. Gerade durch euren Einsatz haben wir vieles auch in der Sozialpolitik erreicht. Der Ansatz „Nichts ohne euch über euch“ ist genau der richtige, den wir umsetzen wollen.

(Beifall)

Als Nächstes bitte ich Jana Bertels ans Mikrofon, danach Ulrike Häfner.

Jana Bertels, *Berlin:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Uns SPD-Frauen ist es wichtig, dass wir heute das Votum von S20 „Hilfe für in der DDR geschiedene Frauen“ gemeinsam ändern und den Antrag nicht wie vorgesehen an die Bundestagsfraktion überweisen, sondern ihn hier auch gemeinsam annehmen.

Warum ist das so? Viele der betroffenen Frauen, denen aktuell noch Mittel des Härtefallfonds verwehrt bleiben, leben

am Existenzminimum, und ihr Lebensalter lässt es schlichtweg nicht zu, sie noch länger auf diese Leistungen warten zu lassen.

Warum ist die Situation eigentlich so, wie sie ist? Nun, man kann sagen, die Rente der in der DDR geschiedenen Frauen wurde im Einigungsvertrag schlichtweg vergessen. In der DDR geschiedene Frauen wurden schlechter gestellt gegenüber anderen Frauen, die beispielsweise in der BRD ab den 70er-Jahren den Versorgungsausgleich bekommen haben, und sie hatten auch nie die Möglichkeit der Teilhabe über Rentenanwartschaften ihres früheren Ehemannes.

Richtig ist, dass das in den meisten Fällen keine großen Auswirkungen für Frauen in der DDR hatte, denn die Rente einer in der DDR geschiedenen Frau hatte oftmals nicht die Auswirkungen, weil beide Partner berufstätig waren und auch ungefähr die gleichen Rentenanwartschaften erzielt haben. Anders sieht das allerdings bei in der DDR geschiedenen Frauen aus, die beispielsweise in den 50er- oder 60er-Jahren Kinder bekommen haben, als es noch keine flächendeckende Betreuungsinfrastruktur gab, bei Frauen, die beispielsweise Kinder mit Behinderungen hatten und deswegen zu Hause geblieben sind oder Angehörige zu Hause gepflegt haben. Diese Frauen waren längere Zeit nicht erwerbstätig und haben in der DDR dafür einen Symbolbetrag bekommen, der aber nach der Einheit nicht angeglichen worden ist.

Deswegen ist es uns wichtig, dass wir den Frauen heute ein Sicherheitsnetz geben, dass wir ein Zeichen setzen und diesen Härtefallfonds so ausweiten, wie es der Antrag vorsieht, und dass wir die Anspruchsberechtigung für diese Frauen gewährleisten. Lasst uns bitte das Signal setzen und den Antrag heute annehmen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Jana. – Jetzt hat Ulrike Häfner das Wort.

Ulrike Häfner, *Brandenburg:*

Liebe Genossinnen, liebe und Genossen! Es ist Unrecht geschehen, und es ist an uns, genau dieses zu bereinigen und für Gerechtigkeit einzustehen. An welchen Stellen Unrecht im Wiedervereinigungsprozess geschehen ist, hat Jana Bertels gerade dargestellt. Das muss ich nicht wiederholen. Aber ich appelliere noch mal an euch: Wenn wir das mit der Transformation ernst meinen, dann gehört auch dazu, dass wir aus Fehlern lernen, dass wir diese korrigieren und dass wir gemeinsam dafür einstehen, dass sich so etwas nicht wiederholt. Es geht hier um eine Personengruppe von Frauen, die in der DDR gelebt haben und die jetzt immer älter werden. Es kann doch nicht sein, dass wir mit Regelungen darauf warten, bis sich das Problem biologisch löst. Wir brauchen jetzt eine Lösung. Wir brauchen nicht einen Antrag, der an die Bundestagsfraktion verwiesen wird, sondern eine Entscheidung aus der Mitte dieses Parteitags, für Gerechtigkeit für diese Frauen zu sorgen. Darum bitte ich auch. – Vielen Dank.

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Ulrike. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich würde jetzt Kerstin noch einmal bitten, für die Antragskommission dazu Stellung zu nehmen, und dann würden wir in die Abstimmung einsteigen.

Kerstin Griese, *Antragskommission:*

Vielen Dank, Katja. – Vielen Dank noch mal an Julia für den Beitrag zur Inklusion. Ich bin froh, dass es den hier gegeben hat, weil es auch noch mal zeigt, dass wir im Bereich der Inklusionspolitik mehr vorankommen müssen und mehr machen, auch jetzt schon mehr machen als jede Bundesregierung davor, aber dass es uns eben als SPD auch ein wichtiges Thema ist. Ich kann den Beitrag von Julia noch mal ergänzen: Bitte schaut, dass ihr auch bei euren Veranstaltungen vor Ort Barrierefreiheit gewährleistet. Wir können das ja mal mit einem Dankeschön an die Gebärdendolmetscherin hier verbinden, die es bei mir immer besonders schwer hat wegen des schnellen Redens. Vielen Dank.

(Beifall)

Die Anliegen von Jana Bertels und Ulrike Häfner kann ich verstehen, denn wir haben eine extrem lange, extrem komplizierte Debatte – inzwischen über 30 Jahre – über die Frage, wie die Rentenüberleitung Ost-West funktioniert hat, welche Gruppen davon wie betroffen sind. Man muss leider sagen: Man kann nicht nachträglich DDR-Unrecht heilen oder DDR-Recht ändern, sondern wir haben jetzt versucht, mit einem Härtefallfonds – diese Regierung ist die erste, die diesen Härtefallfonds überhaupt hingekriegt hat – einige Härten auszugleichen. Darum geht es bei der Ost-West Rentenüberleitung, bei den Spätaussiedlern und auch bei den jüdischen Kontingentflüchtlingen.

Deshalb würde ich gerne bei dem Votum Überweisung an die Bundestagsfraktion bleiben, denn der Härtefallfonds läuft jetzt schon. Bis Ende Januar kann man noch Anträge stellen. Er existiert also. Die Fraktionen müssen sich dann damit beschäftigen, ob man noch etwas Weiteres macht. Ich sage ausdrücklich: Die Rechtslage ist da extrem kompliziert. Ich glaube, es ist gut, dass wir jetzt einen Härtefallfonds haben. Aber es ist immer klar gewesen, dass der natürlich nicht nachträglich alles Unrecht der DDR lösen kann, sondern nur bei sozialen Härten, bei Menschen, die jetzt in der Grundsicherung oder in der Nähe der Grundsicherung sind, Hilfe bieten kann. Deshalb würde ich euch sehr bitten, bei dem Votum Überweisung an die Bundestagsfraktion zu bleiben, weil wir uns da auch intensiver damit beschäftigen können und die Rechtslage wirklich sehr kompliziert ist. – Vielen Dank, wenn ihr das unterstützt.

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Kerstin.

Wir steigen jetzt ein in die Abstimmung über das Votum der Antragskommission ein, wie es vorgestellt wurde. Wer für das Votum der Antragskommission für den S-Bereich ist, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Vielen Dank. Gibt es Gegenstimmen. – Danke schön. Gibt es Enthaltungen? – Danke. Die Voten sind mehrheitlich angenommen. Ich danke euch für die Beratung.

Damit ist der S-Bereich besprochen und beschlossen, und ich gebe an Anke ab.

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, liebe Katja. Auch von mir einen schönen guten Morgen in die Runde! Einen besonders schönen guten Morgen an weitere Ehrengäste, die mittlerweile auf unserem Bundesparteitag angekommen sind.

(Beifall)

Ich freue mich auf jeden Fall, dass die neue und frisch gewählte Bundesvorsitzende der IG Metall, hier ist. Liebe Christiane Benner, herzlich willkommen! Schön, dass du da bist. Einen herzlichen Glückwunsch noch!

(Beifall)

Sie ist nicht allein gekommen, wenn ich das richtig sehe. Sie hat auch ihren Stellvertreter Jürgen Kerner mitgebracht. Jürgen, auch dir ein herzliches Willkommen.

(Beifall)

Das Thema Industrie hat gestern schon eine große Rolle gespielt und spielt heute eine große Rolle. Ich glaube, die Gewerkschaftsfamilie wird froh sein, dass dieser Parteitag so deutliche Worte dazu gefunden hat. Das wird sicherlich am heutigen Tage nicht anders sein.

Ich darf nach der Begrüßung zu dem überleiten, worauf heute sicherlich ganz viele warten, nämlich zur Rede unseres Bundeskanzlers Olaf Scholz.

Für all diejenigen, die sich nachher in der Debatte dazu zu Wort melden möchten, will ich darauf hinweisen, dass wir, wenn Saskia uns dazu noch mal explizit eingeführt hat, den Initiativantrag02 in der Fassung der Antragskommission aufrufen werden. Dieser Initiativantrag02 umfasst dann auch die Initiativanträge 07 und 10. Diejenigen, die sich dazu nachher zu Wort melden möchten, die sollten sich jetzt also schon mal gute Gedanken machen und die Wortmeldekarte abgeben.

Aber damit wir dazu einen weiteren Input erhalten, darf ich jetzt unseren Bundeskanzler Olaf Scholz als Redner nach vorne.

Lieber Olaf, ich würde sagen, der Applaus gestern und heute zeigt dir, dass du bei deiner SPD-Familie gut aufgehoben bist, dass wir hinter dir stehen, dass wir dir alle Kraft der Welt in diesen schwierigen Tagen bei den Verhandlungen, die du zu führen hast, wünschen, und dass wir nicht nur die Lage mit dir besprechen und natürlich auch die SPD-Positionen auf diesem Parteitag klarmachen, sondern vor allem dir auch wirklich allen Erfolg der Welt wünschen und dir dafür auch den Rückenwind von diesem Parteitag aus mitgeben wollen. Lieber Olaf, herzlich willkommen! Du hast das Wort. Du machst einen großartigen Job.

(lebhafter Beifall)

(Video-Einspieler – Beifall)

REDE DES BUNDESKANZLERS

Olaf Scholz, *Bundeskanzler:*

(mit anhaltendem Beifall begrüßt)

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich danke euch für dieses Zeichen von Solidarität und für die Unterstützung, was diesen Parteitag, aber auch unsere Partei doch so sehr prägt. Deshalb ganz zu Anfang: Herzlichen Glückwunsch, Lars und Saskia, herzlichen Glückwunsch, Kevin, zu euren Wahlergebnissen! Herzlichen Glückwunsch all den gewählten stellvertretenden Parteivorsitzenden! Das ist ein gutes Zeichen einer starken sozialdemokratischen Partei.

(Beifall)

Ich will mich bei euch auch für die gute Zusammenarbeit bedanken, die zwischen mir und der Parteiführung, aber auch zwischen mir und der Fraktionsführung existiert. Ja, ich möchte mich bei euch allen bedanken für die gute, gute Zusammenarbeit, die es zwischen Partei, Fraktion und Regierung gibt. Wer ein bisschen in den Geschichtsbüchern dieser Republik blättert, der wird feststellen: Eine so gute, abgestimmte, solidarische Kooperation zwischen den ganzen Strukturen der Sozialdemokratischen Partei, das haben wir selten so gut geschafft. Danke! Das ist die Grundlage für die Kraft, die wir für die Zukunft brauchen.

(Beifall)

Und es ist ja doch auch die Grundlage unseres Erfolgs. Einige haben zu Beginn des Parteitags daran erinnert, und ich will es gerne auch noch mal tun: Wir sind zwei Jahre vor der letzten Bundestagswahl aus einer ganz, ganz schwierigen Situation für die Sozialdemokratische Partei gestartet, und wir haben vieles unternommen, um dann erfolgreich bei der Bundestagswahl zu sein, um einen Erfolg zu erreichen, den uns niemand die zwei Jahre vorher zugetraut hätte. Aber wir haben es geschafft. Eine der Grundlagen für diesen Erfolg ist die Geschlossenheit, die die Sozialdemokratische Partei seit dem Parteitag zwei Jahre vor der Wahl gezeigt hat, eine Geschlossenheit, liebe Genossinnen und Genossen, die es bis heute gibt. Niemand hat damit gerechnet, dass wir das so lange durchhalten. Danke dafür!

(Beifall)

Ja, und manche haben damit gerechnet, dass mit diesem Parteitag damit auch Schluss ist, also insbesondere die vielen, die gerne über uns berichten und auch genau das tun sollen. Aber sie haben euch gefragt auf den Fluren, auf den Gängen, sie haben diskutiert, sie haben geguckt, und sie haben festgestellt: Es wird so bleiben. Diese Sozialdemokratische Partei wird auch die nächsten Jahre gemeinsam zusammenarbeiten.

(lebhafter Beifall)

Und es braucht uns. Es braucht eine geschlossene Sozialdemokratische Partei in schwierigen Zeiten. Wir haben bei dem, was wir uns für diese Legislaturperiode und für die Zukunft unseres Landes vorgenommen haben, viel mitgebracht in das Regierungsprogramm für diese Legislaturperiode. Aber wir sind auch herausgefordert – nicht nur wir in Deutschland, sondern auch ganz viele Länder und Staaten, mit außerordentlichen Krisen, die auf uns zugekommen sind und die wir ja nicht wegdenken und wegwünschen können, sondern die da sind, umzugehen. Es ging los – das wussten wir; darauf waren wir eingerichtet – mit dem Schluss der COVID-19-Pandemie, die aber immer noch im Gange war, als die Bundestagswahl stattfand und die noch am Tag der Bundestagswahl und am Tag der Vereidigung der letzten Regierung Tote gekostet hat. Wir mussten zuallererst dieses Thema bewältigen.

Und dann? Dann hat Russland die Ukraine überfallen. Ein furchtbarer Angriff auf die Bürgerinnen und Bürger der Ukraine. Ein furchtbarer Angriff des Landes mit dem größten Territorium in Europa, einer Atommacht, auf das Land mit dem zweitgrößten Territorium in Europa in unserer unmittelbaren Nachbarschaft. Ich habe das eine Zeitenwende genannt, eine Zeitenwende deshalb, weil Russland mit diesem Angriff alle Verständigung der letzten Jahrzehnte über Frieden und Sicherheit in Europa aufgekündigt hat. Und die wichtigste Verständigung, erkämpft von sozialdemokratischen Kanzlern, von Willy Brandt und Helmut Schmidt, die da bei der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa gearbeitet haben und gesagt haben, es muss doch diese Klarheit geben, und Grenzen werden in Europa nicht mehr mit Gewalt verschoben, genau das hat Putin infrage gestellt.

(lebhafter Beifall)

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind seit unserer Gründung eine Friedenspartei.

(Beifall)

Wir haben seit unserer Gründung immer klargemacht, dass nicht Macht die internationalen Beziehungen dominieren kann. Wir haben viele, viele Risiken akzeptiert und haben in den letzten Jahren sehr, sehr viele Entscheidungen getroffen und Kämpfe ausgehalten. Aber es war für uns immer klar, dass wir nicht in einer Welt leben wollen, in der ein großes Land dominiert und bestimmt, was in einem kleineren Land in seiner Nachbarschaft stattfindet, dass sie bis in die Politik des Landes hinein regieren. Wir wollen, dass kleine Länder sich vor ihren großen Nachbarn nicht fürchten müssen. Das ist Frieden und Sicherheit in Europa.

(lebhafter Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben Konsequenzen gezogen. Wir haben dafür gesorgt, dass wir mehr für unsere Verteidigung ausgeben, und haben ein Sondervermögen für die Bundeswehr geschaffen. Wir haben dafür gesorgt, dass die Europäische Union, dass die NATO, dass die G7-Staaten eng beieinanderstehen und sich nicht spalten lassen. Neue Mitglieder sind als Konsequenz des russischen Angriffskriegs angetreten, um in der NATO mitzuarbeiten: Finnland und hoffentlich bald dann auch Schweden. Was für eine Veränderung in diesen Zeiten als Reaktion auf diesen Krieg!

(Beifall)

Wir haben gegen die ökonomischen Folgen dieses Angriffskriegs gekämpft, die Deutschland, Europa und die ganze Welt betreffen. Vielleicht der Hinweis auf die ganze Welt: Ja, überall sind die Preise für Energie gestiegen. Überall sind die Preise für Nahrungsmittel gestiegen. Und während wir hier zu kämpfen haben mit den Konsequenzen gestiegener Preise, müssen manche Länder um die Ernährungssicherheit ihrer eigenen Bevölkerung und um die Frage kämpfen, ob sie sich die Energie, die sie brauchen, überhaupt noch leisten können. Das ist auch eine Konsequenz des russischen Imperialismus, die wir hier beschreiben müssen.

(Beifall)

Wir haben ihnen geholfen – und wir werden das weiter tun -, damit sie diese schwere Zeit durchstehen können. Wir haben dafür gesorgt und gekämpft, dass es Möglichkeiten gibt, Getreideexporte aus Russland und aus der Ukraine in diese Welt kommen zu lassen, was wichtig ist. Aber wir wissen auch, dass es darüber hinaus Konsequenzen gegeben hat, die auch uns und Europa betreffen.

Denn auch wir mussten mit gestiegenen Energiepreise kämpfen. Fast eine Verzehnfachung, manchmal noch waren, war plötzlich auf den Märkten zu bezahlen, um noch Energie zu bekommen. Und Russland – ja, Russland – hat die Energieversorgung Europas eingestellt. Mancher von der AfD und mancher von den Leuten, die immer alles querdenken, hat es ja immer noch anders in der Erzählung. Aber es war der russische Präsident, der die Gaslieferung durch die heile Pipeline gestoppt hat.

(Beifall)

50 Prozent der Gasversorgung Deutschlands sind damit infrage gestellt worden. 50 Milliarden Kubikmeter Gas, die da durchkommen können, sind nicht mehr verfügbar. Insgesamt sind in Europa 120 Milliarden Kubikmeter Gas nicht mehr da, die vorher aus Russland geliefert worden sind. Das hat Konsequenzen für die Preise. Das hat Konsequenzen für alle, die darauf reagieren müssen. Und deshalb haben wir schnell und zügig gehandelt, indem wir für andere Versorgungs-

wege gesorgt haben: mit mehr Gas aus Norwegen durch die Pipeline, mehr Gas von den westeuropäischen Häfen, mit dem Ausbau unserer Infrastruktur, damit Gas von Nord und Süd kommen kann, und mit dem Bau von LNG-Terminals an den norddeutschen Küsten in einer unglaublichen, in Deutschland bisher nicht gekannten Geschwindigkeit. Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben Deutschland durch diesen Winter gebracht.

(Beifall)

Wir haben weiter diese Aufgabe – und wir erfüllen sie auch weiter -, dass wir dafür Sorge tragen, dass wir gute Energieversorgung haben und dass wir gleichzeitig setzen auf den Ausbau der erneuerbaren Energien. Aber ich will ausdrücklich sagen: Es bleibt unverändert eine Aufgabe. Auch wenn die Preise gegenüber dem, was wir im Krisenjahr gespürt haben, erheblich gefallen sind, sind sie noch nicht da, wo sie lange davor waren, und das spüren wir alle. Klar, das ist eine große Herausforderung für eine Volkswirtschaft wie unsere, die global vernetzt ist, genauso wie es eine große Herausforderung ist, dass diese Konsequenzen des Krieges ja auch das Wachstum in der ganzen Welt beeinträchtigt haben, was wir spüren als erfolgreiche Exportnation. Aber ich will sagen: Es gehört auch zu den Konsequenzen, dass wir in der Lage sind, lange das zu tun, was jetzt notwendig ist. Und das will ich an dieser Stelle mit aller Klarheit sagen: Wir unterstützen die Ukraine weiter bei ihrem Verteidigungskampf.

(Beifall)

Wir tun das mit finanziellen Mitteln und mit Waffenlieferungen. Und natürlich ist das auch für uns eine große finanzielle Herausforderung. Es hat ja viele Diskussionen darüber gegeben, was man machen soll und was man liefern soll – übrigens Diskussionen, die, wenn ich Bürgergespräche führe, ganz anders sind, als wenn ich Fragen beantworte, die sich im politischen Raum stellen. Da haben viele gefragt: Ist das richtig, dass wir das tun? Sind die Sanktionen richtig, die wir verhängt haben? – Ich sage: Ja. – Aber es ist in Ordnung, dass wir es gefragt werden, weil man dann ja argumentieren kann, warum das richtig ist.

Aber jetzt und in dieser Situation kommt es darauf an, dass es eine klare Botschaft aus der Welt, aus Europa, auch aus Deutschland in Richtung des russischen Präsidenten gibt. Diese klare Botschaft muss sein: Er soll und er darf nicht darauf rechnen, dass wir nachlassen, dass wir nicht weiter in der Lage sind, das aufzubringen, was die Ukraine mit ihren 46 Millionen Einwohnern braucht, um sich gegen diesen Angriff auf das eigene Land zu verteidigen.

(Beifall)

Nein, dieser Krieg ist wahrscheinlich so schnell nicht vorbei, wie wir uns das alle wünschen. Deshalb müssen wir in der Lage sein, das, was wir heute tun, weiter zu tun, in diesem, im nächsten Jahr und im übernächsten Jahr. Deshalb müssen wir, wenn es erforderlich wird und andere schwächeln, auch unseren Beitrag möglicherweise noch größer leisten können. Und deshalb müssen wir auch Entscheidungen treffen – das will ich hier und an dieser Stelle sagen -, die uns in der Lage halten, das tun zu können. Wir müssen solidarisch der Ukraine helfen können.

(Beifall)

Mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine verbunden ist auch die Tatsache, dass viele Bürgerinnen und Bürger des Landes Schutz in Deutschland gesucht haben. Fast 1 Million sind hierhergekommen, und Deutschland hat sie solidarisch aufgenommen. In keinem Land Europas gibt es so viele ukrainische Flüchtlinge wie hierzulande in Deutschland. Und ich bin stolz darauf, dass wir das getan haben. Ich bin dankbar dafür, dass unzählige Bürgerinnen und Bürger, viele Gemeinden, viele Länder in Deutschland ihren Beitrag geleistet haben, dass wir eine solche Herausforderung meistern können. Das gehört auch hier gesagt.

(Beifall)

Deshalb ist eine Folge dieses Krieges natürlich auch, dass die Zahl derjenigen, die Schutz suchen und die den Weg nach Europa und nach Deutschland suchen, zugenommen hat. Und es ist richtig, dass jetzt zusammen mit den Flüchtlingen aus der Ukraine noch viele weitere hierhergekommen sind und wir uns deshalb ganz besonders darum kümmern müssen, die Aufgabe zu lösen, wie wir es gleichzeitig schaffen, denen Schutz zu bieten, die Schutz brauchen, und sicherzustellen, dass nicht in diesem Rahmen auch viele zu uns kommen, die einen solchen Schutzanspruch nicht mehr haben.

Deshalb will ich ausdrücklich sagen: Es ist richtig, dass man, wenn man offen ist für Leute, für Männer und Frauen und Kinder, die Schutz suchen, gleichzeitig Regeln trifft, die sicherstellen, dass man sich auf die konzentriert und andere keine Perspektive haben, hier einen sicheren Aufenthalt zu finden, wenn sie es nicht wegen dieser Gründe tun. Ich bin dankbar dafür, dass wir es in einer intensiven Diskussion mit den 16 Ländern geschafft haben, darüber eine gemeinsame Lösung zu finden, weil es die Fähigkeit Deutschland bewahrt, Flüchtlinge aufzunehmen. Dazu gehört es eben auch, dass wir ein gutes Management hinkriegen, damit niemand unter diesem Regime einen Weg finden kann, für den dieser Weg nicht gedacht ist.

(Beifall)

Für mich – das will ich dazusagen – gehört dazu, dass wir uns deshalb aber nicht davon abbringen lassen, das zu tun, was wir uns als Reformprogramm für diese Legislaturperiode vorgenommen haben: nicht nur das Asylrecht zu verteidigen, nicht nur sicherzustellen, dass wir denen entgegentreten, die sagen, sie wollen das individuelle Recht auf Asyl abschaffen. Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde, Deutschland ist ein Land, aus dem Menschen fliehen mussten, die anderswo Sicherheit gesucht haben. Deshalb gibt es das Asylgrundrecht, und deshalb werden wir es auch nicht aufkündigen.

(Beifall)

Nein, wir haben nicht nur die Aufgabe, Schutz zu gewähren und irreguläre Migration zu begrenzen, sondern wir haben auch die Aufgabe, sicherzustellen, dass wir für die Zukunft unseres Landes möglich machen, dass diejenigen eine gute Perspektive haben, die hier gebraucht werden. Denn tatsächlich ist es doch so, dass der Wohlstand Deutschlands schon lange nicht mehr in dieser Weise sich entwickelt hätte, wie es in den letzten Jahren von uns registriert worden ist, wenn nicht unzählige andere mit bei uns angepackt hätten, deren Eltern oder die selbst in einem anderen Land geboren worden sind.

Und ich finde, die Klarheit, die wir in der Frage der irregulären Migration haben, muss uns erst recht in die Lage versetzen, zu sagen: Wir wollen, dass dieses Land offen ist für Zuwanderung von Arbeitskräften, von Studierenden, von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, von denjenigen, die eine Ausbildung machen wollen, von den Familienangehörigen dieser Frauen und Männer, die wir brauchen. Deutschland braucht als Einwanderungsland auch weiter die Perspektive, diejenigen aufzunehmen, die für das Wachstum und den Wohlstand dieser Gesellschaft erforderlich sind.

(Beifall)

Deshalb ein klares Wort: Es ist ja nicht richtig losgegangen in Deutschland, als wir diejenigen nach Deutschland geholt haben, die lange als Gastarbeiter beschrieben worden sind und nie nur Gäste waren, sondern ganz schnell Teil unserer Gesellschaft. Da haben wir das immer mit der Perspektive gemacht: Das ist vorübergehend und alle gehen wieder. – Und wie wir von manchen Lebensgeschichten, die erzählt worden und aufgeschrieben worden sind, wissen: Manche von denen, die seinerzeit gekommen sind, haben das auch immer wieder gedacht.

Aber was dabei passiert ist, ist ein anderes Modell der Integration, als es zum Beispiel die USA und viele andere gewählt hatten, die schon immer ihren Wohlstand auf Zuwanderung gegründet hatten: indem wir nämlich nicht gesagt haben, es ist das Erstrebenswerteste, wenn man hierherzieht, dass man eine Arbeitserlaubnis hat, dass die Kinder auf die Schule gehen, dass das klappt mit der gesellschaftlichen Integration und dem Erwerb der Sprache in Deutschland, und zwar der deutschen Sprache, sondern dass es auch die Perspektive ist, dass diejenigen, die hierherziehen und hier mit anpacken, den Wunsch und das Ziel haben, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben. Und ich bin froh, dass wir nun in einem wiederholten Anlauf uns vorgenommen haben, genau in dieser Zeit das umzudrehen. Ich möchte, dass jemand, der nach Deutschland kommt, sagt: Ich möchte hier dazugehören, ich möchte die Sprache lernen, und ich möchte schnell deutscher Staatsbürger werden. – Das ist etwas, was wir uns wünschen.

(Beifall)

Und ich finde: Ja, dann kann es auch Einbürgerungsfeiern geben,

(Beifall)

wo die ganze Familie kommt, wo alle die besten Klamotten anhaben und wo am Schluss gemeinsam die Nationalhymne gespielt wird. Das ist das, was ich mir unter Integration in Deutschland vorstelle.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe von den Herausforderungen gesprochen, die auf uns zukommen. Aber als hätten wir nicht genug, erleben wir in diesen Tagen auch, was passiert, wenn eine Terrororganisation wie die Hamas Israel überfällt. Und ich bin froh, dass in dieser Zeit eines ganz klar und unbestritten ist: Deutschland steht an der Seite Israels.

(Beifall)

Wir werden das Land unterstützen, und wir unterstützen das Recht auf Selbstverteidigung.

Wir, liebe Genossinnen und Genossen, wollen, dass es einen jüdischen Staat gibt, in dem Jüdinnen und Juden sicher leben können. Und deshalb wollen wir auch, dass Israel sicher sein kann. Und deshalb setzen wir uns ein für eine dauerhafte, friedliche Perspektive in der Region. Wir kämpfen seit vielen Jahren für eine Zweistaatenlösung, für ein friedliches Nebeneinander des Staates Israels und eines palästinensischen Staates.

(Beifall)

Und wir kämpfen dafür, dass jetzt in dieser Situation – so bitter wie ein solcher Krieg ist; da darf ja niemand drüber hinwegsehen und dran vorbeireden – er geführt wird entlang der Regeln, die unser Völkerrecht dafür vorsieht. Und ich bin dankbar, dass der amerikanische Präsident ein guter Partner ist in dieser ganz konkreten Krise.

(Beifall)

Das bedeutet für uns, dass wir humanitäre Hilfe nach Gaza bekommen wollen und sie auch selber mit möglich machen. Wir sind ohnehin seit Langem der wichtigste Unterstützer – mit vielen anderen zusammen, aber doch ganz substanziell –, was die zivile Struktur und humanitäre Hilfe betrifft.

Und natürlich bedeutet das auch, dass wir hierzulande Klarheit haben. Es ist nicht in Ordnung, wenn jetzt antisemitische

Parolen auf deutschen Straßen gebrüllt werden, wenn israelische Flaggen verbrannt werden und wenn öffentlich auf Straßen einige behaupten, es wäre in Ordnung, dass Juden getötet werden. Das ist alles strafbar. Das werden wir alles nicht akzeptieren.

(Beifall)

Und lasst mich das hinzufügen: So wenig, wie wir akzeptieren, dass jetzt antisemitischer Hass geschürt wird, akzeptieren wir jetzt Hass auf Muslime in unserem Land. Das ist nicht akzeptabel.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, nun haben wir ja noch eine neue Herausforderung – über die ist schon gesprochen worden, ausführlich und sorgfältig -: dass nämlich mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts die Frage, wie wir unseren Haushalt aufstellen für das nächste Jahr und wie wir die Haushaltspolitik entwickeln – wie soll ich sagen? – nicht einfacher geworden ist. Aber ich will für mich sehr klar formulieren: Das ist eine sehr schwere Aufgabe, insbesondere, wenn man das nicht nur so machen kann, wie man es selber richtig findet, sondern sich auch noch mit anderen einigen muss. Das ist ja in der Demokratie immer mal wieder eine Herausforderung.

Aber ich will hier an dieser Stelle doch die Zuversicht vermitteln, dass uns das gelingen wird und dass es uns gelingen wird in einer Weise, die wichtig ist für die Zukunft dieses Landes. Denn die Zuversicht, dass es uns gelingen wird, hat etwas damit zu tun, dass es möglich ist. Wir stehen nicht vor einer unlösbaren Aufgabe. Es müssen sich jetzt nur alle verständigen, und wir tun es in intensiven Gesprächen, diese Verständigung voranzubringen. Aber für mich ist ganz klar: Es wird in einer solchen Situation keinen Abbau des Sozialstaats in Deutschland geben.

(Beifall)

Wenn man etwas länger in der Politik dabei sein durfte, Franz, dann weiß man ja, dass alle Debatten immer wiederkommen. Und eine Debatte taucht regelmäßig bei sich bietenden Gelegenheiten auf, nämlich dass eigentlich das Problem unserer Gesellschaft unser zu üppiger Sozialstaat sei. Ich will euch sagen: Das sehe ich nicht so.

(Beifall)

Und ich folge da den Worten, die Helmut Schmidt einmal gesagt hat: Neben der Demokratie ist vielleicht eine der größten Errungenschaften, die Deutschland zustande gebracht hat, ebendieser Sozialstaat.

(Beifall)

Das ist etwas, für das wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten von Anfang an gekämpft haben, zunächst im Kaiserreich – wie soll ich das nennen? -, in antagonistischer Kooperation mit Herrn Bismarck und Ähnlichem. Aber es ist tatsächlich doch passiert, dass da etwas gewachsen ist, was zur DNA, zum Selbstverständnis unseres Landes gehört und übrigens die Grundlage des Wohlstands in diesem Lande ist, nämlich dass man nicht hoffnungslos aufgegeben wird, sondern immer wieder eine Chance hat, zurechtzukommen und für die eigenen Perspektiven zu kämpfen. Das ist doch eine Grundlage unseres Wohlstands.

(Beifall)

Übrigens: Es sind ja auch viele Dinge passiert, die gar nicht viel wahrgenommen worden sind, aber die das Leben gar

nicht so weniger Menschen unmittelbar verbessert haben. Wir haben zum Beispiel die Erwerbsminderungsrente für diejenigen, die schon Erwerbsminderungsrentner waren, nachträglich massiv angehoben – gleich zu Anfang. Wir haben Gesetze gemacht, die sich an eine Bevölkerungsgruppe ganz besonders gerichtet haben, eine, die jetzt immer besprochen wird und wo lauter Leute ihr Herz für sie entdecken, die gar keinen daraus kennen.

(Heiterkeit und Beifall)

Das sind diejenigen, die wenig verdienen und hart arbeiten. Wir haben einen Bundestagswahlkampf gemacht, um zu sagen, wir wollen den Mindestlohn, den wir erkämpft und durchgesetzt haben, anheben auf 12 Euro, weil in diesem Lande so bitter wenig verdient wird und das nicht dabei bleiben kann.

(Beifall)

6 Millionen Bürgerinnen und Bürger haben eine Gehaltserhöhung gekriegt – wegen 12 Euro. Es waren übrigens noch viele andere mehr. Ich sage das auch in Richtung der Gewerkschaften, die ja die Gelegenheit genutzt haben, dafür zu sorgen, dass die Löhne von unten gestiegen sind und dass mit dem steigenden Mindestlohn auch in den unteren Lohngruppen Gehaltssteigerungen, Lohnsteigerungen verzeichnet worden sind. Das war gut und notwendig. Und ich finde, das geht auch nur mit noch mehr Tarifbindung und einem besseren Erfolg auch für die Gewerkschaften, die wir dabei unterstützen in diesen Lohn- und Einkommensgruppen.

(Beifall)

Ja, ich will nicht drumherum reden: Was die Mindestlohnkommission da gerade gemacht hat, war nicht in Ordnung.

(Beifall)

Es war vor allem nicht in Ordnung, weil mit einem Prinzip der Sozialpartnerschaft gebrochen worden ist, dass nämlich solche Entscheidungen einvernehmlich zwischen den Vertretern von Arbeitgebern und Gewerkschaften getroffen werden.

(Beifall)

Aber wir geben nicht auf. Wir kümmern uns um diejenigen, die so wenig Geld verdienen, und wollen, dass es ihnen besser geht in ihrer fleißigen Arbeit, die sie leisten. Und deshalb unterstützen wir auch mit all den Maßnahmen, was Tariftreue betrifft, woran wir sind, und all den Unterstützungsmöglichkeiten für betriebsredliche und gewerkschaftliche Arbeit, dass es noch besser wird. Denn es soll ja noch mehr Erfolge geben. Der Mindestlohn soll ja ermöglichen, dass auch in den unteren Tarifgruppen bessere Gehälter gezahlt werden. Und ich meine – hier sitzen ja die Expertinnen und Experten -: Da gibt es immer noch Gehälter, die sind nur knapp darüber. Ich frage mich: Ist es eigentlich in Ordnung, dass in Deutschland jemand ein Tarifgehalt bekommt, das unter 16 Euro liegt? Ich persönlich finde: Wir müssen dafür Sorge tragen, dass die Gewerkschaften stark genug werden, dass sie in diesen Bereichen gute Gehälter durchsetzen können.

(Beifall)

Wir haben ja nicht nur das mit dem Mindestlohn gemacht. Wir haben auch noch andere Dinge getan. Zum Beispiel haben wir dafür gesorgt, dass die Sozialversicherungsbeiträge bis zu einem Einkommen von etwa 2.000 Euro erst allmählich steigen, mit einer Entlastung. Und wenn jemand wirklich nur 1.200 Euro verdient, waren das 50 Euro im Monat. Das ist dann sehr viel Geld. Wir haben dafür gesorgt, dass das Kindergeld für das erste, zweite und dritte Kind auf 250 Euro angehoben wird und auch der Kinderzuschlag auf diese Größenordnung für erwerbstätige Eltern, die wenig verdienen.

(Beifall)

Wir haben dafür gesorgt, dass mit dem Wohngeld Rentnerinnen und Rentner und Erwerbstätige, die ein kleines Einkommen haben, besser zurechtkommen können – eine große sozialpolitische Verbesserung. Und deshalb will ich an dieser Stelle es so zusammenfassen: Am allermeisten haben wir in dieser Legislaturperiode getan für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit kleinen Einkommen. Das ist der Verdienst, den wir hier für uns reklamieren.

(Beifall)

Deshalb ist es auch sehr merkwürdig, was wir jetzt als Debatte über das Bürgergeld erleben. Hier ist ja schon manches gesagt worden, und deshalb will ich da nicht zu lang werden. Aber ich will sagen: Die letzte Erhöhung war sehr gering wegen dem Mechanismus, der im Gesetz steht. Die nächste wird wohl auch nicht so super ausfallen. Jetzt ist mal eine größere, und das nutzen diejenigen, die sowieso eigentlich finden, es ist immer zu viel, was denjenigen, die gerade keine Arbeit haben, gezahlt wird, um einmal richtig ans System zu gehen.

Ich finde aber: Da muss man widerstehen. Ein Gesetz, das der Deutsche Bundestag beschlossen hat mit den Stimmen der CDU/CSU, ein Gesetz, das der Bundesrat gebilligt hat, in dem eine Formel drinsteht, die gesetzeskonform durchzusetzen ist, ist ein Gesetz, das für sich eine ganz große Legitimationswirkung hat, und man muss in solchen Situationen auch mal widerstehen.

(Beifall)

Ja, und auch das will ich an dieser Stelle sagen: Wir werden über die schwierigen Fragen, die sich um einen Haushalt drehen, nicht vergessen, dass da noch die große Zukunft für unser Land zu sichern ist. Und das ist in vielerlei Hinsicht wichtig.

Es ist wichtig, weil es den menschengemachten Klimawandel wirklich gibt und weil er die Zukunft des Planeten und unseres Lebens bedroht, auch unseren Wohlstand. Gegenwärtig wird ja viel über die Frage diskutiert: Was ist mit den Gaspreisen, mit den Ölpreisen und wie auch immer? – Ich will hier nur alle Unvorsichtigen warnen: Die Preise werden strukturell steigen, und zwar übrigens, weil auch mal etwas geklappt hat in den letzten drei, vier Jahrzehnten in der Welt.

Die Globalisierung mit ihren sehr unterschiedlichen Auswirkungen hat aber im Großen und Ganzen zu einem großen Wohlstandsgewinn in vielen Teilen der Welt beigetragen. Milliarden sind in die Mittelschicht aufgestiegen, und gleichzeitig sind Autobahnen und Eisenbahnen, Millionen Städte, Universitäten, Schulen, Krankenhäuser, Fabriken überall in der Welt entstanden, die da 40 Jahre vorher nicht waren. Das ist ein großer Erfolg – und übrigens auch ein Grund, warum ich für Protektionismus und all solche Perspektiven wenig übrighabe.

Aber ich will ausdrücklich sagen: Diese Menschen wollen doch den gleichen Wohlstand wie wir! Und all denjenigen, die sagen, man könnte alles so machen, wie es in den 50er-Jahren des letzten Jahrhunderts war, die bitte ich, sich mal vorzustellen, was denn ist, wenn 2050 dann 10 Milliarden Menschen vielleicht den Wohlstand haben, den wir in Deutschland 1950 hatten. Ich sage euch: Wenn wir nichts ändern, dann kann man auf dem Planeten nicht mehr atmen, und dann kann man auch keine Energiepreise und keine Uraniumpreise oder sonst was noch bezahlen.

Es ist richtig, dass wir gegen den Klimawandel vorgehen und dass wir auf die erneuerbaren Energien setzen und auf eine industrielle Modernisierung, die auch unseren Wohlstand und unsere Zukunft sichert.

(Beifall)

Wir wollen Stahlwerke, die ohne Nutzung von Kohle funktionieren. Aber die müssen jetzt gebaut und investiert werden. Jetzt ist der Investitionszyklus! Wir wollen, dass das klappt mit Elektrolyseuren, mit Batteriefabriken, mit Halbleitern. Es ist merkwürdig, was man so alles hört. An einem Tag wird gesagt: Wir sind abhängig! Was passiert, wenn wir keine Halbleiter mehr kriegen? – Gerade wird noch über Lieferketten und was weiß ich diskutiert, dann findet eine Hinbewegung nach Europa und auch nach Deutschland mit Halbleiterproduktion statt – und einige sagen: Das wollen wir eigentlich gar nicht! – Ich frage mich: Ist das wirklich schlau? Ich glaube: Nein! Deshalb sage ich: Wir brauchen diese Entwicklung!

(Beifall)

Deshalb werden wir auch darauf setzen, dass das klappt – übrigens auch mit der Energiewende, mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien, was viel schneller gehen muss, damit wir 80 Prozent des Stroms 2030 aus erneuerbaren Quellen haben, Windkraft auf hoher See, an Land, Solarenergie, Biomasse, Wasserkraft und ein viel mehr ausgebautes Stromnetz. All das muss sein, und zwar jetzt mit Tempo! Wir können es nicht so weitermachen, wie es viele Jahre vor der jetzigen Regierung der Fall war,

(Beifall)

dass man immer, wenn es sich bedrängte und die Situation schwierig wurde, neue Klimaziele formuliert hat, um dann hinterher, erschöpft von diesem Vorgang, alle Tätigkeit einzustellen.

(Beifall)

Das Bundesverfassungsgericht hat ja auch dazu etwas gesagt. Ich meine das Urteil zum Klimaschutz. Das kann man ja vielfach lesen, aber man kann es auch einfach zusammenfassen. Da steht eigentlich drin: Wenn ihr „2050“ sagt – das war damals noch das Ziel, nicht wie jetzt 2045 , wenn ihr dann da angelangt sein wollt, könnt ihr nicht 2049 damit anfangen! – Man hätte auch vorher darauf kommen können!

(Heiterkeit und Beifall)

Und genau das ist das, was wir machen. Wir werden diese Ziele erreichen. Das kann man mit dem, was wir jetzt auf den Weg gebracht haben, schon sagen. Der Deutschlandpakt, den wir zuallererst mit dem Bundesrat und den Ländern mit 100 Gesetzen, die wir verändern wollen, auf den Weg gebracht haben, wird das Tempo erzeugen, das für wirtschaftliches Wachstum notwendig ist. Das wird weitergehen mit den Gesetzen, die Karl Lauterbach zur Nutzung digitaler Informationen im Gesundheitswesen und zur Pharmaforschung vorbereitet. Wir haben Wachstumspotenziale in Deutschland. Wir müssen sie entfesseln!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst mich zum Schluss noch ein Thema ansprechen, das mich sehr umtreibt und, ich glaube, auch jeden und jede hier im Saal. Das ist die Frage: Wieso eigentlich werden jetzt überall diese rechtspopulistischen Parteien stärker: in Skandinavien, in den Niederlanden, in Österreich, in Belgien, in Frankreich, in Spanien, in Portugal, in Italien, in Großbritannien – mehr so als politischer Move innerhalb einer Formation , in den USA mit Trump usw.? Warum gibt es eigentlich auch in all diesen Ländern und genauso bei uns eine Unzufriedenheit und auch Unsicherheit? – Ich finde, das hat natürlich etwas mit den großen Veränderungen zu tun, die in der Welt stattfinden, gerade in den Ländern, die ich aufgezählt habe, den klassischen Ländern des Nordens mit ihrer Industriegeschichte und dem Wohlstand, die in der veränderten Welt und angesichts der Herausforderungen, vor denen wir stehen, nicht sicher sind, ob das für alle gut ausgeht.

Deshalb ist auch meine eine Antwort auf die Frage: Was tun wir gegen den rechten Populismus? – Wir brauchen eine Perspektive, einen Plan für die Zukunft! Es muss Zuversicht möglich sein. Man muss daran glauben können, dass es für einen selbst, für seinesgleichen, für die eigenen Kinder und Enkel gut ausgehen wird. Dass die Welt 10 Milliarden Einwohner hat, dass auch andere reich sind und etwas können, das ist keine Bedrohung. Wir können vorne dabei sein. Wenn wir die richtigen Dinge tun und wenn wir auf eine Gesellschaft setzen, die zusammenhält, dann ist Zuversicht begründet. Das ist das eine, was wir den rechten Populisten entgegensetzen müssen.

(Beifall)

Und das andere, liebe Genossinnen und Genossen, ist, dass wir die Dinge nicht verwechseln. Ja, es gibt Leute, die denken jetzt darüber nach, was sie von einer rechtspopulistischen Partei halten sollen, weil sie vielleicht auch skeptisch sind, ob das richtig ist, was wir machen, wenn wir die Ukraine unterstützen. Ja, es gibt einige, die sind unsicher über die Zukunft und fragen sich, ob wir eigentlich den richtigen Weg einschlagen oder ob es noch richtig ist, vielleicht noch einmal 30 Jahre auf Kohle, Gas und Öl zu setzen. – Das ist es nicht, aber diese Frage gibt es ja.

Aber dann gibt es auch die anderen. Und das sind diejenigen, die richtig finden, was an Hass und Ressentiments gedacht wird. Ich finde, als Kinder eines Erbes von Frauen und Männern, die im 19. Jahrhundert als Arme eine Partei für die Demokratie und das soziale Miteinander gegründet haben und nicht Hass und Zwietracht gesät haben und nicht schlecht über den eigenen Nachbarn geredet haben und nicht das Spalten der Gesellschaft zum Thema gemacht haben, obwohl sie arm waren, dürfen wir auch niemanden damit durchkommen lassen, dass er die Idee entwickelt, weil es ihm schlecht geht, darf er rechtsradikale Ideen haben. Das hat nichts miteinander zu tun!

(Starker Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben eine Geschichte, und wir haben eine Verantwortung für die Demokratie. Deshalb dürfen wir das nicht geschehen lassen. Ich finde, im letzten Bundestagswahlkampf haben wir eine Antwort gegeben, und die hieß: Respekt! Das war eine Antwort, die mehr ist als ein Wort: Anerkennung unterschiedlicher Lebensleistung, Respekt auch davor, dass jeder ein Recht auf eine Zukunft hat und dass nicht irgendjemand mitteilt, dass man nun mal ein ökonomischer Verlierer sei – oder was weiß ich auch immer , sondern dass wir uns darum kümmern, dass es eine gute Zuversicht gibt. Unser Gegenmittel neben einem klaren Standpunkt zu einer demokratischen Gesellschaft ist Zuversicht. Um die müssen wir in schwierigen Zeiten kämpfen.

Schwierige Zeiten haben dann immer auch – das soll zuletzt auch noch einmal kurz erwähnt werden – die Konsequenz, dass viel geredet und manchmal gestritten wird. Ich meine, wenn ich mich so umgucke: In den Niederlanden ist gerade eine Regierung am Streit zu Ende gegangen. Und wenn man sich alle unsere Nachbarländer anguckt: überall Streit. Da wir ja immer nur uns angucken, wissen wir nur von unserem, aber da ist es auch so.

(Heiterkeit)

Das macht es nicht besser.

(Heiterkeit)

Also, ich warne, es sich damit leicht zu machen. Aber man muss doch ausdrücklich sagen: Das kann ja kein Zufall sein. Wenn in einigen Ländern sieben Parteien eine Regierung bilden – oder vier – und die es schwer haben, dann haben wir es eben auch nicht leicht.

(Heiterkeit und Beifall)

Natürlich ist das ein Problem. Denn wenn die Zeiten unsicher sind und wenn es darauf ankommt, Zuversicht und Perspektive zu vermitteln, dann ist das zunächst mal keine gute Idee. Das will ich hier gerne auch für mich sagen: Manches von dem, was da so passiert ist, hätte ich echt nicht gebraucht!

(Heiterkeit und Beifall)

Aber was Deutschland nicht braucht, sind Leute, die dann nicht weiter ihre Arbeit machen.

(Beifall)

Und das sind wir. Das seid ihr. Das sind die Genossinnen und Genossen der Fraktionen, im Parteivorstand, die ganze Partei in Deutschland, alle diejenigen, die Verantwortung in Deutschland als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben: in den Gemeinden, in den Städten, in den Landkreisen, in den Ländern und eben auch im Bund. Wir müssen zusammenhalten und einen klaren Kurs haben. Das ist meine Hoffnung, wenn wir jetzt auch noch das mit dem Haushalt hinkriegen

(Heiterkeit)

und gleichzeitig einen guten Plan für die Zukunft weiterverfolgen und dafür sorgen, dass Deutschland optimistisch in die Zukunft gucken kann, dass man sich nicht die Frage stellt: Da ist die große Politik, die ich im Fernsehen oder im Internet sehe – oder noch in der Zeitung lese ,

(Heiterkeit)

und die hat mit mir nichts zu tun! – Wir müssen vielmehr sagen: Doch, ganz anders herum ist es! Wir sind für euch da! Wir machen Politik euretwegen! Wir machen Politik für die Leute, die es schwer haben und die kämpfen müssen! Wir machen Politik für Leute, denen es ganz gut geht, aber die trotzdem auch stolz jeden Tag zur Arbeit gehen, und wir sorgen dafür, dass es eine Zukunft gibt für unser Land und für jeden Einzelnen, dass es besser und gerecht wird! – Schönen Dank.

(starker, lang anhaltender Beifall)

EINBRINGUNG DES INITIATIVANTRAGS02

Saskia Esken, *Parteivorsitzende:*

Wow! Lieber Olaf, vielen, vielen Dank für deine bewegende Rede! Die hat uns im Herzen angefasst – ganz ehrlich, im Herzen angefasst!

(Beifall)

Jeder und jede hier im Raum konnte spüren, dass du hier zu Hause bist. Danke!

(Beifall)

Wir sind stolz darauf, dass du einer von uns bist. Seit zwei Jahren bist du auch unser Kanzler. Ich will dir sagen, wie froh ich bin, dass du dich nach der Entscheidung der Mitglieder zum Parteivorsitz entschlossen hast, gemeinsam mit uns die SPD wieder zu einen, weil du deine SPD nie im Stich lassen würdest – nie!

(Beifall)

Sie hat dich gebraucht, und sie braucht dich auch heute. Vier Jahre später muss man sagen: Was sind das nur für Zeiten, in denen wir leben, in denen wir Verantwortung übernehmen und regieren – und insbesondere du? Wir haben eine schwere Pandemie überstanden. Denkt nur daran: Im Jahr 2020 hatten wir noch keinen Impfstoff, keine Tests, keine Masken. Die haben wir selber genäht. Diese Pandemie hat weltweit Millionen von Menschen das Leben gekostet. Man muss sich das in Erinnerung rufen, um zu begreifen, was für Zeiten das waren. Als die Ampel gestartet ist, waren es allein in Deutschland immer noch 500 Corona-Tote pro Tag. Diese Pandemie hat Menschen und Wirtschaft schwer beeinträchtigt trotz aller Unterstützung, die wir geleistet haben. Wir haben sie geleistet. Das alles hat denen, die in dieser Zeit in einer unbekannten, unsicheren Situation – nie gekannt – Verantwortung getragen haben, schwere Entscheidungen abverlangt. Und es hat eine beherzt handelnde Finanzpolitik gebraucht. Du warst unser Finanzminister in dieser Zeit. Wir haben Menschen und Wirtschaft da durchgebracht mit deiner Unterstützung, mit deiner Hilfe.

Und dann dieser brutale imperialistische Überfall Russlands auf die Ukraine – für viele unvorstellbar, aber von langer Hand vorbereitet. Der kam nicht aus dem Nichts. Dieser Krieg hat uns wiederum nie dagewesene Herausforderungen abverlangt. Waffen in ein Kriegsgebiet zu liefern, immer die Gefahr der Eskalation abzuwägen, mit Putin und anderen diplomatische Wege abzuklopfen, um die Tür für eine Friedenslösung offen zu halten, über 1 Million Menschen aufzunehmen und zu versorgen und die Energieversorgung von Bevölkerung und Wirtschaft aus der Abhängigkeit von russischen Fossilen in Turbogeschwindigkeit herauszulösen, das alles ist uns gelungen. Das alles ist dir gelungen, Olaf!

(Beifall)

Denn es sitzt wieder ein Sozialdemokrat im Kanzleramt. Das alleine ist für die Konservativen ein Grund für die höchste – höchste! – Alarmstufe, liebe Genossinnen und Genossen. Deshalb sind sie seit zwei Jahren im Dauerangriff auf den üblichen Feldern Migration, innere Sicherheit, Sozialpolitik, Finanzpolitik. Schon 1980, als ich das erste Mal wählen durfte, hat die CDU einen Wahlkampf gegen die Staatsverschuldung geführt. So weit so normal, könnte man sagen. Aber in außenpolitischen Krisensituationen gehörte es in früheren Zeiten wahrhaftig dazu. Denkt nur an den Irakkrieg oder die Balkankriege! Es gehörte zur staatspolitischen Räson einer Opposition, der Regierung nicht in den Rücken zu fallen. Diese Zeit scheint vorbei zu sein. Denn der sozialdemokratische Bundeskanzler Olaf Scholz musste es sich gefallen lassen, dass unser Land und sein Regierungschef in der Frage der Unterstützung der Ukraine in aller Welt, in aller Öffentlichkeit infrage gestellt wird. Das ist ungeheuerlich gewesen.

(Beifall)

Und jetzt sind es also wieder die Staatsfinanzen. Die Union hat es mit ihrer Klage geschafft, dass eine von vielen Regierungen angewandte Haushaltspraxis jetzt für verfassungswidrig erklärt wurde, dass Maßnahmen und Mittel zur Bewältigung von Krisen, die bei deren Auftreten beschlossen werden, mehrere Jahre lang eingesetzt werden und wirksam werden. Nun sagt das Verfassungsgericht, das ist nicht in Ordnung. Regierungen müssen krisenhafte Notsituationen, die eine Ausnahme von der Schuldenbremse notwendig machen, jedes Jahr aufs Neue erklären und die Mittel für deren Bewältigung im jeweiligen Haushaltsjahr aufbringen und verwenden. Das ist zwar unerwartet restriktiv, aber, lieber Olaf, das ist, wie du gesagt hast, durchaus lösbar. Es wird nur dann schwierig, wenn man nicht bereit ist, diese neue Realität auch anzuerkennen.

Für uns ist klar, liebe Genossinnen und Genossen: Wir können nicht Krisenbewältigung aus dem Normalhaushalt stemmen. Wenn wir weiterhin in der Lage sein wollen – und das werden wir , die Ukraine mit allem zu unterstützen, was notwendig ist as long as it takes, wenn wir die geflüchteten Menschen aus der Ukraine weiterhin aufnehmen und unterstützen wollen, ja, dann müssen wir die Ausnahmeregel von der Schuldenbremse nochmals ziehen.

(Beifall)

Denn wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind ganz sicher nicht bereit, die Mittel zur Bewältigung dieses Krieges und seiner Folgen durch Kürzungen im Sozialhaushalt zu finanzieren. Ganz bestimmt nicht!

(Beifall)

Wir sind nicht bereit, Menschen, die auf das Bürgergeld, auf Wohngeld oder aufs Bafög angewiesen sind, für den Krieg bezahlen zu lassen. Nein, Genossinnen und Genossen. Diese Ampel ist aber nicht nur angetreten – auch das hat Olaf sehr schön ausgeführt , um Krisen zu bewältigen. Die kommen ja nur obendrauf. Wir haben ja Aufgaben. Wir sind angetreten, liebe Genossinnen und Genossen, um unser Land zu modernisieren, die Infrastruktur zu erneuern, Schiene, Straße, digitale Netze, Stromnetze, aber auch Kitas und Schulen zukunftsfähig auszubauen. Wir wollen klimaneutral umbauen, wie wir wirtschaften, wie wir leben, und dabei auf gar keinen Fall Menschen, aber auch nicht die Wirtschaft alleine lassen.

Eine allein marktgetriebene Transformation war für uns und bleibt für uns der falsche Weg,

(Beifall)

weil dann nur derjenige übrigbleibt, der sich ein klimaneutrales Leben leisten kann, und alle anderen kommen unter die Räder. Das ist für uns inakzeptabel, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Aus den Erfahrungen mit der Pandemie, aber auch nach der Überwindung der Abhängigkeit von russischen Fossilen war für uns klar: Wir müssen Lieferabhängigkeiten für unsere Wirtschaft, für unsere Versorgung, für die Daseinsvorsorge vermeiden bzw. überwinden. Das schaffen wir nur mit einer strategischen, ganz aktiven Industriepolitik. Und auch hier war uns vollkommen klar, dass diese Aufgaben nicht aus einem Normalhaushalt zu stemmen sind. Deshalb haben wir den KTF geschaffen, den Klima- und Transformationsfonds. Wir finanzieren damit unerlässliche Investitionen in die Zukunft unserer Industrie und sichern damit Zehntausende Arbeitsplätze und schaffen neue.

Doch jetzt sind durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts wesentliche Einnahmequellen für den KTF versiegt. Und auch hier müssen wir ganz klar sagen: Eine marktgetriebene Transformation kommt für uns nicht infrage. Uns ist es nicht egal, wo die Halbleiter gebaut werden, uns ist es nicht egal, wo der Wasserstoff erzeugt wird, den unsere Industrie braucht, und uns ist es auch nicht egal, ob die Industriearbeitsplätze der Stahlindustrie erhalten bleiben.

(Beifall)

Wir werden uns niemals damit abfinden, dass Arbeitsplätze oder ganze Industriezweige einfach verschwinden. Wir stehen für den Erhalt der industriellen Basis in diesem Land ohne Wenn und Aber.

(Beifall)

Die Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Beschäftigten müssen sich darauf verlassen können. Die müssen darauf vertrauen können, dass Zusagen dieses Staates auch gelten, und sie können sich darauf verlassen.

Für uns ist völlig klar: Auch die Generationenaufgabe, bis 2045 klimaneutral zu werden, stemmen wir nicht aus dem Normalhaushalt. Wir sind nicht bereit, Solidarität und Gerechtigkeit in diesem Land aufzugeben. Wir lassen nicht zu, dass Menschen, die wenig haben, Menschen mit kleinen Löhnen und kleinen Renten dafür bezahlen, dass dieses Land eine gute Zukunft hat; denn dann ist es keine gute Zukunft.

(Beifall)

Bei uns gilt immer noch: Starke Schultern können mehr tragen als die, die ohnehin nicht auf Rosen gebettet sind. Viel zu oft wurde der Begriff „Generationengerechtigkeit“ angewendet, um ganz gezielt den Sozialstaat zu schwächen. Ein schwacher Sozialstaat hat aber nichts mit Gerechtigkeit zu tun, auch nicht zwischen Generationen.

(Beifall)

Wir wollen unseren Kindern ein Land vererben, in dem Frieden und Wohlstand herrscht, in dem Klimaschutz, Artenschutz und Schutz der Menschen vor den Folgen des Klimawandels gelingen und in dem es einen gesellschaftlichen Zusammenhalt und gute Infrastruktur gibt. Dafür müssen wir schon heute einstehen: für ein gutes Bildungssystem, für eine starke, klimaneutrale Wirtschaft, eine funktionierende Infrastruktur. Heute investieren wir in das Deutschland von morgen!

Die Vorschläge der CDU – liebe Genossinnen und Genossen, das wissen wir – schaden unserer Zukunft. Sie schaden der Zukunft der Menschen in Deutschland. Wer Sozialkürzungen fordert, missbraucht das Urteil von Karlsruhe.

(Beifall)

Und auch da sage ich ganz klar: Nicht mit uns!

Angriffe auf den Sozialstaat – Olaf hat es gesagt – sind Angriffe auf das soziale Fundament unseres Landes, von dem alle Menschen im Verlauf ihres Lebens profitieren. Denn der Sozialstaat schützt nicht nur die, die ihn brauchen. Er gibt allen Menschen Sicherheit. Ich bin zuversichtlich – das habe ich auch gestern schon gesagt , dass es uns gelingen wird, in der Koalition zueinander zu finden. Diese Zuversicht teilt auch Olaf. Denn Olaf hat seine SPD, aber er hat auch das Land noch nie im Stich gelassen. Das wird er auch nicht tun. Deshalb bin ich zuversichtlich, dass wir gemeinsam in eine gute Zukunft blicken, in der auch wir die Herausforderungen meistern werden. Denn ein Sozialdemokrat im Kanzleramt, denn Olaf Scholz im Kanzleramt bedeutet, dass Politik für alle Menschen in diesem Land gemacht wird. Dafür steht unser Ini-Antrag, für ein gerechtes Deutschland von morgen. – Ich danke euch.

(Beifall)

ANTRAGSBERATUNG INI02 IN VERBINDUNG MIT AUSSPRACHE

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Liebe Saskia, ganz herzlichen Dank. – Noch einmal zur Einordnung unserer Parteitagsregie: Das war dann auch gleichzeitig die Einbringung für den Ini-Antrag 02. Ich habe es am Anfang der Debatte schon einmal gesagt. Der ersetzt dann in dieser gemeinsamen Fassung die Ini-Anträge 07 und 10.

Wir kommen jetzt dann auch gleich zur Aussprache zu diesen Anträgen. Es ist schon eine ganz, ganz lange Liste von Wortmeldungen eingegangen. Ich will insofern auf zwei Dinge hinweisen. Erstens: Damit sich die Rednerinnen und Redner gut vorbereiten können, nicht nur inhaltlich, sondern auch, wann sie hier vorne dran sind, ist die Liste in OpenSlides schon einsehbar. Das heißt also, ihr wisst, wann ihr dran seid. Man kann sich gut orientieren. Damit ist auch eine hinreichende Transparenz geschaffen.

Es ist damit aber auch eine hinreichende Transparenz geschaffen, was die Länge der Rednerliste angeht, was mich dazu veranlasst, dass ich euch gerne vorschlagen würde, nachdem wir jetzt, glaube ich, schon bei fast 40 Wortmeldungen angelangt sind, dass wir an dieser Stelle jetzt auch die Rednerliste schließen. Ich glaube, es hatten alle eine gute Gelegenheit, ihre Wortmeldungskarte abzugeben. Deshalb frage ich nur der Form halber: Regt sich dagegen Widerspruch? – Dann haben wir damit die Rednerliste geschlossen. Ich denke, trotzdem hatten alle eine gute Gelegenheit, sich in diese wichtige Debatte miteinzubringen.

Bevor wir das jetzt auch gleich der Reihenfolge nach tun, habe ich noch die angenehme Aufgabe, weitere Gäste in unserem Kreise hier zu begrüßen. Der Kreis der Gewerkschaftsvertreterinnen und Gewerkschaftsvertreter hat sich ausgeweitet. Ich begrüße ganz herzlich den Vorsitzenden der NGG, Guido Zeitler. Lieber Guido, ein herzliches Willkommen hier auf unserem Bundesparteitag.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, dann ist es mir eine ganz besondere Freude, einen weiteren Ehrengast in unserer Mitte hier zu begrüßen. Olaf hat eben bereits etwas zum furchtbaren terroristischen Angriff auf Israel gesagt. Deshalb freuen wir uns ganz besonders und wir sehen es als eine gute Gelegenheit, unsere Solidarität und Verbundenheit auch mit dem israelischen Volk, mit den Jüdinnen und Juden nicht nur in Deutschland, sondern auf der ganzen Welt auszudrücken, dass unter uns der israelische Botschafter ist, ihre Exzellenz Ron Prosor. Seien Sie uns ganz herzlich willkommen, ihre Exzellenz! Schön, dass Sie da sind. Wir freuen uns sehr über Ihre Anwesenheit.

(Beifall)

Dann darf ich mit diesen Worten jetzt zu unserer Debatte überleiten. Der erste Redner steht tatsächlich auch schon bereit. Das ist unser lieber Genosse aus Thüringen, Georg Maier. Lieber Georg, du hast das Wort.

(Beifall)

Georg Maier, *Parteivorstand:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Das war gut. Das war der Hammer. Das war eine sehr beeindruckende, persönliche, berührende Rede. Lieber Olaf Scholz, ich danke dir dafür, dass du diese Worte gefunden hast. Du hast erneut deutlich gemacht, dass du unser Kanzler bist, dass du den Laden zusammenhältst. Dafür danke ich dir.

(Beifall)

Du agierst als unser Kanzler in der Krise besonnen. Du hast einen klaren Kompass. Du hast heute gesagt, wie dieser Kompass funktioniert. Es sind unsere sozialdemokratischen Werte. Du hast gesagt, worauf es jetzt ankommt. Liebe Genossinnen und Genossen, jetzt kommt es auf den Zusammenhalt an. Was heißt das? Für uns Ostdeutsche heißt das, dass sich die Menschen in Ostdeutschland darauf verlassen können, dass die Zusagen des Staates gelten. Ich meine insbesondere die

Zusagen, die gemacht wurden, was die Zukunftsinvestitionen in Ostdeutschland anbelangt. Das erwarten die Menschen von uns. Sie erwarten von uns auch, gerade auch in Ostdeutschland, dass wir Haushaltslöcher nicht mit Sozialabbau schließen.

(Beifall)

Wir brauchen gerade jetzt den Zusammenhalt, liebe Genossinnen und Genossen. Am 1. September des nächsten Jahres ist Landtagswahl in Thüringen und in Sachsen und etwas später in Brandenburg. Es heißt immer wieder, die Demokratie ist unter Druck. Was heißt das, liebe Genossinnen und Genossen? Ich will es euch sagen. Schaut auf die aktuellen Umfragewerte. Die AfD rangiert in Thüringen bei 34 Prozent. 34 Prozent, liebe Genossinnen und Genossen! Was ist das? Das ist eine Sperrminorität. Damit kann großer Schaden angerichtet werden. Die AfD kann dadurch die Richterwahl beeinflussen. Sie kann verhindern, dass eine parlamentarische Kontrollkommission eingerichtet wird. Dadurch kann sie den Verfassungsschutz blockieren. Sie hat aber, auch wenn sie stärkste Partei wird, Anspruch auf das Amt des Parlamentspräsidenten. Damit sind weitere Folgen verbunden. Sie hat damit auch Anspruch, die Landtagsverwaltung zu führen – dahinter steckt der wissenschaftliche Dienst , was noch gravierender ist, wenn diese Sperrminorität tatsächlich Realität wird. Wir müssen verhindern, liebe Genossinnen und Genossen, dass der Landtag sich nicht auflösen kann.

Was will ich damit sagen? Die Demokratie wird gerade massiv von innen angegriffen, liebe Genossinnen und Genossen, gerade in Ostdeutschland, gerade in Thüringen. Das müssen wir gemeinsam verhindern.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich will am 2. September 2024 nicht in einem autoritären Land aufwachen.

(Beifall)

Deshalb lasst uns jetzt zusammen kämpfen. Wir brauchen eure Unterstützung. Wir in Thüringen, in Sachsen, in Brandenburg, wir brauchen jetzt eure Unterstützung.

(Beifall)

Wer, wenn nicht wir, kann dem Treiben der Rechtspopulisten, der Rechtsextremisten Einhalt gebieten? Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind die älteste antifaschistische Kraft in Deutschland.

(Beifall)

Die Konservativen werden es nicht schaffen. Sie schaffen es überhaupt nicht, sich nach rechts abzugrenzen. Gestern wurde im Thüringer Landtag ein Gesetz mit den Stimmen der CDU, mit den Stimmen der FDP und mit den Stimmen der AfD verabschiedet, was zum Inhalt hat, Windkraft im Wald zu verbieten. Das macht deutlich, was uns ins Haus steht. Liebe Genossinnen und Genossen, schaut auf Thüringen, schaut auf den Osten, diesen wunderbaren Teil unseres Landes! Es darf nicht das Einfallstor der Faschisten sein.

(Beifall)

Ich greife das auf, was Olaf ganz am Schluss richtigerweise gesagt hat: Es wird uns mit Zusammenhalt und Zuversicht gelingen, das zu verhindern. – Ich danke euch.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Georg. Viel Erfolg bei eurem wichtigen Unterfangen für uns alle. – Als Nächstes hat das Wort Wiebke Esdar. Ihr folgen dann Philipp Türmer und Sarah Ryglewski.

Wiebke Esdar, *Parteivorstand:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Olaf, auch ich möchte mich für deine starke Rede bedanken. Saskia hat eben den Initiativantrag eingebracht. Ich habe mich noch einmal gemeldet, weil wir eben auch einen ausführlichen Initiativantrag hatten. Denn ich finde es richtig, dass wir über die aktuelle Situation im Haushalt und die Auswirkungen dieses Bundesverfassungsgerichts sprechen, die so weitreichend sind. Aber wir sollten nicht nur darüber sprechen, sondern so ein Bundesparteitag soll auch beschließen, auch wenn ihr gerade noch in Haushaltsverhandlungen seid.

Wir haben mit der NRW-Delegation und auch mit Stimmen aus der Parlamentarischen Linken diesen Antrag eingebracht. Für uns waren da vier Punkte ganz wichtig. Darum möchte ich die noch einmal aufzählen. Das Erste ist, dass auch, wenn wir jetzt das Urteil haben, Zusagen gelten müssen. Das klingt sehr selbstverständlich. Da aber eben der KTF so rasiert worden ist, muss klar sein: Die Förderprogramme, die in die Kommunen gehen, die der Haushaltsausschuss beschlossen hat und auch Zusagen zur Unterstützung von Arbeitsplätzen in Wasserstoffwirtschaft oder Stahlindustrie müssen gelten. Das sollen wir beschließen. Das haben wir noch in den Initiativantrag hineinverhandelt.

(Beifall)

Das Zweite ist: Wir werden nicht zulassen, dass es einen Abbau des Sozialstaates gibt, weil wir gerade in einer haushälterisch schwierigen Situation sind. Olaf ist da sehr deutlich geworden. Wir haben das auch noch einmal ganz klar hineingeschrieben. Das werden wir hoffentlich gleich auch beschließen.

(Beifall)

Das Dritte ist: Lieber Olaf, du hast viel über den Ukrainekrieg gesprochen. Es ist für uns selbstverständlich, dass wir die Hilfe für die Ukraine nicht infrage stellen. Aber wenn wir diese Hilfe nicht infrage stellen, dann ist auch klar, dass es Faktoren gibt, die diesen Haushalt belasten, die nicht in unserer Kontrolle sind. Darum ist es richtig und darum wird es nicht anders gehen, als dass wir 2024 noch einmal die Notsituation erklären und die Schuldenbremse ausschließen.

(Beifall)

Nur das ermöglicht, dass wir nicht den Abbau des Sozialstaates und nicht nur schwierige Kürzungen haben.

Der letzte Punkt – das ist der, der mir ganz weitgehend wichtig ist, den wir dann in dem dicken Absatz noch einmal hineinverhandelt haben : Der Begriff der Generationensolidarität und Generationengerechtigkeit wird in diesen Tagen immer wieder von den Neoliberalen und von den Konservativen missbraucht, indem sie ihn zum Abbau des Sozialstaates nutzen wollen und indem sie die Frage der Generationensolidarität auf den Kontostand verkürzen. Aber das, was wir unseren Kindern und den zukünftigen Generationen vererben, ist doch nicht in erster Linie ein Kontostand, sondern es ist die Frage, ob wir ein gutes Bildungssystem haben, es ist die Frage, ob wir eine starke Wirtschaft haben und in welcher Infrastruktur wir alle gemeinsam leben.

(Beifall)

Wenn uns die letzten Jahre eines gezeigt haben, dann auch, dass wir einen starken, handlungsfähigen Staat brauchen, der in der Lage ist, der nächsten Pandemie mit seinem Gesundheitssystem etwas entgegenzusetzen, der bereit ist, auch den Klimakatastrophen zu entgegnen und der auch in der Lage ist, Frieden zu sichern und Frieden zu schützen. Dafür brauchen wir einen starken, handlungsfähigen Staat. Dafür müssen wir zusehen, dass wir mit dieser Schuldenbremse in eine starke Reform gehen. Denn es darf nicht weiter so bleiben, dass die Schuldenbremse so eine Investitionsbremse bleibt, wie sie bisher war, wie sie durch das Bundesverfassungsgerichtsurteil aber noch mehr geworden ist. Darum werbe ich auch als Antragsteller des Ini07, den wir in den des PV eingegliedert haben, gleich von euch um Zustimmung zu dem Antrag. – Danke schön.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Wiebke. – Ich habe gerade eben noch einmal einen Hinweis aus den Reihen der Delegierten erhalten. Natürlich war das jetzt ein bisschen längerer Zeitblock, in dem gesprochen worden ist, und der eine oder andere bewegt sich vom Platz weg. Deshalb ist viel Unruhe im Raum. Ich glaube, wir sollten jetzt auch die Gelegenheit haben, dass alle Delegierten dem lauschen können, was hier vorne am Rednerpult vorgetragen wird. Also, wenn ein bisschen mehr Ruhe einkehren könnte! Derjenige, der jetzt etwas zu klären hat, möge das bitte außerhalb des Raums machen. Aber die, die hier drin sind, wollen sicherlich zuhören. Dafür sollten wir auch die Möglichkeit geben. Insofern herzlichen Dank für euer Verständnis und die Mitwirkung.

(Beifall)

Damit hat als Nächstes das Wort Philipp Türmer. Ihm folgt Sarah Ryglewski.

Philipp Türmer, *Juso-Vorsitzender:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Olaf, die Jusos und du, wir haben keine einfache Geschichte. Damals haben wir alles dafür getan, dass du nicht Parteivorsitzender wirst. Und das hat ja auch geklappt. Aber als du damals als Kanzlerkandidat aufgestellt wurdest, da haben wir uns hinter dich gestellt.

(Beifall)

Das ist vielen in der Situation bestimmt nicht leichtgefallen, aber wir haben es aus Überzeugung getan, weil wir daran geglaubt haben, dass wir mit dir die Chance haben, die bleierne Schwere der Großen Koalitionen endlich abzuschütteln.

(Beifall)

Der Wahlkampf hat uns Hoffnung gegeben. Verteilungsgerechtigkeit, gerechte Löhne, die Transformation unserer Industrie – das waren unsere Versprechen. Aber trotzdem – und da hilft es nichts, wenn wir uns etwas anderes vormachen – ist das Land aktuell gespaltener denn je. Lieber Olaf, wer aus der Defensive will, muss Angriff spielen. Du bist der Chef der Regierung, nicht der Paartherapeut von Robert und Christian.

(Beifall)

Die Menschen wollen, dass du Empathie zeigst, erklärst und vor allem entscheidest. Sie wollen keinen Moderator der

Macht. Wir können die Leute nicht verarschen. Auch wenn wir unser Bestes geben, stehen so viele Menschen wie noch nie mit kalten Füßen gerade vor den Schlangen der Tafeln. Das ist doch ein Armutszeugnis für eine sozialdemokratisch geführte Regierung.

(Beifall)

Wir brauchen einen Kanzler, der an ihrer Seite steht und das Versprechen der Sozialdemokratie auf ein besseres Leben erneuert. Stattdessen überlassen wir viel zu häufig den Konservativen die Bühne, obwohl wir doch regieren.

Über drei Wochen ist das Urteil aus Karlsruhe her. Jeden Tag wird die Neiddebatte auf Kosten der Schwächsten perfider. Auch wenn wir hier dreimal aufstehen während deiner Rede, ist davon doch nicht die Haushaltskrise gelöst.

(Beifall)

Ganz viel von dem, was du heute angesprochen hast, hängt doch davon ab, dass wir das lösen, damit wir endlich wieder handlungsfähig werden.

Olaf, du hast einmal gesagt: Wer Führung bestellt, soll sie bekommen. – Hiermit bestelle ich sie, und wir warten dringend auf Lieferung.

(Beifall)

Da draußen brennt die Hütte. Wir können hier drinnen in der Halle nicht einfach auf heile Welt tun. Setzt diesem Haushaltsdrama ein Ende! Setzt die Schuldenbremse auch 2024 aus und beendet die Regierungskrise!

(Beifall)

Jeder von euch, der hier sitzt, vertraut auf die Sozialdemokratie. Aber die Menschen da draußen verlieren doch gerade das Vertrauen in uns. Es reicht nicht, nur solide zu regieren, wenn die Antworten einfach nicht groß genug für die Probleme dieser Zeit sind. Verändere deinen Kurs vom Moderator zum Kämpfer für soziale Gerechtigkeit!

(Beifall)

Olaf, wir haben alle dafür gekämpft, dass du nach langer Zeit wieder der erste Sozialdemokrat im Kanzleramt wirst. Sorg dafür, dass man das endlich merkt und dass du dort nicht der letzte Sozialdemokrat gewesen bist! Zeig den Gelben die rote Karte!

(Beifall)

Die Vision eines sozialdemokratischen Jahrzehnts – wir glauben immer noch daran. Die Partei kann das. Wir sind bereit, alles dafür zu geben. Olaf, ich frage dich: Bist du es auch? – Glückauf! Es muss besser werden, als es gerade ist. – Danke schön.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Die nächste Rednerin ist Sarah Ryglewski. Ihr folgt Veith Lemmen.

Sarah Ryglewski, *Parteivorstand:*

Guten Morgen, liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte auch erst einmal mit einem Dank anfangen: mit einem Dank an Yasmin und an Olaf für die tolle Rede, aber auch an alle, die an diesem Initiativantrag des Parteivorstandes mitgewirkt haben, egal ob in der Ursprungsfassung oder in dem, was uns hier vorliegt, weil dieser Antrag genau das liefert, was viele in diesem Land jetzt auch von uns erwarten und was sie generell von der Politik erwarten: einen Kurs, der klar ist, der deutlich macht, dass wir die Spaltung, die in diesem Land natürlich droht – wer das negiert, der lebt, glaube ich, auf einem anderen Planeten , nicht akzeptieren, sondern einen klaren Kurs, der vorgibt, wo es hingeht und der – das möchte ich einmal ganz deutlich in Richtung der Konservativen ausrufen – ein deutlich komplexeres Verständnis davon hat, was die Basis für unseren Wohlstand in diesem Land ist als das, was Konservative und Neoliberale haben. Denn wer glaubt, dass Wirtschaft und ein starker Sozialstaat Gegensätze sind, der hat das Erfolgsmodell Deutschland bis heute nicht verstanden, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ganz deutlich sieht man das an dieser wirklich perfiden Debatte um das Bürgergeld. Ich sage das einmal ganz, ganz deutlich: Ich habe, bevor ich in die Politik gegangen bin, als Quartiersmanagerin gearbeitet. Ich bin Präsidentin der Arbeiterwohlfahrt in Bremen. Ich lehne dieses unterkomplexe Bild von Armut ab. Wer so agiert, wie das die Union derzeit tut, der weiß nicht, wie es in bestimmten Stadtteilen in Bremen aussieht – ich sehe gerade Jochen Ott , wie es in meiner Heimatstadt Köln aussieht, der versteht nicht, was Armut heißt. Armut ist ein Mangel an Möglichkeiten.

(Beifall)

Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind immer dafür angetreten, genau diesen Mangel an Möglichkeiten zu beseitigen und Menschen die Chance zu geben, ihr Land nach ihren Vorstellungen auch gestalten zu können. Emanzipation – das ist der Grundgedanke unserer Vorstellung von Solidarität.

(Beifall)

Natürlich kann man immer darüber diskutieren, es geht nur um Chancen. Aber natürlich geht es auch um die Bekämpfung von wirklich existenzieller materieller Armut. Da gibt es einen Zusammenhang. Wenn in Bremen in einem unserer reichsten Stadtteile 75 Prozent der Kinder Abitur machen und in dem ärmsten nur 16 Prozent, dann macht es deutlich, dass es hier einen Zusammenhang gibt.

(Beifall)

Da können wir noch so viel in gute Schulen und gute Kitas investieren. Es hat auch was damit zu tun, dass die Mutter eines Kindes aus Gröpelingen ihrem Kind jeden Tag sagen muss: Das bekommst du nicht. Nein, du kannst nicht ins Kino gehen. Du kannst nicht ins Schwimmbad gehen. – Nein, das, was du dir wünschst, im Laden vielleicht einfach mal sagen zu können, das nehme ich mir, das und das kaufen wir dir, das passiert nicht. Das lässt einen Menschen nicht zu dem heranwachsen, was wir auch für dieses Land brauchen. Liebe Genossinnen und Genossen, deswegen lasst uns den Schwung, den wir jetzt hier entwickelt haben, mitnehmen! Lasst uns genau das auch noch einmal deutlicher machen.

Wir investieren in dieses Land. Wir investieren in die sozial-ökologische Transformation. Wir investieren in Technologien, die unsere Wirtschaft zukunftsfit machen. Aber auch jede Investition in den Sozialstaat, wie wir ihn uns vorstellen und wie wir daran arbeiten – in dem Moment jetzt und auch mit unserem Regierungshandeln bisher mit dem Bürgergeld, auch mit der Ausbildungsgarantie -, sind auch Investitionen in unsere Zukunft, die dafür sorgen, dass dieses Land auch in Zukunft in Wohlstand leben kann und vor allem jeder Einzelne in diesem Land bessere Chancen hat. – Vielen Dank.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Sarah. – Als Nächstes spricht Veith. Auf Veith folgt dann Klara Geywitz.

Veith Lemmen, *Nordrhein-Westfalen:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Olaf, ganz herzlichen Dank für diese Rede. Reden dieser Sorte sollten öfter kommen und auch öfter gehört werden. Ich glaube nämlich – das ist tatsächlich sehr richtig gesagt worden , dass wir auf allen Ebenen als Sozialdemokratie sehr viel tun. Auch die Bundesregierung und unsere starke Fraktion haben sehr viel in den Kommunen erreicht. In den Ländern ist es auch so, dass wir jeden Tag arbeiten und weiter schackern und weiter malochen und eben nicht den Kopf in den Sand stecken, obwohl es die multiplen Krisen dieser Zeit gibt, wie wir sie, ehrlich gesagt, in meiner Lebenszeit und wahrscheinlich in der Lebenszeit der meisten hier noch nicht erlebt haben. Das muss man einfach zur Kenntnis nehmen. Liebe Genossinnen und Genossen, es ist gut, dass die Sozialdemokratie auf den verschiedenen Ebenen regiert und zusammenarbeitet und auch genau weiß, wie es vor Ort bis hin in die kleinen Kommunen aussieht.

Aber eins ist auch klar: Die ganze gute Arbeit muss auch mit Verve vorgetragen werden. Die Leute wollen uns kämpfen sehen. Die Leute wollen, dass wir Leidenschaft zeigen, und zwar von den Kommunen bis ins Kanzleramt, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Es muss klar sein, dass diejenigen, die in diesem Land den Laden am Laufen halten, die das Rückgrat der Gesellschaft sind, die Demokratie schützen. Denn diese Demokratie ist in Gefahr – so in Gefahr, wie sie noch nie war. Da ist es völlig klar, dass die Sozialdemokratie steht und dass sie stehen muss und dass sie Leidenschaft zeigen muss, und zwar auf allen Ebenen, und klarmachen muss: Wir widersprechen den Konservativen. Wir lassen uns den Sozialstaat nicht kaputtmachen. Wir zeigen die Investitionen für morgen, und zwar mit aller Macht, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Eine Sache ganz deutlich: Wenn ich den Fuzzi von Merz sehe, der dermaßen aus der Zeit gefallen ist und meint, dass er hier etwas tun kann – nur, weil er damals von einer Frau, die dann Kanzlerin geworden ist, in Schach gehalten wurde, muss jetzt das ganze Land darunter leiden, was er für Vorschläge hat. Das können wir nicht unwidersprochen lassen. Das werden wir auch nicht tun. Wenn so jemand, der lieber mit dem Jet fliegt und an einem Tag mehr Geld verdient als Leute, die in diesem Land hart arbeiten, im ganzen Jahr verdienen, uns etwas erzählen will, dass 600 Euro Lohnabstand nicht ausreichen, dann weiß er schlichtweg nicht, wie viel 600 Euro für manche Leute in diesem Land sind, liebe Genossinnen und Genossen. Und das werden wir weiter bekämpfen.

(Beifall)

Um es ganz deutlich zu sagen: Wer lieber mit dem Jet fliegt, statt über die kaputten Brücken in Nordrhein-Westfalen zu fahren und dort im Stau zu stehen, wer nicht weiß, wie es in den Kitas, in den Kommunen vor Ort und in der OGS aussieht, wer all das nicht weiß, der sollte vielleicht von solchen Dingen wie Sozialabbau oder dass wir uns jetzt kaputt sparen müssen schweigen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Das ist mein Appell an alle Ebenen. Es ist wichtig, was wir erreichen, aber es kommt am Ende in der Politik darauf an, dass wir es mit Verve vortragen. Das ist mein Appell. Deswegen sage ich: Die Investitionen in die Kommunen, in die Infrastruktur und in das Soziale müssen kommen. Das müssen wir gemeinsam tun. Deswegen müssen wir die Schuldenbremse für das nächste Jahr auch wieder aussetzen und dürfen uns nicht davon beirren lassen, wenn Leute uns den Sozialstaat und unser Land kaputt machen wollen. Es geht um die Demokratie, und die werden wir verteidigen, und zwar bis aufs Letzte, liebe Genossinnen und Genossen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, lieber Veith. – Als Nächstes spricht Klara Geywitz. Ihr folgt dann Oleg Shevchenko.

Klara Geywitz, *stellvertretende Parteivorsitzende:*

Guten Morgen, liebe Genossinnen und Genossen! Na klar, diese Bundesregierung hat es gerade nicht einfach. Der Wind bläst uns richtig frontal ins Gesicht. Sicherlich haben wir den einen oder anderen Beitrag auch selbst dazu geleistet. Olaf hat es beschrieben, eine Dreierkonstellation ist nicht immer vergnügungssteuerpflichtig.

Aber ganz ehrlich: Ich bin sehr stolz auf diese Bundesregierung und auf die Rede von Olaf, weil er eine Sache heute noch einmal ganz klar gemacht hat. Mit ihm sind der Sozialstaat und die soziale Sicherheit in Deutschland in ganz, ganz guten Händen. Wir haben in den letzten zwei Jahren vielen von unseren Wählerinnen und Wählern geholfen, damit sie besser durch den Tag kommen. Wir haben in den letzten zwei Jahren nichts getan, wofür ich mich als Sozialdemokratin schämen muss. Ich kann mich noch genau erinnern, wie die Situation im Gewerkschaftsrat war, wie die Stimmung zwischen SPD und den Gewerkschaften war, als der letzte sozialdemokratische Kanzler im Amt war. Einen größeren Unterschied könnte es nicht geben. Demzufolge sage ich: Es ist wichtig, dass wir heute sagen, die Solidarität ist etwas, was die Sozialdemokratie immer in ihrer Regierungszeit mit sich bringt, und zwar nicht nur nach innen, sondern auch nach außen.

Ich weiß noch genau, wie viele nach dem Überfall Putins auf die Ukraine nach Kiew gefahren sind, um die ersten Fotos zu machen. Olaf hat sich nicht in diesen Wettbewerb begeben und wurde dafür heftig kritisiert. Ich hoffe, die ganzen Journalisten erinnern sich daran, weil Olaf jetzt derjenige ist, der trotz schwierigster Haushaltssituation kontinuierlich verlässlich an der Seite der Ukraine steht. Genossen, das ist, was zählt.

(Beifall)

Bei Olaf ist der Sozialstaat in verlässlichen Händen, und Olaf garantiert auch in schwierigen Zeiten die Solidarität, die die Ukraine mit uns braucht.

Es ist doch kein Zufall, dass diejenigen, die als Erstes bei dem Bürgergeld kürzen wollen, als Zweites sagen: Entwicklungszusammenarbeit kann übrigens auch weg. Naiver kann man heutzutage nicht sein. Ich bin sehr stolz auf die Arbeit von Svenja, die in der Sahel-Allianz ganz intensiv dafür arbeitet, Fluchtursachen zu bekämpfen. Ich bin in der DDR aufgewachsen, direkt an der Mauer. Ich habe die Schüsse gehört. Ich habe die Hunde gehört. Ich weiß, wie eine Mauer aussieht, über die niemand rüberkommt. Wer glaubt, dass Europa sich einmauern kann, der hat absolut keine Ahnung von Mauern.

(Beifall)

Deswegen sage ich: Internationale Solidarität ist keine Folklore der Sozialdemokratie, die wir abends besingen, sondern das ist existenzieller Bestandteil von SPD in einer Welt. Deswegen ist es gut, dass Olaf auch noch einmal mit Blick auf die Zukunft unserer Kinder gesagt hat: Das Geschäftsmodell Deutschlands ist kein Geschäftsmodell auf Lasten und zu Kosten anderer Länder in der Welt, sondern ist das Geschäftsmodell einer kooperativen Politik in der einen Welt, in der wir solidarisch zusammenstehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Klara. – Als Nächstes spricht Oleg. Bitte schön. Ihm folgt dann Nina Scheer.

Oleg Shevchenko, *Thüringen:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Olaf, wo auch immer du gerade bist! 2014 hat Russland mir meine Heimatstadt mit der Annexion der Krim geraubt. Am 24. Februar 2022 hat sich Russland endgültig entschieden, mein Heimatland auszulöschen. In dieser Zeit habe ich viel hinterfragt, auch als linker Sozialdemokrat: Was ist meine Position zum Thema Verteidigungspolitik? Umso mehr habe ich mit meiner eigenen Partei in den ersten Tagen des Krieges gehadert, als ich in den Sitzungen, im Landesvorstand, in dem Ortsverein, im Kreisvorstand sehr eindrücklich gezeigt habe, wie es meinen Verwandten, wie es meinen Freunden geht, und argumentiert habe, dass wir jetzt definitiv Waffenlieferungen brauchen, bin ich, ehrlich gesagt, gegen Wände gelaufen. Dieses Zögern hat ein Weilchen gedauert, und dieses Zögern hat auch dazu geführt, dass Russland in den ersten Tagen sehr viele Erfolge zu verbuchen hatte, die die Ukraine schmerzlich mit sehr vielen Menschenleben wieder zurückerobern musste und es weiterhin tut.

Ich glaube, wir müssen aus dieser Retrospektive lernen, denn die heutigen Redebeiträge haben sehr deutlich gemacht, auf welcher Seite wir bei der Ukraine stehen. Aber die Redebeiträge haben nicht deutlich gemacht, wie lange und beschwerlich dieser Weg war, dass wir heute von Selbstverständlichkeit sprechen. Deswegen müssen wir die Retrospektive nehmen und uns die Zukunft klar und deutlich verinnerlichen. Wir dürfen nie wieder, liebe Genossinnen und Genossen, so zögern wie damals 2022.

(Beifall)

Es gibt auch eine weitere Schlussfolgerung, die wir deutlich machen müssen, denn wir alle sitzen heute hier in einem sehr warmen Raum, in einer Halle. Draußen ist es kalt. In der Ukraine ist es gerade viel kälter, und die Leute sitzen nicht und gucken Rednern zu, sondern sie sitzen in Gräben, im Schnee und versuchen, das zu tun, was wir uns nicht vorstellen können, und zwar, das eigene Land zu verteidigen. Diese Leute sind klar in der Hoffnung, dass wir hier beim Bundesparteitag, aber auch überall anders auf der Welt auf ihrer Seite stehen und nicht relativieren, sondern deutlich machen,

dass wir die Unterstützung geben, wenn sie gebraucht wird. Und dann sehe ich Flyer, die heute ausgelegt werden, mit „Mehr Diplomatie wagen“. Ich finde das fatal, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Es ist überhaupt nicht im Sinne von Willy Brandt, so etwas zu schreiben. Wer mehr Demokratie haben will, der steht an der Seite der Ukraine, und zwar klar und deutlich, und wird nicht in irgendwelches Kalter-Krieg-Gefasel von 1960 verfallen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, diese Couch- oder Sofa-Politik aus dem Warmen darf nicht dazu führen, dass wir tatsächlich unsere Politik ändern. Slawa Ukrajini – Herojam Slawa! – Vielen Dank.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Oleg.

Nina, bevor du ans Rednerpult kommst, gibst du mir vielleicht die Gelegenheit, noch zwei Ehrengäste zu begrüßen. Herzlichen Dank dafür.

Ich möchte in unseren Reihen Denis Bećirović sehr herzlich begrüßen. Er ist Mitglied der Triopräsidentschaft und wird auch in Kürze Vizepräsident unserer Schwesterpartei SDP in Bosnien-Herzegowina sein. Herzlich willkommen, a very warm welcome here!

(Beifall)

Ich darf darüber hinaus Albin Kurti begrüßen. Er ist amtierender Premierminister des Kosovo und Vorsitzender der Schwesterpartei LVV. Auch ihm ein herzliches Willkommen, a very warm welcome!

(Beifall)

Vielen Dank. – Nina, jetzt ist es an dir.

Nina Scheer, *Schleswig-Holstein:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist von Olaf sehr deutlich darauf hingewiesen worden, was durch unser Zutun, durch sozialdemokratisches Zutun und ganz entscheidendes Zutun zur Bewältigung der Krise in den letzten zwei Jahren geschafft wurde. Wenn wir nicht ganz deutlich eine Investitionshandschrift getätigt hätten, nicht ganz deutlich gezeigt hätten, dass Hilfen gestellt werden, wo ansonsten Einbrüche drohen, wenn wir nicht ganz klar diese Handschrift in die Koalition hineingebracht hätten und dabei – das muss man auch noch mal Revue passieren – nicht groß betteln mussten, sondern es war eindeutig der gemeinsame Nenner der Koalition, dass wir diese Investitionen zu tätigen haben, dass wir die Hilfen zu tätigen haben. Wir haben Milliarden bereitgestellt. Und auch wegen dieser Bereitstellungen, wegen dieses starken Staates, haben wir es so gut geschafft, durch die Krise zu kommen.

Weswegen erzähle ich das? Weswegen erinnere ich daran? Durch das Bundesverfassungsgerichtsurteil ist an dieser politischen Entscheidung erst mal nichts zu ändern und auch nichts geändert worden. Das Bundesverfassungsgericht hat allein den Weg der Verfügbarmachung von Geldern kritisiert und für nichtig erklärt, aber es hat weder die Autorität noch von der Sache her die Entscheidung getroffen, an dieser politischen Grundausrichtung einen Rotstift anzusetzen oder an dieser politischen Grundausrichtung etwas zu ändern. Das ist meines Erachtens jetzt die alles entscheidende Frage, die auch Olaf in seiner Rede noch mal verdeutlicht hat: Es kann nicht darum gehen, jetzt Kürzungen an Stellen anzusetzen, wo wir Investitionen brauchen. Es kann nicht um Kürzungen gehen, wo wir die Solarwirtschaft zum Beispiel in Deutschland halten müssen, die gerade vor dem internationalen Wettbewerbsdruck in die Knie zu gehen droht. Das kann nicht die Antwort der Krise sein, sondern es kann nur die Antwort sein, dass wir Stabilität durch Investitionen sichern und dafür natürlich auch Haushaltsmittel bereitstellen müssen, dafür natürlich die Schuldenbremse auch für 2024 aussetzen müssen und natürlich, wie wir es gestern beschlossen haben, auch auf der Einnahmenseite – Stichwort Vermögensabgabe und unsere weiteren Entscheidungen, die wir in diese Richtung auch schon getroffen haben – noch mehr für die Solidität einer gerechten Haushaltsführung sorgen, für die Solidität einer investitionsseitig starken Situation, die wir in Deutschland und Europa brauchen.

Dieses Signal muss auch von uns heute ausgehen, und das ist eine sozialdemokratische Handschrift. Ich finde, das wird zurzeit teilweise öffentlich völlig verquer dargestellt. Wir werden als Sozialdemokraten quasi in Zugzwang gebracht, irgendeine Kompromisslinie einzuschwenken, von der ich den Eindruck habe, man erwartet von uns, dass wir genau den Erfolgsmotor der Krisenbewältigung abstellen. Nein, das Gegenteil muss doch passieren. Wir müssen doch an das anknüpfen, was tatsächlich der Erfolgsmotor zur Krisenbewältigung war. Das heißt, Energiewende forcieren, Investitionen in die Energiewende forcieren und den Wirtschaftsstandort Europa mit einem starken Deutschland zur Mobilisierung dieser Zukunftsinvestitionen sichern. Das kann nur die Antwort auf die Krise sein.

So habe ich Olaf verstanden. Das war heute wirklich eine starke Rede. Es war übrigens immer schon unsere Diktion, und ich plädiere auch noch mal deutlich dafür, dass wir uns nicht immer kleiner machen, als wir sind. Wir sind die führende Fraktion im Deutschen Bundestag. Wir sind mit diesem Programm übrigens auch gewählt worden. Wir sind insofern auch das Original, um für eine Ermöglichung dieses Transformationsprozesses einzustehen. Wir sind das Original. Lasst uns an dieser Aufgabe weiterarbeiten. Wir sollten uns nicht ins Bockshorn jagen lassen, dass das irgendwo eine andere Politik sei, sondern wir stehen dafür und sollten diesen Kurs auch ganz klar beibehalten. – Vielen Dank.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Nina. Ihr folgt jetzt Timo Ahr. Danach kommt Nina Gaedike.

(Beifall)

Timo Ahr, *Saarland:*

Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Ich bin stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD Landtagsfraktion. Ich war aber früher einmal Mitarbeiter in einem Stahlkonzern im Saarland, und es hat mir Mut gemacht, dass wir in den letzten Jahren gesagt haben, dass wir das hinbekommen, dass wir es schaffen werden, sozialökologische Transformation eben auch umzusetzen und nicht nur darüber zu sprechen, dass wir die Partei sind, die dafür sorgt, dass der Klimaschutz vorangetrieben wird und das gleichzeitig die Arbeitsplätze für die Menschen in unserem Land gesichert werden. Das ist gut, das ist richtig, und das ist unsere DNA, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Es sind dort gute Arbeitsplätze, mitbestimmte Arbeitsplätze, tarifgebundene Arbeitsplätze, all das, was die Kollegin Yasmin Fahimi eben auch gesagt hat. Deshalb sind die Investitionen in die Zukunft dieser Grundstoffindustrie unfassbar relevant.

Lieber Olaf, du hast im Wahlkampf auf einem Plakat der IG Metall unterschrieben, dass du die Stahlindustrie unterstützt. Diese 14.000 Beschäftigten im Saarland warten darauf, dass das kommt. Die Unternehmen warten darauf, dass das kommt und dass uns das gelingt. Diese Investitionen sorgen dafür, dass die Wertschöpfung im Saarland, aber auch in Deutschland bestehen bleibt, dass die Kaufkraft stabil bleibt und dass alle anderen Branchen davon profitieren werden. Deshalb ist es ein Appell an uns alle, dass wir gemeinsam dafür sorgen, dass diese Investitionen kommen. Und es ist mir, ehrlich gesagt, egal, wie das Ding am Ende haushalterisch heißt. Es muss passieren. Die Investitionen sind relevant für unsere Zukunft, für die Zukunft dieses Landes, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir haben die Hälfte der Strecke hinter uns. Ich will aber noch was sagen: Es gibt eine Opposition in diesem Land, die geklatscht hat, als das Urteil des Bundesverfassungsgerichts kam. Sie hat geklatscht, und überall gab es zigtausende Stahlarbeiterinnen und Stahlarbeiter und ihre Familien, die nicht mehr wussten, wie es weitergeht. Das ist doch keine verantwortungsvolle Politik, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deshalb ist die Debatte um die Schuldenbremse gut und wichtig. Wir müssen sie zum Ende führen. Wir müssen aber jetzt auch eines tun: Wir müssen jetzt pragmatisch dafür sorgen, dass das Geld fließt, dass die Unternehmen investieren können und dass die Menschen eine gute Zukunft haben. Deshalb war es uns wichtig, das in diesem Antrag auch noch mal niederzuschreiben. Ich danke euch. – Glückauf!

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, lieber Timo. – Jetzt hat Nina Gaedike das Wort, danach Maximilian Schröter.

(Beifall)

Nina Gaedike, *Nordrhein-Westfalen:*

Liebe Genoss*innen! Lieber Olaf! Als Partei können wir Debatte. Davon bin ich überzeugt. Als Sozialdemokratie zeichnet uns aus, dass wir inhaltliche Kontroversen nicht scheuen, sondern sie immer wieder suchen, um die besten Lösungen zu ringen. Es gibt also durchaus nicht selten die Situation, dass wir Positionen vertreten können, und wissen, wir stehen zusammen und sind geeint. Aber das tun wir eben nicht automatisch und auch dann nicht automatisch, nur weil du, Olaf, als unser Kanzler vorpreschst. Du hast genau das im Bereich Asyl und Migration getan. Im „Spiegel“ polterst du für eine Abschiebeoffensive. Bezahlkarten für Geflüchtete seien eventuell auch gangbar, und du seist dir sicher, die ganze Partei mit allen Gliederungen stehe da hinter dir. Lass dir sagen: Du irrst dich!

(Beifall)

Ein sozialdemokratischer Kanzler, der den Fokus auf Abschiebungen setzt, während das nichts, aber auch wirklich rein gar nichts an der Situation der Kommunen ändern wird – ich glaube, es hackt! Ich kann es nicht fassen! Wir haben eine soziale Krise in diesem Land. Studis brechen ihr Studium ab, weil sie sich das Leben nicht mehr leisten können, KfW-Kredite drängen sie in die Schuldenfalle, Azubis müssen sich mit einer Mindestausbildungsvergütung zurechtfinden, die zum Leben nicht reicht und die die Inflation nicht auffängt, und immer mehr Kinder und Jugendliche leben in diesem Land in Armut.

(Beifall)

Armut bedeutet, kein Geld für die Winterjacke. Von Bildungschancen müssen wir da gar nicht erst anfangen. Und während der Haushalt immer noch nicht geklärt ist, müssen wir in dieser Situation um den Sozialstaat kämpfen. Während immer mehr Kommunen Daseinsvorsorge nicht mehr gewährleisten können, die Schuldenbremse weiter steht und der Altschuldenschnitt auf sich warten lässt, nimmst du, Olaf, Narrative von Abschiebungen auf, die nichts, gar nichts mit einer humanen sozialdemokratischen Politik zu tun haben und nichts an der sozialen Krise ändern werden.

(Beifall)

Olaf, ich appelliere an dich: Wir sind gemeinsam mit dir in diesen Wahlkampf gezogen für soziale Politik – du hast es gesagt – für den Kampf gegen Armut und für Respekt. Daran glauben wir gemeinsam. Zeig, was es heißt, wenn ein Sozialdemokrat Kanzler ist. Wir mobilisieren nicht gegen Geflüchtete, wir fantasieren nicht von Abschiebeoffensiven, sondern wir sprechen und kämpfen für soziale Gerechtigkeit. Wir kämpfen etwa für die Kindergrundsicherung und überlassen das nicht den Grünen. Wir müssen endlich im großen Stil Kinderarmut bekämpfen. Wach auf! Pack an, wofür du angetreten bist!

(Beifall)

Wir haben nämlich nicht den Wahlkampf für dich geschmissen, damit du jetzt gegen Geflüchtete vorgehst. Wie du selbst gesagt hast: Wir machen Politik, damit es den Menschen in diesem Land bessergeht. – Freundschaft und Glückauf.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank. – Bevor Maximilian das Wort hat, wollte ich euch noch einen Vorschlag machen. Da wir jetzt zum einen eine breite Aussprache zum Initiativantrag haben, aber gleichzeitig natürlich auch noch den einen oder anderen durchaus wichtigen Wahlgang zu absolvieren hätten, würden wir jetzt – ich weiß, das ist nicht ganz üblich ist, aber vielleicht doch ganz nützlich – gerne schon während der Aussprache die Wahl der Beisitzerinnen und Beisitzer durchführen. Vielleicht klappt es mit einem Wahlgang, vielleicht aber auch nicht. Aber für den Fall sollten wir gewappnet sein, dass wir den im Tagesablauf heute auch noch zum zweiten Mal unterbekommen würden.

Es wäre also zum Ersten der Vorschlag, dass wir das jetzt machen und dass das euer Einverständnis mit sich bringt. Zweitens habe ich, wenn es so ist, die Bitte, dass dann alle langsam wieder zurück in den Saal kommen; denn es werden die Stimmzettel ausgeteilt und dann beginnt die ja nicht ganz unwichtige Wahl der Beisitzerinnen und Beisitzer. Nicht, dass wir da jetzt in Zeitverzug kommen. Wir würden jetzt vielleicht noch maximal zwei, drei Rednerinnen und Redner aufrufen, damit das alles gut funktioniert.

An all diejenigen, die jetzt noch auf den Fluren und Gängen und wo auch immer unterwegs sind: Es wäre jetzt gut, wenn ihr während der nächsten Redner wieder zurück an euren Platz kommen könntet, damit wir mit dem Wahlgang für die weiteren Mitglieder des Parteivorstands beginnen können. Herzlichen Dank für euer Verständnis an dieser Stelle.

Jetzt hat Maximilian das Wort. Vielen Dank fürs Warten, lieber Maximilian.

(Beifall)

Maximilian Schröter, *Thüringen:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Olaf! Wir steuern auf ein Superwahljahr zu: Europa- und Kommunalwahlen, und bei uns in Thüringen ebenso wie in Sachsen und Brandenburg sind Landtagswahlen. Manchen in diesem Land – und zugegeben auch in dieser Partei – scheint dabei erst vor ein paar Wochen so richtig aufgegangen zu sein, dass die organisierte extreme Rechte und deren blau-brauner parlamentarischer Arm kein alleiniges Problem Ostdeutschlands sind. Das betrifft verdammt noch mal die gesamte Republik, uns alle!

(vereinzelt Beifall)

Vielleicht habt ihr bereits von dem sogenannten Thüringen-Projekt gehört: Was wäre, wenn? Dort untersuchen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Verfassungsblocks, wie Faschisten, quasi-demokratisch legitimiert, die Demokratie beschädigen, den Rechtsstaat schleifen und ihre Kritikerinnen und Kritiker zum Schweigen bringen könnten, wenn, ja wenn sie an die Macht kämen. Das sind allerdings keine theoretischen Konstruktionen in irgendeiner fernen Dystopie. Wir müssen nur hinhören, was Höcke und seine Schergen von sich geben. Deren Plan steht längst, und wenn wir nicht aufpassen, geht es ab September 2024 damit los.

Liebe Genossinnen und Genossen, Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Damit Geschichte sich nicht wiederholt, müssen wir die Demokratie verteidigen, und das ist unsere verdammte historische Verantwortung.

(Beifall)

Lasst mich in diesem Kontext eines sagen: Diese komische Debatte um die Brandmauer kotzt mich an. Der Dammbruch in Thüringen war kein Einzelfall. Das war auch kein Zufall. Die Zusammenarbeit von Konservativen, Reaktionären und manch vermeintlich Liberalem mit dem parlamentarischen Arm der extremen Rechten, das hat System, erst gestern wieder im Thüringer Landtag. Aber da gab es schon gar keinen medialen Aufschrei mehr.

Daher, um das ein für alle Mal klarzustellen Deren Brandmauer war schon immer ein Scheunentor, und der Faschismus läuft mit breitem Grinsen direkt hindurch.

Genau in dieser brandgefährlichen Situation würde den vielen Menschen, die sich in der Demokratiearbeit und im Kampf gegen rechts engagieren, ein Demokratiefördergesetz helfen. Ihr erinnert euch: Wahlversprechen, Koalitionsvertrag usw. Stattdessen befürchten einige Initiativen, dass sie Insolvenz anmelden müssen, weil es aufgrund der Haushaltsunklarheit eine Förderlücke gibt. Mal ganz unter uns: Habt ihr den Ernst der Lage wirklich verstanden? Aber der Ehrlichkeit halber: Dieses Gesetz reicht selbstredend nicht aus, um die Demokratie zu retten. Sozialdemokratische Politik muss spürbar werden, auch für die Menschen gerade in Ostdeutschland. Erhöhung des Mindestlohns, bezahlbares Wohnen, eine funktionierende Daseinsvorsorge – ich könnte damit weitermachen, habe dafür aber leider nicht so viel Zeit.

Deswegen: Liebe Regierungsmitglieder, lieber Olaf, denkt an Respekt und Verantwortung und gebt uns endlich den Rückenwind aus Berlin, den wir nächstes Jahr im Osten brauchen.

Kleine Erinnerung: Die Bundestagswahlen, lieber Olaf, hat die SPD vor allem auch im Osten gewonnen. Aber derzeit liegen die Faschos dort bei über 30 Prozent, und die Sozialdemokratie, über alle Länder verteilt, knapp zweistellig. Lasst uns jetzt gemeinsam kämpfen, damit das Thüringen-Projekt am Ende doch nur eine ferne Dystopie bleibt. – Freundschaft!

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Ganz herzlichen Dank.

Wir werden jetzt noch zwei Redebeiträge aufrufen und dann in die Wahl des weiteren Parteivorstands gehen. Das heißt, es wäre toll, wenn ihr schon mal zurückkommt, und es wäre noch toller, wenn ihr auf dem Weg zurück leise sein könntet, genauso wie alle anderen im Saal bitte auch. Natürlich hat es immer ein bisschen die Tendenz, mit der Zeit lauter zu werden. Deswegen die Bitte, den Redner*innen zuzuhören.

Ich rufe jetzt Anke Rehlinger auf. Danach kann sich schon mal Henning Homann bereithalten. – Danke schön.

Anke Rehlinger, *stellvertretende Parteivorsitzende:*

Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Wir sind jetzt etwa auf der Halbzeithöhe dieses Bundesparteitags, und trotzdem habe zumindest ich das Gefühl, dass es etwas ganz Wichtiges an Signal von diesem Parteitag für uns selbst, für die Partei insgesamt und, was vielleicht sogar noch ein Stückchen wichtiger ist, für Deutschland insgesamt geben wird. Das ist nämlich ein Gefühl der Ge- und Entschlossenheit der Sozialdemokratie in Deutschland. Ich finde, das ist auch das Signal, das die Menschen sich von allen von uns erwarten: Orientierung und Sicherheit. Und wenn wir in der Lage sind, dass in dieser Situation als Bundesparteitag in dieser Zeit zu erbringen, dann kann ich für mich nur eines feststellen: Ich bin wirklich außerordentlich stolz auf uns, denn alle, wie wir hier sitzen, haben dazu bis zur jetzigen Minute einen Beitrag geleistet. Dafür ein herzliches Dankeschön. Aber ich finde, auch Olaf Scholz mit seiner Rede hat dazu einen ganz wesentlichen Beitrag geleistet. Dafür ein genauso herzliches Dankeschön.

(Beifall)

Alle, die wir hier sitzen, wissen – jeder hätte sicherlich auch noch an anderen Stellen vielleicht einen Halbsatz bringen können oder auch heute Mittag und morgen einen Halbsatz mitbringen können – um den Ernst der Lage in Deutschland. Wir haben auch ein hinreichendes Bewusstsein für die Größe der Herausforderungen und der Aufgaben, die vor uns liegen. Aber genauso wichtig, wie das Bewusstsein für die Größe der Herausforderung zu haben, ist, das Selbstbewusstsein zu haben, dass man diese Herausforderungen meistern kann, liebe Genossinnen und Genossen. Das soll man sich nicht einfach selber Mut zuredend sagen, sondern dafür braucht man einen richtigen Kurs. Ich finde, dass man bei allen tagespolitischen Streitereien feststellen kann, dass die Bundesregierung mit Olaf an ihrer Spitze genau diesen richtigen Kurs hat. Ihr kennt das Beispiel, allen voran: Wenn wir damals Friedrich Merz gefolgt wären und ein Gasembargo hier in Deutschland auf den Weg gebracht hätten, wie er es gewollt hätte, dann wären wir in diesem Lande in ein wirtschaftliches Chaos gestürzt, von dem wir uns ohne Weiteres nicht so erholt hätten. Es ist Olaf und seinem Kurs zu verdanken, dass das verhindert worden ist, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Darum geht es: Den Kurs in der langen Linie richtig zu haben, und nicht darum, die tagesaktuelle und tagespolitische Schlagzeile zu ergattern.

Das Gleiche gilt auch für den Umgang mit der Unterstützung in der Ukraine. Da ändert sich auch ein Debattendiskurs in unserer Gesellschaft. Aber Olaf hat von Anfang immer einen richtigen Kurs angehabt, nämlich zu sagen, man muss es auch durchhalten können.

Es geht bei der Modernisierung dieses Landes genauso um die richtigen Fragen und darum, jetzt auch bei der Haushaltskrise zu sagen, die wirtschaftliche und industrielle Basis darf nicht erschüttern werden, wir wollen keinen Abbau im Sozialstaat, und wir wollen die Hilfe für die Ukraine zukünftig weiter leisten können.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich sage das in aller Deutlichkeit: Mir ist ein Kanzler, der erst nachdenkt und dann redet, viel lieber als ein Friedrich Merz, der immer redet und selten nachgedacht hat, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ja, vielleicht werden wir Olaf kein andalusisches Temperament abverlangen können, Genossinnen und Genossen, aber dafür hat niemand – davon bin ich fest überzeugt – in dieser Republik mehr staatspolitische Verantwortung als Olaf Scholz. Lieber Olaf, vielen, vielen Dank dafür!

(Beifall)

Eine letzte Bemerkung. Einige von euch werden ihn noch kennen. Wir als Saarländerinnen und Saarländer werden immer an ihn denken. Das ist Ottmar Schreiner. Ottmar Schreiner hat einmal gesagt: „O Herr, lass mich da stehen, wo die Stürme wehen, und verschone mich nicht." Olaf und die Bundesregierung und viele von uns an anderen Stellen auch, stehen jetzt seit vielen Wochen und Monaten – die Bundesregierung insbesondere seit Amtsantritt – im Auge eines Orkans aus Krisen. Aber – und das ist das Entscheidende – sie stehen, und zwar sturmfest und erdverwachsen. Und wir stehen an eurer Seite, an deiner Seite, Olaf. – Herzlichen Dank und Glückauf!

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Danke, Anke. – Dann rufe ich jetzt Henning auf.

Henning Homann, *Sachsen:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Die wichtigste Botschaft dieses Parteitags ist genau die gleiche, die Olaf Scholz in seiner Rede verkündet hat. Olaf, deine wichtigste Botschaft ist: Die deutsche Sozialdemokratie schaut in diesen schwierigen Zeiten nicht zuerst auf sich, sondern wir schauen als allererstes auf die Menschen in diesem Land. Wir beschäftigen uns nicht mit uns selber, sondern wir beschäftigen uns mit der Lebenswirklichkeit der Menschen draußen. Das ist die erste Botschaft und die große Stärke von unserem Bundeskanzler, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Es gibt viele Orte, wo eine Sozialdemokratie gerade in diesen Zeiten hingucken muss. Ich bin dankbar, dass Lars und Saskia in Sachsen mit uns gemeinsam in Espenhain waren. Liebe Genossinnen und Genossen, guckt nach Espenhain. Da gibt es ein Unternehmen, das SRW metalfloat heißt. Dort streiken heute am 32. Tag 150 Beschäftigte, die bei einem Schrottverwerter arbeiten, dem größten Deutschlands, die knapp über Mindestlohn dafür bekommen, dass sie sich die Gelenke kaputtmachen, die im Winter frieren und im Sommer schwitzen, und das bei einem Konzern mit einem Umsatz von 1,6 Milliarden Euro im Jahr. Das sind die Leute, für die die Sozialdemokratie kämpft, liebe Genossinnen und Genossen, und deshalb sind wir mit den Kolleginnen und Kollegen vor dem Werktor, weil sich das für uns so gehört.

(Beifall)

SRW metalfloat gehört übrigens einem chinesischen Staatskonzern mit Sitz auf den Caymans.

Eines muss an dieser Stelle auch klar sein: Eine Globalisierung, in der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wie Olaf Scholz diesen Prozess mit organisieren, wird nicht zulassen, dass die deutschen Gewinne auf die Caymans fließen und das gleichzeitig versucht wird, zu chinesischen Bedingungen in Deutschland zu produzieren. Das geht so nicht, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Und deshalb dürfen wir es nicht zulassen, dass die neoliberalen Verrückten wieder beginnen, in diesem Land Wirtschaftspolitik zu machen.

Ich komme aus einer kleinen Stadt in Mittelsachsen. Die höchste bei mir jemals gemessene Arbeitslosigkeit war 26,7 Prozent im Februar 1998 unter Helmut Kohl. Heute haben wir fast Vollbeschäftigung. Ich will diese Zahl deswegen sagen, weil ich möchte, dass alle Leute verstehen, warum wir so böse sind, wenn Friedrich Merz die Wirtschaftspolitik der 90er-Jahre preist. Das war die Wirtschaftspolitik, die Massenarbeitslosigkeit für die Menschen in Ostdeutschland gebracht hat, und deshalb ist es eine Backpfeife, die Friedrich Merz an die hart arbeitenden Menschen in Ostdeutschland verteilt.

(Beifall)

Das muss auch unsere Motivation sein. In Zeiten der Veränderungen dürfen wir es nicht mehr zulassen, dass diejenigen regieren, denen es egal ist, wie hoch die Arbeitslosigkeit ist. Hauptsache, die Gewinne der Unternehmen stimmen. Das dürfen wir nie wieder zulassen. Es darf keinen Rückfall in die 90er-Jahre geben, liebe Genossinnen und Genossen. Es muss nach vorne gehen. Dafür steht Olaf, dafür steht die SPD, und dafür steht die deutsche Sozialdemokratie. – Vielen Dank.

(Beifall)

WAHL DER WEITEREN MITGLIEDER DES PARTEIVORSTANDS

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Danke, Henning, Das ist ein ordentlicher Cliffhanger. Ich verspreche euch, dass wir nach dem Bericht der MPZK und nach den Wahlen noch eine spannende und tolle Debatte haben werden. Wir haben noch viele Wortmeldungen, würden jetzt aber genau dafür unterbrechen. Weil wir im Verlauf dieses Parteitags schon fortgeschritten sind, kommt jetzt erst der Bericht der MPZK. Max Pankofer ist schon da.

Max Pankofer, *Mandatsprüfungs- und Zählkommission:*

Schönen Guten Morgen! Wir haben einen neuen Mandatsprüfungs- und Zählkommissionsbericht, liebe Genossinnen und Genossen. Nach unserem Organisationsstatut sind immer noch 600 Delegierte aus den Landesverbänden und Bezirken und 34 stimmberechtigte Mitglieder des Parteivorstands zugelassen. Anwesend sind mittlerweile 599 Delegierte und 32 stimmberechtigte Parteivorstandsmitglieder.

Die Legitimation der Stimmberechtigten wurden natürlich von der Mandatsprüfkommission geprüft. Von den anwesenden Stimmberechtigten sind 300 Frauen anwesend. Das entspricht einem Anteil von 47,54 Prozent. Damit ist die Quote erfüllt, und der Parteitag ist beschlussfähig.

Ich wünsche dem Parteitag weiter einen guten Verlauf. Freundschaft!

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Danke, lieber Max. Liebe Genossinnen und Genossen, das ist prima.

Dann können wir jetzt auch in die Wahl der weiteren Mitglieder des Parteivorstands eintreten. Dazu rufe ich hiermit auf. Zur Wahl stellen sich: Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Florian von Brunn, Martin Dulig, Ronja Endres, Wiebke Esdar, Kerstin Griese, Angela Hohmann, Gustav Horn, Oliver Kaczmarek, Georg Maier, Kaweh Mansoori, Bettina Martin, Matthias Miersch, Michelle Müntefering, Aydan Özoğuz, Katja Pähle, Boris Pistorius, Sebastian Roloff, Jessica Rosenthal, Michael Roth, Sarah Ryglewski, Dagmar Schmidt, Svenja Schulze, Alexander Schweitzer, Andreas Stoch und Ibrahim Yetim.

(Beifall)

Diesem Applaus entnehmen wir, dass alle bekannt sind und sich niemand vorstellen will. Findet das eure Zustimmung? – Danke schön.

(Beifall)

Der Parteivorstand besteht gemäß unserem Organisationsstatut – § 23 Abs. 1 – aus bis zu 34 Mitgliedern. Wir empfehlen euch als Tagungspräsidium, die Zahl 34 zu wählen. Findet das eure Zustimmung? Gibt es keine Widerrede? – Dann machen wir genauso weiter.

Dann bitte ich jetzt, die Stimmzettel zu verteilen und mir dabei bei den folgenden Erläuterungen zuzuhören.

Nach Abzug der bereits stattgefundenen Einzelwahlen zum Parteivorstand, die wir vorgenommen haben, sind jetzt noch 24 Beisitzerinnen und Beisitzer zu wählen. In diesem Wahlgang, also im ersten Wahlgang, ist nur gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen hat. Mit der Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen ist man also gewählt.

Wir machen das als eine Listenwahl nach § 8 unserer Wahlordnung. Es ist also anders als in den letzten Wahlgängen. Das werdet ihr auch gleich auf dem Wahlzettel sehen.

Die Stimmzettel – jetzt bitte noch einmal Aufmerksamkeit – sind nur gültig, wenn höchstens so viele Kandidierende angekreuzt wurden, wie insgesamt zu wählen sind, also 24, und mindestens die Hälfte der Zahl der zu Wählenden aus

der Vorschlagsliste angekreuzt ist. Das heißt übersetzt: Bitte mindestens 12 Kreuzchen und höchstens 24. Denkt an Weihnachten: Der 24.12. Es muss zusammenpassen.

Nein-Stimmen und Enthaltungen machen den Stimmzettel ungültig. Nach § 11 Abs. 2 muss der Parteivorstand insgesamt quotiert sein. Darauf sind wir sehr stolz. Die bereits gewählten Mitglieder werden nach ihrem jeweiligen Geschlecht auf die Quote angerechnet. Das bedeutet, dass bei der von uns gerade zusammen festgehaltenen Anzahl von 34 Mitgliedern jeweils mindestens 14 Frauen und Männer dem Parteivorstand insgesamt angehören müssen.

Auf dem Stimmzettel ist bitte die Kontrollmarke 6 anzubringen. Unten rechts ist das Kästchen. – Katja hat einen wirklich wichtigen Hinweis: Wenn man es falsch herum klebt, wäre es eine 9. Also richtig herum kleben.

Bei der Listenwahl sind die Kandidierenden mit absoluter Mehrheit gewählt, soweit die Quotenvorgaben erfüllt sind. Wenn die Quote nicht erfüllt ist, dann sind im ersten Wahlgang nur die Kandidierenden des überrepräsentierten Geschlechts gewählt bis zu einer Höchstquote von 60 Prozent und die Kandidierten des unterrepräsentierten Geschlechts nur, soweit sie mindestens die gleiche Stimmzahl erreichen wie der erste oder die erste nicht Gewählte der anderen Gruppe.

Könnt ihr bitte noch mal einmal anzeigen, wer jetzt noch keinen Stimmzettel hat? – Hinten rechts wird gewunken. Gibt es sonst noch jemanden von euch, der noch keinen Stimmzettel hat? – Das ist nicht der Fall.

Hat jemand noch Fragen zum Wahlverfahren? – Das ist nicht der Fall. Dann eröffnen wir den Wahlgang.

(Stimmabgabe)

Ich glaube, wir geben ein bisschen Zeit. Da sind noch zwei Stimmzettel, fehlen noch. Mindestens 12 Kreuze, höchstens 24. Kontrollmarke Nr. 6. Viele von euch sind noch konzentriert dabei. Nehmt euch ruhig die Zeit. Wir würden euch noch eine Minute geben. – Die Zahl der Köpfe, die wieder hochgucken, steigt. Dann bitte ich jetzt darum, die Stimmzettel einzusammeln. – Ja, genau. Haltet die Zettel hoch. Heute geht es im Mittelblock ein bisschen schneller als auf den Außenlinien. Wir sind weiter dabei.

Wir würden dann auch gleich wieder in die Aussprache zur Rede von Olaf und zu dem Initiativantrag kommen. Ich würde Gesine Schwan schon mal bitten, sich bereitzuhalten, und danach Hubertus Heil.

Bitte sitzenbleiben! Könnt ihr bitte, während der Einsammelprozess läuft, damit das schnell geht, in diesem Moment bitte nicht aufstehen. Nur, wer ganz dringend irgendwo hin muss. Aber die Abgabe des Stimmzettels berechtigt noch nicht, aufzustehen, also moralisch-ethisch. Also auszähltechnisch meine ich.

Gibt es noch Stimmzettel, die abzugeben sind? Bitte die Stimmzettel noch mal richtig hochhalten. – Ich sehe auch keinen mehr. Dann schließe ich hiermit den Wahlgang. Ganz herzlichen Dank.

Dann fahren wir mit der Beratung fort. Ich bitte Gesine Schwan zu uns ans Redepult.

(Beifall)

Gesine Schwan, *Vorsitzende der Grundwertekommission:*

Schönen Dank, liebe Genossinnen und Genossen. Mir liegen drei Dinge am Herzen.

Das Erste ist, dass ich den Sozialdemokraten in der Regierung, in der Fraktion und auch in der Parteiführung, den beiden Parteivorsitzenden und dem Generalsekretär, als Vorsitzende der Grundwertekommission, aber auch als einfache Sozialdemokratin herzlich dafür danken möchte, wie sie diese erste Hälfte der Legislaturperiode durchgearbeitet haben. Das war sehr bewegend für mich.

(Beifall)

Es ist eine Zeit von Krisen gewesen, wie ich sie in 60, 65 Jahren Beobachtung von Politik nie in dieser Häufung erlebt habe. Ihr habt einen kühlen Kopf bewahrt. Ihr habt pflichtbewusst weitergearbeitet, ihr habt nach Lösungen gesucht, und das in einem medialen Umfeld, wo man sagen würde, in vielen Fällen ist bei denen Fairness ein totales Fremdwort.

(Beifall)

Ich danke euch ganz herzlich dafür, die ihr jetzt hier sitzt oder nicht: Einen ganz herzlichen Dank!

Der zweite Punkt: Olaf Scholz hat die Migrationspolitik angesprochen. Da sind in der letzten Zeit einige Entscheidungen gefallen, die ich auch nicht immer glücklich fand. Du hast die Prinzipien genannt, die ich richtig finde. Aber nach vielen Jahren der Befassung mit Migrationspolitik bin ich fest davon überzeugt, wir werden keine Befriedung in diesem Land bekommen und in Europa bekommen, wenn wir es nicht schaffen, den Paradigmenwechsel wirklich zu vollziehen, dass wir nicht „Wir gegen euch“ reden, sondern dass Migranten und Einheimische, Einheimische und Migranten als Partner miteinander auskommen müssen.

(Beifall)

Wir müssen die Freiheit dieser Menschen sehen. Nur, wenn wir das wirklich machen, wenn wir die Interessen ausgleichen, anerkennen und ausgleichen, werden wir zu einem Frieden kommen, und das ist die Voraussetzung dafür, dass es nicht mehr ein Verhetzungspotenzial ist. Wenn wir das nicht machen, wenn wir weiter auf Abschreckung und Abwehr setzen – es wird uns nicht gelingen, selbst wenn wir gegen Menschenrechte verstoßen. Migrantinnen und Migranten – egal ob Asyl- oder Arbeitssuchende – haben viel mehr ein Interesse, durchzukommen.

Wir müssen es mit diesem Paradigmenwechsel schaffen, und ich bitte sehr herzlich, das weiterzudenken und das wegen der Beschlüsse in Europa nicht immer wieder zurückzuschicken. Man kann es mit Pilotprojekten belegen. Es gibt Möglichkeiten, ein anderes Anreizsystem für Kommunen. Es ist für mich ganz wichtig, dass sie nicht nur die Integration bezahlt bekommen, sondern in derselben Höhe auch Investitionen, unabhängig von der Migration, damit es nicht immer heißt: „Die Migranten kriegen es und wir nicht.“ Solche Anreizsysteme wären sehr wirksam. Die gibt es schon in der Inklusionspolitik. Darum bitte ich herzlich.

Drittens. Olaf hat über den Kampf gegen rechts gesprochen. Das liegt uns allen am Herzen. Sicher: Sie wollen Zuversicht, Sie wollen Sicherheit. Ich bin davon überzeugt, dass der Kern des Motivs, warum so viele ihnen hinterherlaufen – das sind ja nicht arme Leute, das sind ja ganz andere Leute, die hinterherlaufen -, darin liegt, dass sehr viele Menschen sich ohnmächtig fühlen, dass sie glauben, sie haben keinen Einfluss auf ihr Leben und auf das, was um sie herum geschieht, und ihre Lebensperspektive geht unter. Ich bitte herzlich darum, durch mehr durchdachte Partizipa-

tion – vor allen Dingen auf der kommunalen Ebene – Situationen zu schaffen, wo Menschen ihre Selbstwirksamkeit erfahren können.

(Beifall)

Das ist der beste Weg, um die AfD sozusagen zu unterminieren. Wir haben dafür mehrere Beispiele mit großen Erfolg erlebt.

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Gesine, deine Zeit ist leider abgelaufen.

Gesine Schwan, *Grundwertekommission:*

Dann fällt es eben weg, und dann schaffen sie es nicht mehr. – Schönen Dank.

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Danke schön. – Dann kommen wir jetzt zu Hubertus. Danach kann sich Annabel Schumacher schon mal bereitmachen.

Hubertus Heil, *stellvertretender Parteivorsitzender:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin sehr dankbar, dass zwei Dinge gut zusammenpassen: Die Dinge, die Olaf als Leitplanken genannt hat, wenn wir jetzt die Haushaltsprobleme zu lösen haben und Zukunft gewinnen, nämlich Unterstützung für die Ukraine, wirtschaftliche Mobilisierung und Modernisierung des Landes und soziale Sicherheit. Das ist genau das, was auch in unserem Leitantrag steht. Da ist kein Blatt zwischen Partei und Kanzler, wie uns einige einreden wollen. Es ist unser Kanzler, der heute Orientierung gegeben hat, und dafür herzlichen Dank, lieber Olaf.

(Beifall)

Ich will dann doch ein Betriebsgeheimnis aus dem Regierungsapparat verraten. Es gibt ja einige, die sich beschweren sich, dass Olaf nicht so viel sabbeln würde. In meinem Fall ist das aber ganz einfach: Ich muss im Bereich Arbeit und Soziales meinem Kanzler nicht immer viel erklären. Der war nämlich mal Arbeits- und Sozialminister. Das setzt mich auch ein bisschen unter Druck. Er weiß dann auch vieles und manchmal einiges besser, aber ich will das im ganzen Ernst sagen: Ich bin sehr dankbar, dass Olaf in seiner Rede – und das ist unsere Haltung – klargemacht hat, dass wir die Partei der Arbeit sind, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Genossinnen und Genossen. Wir sind die Partei der Arbeit, niemand sonst.

(Beifall)

Das durchzieht unsere Wirtschaftspolitik und auch unsere Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

Ich will in diesem Zusammenhang ein Thema ansprechen, über das auch viel Unsinn in Deutschland berichtet wird. Am Ende eines Arbeitslebens muss eine anständige Rente in Deutschland stehen. Das ist das, was an dieser Stelle klar ist.

(Beifall)

Nun will ich sagen, dass es die Notwendigkeit gibt, dass wir da noch mehr tun, denn klar ist: Es gibt einige, die versuchen, die gesetzliche Rente in Deutschland in den Abgrund zu diskutieren. Das sind übrigens dieselben, die sich schon mal geirrt haben und die schon vor zehn Jahren prognostiziert haben, dass der Rentenversicherungsbeitrag durch die Decke geht und dass das Rentenniveau abstürzt. Sie haben sich geirrt, weil wir heute über 5 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mehr haben, als diese Professoren prophezeit haben, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Aber sie kommen jetzt wieder, und ihnen fällt nur eines ein, nämlich das gesetzliche Renteneintrittsalter auf 69/70 zu erhöhen. Das wird es mit der SPD nicht geben. Wir sind für flexible Übergänge in den Ruhestand, aber das wäre eine Rentenkürzung für viele Menschen.

(Beifall)

Ich sag noch mal: Flexible Übergänge sind richtig. Es arbeiten heute schon viel mehr Menschen zwischen 60 und 64 als noch vor 20 Jahren. Die Beschäftigungsquote der Älteren ist gestiegen, und wer will, dass es da noch mehr gibt, der muss Menschen ermöglichen, gesund zu bleiben und in der Arbeit qualifiziert zu sein. Aber Menschen, die in der Logistik oder eben auch in der Pflege arbeiten, einreden zu wollen, dann arbeitet doch mal bis 69 oder 70, das ist Rentenkürzung, und das wird es mit der SPD nicht geben, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deshalb verstehen wir Sozialstaat nicht nur als Grundsicherungssystem oder Bürgergeld. Es geht auch um Leistungsgerechtigkeit für die, die ein Leben lang gearbeitet haben, für Männer und Frauen. Das ist auch Teil dessen, was wir in dieser Regierung noch schaffen wollen: Dafür zu sorgen, dass man sich auf die gesetzliche Rente auch über 2025 hinaus noch verlassen kann. Wir wollen die dauerhafte Sicherung des Rentenniveaus. Das ist keine leichte Aufgabe, weil die Zahl derjenigen, die in Rente geht, größer wird mit der Generation der Babyboomer. Aber es wird uns gelingen, wenn wir viele Menschen in Arbeit haben und wenn wir gesetzgeberisch dafür sorgen, dass sich auch die jüngere Generation – denn um die geht es – auf die gesetzliche Rente verlassen kann.

Deshalb ist eine Botschaft heute klar: Wer nicht will, dass die Gesellschaft auseinanderfällt, der darf an dieser Stelle auch nicht Enkel gegen Großmütter hetzen. Wir brauchen Generationensolidarität.

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Hubertus, kommst du bitte zum Schluss?

Hubertus Heil, *stellvertretender Parteivorsitzender:*

Das wollte ich hinterlegen; denn die Ansage von Olaf, dass es um soziale Sicherheit geht, geht weit über die Bürgergelddebatte hinaus. Es geht vor allen Dingen auch um soziale Sicherheit für die arbeitenden Menschen und für die

Rentnerinnen und Rentner von morgen. Dafür steht die SPD. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Danke, Hubertus. – Annabel!

Annabel Schumacher, *Nordrhein-Westfalen:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Olaf! Ich bin stolz darauf, Klimaaktivistin in der SPD zu sein.

(Beifall)

Wir haben das KSG geschrieben, einer der größten klimapolitischen Erfolge der Sozialdemokratie. Wir treiben die Energiewende gerade maßgeblich voran wie schon seit Langem nicht mehr.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, ich bin vor allem auch eines, und das ist wütend. Ich bin wütend, denn wir reden nur und wir reagieren nur. Ich bin wütend, weil das Warten und das Zögern Zeit verschenkt. Das ist wertvolle Zeit, und wir müssten schon lange handeln. Es gibt Lösungen, es gibt Wege, es gibt Dinge, die wir jetzt ganz konkret umsetzen können.

Erstens. Wir geben jährlich 65 Milliarden Euro für das Dienstwagenprivileg, das Dieselprivileg, Kerosinsteuer aus. Wir geben jährlich 65 Milliarden Euro für fossile Subventionen aus. Das ist Geld, das vor allem die oberen 5 Prozent entlastet, die oberen 5 Prozent, die ohnehin schon maßgeblich Verantwortung für den CO2-Ausstoß in diesem Land tragen. Das ist nicht sozialdemokratisch, und das ist vor allem nicht gerecht.

(Beifall)

Zweitens. Das Klimageld. Klimaschutz ist nicht allein nur durch Abgaben und Steuererhöhungen möglich. Das Klimageld entlastet, gleicht aus und ist das entscheidende Gegengewicht zum CO2-Preis. Das Klimageld gibt Anreiz für die Bürgerinnen und Bürger, wieder an einem Strang zu ziehen, wenn es um Klimaschutz geht. Egal, welche Krise oder welche Herausforderungen wir uns stellen müssen – meistern können wir sie nur gemeinsam, und dafür möchte ich appellieren.

(Beifall)

Drittens: Divestment. Was ist das? Unsere Regierung investiert immer noch 500 Millionen Euro in reine fossile Unternehmen. Im Koalitionsvertrag steht bereits geschrieben, dass das Geld von diesem Topf eigentlich in einen grünen Topf umgeschichtet werden muss. Es scheitert aber auch hier wieder an der Umsetzung.

Ich möchte dafür appellieren, dass wir dieses Kapitel endlich schließen: Raus aus den fossilen Unternehmen!

(Beifall)

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch ansprechen, dass genau zu diesem Thema SPD.Klima.Gerecht einen Appell eingereicht hat. Ich möchte hierfür herzlich um eure Unterstützung bitten. Ich glaube, das ist ein sehr wichtiges Signal an diese Partei, an euch. Das ist ein Impuls, keine Konfrontation. Ich glaube, dass wir gemeinsam dann in eine gute Richtung

gehen können. Deswegen bitte ich ganz herzlich um eure Unterstützung.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin aber vor allem auch eines: Optimistisch. Oder wie Olaf eben gesagt hat: Ich bin zuversichtlich. Wenn man all die dramatischen Umstände und Schlagzeilen einmal ausblendet, dann sehe ich trotzdem eine Welt mit grünen Dächern, mit klaren Seen und sauberer Luft; denn das sind alles Dinge, für die es sich zu kämpfen lohnt. Ich bin stolz, Klimaaktivistin in der SPD zu sein, weil ich mir sicher bin, dass die Sozialdemokratie, dass die Sozialdemokratinnen und die Sozialdemokraten, wir, genau diese Welt erkämpfen können. Lasst es uns gemeinsam angehen. – Vielen Dank. Glückauf!

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Danke schön, Annabel. – Als nächsten Redner haben wir Fabian Ferber auf der Liste.

Fabian Ferber, *Nordrhein-Westfalen:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Olaf! Wir leben in einer Zeit, die schrill und skurril ist. Wir erleben, wie CDU und FDP in Thüringen nach Gusto und Nützlichkeit mit den Rechtsextremisten paktieren und sich dann hinterher fragen, warum das von uns kritisiert wird. Wir müssen nicht weiter darüber reden. Wir erleben einen Oppositionsführer, der über Schuhgrößen und Klempner fabuliert, der am liebsten seine Schuhe aber anzieht, um nach unten zu treten, am besten von einer Höhe, die er mit seinem Privatflugzeug erreicht. Das alles sind Debatten, die in dieser Bevölkerung bei den Menschen, die gerade Sorgen haben, nicht ankommen, sondern große Fragezeichen hinterlassen.

(vereinzelt Beifall)

Wir haben manchmal auch bei unserem grünen Koalitionspartner Leute, die vorher im Bundestag ganz viel – ich finde ökologische Landwirtschaft total wichtig; also nicht falsch verstehen – darüber debattiert haben und heute so debattieren, als wären sie Entwicklungsleiter bei Krauss Maffei oder Rheinmetall. Auch das funktioniert irgendwie nicht und ist schon ein Stück weit skurril. Ich muss da klar sagen: Da sind wir doch froh, dass Olaf Scholz der Bundeskanzler ist, der abwartet und der nicht sofort sagt „Feuer frei für Rüstung!“, sondern auch schaut, wie das in die Weltordnung passt. Das alles ist prima und gut. Das finden wir richtig, und das sollte auch die Unterstützung dieses Parteitags bekommen, gar keine Frage.

(Beifall)

Aber es gibt ein paar Dinge – ich habe das gestern schon gesagt -, wo wir spüren, dass der Motor stottert. Deswegen mache ich mich auch stark für den Ini7 des Landesverbands Nordrhein-Westfalen. Wir brauchen die Investitionen jetzt, denn sonst stottert der Motor nicht mehr, sondern er wird abgewürgt. Und ob wir den dann noch mal ins Laufen bekommen? Ich glaube nein. Deswegen muss jetzt investiert werden, muss jetzt die Schuldenbremse weggemacht werden, damit wir eben diese Dinge auch leisten können, um dafür zu sorgen, dass wir Industriestandort bleiben.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich rede auch mit dem einen oder anderen Unternehmer aufgrund meiner beruflichen Tätigkeit. Was die auf Betriebsversammlungen sagen: Die schimpfen immer auf die Regierung. Aber was tun sie denn? Sie qualifizieren ihre Leute nicht weiter während Kurzarbeit. Sie unterlassen private Investitionen in die Transformation.

Und genau das ist der Grund, warum wir mit staatlichen, mit öffentlichen Investitionen nachschieben müssen. Die lassen es einfach sein, und deswegen riskieren sie den Arbeitsplatzverlust ihrer Beschäftigten. Wir können das nicht zulassen.

Genossinnen und Genossen, meine größte Sorge: Wir haben ganz viele Unternehmen, die für Gebäude Dinge herstellen, von Armaturen bis Steckdosen. Die Aussichten sind da ganz mau. Kurzarbeit läuft bei denen im Sommer aus, und möglicherweise geht die Baukonjunktur erst danach wieder so richtig hoch. Liebe Genossinnen und Genossen, lieber Olaf, liebe Bundesregierung, beim Bau muss etwas getan werden; denn der erste Baustein für einen guten Klimaschutz ist energetische Gebäudesanierung. Da muss jetzt was getan werden.

Ein letztes Wort. Ich würde mir eines wünschen, denn all das, Olaf, was du gesagt hast, ist unterstützenswert. Ich fände es gut in Zeiten wie diesen, wo die anderen schrill und skurril sind, dass wir laut sind, weil wir stolz darauf sein können. Ich zitiere Judith Holofernes, liebe SPD:

„Ich sehe, was du denkst. Ich denke, was du fühlst. Ich fühle, was du willst, aber ich höre dich nicht."

Das sollten wir überwinden. Laut sein für das, was wir wollen – auch in dieser Regierung. – Danke schön.

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Danke, Fabian. – Dann kommen wir zu Patricia.

Patricia Seelig, *Rheinland-Pfalz:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Lasst mich eines vorwegsagen. Bei allem Respekt, aber die Aussprache zu unserem sozialdemokratischen Bundeskanzler für Wahlen zu unterbrechen, halte ich persönlich für ein Unding.

(vereinzelt Beifall)

Lieber Olaf, als die SPD vor zwei Jahren die Bundestagswahl gewonnen hat, hatten die Menschen Hoffnung. Sie hatten wieder Hoffnung, dass sich endlich mal wieder was bewegt in diesem Land. Aber aus der Hoffnung ist leider bittere Ernüchterung geworden.

Olaf, du hast in deiner Rede vorhin gesagt, dass wir im Wahlkampf von Respekt gesprochen haben und dass das für dich nicht nur ein Wort war. Ich glaube auch, dass das so für dich ist. Aber am Ende reicht es eben nicht, wenn ich und wenn wir das glauben. Es müssen die Menschen davon überzeugt sein, dass Respekt für uns mehr als eben nur dieses eine Wort im Wahlkampf war.

Wir leben in einem Land, in dem zwei Familien so viel besitzen wie die ärmere Hälfte der Gesellschaft. Liebe Genossinnen und Genossen, das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen: Zwei Familien so viel wie die ärmere Hälfte in unserer Gesellschaft. Die Verteilung von Vermögen in unserer Gesellschaft ist so prekär wie noch nie. Es kann doch nicht sein, dass wir regieren und die Menschen ärmer werden. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von uns, dass wir ihnen hier Antworten liefern, dass wir einen Plan haben und wie wir diese drängenden Probleme ganz konkret lösen.

Johannes Rau hat mal gesagt, man soll sagen, was man tut, und tun, was man sagt. Sagen wir, was wir tun? Und sagen wir es so, dass es die Menschen erreicht?

Als Kommunalpolitikerin werde ich oft von den Bürgerinnen und Bürgern in meiner Stadt angesprochen und gefragt: Wo ist denn die SPD? Wo ist denn der Kanzler? Und wie geht es denn jetzt weiter? Liebe Genossinnen und Genossen, wenn ich diese Frage schon nicht mehr beantworten kann, wie sollen wir denn dann die Menschen davon überzeugen? Die Menschen wollen konkrete Antworten und Sozialdemokrat*innen, die sich mit Herzblut dafür einsetzen. Das ist das klare Anforderungsprofil an einen sozialdemokratischen Bundeskanzler. Die Rufe danach sind laut, und die sind schon lange laut. Das haben wir auch in dieser Debatte wieder gemerkt. Wenn sich jetzt nicht erheblich etwas ändert, wirst du, Olaf, wird diese Regierung das Vertrauen der Menschen und auch der Genossinnen und Genossen vollends verlieren.

Deshalb in aller Deutlichkeit: Olaf, ich möchte, dass die SPD diese Regierung wieder anführt, spürbar anführt, und dass das auch bei den Menschen ankommt. Ich möchte, dass du sagst, was du tust, und tust, was du sagst. – Freundschaft!

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Bijan!

Bijan Kaffenberger, *Hessen-Süd:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Olaf! Manchmal gibt es ja so was wie eine ungewollte zufällige Parteitagschoreografie. Das ist jetzt so ein Fall.

Richtschnur meines politischen Handelns war nämlich immer auch jenes Zitat von Johannes Rau aus seiner Berliner Rede im Jahre 2004 – Patricia hat es gerade gesagt; es ist ja noch ein bisschen länger -: Nichts stärkt das Vertrauen der Menschen mehr als die Übereinstimmung von Wort und Tat. Das ist der einfachste Weg, um Glaubwürdigkeit zu gewinnen, und der ist schwer genug. Sagen, was man tut, und tun, was man sagt.

Ich habe diese Rede das erste Mal seit Längerem wieder im ICE gelesen auf dem Weg hierher zum Bundesparteitag. Es geht darin aber um mehr. Es geht darum, welche Voraussetzungen Politik braucht, um die tiefgreifenden Veränderungen in einem Land zu gestalten. Vieles in dieser Rede erinnert mich leider an unsere heutige Zeit. Wir leben in einer Zeit der vielen Krisen, insbesondere nach der Zeitenwende, und wir stehen vor riesigen Herausforderungen, die wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gemeinsam angehen.

Wir führen in diesen Zeiten eine Bundesregierung an – das muss man leider ehrlich sagen -, die in Teilen der Bevölkerung kaum noch Vertrauen genießt. Aber Vertrauen zurückzugewinnen, liebe Genossinnen und Genossen, das geht doch nur in der Regierung. Hat jemand von euch das Gefühl, die heiße Luft von Friedrich Merz wirkt gerade vertrauensbildend? Die Menschen kurzfristig auf die Bäume zu treiben, das ist einfach. Die Menschen da wieder runterzubekommen, das ist Aufgabe der SPD, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Lars hat es gestern gesagt: Es gibt auch viele Menschen, die sind nicht laut geworden, sondern die sind leise in dieser Gesellschaft. Wir müssen diesen Menschen eine Stimme geben. Das müssen wir gemeinsam angehen. Lasst uns dieses Land gemeinsam aus der Vertrauenskrise führen! Lasst uns zusammen dieses Land besser und gerechter machen! Dazu brauchen wir mehr Vertrauen auch in uns und in unser starkes Land. Dazu brauchen wir mehr sozialdemokratische Politik.

Wir haben im Bund noch zwei Jahre Zeit. Eine ganz lange Liste von den Dingen steht da hinten auf dieser Wand. Guckt sie euch genau an! Erzählt sie allen! Olaf hat auch noch ein paar angesprochen, die noch auf der Liste stehen. Viele sind noch nicht erreicht. Da steht aber auch: „viel erreicht“, „noch viel vor“. Ich will, dass wir das gemeinsam erreichen, und ich vertraue unserem Bundeskanzler und den Ministerinnen und Ministern. Wir alle nehmen euch aber auch beim Wort. „Noch viel vor“, das darf keine Worthülse bleiben. Führt uns durch diese Krisen! Gebt uns die Zuversicht, die ihr heute versprochen habt, und dann werden uns die Menschen wieder vertrauen! – Danke und Glück auf!

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Danke, Bijan. – Jetzt kommt Sarah Weinreich. Wir können es alle in OpenSlides sehen; aber danach können sich schon mal bereithalten: Lennart Weyandt und Mareike Engel.

Sarah Weinreich, *Brandenburg:*

Hallo liebe Genossinnen und Genossen! Mein Name ist Sarah Weinreich. Wahrscheinlich kennt mich hier noch niemand so sehr. Ich bin aus Brandenburg heute hergekommen und wollte einmal ganz kurz etwas sagen zur Politik der Sozialdemokratie bei uns in Brandenburg, aber auch zu der Rede von Olaf Scholz. Ich wollte mich vor allen Dingen bedanken bei Olaf Scholz, der heute mal wieder genau die richtigen Worte gefunden hat, und auch mit der Emotion, die wir alle gebraucht haben in diesen schweren Momenten, rübergebracht hat, was wir hören wollten.

(Beifall)

Das ist, was zumindest mein Herz und mein Verstand mir sagen. Also danke noch mal!

Ich kann mich auch Bijan nur anschließen: Ich vertraue unserer Regierung, ich vertraue auch meiner Landesregierung und den Ministerinnen und Ministern, und ich glaube, dass wir nächstes Jahr bei uns in Brandenburg gemeinsam eine ganz ausgezeichnete Wahl durchführen werden. Ich stehe hier als Neumitglied, das fast erst zwei Jahre Mitglied dieser Partei ist.

(Beifall)

Danke schön. – Ich kann euch sagen, es war nicht einfach Fuß zu fassen in der Sozialdemokratie, also zumindest nicht in der parteilichen Sozialdemokratie.

Olaf hat vorhin in seiner Rede gesagt, dass wir in unserer Hymne, in unserer Nationalhymne, auch etwas heraushören können, dass das auch der Motor von Integration sein soll. Was sind denn die ersten Worte unserer Nationalhymne? Einigkeit und Recht und Freiheit. Das sind die Worte, die in unserer Nationalhymne angestimmt werden, und genau das ist auch das, was die Sozialdemokratie bei uns in Deutschland anstimmen sollte.

Ich habe hier auf meinem Zettel noch so viele Dinge zu stehen, die ich euch jetzt sagen wollen würde. Aber um ehrlich zu sein, glaube ich, lasse ich es damit auch einfach stehen, weil ich glaube, dass es das ist, was wir jetzt gerade gebrauchen können: Einigkeit und Recht und Freiheit. – Freundschaft und Glück auf! Danke schön.

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Danke schön. – Lennart.

Lennart Weyandt, *beratender Delegierter:*

Guten Tag! Ich heiße Lennart Weyandt. Ich vertrete das Online-Klimaforum „Klimagerechte Wirtschaft“.

Für politischen Erfolg brauchen wir neben soliden Inhalten, die wir zweifellos haben, Glaubwürdigkeit und Kommunikation. Vor zwei Jahren haben wir alle hier den Klimakanzler plakatiert. An der Glaubwürdigkeit ist es nun, das auch einzulösen. Glaubwürdige Klimapolitik, das heißt, sektorengenaue Klimaziele, das heißt, Sofortprogramme umsetzen, das heißt, das Klimaschutzgesetz zu schützen, zu stärken, es weiterzuentwickeln und die anderen planetaren Grenzen in den Blick zu nehmen.

Schützen wir unseren größten klimapolitischen Erfolg! Das Klimaschutzgesetz darf nicht abgeschwächt werden. Im Sinne des Leitantrags von gestern und in der Sprache von Olaf – ich weiß gar nicht, wo er gerade ist -, müsste es eigentlich heißen: Das Klimaschutzgesetz muss der Transformationsbooster werden.

Glaubwürdige Klimapolitik heißt, auch als Partei an die eigene Wirksamkeit zu glauben, und es heißt ganz besonders, sich ehrlich zu machen. Ja, wir muten unseren Mitbürger*innen etwas zu. Und ja, es ändert sich viel, und es ist eben nicht bloß eine Frage von Technologie. Klimapolitik muss effektiv, aber insbesondere sozial sein, und das ist doch unser Alleinstellungsmerkmal. Das heißt progressiv sein, das heißt links sein.

(Beifall)

Lasst uns vermitteln! Wir haben die Vision! Wir haben den Plan, und wir packen es auch an.

Für Anpacken braucht es Führung. Lieber Olaf, ich bitte dich um Führung von vorne. Und bitte kommuniziere besser, kommuniziere mehr, tue Gutes und sprich darüber! Dann wird das auch was mit dem sozialdemokratischen Jahrzehnt. – Vielen Dank.

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Danke, Lennart. – Mareike, das Redepult ist deins.

(Beifall)

Mareike Engel, *Sachsen:*

Ich hoffe, der Raum wird jetzt wieder etwas wacher und Olaf hört mich auch, wenn er nicht im Raum ist.

Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Olaf! Während des Bundestagswahlkampfes habe ich auf Instagram ein Bild gepostet mit der Caption „Kanzler für stabile Position“. Es war eines der Bilder mit den wenigsten Likes. Aber: Trotz viel

Rechtfertigungsarbeit, die ich in meinem Freundeskreis zu tun hatte, hat sich das gelohnt. Denn ich sage euch ehrlich: Ich war überzeugt, dass wir als SPD für eine andere und für eine sozial gerechte Politik stehen.

Der Tag damals im Wahlkampfsommer in Leipzig mit dir, Olaf, der war schön. Der Wahlsieg war großartig. So was erlebt man als sächsische Genossen eher selten. Gestern hattest du Jahrestag – zwei Jahre Kanzler. Aber wo stehen wir nach zwei Jahren SPD-Kanzlerschaft? 2021, als wir uns gesehen haben, war es sonnig. Jetzt: Schnee und Kälte. Für das Wetter kannst du nichts, aber für die Stimmung, für die schlechte Stimmung in diesem Land und die erschreckenden Umfragewerte der SPD, für die bist auch du mit verantwortlich. Du bist verantwortlich, dass in Fragen, die ein Kanzler zu entscheiden hat, deine Kollegen Lindner und Habeck befragt werden. Wir als Partei sind verantwortlich, dass sozial gerechte Politik in diesem Land umgesetzt wird.

Zur Bundestagswahl sind wir angetreten mit einem Anspruch an eine Politik des Respekts für die Menschen, eine Politik, die die Verteilungsfragen ins Zentrum ihres eigenen Handelns stellt. Ich merke davon nichts. Und wir, wir als Partei müssen uns rechtfertigen bei den Menschen vor Ort, warum zu wenig passiert ist, warum Debatten über einen aufgeblähten Sozialstaat geführt werden, während unzählige Menschen in diesem Land ganz genau schauen müssen, welche Lebensmittel sie sich noch leisten können und ab wann man die Heizung anstellen kann.

Superreiche werden immer reicher in diesem Land; das wurde heute schon unzählige Male gesagt. Warum kämpfst du nicht mit allem, was du hast, dafür, dass sich das ändert? Unser sozialer Zusammenhalt bröckelt. Die Menschen wenden sich von der Demokratie ab. Und ja, auch du bist dafür verantwortlich, weil du es nicht ernstnimmst, weil andere Interessen scheinbar wichtiger sind.

Die Landtagswahlen in Bayern und Hessen waren ein erster Vorgeschmack auf das, was uns im nächsten Jahr in Brandenburg, Sachsen und Thüringen erwartet. Wenn die SPD bundesweit in den Umfragen einbricht, dann droht in Ostdeutschland der Existenzverlust. Wenn sie in Westdeutschland keine Wahlen mehr gewinnt, dann droht bei uns der Sprung unter die 5 Prozent.

Lars und Kevin mussten sich das in den letzten Jahren schon immer von mir anhören, aber heute möchte ich dich direkt adressieren. Wenn ihr in Berlin keine anständige Politik macht, wenn du als Kanzler nicht im Namen der Sozialdemokratie überzeugen kannst, dann werden wir im nächsten Jahr scheitern.

(Buhrufe)

Bei uns Jusos stehen wir alle jeden Tag mit dem Gedanken auf und gehen mit dem Gedanken wieder schlafen, wie wir diese Demokratie retten können. Ich erwarte das auch von dir. Du bist unser Kanzler, du bist Kanzler der vielen. Zeig uns das!

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Wir haben noch eine ganze Menge Redebeiträge vor uns, die wir hören dürfen. Als Nächstes hören wir Mathias Schulz, dann Julie Rothe, Peter Bernard, Nicole Schmidt, Niklas Gerlach, May Venzke, Oliver Kaczmarek, Bettina van Suntum, Ben Schneider, Laura Helena Wolf, Kevin Leiser, Ronja Endres, Bengt Bergt, Stella Kirgiane-Efremidis, Gustav Horn, Canan Canli, Linda Vierecke und Luise Lehmann. – Damit hat jetzt Mathias das Wort.

Mathias Schulz, *Berlin:*

Vielen Dank. – Lieber Olaf! 2021 haben wir mit dir die Wahl gewonnen. Das war für mich ein wahnsinnig schöner Moment. Seitdem ich 2006 in die SPD eingetreten bin, haben wir 15 Jahre lang vorher dafür gekämpft, dass wir eine Mehrheit für die SPD bekommen und ein Ende erleben der Kanzlerinnenschaft der CDU

Alles ist klar: Diese Regierung hat wie kaum eine andere vor ihr viele Krisen zu bewältigen – Krisen, die sie selbst nicht verursacht hat. Es gibt in der Regierung, die du anführst, wegweisende Erfolge seit 2021. Gerade das Bürgergeld und die Überwindung von Hartz IV sind ein Meilenstein für den Sozialstaat. Danke dafür an alle, die dafür gekämpft haben in der Partei, in der Regierung oder auch im Bundestag. Ich danke auch dir, Olaf, dass du heute klare Kante gezeigt hast bei dem pöbelnden Friedrich Merz und eine klare Position zum Bürgergeld vertrittst und es keine Kürzungen geben wird mit der SPD.

(Beifall)

Doch nach zwei Jahren haben die Menschen nicht nur bei mir im Wahlkreis in Berlin-Wedding oder anderen Teilen von Deutschland diese Art des Regierens satt, die wir repräsentieren. Sie haben es satt, dass Christian Lindner die Ampel dominiert. Sie haben es satt, dass Robert Habeck – so nett man ihn auch finden mag – Klimapolitik mit der Brechstange statt mit sozialer Gerechtigkeit verbindet. Es ist ein Irrglaube, dass dieser ewige und auf offener Bühne ausgetragene Streit zwischen Liberalen und Grünen nur den Grünen und der FDP schadet. Sie schadet nämlich uns als SPD und auch unserem Kanzler Olaf Scholz.

Lieber Olaf, die Leute wissen oder wollen wissen, was eine SPD-geführte Regierung tut, damit es den Menschen gutgeht, die kein oder wenig Geld haben. Die Menschen wollen wissen, ob sie nach der Mietzahlung am Jahresende noch genug Geld haben, um mal essen gehen zu können oder ins Kino gehen zu können. Sie wollen wissen, ob sie hier noch was leisten können, was zurücklegen können und mal was nebenbei ausgeben können. Es ist kein Einzelfall. Das kann man sich in allen Stadtteilen mal anschauen. Stattdessen haben wir Themen wie Wohnungsnot, die zunehmend die Stimmung auch im ganzen Land beherrscht. Was ist deine Vorstellung, wie es eigentlich hiermit weitergeht? Wo bleiben die Verschärfungen im Mietrecht, die die Koalition versprochen hat?

(Beifall)

Wo bleibt die Verlängerung der Mietpreisbremse? Wo bleibt die Stärkung des Mietspiegels? Wo bleibt der Schutz gegen Wohnungslosigkeit? Wo bleibt das kommunale Vorkaufsrecht? Und wo bleiben dauerhafte Mietpreisbindungen bei Sozialwohnungen, die versprochen wurden?

(Beifall)

Ich habe es gestern bereits gesagt: Wir werden keine bezahlbaren Mieten bekommen, ohne Mietpreisregulierung einzuführen und zu verschärfen. Die FDP fordert dafür ein Ende der Vorratsdatenspeicherung. Ich sage: Ja klar, gern sofort legen wir die Priorität auf soziales Wohnen und nicht auf die Vorratsdatenspeicherung als SPD!

(Beifall)

Machen wir den Weg als SPD frei! Es ist ein SPD-interner Konflikt, den wir da austragen müssen. Machen wir als SPD den Weg frei in der Bundesregierung für bezahlbares Wohnen! Unsere Priorität muss auf bezahlbarem Wohnen liegen und nicht auf einer fragwürdigen Überwachung von Bürgerinnen und Bürgern, die kaum Nutzen bringt und auch vom Europäischen Gerichtshof abgelehnt und für rechtswidrig erklärt wird.

Bezahlbares Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit. Es ist nicht nur ein Grundbedürfnis, es ist ein Grundrecht für die Menschen in diesem Land, in Städten wie Kommunen gleichermaßen. Eine SPD-geführte Regierung muss sie endlich liefern. Dafür hast du mich und die gesamte SPD an deiner Seite – aber auch nur dafür. – Danke schön.

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Danke schön, Mathias. – Und jetzt kommt Julie.

Julie Rothe, *Berlin:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Olaf, wo auch immer du gerade bist! Es ist jetzt zwei Jahre her, dass du zum Kanzler gewählt wurdest, zwei Jahre, die natürlich ganz anders gelaufen sind, als wir uns das vorher gedacht haben. Du bist mit deiner Regierung als Fortschrittskoalition gestartet. Du wolltest eigentlich nach 16 Jahren unionsgeführten Regierungen den Muff abklopfen und das Land fit machen für die nächsten Jahrzehnte, um nachzuholen, was so lange versäumt wurde.

Die vielen schrecklichen und zum Teil auch unvorhersehbaren Krisen der letzten zwei, drei, vier Jahre haben dem Land und auch euch als Regierung viel abverlangt. Und mein Eindruck – du hast es ja eben auch hier so bestätigt – ist, dass wir euch allen viel Vertrauen entgegengebracht haben und viel Zutrauen hatten in eure Entscheidungen, die unter normalen Umständen bei uns in dieser debatten- und diskursfreudigen Partei, wie wir sie an diesem Wochenende wieder zeigen, eigentlich hätten länger diskutiert werden müssen. Mir fällt das Sondervermögen ein, der Bau von LNG-Terminals, auch Laufzeitverlängerungen für Kohlekraftwerke – alles Themen, über die wir normalerweise wahrscheinlich hier gesprochen hätten. Aber wir haben euch eure Arbeit machen lassen, weil das dringend notwendig war. Es wurden lange bestehende Gewissheiten von der Realität eingeholt, und der ein oder andere musste auch alte Glaubenssätze hinter sich lassen und neue Analysen vornehmen. Das alles haben wir als Partei gemeinsam ausgehalten und mit großer Solidarität eure Arbeit in der Ampel unterstützt. Und von dieser Geschlossenheit hast du ja eben auch zu Recht selber gesprochen.

Aber es gibt Grenzen. Es gibt Werte und Haltungen, die so elementar unser sozialdemokratisches Herz berühren, dass sie nicht einfach einer Regierungslogik unterliegen können. Und für mich und viele andere hier im Raum und auch in unserer Partei da draußen gibt es eine rote Linie. Menschenrechte sind nicht verhandelbar.

(Beifall)

Menschsein hört nicht an einer Grenze auf und Menschenwürde übrigens auch nicht. Wenn von rechts gehetzt wird gegen Menschen, die hierherkommen und Schutz suchen, und die sogenannte bürgerliche Mitte steigt ein in diesen rechtspopulistischen Überbietungswettbewerb, dann kann die Antwort eines sozialdemokratischen Kanzlers nicht sein, noch einen draufzusetzen.

(Beifall)

Wenn wir 2015 als Maßgabe der Politik in diesem Land hatten: „Wir schaffen das“, dann kann 2023 nicht vom Spiegelcover gefordert werden, dass wir endlich im großen Stil abschieben. Ich weiß, dass du das Cover sicherlich nicht selber ausgesucht hast, aber du hast den Satz gesagt. Er steht in diesem Interview, und das ist genau das Problem, und das ist auch das, was viele Genoss*innen hier in diesem Raum bewegt und warum so viele hier mit großen Bauchschmerzen hergefahren sind.

Du gehst auch noch davon aus, dass die Partei das sicherlich genauso sieht. Wir leben bestimmt in unterschiedlichen Welten, Olaf, du und ich. Aber mein Eindruck ist das nicht. Meine Gewissheit ist aber auch, dass wir das hier diskutieren müssen. Auf diesem Parteitag streiten wir darüber, wie unsere Haltungen sind und was wir migrationspolitisch erreichen wollen, und hier klären wir das ab – allerallerspätestens und nicht aus irgendwelchen Interviews.

(Beifall)

Lieber Olaf, normalerweise würde man dir zu deinem zweijährigen Dienstjubiläum wahrscheinlich was Kleines schenken, einen Kaktus oder so. Ich habe aber einen Wunsch an dich: Für die nächsten zwei Jahre sei der sozialdemokratische Kanzler, den wir uns wünschen, mit einer klaren Haltung, wertegeleitet, die sich immer eindeutig gegen rechte Hetze und Populismus stellt und nicht dem rechten Block noch Futter gibt. Kämpfe jeden Tag, so wie du es eben angekündigt hast, dafür, dass es den Menschen besser geht, die uns brauchen, weil sie beim Klassenkampf von oben immer unter die Räder geraten werden! Zeige in deinen Entscheidungen, dass du den Respekt, den du 2021 gefordert hast im Wahlkampf und für den du angetreten bist, auch wirklich lebst. Dafür hast du uns alle hier und alle Genoss*innen da draußen laut und meinungsstark an deiner Seite. Denn wir wollen stolz sein auf diese Partei und auf die Politik, die wir machen und wollen uns nicht schämen müssen, wenn wir den „Spiegel“ lesen. – Freundschaft!

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Danke, Julie. – Danke auch für die konzentrierte Debatte, in der wir kritische Meldungen und Stimmungen gelten lassen. Wir wollen uns dem Präsidium auch nochmal dazu aufrufen, dass Buhrufe und andere nicht solidarische Kritik an Redebeiträgen nicht angemessen sind.

(Beifall)

Wir sind gleichzeitig sehr froh, dass wir das hier gut und kritisch miteinander hinkriegen. Wir würden ab jetzt auch bei den Zeiten, die ihr sehr gut eingehalten habt, darauf achten, dass das weiter so ist. – Dann kommt jetzt Peter Bernard.

Peter Bernard, *Nordrhein-Westfalen:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir sind heute hier auf dem Bundesparteitag, wo wir gezeigt haben, dass wir geschlossen dastehen. Wir haben sehr viel erreicht, und da können wir stolz drauf sein.

(Beifall)

Wir, die SPD, haben das Bürgergeld eingeführt. Wir haben das sogenannte Hartz IV hinter uns gelassen. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, wir dürfen uns darauf nicht ausruhen. Das Bürgergeld müssen wir weiterentwickeln. Da sind nämlich noch viele, viele Sachen drin, die da einfach verändert werden müssen. Ein Beispiel möchte ich da nur nennen: Wenn ein Mensch, der Bürgergeld bekommen hat, ein Arbeitsverhältnis beginnt, dann wird er von uns, von der Regierung, vom Staat, von der SPD in die Schulden geschickt, weil nämlich sofort das Bürgergeld gestrichen wird für den ersten Tag der Arbeitsaufnahme. Und dann kann er ein Darlehen beantragen für den Monat. Und weil die meisten erst am 15. des nächsten Monats ihr Geld kriegen, sind die ein Monat ohne Geld, wenn die kein Darlehen beantragen.

(Beifall)

Ich fordere, dass die Zuverdienstgrenze bei Arbeitsaufnahme einfach mal gekippt wird und dass das verändert wird. Das geht so nicht weiter, Genossinnen und Genossen. Das ist unsere Aufgabe.

Dann möchte ich noch eins sagen: Wir haben in diesem Jahr 50 Jahre AfA gefeiert, 50 Jahre Arbeitsgemeinschaft für Arbeit.

(Beifall)

Als sie gegründet wurde, hieß sie Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen. Auf der Gründungsveranstaltung 1973 hat Herbert Wehner in Duisburg ein Zitat gebracht. Das möchte ich jetzt einmal sagen, und das möchte ich dann auf uns als SPD runterbrechen; das Recht nehme ich mir einfach mal. Er hat gesagt, die AfA ist das lebenswichtige Organ der Partei, sie ist gleichzeitig Auge, Ohr und Herzkammer. Und das, liebe Genossen und Genossen, ist die SPD für die Gesellschaft. Wir sind das lebenswichtige Organ. Wir sind Auge, Ohr und Herzkammer der Gesellschaft. Und wenn wir das nicht sind, dann ist unsere Gesellschaft irgendwann taub, blind und steht vorm Herzinfarkt. – Danke, liebe Genossen und Genossen.

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Danke, Peter. Ich hatte da jetzt keinen Antrag rausgehört, richtig? – Gut, danke schön. – Nicole.

Nicole Schmidt, *Nordrhein-Westfalen:*

Liebe Genoss*innen! Lieber Olaf! Wir stehen am Beginn eines neuen Jahres voller Hoffnungen und Möglichkeiten. Als Vertreterin einer sozialdemokratischen Version 2024 für eine gerechte Gesellschaft ist es meine Pflicht, heute über zwei essenzielle Themen zu sprechen, die das Fundament unseres Zusammenlebens prägen: Inflation und Kinderschutz. Der Kinderschutz darf bei all den wichtigen Themen, die wir gerade diskutieren, nicht auf der Strecke bleiben.

(Beifall)

Die Inflation ist eine Herausforderung, die viele der Bürger*innen tagtäglich spüren. Sie beeinflusst das Budget, unsere Pläne und letztendlich die Lebensqualität unserer Familien in Deutschland. Als Sozialdemokraten glauben wir daran, dass ein starkes soziales Netz und eine gerechte Verteilung von Ressourcen wirksames Mittel gegen die Auswirkung der Inflation darstellen. Wir setzen uns dafür ein, dass diejenigen, die am meisten von der Preissteigerung betroffen sind, angemessen unterstützt werden.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind die Partei, die für die Menschen da ist, die für die Menschen Visionen hat, ganz im Gegensatz zur CDU und CSU. Herr Söder weiß mittlerweile nicht mal mehr, wie man das Wort „Menschenrecht“ schreibt.

(Beifall)

Und die CDU ist gerade so visionär, dass sie selbst mit Rückspiegel fahren können.

Der Kinderschutz ist ein zentraler Punkt unserer Agenda. Jedes Kind verdient eine sichere und eine unterstützende Umgebung, um zu gedeihen und sein volles Potenzial zu entfalten. Wir müssen sicherstellen, dass die Kinder von negativen

Auswirkungen der Inflation geschützt werden, sei es durch Zugang und Sicherstellung zur hochwertigen Bildung oder gesundheitlicher Versorgung oder auch den sozialen Diensten, die für viele Kinder und Jugendliche wichtig sind.

Unsere sozialdemokratische Vision sieht eine Gesellschaft vor, in der wirtschaftliche und gesundheitliche Herausforderungen wie die Inflation und Corona nicht auf den Rücken unserer Kinder ausgetragen werden können.

(Beifall)

Wir streben nach Maßnahmen, die sowohl die Auswirkungen der Inflation mildern als auch unsere Kinder schützen und fördern. Kein Kind darf in Deutschland in Armut großwerden.

(Beifall)

Zum Schluss, lieber Olaf und liebe Genossinnen und Genossen, benötigen wir mehr Investitionen, Umbau in Bildung und ganz stark finanzielle Unterstützung des Ruhrpotts. Eine starke Gemeinschaft, die auf Solidarität und Gerechtigkeit basiert, ist der Schlüssel, um diesen Herausforderungen gemeinsam zu begegnen. Lasst uns heute daran festhalten! Lasst uns dafür sorgen, dass jedes Kind die Chance hat, in einer Umgebung aufzuwachsen, die es unterstützt, fördert und beschützt! Lasst uns sicherstellen, dass kein Kind zurückgelassen wird! Lasst uns als Sozialdemokraten und Sozialdemokraten Brücken bauen, auch innerhalb Europas, statt Mauern zu errichten! Lasst uns unsere Unterschiede als Stärke begreifen und diejenigen unterstützen, die Unterstützung brauchen! Das war und ist immer unsere Stärke.

(Beifall)

Ganz nach Willy Brandt: Freiheit ist das Recht, anderen zu sagen, was sie nicht hören wollen. – Freundschaft und Glück auf!

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Danke schön. – Dann bitte ich Niklas ans Redepult.

Niklas Gerlach, *Sachsen-Anhalt:*

Liebe Genoss*innen! Lieber Olaf! Wir sind 2021 angetreten, und es wurde von einem Linksruck fabuliert. Springer, Merz und viele weitere hatten die Sorge, dass du die Republik zu einer sozialistischen Räterepublik umbaust. Ich muss, glaube ich, nicht sagen, dass wir alle in dem Raum diese Sorge jetzt nicht teilten. Aber nichtsdestotrotz herrschte die Hoffnung, dass soziale Politik und soziale Politik von uns dem Rechtsruck etwas entgegensetzt. Heute sehen wir: Das, was als Linksruck begonnen hat, wirkt mittlerweile wie ein Konjunkturprogramm für Rassismus, Antisemitismus und Queerfeindlichkeit. Wir erleben eine Wir-gegen-die-Rhetorik, wir, die vermeintliche Mehrheitsgesellschaft gegen alle die, die nicht so viel Glück in der Lebenslotterie hatten.

Es war immer Aufgabe der Sozialdemokratie, sich diesen Erzählungen entgegenzustemmen, und es ist insbesondere die Aufgabe eines sozialdemokratischen Bundeskanzlers. Statt effektiver Politik gegen die extreme Rechte erlebe ich jedoch einen Bundeskanzler, der diese kleinredet, der so tut, als sei die AfD eine Naturgewalt, etwas, was einfach so an uns vorbeizieht. Die AfD als Schlechte-Laune-Partei zu bezeichnen, ist ein Euphemismus, es ist ein Herunterspielen, und es ist schlichtweg falsch.

(Beifall)

Die AfD ist eine Partei, die 1945 nicht überwunden hat. Sie ist antidemokratisch, und sie ist und bleibt faschistisch.

(Beifall)

Meine Erwartung an einen sozialdemokratischen Bundeskanzler ist, dass er benennt, statt in hanseatischer Manier sich hinzustellen und zu sagen: Von dem bisschen Regen lasse ich mir die Laune nicht verderben. – Man braucht kein Meteorologe zu sein, um zu sehen, dass in Brandenburg, Sachsen und Thüringen es nächstes Jahr gewittern wird. Vor wenigen Tagen hat eine Umfrage gezeigt, dass die AfD im Osten über 30 Prozent erreicht. Da diese Nachricht anscheinend nicht im Bundeskanzleramt ankam, gilt sie jetzt als zugestellt. Lieber Olaf, mach den Kampf gegen rechts zur Chefsache!

(Beifall)

Sorg dafür, dass endlich das Demokratiefördergesetz kommt, und vor allem dafür, dass Paus und Lindner die Opferberatungsstellen sichern! Es kann nicht sein, dass gerade die, in dieser Zeit, jetzt, wo der Antisemitismus so stark ist, der Gefahr ausgesetzt sind, nächstes Jahr nicht weitermachen zu können.

Lieber Olaf, ich möchte dir aber auch in einem Punkt Recht geben: Es braucht gute Politik, um Faschist*innen etwas entgegenzustellen. Deshalb lass uns im großen Stil Wohnungen bauen, Vermögen umverteilen, Kinder sichern, Krankenhäuser sichern und den Mindestlohn erhöhen. Du merkst: Abschieben war nicht dabei, denn diese Rhetorik ist Wasser auf den Mühlen derer, die Abschiebungen nicht vom Pass, sondern vom Stammbaum abhängig machen wollen.

Ich will nicht, dass diese Menschen in meinem Nachbarbundesland in naher Zukunft den ganzen Osten regieren. Fang an, die Führung zu liefern, die bestellt wurde! Fang an, soziale Politik zu machen! Fang an, Kommunen gut auszustatten, anstatt so zu tun, als dass eine Abschiebung auch nur irgendein Problem löst! In diesem Sinne: Frohes Schaffen! Wir unterstützen gern.

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

May!

Maybrit Venzke, *Schleswig-Holstein:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Das ist mein erster Parteitag, und es ist der erste Parteitag, wo ich erleben muss, dass eine junge Frau hier oben ausgebuht wird. Liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir uns bei diesen Umfragewerten fragen, warum junge Menschen uns nicht wählen und nicht Mitglied in dieser Partei werden wollen, dann war das das beste Beispiel.

(Beifall)

Meine rhetorische Einleitung ist hin, aber ich möchte sagen: Wir waren in einem Bundestagswahlkampf, wir waren auf der Straße. Ich war auch bei meinen Freundinnen und Bekannten, und ich habe ihnen etwas versprochen. Ich habe versprochen, dass mit dir, Olaf, wir starke Sozialleistungen haben, dass Leute, die Cannabis rauchen, nicht in die Illegalität

rutschen. Wir haben versprochen, echte Bildungsgerechtigkeit zu haben. Wir haben versprochen, Gleichstellung gerecht und wirklich echt zu gestalten. Heute sitze ich bei meinen Freundinnen manchmal in einer Runde, und ich schäme mich. Ich schäme mich, weil sie sich von mir belogen fühlen.

Lieber Olaf, du hast mir ein Versprechen über Respekt und Gerechtigkeit gegeben. Keiner von uns beiden hat dieses Versprechen gebrochen; denn wir haben noch Zeit. Aber die Uhr tickt. Liebe Genossinnen und Genossinnen, wir müssen jetzt wach werden. Lasst uns zusammen mutig sein!

(Beifall)

Das Letzte, was mein Großvater zu mir gesagt hat, war: Maybrit, pass auf die Partei auf. – Der Moment ist gekommen. Wir müssen gemeinsam aufpassen. Das funktioniert aber nur, wenn es uns für uns ein letztes Versprechen noch gibt. Lasst uns zuhören! Olaf, hör uns bitte zu! Und lasst uns gemeinsam den Menschen auf den Straßen zuhören, was sie uns sagen! Sie sagen es nämlich tagtäglich.

Ich habe von meinen Großeltern etwas gelernt, und das war: Alles, was du hast, ist nichts wert, wenn du es nicht teilst. Denn nur, wer von oben nach unten umverteilt, kann sein Versprechen von Gerechtigkeit und Respekt halten. – Freundschaft!

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Dann bitte ich Oliver ans Redepult. Bereithalten können Sie schon mal Bettina und Ben Schneider.

Oliver Kaczmarek, *Parteivorstand:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Wenn man in diesen Tagen unterwegs ist, in der eigenen Stadt, im Wahlkreis, im Unterbezirk, und sich mal ein Bild von der Lage verschafft, was die Auswirkungen des Verfassungsgerichtsurteils tatsächlich sind, dann bin ich der Meinung, dass es derzeit tatsächlich um ziemlich viel geht, dass wir an einer sehr entscheidenden Stelle stehen.

Ich habe vom Jobcenter die Frage bekommen, ob das eigentlich klappt, dass die Mittel, die im Haushaltsausschuss erkämpft worden sind für die aktive Arbeitsmarktpolitik, auch kommen, weil wir nämlich paradoxerweise so gut vermittelt haben in den letzten Jahren, dass wir jetzt mehr Geld brauchen für die Vermittlung derjenigen, die vielleicht noch mehr Vermittlungshemmnisse haben, für die wir mehr investieren müssen, damit sie auch Jobchancen bekommen.

Ich war in einer Gießerei. Die haben einen Koksofen, den sie gerne durch eine Stromlösung ersetzen würden. Sie haben nun Fördermittel beantragt und fragen sich jetzt, gerade weil Fördermittelstopp ist, ob sie die richtige Entscheidung getroffen haben und ob sie nicht einfach den Koksofen weiterlaufen lassen sollten. Ich habe die Befürchtung, dass, wenn wir nicht klarmachen an der Stelle, worum es jetzt wirklich auch geht, und zwar nicht nur hier im Saal, sondern auch draußen, wo wir mit den Leuten sprechen, nämlich dass es um die Zukunft des Industriestandortes geht, dass es darum geht, ob wir unsere Wohlstandsgrundlagen erhalten, wenn wir nicht auch darstellen, dass es darum geht, teilhaben zu können in dieser Gesellschaft, Wohlstand gerecht zu verteilen, dass es um den sozialen Zusammenhalt geht, wenn uns das nicht gelingt, an der Stelle auch Antworten zu präsentieren, dann werden wir schweren Zeiten entgegengehen.

Deswegen erstaunen mich einige Reaktionen, aber auch einige Debattenbeiträge hier, muss ich ganz ehrlich sagen. Denn die Hinweise, die wir bekommen haben, dass der Sozialstaat sozusagen die Ursache für viele Probleme ist, die wir derzeit haben, die haben wir schon im Sommer bekommen. Es ist nicht so, dass es jetzt erst mit dem Verfassungsgerichtsurteil eine Rolle spielt, sondern wir haben Interviews gelesen im Sommer, unter anderem von bedeutenden Vertretern von Arbeitgeberverbänden, die uns schon empfohlen haben, den Sozialstaat zurechtzustutzen, kleiner zu machen und dafür zu sorgen, dass das nicht ein so großer Ausgabenblock ist.

Ich erwähne das deshalb, weil ich glaube, dass wir uns auf die zentrale Auseinandersetzung konzentrieren sollten, die auch außerhalb dieser Halle stattfindet, nämlich die zentrale Auseinandersetzung, für den Sozialstaat einzutreten, für Mitbestimmung einzutreten, für Bildungsinvestitionen einzutreten, für Humanität in der Einwanderung auch. Das ist nicht „Wir gegen uns“, sondern es geht um die Frage, wie es mit diesem Land in den nächsten Jahren weitergeht, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Es geht darum, in Infrastruktur zu investieren. Wir müssen dafür sorgen, dass alle mitkommen können, dass die Wohlstandserzählung nicht eine Erzählung wird aus dem sozialdemokratischen Geschichtsbuch, sondern eine ist, die uns auch in die Zukunft trägt. Deswegen müssen wir meiner Meinung nach den Kampf annehmen, weil die auf dem Platz stehen, die das alles infrage stellen, weil sie eine andere Umverteilungspolitik wollen, weil sie Industriejobs nicht so wichtig finden. Deswegen ist meine Bitte, das vom Parteitag auch weiter zu transportieren und nicht jetzt sozusagen zu verwischen.

Der Bundeskanzler hat hier eine Rede gehalten. Olaf hat klargestellt, und die SPD hat hier mit dem Parteitag klargestellt: Wir werden der Block sein, der den Sozialstaat verteidigt, und der Bundeskanzler hat sich an die Spitze dieser Bewegung gestellt, für Zukunftsinvestitionen, für sozialen Zusammenhalt, für den Sozialstaat. Ich bin der Meinung, dass es ein wichtiges und starkes Signal an unsere Freunde in der Koalition, aber auch in der Gesellschaft ist und dass wir dafür genau die richtigen Leute an der Spitze von Partei und Fraktion und Regierungen haben.

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Danke, Oliver. – Dann rufe ich Bettina auf.

Bettina van Suntum, *SPD Klimaforum:*

Bettina van Suntum ist mein Name. Ich komme aus Leipzig und repräsentiere heute hier das SPD Klimaforum. Ich möchte meinen ausdrücklichen Dank an Olaf richten für diese emotionale Rede. Ich glaube, die hat viele von uns tatsächlich abgeholt.

(Beifall)

Wie auch gestern habe ich heute auch ein Ja-aber. Die ökologischen Krisen, die unsere Existenz bedrohen, tauchten in seiner Rede nicht auf. Und deswegen stelle ich mich hier heute noch mal hin und möchte daran erinnern, dass wir die Partei sind, die für sozial gerechten Klimaschutz und für sozial gerechte Klimapolitik steht.

Ich möchte noch einen ganz besonderen Aspekt heute hier hervorheben, und das ist das Klimageld. Wir haben einen Koalitionsvertrag. Ihr könnt das Suchwort eingeben. „Klimageld“ ist im Koalitionsvertrag verbindlich vereinbart.

(Beifall)

Und warum ist das so? Weil wir eine regelmäßige jährliche Erhöhung des CO2-Geldes haben. Und das führt dazu, dass Tanken und Heizen und Lebensmittel immer teurer werden. Deswegen haben wir versprochen, dass wir einen sozial gerechten Ausgleich machen. Und ich möchte unsere Partei an dieses Versprechen erinnern. Es ist eine Frage der politischen Glaubwürdigkeit, ob wir unsere Versprechen, die wir im Koalitionsvertrag gemacht haben, auch halten, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich werde im nächsten Jahr für die Landtagswahl in Sachsen antreten.

(Beifall)

Die Wahlen in Ostdeutschland – wir hören es jetzt schon seit zwei Tagen – sind Entscheidungswahlen. Wir haben seit 1990 in Deutschland über 6.000 Kilometer Schiene stillgelegt und davon fast 3.000 Kilometer im Osten. Das bedeutet, dass die Menschen darauf angewiesen sind, dass sie mit dem Auto fahren. Es gibt keinen Bus. Wir haben keine Fahrradwege ausgebaut. Und wir sind in Deutschland ganz hinten im europäischen Ranking, was das Pro-Kopf-Geld für die Schiene angeht. Die Menschen gucken uns also an und sagen: Wisst ihr, das ist total wunderbar. Ihr macht hier den CO2-Preis höher, alles wird teurer – wir geben aber keine Alternative, gerade im ländlichen Raum -, und dann macht ihr uns noch ein schlechtes Gewissen mit Klimaschutz. – Ich weiß nicht, wie ich in Sachsen nächstes Jahr Landtagswahlkampf machen kann als Klimaschützerin, als Politikerin für sozial gerechten Klimaschutz, wenn die Leute keine Alternative haben und wir das Geld einfach nur sozusagen verbrennen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

So sehr ich für Klimaschutz einstehe und so sehr ich dafür bin, dass der CO2-Preis eine Erhöhung erfährt, so sehr möchte ich auch, dass uns klar wird, dass die Lenkungswirkung nur dann erfolgen kann, wenn die Leute eine Alternative haben. Das funktioniert bei Industrie und bei Unternehmen, aber das funktioniert nicht bei Menschen im ländlichen Raum und auch nicht bei uns in Sachsen, liebe Genossinnen und Genossen.

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Liebe Bettina, deine Zeit ist leider abgelaufen.

Bettina van Suntum, *SPD Klimaforum:*

Darf ich noch zwei Sätze?

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Einen Satz.

Bettina van Suntum, SPD Klimaforum:

Einen Satz. – Drei Viertel der Ostdeutschen haben von dem Mindestlohn profitiert, und diese Menschen erreichen wir mit einem Klimageld. Und ich freue mich sehr, wenn ihr euch dafür einsetzt, wenn ihr heute Abend um 19 Uhr am Willy-Brandt-Stand zur Diskussion mit Prof. Fratzscher, Nina Scheer und Thomas kommt und zeigt, dass ihr für sozialen gerechten Klimaschutz seid. – Danke schön.

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Als Nächster: Ben Schneider.

Ben Schneider, *Berlin:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Olaf! Erst einmal vielen Dank für die Rede heute. Ich glaube, diese Klarheit und auch Menschlichkeit hat vielen von uns gutgetan. Gebt gerne mehr davon!

(Beifall)

Bevor ich jetzt zu meinen kritischen Punkten komme, erst einmal ein kleiner Rückblick auf die letzten zwei Jahre. Olaf hat es genannt: Bei allen Sachen, die wir heute auch zu kritisieren haben, haben wir in den letzten zwei Jahren auch eine ganze Menge weggearbeitet an Krisen, und diese Bundesregierung hat die letzten zwei Jahre auch ganz gut gemeistert. Das vielleicht vorweg.

(Beifall)

Ich möchte euch gerne aus meinem Bezirk Berlin-Marzahn erzählen. Das ist ein Bezirk im Osten von Berlin, ein bisschen stigmatisiert, viel Platte; ich wohne selber in einer. Da haben wir 2021 was erlebt, das habe ich in meiner Zeit in der SPD, aber ehrlicherweise auch viele Genossinnen und Genossen, die schon deutlich länger dabei sind als ich, nicht erlebt, und zwar, dass die Menschen zu unseren Infoständen kamen und gesagt haben: Super, was ihr da macht. Euch unterstützen wir. Wir haben schon gewählt. Wir brauchen gar kein Infomaterial mehr. Wir unterstützen Olaf, wir unterstützen die SPD. – Warum? Weil wir viel Vertrauen erzeugt haben, aber auch klare Orientierung gegeben haben.

Schauen wir uns das jetzt, zwei Jahre später, an, dann sehen wir leider: Die gleichen Leute kommen jetzt zu Infoständen und schimpfen, sind wütend, sind enttäuscht, sagen: Ihr macht ja gar nicht das, was ihr versprochen habt. – Dann sage ich: Klar, wir machen eine ganze Menge – Mindestlohn, Bürgergeld -, das hilft euch. – Aber die Leute sind verunsichert, weil wir eben keine Orientierung bieten.

Olaf, ich glaube das, was wir heute hier im Saal gehört haben, müssen die Menschen noch viel öfter von dir hören: klar Orientierung vorgeben und zeigen, in welche Richtung wir gehen. Olaf, wir brauchen mehr Klarheit, Orientierung und eine sozialdemokratische Politik, die diese Menschen mitnimmt, auch in Berlin-Marzahn.

(Beifall)

Olaf, es ist auch mein Wunsch an dich, aber auch an uns alle in dieser Partei, dass wir klarer sind, dass wir Vertrauen erzeugen und dass wir mit den Inhalten, mit denen wir nach draußen gehen, auch die tatsächlichen Probleme adres-

sieren. – Vielen Dank, Freundschaft und noch einen guten Parteitag!

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Danke, Ben. – Da kommt schon Laura.

(Beifall)

Laura Helena Wolf, *Hessen-Süd:*

Liebe Genossinnen und Genossen, diejenigen, die mich kennen, und gerade die Südhessinnen und die Hessinnen hier wissen – ich sage das, was ich immer sage -, Helena ist mein Rufname. Ich muss das irgendwann in der Mavis endlich ändern. Das ist aber gar nicht so schlimm.

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Das Wort hat Helena.

Laura Helena Wolf, *Hessen-Süd:*

Danke. – Liebe Genoss*innen! Solidarität ist Teil unserer sozialdemokratischen DNA. Solidarität bedeutet auch, dass wir uns gegenseitig zuhören und anerkennen, dass es unterschiedliche Meinungen innerhalb der Partei gibt. Das Ausbuhen von Genoss*innen gehört dabei nicht zu meinem Verständnis von Solidarität.

(Beifall)

Lieber Olaf, du hast gerade gesagt, das mit dem Haushalt müssen wir jetzt hinkriegen. Das stimmt. Aber wie wir das hinkriegen, das habe ich nicht gehört. Seit Jahren erklären wir Jusos euch: Generationengerechtigkeit bedeutet, in unsere Zukunft zu investieren. Es ist wichtig, dass der Initiativantrag des Parteivorstandes das auch endlich inhaltlich anerkennt und die Aussetzung der Schuldenbremse für das Jahr 2024 fordert. Aber, lieber Olaf, von dir habe ich heute nichts dazu gehört.

Fest steht aber: Auch wir in den Kommunen müssen das mit dem Haushalt jetzt irgendwie hinbekommen. Als SPD-Fraktionsvorsitzende und Teil einer Ampelkoalition weiß ich, dass Diskussionen mit der FDP und den Grünen anstrengend, zäh und nervenaufreibend sein können. Aber am Ende müssen wir eine Lösung finden, die unseren sozialdemokratischen Werten gerecht wird. Ich bin dabei davon überzeugt: Mit der CDU wäre das auch nicht einfacher. Wir erleben das ja gerade in Hessen im Rahmen der Koalitionsverhandlungen.

Als SPD-Fraktionsvorsitzende in Offenbach, einer der ärmsten Großstädte Deutschlands, weiß ich aber auch, wie es ist, Haushaltsverhandlungen unter schwierigsten Rahmenbedingungen zu führen. Zur Einordnung: Offenbach hat bei 140.000 Einwohner*innen genau ein Schwimmbad, um genau zu sein ein Freibad. Im Winter machen wir da eine Traglufthalle drüber, damit unsere Kinder irgendwie noch schwimmen lernen können. Wir sind auf Bundes- und Landesförderung angewiesen.

Die Haushaltssperre 2024 bedroht unsere Handlungsfähigkeit und unsere geplanten Investitionen in unser Frauenhaus, unsere Schulen und Kitas. Ohne Bundesmittel keine Landesmittel, ohne Förderung keine gedeckten Investitionen. Deshalb brauchen wir schnellstmöglich einen Bundeshaushalt, auf den wir uns verlassen können, ohne dabei an kommunalen Förderprogrammen oder unserem Sozialstaat zu sparen.

(Beifall)

In dieser Aussprache wurde viel über Vertrauen gesprochen. Lieber Olaf, ich möchte dir vertrauen, dass du das hinbekommst. Und liebe Saskia, lieber Lars, lieber Kevin, ich möchte euch vertrauen, dass ihr ihn an unsere heutige Beschlusslage, die wir mit diesem Initiativantrag fassen, erinnert. – Freundschaft!

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Danke, Helena. – Ich rufe jetzt Kevin Leiser auf.

(Beifall)

Kevin Leiser, *Baden-Württemberg:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Seit knapp zwei Jahren darf ich Mitglied des Deutschen Bundestages sein. Es waren zwei ganz schön anstrengende Jahre mit vielen, vielen Herausforderungen: Bewältigung der Corona-Pandemie, der Krieg Russlands gegen die Ukraine, die Inflation, der Strukturwandel und auch die Migration – viele, viele Herausforderungen!

Wenn ich zurückdenke, fallen mir immer wieder Elemente ein, die ich gerne mit euch teilen möchte: Olaf war bei Joko und Klaas und hat damit auch jüngeren Menschen dargelegt, warum es wichtig ist, sich eine Boosterimpfung zu holen.

Beim Krieg Russlands gegen die Ukraine: Olaf hat Gastbeiträge geschrieben, Olaf hat Videoansprachen gemacht und seine Prinzipien dargelegt: keine Kriegsbeteiligung, keine Alleingänge, wir müssen unsere eigene Verteidigungsfähigkeit aufrechterhalten, was auch immer wir tun, muss Putin mehr schaden als uns selbst.

Olaf hat Gastbeiträge geschrieben, in denen er sein Führungsverständnis darlegt: Zusammen führen.

Und ich kann mich sogar erinnern, dass, als es um den Abwehrschirm ging, Olaf sogar aus der Quarantäne heraus Politik gemacht hat und aus der Quarantäne heraus auch kommuniziert hat.

Und ich erinnere mich auch an das Spiegel-Interview zur Migrationspolitik, in dem er endlich – danke dafür; das war sehr wichtig für Menschen bei mir zu Hause – dargelegt hat, wie die Migrationspolitik mit Humanität und Ordnung aussehen soll: Wer hierbleiben kann, der muss hier so schnell wie möglich in Arbeit kommen können, und wer nicht hierbleiben kann, der muss unser Land auch wieder verlassen.

(Beifall)

Und: Wer Führung bestellt, der muss diese Führung dann auch aushalten.

(Beifall)

Wir haben viele Herausforderungen. Und da vielen Dank an die Zusammenarbeit in der Fraktion und dafür, dass wir das sehr gut gemeistert haben!

Ich möchte euch noch darstellen, wie es anders geht, und zwar wie Friedrich Merz das Ganze gehandhabt hat. Friedrich Merz hat damals im März 2022 das Gasembargo sofort verlangt, wodurch wir nicht mehr in der Lage gewesen wären, unsere Energiespeicher zu füllen. Und er hat mit einer Kriegsbeteiligung spekuliert, und zwar ziemlich früh. Dieser abgehobene Hobbypilot hat also sehr früh eine Bruchlandung hingelegt.

(Beifall)

Heute früh hat ein Boulevardblatt mit vier Buchstaben davon gesprochen, dass heute der „Tag der Abrechnung mit Scholz“ sei. Mittags haben die das dann korrigiert und „SPD feiert Scholz ab“ veröffentlicht. Vielen, vielen Dank, dass wir hier klar beieinander stehen, dass wir Olaf den Rücken stärken, dass wir gemeinsam weiterarbeiten in den nächsten zwei Jahren! Olaf hat so viel geleistet. Wir haben so viel gemeinsam geleistet. Olaf, Respekt für deine Kompetenz!

(Beifall)

Respekt für deine Impulskontrolle! Respekt, dass du während der größten Krisen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges Zuversicht vermittelst! Respekt, dass du Deutschland besser machst und dass du Deutschland gerechter machst! Vielen Dank, Olaf!

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Danke, Kevin. – Dann ist das Redepult frei für Ronja.

(Beifall)

Ronja Endres, *Parteivorstand:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben den Mindestlohn auf 12 Euro angehoben, wir haben mit dem Bürgergeld die größte Sozialreform der letzten 20 Jahre erreicht, dreimal so viele Menschen wie zuvor in Wohngeld gebracht, Wohngeld verdoppelt, Renten erhöht, Erwerbsminderungsrente erhöht und Zuverdienste für Rentnerinnen und Rentner eingeführt, mehr Bafög für mehr Menschen ermöglicht, 4 Milliarden Euro in den Kitaausbau gesteckt, obwohl das eigentlich Landesaufgabe wäre, genossenschaftliches Wohnen gefördert, Geld für Sanierungen in Sportstätten zur Verfügung gestellt, Personalbemessung in Kliniken eingeführt, um Pflegekräfte zu entlasten, Ärztinnen und Ärzten ermöglicht, über Abtreibungsangebote zu informieren, Energiewende beschleunigt, Vermieter beim CO2-Preis zur Kasse gebeten, „Bündnis bezahlbarer Wohnraum“ gestartet, doppelte Staatsangehörigkeit, Chancenaufenthaltsrecht für gut integrierte arbeitende Menschen, Wahlrechtsreform angestoßen, um endlich den Bundestag zu verkleinern, Wahlalter bei der EU-Wahl auf 16 herabgesetzt, Rechtsanspruch auf Mindestversorgung beim Breitband-Internet geschaffen, Zeitenwende Doppelwumms! – Seid ihr noch dabei, liebe Genossinnen und Genossen?

(Beifall)

Ich könnte noch weitermachen, aber ich habe für meine Rede leider nur drei Minuten Zeit.

Wisst ihr aber, wer gerade so richtig gemütlich sich die Eier schaukeln lässt? – Ich komme ja aus Bayern, liebe Genossinnen und Genossen, und ich kann euch sagen: Markus Söder hetzt lieber im generischen Maskulinum gegen die Benachteiligten der Gesellschaft, liebe Genossinnen und Genossen,

(Beifall)

anstatt sich mal um bezahlbares Wohnen in Bayern zu kümmern, anstatt sich mal um die Krankenhäuser in Bayern zu kümmern, anstatt sich mal um die Energie für unsere starke Industrie in Bayern zu kümmern, liebe Genossinnen und Genossen. Und was kann ich euch da sagen? – Wir im Bundestag müssen jetzt diese Hausaufgaben für Bayern erledigen, weil es Markus Söder nicht auf die Kette gekriegt hat!

(Beifall)

Für uns, für die SPD, steht fest: Hetzen alleine und eiskalte soziale Kälte sind nicht das, was wir entgegensetzen, wenn der Wind um uns herum mal ein bisschen rauer wird, liebe Genossinnen und Genossen. Für mich steht fest: Nicht nur Deutschland, sondern alle Bundesländer – und ja, auch Bayern – wären besser gerecht, liebe Genossinnen und Genossen.

Daher mein Appell: Wir haben fantastische Arbeit in dieser Ampel geleistet. Ja, die Umstände sind schwierig, und ja, man kann sich auch immer noch ein bisschen mehr wünschen. Seid stolz, liebe Genossinnen und Genossen! Das war eine wirklich gute erste Hälfte der Regierung. Lasst es uns nach draußen tragen! Wir sind 600 Delegierte. Bitte liked eure und unsere Social-Media-Arbeit! Schaut, dass wir gemeinsam laut sind und darüber reden, was wir richtig gut gemacht haben, was wir noch besser machen können und was wir auch besser machen können als ein Markus Söder oder die anderen in der Union! Da muss ich jetzt wirklich net gendern, weil die meisten san männlich.

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Dann rufe ich Bengt Bergt auf.

Bengt Bergt, *Schleswig-Holstein:*

Moin, liebe Genossinnen und Genossen! Mein Name ist Bengt Bergt. Ich bin MdB. Ich bin im Klima- und Energieausschuss und war in meinem vorherigen Leben Betriebsratsvorsitzender bei einem großen Windenergiekonzern. Ich bin IG Metaller und darf mit meiner geschätzten Kollegin Katharina die AfA in Schleswig-Holstein führen.

Ich möchte ein paar Worte darüber verlieren, warum wir das mit dem Haushalt überhaupt machen und warum das so eine harte Herausforderung ist.

Zuerst: Wir haben viel richtig gemacht in den letzten Jahren. Wir haben manches richtig gemacht mit der Koa und durch die Koa, und manches haben wir trotz der Koalition hinbekommen. Die Inflation sinkt, die Löhne gehen rauf. Yasmin hat es vorhin schon gesagt. Das ist gut. Die Wirtschaft ist auf dem Sprung. Wir haben in diesem Jahr 15 Gigawatt erneuerbare Energien zugebaut. Das sind 20 Prozent unseres Strombedarfs überhaupt. Das ist das, was Frankreich überhaupt an nicht nuklearer Stromerzeugung hat. Das heißt, wir sind da eigentlich schon auf dem Sprung.

Gleichzeitig schließen hier trotzdem Werke für erneuerbare Energien. Die Solarindustrie ist wieder dabei abzuwandern. Die Windenergie hat das letzte Rotorblattwerk in Deutschland geschlossen. Ein Getriebehersteller hat sich aus dem Windenergiegeschäft herausgezogen, und der letzte Turmhersteller für Offshore-Windturbinen hat starke finanzielle Schwierigkeiten. Windenergiehersteller müssen trotzdem noch um Tarife kämpfen. Wir haben mit 128 Tagen den längsten Streik in Deutschland gesehen, den es in Deutschland jemals gab. Das war nicht irgendwann vor dem letzten Krieg – das war in diesem Jahr. Das waren die Kollegen von Vestas, die sich wirklich auf die Hinterbeine stellen mussten und 128 Tage durchgehalten haben. Dafür gebührt ihnen aller Respekt.

(Beifall)

Das hat genau die Signalwirkung erzeugt, die wir haben wollen. Das geht weiter bei Nordex. Es geht weiter bei Enercon. Es geht weiter in der kompletten Windenergie. Es ist trotzdem traurig, dass dafür gekämpft werden muss.

Wir wollen aber mal ein kleines bisschen in die Lieferkette reinzoomen; denn es hängt alles zusammen. Nehmen wir mal eine Schmiede aus dem Bergischen Land, die stellt Planetenräder für Getriebe her. Die wollen erst mal mit teurer Energie und viel Bürokratie ihr Getriebe herstellen. Dann wollen sie es transportieren. Dann ist kein Fahrer da, weil der in der Ukraine an der Front ist und für die Freiheit Europas kämpft. Dann geht das Ding in Richtung der Windenergiehersteller. Dort kriegen sie das Ding kaum zusammengezimmert, weil sie keine Leute finden, weil sie keine Tarife haben. Dann muss das Ding wieder transportiert werden. Das geht nicht über die maroden Straßen und Brücken und so weiter und so fort. Das ist genau das. Das ist dieser Investitionsstau, von dem alle reden. Das ist das, was die Firmen hier kirre macht. Das ist das, was den Betriebsräten auch die Argumente nimmt, wenn wieder ausgelagert werden soll, wenn der Chef wieder ankommt und sagt: Das geht jetzt nach Indien und nach China. – Da müssen wir ran! Das sind die Themen, die die Leute hier betreffen. Das ist Politik für die Leute, für die das hier hinten steht: für die Bürgerinnen und Bürger, für die Leute, die in Arbeit sind. Wir brauchen einen Industriestrompreis, der auch wirklich einer ist, der es diesen Firmen, die energieintensiv sind, ermöglicht, dann weiter auch für die Erneuerbaren zu produzieren. Wir brauchen eine finanzielle Absicherung für Investitionen in die Zukunft. Wir brauchen Investitionen in die Infrastruktur. Wir brauchen Brückenfinanzierung.

Das Wichtigste von allem ist: Wir brauchen für jede öffentliche Ausschreibung eine Vorgabe, dass deutsche und europäische Wertschöpfung endlich dort niederschlägt, wo sie niederschlagen muss, nämlich hier in Deutschland und Europa. Es muss belohnt werden, hier in Deutschland und Europa erneuerbare Energien herzustellen, und nicht bestraft werden. Das Schönste von allem ist: Das kostet keinen Cent. Es ist genug Geld da, es muss nur richtig verteilt werden. – In diesem Sinne herzlichen Dank!

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Danke, Bengt. – Ich rufe jetzt Stella auf.

(Beifall)

Stella Kirgiane-Efremidis, *beratende Delegierte:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Die Sozialdemokratie steht für Menschenrechte, Menschenwürde, Grundrechte, Soziales, Offenheit und für Respekt. 1985 bin ich in die SPD eingetreten, weil ich in meiner Kindheit unheimlich viel Diskriminierung und Verletzungen erfahren habe. Ein Mann hat mich in die SPD gebracht. Ein Gespräch mit Willy Brandt hat mir gezeigt, dass es für meine Probleme eine Lösung gibt, dass ich mich verkämpfen kann, dass ich eine politische Heimat finden kann. Diese politische Heimat ist meine SPD.

Meine SPD steht für die Menschen ein. Sie setzt sich für alle Menschen ein. Sie steht ganz klar gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit. Aus diesem Grund setze ich mich für die Schwächsten in unserer Gesellschaft ein, und aus diesem Grund setzt sich die Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt für die Schwächsten in unserer Gemeinschaft ein, für alle, die sich selbst nicht wehren können.

Wir von der AG Migration und Vielfalt waren, als der Koalitionsvertrag öffentlich wurde, froh, dass wir in dieser Regierung sind; denn wir hatten viele wichtige Aspekte darin. Und ich kann euch sagen: Seit Juni ist bei uns der Frust groß. Denn das, was seit Juni über Migration gesprochen wird, das geht wirklich auf keine Kuhhaut mehr.

(Beifall)

Es geht um das Wording, das wir benutzen, liebe Genossinnen und Genossen, die Sprache. Diese Sprache spiegelt nicht unsere SPD wider.

Fangen wir bei der „irregulären“ Migration an: Wann kam sie denn aufs Tapet? – 2017 hat die AfD dieses Wort erfunden. Und warum? – Damit man einfach von „Menschen mit Fluchterfahrungen“ wegkommt, damit man Migration nicht mit Menschen gleichsetzen kann. Denn „irregulär“ verursacht bei den Menschen Angst. Aber „Menschen mit Flucht“ verursacht Empathie.

Was bedeutet das für uns? – Wir als SPD dürfen dieses Wording nicht übernehmen. Nein, noch mehr: Wir müssen es vehement immer wieder abstreiten.

(Beifall)

Zweitens historische Erfolge betiteln, wenn diese vermeintlich mit Erfolgen zu tun haben, die Minderjährige in Abschiebehaft bringen können, oder wenn Abschiebungen im großen Stil angekündigt werden – nein, liebe Genossinnen und Genossen, das ist nicht das Wording der SPD, und das ist aber auch nicht unsere SPD.

(Beifall)

Wir haben heute die Möglichkeit, beim Initiativantrag01, in den schon einige wichtige Punkte auch von uns eingeflossen sind, wichtige Änderungen mit einfließen zu lassen. Wir bitten euch: Unterstützt uns dabei! Unterstützt die Anträge, die noch gestellt werden! Denn wir stehen für alle Menschen ein – nicht „gegen uns“ und „gegen euch“, sondern wir sind eine SPD, die für alle Menschen einsteht. Darum bitten wir euch heute; denn wir können es schaffen.

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Danke, Stella. – Dann darf ich Gustav Horn aufrufen.

Gustav Horn, *Parteivorstand:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich beobachte die deutsche Wirtschaftspolitik ja schon seit einiger Zeit. Ich habe die Ölpreiskrise schon bewusst erlebt, die deutsche Vereinigung, die Bankenkrise, die Euro-Krise, Corona – und jetzt das. Ich glaube, ich kann mit Recht sagen, dass die gegenwärtige Situation die schwierigste von all diesen Zeiten ist, obwohl die

auch nicht einfach waren. Wir sind in einer so labilen Lage durch die verschiedenen globalen Krisenentwicklungen, dass es eine hohe Regierungskunst ist, da durchzukommen. Und eine noch höhere Regierungskunst ist es, in einer solchen Zeit der Umbrüche, der Sorgen, der Nöte, der Unsicherheiten sozialdemokratische Inhalte auch durch die Regierung durchzusetzen.

Ich bin stolz, sagen zu können, dass die Kernforderungen der SPD aus dem Wahlprogramm alle umgesetzt wurden. Das sollten wir uns immer vergegenwärtigen. Aber die Kritik, dass dies gefühlt bei den Menschen nicht ankommt, ist auch richtig. Denn das erleben wir täglich auf den Marktplätzen, wenn Leute uns beschimpfen, wenn sie sagen: Ihr macht ja nichts. – Dann können wir 10, 20, 30 Maßnahmen aufzählen, was wir tatsächlich alles gemacht haben – und sie glauben es nicht.

Was folgt daraus? – Wir müssen tatsächlich auch das Gefühl der Menschen erreichen. Das können wir tatsächlich nur durch Gespräche, Gespräche und nochmals Gespräche. Es reicht auch nicht, zu sagen: Der Bundeskanzler muss das alles machen. – Ich bin nicht so autoritätsfixiert, dass ich mir alles von einem Bundeskanzler erhoffe,

(Beifall)

sondern wir – wir müssen das machen als Partei. Wir im Vorstand. Auch ich als Vorstandsmitglied stehe genauso in der Verantwortung, diese ganzen Leistungen an die Menschen zu bringen und ihr Gefühl dafür zu wecken, was wir alles in diesen schwierigsten Zeiten gemacht haben.

Und wir müssen uns zur Wehr setzen gegen den aufkeimenden Nationalismus, sei es von rechts oder links. Der Nationalismus, liebe Genossinnen und Genossen, ist Opium fürs Volk. Er lenkt ab von den wahren Problemen dieser Gesellschaft und versucht, den Menschen einzureden, dass die, die „da oben“ sind, alles schlecht machen, und „wir, die Populisten“, machen alles richtig. Nichts können sie! Nichts können sie!

Davor müssen wir die Menschen in diesem Land schützen. Gerade im nächsten Jahr bei diesen entscheidenden Wahlen in Ostdeutschland gilt es, die Auseinandersetzung für die liberale Demokratie in diesem Land zu wagen. Wir haben etwas vorzuweisen, wir müssen es nur Tag für Tag, Stunde für Stunde tun und auf die Menschen auf den Marktplätzen, in den Versammlungen zugehen und sagen, was wir alles erreicht haben und dass wir sie auch weiterhin durch diese Krise geleiten werden, die die schwerste in unserer Geschichte bisher ist. – Vielen Dank.

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Danke, Gustav. – Ich rufe jetzt Canan auf.

Canan Canli, *Schleswig-Holstein:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Mein Name ist Canan Canli. Ich bin 47 Jahre alt und lebe in Schleswig-Holstein. Auch ich bin Teil – und darauf bin ich sehr stolz – der AG Migration und Vielfalt. Und glaubt mir: Ich hätte heute gerne mit meinen 47 Jahren mit euch über Innenpolitik und Wirtschaftspolitik diskutiert und gerne auch hier meinen Beitrag geleistet. Aber dass ich mit 47 Jahren hier vor euch stehen muss in dem Land, in dem ich geboren wurde, und Themen aufgreifen muss, die mich und alle Menschen, die genauso wie ich hier sind, immer noch sehr angreifen und frustrieren, das ist nicht das, was ich mir von meinem ersten Bundesparteitag erhofft habe.

(Beifall)

Aber ich bin in dieser Partei. Und ich bin Sozialdemokratin. Das liegt daran, dass die Sozialdemokratie den erforderlichen Mut hat, Dinge beim Namen zu nennen und diese auch anzuerkennen. Dafür leisten wir – jeder von uns – seinen Beitrag.

Lieber Olaf, du hast heute zu Recht Dinge beim Namen genannt. Manche hast du vielleicht nicht nach dem, was ich erwartet habe, tituliert. Aber selbstverständlich ist Putin ein Despot. Und selbstverständlich stehen wir gegenüber den Menschen uneingeschränkt mit völliger Solidarität und beschützen jeden, der die völkerrechtswidrigen Angriffe überlebt und bei uns Schutz sucht. Aber dann erwarte ich auch, dass die Despoten, die heute und seit Monaten weitere völkerrechtswidrige Angriffe ausüben und vor allem einen Krieg gegen die Frauen erklärt haben, auch beim Namen genannt werden und dass nicht diejenigen, die es schon geschafft haben, zu überleben und hier Schutz zu suchen, abgeschoben werden.

(Beifall)

Erdogan greift seit Monaten völkerrechtswidrig in Rojava ein und tötet Menschen. Ich nenne auch Terrorregime und Regime wie dasjenige im Iran, das seit Monaten und Jahren menschenverachtend jeden einsperrt, der es nur wagt, freiheitlich zu denken. Wir als Sozialdemokraten waren diejenigen, die selbstverständlich mit der Bewegung von Jin Jiyan Azadi die feministische Revolution im Iran unterstützt und Solidarität gezeigt haben. Das muss auch anhalten; denn der Angriff hat nicht aufgehört.

Das gilt natürlich auch gegenüber dem Terrorregime der Taliban, das eine Geschlechterapartheid eingeführt hat. Denen haben wir versprochen, dass wir sie beschützen, dass wir sie rausholen. Dieses Versprechen haben wir nicht eingehalten. Frauen dürfen nicht mehr Frau sein. Menschen dürfen nicht mehr Mensch sein. Aber dass wir dann, wenn sie es schaffen, als Überlebende hier anzukommen, damit anfangen, sie nach Iran und Afghanistan abzuschieben, –

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Canan, deine Zeit ist leider abgelaufen!

Canan Canli, *Schleswig-Holstein:*

- das ist nicht die Menschlichkeit, das ist nicht die Humanität und das ist nicht die Solidarität meiner Partei. Das fordere ich hier heute ein. – In diesem Sinne Jin Jiyan Azadi! Hoch die internationale Solidarität!

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Danke, Canan. – Ich rufe jetzt Linda auf.

Linda Vierecke, *Berlin:*

Hallo, liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin Linda und seit März neu ins Berliner Abgeordnetenhaus gewählt und dort die Sprecherin für Umwelt und Klimaschutz. Im Leben vorher war ich längere Zeit in Bolivien in der Entwicklungszusammenarbeit. Ich glaube, dieser Kampf gegen den Klimawandel ist auch immer ein Kampf für die Ärmsten unserer Gesellschaft. Das konnte man da sehr genau sehen.

Als Journalistin habe ich die Klimabewegung aus nächster Nähe erlebt und die Verzweiflung, dass wir als Politik nicht genug tun. Mir geht es manchmal ähnlich. Gestern haben wir unseren Änderungsantrag eingereicht, klimaneutral zu wirtschaften und zu leben schon deutlich vor 2045. Der wurde hier von euch leider nicht angenommen. Dabei wissen wir genau, dass wir noch viel ambitionierter sein müssen, um die Klimaziele zu erreichen.

Deshalb vielleicht mal ein Wort an euch, die ihr in den Parlamenten oder lokal in Landesverantwortung seid und Dinge umsetzen könnt: Ich glaube, es ist wichtig und nicht immer einfach, an dieses Klimathema zu erinnern und auch richtig in die Umsetzung zu kommen und da Klimaschutz wirklich vorne anzuzielen, weil es eben auch immer Zielkonflikte gibt.

Ich möchte euch ein Beispiel aus dem Bereich Bauen und Umweltschutz nennen. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass wir mehr bauen müssen als je. Aber wir sind uns auch einig, dass wir für die nächsten 50 bis 100 Jahre bauen in einer Zeit, in der sich unser Land aufheizen wird. Wir brauchen deshalb ambitionierte Begrünung, Regenwassermanagement, Umweltschutz und Artenschutz. Das muss alles zusammengedacht werden.

Ich würde mir wirklich wünschen, dass wir am Ende das, was wir uns in unseren Leitantrag gepackt haben, dann auch in den Kommunen und vor Ort umsetzen, dass wir eben Klimaschutz mitdenken.

Und bitte, lieber Olaf, lass uns endlich rangehen an diese klimaschädlichen Subventionen! Lasst uns laut streiten für dieses Klimageld, und lasst uns hier in diesem Raum wirklich von Olaf einfordern, dass er auch wirklich unser Klimakanzler ist und an der Stelle liefert! Das muss ein Thema für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sein.

(Beifall)

Ich mache mir auch – genau wie alle hier – Sorgen um den Rechtsruck, den wir erleben. Im Parlament erlebe ich immer wieder, wie die AfD den menschengemachten Klimawandel leugnet. Was heißt das am Ende, wenn die AfD in der Verantwortung ist? Bauen wir dann keine Windkraftanlagen mehr? Ist Solar dann kein Thema mehr? – Ich glaube, genau das gilt es zu verhindern. Deshalb ist es wichtig, dass wir die Menschen jetzt auf dem Wandel mitnehmen, dass wir ihn ambitioniert und forsch gestalten, aber eben auch die Menschen mitnehmen auf einem Weg in ein gesundes Klima. – Vielen Dank. Freundschaft!

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Danke, Linda. – Jetzt haben wir Luise und dann noch für eine persönliche Erklärung Claudia Moll, die sich auch schon mal bereithalten kann.

Luise Lehmann, *Berlin:*

Hallo! Ich bin offensichtlich die Letzte auf der regulären Redeliste. Ich hoffe, ich werde euren Erwartungen gerecht. Ganz am Anfang möchte ich noch kurz anerkennen, dass diese Redeliste bis zum Ende quotiert und am Ende sogar überquotiert war. Ich finde, das kann uns mal einen Applaus wert sein.

(Beifall)

- Danke schön.

Liebe Genoss*innen, lieber Olaf, bitte, bitte, bitte lasst uns in der SPD keine Leitkulturdebatte à la Friedrich Merz starten! Das ist dieses komische grenzwertige Hobby, dem sich die Parteien rechts von uns verschrieben haben. Aber nur, weil die das machen, müssen wir nicht mitmachen.

Ich sage euch mal etwas: Auch nicht alle, die wie ich völlig ohne eigenes Zutun qua Geburt die deutsche Staatsbürgerschaft zugeordnet bekommen haben, finden die Nationalhymne geil oder Patriotismus geil – oder die deutsche Sprache, geschweige denn, dass sie die deutsche Sprache besonders gut können. Woher also kommt diese Idee, dass wir strengere Maßstäbe an Migrant*innen anlegen können? Das, liebe Genoss*innen, ist ungerecht und schafft noch mehr Nährboden für Ressentiments und Rassismus.

Ich glaube, ich spreche für einige hier im Raum, wenn ich sage: Olaf, das Spiegel-Cover war großer Mist!

(Beifall)

So etwas spaltet unsere Gesellschaft. Das darf nicht unsere Aufgabe sein als SPD. Das darf nicht Aufgabe meiner SPD sein.

Und ich muss auch ehrlich sagen: Mein Gefühl ist, für die linke Hälfte der Partei hat die Zeit seit der Bundestagswahl nicht unbedingt viel Spaß gemacht. Ich mag mir nicht vorstellen, wie es ist, so schwere Regierungsverantwortung in diesen Zeiten zu tragen und ob man gut schläft, wenn die Ideale der Partei, für die man regiert, regelmäßig an der Realität scheitern. Das ist bestimmt nicht so leicht.

Ich will nicht nur meckern. Es wurde gerade schon ganz viel gesagt. Es ist auch ganz viel Gutes durch die Ampel passiert und ganz viel erreicht worden. Aber ich bin seit über zehn Jahren Mitglied dieser Partei – und nie habe ich mehr und öfter mit meiner Mitgliedschaft gehadert als in den letzten Monaten. Deshalb bitte ich euch: Lieber Olaf, liebe Regierung, lieber Parteivorstand, bitte nordet euren Wertekompass noch einmal ganz genau ein! Lasst uns keine Partei der Spaltung sein, sondern eine Partei der Einigkeit, die Partei an der Seite der Arbeiter*innen und der Vulnerablen, die Partei der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität. – Auf in den Kampf! Freundschaft!

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Danke, Luise. – Claudia, bitte!

Claudia Moll, *Nordrhein-Westfalen:*

Tag zusammen! Eigentlich wollte ich gar nicht reden, aber ich habe mich eben so geärgert, dass ich gedacht habe, ich muss hier heute reden.

Liebe Leute, Politik ist immer Kompromiss! Für den einen ist es zu früh, und für den anderen ist es zu spät. Für den einen ist es zu viel, und für den anderen ist es zu wenig.

Was mich besonders geärgert hat, ist, dass hier auf einem solch schönen Parteitag, der bisher so toll gelaufen ist, unser Kanzler, unsere Parteispitze und wir angegriffen werden.

(Beifall)

Anstatt die Opposition anzugreifen, beschmeißen wir uns hier gegenseitig mit Dreck.

(Beifall)

Ich kann leider nicht anders. Und wenn wir Wahlen gewinnen wollen, auch im Osten, Leute, dann müssen wir brennen, damit wir in anderen etwas entzünden können, und nicht der Olaf! Und jetzt stellt euch mal vor, der Olaf wäre so wie ich! – Das geht nicht!

(Beifall)

Und noch ein Satz: Wer austeilt, der muss auch einstecken können!

(lebhafter Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Ganz herzlichen Dank, Claudia. Ein Plädoyer, das von vielen mit Applaus geteilt wird. Ich will trotzdem auch im Namen des Präsidiums noch einmal sagen, dass Buh-Rufe nicht okay sind und dass wir eine wertschätzende Diskussion brauchen von allen Seiten, die uns zusammenhält. Wir sind das Scharnier, das die Gesellschaft zusammenhält. Das müssen wir auch tun. Deswegen danke ich für alle Redebeiträge und übergebe jetzt für den Antragsberatungsschluss wieder an Anke.

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Dazu übernehme ich noch einmal ganz kurz. Wir haben, glaube ich, ganz gut vorberaten, was diesen Initiativantrag02 angeht. Alles, was es im Vorfeld an Änderungen gab, ist schon gut mit eingearbeitet worden. Deshalb würde ich nur noch einmal ganz kurz das Wort an Doris als Sprecherin der Antragskommission weitergeben. Dann können wir auch schon in die Abstimmung zu diesem Antrag einsteigen.

Doris Ahnen, *Antragskommission:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir hatten eine intensive Debatte, aber wir hatten keinen Änderungsantrag, weil bereits im Vorfeld der Initiativantrag mit dem Initiativantrag07 und dem Initiativantrag10 verschmolzen und zusammengebracht worden ist. Die wären dann bei Annahme des euch vorliegenden Initiativantrags02 erledigt. – Herzlichen Dank.

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Doris. – Dann kommen wir zur Abstimmung. Doris hat, glaube ich, für uns alle als Votum der Antragskommission „Annahme“ empfohlen. Wer diesem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich jetzt um ein Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist auch dieser Antrag einstimmig angenommen. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall)

Ich darf an dieser Stelle zu Aydan überleiten; denn wir machen in der Antragsberatung weiter und greifen ein neues Antragspaket auf.

ANTRAGSBERATUNG BEREICH INNERES, RECHT UND VERWALTUNG

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir machen sofort weiter und kommen schon zur Antragsberatung Inneres, Recht und Verwaltung.

Noch einmal für alle: Wir sind jetzt bei Inneres, Recht und Verwaltung. Wir rufen auf die Initiativanträge Ini14, Ini15, Ini16 und die Anträge I01 bis I57. Das sind die Seiten 421 bis 451.

Die Antragskommission empfiehlt, den Initiativantrag14 an die SPD-Bundestagsfraktion zu überweisen, den Initiativantrag15 anzunehmen und den Initiativantrag16 sowohl an den SPD-Parteivorstand als auch an die SPD-Bundestagsfraktion zu überweisen.

Aufgerufen sind zudem die Anträge, wie ich eben schon sagte, I01 bis I57 auf den entsprechenden Seiten.

Für die Antragskommission hat jetzt Doris Ahnen das Wort.

Doris Ahnen, *Antragskommission:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich kann es ganz kurz machen. Das Wesentliche hat Aydan schon gesagt. Wir sind im Antragsbereich Inneres, Recht und Verwaltung. Wir beschäftigen uns mit insgesamt 57 Anträgen. Zudem haben wir drei Initiativanträge. Das sind die Initiativanträge 14, 15 und 16.

Zu dem Initiativantrag14 empfehlen wir euch, den Antrag an die SPD-Bundestagsfraktion zu überweisen. Es geht darum, den Status des Internationalen Strafgerichtshofs zu ändern. Sogenannte Ökozide, also schwere Umweltverbrechen, sollen hier künftig zur Anklage gebracht werden können.

Wichtig ist: Der Initiativantrag15 widmet sich vor allen Dingen dem Förderprogramm „Demokratie leben“. Hier geht es darum, dass die vielen wunderbaren Beratungsprojekte nicht von einer Förderlücke bedroht sein dürfen. Deswegen schlagen wir euch vor, diesen Initiativantrag anzunehmen.

(Beifall)

Zu dem Initiativantrag16 empfehlen wir euch, ihn an den SPD-Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion zu überweisen. Es geht um die Forderungen nach einem AfD-Verbotsverfahren.

Es gibt darüber hinaus eine ganze Reihe von Anträgen, die sich mit dem Thema Waffenrecht befassen, die sich mit dem Thema Kampf gegen organisierte Kriminalität und Geldwäsche befassen, die den Bereich des Bevölkerungs- und Katastrophenschutzes aufgreifen und viele andere weitere Themen.

Im Bereich der Rechtspolitik geht es vielen hier vor allem um eine Stärkung des AGG vor dem Hintergrund, dass Diskrimi-

nierungserfahrungen verhindert werden müssen. Deshalb schlagen wir euch vor, dass wir uns positiv zu anonymisierten Bewerbungsverfahren positionieren.

Alle anderen Voten findet ihr in den entsprechenden Antragsbereichen. Ich freue mich jetzt auf eine anregende Debatte. Herzlichen Dank.

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Doris. – Mir liegen jetzt einige Wortmeldungen vor, die ich natürlich gerne aufrufen möchte. Ich hoffe, dass Melissa Butt aus Thüringen schon bereitsteht. – Wunderbar, sie ist auf dem Weg. – Ihr wird Oleg Shevchenko aus Thüringen folgen. Bitte schön, Melissa!

(Beifall)

Melissa Butt, *Thüringen:*

Wisst ihr alle, beim wievielten Dammbruch wir gerade in Thüringen sind? Ist euch das bewusst? – Wir in Thüringen haben nicht ganz so die Wahl, zu entscheiden, dass es uns nicht mehr interessiert. Gestern war es der fünfte. Nach gestern gab es noch nicht mal mehr einen Aufschrei. Es gab einfach in keinem großen Medienblatt – nirgendwo deutschlandweit – eine große Debatte darüber, dass die CDU, die FDP und die AfD schon wieder gemeinsam über ein verdammtes Gesetz abgestimmt haben. Vorher gab es Beratungen in den Ausschüssen. Alles ist total kontrolliert durchgelaufen, und zwar deswegen, weil sie keine Windräder in Waldflächen haben wollen. Die komplette Wirtschaft hat aufgeschrien und gesagt: „Wenn ihr das macht, kommen ganz viele große Standorte nicht mehr nach Thüringen!“, weil wir nicht alle sicher mit Energie versorgen können. Wir schaffen gerade ganz massiv Standortnachteile für Thüringen.

Und was erzählt die AfD immer? – „Uns geht es gut, wenn es den Ländern, wo wir stark sind, schlecht geht!“ Das fabrizieren sie gerade tagtäglich in Thüringen, weil sie schon die Macht dazu haben. Und ich sage euch allen: Wir müssen alle gemeinsam in jedem einzelnen Bundesland verhindern, dass sie mehr Macht bekommen.

(Beifall)

Wir stehen vor einem Flächenbrand. Es kann sein, dass dieser Flächenbrand manchmal nicht mehr ganz aufgehalten werden kann. Aber wir können ihn eindämmen. Und wir haben alle verdammt noch mal die Aufgabe, uns nicht wegzudrehen. Denn das, was da passiert, greift die Lebensgrundlage und die Gesellschaft, von der wir alle überzeugt sind, so konkret und so im Detail an, dass es uns nicht egal sein kann. Es kann uns nicht egal sein, was irgendwo im Saale-Orla-Kreis am zweiten Januar-Wochenende gewählt wird. Es kann uns nicht egal sein, was bei jeder einzelnen Kommunalwahl in Thüringen passiert; denn es wird nicht da bleiben.

(Beifall)

Es muss euch allen ein intrinsisches Anliegen sein, was da gerade passiert. Und das erlebe ich nicht, liebe Genossinnen und Genossen! Es geht um ganz viele Menschen, die auf gepackten Koffern sitzen und nicht wissen, ob das nach diesen Landtags- und Kommunalwahlen noch ihr Zuhause sein kann. Und was ist unsere Antwort an diese Menschen? – Ja, wir geben unser Bestes! Wir sagen das mal irgendwo in der Rede. Aber es passiert jetzt schon wieder: Wir greifen es noch nicht mal mehr in Debatten auf, und es kommt nicht mehr in den Medien vor. Wenn es nicht in Thüringen und

deutschlandweit in den Medien vorkommt, dann ist es auch an euch allen zu sagen: Okay, ich spreche das an! Von mir aus, wir machen die Debatte auf! Wir thematisieren das! Wir dramatisieren das! – Denn es ist dramatisch, und zwar für uns alle, für gesamt Deutschland.

(Beifall)

Lasst uns diesen Rechten den Kampf ansagen! Denn sie haben ihn uns angesagt. Wenn wir das verpassen, dann verpassen wir eine Stimmung, die nicht mehr einzufangen ist. Lasst uns das allen klar sagen und diesen Kampf gemeinsam angehen. Weil: Alerta! Und hoch den Antifaschismus!

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Melissa. – Jetzt hat Oleg das Wort.

Oleg Shevchenko, *Thüringen:*

Liebe Genossinnen und Genossen! „Ja, in Ostdeutschland", „Das ist doch das Problem der Ostdeutschen" – so häufig haben wir das gehört zum Thema Rechtsextremismus, als ob das nur dort ein Problem wäre. Wir haben doch spätestens jetzt mit der hessischen Landtagswahl so ein deutliches Signal bekommen: Nein, es ist ein gesamtdeutsches Problem. Eigentlich ist es ein europäisches, vielleicht sogar weltweites Problem, liebe Genossinnen und Genossen. Aber vielleicht legen wir im Zeichen dessen, dass wir im nächsten Jahr die Landtagswahlen haben, gerade einen anderen Fokus auf Ostdeutschland.

Ich selbst bin stellvertretender Vorsitzender des Vereins MOBIT e. V.: Mobile Beratung gegen rechts in Thüringen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von MOBIT, liebe Grüße gehen an euch raus! Ihr seid die, die sich tagtäglich mit Rechtsextremismus auseinandersetzen und die Zivilgesellschaft beraten, wie man gegen Rechte vorgehen kann. Ihr seid die, die absichern, dass Demokratie funktionieren kann. Ihr seid die, die Demokratie wirklich mit Handarbeit fördern. Und genau ihr seid die, die gerade darum bangen, ob es ab dem 1. Januar weitergeht, ob der Job überhaupt sicher ist, ob es darum geht, weiterhin diese wichtige, ja existenziell wichtige Frage für Demokratie und Arbeit zu erledigen. Mir macht es richtig Sorge. Ich kann den Beschäftigten – über zehn an der Zahl – nicht sagen: Ja, im Januar ist es vielleicht vorbei, wir müssen über eine Kündigung sprechen. – Aber genau dieses Gefühl ist gerade bei den Kolleginnen und Kollegen da.

Liebe Genossinnen und Genossen, deswegen ist es so wichtig für mich und auch für MOBIT und eigentlich für alle Beratungsprojekte gegen Rechtsextremismus, dass heute dieses Signal ausgeht und dass wir dem Ini15 eine richtig große Mehrheit geben, dass wir ihm vielleicht einstimmig zustimmen, aber auf jeden Fall eine deutliche Mehrheit geben. Wir brauchen den vorläufigen Maßnahmenbeginn. Ansonsten drohen sehr, sehr viele Projekte zu scheitern, die uns wichtig sind und uns als Sozialdemokratie wichtig sein müssen.

Ich will die Gelegenheit auch nutzen, noch einmal Danke an die Zivilgesellschaft zu sagen. Ihr habt sicherlich von der Kommunalwahl in Nordhausen vor mittlerweile mehreren Wochen gehört. Da haben wir es geschafft, innerhalb von zwei Wochen durch die Zivilgesellschaft ausreichend Leute zu mobilisieren, damit nicht ein absoluter Fascho Oberbürgermeister einer Stadt wird,

(Beifall)

wo eine KZ-Gedenkstätte existiert. Es ist völlig abstrus, dass wir das überhaupt diskutieren müssen. Und nur deswegen, weil die Zivilgesellschaft da war, haben wir es verhindert. Von daher ist auch dieser Antrag ein klares Bekenntnis und ein Zeichen an die Zivilgesellschaft: Wir stehen zu 1.000 Prozent hinter euch, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Von daher werbe ich sehr gerne für die Unterstützung dieses Initiativantrags. – Vielen Dank.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Oleg. – Die nächste Rednerin ist Stefanie Minkley aus Hessen-Süd. Ihr folgt Niklas Gerlach aus Sachsen-Anhalt.

Stefanie Minkley, *Hessen-Süd:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Nicht nur die Temperatur auf der Welt nimmt jährlich zu, sondern auch die Vergiftung der Flüsse, die Vermüllung der Meere mit Plastik und die Verschmutzung mit Öl, das Roden des Regenwaldes, also die Zerstörung der Lunge der Erde. Das ist bisher nicht strafbar, Genossinnen und Genossen.

Warum passiert das? – Na ja, weil Unternehmen nach kapitalistischer Logik ihren Gewinn maximieren müssen, weil Anteilhaber von Unternehmen sogar verklagen können, wenn sie auf Umweltzerstörung verzichten und deshalb weniger Gewinne einfahren. Damit muss Schluss sein, Genossinnen und Genossen!

Die Zerstörung der Umwelt, die Vergiftung von Flüssen gefährden den Lebensraum von Menschen, und zwar insbesondere der Ärmsten. Deshalb ist Umweltschutz auch ein genuin linkes Thema und ein genuin sozialdemokratisches Thema.

Im Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen haben wir die Erfahrung gemacht, dass an die Fraktion überwiesene Anträge manchmal in der Schublade verschwinden. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, bitte ich darum, den Initiativantrag14 zum Thema Ökozid – also Strafbarkeit von Umweltverbrechen – zu beschließen – und nicht nur zu überweisen – und entsprechend bitte gegen das Votum der Antragskommission einen Beschluss hervorzubringen, damit auch Deutschland sich international dafür einsetzen kann, dass Umweltverbrechen strafbar sind und dass es eine juristische Handhabe gegen Großkonzerne geben kann, die unsere Lebensgrundlage zerstören. – Vielen Dank.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Stefanie. – Jetzt kommt Niklas Gerlach. Ihm folgt Susi Möbbeck aus Sachsen-Anhalt.

Niklas Gerlach, *Sachsen-Anhalt:*

Liebe Genoss*innen! Ich habe es gerade schon kurz angesprochen. Ihr seht den Initiativantrag15 vor euch. Aber ich möchte es jetzt ein bisschen plastischer machen. Am 9. Oktober 2019 griff ein Rechtsextremist – ein Antisemit, ein Antifeminist – die Synagoge in Halle und den nahegelegenen Kiez-Döner an. Er ermordete Jana Lange und Kevin Schwarze. Seit 2019 betreut die Mobile Opferberatung Sachsen-Anhalt Angehörige und Überlebende des Anschlags. Sie unterstützt bei Ämtern, vor Gericht und gibt ihnen Halt. Unter den Betreuten sind beispielsweise der Vater von Kevin Schwarze, aber auch viele Jüdinnen, die am 9. Oktober in der Synagoge waren.

Gerade diese Jüdinnen durchleben seit dem 7. Oktober ein erneutes Trauma. Seit dem 7. Oktober steigt zusätzlich die Zahl bei den Antisemitismusstellen. So berichtet RIAS von einem Anstieg um 320 Prozent. Liebe Genoss*innen, nächstes Jahr jährt sich der Anschlag von Halle und Landsberg-Wiedersdorf zum fünften Mal. Es wäre ein fatales Zeichen, wenn da keine Unterstützung mehr da ist und die mobilen Opferberatungen ausgeblutet sind. Genau deshalb braucht es jetzt starke Stellen gegen Rechtsextremismus und gegen Antisemitismus.

(Beifall)

Es braucht Beratung und Betreuung. Dafür braucht es eben diese starken Beratungsstellen. Wenn wir den Kampf gegen Rechtsextremismus und gegen Antisemitismus ernst meinen, dann ist es die Aufgabe eines jeden Bundestagsabgeordneten und eines jeden Regierungsmitglieds, dafür zu sorgen, dass Paus und Lindner endlich in die Verantwortung kommen und diese Stellen freigeben. Es ist die Aufgabe, Druck zu machen und diese Stellen zu schützen, damit Betroffene von rechter Gewalt die Anerkennung erfahren, die sie verdienen.

Und dann: Schafft endlich das Demokratiefördergesetz! Unsere Solidarität gilt den Betroffenen und Überlebenden der Anschläge von Halle und Hanau. Wir gedenken den Ermordeten. Das darf nicht zur Phrase verkommen. Es braucht lückenlose Beratung und Unterstützung. Tragt das mit in den Bundestag! Nehmt diese Verantwortung wahr! – Vielen Dank.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Ganz herzlichen Dank. – Als Nächste folgt Susi Möbbeck. Ihr folgt Sophie Koch aus Sachsen.

Susi Möbbeck, *Sachsen-Anhalt:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Über das Gefährdungspotenzial durch Rechtsextremismus ist hier heute schon viel gesprochen worden. Seit vielen Jahren, eigentlich schon seit Jahrzehnten, arbeiten die Kolleginnen und Kollegen in den vielen Beratungsprojekten bundesweit daran, Opfer rechter Gewalt zu beraten, Kommunen zu beraten, wenn es um Strategien gegen Rechtsextremismus vor Ort geht, und auch Fachstellen einzurichten, um das Ausmaß von Rechtsextremismus und rechtsextremer Gewalt immer wieder zu dokumentieren. Genossinnen und Genossen, weil diese Projekte seit Jahren immer wieder nur von Jahr zu Jahr arbeiten, sind wir mit dem Demokratiefördergesetz angetreten. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben dafür gesorgt, dass das Demokratiefördergesetz im Koalitionsvertrag verankert ist. Mittlerweile hat es auch das Kabinett passiert. Aber es hakt jetzt wieder. Es hakt daran, dass die FDP es blockiert. Gerade heute, in dieser Situation, in der wir uns befinden, wo die Haushaltssituation unsicher geworden ist, zeigt sich noch einmal, wie wichtig es ist, Demokratiearbeit auf verlässliche Grundlagen zu stellen. Denn jetzt sind genau diese wichtigen Projekte akut bedroht, Genossinnen und Genossen. Es ist nichts, was irgendwann passiert.

Genossinnen und Genossen, bundesweit stehen Hunderte von Projekten akut vor dem Förderabbruch, wenn nicht in diesem Jahr noch etwas passiert. Genossinnen und Genossen, das dürfen wir in dieser Situation auf keinen Fall zulassen.

(Beifall)

Die Demokratieprojekte werden jährlich gefördert. Es gibt noch keinen Haushalt. Normalerweise erteilt man dann einen vorzeitigen Maßnahmenbeginn. So läuft das eigentlich immer. So läuft das auch, wenn sich eine Ministerin oder ein Ministerium dafür einsetzen und auch gegenüber dem Bundesfinanzminister klare Kante zeigen, dass das so nicht geht. Ich möchte, dass wir heute mit dem Initiativantrag 15 klar und deutlich die Forderung an die Bundesministerin Lisa Paus und auch an den Bundesfinanzminister Christian Lindner angesichts der Gefährdung der Demokratie richten, vor der wir stehen: Holla, die Waldfee, diese Projekte müssen über den 1. Januar kommen! Die müssen Bestand haben und dann auch Verlässlichkeit kriegen! Dann ist wirklich der Grund, im nächsten Jahr mit neuer Kraft das Demokratiefördergesetz auf den Weg zu bringen und rumzubringen. – Danke schön.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Susi. – Jetzt kommt Sophie Koch aus Sachsen. Ihr folgt Carmen Wegge aus Bayern.

Sophie Koch, *Sachsen:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben schon sehr viel zu Recht über die ostdeutschen Wahlen im nächsten Jahr gehört. Auch wenn wir wissen, dass die AfD kein ostdeutsches Problem ist, geht es zum Beispiel bei uns in Sachsen nächstes Jahr schlichtweg darum, unsere Demokratie zu verteidigen. Dabei rede ich nicht einmal von der Landtagswahl, sondern von unseren Kommunalwahlen. Denn da ist es jetzt schon gang und gäbe, dass du eine AfD- und CDU-Mehrheit hast. Ganz ehrlich, die Brandmauer der CDU in Sachsen ist nicht mehr als ein löchriger Gartenzaun.

(Beifall)

Deswegen geht es darum, nächstes Jahr nicht nur starke Wahlergebnisse für die SPD einzufahren, sondern wir müssen in Sachsen dafür sorgen, dass rechte Strukturen zerschlagen werden, dass aus Räumen des Hasses Räume der Demokratie werden. Bei uns geht es schlichtweg um eine starke, solidarische Gemeinschaft, die sich auch gegen Demokratiefeinde wehren kann.

Liebe Genossinnen und Genossen, das gelingt uns vor allem dank zahlreicher Vereine, die wir haben, die nicht wegschauen, wenn sich Demokratiefeinde breitmachen, die Kommunen beraten, wenn die Nazis mal wieder die örtliche Kneipe anmieten, die Opfer von rechter Gewalt beraten und sich um sie kümmern. Deren Mitarbeiter haben es oft nicht einfach – nicht nur, dass sie jetzt gerade darum bangen, ob sie nächstes Jahr noch gefördert werden, nein, die gehen auch morgens auf Arbeit und wissen nicht: Habe ich gerade die Scheiben eingeschlagen oder ist mein Name samt Adresse mal wieder in einem rechten Chat von den Freien Sachsen, dem Dritten Weg oder der AfD aufgetaucht? Diese Strukturen müssen wir als SPD stärken, unterstützen und schützen. Deswegen braucht es noch dieses Jahr einen Beschluss. Denn ohne Beschluss sind Vereine wie das Kulturbüro Sachsen, die Opferberatung RAA oder die Aktion Zivilcourage vor dem Aus. Deswegen tausend Dank für den Ini und auch danke, dass er angenommen werden soll.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Sophie. – Das Wort erhält Carmen Wegge.

Carmen Wegge, *Bayern:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Die AfD ist eine Gefahr für die Demokratie. Sie ist eine Gefahr für unser Land. Es wurde gerade sehr eindrücklich auch noch einmal von Sophie geschildert. Erst gestern haben wir die Nachricht bekommen, der dritte Landesverband der AfD ist als gesichert rechtsextrem eingestuft worden und die gesamte Partei gilt aktuell als rechtsextremer Verdachtsfall. Ende Februar erwarten wir das Urteil vom Oberverwaltungsgericht in Münster. Höchstwahrscheinlich wird es so ausgehen, dass die Gesamtpartei als Verdachtsfall auch rechtlich sicher eingestuft werden kann. Und spätestens seit der Landtagswahl in Bayern und in Hessen – ich selber wohne in Bayern und bin deshalb leidgeprüft – muss man einfach feststellen: Die AfD ist kein ostdeutsches Problem, die AfD ist ein gesamtdeutsches Problem.

(Beifall)

Unser Grundgesetz sieht Mechanismen vor. Die Menschen, die dieses Grundgesetz geschrieben haben, haben das im Lichte der Naziherrschaft geschrieben. Die haben gewusst, es kann passieren, dass unsere Gesellschaft möglicherweise wieder einzelnen Personen oder auch Parteien folgt, die diese Demokratie abschaffen wollen. Deswegen gibt es Art. 18 Grundgesetz und ja, deswegen gibt es auch Art. 21 Grundgesetz. Es steht in einem Grundgesetz, das nur mit einer Zweidrittelmehrheit geändert werden kann. Deswegen sind diese Maßnahmen dort so wichtig.

Ich rede hier zum Initiativantrag16 der SPD Frauen aus Nordrhein-Westfalen. Ich selber bin im Bundestag im Rechts- und im Innenausschuss und stellvertretende Sprecherin des Arbeitskreises Strategien gegen Rechtsextremismus. Ich möchte sagen: Wir als Arbeitskreis freuen uns, dass dieser Antrag an uns überwiesen werden soll. Denn wir setzen uns gerne damit auseinander, ob nicht geprüft werden muss, ob die AfD verfassungskonform ist oder nicht. Es ist ein Thema, das man sich in Ruhe anschauen muss, wo die Verfahren stimmen müssen, wo man mit Expertinnen und Experten spricht. Ich sage auch: An der Stelle ist es gut, dass so ein Antrag von Frauen kommt. Denn überall da, wo rechte Kräfte erstarken, fallen zuerst die Frauenrechte.

(Beifall)

Deswegen will ich an letzter Stelle nur sagen: Wir werden mit dem Antrag wohlweislich umgehen. Vielen Dank auch an die Antragskommission, die mit dem Votum eine gute Entscheidung getroffen hat. – Vielen Dank.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank für eure Wortbeiträge. – Die Redeliste ist abgeschlossen. Damit gebe ich das Wort noch einmal an Doris Ahnen für die Antragskommission.

Doris Ahnen, *Antragskommission:*

Vielen Dank auch für die unterstützenden Beiträge zu den Voten der Antragskommission. Wir haben uns das nicht leicht

gemacht. Ich brauche jetzt noch einmal eure Aufmerksamkeit, weil es an einer Stelle den Antrag gab, dem Votum der Antragskommission nicht zu folgen. Das war in dem Redebeitrag von Stefanie Minkley. Es geht um den Initiativantrag14. In diesem Initiativantrag14 geht es darum, den Status des Internationalen Strafgerichtshofs zu ändern, damit sogenannte Ökozide, also schwere Umweltverbrechen, hier künftig zur Anklage gebracht werden können. Ich will euch noch einmal darauf hinweisen: Ein solches Vorhaben muss im Parlament beraten werden und kann nur durch das Parlament beschlossen werden. Deswegen möchten wir als Antragskommission auch gerne bei dem Votum „Überweisung an die Bundestagsfraktion“ bleiben, die sich dieser Frage dann annehmen wird. Das ist dort richtig adressiert. Das Votum der Antragskommission sollte deswegen auch bitte übernommen werden.

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Doris. – Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung. Liebe Genossinnen und Genossen, ich bitte einmal kurz um eure Aufmerksamkeit. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um sein oder ihr Handzeichen. – Vielen Dank. Die Gegenprobe! – Es gibt einige Gegenstimmen. Vielen Dank. Enthaltungen? – Eine Enthaltung. Bei einigen Gegenstimmen wurde das Votum so angenommen.

Damit sind die aufgerufenen Anträge beschlossen. Vielen Dank auch dafür.

(Beifall)

ANTRAGSBERATUNG THEMENÜBERGREIFENDE ANTRÄGE

Wir machen jetzt noch den Sachbereich Th. Das dürfte relativ zügig gehen. Wir haben ja gleich Gäste. Deswegen wollen wir das noch schnell ansprechen. Aufgerufen sind die Anträge Th01 bis Th04. Sie befinden sich auf den Seiten 660 bis 695 im Antragsbuch. Die aufgerufenen Anträge sollen, wie im Antragsbuch empfohlen, beschlossen werden. Wortmeldungen liegen mir dazu bisher keine vor. Ist das richtig so? – Das scheint so richtig zu sein.

Dann gebe ich noch einmal das Wort an Doris Ahnen für die Antragskommission, bevor wir gleich zur Abstimmung kommen.

Doris Ahnen, *Antragskommission:*

„Themenübergreifende Anträge“ sagt es ja schon: Das ist einfach ein breites Spektrum, was hier behandelt wird. Wir haben die Anträge alle votiert. Es stecken viele kluge Hinweise darin. Dort versuchen wir, sie zu adressieren, damit sie auch entsprechend übernommen werden können. Es sind aber auch eine Reihe von Dingen, die angesprochen werden und einfach noch der intensiveren Beratung bedürfen. Deswegen überweisen wir sie. Ich glaube schon, dass keine Wortmeldungen vorliegen, zeigt, dass in diesem Antragsbereich nichts Problematisches enthalten ist und dass man, glaube ich, guten Gewissens dem Votum der Antragskommission folgen kann.

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Doris. – Liebe Genossinnen und Genossen, wir schreiten sofort zur Tat. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön. Wer stimmt dagegen? – Da sehe ich jetzt gar keine Stimme. Wer enthält sich? – Da sehe ich auch keine Stimme. Dann ist auch dieser Bereich „Themenübergreifende Anträge“ so beschlossen worden.

WAHL DER KONTROLLKOMMISSION

Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen jetzt zum Aufruf zur Wahl der Kontrollkommission. Das sind neun Mitglieder. Nach § 31 Abs. 1 Organisationsstatut sind neun Mitglieder der Kontrollkommission zu wählen. Es gilt prinzipiell das Gleiche wie bei der Wahl der Beisitzer des Parteivorstands. Das Verfahren unterscheidet sich nur insofern, als bereits im ersten Wahlgang die einfache Mehrheit genügt. Unser Statut lässt grundsätzlich eine offene Wahl der Kontrollkommission nach § 3 Abs. 2 e) der Wahlordnung zu. Das wiederum ist situationsabhängig. Sofern es nicht mehr Kandidaturen als Positionen gibt, kann offen gewählt werden, und das ist in diesem Fall ja auch der Fall.

Es liegen uns folgende Wahlvorschläge vor: Renate Drewke aus Nordrhein-Westfalen, Hannah Fischer aus Bayern, Angelika Matt-Heidecker aus Baden-Württemberg, Walter Meinhold aus Hannover, Marko Mühlstein, Brigitte Reckmann aus Nordrhein-Westfalen, Dr. Thorsten Rudolf aus Rheinland-Pfalz, Norbert Schmitt aus Hessen und Elke Schreiber aus Schleswig-Holstein.

Die Wahlvorschläge Angelika Matt-Heidecker, Hannah Fischer und Norbert Schmitt sind hier erst nach Antragsschluss eingegangen. Wir schlagen euch vor, diese dennoch heute so zu wählen. Ich frage euch deshalb zunächst einmal: Erhebt sich Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann verfahren wir auch so.

Wir haben also neun Kandidat*innen. Gemäß § 3 Abs. 2 e) der Wahlordnung kann die Wahl der Kontrollkommission offen erfolgen, weil wir nun genau neun Kandidaturen für die neun zu besetzenden Funktionen vorliegen haben. Das Präsidium schlägt euch auch vor, offen zu wählen. Gibt es dazu eine Gegenrede? – Auch das sehe ich nicht.

Dann können wir über die eben aufgerufenen Kandidatinnen und Kandidaten gemeinsam offen abstimmen. Das machen wir jetzt so. Wer diesem Wahlvorschlag zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Das sieht schon sehr gut aus. Vielen Dank. Die Gegenprobe! – Ich sehe keine Gegenstimmen. Wer enthält sich möglicherweise? – Auch das sehe ich nicht. Dann sind diese neun Kandidatinnen und Kandidaten einstimmig gewählt. Ganz herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Aydan fragt gerade, was wir jetzt machen. Wir warten auf Pedro Sánchez, Lars und Olaf, die, glaube ich, draußen aber noch von Journalistinnen und Journalisten aufgehalten werden. Von daher müssen wir jetzt ein kleines bisschen Parteitagsflexibilität haben, damit wir dann mit der Begrüßung weitermachen können.

Ein wichtiger Hinweis aber für alle: Wir haben das heute schon bei den vielen Debatten erlebt, die heute anstehen. Heute ist unser Tag, um unsere Internationalität zu zeigen und uns auch für die Europawahl gut aufzustellen. Für alle, die auf diese Bereiche warten und da auch schon ganz begierig sind, ihre Wortmeldekarten abzugeben: Das kommt alles noch, genauso wie unsere Debatte zum Migrationsantrag. Alle, die sich darauf vorbereiten wollen – keine Sorge, das wird heute alles noch aufgerufen. Auch keine Sorge, trotz der Arbeit, die noch vor uns liegt – wir haben ja auch noch die Wahl für die Schiedskommission vor uns , der Parteiabend wird heute Abend stattfinden, und das vor 24 Uhr. Da bin ich ganz optimistisch. Für alle, die sich darauf freuen, auch da sei an der Stelle Zuversicht signalisiert.

Ich warte an der Stelle tatsächlich auf ein Signal, aber so wie es aussieht, dauert es noch einen kleinen Moment. Ihr merkt gerade, das passiert, wenn das Präsidium zeitmäßig super unterwegs ist.

(Beifall)

Bis jetzt haben wir miteinander tatsächlich gut im Zeitrahmen gearbeitet, und so wollen wir das ja auch weitermachen.

Was vielleicht an der Stelle ganz gut ist: Geht gut und gerne – nicht jetzt, wenn wir so wichtige Reden vor uns auf der Tagesordnung haben – auch in die Ausstellungshalle und zu den verschiedenen Verbänden. Gespräche für sozialdemokratische Inhalte, erst recht mit den befreundeten Organisationen, sind auch da gut angesetzt. Geht da gerne auch nachher oder morgen einmal vorbei, wenn ihr die Möglichkeit habt. Es gibt viele Dinge, die man sich anschauen kann und wo Gespräche auch tatsächlich herzlich willkommen sind.

Die Hoffnung, dass unsere Gäste sofort kommen, war noch ein bisschen trügerisch, aber es kann nicht mehr lange dauern. Aber es ist auch wirklich nicht sinnhaft, diese Pause mit irgendwelchen Antragsberatungen zu füllen, weil wir dann nämlich unterbrechen müssten. Das möchte auch niemand. Aber ich finde es super, wie diszipliniert alle schon auf ihren Plätzen sind und warten. Großes Lob und großen Dank an euch und an die Delegation!

(Beifall)

Jetzt ist es so weit. Ich darf ganz herzlich in unserer Mitte Pedro Sánchez zusammen mit Lars, unserem Parteivorsitzenden, und Olaf, unserem Bundeskanzler, begrüßen.

(Beifall)

Wir sind sehr, sehr froh und sehr glücklich, dass wir mit Pedro Sánchez einen engen Freund und Partner der SPD heute auf unserem Bundesparteitag begrüßen dürfen.

(starker, lang anhaltender Beifall)

Nachdem vorne auch Platz genommen wurde, will ich das noch einmal ganz offiziell machen. Lieber Pedro Sánchez, wir freuen uns außerordentlich, dass du bei uns bist. Erst kürzlich wurdest du als Regierungschef wiedergewählt, und als Vorsitzender unserer Schwesterpartei PSOE freuen wir uns, dass du unserem Bundesparteitag heute angehörst und mit uns nachher auch in den Austausch trittst. Deswegen sage ich ganz glücklich und sehr zufrieden: Bienvenido, Pedro Sánchez! Herzlich willkommen auf dem Bundesparteitag der SPD.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben heute sehr viel über Demokratien und die Bedeutung von Demokratien gesprochen. Auch in unserer Demokratie macht eine Regierung Entwürfe. Sie ist natürlich wichtig, aber beschlossen werden diese Dinge im Parlament von den Abgeordneten. Der Vorsitzende der Regierungsfraktion im Deutschen Bundestag, Rolf Mützenich, ist hier bei uns. Ich freue mich jetzt sehr auf sein Grußwort. – Bitte schön, Rolf.

(Beifall)

REDE DES VORSITZENDEN DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Rolf Mützenich, *Vorsitzender der Bundestagsfraktion:*

Liebe Aydan, ganz herzlichen Dank. – Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist mir eine Ehre, euch die Grüße von 207 sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten auszurichten, von einer Gemeinschaft, liebe Genossinnen und Genossen, die solide, solidarisch und gleichzeitig selbstbewusst ist. Das ist eine große Voraussetzung für den Erfolg der Sozialdemokratischen Partei, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

In der Tat: Es gab in den 160 Jahren für die SPD nie einfache Zeiten, und jede Zeit hat ihre Voraussetzungen gehabt, ihre Herausforderungen, aber letztlich auch ihre Antworten. Ich bin mir ganz sicher, dass in den letzten zwei Jahren die 207 Abgeordneten alles dafür getan haben, dass die Sozialdemokratische Partei auf dem Platz ist im Parlament und aus dem, was die Regierung macht, noch etwas Besseres macht. Und auch das, liebe Genossinnen und Genossen, ist uns gelungen.

Als Zweites ist genauso wichtig: Dass die Kolleginnen und Kollegen sich um ihre Wahlkreise gekümmert haben, entweder dort, wo sie direkt gewählt worden sind, oder auch, wo sie noch zusätzlich Verantwortung getragen haben. Die Fraktion hat in den zwei Jahren ganz genau darauf geachtet, dass diese Voraussetzungen von uns im Rahmen unserer Möglichkeiten auch gelingen; denn am Ende weiß jeder: Nicht in Berlin wird man gewählt, liebe Genossinnen und Genossen, sondern am Ende im Wahlkreis. Deswegen kommt es letztlich darauf an, mit euch, Genossinnen und Genossen der Sozialdemokratischen Partei, das beste Bild zu geben, und das tun die Abgeordneten aus unserer Fraktion.

(Beifall)

Das andere ist das Wichtige, was erarbeitet worden ist. Es wird euch nicht wundern, dass in den zwei Jahren schon mehr als die Hälfte des Koalitionsvertrags abgearbeitet wurde. Ich habe eben gesagt, was besser gemacht worden ist. Lasst mich nur drei Dinge hervorholen. Ich könnte auch noch viele andere Fragen nennen. Ich will bei einem auch ganz konkret sozialdemokratischen Thema beginnen, nämlich mehr BAföG für mehr junge Menschen.

(Beifall)

Das war eine ganz wichtige Voraussetzung auch in dieser Legislaturperiode, und es ist wichtiger für die, die darauf gewartet haben.

Zum anderen die Kommunen. Sie wollen, dass wir sie unterstützen. Achim und viele andere haben gestern noch mal etwas zu den Fragen der Schulden gesagt, dass wir das eben tragen wollen und dass wir auf die Ministerpräsidenten von der Union warten, dass sie uns das endlich ermöglichen. Aber da, wo wir das können – und das ist nur ein Beispiel -, haben wir uns dafür ausgesprochen, gerade die Sportstätten stärker zu sanieren mit Bundesmitteln, damit die Menschen eben nicht nur Sport treiben, sondern in dieser Gemeinschaft auch ihre soziale Aufgabe wahrnehmen können. Das war aus unserer Sicht ein ganz wichtiger Punkt.

Ein Drittes will ich vielleicht auch an die sagen, sie so schnell immer wieder vergessen. Wir haben den § 219a aus dem Strafgesetzbuch ersatzlos gestrichen,

(Beifall)

gegen die Union und gegen die AfD. Das haben wir in der Vergangenheit nicht geschafft. Das war wichtig gewesen, auch für das Selbstbewusstsein insbesondere der Frauen und der Genossinnen.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, wahrscheinlich noch wichtiger ist, dass wir soziale Rechte verankert haben – für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für Familien, für junge Menschen, für Menschen, die erkrankt sind. Ich habe nichts gegen Nächstenliebe. Nächstenliebe ist eine schöne Gabe. Aber auf Mildtätigkeit kann man sich in Krisen nicht verlassen. Deswegen ist es die Daseinsberechtigung der Sozialdemokratischen Partei, soziale Rechte zu verankern und dass der Staat in der Not bereitsteht, und wenn er es nicht gewährt, dass man das dann auch vor Gericht erstreiten kann. Das ist die Daseinsberechtigung und auch das Versprechen, was die Sozialdemokratische Partei in der Vergangenheit, aber auch in der Zukunft gibt, und dafür steht diese SPD Bundestagsfraktion.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben noch einiges vor. Ich will nur zwei Dinge benennen: Das Tariftreuegesetz für die Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Das ist das wichtig, weil es das Beispiel und die Voraussetzung ist, wovon dieser Staat auch immer wieder gelebt hat, dass nämlich Souverän in einer Demokratie soziale Sicherheit hat, und das schafft er nicht, indem allein um Transferleistungen gestritten wird, sondern indem der Wert der Arbeit anerkannt wird. Darum geht es der Sozialdemokratischen Partei und eben auch unserer Fraktion, liebe Genossinnen und Genossen. Und wenn noch mehr Mitbestimmung draufkommt, dann ist das gut, und das ist dann auch noch eine große Erfolgsbilanz für die nächste Zeit.

Und ja – Lars hat gestern davon gesprochen: – Unsere Partei feiert ihr 160-jähriges Bestehen. 160 Jahre eines Auftrags, den wir uns selbst, aber den uns eben auch die Menschen gegeben haben. Unsere Fraktionen, liebe Genossinnen und Genossen, ist in diesen 160 Jahren verankert.

Wenn ich es mir mal erlauben darf, möchte ich euch eine Begebenheit erzählen, wozu ich eingeladen wurde und die mich bis heute berührt. Ich bin in Droyßig im Burgenland gewesen. Dort ist eine Fahne wieder aufgetaucht. 160 Jahre alt ist diese Fahne, überschrieben mit dem „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“. Da haben sich Frauen damals zusammengesetzt, und diese Fahne ist in ihren Händen entstanden. Diese Fahne, liebe Genossinnen und Genossen, hat vieles überstanden: das Sozialistengesetz, den Ersten Weltkrieg, die Teilung unseres Landes. Aber insbesondere hat diese Fahne die Verfolgungen durch die Nationalsozialisten überstanden. Und wie ist das geschehen? Indem sich die Frauen damals entschieden haben, bei einer Genossin diese Fahne im Kinderbett einzunähen, und so vor den Nationalsozialisten versteckt haben. Deswegen hat diese Fahne überlebt.

Dass wir sie heute haben, dass wir sie berühren dürfen, ist ein großes Vermächtnis für die Sozialdemokratische Partei, weil wir auch den Verfolgungen, liebe Genossinnen und Genossen, durch die Nationalsozialisten widerstanden haben. Deswegen sage ich auch sehr deutlich an alle die: Es ist nicht nur in unserer Überzeugung verankert, sondern wir haben auch ein Gespür für die Gefahren, insbesondere auch für die Gefahren, die unserem Land drohen. Deswegen können nur Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus dieser Überzeugung und aus dem Gespür all denjenigen sagen: Hört gut zu, was zurzeit in diesem Land passiert!

Ich möchte an alle die, die da meinen, sie hätten den Luxus, sich aus Verärgerung, oder weil sie sich vielleicht missverstanden fühlen, eine Partei zu wählen, die eben alles dafür tut, die Demokratie zu zerstören, die sollten sich mal anhören, was der Propagandaleiter Höcke im letzten Jahr von sich gegeben hat. Er hat nämlich davon gesprochen, liebe Genossinnen und Genossen und liebe Bürgerinnen und Bürger, dass junge Menschen, die ein Handicap haben, die eine Behinderung haben, die mit einer Behinderung geboren wurden oder die möglicherweise durch Krankheit oder durch

einen Unfall diese Behinderung als Schicksal heute haben, dass diese Kinder und Jugendlichen eine Belastung in diesem Land sind. Und allein das ist eine Schande!

(Beifall)

Da sollten die Leute gut zuhören, was diejenigen sagen, die dieser AfD den Weg weisen wollen. Aber weil wir das Gespür und die Überzeugung haben, sagen wir auch gleichzeitig an die Menschen da draußen im Land: Am Ende wird es nicht nur bei den Kindern und Jugendlichen bleiben. Dann kommen die Kranken, dann kommen die, die auf den Mindestlohn angewiesen sind, und dann kommen die, die so leben möchten, wie sie fühlen. Und da muss ich sagen: Wehret den Anfängen! Das muss nach draußen gesagt werden.

(lebhafter Beifall)

Und das tut die Fraktion, indem sie in den Sitzungswochen diesem Furor, der von dieser Seite immer wieder ausgeübt wird, alles entgegensetzt.

Aber zum Zweiten tun wir auch noch etwas anderes. Wir kümmern uns darum, dass dieser Staat handlungsfähig bleibt und gleichzeitig ein starker Staat wird. Wir erleben manche Diskussion – nicht nur im Deutschen Bundestag, sondern auch da draußen , die sich in Krisenzeiten nämlich eine Meinung leisten, die nicht auf ihre Kosten geht, sondern auf die Kosten der arbeitenden Klasse. Und wenn ich mir das Gequassel von einigen anhöre, die im letzten Jahr gesagt haben, na ja, die deutsche Industrie kann doch mal gut in den Winterschlaf gehen, dann haben wir in der Fraktion, aber auch die Sozialdemokratische Partei widersprochen, denn wir wollten Arbeitsplätze sichern, und deswegen haben wir uns auch eingesetzt, um alles dafür zu tun, dass dieser Staat mit einem sozialdemokratischen Bundeskanzler an der Spitze nicht den Bach runtergeht, sondern dass wir für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gestritten haben, diese Krise zu überwinden. Das bleibt auch unsere Aufgabe in dieser Legislaturperiode, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deswegen ist das keine Theorie, dass wir uns dafür eingesetzt haben – das haben insbesondere die Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss getan -, dass wir für 2024 einen guten Haushalt auf den Weg bringen. Das spricht ja für Abgeordnete – ich habe eben gesagt: solide, selbstbewusst und auch zukunftsgewandt , dass wir manches, was aus wenigen Ressorts gekommen ist, was uns vor die Füße gekippt wurde, wieder korrigiert haben. Wir haben zum Beispiel in unseren Haushaltsberatungen gesichert, dass die Freiwilligendienste wieder das Geld erhalten, was sie brauchen, die Migrationsberatung.

(Beifall)

Letztlich aber insbesondere auch 800 Millionen Euro zusätzlich für die Eingliederungshilfe zur Arbeit.

(Beifall)

Deswegen kann ich nur sagen, Herr Lindner: Das sind keine Kleinigkeiten. Und wenn Sie meinen, die vorläufige Haushaltsführung sei kein Problem für dieses Land, dann kann ich nur namens der 207 Abgeordneten widersprechen. Ich weiß, dass wir es so nicht mehr erreichen werden, aber dass wir dafür bis zum Schluss gekämpft haben. Ich heute auch sagen: Wir werden alles dafür tun, auch wenn nicht mehr der Deutsche Bundestag in seiner Gänze den Haushalt für das Jahr 2024 beschließen kann – insbesondere auch für die Gespräche, die wir in den nächsten Stunden und nächsten Tagen noch führen , dass der Haushaltsausschuss die richtige Wegmarke ist, um denen Sicherheit zu geben – das interessiert nicht jeden in dieser Regie-

rung , die nämlich auf diese Mittel angewiesen sind. Darum geht es. Dafür kämpfen wir, gerade auch für den Haushalt 2024.

(Beifall)

Ich hoffe, Pedro, ich nehme mir nicht das Recht, dir zu den internationalen Themen Zeit viel wegzunehmen. Ich möchte aber trotzdem noch zwei, drei Dinge sagen.

Ja, liebe Genossinnen und Genossen, wir leben in kriegerischen Zeiten. Die Zahl der Kriege hat in den letzten Jahren wieder dramatisch zugenommen. Es ist nicht bei einem Krieg geblieben. Was diese Kriege zusätzlich so gefährlich, so verheerend macht, ist, dass sich gleichzeitig auch eine neue internationale Ordnung findet. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben immer eine klare Richtschnur für die internationale Politik bereit, und wir können glücklich sein, dass wir dies mit Partnern, mit anderen auch in das Völkerrecht gegossen haben. Das Völkerrecht ist die Richtschnur auch für das internationale Handeln von Regierungen.

Deswegen – Olaf hat es heute so deutlich gesagt -, was die Ukraine braucht und was auch andere Länder brauchen, die überfallen wurden: Sie haben ein Recht auf Selbstverteidigung und eben auch auf Unterstützung aus Art. 51 der Charta der Vereinten Nationen.

(Beifall)

Genau das ist das Bild, dass manche meinen, sie könnten in der internationalen Politik nur den Schalter zwischen null und eins wählen. Das geht oft nicht. Gleichzeitig sind alle Länder gehalten, in diesen Auseinandersetzungen auch das humanitäre Kriegsvölkerrecht zu beachten. Die Demokratien, liebe Genossinnen und Genossen – davon sind wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten überzeugt , sind die ersten Adressaten des Völkerrechts, weil nur wir diejenigen sind, die wissen, was im Inneren, aber auch im Äußeren das Recht bedeutet. Deswegen müssen wir gleichzeitig sagen: Wenn auf der einen Seite das Selbstverteidigungsrecht ist, ist es auf der anderen Seite auch die Verpflichtung, das humanitäre Kriegsvölkerrecht – insbesondere auch den Schutz der Zivilisten – zu garantieren.

(Beifall)

Das, liebe Genossinnen und Genossen, nur das können und müssen sich Demokratien untereinander sagen können. Das ist die Voraussetzung für ein friedliches Zusammensein. Wenn ich auf der anderen Seite sage, das Selbstverteidigungsrecht ist gewährt, schließt es letztlich anderes nicht aus. Wenn auf der einen Seite in der Charta der Vereinten Nationen der Art. 51 steht, steht auf der anderen Seite der Art. 1. Und wenn man das von der Rangfolge her sieht, ist in diesem Art. 1 niedergelegt, dass sich alle Länder in dieser Staatengemeinschaft für den Frieden einsetzen müssen. Und wenn der Frieden gebrochen ist, müsste eigentlich der Sicherheitsrat reagieren. Aber er reagiert nicht, schon lange Jahrzehnte. Die Generalversammlung hat oft nicht die Kraft, an seine Stelle zu treten. Deswegen ist es auch richtig, dass ein Bündnis von Staaten, wenn es dann gut gewillt ist, sich vielleicht auch an die Stelle setzt und immer wieder auch nach Auswegen sucht.

(Beifall)

Deswegen ganz persönlich an den Bundeskanzler, an Olaf gerichtet: Olaf, ich danke dir, weil du auf der einen Seite die militärische und – das vergessen wir ja immer -, die humanitäre und wirtschaftliche Hilfe gegenüber der Ukraine und anderen Ländern, die in Kriegen sind, immer wieder eingehalten hast als derjenige, der für dieses Land, für die Regierung steht, der aber gleichzeitig Ausschau gehalten hat, liebe Genossinnen und Genossen, ob es vielleicht nur den kleinen Spalt einer Möglichkeit gibt, sich auf einen Nicht-Krieg zuzubewegen, auf einen Waffenstillstand, auf eine Feuerpause, woraus noch mehr gelingen kann.

Ich kann nur für mich sprechen, aber ich weiß um viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die erkannt haben: In diesem Wandel der internationalen Ordnung liegt auch eine Chance. Wenn wir uns mit den Ländern, die in einer Partnerschaft mit uns sein wollen, gemeinsam auf den Weg machen, dann ist das die richtige Erkenntnis, die Willy Brandt und viele andere auch gehabt haben, wenn sie damals über den globalen Süden gesprochen haben. Lasst uns daran wieder anknüpfen.

Olaf, ich bin dir dankbar, dass du diesen Weg gegen alle Widerstände – manchmal auch aus dem einen oder anderen Bereich der Regierung – immer wieder gegangen bist. Wir wollen dich dabei auch weiterhin unterstützen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Zum Schluss zwei persönliche Bemerkungen, die ihr mir hoffentlich erlaubt. Ich bin sehr verunsichert, wie manchmal in der herbeigeredeten deutschen Öffentlichkeit ein Kriegsdiskurs geführt wurde. Ich glaube, in anderen Ländern war das etwas anders, etwas besonnener und manchmal auch etwas bescheidener. Ich hätte nie gedacht, liebe Genossinnen und Genossen, dass mehr über Krieg gesprochen wird als davon, wie man einen Krieg beenden kann,

(Beifall)

und das, um das ganz klar zu sagen, nicht über die Köpfe von anderen hinweg, sondern mit den Mitteln, zu denen sich die Sozialdemokratische Partei immer bekannt hat: Zur Diplomatie. Warum das eigentlich ein Fremdwort gewesen ist, habe ich nie verstanden, auch das, was uns oder auch mir entgegengeschlagen ist. Wenn man sich überhaupt in dieser Auseinandersetzung für Diplomatie ausgesprochen hat, dann war das doch nicht, um mit einem Kriegsverbrecher zu verhandeln, sondern um deutlich zu machen, dass wir keine Chance unterlassen, um dieser Diplomatie vielleicht auch eine Chance zu geben. Wer, wenn nicht wir muss genau in diese Richtung auch weiterhin denken?

(Beifall)

Olaf ist gegen manchen Einspruch, der vielleicht gut gemeint war, im letzten Jahr für wenige Stunden nach Peking gereist, hat dort auch mit Präsident Xi, der ein Land repräsentiert, das mit Sicherheit zukünftig die internationale Ordnung mit prägen wird, ernsthafte Gespräche geführt, was möglich ist und wo auch Einfluss geübt werden kann. Er hat es – das vergessen wir ja immer – gerade vor dem Hintergrund gemacht, als im letzten Jahr Russland massiv auch mit dem Einsatz von Kernwaffen gedroht hat. Es war wirklich ein großes Ergebnis, worüber manchmal einfach auch drüber hinweggegangen wird, dass du an der Seite des chinesischen Präsidenten die Zusage bekommen hast, dass das nukleare Tabu, dass niemals Atomwaffen eingesetzt werden dürfen in kriegerischen Auseinandersetzungen, dass ihr das gemeinsam erreicht habt. Das war ein großer Wert, und ich bin mir sicher, es hat uns vieles erspart. Vielen Dank dafür!

(Beifall)

Umso mehr bin ich entsetzt, dass in diesen Tagen das Gequassel, wenn ich das mal sagen darf, auch aus Deutschland wieder beginnt, dass wir zum Beispiel mit deutscher Unterstützung auf Atomwaffen zurückgreifen sollten. Ein ehemaliger Außenminister meint, dies zu erzählen, vielleicht auch der eine oder andere Wissenschaftler, gut gemeint, aber was das in dieser Situation bedeutet, das hat Olaf gezeigt. Wir müssen alles versuchen, dass niemals wieder in Kriegen Massenvernichtungswaffen eingesetzt werden. Das ist unser Widerspruch. Wenn die anderen nicht Nein sagen, sagen wir Nein.

(Beifall)

In dem Leitantrag steht – das ist ja auch immer das, was die DNA der Sozialdemokratischen Partei gewesen ist: Natürlich müssen wir auch Fehler bekennen, auch Missverständnisse. Ich will das auch für mich ganz persönlich sagen: Ich habe das imperiale Denken, obwohl ich den Aufsatz von Präsident Putin damals gelesen habe, komplett unterschätzt. Aber ich will auch denen, die da draußen sagen, sie hätten immer schon alles gewusst, sagen: Manchmal habe ich bei euch den Eindruck, ihr behauptet das, weil ihr euch reinwaschen wollt von etwas, wo ihr eben nicht nur nicht aufgepasst habt, sondern weil ihr nicht ertappt werden wollt bei eurer Hybris. Und ich sage euch: Ihr habt vorher auch manchen Fehler gemacht. Deswegen glaube ich, für eine Demokratie spricht eher, aus Fehlern zu lernen, und nicht nur zu behaupten, man hätte immer alles besser gewusst, lieber Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

In diesem Selbstbewusstsein will ich enden.

Es gibt in Deutschland den Versuch, die Entspannungspolitik der Sozialdemokratischen Partei von Willy Brandt und vielen anderen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und von denen, die damals in Europa mit uns an Seite an Seite gestanden haben, in eine Linie mit dem Angriffskrieg von Präsident Putin zu bringen. Welche Schande ist das, über etwas zu reden, was die friedliche Überwindung einer Konfliktformation für die Welt bedeutet hat, wo in Europa tagtäglich hätte Krieg ausbrechen können? Diejenigen, die uns damals diese Entspannungspolitik mit auf den Weg gegeben haben, für die entschuldigen wir uns nicht, sondern wir stehen zu dieser Entspannungspolitik, und ich bin mir ganz sicher, auch die größte Mehrheit in diesem Land. – Vielen Dank. Glückauf und Freundschaft!

(starker, lang anhaltender Beifall)

***Katja Pähle,** Tagungspräsidium:*

Lieber Rolf, herzlichen Dank für deine Rede zum Parteitag und für dein Wirken an der Spitze der Bundestagsfraktion.

(Beifall)

Ich glaube, wir alle sind unseren Bundestagsabgeordneten der Fraktion sehr dankbar, dich an die Spitze der Fraktion gewählt zu haben. Vielen Dank dafür.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir würden jetzt in den Sachbereich A einsteigen, und zwar mit der Einbringung des Leitantrags A1 durch Lars Klingbeil. Aber bevor wir das machen, gibt es für uns alle noch kurz etwas zu sehen. Danach erhält Lars das Wort.

(Video-Einspieler – Beifall)

EINBRINGUNG DES LEITANTRAGS A01

***Lars Klingbeil,** Parteivorsitzender:*

Liebe Genossinnen und Genossen, bienvenido a Berlin estimado companero Pedro!

(Beifall)

Damit soll es das mit dem Spanisch auch gewesen sein. Mein Spanisch ist so gut wie mein Latein, liebe Genossinnen und Genossen.

Lieber Pedro, wir freuen uns wahnsinnig, dass du heute zu unserem Parteitag hier nach Berlin gekommen bist, frisch wiedergewählt als spanischer Premierminister. Du hast dich mutig in den Wahlkampf getraut, du hast für ein offenes Spanien gekämpft, und du hast gegen die Rechtspopulisten und Nationalisten in Spanien gewonnen. Dazu ein herzlicher Glückwunsch. Herzlich willkommen hier bei uns in Berlin!

(lebhafter Beifall)

Lieber Pedro, wir haben im letzten Monat in Malaga beim Kongress der Europäischen Sozialdemokraten erlebt, mit welcher Leidenschaft du und mit welcher Leidenschaft unsere Schwesterpartei für den sozialdemokratischen Gedanken und für ein starkes Europa kämpfen. Heute bist du als Gast bei uns, und ich kann dir versichern: Du hast mit der deutschen Sozialdemokratie einen leidenschaftlichen, einen verlässlichen, einen starken Partner an der Seite, wenn es darum geht, das soziale Europa voranzubringen, und wenn es darum geht, die Rechten, die Rechtsextremen und die Rechtspopulisten in Europa zu bekämpfen. Das machen wir gemeinsam, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Beim Kongress in Malaga habe ich auch die 25-jährige Anat Shoshany getroffen. Unsere israelische Schwesterpartei Awoda hatte sie mit auf den Kongress gebracht. Anats 72-jährige Großmutter, Adina Moshe, wurde am 7. Oktober von der Hamas nach Gaza verschleppt. Am Tag, als die Hamas mit ihrem brutalen Terror Israel in Schrecken versetzte, die Welt schockierte, als die Hamas 1.200 unschuldige Zivilistinnen und Zivilisten brutal ermordete und Hunderte entführte.

Wir haben schnell aus der demokratischen Mitte unseres Landes heraus die volle Solidarität mit Israel zum Ausdruck gebracht. Es ist unsere historische Verantwortung, dass jüdisches Leben geschützt wird. Liebe Genossinnen und Genossen, dieses Signal ist klar aus der demokratischen Mitte dieses Landes ergangen.

(Beifall)

Lieber Herr Botschafter Prosor, lieber Ron, wir freuen uns, dass du heute hier auf dem Parteitag bei uns bist. Du stehst auch für die enge Verbindung, die unsere Partei zum Staat Israel hat. Du hast es immer wieder zum Ausdruck gebracht, und ich will hier für uns als Sozialdemokratie festhalten: „Nie wieder“ hat kein Schlussdatum, „Nie wieder“ ist eine Haltung, und die deutsche Sozialdemokratie hat diese Haltung geprägt.

(Beifall)

Ich bin der Bundesregierung und Olaf Scholz, unserem Kanzler, persönlich dankbar für die klare Haltung, für die diplomatischen Kraftanstrengungen, die in enger Abstimmung mit unseren internationalen Partnern in den letzten Wochen unternommen wurden. Das Engagement ist auch entscheidend dafür, um die Eskalation in der Region zu verhindern. Es ist den diplomatischen Initiativen zu verdanken, dass in den letzten Tagen so viele Geiseln befreit wurden. Auch Adina Moshe, die Großmutter von Anat. Sie ist am 24. November nach 49 Tagen in Geiselhaft freigekommen.137 Geiseln sind noch in Gaza aber noch in Geiselhaft, und wir fordern die sofortige Freilassung Ich bin dankbar, dass die Bundesregierung dafür so viel unternimmt.

(Beifall)

Israel hat das Recht, sich gegen den Terror der Hamas zu wehren und sicherzustellen, dass solche Terroranschläge nicht wieder passieren.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir sehen auch die schreckliche humanitäre Lage in Gaza, die vielen toten Zivilistinnen und Zivilisten, die vielen toten Kinder. Das bricht uns das Herz. Wir sehen auch, dass hier in Deutschland Bürgerinnen und Bürger mit Angehörigen oder Verwandten, die sie in Gaza haben, leiden, Leid, das durch den feigen Angriff und die Terrorherrschaft der Hamas über sie gebracht wurde. Ihr Leid ist Teil unserer Gesellschaft. Genauso wie das Leid der Israelis, die Angst um die Zukunft ihres Landes haben. Und wenn ich manche politische Debatte erlebe, wo ich den Eindruck habe, man muss sich entscheiden, ob man das eine Leid teilt oder das andere: Nein, wir sind der Meinung, dass jeder tote Zivilist einer zu viel ist, wenn unschuldiges Leben verlorengeht. Deswegen: Leid ist nicht unteilbar, liebe Genossinnen und Genossen. Das machen wir deutlich.

(Beifall)

Es ist gut, dass die Bundesregierung und die Europäische Union die humanitäre Hilfe für Gaza vervielfacht haben, dass humanitäre Feuerpausen dafür sorgen, dass Verletzte versorgt und Hilfsgüter verteilt werden können. Das alles ist im Sinne des Völkerrechts, und ich will es für uns hier festhalten: In diesem Krieg müssen völkerrechtliche Maßstäbe die Grundlage sein, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Die weisen Worte des ehemaligen israelischen Ministerpräsidenten Jitzchak Rabin möchte ich auch heute in Erinnerung rufen. Er sagte, Israel müsse den Terror bekämpfen, als gäbe es keine Verhandlungen, und Verhandlungen führen, als gäbe es keinen Terror. Und auch wenn der Weg zu einer Zwei-Staaten-Lösung heute weit weg scheint, so ist die Zwei-Staaten-Lösung die Voraussetzung für nachhaltigen Frieden in der Region. Deswegen werden wir uns als Sozialdemokratie auch weiterhin dafür einsetzen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, als ich vor zwei Jahren Parteivorsitzender geworden bin, habe ich mir vorgenommen, die internationale Politik der SPD neu zu beleben, Partnerschaften in Europa, enge, historisch gewachsene Bündnisse mit Schwesterparteien überall auf der Welt zu stärken, für eine gerechte Globalisierung, sozialen Klimaschutz, ein friedliches Miteinander, gegen die immer stärker werdenden Kräfte von rechts. Das war noch vor dem 24. Februar 2022 und lange vor dem 7. Oktober 2023. Wer hätte damals gedacht, dass die internationale Politik so in den Fokus rückt?

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine ist eine Zäsur in der Friedensordnung in Europa, eine Zäsur für die internationale Politik. Der 24. Februar markiert eine Zeitenwende. Als Parteivorsitzender habe ich die Internationale Kommission damit beauftragt, sozialdemokratische Antworten auf diese Welt im Umbruch zu geben. Das haben wir in den vergangenen zwei Jahren intensiv getan, intern in der Kommission, aber auch öffentlich auf Veranstaltungen mit dem Geschichtsforum, mit unserer Grundwertekommission, mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, mit unseren Mitgliedern, mit dem Netzwerk Feministische Außenpolitik, mit den Jusos, mit Expertinnen und Experten überall in Deutschland und auch im Ausland. Ich bin stolz darauf, dass wir diesen langen, intensiven Prozess gemeinsam geführt haben, und der Leitantrag, über den wir jetzt diskutieren werden, ist ein Ergebnis all dieser Diskussionen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir können stolz darauf sein, dass wir so intensiv über internationale Themen diskutieren.

(Beifall)

Aber es ist nicht nur die Diskussion. Ich freue mich, heute auch den neuen Vorsitzenden unserer türkischen Schwesterpartei CHP, Özgür Özel, hier empfangen zu können.

(Beifall)

Lieber Özgür, Deutschland und die Türkei verbindet eine enge Freundschaft. Millionen Türkinnen und Türken leben in unserem Land, sind Deutsche geworden. Das macht unser Land stärker, unsere Wirtschaft innovativer, unsere Kultur reicher. Das, was in der Türkei passiert, das beschäftigt auch uns hier in Deutschland. Als im Februar diesen Jahres in der Türkei die Erde bebte, als knapp 60.000 Menschen ums Leben kamen und Millionen Existenzen zerstört wurden, da hat uns das auch hier schwer getroffen. Deutschland hat mit der Türkei geweint.

Auf Einladung der CHP habe ich gemeinsam mit Serpil und mit Nils Ende März das Erdbebengebiet besucht. Die große Hilfsbereitschaft vor Ort hat uns zutiefst beeindruckt. Nach der Rückkehr nach Berlin haben wir unseren Mitgliedern eine E Mail geschrieben und um Spenden gebeten, weil wir dort in einem Notlager gesehen haben, dass die Kinder keinerlei Beschäftigung haben. Wir wollten ein Kinderspielzelt beschaffen und brauchten 5.000 Euro. In wenigen Tagen habt ihr als Parteimitglieder 30.000 Euro gespendet. Von dem Geld konnte eine Sozialarbeiterin eingestellt werden, ein Schulzelt errichtet werden, Freizeitaktivitäten für die Kinder finanziert werden. Ein kleiner, aber relevanter Beitrag. Mir hat das noch mal deutlich vor Augen geführt: Die SPD redet nicht nur von internationaler Solidarität, nein, liebe Genossinnen und Genossen, wir leben diese internationale Solidarität auch sehr konkret. Darauf können wir stolz sein, und das habt ihr mit vorgelebt.

(Beifall)

Es gab Zeiten, da hat das Internationale in unserer Partei keine große Rolle gespielt. Das darf nicht wieder passieren. Wir sehen doch heute, wie alles zusammenhängt. Die Pandemie hat uns das vor Augen geführt. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat uns das spüren lassen. Und am Ende haben internationale Konflikte auch immer eine enorme gesellschaftliche Sprengkraft für unsere Demokratie und unser Zusammenleben. Von daher ist es wichtig, dass wir als SPD der Ort sind, an dem internationale Politik diskutiert wird. Wir sind die Partei, die Außenpolitik weiterdenkt, die Debatten anstößt und die Brücken baut, um internationale Konflikte nicht zu Zerwürfnissen auch in unserem Land führen zu lassen.

Ja, wir müssen uns auch selbstkritisch fragen, was wir vor dem 24. Februar anders hätten machen können. Wir müssen uns fragen, was wir für die Zukunft lernen können, und dann müssen wir es auch tun. Als Parteivorsitzender war es mir wichtig, die Fehler und die Fehleinschätzung der Sozialdemokratie aufzuarbeiten. Das haben wir konsequent gemacht, auch öffentlich. Wir sind übrigens die einzige Partei in Deutschland, die das getan hat.

(Beifall)

In Deutschland gab es über viele Jahre einen von weiten Teilen der Gesellschaft getragenen Konsens, dass eine enge Beziehung zu Russland gut für uns ist, dass eine enge Beziehung gut für Russland ist, gut für ein friedliches Europa. Das war die Grundlage unseres Handelns. Dabei haben wir aber verkannt und nicht gesehen, dass sich die Rahmenbedingungen dieser Beziehung längst verändert hatten, dass das russische Regime unter Putin immer repressiver, aggressiver geworden ist, revisionistisch geworden ist. Auf der Suche nach Gemeinsamkeiten haben wir das Trennende nicht gesehen. Liebe Genossinnen und Genossen, es war ein Fehler, sich vom System Putins nicht früher zu distanzieren.

(Beifall)

Russland hat sich aus dem System der gemeinsamen Sicherheit und der gemeinsamen Werteorientierung verabschiedet. Heute geht es darum, Sicherheit vor Russland zu organisieren. Aber anstatt die eigene Russland-Politik aufzuarbeiten, haben Konservative in den letzten beiden Jahren ernsthaft versucht, das Erbe von Willy Brandt mit Schmutz zu bewerfen. Ich werde es als Vorsitzender nicht zulassen – Rolf hat es gerade angesprochen -, dass das Erbe von Willy Brandt beschädigt wird. Ich bin stolz auf die Politik von Willy Brandt. Seine Außenpolitik war immer ein Dreiklang, ein Dreiklang aus Diplomatie, einem klaren Blick auf die Menschenrechte und internationales Recht, der Unverrückbarkeit von Grenzen und drittens der militärischen Stärke. Willy Brandt und Helmut Schmidt wussten: Die Hand, die man ausstreckt, muss eine starke Hand sein. Aber ja, wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen dafür, in den internationalen Beziehungen die Hand auszustrecken. Das wollen wir auch zukünftig tun.

(Beifall)

Die Werte, die unsere Außen- und Sicherheitspolitik leiten, sind seit über 100 Jahren ein gutes Fundament unserer Politik. Frieden. Freiheit, internationale Gerechtigkeit, Solidarität, das sind unsere Leitlinien, Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit unsere Ziele. Und genau deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, ist es so wichtig, dass wir heute fest an der Seite der Ukraine stehen.

Das haben Rolf Mützenich und ich auch bei unserem Besuch in Kiew im März dieses Jahres gegenüber Präsident Selenskyj deutlich gemacht. Ich erinnere mich an diesem Tag an ein beeindruckendes Gespräch, dass wir mit dem Vorsitzenden der ukrainischen sozialdemokratischen Plattform, Bohdan Ferens, der auch heute hier ist, dass wir mit dir, lieber Bohdan, hatten. Du hast gesagt, im Krieg ist morgen immer von großer Unsicherheit geprägt. Aber die Perspektive, Teil der Europäischen Union zu werden, gibt den Menschen in der Ukraine Hoffnung für die Zukunft. Lieber Bohdan, liebe Ukrainerinnen und Ukrainer, wir stehen an eurer Seite. Ihr seid Teil der Europäischen Union. Ihr habt die SPD fest an eurer Seite.

(Beifall)

Es ist die Europäische Union, die uns zeigt, dass Kooperation uns stärker macht als Konfrontation und Konflikt, dass Demokratie und Rechtsstaatlichkeit die Freiheit unserer Bürgerinnen und Bürger schützt. Die europäische Idee steht für Frieden, für Freiheit und für Wohlstand. Und wie großartig Europa ist, wird einem immer wieder bewusst, wenn man sich einmal aus den tagespolitischen Debatten rauszieht. 27 Nationalstaaten, die eine gemeinsame Sache machen, die eine gemeinsame Stärke entwickeln. 450 Millionen Bürgerinnen und Bürger. Kein Land profitiert so stark von der Europäischen Union wie Deutschland. Jeder vierte Arbeitsplatz hängt vom Export ab. Mehr als die Hälfte unserer Exporte geht in die Europäische Union. Wenn es unseren europäischen Partnern gutgeht, dann ist das in unserem Eigeninteresse. Ohne ein starkes Europa kann auch Deutschland nicht stark sein, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wenn die AfD in diesen Tagen davon redet, dass wir aus der Europäischen Union austreten sollten. und von einem Europa der Vaterländer fabuliert, dann muss man klar benennen: Die legen die Axt an Jobs an, an gute Löhne, an Industrie, an Sicherheit und Wohlstand. Das gibt uns Europa. Deswegen wird auch diese Europawahl so wichtig. Die Europawahl nächstes Jahr wird darüber entscheiden, ob diejenigen vorne sind, die Europa stärken wollen und Europa voranbringen wollen, oder ob diejenigen gewinnen, die Europa abwickeln und zurückdrehen wollen. Wir kämpfen gegen diese rechten Kräfte, und wir tun das mit Katarina an der Spitze. Liebe Katarina, wir freuen uns auf den Europawahlkampf mit dir. Aber es geht um verdammt viel, und deswegen kämpfen wir an deiner Seite, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Diesen Kampf führen wir auch weltweit. Im August letzten Jahres konnte ich Präsident Lula im Wahlkampf in Brasilien unterstützen. Damals war er noch der Kandidat. Jetzt habe ich ihn letzte Woche hier in Berlin wiedergetroffen, diesmal als Präsident. Eines seiner wichtigsten Anliegen ist die globale Vernetzung der progressiven Kräfte im Kampf gegen rechts. Wir brauchen mehr Kooperationen, mehr Solidarität, mehr gemeinsame Lösungen. Deswegen bin ich dankbar, dass wir als SPD eine Kooperationsverabredung mit der PT in Brasilien abgeschlossen haben, dass wir uns engagieren wollen gemeinsam im Kampf gegen rechts, im Kampf für mehr Klimapolitik. Wir haben mit anderen Parteien – etwa in der Mongolei – auch diese Kooperationsverabredung getroffen.

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist wichtig, dass wir auf andere Länder außerhalb Europas schauen. Die Welt ist voller Umbrüche, und wir müssen doch wieder stärker auf den globalen Süden schauen. Rolf hat es gerade angesprochen. Da geht es nicht darum, dass wir anderen Ländern sagen, wie sie sein sollen, sondern dass wir uns bewusst machen: Wir führen einen internationalen Wettbewerb auch gegen Kräfte wie China und Russland. Da geht es darum, dass wir die besseren Partner sind, dass wir Kooperationsangebote machen, dass wir diesen Ländern auf Augenhöhe begegnen, nicht moralisch von oben herab, sondern auf Augenhöhe mit gleichberechtigten Angeboten. Aber es ist auch richtig, dass wir sagen: Wir wollen, basierend auf unseren Werten, Verantwortung und Führung übernehmen, und das nicht Staaten wie China und Russland international überlassen.

(Beifall)

Deswegen will ich hier auch noch mal sehr klar sagen: Lieber Olaf, ich bin dir dankbar, dass du als Bundeskanzler genau hier ansetzt. Was war das für eine hysterische Debatte im letzten Jahr, als es genau um die Frage ging, die Rolf angesprochen hat, ob unser Bundeskanzler nach China reist? Eine hysterische Debatte über Tage. Aber dann standest du dort neben Xi Jinping. Dann gab es die klare Aussage an Russland, die klare Botschaft: Keine Drohung mit nuklearen Waffen, kein Einsatz. Ja, es ist doch richtig, liebe Genossinnen und Genossen, dass unser Bundeskanzler nach China reist. Es ist doch richtig, dass man vorträgt, was in unserem Interesse ist. Es ist doch richtig, dass man die globale Kooperation sucht und ein gemeinsames Signal an Russland gesandt hat. Lieber Olaf, danke dafür, dass du das gemacht ist. Es ist gut, dass unser Bundeskanzler international unterwegs ist.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, der vorliegende Antrag bietet Antworten auf eine Welt im Umbruch, sozialdemokratische Antworten. Ich finde, das war eine gute Diskussion in den letzten zwei Jahren, und ich freue mich, dass wir jetzt hier diese Debatte auch auf dem Parteitag führen. Ich bin dankbar für alle, die sich eingebracht haben, und ich freue mich jetzt darauf, dass als Nächstes hat der frisch wiedergewählte spanische Ministerpräsident Pedro Sánchez das Wort. Pedro, komm gerne zu uns auf die Bühne. Schön, dass du da bist!

(lebhafter Beifall)

REDE DES MINISTERPRÄSIDENTEN VON SPANIEN PEDRO SÁNCHEZ

Pedro Sánchez, *Premierminister von Spanien, Secretario General del Partido Socialista Obrero Español, PSOE*

Ganz herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. – Liebe Genossinnen und Genossen! Wenn es in der Politik etwas Revolutionäres gibt, dann ist es, das Richtige zu tun. Richtig ist es, in Zeiten von Ungewissheiten und tiefgreifenden Umwälzungen, wie wir sie gerade erleben, Initiative und Entschlossenheit zu zeigen. Das Richtige zu tun, bedeutet, dass man sich nicht in Melancholie hingibt oder in Trägheit verfällt, sondern Mut zeigt, um Veränderungen voranzubringen, so wie es auch

euer Motto ist: Für ein gerechteres Deutschland.

Lieber Olaf, danke dafür, dass du das tust, was richtig ist.

(Beifall)

Danke für deine Visionen, die grüne und digitale Transformation in diesem großartigen Land voranzubringen. Danke auch für deinen Mut, die Veränderungen in Deutschland voranzubringen. Ich kann dir sagen: In Brüssel und in Madrid wirst du mich immer an deiner Seite finden.

(Beifall)

Du kannst dich auf mich verlassen. Du kannst dich auf die spanischen Sozialdemokraten verlassen. Wir werden all die Kämpfe und Herausforderungen meistern, die uns vereinen.

Hier bei der SPD möchte ich sagen: Für mich als Generalsekretär der sozialdemokratischen Partei Spaniens ist die Gegenwart hier auf dem Parteitag mehr als eine großartige Ehre. Es ist beinahe eine moralische Verpflichtung. Wir spanischen Sozialisten sind dieser großartigen Partei zu großem Dank verpflichtet. Nicht nur dafür, dass ihr uns geholfen habt, die Sozialdemokratie in Spanien zu stärken, sondern weil die SPD entschieden dazu beigetragen hat, die Demokratie in meinem Land zu festigen. Ganz herzlichen Dank dafür.

(Beifall)

Wir werden dieses Beispiel brüderlicher Hilfe nie vergessen. Wir werden nie vergessen: In den dunkelsten Momenten der spanischen Geschichte wart ihr ein Licht der Hoffnung, der Inspiration. Ihr habt uns die Hand gereicht, damit mein Land vorangehen konnte, wenn es am dringendsten war.

Heute richte ich mich an euch als spanischer Sozialdemokrat und möchte, dass ihr auch mich als ein Mitglied dieser großartigen Familie der SPD betrachtet; denn ich bin einer von euch.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir leben in Zeiten von Ungewissheiten und Umbrüchen. Die Realität wird immer komplizierter und die Zukunft ungewisser. Die Technologie hat unser Leben verändert, wie wir uns bislang noch nicht vollständig genau vorstellen können. Der Klimawandel bedroht die Zukunft unseres Planeten. Wir haben gerade eine nie zuvor erlebte Pandemie überstanden. Und wir dachten, wir haben militärische Konflikte in Europa zurückgelassen. Aber jetzt sehen wir sie in der Ukraine und auch im Nahen Osten.

Aber unabhängig davon, wie tiefgreifend die Veränderungen sind: Einige Gewissheiten sind genauso stark. Wir wissen, dass Ungleichheit eine zersetzende Kraft ausübt, die Koexistenz und Frieden untergräbt. Wir wissen, dass die Bildung die beste Investition in eine Gesellschaft ist. Wir wissen auch, dass ein öffentliches Sicherheitsnetz angesichts von Unglücksfällen eine Garantie für Fortschritt ist.

In einer Zeit von großen Ungewissheiten ist es gut, dass man den Grundsätzen und Werten treu bleibt, die uns auszeichnen, nämlich die Werte der Sozialdemokratie. Die Europäerinnen und Europäer haben dies mit leidvoller Erfahrung gelernt. Wir wissen, dass Hass und Angst gefährliche Viren sind, Viren, die tödlich für die Demokratie sein können. Die Rechtsextremen verstehen das sehr gut. Sie wissen, wie man den Virus verbreitet. Leider hat dieser Virus im Moment

Eingang gefunden in viele rechte Politik in vielen Bereichen Europas und in der Welt. Die Welt steht an einem Scheideweg. Wir sehen das in fortgeschrittenen Demokratien wie den USA. Wir wissen nicht, was bei der nächsten Wahl in den USA passieren wird. Aber auch in der Vergangenheit in Brasilien und jetzt in Argentinien. Wir in Europa sind Zeugen davon.

Ein globaler Kampf wird ausgetragen zwischen der Wissenschaft und Leuten, die Wissenschaft leugnen, zwischen der Gleichheit, die durch Feminismus vertreten wird, oder den Privilegien von Sexismus, zwischen sozialer Gerechtigkeit oder Ungleichheit, zwischen Achtung der Menschenrechte oder der Barbarei des Kriegs, zwischen Kultur oder dem Rückgang zur Zensur, zwischen demokratischer Achtung oder den populistischen Beleidigungen der Extremisten.

Und das ist es, was auf dem Spiel steht, hier, zum jetzigen Zeitpunkt. Entweder kann die Demokratie Sicherheit bieten, oder die Unsicherheit wird das Überleben der Demokratie gefährden. Entweder können wir alle diese Veränderungen mit sozialer Gerechtigkeit lösen, oder die Grundlagen unseres Wohlstands werden geschwächt werden. Entweder bewegt sich Europa vorwärts oder zurück in die Vergangenheit.

(Beifall)

Wenn wir über die Vergangenheit sprechen: Früher haben die traditionellen konservativen Parteien einfach versucht, einen Status quo beizubehalten. Das kann schädlich sein oder eine falsche Entscheidung sein, aber sie ist nicht tödlich. Die tatsächliche Bedrohung ist heute anders. Sie versuchen nicht nur, einfach etwas zu bewahren. Sie werden von Rechtsextremismus getrieben und suchen in der Asche der Vergangenheit, und das kann für die Demokratie durchaus tödlich sein.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, es reicht nicht aus, der reaktionären Welle zu widerstehen, die im Moment die Welt mit Hass, Angst und Vergessen überrollt. Wir müssen vorwärtsgehen. Das Beste, um Fortschritt zu sichern, ist, weiterhin, die Grundsätze der Sozialdemokratie zu verteidigen, die Prinzipien unserer sozialdemokratischen Familie.

Lasst uns daran erinnern, weshalb wir in die Politik gegangen sind. Lasst uns daran erinnern, dass wir hier sind, um das Leben der Menschen zu verbessern. Wir sind hier, um eine Zukunft zu fördern mit mehr sozialer Gerechtigkeit, mehr Rechten und mehr Freiheiten und mit mehr Demokratie.

(Beifall)

Wir können es uns nicht leisten, stehenzubleiben. Sozialdemokraten verstehen: Es gibt kein Naturgesetz für Gerechtigkeit und Gleichheit. Alles muss durch Arbeit erfochten werden. Nichts ist uns geschenkt worden. Wenn man nicht voranschreitet, dann bedeutet das meistens, dass man zurückfällt. Deshalb müssen wir die Botschaft der Hoffnung vor allem auch an die jüngere Generation weitergeben. Ein Land, das Hoffnung und eine Zukunft für die Jugend bietet, kann Populismus und Rechtsextremismus widerstehen.

Liebe Genossinnen und Genossen, der Sozialstaat war ein Mittel gegen die Rückkehr von Faschismus. Das ist auch heute noch der Fall. Es ist unser Instrument gegen die rechtsextremen Kräfte; denn es bietet Sicherheit für die Mittelschicht und die Arbeiterklasse. Es gibt kein anderes ideologisches Konstrukt, das effektiver wäre, um Ungleichheit zu bekämpfen. Es ist ein kraftvolles Instrument, genauso wie das Ideal eines Vereinigten Europas. Europa ist nicht nur ein mächtiges Sicherheitsnetz, wie wir es in der Pandemie gesehen haben. Es ist eine globale Kraft, eine Quelle der Inspiration in einer Welt, die solche Inspirationen braucht: Ein kühnes Ideal, das sich ständig in Bewegung befindet.

Dieses kühne und entschlossene Europa steht heutzutage vor einem existenziellen Dilemma. Wollen wir ein Europa, das für uns ein Licht der Inspiration für die Welt ist durch ein Beispiel der Integration und Fortschritt, oder wollen wir ein Europa, das sich hinter den Gräben verschanzt? Wollen wir eine Inspiration geben und zeigen, dass die Demokratie, die soziale Gerechtigkeit und moderne Wirtschaft zusammengebracht werden können, oder wollen wir ein verängstigtes Europa, das sich von der Furcht leiten lässt? Wir brauchen ein Europa, das stärker zusammensteht und gleichzeitig immer offener ist,

(Beifall)

ein Europa, das nach vorne schaut, ohne Sehnsucht nach der Vergangenheit oder nach den Errungenschaften, die wir früher erreicht haben.

(Beifall)

Wir brauchen ein Europa, das nicht vor den Eliten niederkniet, ein Europa, das nicht der Furcht und dem Pessimismus erliegt, ein Europa, das den Kampf gegen den Klimawandel vorantreibt, das zusammen mit ethischer Bedeutung und humanen Werten die großen Transformationen durch Digitalisierung und digitale Intelligenz löst.

Lieber Olaf, liebe Freundinnen und Freunde, eure Sache ist unsere Sache. Euer Erfolg wird unser Erfolg sein, denn wir glauben an die gleichen Prinzipien.

(Beifall)

Wir nutzen die gleichen Waffen der Gerechtigkeit und Hoffnung. Wir sind vereint durch unseren Wunsch, nach vorne zu gehen und nicht angesichts des gleichen Gegners zurückzuweichen. Es ist ein Gegner, den wir vor Kurzem, vor wenigen Monaten in Spanien aufgehalten haben mit der Macht der Menschen, mit der Macht der Stimmen. Spanien hat Nein gesagt zu Rückkehr und Angst. Es hat Nein gesagt zur Vergangenheit und der Rückwärtsentwicklung. Spanien sagte Ja zu Fortschritt. Es sagte Ja zur Zukunft und zu dem unerschütterlichen Willen, voranzuschreiten.

(Beifall)

Heute hat Spanien also eine neue, fortschrittliche Regierung. Von dieser Regierung aus werden wir uns einsetzen für ein offenes Europa, das die Menschenrechte verteidigt – das, was andere zurückfahren wollen. Das ist das wahre Wesen Europas. Lieber Olaf, Spanien und Deutschland werden bei der Verteidigung dieser Werte zusammenstehen.

(Beifall)

Es wird oft gesagt, dass Beharrlichkeit zum Sieg führt. Im nächsten Jahr müssen wir bei den Europawahlen zeigen, dass das so ist. Wir werden uns mit keiner verlorenen Schlacht zufriedengeben. Wir stehen am Scheideweg, und wir werden auf unseren Grundsätzen beharren, auch wenn andere diese abgeben. Wir müssen diese Verantwortung übernehmen, liebe Genossinnen und Genossen, auch wenn wir es allein tun müssen, weil andere dem Vordringen der Rechtsextremen nicht widerstehen konnten.

Liebe Freunde, ich habe über Erinnerungen gesprochen, über Europa, über die Grundsätze, über die Werte der Sozialdemokratie, über die Erfordernisse, den Virus des Hasses und der Angst zu widerstehen, den die Rechtsextremen verbreiten wollen.

Ich möchte mit dem Gedenken an einen Menschen schließen, der all diese Werte verkörpert. Morgen haben wir den 100. Geburtstag eines großartigen spanischen fortschrittlichen Sozialisten. Das ist Jorge Semprún. Er war Kulturminister in der sozialistischen Regierung in Spanien in den 80er-Jahren. Er war ein engagierter Demokrat und setzte sich für Freiheit in Spanien, Frankreich und Deutschland ein. Im KZ Buchenwald, in der Nähe von Weimar, in der Nähe der Birken, die Goethe liebte, suchte er Halt in den Gedichten von Hölderlin und Heine. Kurz vor seinem Tod hat Semprún im Bundestag bei einer Veranstaltung zum Gedenken an die Opfer der Nazi-Barbarei gesprochen. Dort hat er mit Bewunderung Folgendes gesagt:

„Ich lobe die menschliche Mentalität und die außergewöhnliche Zivilcourage meiner deutschen antifaschistischen Kameraden."

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, diese Werte leben in euch, in meinen Genossinnen und Genossen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, in jenen, die das Herz und die Seele der Partei verkörpern, die moralischer Kompass für alle europäischen progressiven Kräfte ist. Heute wie gestern und immer ist es eine Ehre, mit euch zusammen zu kämpfen für ein gerechteres Deutschland, für ein gerechteres Europa, für eine gerechtere Welt. – Vielen Dank.

(starker, lang anhaltender Beifall)

***Katja Pähle,** Tagungspräsidium:*

Lieber Pedro, herzlichen Dank für diese wohltuenden und warmen Worte, die uns noch mal von außen deutlich gemacht haben, wie andere Sozialdemokraten auf uns hier in Deutschland schauen, welche Verantwortung wir auch für die gesamte sozialdemokratische Familie haben, und zu wissen, dass wir nicht nur gemeinsame Werte und Traditionen haben, sondern auch einen gemeinsamen sozialdemokratischen Auftrag für Europa und damit auch für die Europawahl im nächsten Jahr im Juni. Herzlichen Dank!

(Beifall).

ANTRAGSBERATUNG DES LEITANTRAGS A1

Liebe Genossinnen und Genossen, wir würden jetzt in die Debatte zum Antrag A01 einsteigen. Uns liegt schon eine ganze Reihe von Wortmeldungen vor. Ihr könnt die Rednerliste auch bei OpenSlides einsehen.

Ich möchte euch jetzt schon an dieser Stelle fragen, ob es Gegenstimmen zu einem Schließen der Rednerliste gibt, da wir tatsächlich schon eine ganze Reihe von Anmeldungen für diesen Antrag haben. Gibt es zum Schließen der Rednerliste Widerspruch? – Das sehe ich nicht. Dann wird die Rednerliste jetzt an dieser Stelle geschlossen.

Ich darf als erste Rednerin Katarina Barley aufrufen. Katarina, du hast das Wort.

(Beifall)

Katarina Barley, *Verantwortliche des Parteivorstandes für die Europäische Union:*

Herzlichen Dank, lieber Lars und lieber Pedro, für diese Reden. Ich wollte eigentlich noch ein paar spanische Worte an Pedro richten – aber ich glaube, er ist schon vereinnahmt – und natürlich ganz herzlichen Glückwunsch zu dieser Regierungsbildung sagen.

Vielleicht für euch auch noch ein paar Worte zur Einordnung. Wir – und ich glaube, auch ihr – haben damals in Brüssel und in Straßburg sehr gebannt auf die Ergebnisse dieser Wahl in Spanien geschaut, denn die Vorhersagen waren anders. Die Vorhersagen waren wie in so vielen Ländern, dass die Konservativen mit den Rechtspopulisten gemeinsame Sache machen würden und dass auch dieses große und wichtige Land so wie vorher schon Italien, Schweden und Finnland in die Kontrolle von rechts und rechts außen fallen würde. Das ist nicht passiert, und das ist einem wirklich großartigen und sehr, sehr harten Kampf von Pedro und der ganzen PSOE zu verdanken.

Im Europäischen Parlament gibt es keine andere Nation, wo die Konservativen so wie die Spanier die nationalen Debatten ins Plenum tragen. Sie können es wirklich bis jetzt auch nicht verwinden, dass sie die Macht nicht errungen haben, dass dieses Bündnis mit den rechtspopulistischen Rechtsextremen von der Vox von der spanischen Bevölkerung so klar abgelehnt wurde, weil die Vox massiv abgestraft wurde.

(Beifall)

Wenn wir manchmal glauben, hier bei uns geht es in der Politik brutal zu, dann nur mal zwei Beispiele aus Spanien. Die Spanier wählen ihr oberstes Gericht nicht ganz so wie wir, aber auch da braucht man eine überparteiliche Mehrheit, eine Mehrheit über die Regierung hinaus. Seit Jahren war es so, dass das funktioniert hat, solange die Konservativen an der Macht waren. Und kaum haben die Sozialisten das Ruder übernommen, haben die Konservativen nicht mehr mitgemacht. Es gibt keine Besetzung der letzten Richterstellen mehr in Spanien. Und was machen die Konservativen? Sie freuen sich und prangern Pedro Sánchez dafür an, dass die Menschenrechtsorganisationen ein Versagen der Justiz in Spanien anprangern, das sie selber herbeigeführt haben. So agieren die Konservativen dort.

Das Zweite möchte ich euch sagen, weil es mir persönlich sehr wichtig ist. Ihr wisst von den Vorgängen in Katalonien und wie schwierig das war und ist. Pedro Sánchez wird von den Konservativen auf eine Art und Weise persönlich angegangen für diese Amnestien – ich weiß nicht, ob ihr es hier mitbekommt -, dass das unter jede Gürtellinie geht. Aber ich sage euch, was Pedro da gemacht hat. Er hat mit diesen Amnestien verbunden, dass alle katalonischen Regionalparteien Abstand nehmen von dem Ziel der katalonischen Unabhängigkeit. Er hat dieses Land befriedet mit diesem Kompromiss.

(Beifall)

Er hat dafür gesorgt, dass diese Gewalt aufhört. Und dafür wird er von den Konservativen beschimpft.

Wir haben gemeinsam viel zu tun. Pedro hat es angesprochen, und ich habe es auch schon mehrfach gesagt. Wir haben einige sozialdemokratische Länder verloren. Es ist umso wichtiger, dass wir beide, die PSOE und die SPD, sehr eng zusammenarbeiten, und das tun wir, sowohl auf der Parteienebene als auch im Europäischen Parlament. Wir tun das, weil wir gemeinsame Werte teilen.

Ich bin sehr stolz darauf, dass wir nicht nur einen PES-Vorsitzenden Stefan Löfven, sondern auch einen spanischen Ministerpräsidenten haben, der sich selbstbewusst einen Feministen nennt, der ganz aktiv für Frauenrechte eintritt und immer auch eine Quotierung nach vorne bringt.

Wir haben gemeinsame Werte auch beim Sozialen, beim Klimaschutz, beim Schutz von Minderheiten, bei den Rechten von Frauen. Wir haben durchaus auch Unterschiede; das will ich auch sagen. Aber wenn es hart auf hart kommt, wenn es auch darum geht, die Europäische Union außerhalb in der Welt zu positionieren, dann ist es so wichtig, dass wir eine gemeinsame sozialdemokratische Achse für die Unterstützung der Ukraine bilden.

Lieber Bogdan, schön, dass du da bist. Herzlich willkommen auch von meiner Seite! Wir stehen an eurer Seite, auch politisch. Herzlichen Dank, dass du die Sozialdemokratie in der Ukraine nach vorne bringst.

Auch wenn es um Erweiterungspolitik geht. An der Stelle will ich ganz herzlich den Ministerpräsidenten des Kosovo, lieber Albin Kurti, herzlich begrüßen.

(Beifall)

Wo wir ganz eng Seite an Seite mit Spanien unterwegs sind, ist, auf Augenhöhe mit dem globalen Süden – ich mag diesen Begriff nicht, aber ich verwende ihn heute mal, weil wir ihn alle verstehen -, mit den Staaten vor allen Dingen Afrikas, Südamerikas und Asiens umzugehen. Uns hilft dabei, dass wir unterschiedliche historische Bezüge haben. Wir haben unterschiedliche helle und dunkle Flecken in unseren Geschichten, aber uns eint der Willen, gegenüber diesem globalen Süden auf Augenhöhe aufzutreten, partnerschaftlich zu handeln. Ich bin sicher, dass wir auch gemeinsam hoffentlich ein faires Mercosur-Handelsabkommen hinbekommen werden.

Wir stehen gemeinsam für die Werte von Demokratie, Freiheit, für die Rechte von Frauen, für den Schutz von Minderheiten. Ich danke sehr herzlich für die gute Zusammenarbeit, die wir hier auf der Parteienebene, bei uns im Europäischen Parlament haben, und jetzt gehen wir gemeinsam an diese Europawahlen; denn nur wenn wir gemeinsam diese Wahlen gewinnen, wird es weiterhin ein progressives, ein freies, ein gutes Europa sein. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben noch einen Gast bei uns, und er hat es durchaus erlebt, was es bedeutet, wenn Demokratie im Land abgebaut wird und wie schwer es auch für eine Opposition ist, sich dagegen zu wehren. Wir haben ihn heute Morgen schon begrüßt, und ich darf ihn jetzt ganz herzlich auf die Bühne bitten. Sevgili Özgur Özel, hoş geldin! Sizi sahneye davet ediyorum.

(Beifall)

REDE DES VORSITZENDEN DER PARTEI CHP

Özgur Özel, *Vorsitzender der CHP:*

Sehr geehrte SPD-Vorsitzende Saskia Esken und Lars Klingbeil!

(Beifall)

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Olaf Scholz! Sehr geehrte Ministerinnen und Minister der Bundesregierung! Liebe Genossinnen und Genossen der SPD!

(Beifall)

Als Vorsitzender der Republikanischen Volkspartei grüße ich Ihren Parteitag im Namen der gesamten Türkei. Ich übermittle Ihnen die Botschaften der Freundschaft und Solidarität, die die Sozialdemokraten und Sozialisten aus der Türkei an Ihren Kongress gerichtet haben.

(Beifall)

Dieser SPD-Parteitag findet in einer kritischen Zeit für Europa und die ganze Welt statt. Wir, die Republikanische Volkspartei, haben vor einem Monat unseren Kongress abgehalten. Auf dem von Mustafa Kemal Atatürk, dem Gründer unserer Partei und unseres Landes, eröffneten Weg haben wir die Pflicht übernommen, gemeinsam mit meinen Freunden in unserer Partei, die seit genau 100 Jahren für Demokratie und soziale Gerechtigkeit kämpft, den Wandel zu verkünden.

(Beifall)

Bundeskanzler Olaf Scholz hat nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine den Ausdruck „Zeitenwende“ verwendet. Wir befinden uns in der Tat an einem Wendepunkt für Europa und die Welt. Unser Kontinent, unsere Region und die ganze Welt stehen vor großen Herausforderungen: Konflikte, menschliche Tragödien im Schatten von Krieg und Terrorismus, wirtschaftliche Probleme, die durch das neoliberale System verursacht werden, soziale Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern, die Zunahme von Rassismus, die Migrationskrise und globale Klimakrise. All diese Probleme und Gefahren treten gleichzeitig auf und bedingen sich gegenseitig. Die sozialdemokratische Politik, insbesondere wir europäischen Sozialdemokraten und Sozialisten, müssen starke, entschiedene Antworten auf all diese Herausforderungen geben.

(Beifall)

Als Republikanische Volkspartei glauben wir, dass die Sozialdemokratie das wichtigste Instrument ist, um all diese Herausforderungen zu überwinden. Was heute in Gaza geschieht, steht im Widerspruch zu den Prinzipien, für die sozialdemokratische und sozialistische Parteien seit mehr als einem Jahrhundert stehen: Menschenrechte, das Wohlergehen der Bedürftigen und der Schutz der Unschuldigen. Genau deshalb müssen wir handeln, um diese Tragödie zu beenden. Als die Republikanische Volkspartei, als Teil der Familie der Sozialistischen Internationale unterstützen wir die Position von Präsident Pedro Sánchez und bekräftigen unsere Forderung nach der Einhaltung der Resolutionen der Vereinten Nationen und des Völkerrechts

(Beifall)

nach einer sofortigen Einstellung der Angriffe, die den Tod von Zivilisten zur Folge haben, und nach einem dauerhaften Waffenstillstand. Wir glauben, dass die Lösung von Problemen und Konflikten in der ganzen Welt nicht durch Gewalt und Krieg, sondern durch Dialog und Zusammenarbeit zu erreichen ist.

(Beifall)

Der Aufbau einer sozialdemokratischen Wirtschaftsordnung anstelle des neoliberalen Verständnisses ist nicht nur eine Notwendigkeit, sondern ein Gebot der Stunde. Der Aufstieg des Rassismus und der extremen Rechten wächst durch die Verzerrung von Ungleichheiten. Nur eine Ordnung, in der die wirtschaftlichen und sozialen Rechte für alle geschützt sind, kann das stoppen.

In dieser Hinsicht glaube ich, dass internationale Zusammenarbeit und Solidarität die unabdingbare Voraussetzung für eine ganzheitliche Antwort auf wirtschaftliche und soziale Herausforderungen sind, einschließlich der Klimakrise, deren Auswirkungen wir in unserem täglichen Leben immer stärker spüren.

Als Gründungspartei der Republik Türkei, die Republikanische Volkspartei, werden wir, wie schon in der Vergangenheit, die Initiative ergreifen, um die Beziehungen zwischen der Türkei und Deutschland in allen Bereichen weiterzuentwickeln

(Beifall)

und die Zusammenarbeit zwischen unseren Nationen zu verstärken und durch diese Zusammenarbeit Antworten auf globale und regionale Probleme zu finden. Ebenso werden wir nicht zulassen, dass das Ziel der Vollmitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union den realpolitischen Entwicklungen geopfert wird. Die wachsende Solidarität und Freundschaft zwischen CHP und SPD, der Türkei und Deutschland in dieser neuen Zeit wird unseren internationalen Kampf für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Frieden weiter stärken.

(Beifall)

Das 21. Jahrhundert steht noch am Anfang. Es ist die Pflicht von uns Sozialdemokraten, dieses Jahrhundert zu einem Jahrhundert des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit, der Demokratie und der Gleichheit zu machen. Es ist eine Tatsache, dass wir beim Aufbau einer besseren Welt umso weiter kommen werden, je größer die Solidarität zwischen unseren Parteien und unseren Ländern ist.

(Beifall)

Hier möchte ich an die Worte von Willy Brandt, dem unvergesslichen Vorsitzenden der SPD, erinnern: Wir wollen mehr Demokratie wagen.

(Beifall)

Mit diesen Ansichten und Überlegungen übermittle ich Ihnen noch einmal die Botschaft der Freundschaft und der Solidarität des gesamten türkischen Volkes und wünsche Ihnen einen erfolgreichen Parteitag. – Vielen Dank.

FORTSETZUNG DER ANTRAGSBERATUNG DES LEITANTRAGS A1

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Herzlichen Dank für deine Worte. – Liebe Genossinnen und Genossen, ich weiß nicht, wie es euch geht, aber ich muss ganz ehrlich sagen: Wenn man auf diesen Bundesparteitagen so ein Gefühl dafür kriegt, wie groß die sozialdemokratische Familie ist, dann gibt das immer noch mal neuen Mut und einen geraden Rücken. Lasst uns das bitte auch nach dem Parteitag weitertragen. Das tut gut – mir jedenfalls.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir steigen ein in die Antragsdebatte. Ich darf – ich mache das gleich mal – die drei nächsten Redner aufrufen, damit alle sich ein bisschen vorbereiten können. Als Erstes darf Max Bunse aus Nordrhein-

Westfalen zu uns sprechen. Danach kommt Laura Frick aus Hamburg und danach Lasse Rebbin. Alle können sich schon mal vorbereiten. Aber als Erster erhält Max das Wort. – Bitte.

(Beifall)

Maximilian Bunse, *Nordrhein-Westfalen:*

Die Messlatte war schon mal niedriger. – Liebe Genossinnen und Genossen! Unsere Welt ist im Wandel. Die Sicherheitstektonik hat sich verschoben, sie verschiebt sich weiter, und sie verschiebt sich auch nicht erst seit gestern, nicht erst seit dem 24. Februar 2022. Georgien 2008, die Krim 2014 – der Diktator Wladimir Putin stellt die Systemfrage seit über einem Jahrzehnt. Unsere Antwort bisher? Viel zu leise, viel zu behäbig, viel zu wenig ernsthaft. Es brauchte erst einen Sozialdemokraten im Kanzleramt, der diesen Umstand klar beschreibt – Stichwort: Zeitenwende – und diesen längst überfälligen Paradigmenwechsel eingeleitet hat. Es brauchte erst einen Kanzler Olaf Scholz, der den sicherheitspolitischen Offenbarungseid der CDU/CSU beendet und das Desaster, das Merkel, zu Guttenberg und von der Leyen diesem Land hinterlassen haben, aufgeräumt hat.

(Beifall)

Statt pausenlosem Gepöbel würde ich mir an dieser Stelle etwas mehr Demut wünschen. Generell taugt die sicherheitspolitische Lage dieses Landes nicht für das populistische Oppositionsschmierentheater, das Friedrich Merz jede Woche im Deutschen Bundestag abzieht. Und als Sauerländer sei es mir gegönnt, zu sagen: So sind wir nicht. So sind wir Sauerländer nicht. Wir sind eigentlich ein ehrliches Volk und staatspolitisch durchaus etwas fester als Friedrich Merz manchmal den Eindruck erweckt.

Aber auch als SPD müssen wir alte Denkmuster überwinden. Die Bundeswehr ist in Zeiten von Krieg in Europa unsere Garantie und unsere Lebensversicherung für die freiheitlich demokratische Grundordnung. Aber: In eine Versicherung muss man noch einzahlen. 100 Milliarden Euro Sondervermögen waren ein wichtiger Schritt. In einer Zeit, in der wir befürchten müssen, dass die NATO durch die transatlantischen Populisten der Republikanischen Partei in den USA elementar beschädigt wird, müssen wir mehr Verantwortung übernehmen. Und ja, Verantwortung heißt auch mehr Führung. Es heißt, auch finanziell einen Beitrag zu leisten, auch materiell einen Beitrag zu leisten und auch personell einen Beitrag zu leisten.

Wir dürfen nicht umkehren – jetzt nicht, nicht im Hinblick auf unsere Bundeswehr und auch nicht im Hinblick auf unsere Verbündeten und Freunde. Die Ukraine verlässt sich auf uns. Großen Dank an unseren Bundeskanzler, der heute noch mal bekräftigt hat: Wir lassen die Ukraine nicht alleine. Wir übernehmen mehr Verantwortung da, wo andere zurückgehen.

(Beifall)

Helmut Schmidt sagte einst, es wäre besser, 100 Stunden vergeblich zu verhandeln, als eine Minute zu schießen. Und da hat er recht. Aber dieser Satz sagt auch eins: Wir müssen eine Verhandlungsposition haben, die Ukraine muss eine Verhandlungsposition haben, und dahin müssen wir sie bringen. Das ist unsere Pflicht. Sonst wird das nicht aufhören. Die Großmachtsfantasien von Wladimir Putin werden nicht aufhören. Das Nächste wäre Georgien, Moldau, das Baltikum. Putin stellt die Systemfrage. Er stellt die Frage, ob unsere Art oder seine Art zu leben die richtige ist. Ich sage: Die Demokratie ist herausgefordert auf dieser Welt. Die Demokratie könnte in die Minderheit geraten. Nehmen wir das ernst! – Vielen Dank.

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Max. – Ich darf an der Stelle ganz herzlich Frank Werneke, den Vorsitzenden von Verdi, auf unserem Parteitag begrüßen. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Herzlichen Glückwunsch zur Tarifeinigung! Gut gemacht.

(Beifall)

Für alle, die sich ein bisschen gewundert haben, warum ich nur drei Redner*innen aufgerufen habe: Es gibt im Saal ganz viele Fragen, was mit dem Wahlergebnis für die Mitglieder im Parteivorstand ist. Nach der Rede von Lasse würde ich gerne der MPZK das Wort geben, sodass wir dann die Ergebnisse des Wahlgangs für die Mitglieder des Parteivorstandes haben. Und je nachdem, wie die ausgefallen sind, schauen wir dann, wie es dann weitergeht.

Gut, dann ist jetzt die Laura Frick aus dem Bereich Hamburg dran und danach der Lasse Rebbin. – Laura, du hast das Wort.

(Beifall)

Laura Frick, *Hamburg:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Katarina, lieber Lars, lieber Pedro, lieber Özgür, vielen Dank erst mal für eure ermutigende Worte und auch diesen wichtigen Antrag, der auch die Zukunftsfähigkeit Europas in den Blick nimmt. Denn gerade der Aufstieg von rechten Parteien in ganz Europa zeigt uns: Das friedliche und demokratische Europa, wie wir es alle kennen, ist eben keine Selbstverständlichkeit.

Du hast es vorhin erwähnt, Lars: Die AfD spricht von einem neuen Aufbruch, einem Europa der Vaterländer. Dabei wissen wir doch alle in diesem Saal ganz genau: Wieder von unterschiedlichen Vaterländern zu sprechen, die die rein nationalen Interessen in den Vordergrund stellen, das ist kein Aufbruch, das ist der Untergang von Europa. Und dem, liebe Genossinnen und Genossen, müssen wir uns mutig entgegenstellen.

(Beifall)

Wir müssen also auch die Zukunftsfähigkeit der Europäischen Union wieder stärker in den Blick nehmen. Und es ist wirklich meine tiefste Überzeugung, dass wir die aktuellen Herausforderungen nur mutig und gemeinsam bewerkstelligen können. Da geht es zum Beispiel um die Transformation unserer Wirtschaft, aber auch um die Migrationspolitik. Da sind die Nationalstaaten einfach viel zu klein, um da Lösungen anzubieten.

Mit diesem Antrag beschließen wir auch, dass es endlich eine umfassende Strategie, eine europäische Strategie für die Entwicklungszusammenarbeit gibt, die den Globalen Süden stärkt und der Einflussnahme Pekings und Moskaus eine demokratische Alternative entgegensetzt. Und wie wichtig das ist, dass wir doch endlich europäisch an einem Strang ziehen, das habe ich gemerkt, als ich bei dem ehemaligen Kommissar für Entwicklungszusammenarbeit tätig war. Da müssen wir wirklich noch ein bisschen was aufholen.

Wir müssen uns aber auch ehrlichmachen, liebe Genossinnen und Genossen, wie unsere Gemeinschaft in 15 Jahren aussehen soll. Die EU hat sich stetig weiterentwickelt und auch erweitert. Da ist es gut, dass wir jetzt auch in dem Antrag ganz konkret wieder die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips im Europäischen Rat fordern. Aber wenn wir neue Mitglieder aufnehmen wollen, dann müssen wir eben auch die Kommission in den Blick nehmen. Ich kann mir kaum eine funktionale EU-Kommission mit 30 plus x Kommissar*innen vorstellen, zumal die Nationalstaaten auch im Europäischen Rat durch die Regierungschefinnen und -chefs abgebildet sind. Da wünsche ich mir, dass wir auch ebendiesen Reformbedarf mutig diskutieren.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich freue mich sehr über diesen Antrag und die Diskussion. Ich freue mich aber auch auf einen starken sozialdemokratischen Europawahlkampf. Ich finde, unsere Botschaft muss sein: Wer ein solidarisches, zukunftsfähiges und handlungsfähiges Europa will, der wählt am 9. Juni die SPD.

Vielen Dank noch mal für den Antrag. Hoch die internationale Solidarität!

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Laura. – Als Nächster erhält Lasse das Wort.

(Beifall)

Lasse Rebbin, *Nord-Niedersachsen:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich glaube, uns allen ist der 24. Februar 2022 noch lebhaft in Erinnerung. Ich möchte zu Beginn meiner Rede einmal ganz klar betonen: Ich bin verdammt froh, dass wir als Jusos, dass wir aber auch als Gesamtpartei seit Tag eins solidarisch an der Seite der Ukraine standen. Das war genau das richtige Zeichen, und dieses Zeichen sollten wir weiter fortsetzen.

(Beifall)

Wir als Jusos haben auch Partner*innenorganisationen in der Ukraine, deshalb auch von mir, Bohdan: Schön, dass du hier bist! Unsere Genoss*innen von der SD-Plattform werden nicht aufhören, für euch zu kämpfen. Wir sind an eurer Seite. Schön, dass du da bist!

(Beifall)

Olaf hat den 24. Februar als eine Zeitenwende bezeichnet. Und ich glaube, dieses Wort ist tatsächlich sehr richtig. Aber für uns war immer klar, dass „Zeitenwende“ nicht nur bedeutet, dass wir aus der rein militärischen Logik auf internationale Politik gucken. Nein, „Zeitenwende“ bedeutet einen umfassenden Wandel, wie wir internationale Politik betrachten. Das ist eben nicht nur das Sondervermögen der Bundeswehr, sondern sehr viel mehr.

Beginnen möchte ich vielleicht mit einem Punkt. Ich habe gesehen: Es stehen sehr viele Männer auf der Redeliste; ich bin ja auch einer von denen. Wir reden hier gerade mal wieder über internationale Politik. Das ist oft sehr männlich geprägt. Einer der Punkte – und dazu bekennt sich auch der Antrag – ist, dass wir eine konsequente feministische Außenpolitik

wollen, und die ist verdammt noch mal wichtig.

(Beifall)

Ein zweiter Punkt – er wurde eben vielfach genannt – ist die schonungslose Aufarbeitung unserer vergangenen Russlandpolitik. Ich finde es richtig, dass wir daraus die richtigen Schlussfolgerungen gezogen haben, aber möchte auch noch auf einen anderen Punkt hinweisen. Denn ich glaube, dabei darf es nicht aufhören. Wir müssen eben auch darauf achten, dass wir diese Fehler nicht an anderen Stellen wiederholen. Und da meine ich zum Beispiel den Umgang mit China. Ich bin froh, dass wir in diesem Antrag einen Weg gefunden haben, wie wir in eine kritische Auseinandersetzung damit gehen, wie wir die China-Politik in der Vergangenheit gestaltet haben. Ich möchte es auch hier noch mal betonen: Wenn China immer weiter Aggressionen gegenüber Taiwan ins Spiel kommen lässt, dann muss für uns klar sein, liebe Genoss*innen: Dann muss für uns eine Alarmglocke läuten, dass das eine Aggression ist, die wir nicht zulassen können.

(Beifall)

Ich möchte einen letzten Bereich ansprechen, der mir besonders wichtig ist. In diesem Antrag steht das sogenannte Eins-zu-eins-Prinzip. Das bedeutet, dass mit jedem Geld, was wir in Verteidigung stecken, wir auch Geld in die sogenannte Entwicklungszusammenarbeit stecken. Die ist extrem wichtig, gerade im Hinblick auf die ganzen globalen Krisen, gerade im Hinblick darauf, dass wir endlich eine gute Entwicklungspolitik haben wollen. Die darf auch nicht den Kürzungen des Bundeshaushalts unterliegen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Zum Abschluss möchte ich mich deshalb für die gute Zusammenarbeit bedanken. Lieber Lars, danke, dass wir das so gut gemacht haben und noch einen Änderungsantrag einbringen, nämlich Zeile 900. Da wollen wir nämlich einen Schuldenschnitt für den Globalen Süden. – Vielen lieben Dank, liebe Genoss*innen.

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Lasse. – An der Stelle verlassen wir die Aussprache, und ich gebe dem Vorsitzenden der MPZK das Wort.

ERGEBNIS DER WAHL DER WEITEREN MITGLIEDER DES PARTEIVORSTANDS

Max Pankofer, *Mandatsprüfungs- und Zählkommission:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Jetzt ist mittlerweile mein Zettel etwas zerknüllt. Ich gebe euch das Ergebnis der Wahl für die weiteren Mitglieder im Parteivorstand bekannt.

Insgesamt sind 24 Beisitzerinnen und Beisitzer zu wählen. Für eine Wahl im ersten Wahlgang ist mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich.

Abgegeben wurden 614 Stimmzettel. Davon sind 11 ungültig. Also sind 603 Stimmzettel gültig. Das heißt, das notwendige Quorum, um im ersten Wahlgang gewählt zu sein, liegt bei 302 Stimmen.

Die Wahlergebnisse sind:

Sabine Bätzing-Lichtenthäler: 343 Stimmen, gewählt.

(Beifall)

Florian von Brunn: 239 Stimmen, nicht gewählt. Martin Dulig: 259 Stimmen, nicht gewählt. Ronja Endres: 377 Stimmen, gewählt.

(Beifall)

Wiebke Esdar: 444 Stimmen, gewählt.

(Beifall)

Kerstin Griese: 380 Stimmen, gewählt.

(Beifall)

Angela Hohmann: 239 Stimmen, nicht gewählt. Gustav Horn: 251 Stimmen, nicht gewählt. Oliver Kaczmarek: 442 Stimmen, gewählt.

(Beifall)

Georg Maier: 305 Stimmen, gewählt.

(Beifall)

Kaweh Mansoori: 315 Stimmen, gewählt.

(Beifall)

Bettina Martin: 282 Stimmen, nicht gewählt. Matthias Miersch: 466 Stimmen, gewählt.

(Beifall)

Michelle Müntefering: 299 Stimmen, nicht gewählt. Aydan Özoğuz: 306 Stimmen, gewählt.

(Beifall)

Katja Pähle: 254 Stimmen, nicht gewählt. Boris Pistorius: 452 Stimmen, gewählt.

(Beifall)

Sebastian Roloff: 333 Stimmen, gewählt.

(Beifall)

Jessica Rosenthal: 329 Stimmen, gewählt.

(Beifall)

Michael Roth: 266 Stimmen, nicht gewählt.

(Beifall)

Sarah Ryglewski: 334 Stimmen, gewählt.

(Beifall)

Dagmar Schmidt: 438 Stimmen, gewählt.

(Beifall)

Svenja Schulze: 503 Stimmen, gewählt.

(Beifall)

Alexander Schweitzer 456 Stimmen gewählt.

(Beifall)

Andreas Stoch: 266 Stimmen, nicht gewählt. Ibrahim Yetim: 376 Stimmen, gewählt.

(Beifall)

Damit sind 17 von 24 notwendigen weiteren Mitgliedern des Parteivorstandes gewählt. Damit ist die Quote von 40 Prozent für das weibliche Geschlecht erfüllt. Im zweiten Wahlgang ist mindestens noch ein Mann zu wählen, damit wir beidseitig die Quote erfüllt haben. Es müssen insgesamt noch sieben weitere Menschen im zweiten Wahlgang gewählt werden.

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Ganz herzlichen Dank an die MPZK. Das heißt, wir brauchen einen zweiten Wahlgang.

Bevor wir jetzt abfragen, wer von den im ersten Wahlgang nicht Gewählten weiterkandidieren möchte, machen wir erfahrungsgemäß eine Pause. Gibt es einen Wunsch nach einer Pause? Ich frage, ob es den Wunsch nach einer Pause gibt. – Das ist so. Wir unterbrechen für 15 Minuten und fangen dann wieder an. Wir bitten alle, die auf ihre Kandidatur verzichten, das bitte umgehend dem Justiziar oder uns hier vorne mitzuteilen.

(Unterbrechung von 16.28 bis 16.43 Uhr)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Die Unterbrechung von 15 Minuten ist schon abgelaufen. Wie gesagt: Die Bitte an diejenigen, die sagen, sie treten nicht noch mal, uns das schon mal zu melden. Ich frage das aber auch gleich noch mal ab. – Ansonsten kommt bitte zusammen und setzt euch wieder hin.

Da stehen noch ein paar Gruppen zusammen. Ich würde euch bitten, die entsprechenden Gespräche langsam zu beenden, damit wir a) den zweiten Wahlgang sauber vorbereiten können, der jetzt erforderlich ist, und b) ein paar weitere der Wortmeldungen zur Aussprache zu „Antworten auf eine Welt im Umbruch“ aufrufen zu können.

(kurze Unterbrechung)

ZWEITER WAHLGANG DER WEITEREN MITGLIEDER DES PARTEIVORSTANDS

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Die Unterbrechung von 15 Minuten ist schon abgelaufen. Wie gesagt, habe ich die Bitte an diejenigen, die nicht gewählt sind und nicht noch einmal antreten wollen, uns das schon mal zu melden. Ich frage das aber gleich noch einmal ab. Ansonsten kommt bitte zusammen und setzt euch wieder hin! – Da sind noch einige Gruppen zusammen. Ich bitte euch, die Gespräche jetzt langsam zu beenden, damit wir zum einen den zweiten Wahlgang sauber vorbereiten können, der ja jetzt erforderlich ist, und zum anderen ein paar weitere Wortmeldungen zur Aussprache zu „Antworten auf eine Welt im Umbruch“ aufrufen können. – Ich schaue jetzt insbesondere noch einmal in Richtung Nordrhein-Westfalen. Obwohl es das bevölkerungsreichste Bundesland ist, ist es gerade sehr entvölkert in euren Reihen hier vorne. – Einer ist schon da.

(Zuruf: Die Karawane kommt!)

Wiebke hat angekündigt, die Karawane kommt. Das ist normalerweise eine sehr verlässliche Quelle. Dann bitte ich euch, sich zu beeilen. – Macht euch bitte auf den Weg und kommt wieder rein! Wir haben die Botschaft von der Delegation aus Nordrhein-Westfalen, die jetzt ihre Beratungen auch abgeschlossen hat und in den nächsten Minuten hier auftauchen wird. Von daher würde ich euch noch etwas um Geduld bitten. – Da sehen wir zumindest schon mal Achim und Michelle. Das heißt, die Beratungen von NRW sind jetzt auch abgeschlossen. Herzlich willkommen zurück im Saal! Unser Dank gilt allen anderen Delegationen, die pünktlich hier waren und gewartet haben.

(Beifall)

Jetzt nehmen wir uns auch noch die Minute, bis ganz Nordrhein-Westfalen wieder da ist.

Wir möchten als Tagungspräsidium gerne noch einmal sehr deutlich machen, dass unsere Erwartung ist, dass geklatscht wird, wenn jemand gewählt wurde, dass geklatscht wird für alle, weil sie angetreten sind, dass wir es aber nicht für einen solidarischen Umgang miteinander halten, dass geklatscht wird, wenn jemand nicht gewählt wird.

(Beifall)

Ich bin euch sehr dankbar, dass ihr das in einer großen Mehrheit auch so seht.

Diejenigen, die gewählt wurden, müssten mir noch bestätigen, dass sie die Wahl annehmen. Bevor ihr das jetzt alle tut, bitte ich, falls jemand gewählt worden ist und die Wahl nicht annimmt, sich jetzt zu melden und laut zu rufen, aufzuspringen oder Ähnliches zu tun, sodass wir das sehen können. – Das ist nicht der Fall. Dann danke ich euch für die Annahme der Wahl und euch schon mal herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Für die Vorbereitung des Stimmzettels frage ich jetzt ab, wer von den nicht Gewählten noch antritt. Dann bereiten wir in der Zeit den Stimmzettel vor. Das sind ungefähr 10 bis 15 Minuten. In der Zeit hören wir die weiteren Redebeiträge. Wir fangen dann mit Sanae an.

Ich schaue jetzt mal in Richtung Bayern. Florian?

(Florian von Brunn: Ja!)

- Ja.

Martin Dulig?

(Martin Dulig: Ja!)

Angela Hohmann?

(Angela Hohmann: Ja!)

- Ja.

Gustav Horn? – Er nickt, tritt also wieder an.

Bettina Martin?

(Bettina Martin: Ja!)

- Ja.

Michelle Müntefering?

(Michelle Müntefering: Ja!)

- Ja.

Katja Pähle?

(Katja Pähle: Ja!)

- Ja.

Michael Roth?

(Michael Roth: Nein!)

- Ich sehe Michael gerade nicht. – Da ist er. Das ist ein Nein von Michael.

Andreas Stoch?

(Andreas Stoch: Ja!)

- Ja.

Ich lese die Liste noch einmal vor: Florian von Brunn, Martin Dulig, Angela Hohmann, Gustav Horn, Bettina Martin, Michelle Müntefering, Katja Pähle und Andreas Stoch. Seid ihr bereit? – Gut, dann würden wir jetzt in der Debatte weiterfahren und dann wieder unterbrechen, wenn wir die Stimmzettel austeilen können. Ganz herzlichen Dank für eure Disziplin!

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Wir setzen damit unsere Antragsberatungen fort. Die nächste Rednerin ist Sanae Abdi.

(Beifall)

FORTSETZUNG DER ANTRAGSBERATUNG DES LEITANTRAGS A1

Sanae Abdi, *Nordrhein-Westfalen:*

Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Es wird euch nicht wundern, dass ich als entwicklungspolitische Sprecherin mit den Worten der Ministerin Svenja Schulze beginne: Entwicklungspolitik ist Friedenspolitik. Deswegen steht in diesem wichtigen Leitantrag, den wir heute debattieren, dass der vernetzte Ansatz aus Sicherheits-, Außen- und Entwicklungspolitik der nachhaltigste Weg der Konfliktprävention ist und die Entwicklungszusammenarbeit dabei einen besonderen strategischen Wert hat. Warum ist das so? – Weil sie Vertrauen schafft und auf langfristigen Partnerschaften aufbaut. So steht in dem Antrag, dass deshalb die Ausgaben für humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit genauso angehoben werden wie die Ausgaben für Sicherheit und Verteidigung.

(Beifall)

Soweit die Theorie. In der Praxis sieht es leider anders aus. Denn mit den Kürzungen im BMZ-Haushalt setzen wir dieses Vertrauen, von dem im Leitantrag die Rede ist, aufs Spiel. Wir schaffen es bereits jetzt nicht, diesem Anspruch gerecht zu werden. Aber die von Finanzminister Christian Lindner angedrohten Kürzungen bei den internationalen Finanzhilfen und der Entwicklungszusammenarbeit würden langjährige Kooperationen zerstören, zu erheblichen Vertrauensverlusten führen und in der Konsequenz unserer friedenspolitischen Verantwortung schaden.

(Unruhe)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Sanae, warte mal ganz kurz! – Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben eine Rednerin, die wirklich über ein ernstes Thema redet. Wir haben natürlich viele ernste Themen,

(Beifall)

aber sie bemüht sich hier wirklich gerade sehr. Ein bisschen mehr Ruhe! – Danke schön.

Sanae Abdi, *Nordrhein-Westfalen:*

Vielen Dank, Aydan. Das ist ein bisschen wie im Bundestag.

(Heiterkeit)

Lars, du hast es gerade gesagt: Diese Kürzungen werden aber sehr wohl in ihrer Konsequenz unserer friedenspolitischen Ordnung schaden und auch das Erbe Willy Brandts beschädigen. Seine Nord-Süd-Politik war wegweisend für unsere Friedensordnung und ist heute im Lichte der Zeitenwende aktueller denn je.

Im Antrag haben wir formuliert, dass wir einen Anspruch haben, Führungsmacht zu sein. Ob man den Begriff jetzt mag oder nicht – Fakt ist: Deutschland ist eine der größten Volkswirtschaften der Welt, und wir sind in der Pflicht, Verantwortung zu übernehmen.

(Beifall)

In Zeiten wachsender geopolitischer Spannungen und Kriege, in Zeiten eines nie dagewesenen humanitären Bedarfs, in Zeiten, in denen so viele Menschen wie noch nie auf der Flucht vor Klimakatastrophen oder Kriegen sind, in solchen Zeiten darf es im Bereich der internationalen Zusammenarbeit und damit bei der Unterstützung für die ärmsten Menschen keine Kürzungen geben.

(Beifall)

Die Welt braucht dringend mehr Solidarität und nicht weniger. Die internationale Solidarität, das Streben, allen Menschen weltweit ein Leben in Frieden und Sicherheit ohne Armut und Hunger zu ermöglichen, sind Grundlage unserer Entwicklungspolitik. Das ist die DNA unserer Partei – der Partei für Friedenspolitik!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, da reicht es nun mal nicht, wenn wir alle heute um 12 Uhr die Internationale trällern und morgen die internationale Solidarität kaputtsparen.

(Beifall)

Deutschland und wir Sozialdemokrat*innen müssen mit gutem Beispiel vorangehen. Statt auf militärische Intervention setzen wir auf präventive Maßnahmen und Instrumente, um Konflikte zu verhindern. Der Schlüssel zu nachhaltigen Lösungen für globale Herausforderungen liegt in unserer internationalen Zusammenarbeit darin, unsere Migrationspolitik nicht darauf zu beschränken, Menschen mit Grenzzäunen und Polizeikontrollen an der Flucht nach Europa zu hindern, sondern die Ursachen von Flucht und Migration zu bekämpfen.

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Sanae, kommst du bitte langsam zum Schluss?

Sanae Abdi, *Nordrhein-Westfalen:*

Um unserer friedenspolitischen Verantwortung gerecht zu werden, braucht es in diesen Zeiten mehr denn je eine langfristig gesicherte finanzielle Ausstattung der Entwicklungszusammenarbeit. Es darf in diesem für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten so wichtigen Politikfeld keine Kürzungen geben. Deswegen bitte ich euch nicht nur darum, diesem Antrag gleich zuzustimmen, sondern auch dafür zu kämpfen, ihn in die Praxis umzusetzen. – Freundschaft!

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Ich weiß, dass es ganz unfreundlich ist, bei solchen Themen, die mit Herzblut vorgetragen werden, auf die Redezeit hinzuweisen. Aber wir haben eine ganz lange Rednerliste. Ich bitte euch an der Stelle einfach ganz nett, auf die Redezeit Rücksicht zu nehmen.

Als Nächstes kann sich Jan Dieren aus Nordrhein-Westfalen auf den Weg machen. Danach kann Svenja Schulze zu uns sprechen.

Ein kleiner Hinweis, bevor ich das Wort an Jan gebe: Auf einer Damentoilette wurde ein Ring gefunden. Wer also an seinen Fingern irgendetwas vermisst, kann sich gerne bei mir melden. Wir schauen dann, die richtige Besitzerin zu finden.

Jan, du hast das Wort.

Jan Dieren, *Nordrhein-Westfalen:*

Vielen Dank, Katja. – Liebe Genoss*innen! Ja, wir leben in kriegerischen Zeiten. Wir haben nicht erst seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine über 20 Kriege weltweit, über 200 gewalttätige Konflikte. In Deutschland haben wir uns in den letzten 70, bald 80 Jahren an Frieden gewöhnen können – zum Glück. Denn wenn man die öffentliche Debatte in den vergangenen Monaten verfolgt, kann man fast den Eindruck gewinnen, als wäre das etwas Schlechtes. Manche gehen sogar so weit, zu sagen, Deutschland sei kriegsmüde geworden.

Genoss*innen, Frieden ist doch kein Wohlstandsproblem! Frieden ist nicht der Dämmerzustand, in dem man nach einem Mittagessen fällt und aus dem man sich wachschütteln muss, um am Tag noch etwas zu schaffen. Sich an Frieden zu gewöhnen, Genoss*innen, das ist der Zustand, den wir anstreben hier und weltweit. Es reicht dafür natürlich nicht, sich Frieden zu wünschen und dann einfach zu hoffen, dass alle anderen dabei schon mitmachen. Auch das zeigen uns die zahlreichen Kriege und Konflikte, die es weltweit gibt.

Gerade als Sozialdemokrat*innen müssen wir uns damit auseinandersetzen, dass viele weltweit nicht davor zurückschrecken, für ihre Interessen auch Kriege und Gewalt als Mittel einzusetzen. Das müssen wir einbeziehen, und darauf müssen wir gewappnet sein.

Um aber darauf gewappnet zu sein, müssen wir uns auch immer die Frage stellen: Dient ein Schritt, den wir in internationaler Politik tun, dazu, uns mit dieser Wirklichkeit auseinanderzusetzen und zu verhindern, dass das passiert, oder unterfallen wir selbst einer Kriegslogik?

Deshalb möchte ich hier einen Änderungsantrag zu den Zeilen 225 bis 227 einbringen, und zwar zum 2 Prozent-Ziel. Das 2 Prozent-Ziel der NATO knüpft Rüstungsausgaben an wirtschaftliche Entwicklung. In anderen Branchen mag so etwas durchaus sinnvoll sein. Je mehr die Wirtschaft wächst, desto mehr investieren wir in Bildung und Schulen. Das wäre sinnvoll. Je weiter sich die Wirtschaft entwickelt, desto mehr bekämpfen wir Ungleichheit und Armut. Das wäre sinnvoll. Aber je weiter die Wirtschaft wächst, desto mehr stecken wir in Rüstung, in Waffen, die Wohlstand und Leben zerstören. Das ist absurd!

(Beifall)

Ich weiß, dass jetzt einige von euch sagen: Aber gerade jetzt müssen wir die Verteidigungsfähigkeit auf den Prüfstand stellen. – Deshalb wollen wir mit unserem Änderungsantrag eine Sache klarstellen, die selbstverständlich sein sollte: Darüber, wie viel Geld für Rüstung ausgegeben wird, entscheidet am Ende immer der Bundestag und nicht irgendein abstraktes Prozentziel.

(Beifall)

Genoss*innen, wir wollen keinen Automatismus bei Rüstungsausgaben. Gerade jetzt ist es wichtig, einen klaren Kopf zu behalten. Wenn weltweit Staaten aus Sorge, in Auseinandersetzungen den Kürzeren zu ziehen, ihre Rüstungsausgaben erhöhen, dann trägt das nicht dazu bei, Spannungen und Konflikte zu reduzieren. Im Gegenteil, es setzt eine Dynamik in Gang, die wir vielleicht am Ende nicht mehr kontrollieren können und deren Folgen wir heute nicht überblicken.

Genoss*innen, wir wissen, die Sozialdemokratie auch und gerade in Deutschland hat eine besondere Verantwortung, genau das zu verhindern. Deshalb bitte ich euch: Lasst uns dieser Verantwortung gerecht werden! – Danke schön.

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Jan. – Jetzt ist Svenja Schulze dran. Danach kann sich Fabian Funke aus Sachsen bereitmachen.

(Beifall)

Svenja Schulze, *Parteivorstand:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Erst einmal einen ganz, ganz herzlichen Dank für dieses schöne Wahlergebnis!

(Beifall)

Danke.

Ich habe es gestern gesagt, ich will es aber heute noch einmal betonen: Wir müssen wirklich in unsere Zukunft investieren, damit es später nicht zu teuer wird. Das gilt für die internationale Politik insgesamt, und das gilt vor allem für die Entwicklungspolitik.

Friedrich Merz, die CDU, Teile der FDP und die AfD glauben, dass es Sinn machen würde, Geld in der Entwicklungspolitik einzusparen, dass man dadurch Löcher im Haushalt in Deutschland stopfen könnte. Genossinnen und Genossen, was für ein Irrsinn! Ich finde es unverantwortlich, wenn Herr Merz und auch Teile der FDP auf der einen Seite Investitionen in die Zukunft fordern, aber gleichzeitig Geld aus dem Entwicklungsetat streichen wollen. Was ist denn Entwicklungspolitik, wenn nicht eine Investition in die Zukunft?

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, unsere sozialdemokratische Entwicklungspolitik trägt dazu bei, dass Menschen weltweit ein lebenswerteres Leben haben, dass sie weniger Unterstützung von uns in der humanitären Hilfe brauchen, weil wir sie eben langfristig unterstützen.

Was würde denn passieren, wenn wir aufhören, in Mali, in Burkina Faso in Ernährungssicherheit zu investieren? Was glaubt ihr, was passiert? Die Situation wird doch nicht besser! Die Menschen würden noch mehr Hunger leiden, würden noch mehr in Armut abstürzen.

Sozialdemokratische Entwicklungspolitik trägt dazu bei, dass weltweit möglichst weniger Kriege, möglichst weniger Konflikte geführt werden. Es ist ein langfristiges Engagement. Es führt nicht nur zu möglichst weniger Gewalt auf der Welt. Es führt auch dazu, dass wir langfristig weniger ausgeben müssen. Das sind Investitionen in unsere aller Zukunft.

Ich war gerade in Jordanien im Flüchtlingscamp Zaatari. Wenn man sich ansieht, wie die Situation dort ist, wenn wir nicht weiterhelfen, dass die Dächer repariert werden können, dass die Wasserversorgung stimmt, dann können die Menschen dort nicht bleiben. Dann müssen 80.000 Menschen wieder fliehen. Das kann man doch nicht wirklich wollen!

(Beifall)

Und Genossinnen und Genossen, wir helfen auch beim Klimaschutz. Wir helfen, dass es bei Dürren, bei Überschwemmungen noch eine Perspektive für die Menschen gibt, dass wir es ihnen langfristig ermöglichen, in ihren Heimatregionen zu

bleiben. Das sind alles Investitionen, die sich auszahlen. 1 Euro als Investition in krisenfeste Gesellschaften spart 4 Euro, die wir sonst später als Nothilfe leisten müssen. Das entlastet die Haushalte. Nichtstun ist das, was richtig viel Geld kostet.

(Beifall)

Also, Genossinnen und Genossen, lasst es uns mit den Richtigen aufnehmen, mit den Konservativen! Die haben das in ihrer Sparideologie nicht verstanden. Sie möchten sich in ihr Schneckenhaus zurückziehen. Sie glauben, wenn man die Decke über den Kopf zieht, dann sieht man die ganzen Konflikte in der Welt nicht. Aber sie werden uns trotzdem erreichen. Die Entwicklungspolitik ist kein Weihnachtswichtelgeschenk an die CDU und auch nicht an die FDP. Wir investieren in eine gerechte Zukunftspolitik. Das ist Teil der Verantwortung, die wir für die Welt auch spüren. Dafür werden wir weiter geschlossen eintreten.

Deswegen bitte ich euch, auch diesen wichtigen Antrag mit zu unterstützen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Lieben Dank, Svenja. – Als Nächstes Fabian Funke. Danach würden wir für den zweiten Wahlgang für die Mitglieder des Parteivorstandes die Antragsberatung kurz unterbrechen.

Fabian Funke, *beratender Delegierter:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Seit zwei Jahren erleben wir in Europa, was lange als unvorstellbar galt: einen verbrecherischen Angriffskrieg Russlands, dem sich die Ukraine tapfer und eindrucksvoll erwehrt. Und an unsere ukrainischen Freundinnen und Freunde: Wir stehen an eurer Seite, wir unterstützen euch humanitär, aber eben auch militärisch – und das, solange dieser Krieg dauert!

(Beifall)

Auch weil wir nicht naiv sein dürfen. Wir alle wollen, dass dieser Krieg so schnell wie möglich endet. Wir alle wollen, dass die Ukrainerinnen und Ukrainer endlich wieder in Frieden leben können. Wir dürfen uns aber nichts vormachen: Einen nachhaltigen Frieden wird es nur dann geben, wenn die Ukraine sich erfolgreich verteidigt, und nicht, wenn wir ihr einen wackligen Waffenstillstand aufzwingen, so wie manche in diesem Land immer wieder reden.

Mit dem russischen Angriffskrieg ist aber auch unsere internationale Ordnung erschüttert worden. Es war falsch, zu glauben, dass günstiges Gas aus Russland keinen politischen Preis hätte. Es war falsch, zu glauben, Frieden in Europa sei selbstverständlich. Und es ist ja auch nicht so, als hätte das niemand vorher gesagt. Wir hätten einfach nur auch stärker auf unsere Partnerinnen und Partner in Zentral- und Osteuropa hören sollen. Mittel- und Osteuropa ist kein Anhang einer Europäischen Union, sondern seit 20 Jahren integraler Bestandteil. Und Fakt ist: Wir können Europa nur dann zukunftsfähig machen, wenn wir es mit ihnen gemeinsam tun.

Bei allen geostrategischen Argumenten dürfen wir jedoch auch nicht unsere Werte in der Außenpolitik vergessen. Europa muss sich die Frage stellen: Was unterscheidet uns von den anderen jenseits unserer wirtschaftlichen Stärke? Denn wirtschaftliche Kraft alleine ist kein Wert. Das haben die letzten 20 Jahre gezeigt. Wertegeleitete Außenpolitik darf nicht heißen, Werte von anderen einzufordern. Wertegeleitete Außenpolitik muss für uns vor allem heißen, die eigenen Werte zur Leitlinie des eigenen Handelns zu machen. Dazu gehört auch, dafür zu kämpfen, dass Menschenrechte universell und

überall gültig sind. Deshalb müssen die europäischen Unternehmen auch global menschenrechtswürdige Arbeitsbedingungen und gute Bezahlung gewährleisten.

(Beifall)

Deswegen ist es wichtig, dass wir in Deutschland zu Beginn dieses Jahres ein Lieferkettengesetz eingeführt haben. Es bleibt aber genauso wichtig – da danke ich Hubertus Heil für die intensive Arbeit insbesondere im letzten Jahr , dass wir an der Speerspitze stehen, wenn es in den nächsten Wochen darum geht, das auch endlich in Europa zu tun.

(Beifall)

Mit diesem Antrag legen wir die Grundlage für eine neue sozialdemokratische Außenpolitik. Und wir sehen: Unsere internationale Solidarität wird dabei so gefordert wie selten zuvor. Unsere Verantwortung ist es nun, dem auch gerecht zu werden. – Vielen Dank.

(Beifall)

FORTSETZUNG ZWEITER WAHLGANG DER WEITEREN MITGLIEDER DES PARTEIVORSTANDS

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Ganz herzlichen Dank. – Dann steigen wir jetzt in den zweiten Wahlgang ein. Ihr habt im ersten Wahlgang 17 Beisitzerinnen und Beisitzer von den 24, die zu wählen sind, gewählt. Wir müssen also noch 7 weitere Mitglieder für den Parteivorstand wählen. Wir brauchen noch einen Mann, um die entsprechende Quote zu erfüllen. Auf dem Wahlzettel bringt ihr bitte die Kontrollmarke Nummer 7 an. Haben alle noch die Nummer 7? Gibt es jemanden, der die Nummer 7 nicht hat?

Wichtig ist: Ihr könnt jetzt, weil wir noch sieben brauchen, bis zu sieben Kreuze setzen, und ihr müsst mindestens vier setzen, damit euer Stimmzettel gültig ist. Also: bis zu sieben und mindestens vier.

Gewählt sind im zweiten Wahlgang die Kandidatinnen und Kandidaten mit der höchsten Stimmenzahl, soweit die Quote nicht verletzt wird. Also solange ein Mann darunter ist, sind wir fein.

Gibt es noch Fragen zum Wahlverfahren? – Dann können wir jetzt verteilen. – Da wird schon gewunken. Zeigt bitte auf, wo noch welche fehlen! – Hier vorne in der Mitte. Und einmal zum Parteivorstand und Co. Und hier vorne in der Mitte bitte auch noch einmal.

Ich glaube, da sind jetzt alle unterwegs. Ich schaue nach links – da meldet sich keiner mehr. – Gibt es noch jemanden, der keinen Stimmzettel hat? – In der Mitte gibt es immer noch zwei. Kommt jemand dorthin?

Jetzt frage ich noch einmal: Hat noch jemand keinen Stimmzettel? – Gut. Dann kommen jetzt die Retourstapel zurück. – Ich gebe euch noch ein, zwei Minuten, um die mindestens vier und höchstens sieben Kreuze zu setzen. – Ich glaube, das war es jetzt. – Thomas ist die Autorität an dieser Stelle. Es war noch nicht genug Zeit.

Ich bitte, jetzt die Stimmzettel einzusammeln.

(Stimmabgabe)

Es gilt wie beim letzten Mal: Nur weil ihr den Stimmzettel abgegeben habt, heißt das noch nicht, dass ihr aufstehen dürft! Erst mal müssen die lieben Kolleginnen und Kollegen von der Mandatsprüfungs- und Zählkommission mit den Boxen überall durchkommen. Wenn ihr gelangweilt seid, dann könnten wir genau denen, die gerade einsammeln, auch Applaus geben, die machen das nämlich super.

(Beifall)

Sehr gut!

(Rhythmischer Beifall)

Die Nordrhein-Westfalen haben zugelegt. Das war eine Variation des Klatschstils. Hat noch jemand eine andere?

(Beifall)

Das kann man jetzt auch wieder aus Nordrhein-Westfalen. Hat noch jemand eine andere?

(Rhythmischer Beifall)

Im Westen der Republik ist das Klatschen zu Hause. Danke schön.

Könnt ihr vielleicht schon mal hochhalten, wer seinen Stimmzettel noch nicht abgegeben hat? – Ich frage noch einmal: Hat jemand seinen Stimmzettel noch nicht abgegeben? – Das sieht nicht so aus. Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser Wahlgang hiermit geschlossen, und die Zettel gehen zum Zählen. Ich übergebe wieder an Katja für die Debatte.

FORTSETZUNG DER ANTRAGSBERATUNG DES LEITANTRAGS A1

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Thomas. – Ich hoffe, dass wir jetzt gemeinsam weiter in die Antragsberatung einsteigen. Dafür wäre es ein erstes gutes Signal, wenn in den Raum wieder ein bisschen Ruhe reinkommt. Auch wenn ich gerade ganz viele Genossinnen und Genossen sehe, die den Saal verlassen, fahren wir fort. Als nächste Sprecherin ist Sarah Weinreich dran. Danach folgt Ralf Stegner. – Sarah, du hast das Wort!

Sarah Weinreich, *Brandenburg:*

Entschuldigung, ich habe es nicht ganz kommen sehen. Ich dachte, ich wäre ein bisschen später dran, weil ich so spät abgegeben habe. Also auch wieder hier der Neumitgliedsbonus, hoffe ich. – Mein Name ist Sarah Weinreich. Ich habe mich vorhin schon mal kurz vorgestellt.

(Beifall)

Danke schön.

Ich möchte mich zur internationalen Politik starkmachen für eine starke Stimme bei uns in Deutschland für Belarus und die Demokratisierung der letzten Diktatur in Europa.

(Beifall)

Als Mitglied von RAZAM und der SPD möchte ich mit meiner Arbeit als ehrenamtliches Mitglied der SPD dafür sorgen, dass wir die belarussische Gemeinschaft hier in der Diaspora im Exil unterstützen können. Ich wünsche mir, dass das noch irgendwo in die Anträge aufgenommen wird. Aber dafür ist es jetzt wahrscheinlich zu spät. Ich habe gesehen, dass aus Berlin ein schöner Antrag dazu kam. Den möchte ich gerne noch einmal bekräftigen und unterstützen und das Licht auf die Diaspora und die 1.500 politischen Gefangenen in Belarus lenken, die unter Lukaschenkos Regime extrem leiden, die von der Außenwelt und von psychischer oder psychologischer Versorgung abgeschlossen sind.

Die Diaspora hat auch ein großes Passproblem, dessen sich jetzt zum Glück schon das Auswärtige Amt und auch das Bundesinnenministerium angenommen hat. Dafür möchte ich mich herzlich bedanken.

Auf der anderen Seite möchte ich den Fokus aber auch weiterhin darauf richten, dass die Demokratisierung von Europa noch nicht abgeschlossen ist und dass wir weiterhin daran arbeiten müssen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Sarah. Nur, damit es keine Verwunderung gibt: Das ist nicht ein Neumitgliederbonus, sondern hat etwas mit Quotierung der Rednerliste zu tun. Wir versuchen tatsächlich, soweit es möglich ist, dass immer abwechselnd zwischen männlichen und weiblichen Redner*innen hinzukriegen.

(Beifall)

Ich glaube, damit entsprechen wir genau dem, was wir auch als SPD-Frauen immer gefordert haben.

Ralf Stegner ist der nächste Redner. Danach folgt Stella Carina Otte.

Ralf Stegner, *SPD-Bundestagsfraktion:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte gerne über die Friedenspartei SPD reden. Das ist ein bisschen gegen den Zeitgeist. Manchmal hat man den Eindruck, wir haben ganz viele neue Waffenexperten. Aber es gilt immer noch: Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.

(Beifall)

Das heißt nicht, dass man Pazifist ist. Das kann man als Deutscher kaum sein. Wir hätten keine Demokratie, wenn Nazideutschland nicht militärisch besiegt worden wäre. Das heißt aber schon, dass man kluge Diplomatie anwendet, dass man weiß: Ich muss mit vielen Ländern reden, auch solchen, die mir nicht gefallen. Egon Bahr hat mal gesagt: Wenn wir nur mit denen reden, die unsere Werte teilen, sind wir mit Norwegen und Island alleine. Das ist ein bisschen wenig, und das stimmt. Keine Kontakte, kein Einfluss, das ist die Folge.

Das bedeutet zum Beispiel für die Ukraine, dass wir natürlich dafür sorgen müssen, dass nicht mit Gewalt Grenzen verschoben werden, dass wir natürlich Luftabwehrwaffen liefern, damit die Zentren geschützt werden, die Bevölkerung geschützt wird ebenso wie die Kindergärten, die Schulen und die Energieinfrastruktur, aber dass wir nicht glauben, es kann militärisch erzwungen werden, dass dieser Krieg endet – das wird nicht der Fall sein , sondern wir müssen über diplomatische Anstrengungen reden. Rolf hat zu Recht gesagt: Das ist kein Schimpfwort, sondern das ist notwendig.

Für den Nahostkonflikt gilt: Das ist ein beschämendes Beispiel dafür, dass europäische Diplomatie versagt oder gar nicht stattgefunden hat. Denn Frieden gibt es dort nur, wenn die Sicherheit Israels gewährleistet ist. Das müssen wir tun; denn der Staat Israel ist wegen des Holocausts gegründet worden. Wir dulden Antisemitismus nicht und sagen zugleich – und, nicht aber : Humanität ist ein Prinzip, das gilt auch für die palästinensische Bevölkerung. Das bedeutet: Frieden kann es nur geben, wenn die Generationen nicht im Hass gegeneinander aufwachsen. Humanität muss der Maßstab für uns sein.

(Beifall)

Und was ist die Folge für uns? – Hier ist von Führung die Rede gewesen. Führung heißt für mich als Lehre aus unserer Geschichte, dass wir mit gutem Beispiel vorangehen: bei humanitärer Hilfe, bei diplomatischer Hilfe, bei ökonomischen Dingen, was wir können. Es ist doch absurd, dass die Amerikaner 750 Millionen Dollar in die Erneuerung ihres Landes investieren, und wir diskutieren die Schuldenbremse, wie der Vatikan über das Zölibat diskutiert. Das kann doch wohl nicht wahr sein! Da ist unsere Verantwortung, dieses zu tun.

(Beifall)

Und militärisch: Ja. Aber lieber Boris Pistorius, so sehr ich dich schätze – „kriegstüchtig“ müssen wir nicht werden, sondern verteidigungsfähig und bündnisfähig müssen wir werden und ansonsten dafür sorgen, dass die Bundeswehr gut ausgestattet ist – und mitmachen und uns nicht drücken. Aber man braucht keine militärische Führungsmacht Deutschland. Das ist nicht die Lehre aus unserer Geschichte.

Für Waffenexporte heißt das: Wir sollten weiterhin keine Waffen in Krisengebiete und Diktaturen exportieren, liebe Genossinnen und Genossen – nicht nach Saudi-Arabien und auch nicht in andere Länder, die die Menschenrechte verletzen.

(Beifall)

Ich finde, wir sollten kapieren, dass, wenn wir die Abrüstungsabkommen jetzt alle scheitern sehen, kein Problem dieser Welt gelöst wird, indem wir mehr Waffen irgendwohin liefern, sondern die Probleme heißen: Hunger, sie heißen: Wanderungsbewegungen, sie heißen: Umweltzerstörung. Das ist eine Ressourcenkonkurrenz. Wir müssen dafür sorgen, dass in Frieden, in Entwicklungszusammenarbeit investiert wird und nicht in Waffenexporte und die Aufkündigung von Rüstungsabkommen.

(Beifall)

Deswegen werbe ich dafür, dass sich Deutschland und die Sozialdemokratie wieder an die Spitze der Friedensbewegung stellen. Das ist nicht altmodisch – das ist notwendig, liebe Genossinnen und Genossen!

Ich bin 64 Jahre alt. Meine Generation ist die erste in diesem Land, die in Wohlstand und Frieden gelebt hat – die erste; davor galt das nicht. Unsere Verpflichtung ist, dafür zu sorgen, dass das für unsere Kinder und Enkel auch gilt, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Das geht nicht mit strammen Sprüchen: „Wir verteidigen die Werte des Westens!“ Wo tun wir das denn? In unseren warmen Wohnzimmern manchmal. Unter Krieg haben die zu leiden, die in den Bunkern sitzen, wo die Ehepartner ums Leben kommen, wo die Kinder traumatisiert sind und wo es Vergewaltigung und Zerstörung gibt überall an jedem Kriegstag. Nichts ist gut an Krieg! Man kann, ohne Pazifist zu sein, Kriegsgegner sein. Und wir sollten uns an die Spitze derer stellen, die das tun und alles dafür tun – aber auch wirklich alles , dass das mit den Morden und der Inhumanität in der ganzen Welt aufhört. Das ist unser Job.

(Beifall)

Vielleicht sind wir dann auch die Partei, von der erkannt wird: Die SPD ist Friedenspartei. Wir sind das immer gewesen. Der Friedensnobelpreis für Willy Brandt war der stolzeste Moment in unserer jüngeren Geschichte. Das will ich ganz deutlich sagen. Daran ist nichts altmodisch. Lasst uns das nicht schlechtreden von denen, die immer schon dagegen waren! Wir lesen der Rüstungsindustrie nicht die Wünsche von den Augen ab. Wir kämpfen für Frieden. Das ist das Ehrenvollste, was man tun kann als Sozialdemokrat. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Ralf. – Stella hat ihren Redebeitrag zurückgezogen. Ich danke allen auch für den freundschaftlichen Hinweis, dass es eine „Redeliste“ und keine „Rednerliste“ ist. Der Nächste, der jetzt sprechen darf, ist der Ben Schneider. Danach folgt Michael Müller.

(Unruhe)

– Bevor Ben das Wort bekommt der Hinweis: Die Debatte ist wichtig, die Debatte ist wertvoll. Um ihr gut folgen zu können, wäre es schön, wenn der Geräuschpegel hier im Saal ein Stückchen nach unten gefahren wird. Ich glaube, es gebietet auch der gegenseitige Respekt, mit den Rednerinnen und Rednern gut umzugehen.

Ben, du hast das Wort.

Ben Schneider, *Berlin:*

Vielen Dank, Katja. – Liebe Genossinnen und Genossen! Ich will es gar nicht lang machen. Ich danke erst mal dem Parteivorstand für die Erarbeitung dieses sehr wichtigen und auch umfassenden Antrages. Wir als Berliner*innen haben noch einen Änderungsantrag, den wir jetzt gerne einbringen würden.

Rolf hat vorhin gesagt: Wir müssen aus den Fehlern der Vergangenheit auch lernen und Schlüsse ziehen. Deswegen fordern wir eine Enquetekommission zur deutschen Russlandpolitik der letzten Jahre.

(vereinzelt Beifall)

Vielen Dank. – Denn es ist wichtig, dass diese fraktionsübergreifende und auch unabhängige Enquetekommission auf-

arbeitet, was in den vergangenen Jahrzehnten schiefgelaufen ist, um daraus wichtige Schlüsse für den zukünftigen Umgang mit Russland zu ziehen. Ich lese ihn ganz kurz vor. Es geht um eine Ergänzung in Zeile 769. Zitat:

Um die parteiübergreifenden Fehleinschätzungen der bisherigen deutschen Russlandpolitik zu ergründen, setzen wir uns fraktionsübergreifend für eine unabhängige Enquetekommission aus Fachleuten ein, um die deutsche Russlandpolitik seit Beginn der Präsidentschaft Wladimir Putins im Jahr 1999 historisch und systematisch aufzuarbeiten. Vorbild könnte die Enquetekommission „Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands“ sein.

Ich bitte später um Zustimmung, und ich wünsche uns allen noch eine gute Beratung. – Vielen Dank.

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Ben. – Es folgt jetzt Michael Müller. Danach Robert Drewnicki.

Michael Müller, *Bundesvorsitzender der Naturfreunde:*

Liebe Genossinnen und Genossen! In den „Reflexionen aus dem beschädigten Leben“ von Theodor Adorno heißt es: „Es gibt kein richtiges Leben im falschen.“ – Krieg ist immer falsch – natürlich der russische Angriffskrieg im Besonderen. Es wird – das sind die zwei schlimmen Punkte – zunehmend zu einem Krieg bis zur Erschöpfung, der vor allem die ärmsten Schichten trifft. 1,6 Milliarden Menschen leiden weltweit unter den Folgen der Energie- und Ernährungskrise – natürlich besonders die Menschen in der Ukraine, aber auch in Russland. Die große Mehrheit der Soldaten aus Russland kommt aus Gebieten, wo das Monatseinkommen unter 200 Dollar liegt. Das heißt, es sind die ärmsten Schichten, die ausbluten. Und zweitens: Krieg kennt keine Grenzen in sich. Nicht zu Unrecht warnt die New York Times vor der Eskalationsdynamik.

Deshalb im Gegensatz zu meinem Vorredner: Es gibt keine Relativierung der Entspannungspolitik. Im Übrigen ist die Entspannungspolitik sogar von Kennedy 1963 als Schlussfolgerung aus der Kubakrise entstanden. Es ist auch umgekehrt der Fehler darin zu sehen, dass man die Entspannungspolitik nicht weiterentwickelt hat. Darin liegt ein entscheidender Punkt. Wir müssen wissen: In den 80er-Jahren gab es drei Grundlagen für eine Weltinnenpolitik, die zusammengehören: Das war der Nord-Süd-Bericht, also die Nord-Süd-Solidarität, das war die Gemeinsame Sicherheit von Palme, und das war drittens die Nachhaltigkeitsidee von Brundtland. Alle drei Berichte müssen als Einheit gesehen werden. Es gibt keine Nachhaltigkeit ohne gemeinsame Sicherheit, und gemeinsame Sicherheit gibt es nicht ohne Nachhaltigkeit.

Deshalb müssen wir alles tun, um die doppelte Gefahr der Selbstvernichtung der Menschheit zu verhindern: die Vernichtung durch Massenvernichtungswaffen und die Vernichtung durch die Zerstörung der Natur.

(Beifall)

SIPRI sagt zu Recht: Wir sind im gefährlichsten Jahrhundert seit 1945. Es sind nur zehn Länder, die 75 Prozent der weltweiten Militärausgaben ausgeben. Was für eine Perversion! Und die USA ist im Augenblick kräftig dabei, wieder in neue Atomwaffen zu investieren – alleine im letzten Jahr knapp 45 Milliarden US-Dollar. Durch den Krieg sind die Regimes der Rüstungskontrolle kaputtgegangen.

Deshalb, Genossinnen und Genossen: Es kann nur gemeinsame Sicherheit in einer Welt geben, die auf Gegenseitigkeit angewiesen ist. Das ist der Kern einer Weltinnenpolitik. Und das ist die Idee von Willy Brandt, die ihr bitte nicht aufgeben dürft und auch nicht relativieren dürft. – Vielen Dank.

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Michael. – Es folgt Robert Drewnicki. Danach Joachim Schuster.

Robert Drewnicki, *Berlin:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich spreche für den Berliner Änderungsantrag, den Ben eben vorgestellt hat. Ich möchte an dieser Stelle ganz klar sagen: Niemand möchte hier irgendetwas relativieren. Und wir alle wissen, was wir der Entspannungspolitik von Willy Brandt und Egon Bahr zu verdanken haben. Ich glaube, das sollte man an dieser Stelle wissen; denn das eint uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Dennoch sind Fehler passiert, und ich weiß, dass es immer schwierig ist, sich Fehlern zu stellen und sie aufzuarbeiten. Natürlich macht man das nicht um des Fehlers willen, dass man es aufarbeitet, sondern weil man daraus lernen möchte, weil man Dinge in der Zukunft besser gestalten möchte. Deswegen haben wir diesen Antrag für eine Enquetekommission zur Aufarbeitung der Politik gegenüber Russland eingebracht, weil es auch der ganz entscheidende Punkt ist: Genau mit solch einer Kommission schaffen wir es, aus dieser ekelerregenden Diskussion herauszuholen, dass die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten quasi seit der Ostpolitik von Willy Brandt an allem schuld sind, was danach passiert ist, sondern da arbeiten wir auf, was die Politik aller Parteien in dieser Zeit gewesen ist. Deswegen, liebe Genossen, ist das so wichtig.

Olaf hat vorhin gesagt: Wir wollen, dass sich ein kleines Land nicht vor großen Nachbarn fürchten muss. – Liebe Genossinnen und Genossen, mein Name ist Robert Drewnicki. Das ist kein Zufall. Das hängt damit zusammen, dass mein Vater aus Polen stammt. Mein Vater war überzeugter Sozialdemokrat. Mein Vater hat die Ostpolitik mitgetragen und hat immer für Willy Brandt geschwärmt. Und ich mit meinem Bildungsweg bin ein Kind der Politik von Willy Brandt. Niemand von uns würde das jemals infrage stellen.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, es gab einen Moment, in dem mein Vater immer zusammengezuckt hat: wenn es hieß „unser russischer Nachbar“. Liebe Genossinnen und Genossen, dieser Spruch ist mal dahingesagt, aber zwischen Russland und uns liegt Polen. Mein Vater ist 1925 geboren worden. Er weiß, was es bedeutet – 1939 , wenn Deutschland und Russland Nachbarn sind. Das war nicht die erste Teilung Polens. Das war das, was ihn immer umgetrieben hat in dieser Zeit.

Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass wir uns jetzt damit auseinandersetzen und dass wir genau aufarbeiten, was passiert ist, warum es so passiert ist. Dann müssen wir auch über Nordstream reden, aber nicht nur über Nordstream, sondern wir müssen darüber reden, was wir für die Zukunft daraus lernen können.

Ich danke auch Lars. Er hat vor einigen Monaten einen Prozess der Debatte innerhalb der SPD zu dieser Politik angestoßen. Das war nicht einfach. Ich habe die Reaktionen danach auch in den Social-Media-Kanälen, aber auch in der Presse sehr wohl wahrgenommen.

Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen: Wir haben für dieses Land Hervorragendes geleistet, auch wegen der Entspannungspolitik. Aber es ist etwas aus dem Ruder gelaufen. Der Antrag sagt ganz deutlich: die Politik aufzuarbeiten,

seit Putin die Verantwortung in Russland übernimmt. Ich bitte euch, diesen Antrag anzunehmen, damit wir dort in eine Aufarbeitung gehen können, die endlich gesamtgesellschaftlich ist und die genau deswegen nicht versuchen kann, die Entspannungspolitik der SPD zu diskreditieren. – Vielen Dank, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Danke, Robert. – Jetzt ist Joachim Schuster dran, und Nils Schmid macht sich bitte bereit.

Joachim Schuster, *Bremen:*

Liebe Genossinnen und Genossen! In der Tat befinden wir uns in einer tiefgreifenden Umbruchperiode. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurde ja schon das Ende der Geschichte ausgerufen, alle Staaten würden sich von nun an als Demokratien mit freien Marktwirtschaften entwickeln. Die Geschichte hat sich anders entwickelt.

Was ist neu? – Wir sind in vielen Staaten mit einem Vormarsch autoritärer Regierungen konfrontiert. Wir sind Zeuge einer Auseinandersetzung der USA und China um die globale Vorherrschaft. Wir haben eine neue multipolare Welt. Der Klimawandel bedroht alle Staaten dieser Welt, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Das sind wichtige Neuerungen.

Eine derartige Umbruchperiode wird wahrscheinlich – so bedauerlich das ist – mit einer Zunahme an zwischenstaatlichen Konflikten bis hin zu Kriegen einhergehen. Umso wichtiger ist eine klare politische Antwort der SPD. Dazu trägt der vorliegende Antrag A01 wirklich sehr viel bei. Der Antrag knüpft zu Recht an unsere entspannungspolitische Tradition an. Zu Recht wird ausgeführt, dass wir eine Konzeption umfassender Sicherheit brauchen und dass wir uns nicht auf militärische Antworten reduzieren dürfen.

Aber ein Aspekt ist unterbelichtet: Entspannungspolitik ist nicht nur umfassende Sicherheit, sondern auch gemeinsame Sicherheit. Das ist auch angesichts der heutigen Kriege keine naive Politik. Wir müssen einer Diffamierung von Entspannungspolitik entschieden entgegentreten. Entspannungspolitik hatte immer eine starke militärische Komponente, setzt aber immer zugleich auch auf Abrüstung und Rüstungskontrolle mit dem langfristigen Ziel, gegenseitige strukturelle Nichtangriffsfähigkeit zu erreichen. Entspannungspolitik war nie naiv auf „Wandel durch Handel“ zu reduzieren. Egon Bahr hatte schon 1963 klargestellt, dass wirtschaftliche Kooperation nicht den Charakter der Sowjetunion verändern würde. Er hat in dem gleichen Vortrag auch davor gewarnt, dass man sich in wirtschaftliche Abhängigkeiten begibt. Ich glaube, das Gleiche gilt auch noch heute für Russland.

Entspannungspolitik basierte aber immer auch auf der Überzeugung, dass Konfrontation keinen stabilen Frieden schaffen würde, sondern dass dies nur möglich sein würde, wenn die Sicherheitsinteressen aller Seiten gewahrt werden. Diese Erkenntnis basiert auch nicht auf irgendwelchen Eingebungen, sondern auf der Realität 15 Jahre härtester Konfrontationspolitik, die die Welt an den atomaren Abgrund gebracht hat.

Ich bin fest überzeugt, dass das Konzept gemeinsamer und umfassender Sicherheit auch heute noch richtig ist und auch für unsere aktuelle Politik gegenüber Russland die Leitlinie sein muss. Was heißt das? – Natürlich verurteilen wir den Überfall Russlands auf das Schärfste. Natürlich werden wir die Ukraine weiter militärisch, wirtschaftlich und humanitär unterstützen. Aber wir wissen auch, dass in dem aktuellen Abnutzungskrieg nur mit diplomatischen Lösungen der Krieg beendet werden kann und deswegen gleichzeitig eine deutliche Verstärkung diplomatischer Bemühungen zur Erreichung

eines Waffenstillstandes als Ausgangspunkt für Friedensverhandlungen erreicht werden muss.

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Joachim, kommst du bitte langsam zum Schluss?

Joachim Schuster, *Bremen:*

Ich bin gleich fertig. – Der Aufbau einer neuen europäischen Friedensordnung kann nicht warten, bis sich die Verhältnisse in Russland grundsätzlich geändert haben. Wir müssen schon heute anfangen, an einer Friedensordnung gemeinsamer und umfassender Sicherheit zu arbeiten. Das ist etwas Anderes. Auch mit Russland zu arbeiten ist etwas Anderes, als Sicherheit vor Russland zu gewährleisten.

In diesem Sinne haben wir drei Änderungsanträge basierend auf dem Bremer Antrag „Für eine moderne Entspannungspolitik“ formuliert, die die Frage der gemeinsamen Sicherheit, der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit und auch den Aufbau einer neuen Friedensordnung berühren. – Danke schön.

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Joachim. – Jetzt bekommt Nils das Wort. Ihm folgt Friedhelm Hilgers.

Nils Schmid, *Baden-Württemberg:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich finde, mit diesem Antrag können wir selbstbewusst die Debatte über die Zeitenwende führen. Wir sollten uns nicht darauf ausruhen, was wir in der Vergangenheit in der Entspannungspolitik geleistet haben, sondern selbstbewusst die Prinzipien sozialdemokratischer Friedenspolitik in die heutige Zeit umsetzen. Denn eines ist klar: Jede Zeit erfordert ihre eigenen Antworten. So hat uns Willy Brandt gegen Ende seines politischen Lebens eine Message mitgegeben. Und wenn wir in einer modernen Zeit leben, dann müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass, anders als in den 70er-Jahren, Russland eine aggressive, auf Expansion ausgerichtete Außenpolitik betreibt und nicht zufrieden ist mit den Territorien, die damals nach dem Zweiten Weltkrieg von der Sowjetunion erobert und unter Kontrolle gebracht worden sind.

Wir müssen die Prinzipien von Abschreckung und Dialog in die heutige Zeit hineinnehmen. Das bedeutet eben, dass wir so, wie in den 70er-Jahren, Entspannungspolitik aus einer Position der militärischen Stärke heraus unternehmen müssen. Denn eines ist klar: Diese 2 Prozent, die jetzt von manchen infrage gestellt werden, sind ja kein Selbstzweck und sind auch in diesem Antrag kein Selbstzweck, liebe Genossinnen und Genossen, sondern es ist einfach die Selbstverständlichkeit, dass Deutschland seine Außenpolitik in Bündnissen der Europäischen Union und der NATO gestaltet und dass wir auch selbstverständlich unseren Beitrag zur Bündnisverteidigung leisten. Dazu ist eine Modernisierung der Bundeswehr erforderlich. Deshalb werden wir in den nächsten Jahren um die 2 Prozent für den Verteidigungshaushalt ausgeben müssen. Ich bitte euch, dieses ernst zu nehmen. Denn unsere Partner warten und setzen darauf, dass wir als Deutschland der Verantwortung für das Bündnis, aber auch für die Möglichkeit der Entspannungspolitik in der

Zukunft gerecht werden.

(Beifall)

Ich will noch einen zweiten Punkt sagen: Man darf sich Willy Brandt nicht so aussuchen, wie es einem gerade so passt. Willy Brandt, der regiert und Entspannungspolitik betrieben hat, hat diese Entspannungspolitik mit hohen Verteidigungsausgaben unterlegt. Er hat gleichzeitig den Weg mit dem Nord-Süd-Bericht in den 80er-Jahren gewiesen, dass wir sehr viel stärker auf die Bedürfnisse in anderen Kontinenten und auf den Dialog mit anderen Ländern in anderen Kontinenten – Asien, Afrika, Lateinamerika – setzen sollten. Genau dieses ist der sozialdemokratische Beitrag in der Zeitenwende, den wir in diesem Antrag herausstellen. Der globale Süden ist Teil der Zeitenwende. Wer sich anschaut, wie Olaf Scholz, Svenja Schulze und Boris Pistorius durch die Welt reisen, sieht eine deutliche Abkehr von der Politik von Frau Merkel. Wir setzen auf gleiche Augenhöhe mit allen Ländern und Gesellschaften in dieser Welt. Das sollte die Botschaft dieses Antrags sein. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu diesem Antrag.

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Nils. – Jetzt kommt Friedhelm Hilgers. Danach folgt Gabriel Kunze.

Friedhelm Hilgers, *Stellvertretender Vorsitzender AG 60plus:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin stellvertretender Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft 60 plus. Es ist sicher kein Zufall, dass gerade in unserer Arbeitsgemeinschaft dieses Thema, das Thema Friedenspolitik, einen ganz großen Stellenwert einnimmt. Denn ganz viele von uns sind natürlich politisch sozialisiert worden in der Zeit, über die jetzt auch schon mehrfach gesprochen worden ist: die Zeit der Politik von Willy Brandt und Egon Bahr. Wir sehen mit Entsetzen, wie Grundfeste sozialdemokratischer Vergangenheit und Grundfeste von Verdiensten der Sozialdemokratie von den Erben derjenigen Gegner von Brandt und Bahr aus der damaligen Zeit jetzt dazu genutzt werden, um sozialdemokratische Verdienste zu zertrümmern. Teilweise hat dies sogar Folgen bis in die eigene innerparteiliche Debatte hinein. Wir haben uns nicht zu entschuldigen für Grundfeste sozialdemokratischer Politik, die auch heute noch ihre Geltung und Wirksamkeit zeigen müssen. Es ist wieder eine Friedenspolitik auf den Weg zu bringen, die an diesen Errungenschaften anknüpft. Deshalb ist die Logik, auch in den derzeitigen weltweiten Konflikten auf Waffenlieferungen und auf militärische Maßnahmen zu setzen, alleine grundfalsch, wenn es nicht von dem begleitet wird, was wir früher so hervorragend konnten und was weltweit Erfolge gezeigt hat, nämlich von diplomatischen, internationalen Initiativen, die ein Verhandlungsende derartiger Konflikte herbeiführen. Wir wissen, dass an irgendeinem Punkt ohnehin eine Verhandlungslösung entstehen wird. Aber müssen wir denn Monate und Jahre warten, bis Hunderttausende und Hunderttausende mehr gestorben sind, weil wir uns nicht frühzeitig und nicht intensiv genug auf den Weg gemacht haben?

Liebe Genossinnen und Genossen, zwei Begriffe in der derzeitigen innerparteilichen Debatte sind fatal. Es ist ein falsches Verständnis von Führungsmacht Deutschland. Die Ersetzung der Verteidigungsfähigkeit durch Kriegstüchtigkeit ist ein überhaupt nicht verständliches Begriffsmonster. Liebe Genossinnen und Genossen, warum reicht uns denn Verteidigungsfähigkeit nicht aus? Warum ist die Bundeswehr von uns nicht in die Lage gesetzt worden, das, was wir an Verpflichtungen zur Landesverteidigung eingegangen sind, auch zu realisieren? Warum sind die Summen, die wir ähnlich wie Frankreich und England ausgeben, nicht genug, wenn es für diese Länder reicht? Das muss sich doch jeder fragen, der sich jetzt mit Verdoppelungsfantasien herumschlagen muss. Das ist ein Irrweg. Dieser Pfad, der auch von

Sozialdemokraten eingeschlagen worden ist, muss korrigiert werden.

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Friedhelm, kommst du langsam bitte zum Schluss?

Friedhelm Hilgers:

Die SPD als Friedenspartei hat eine auch in der Bevölkerung massenwirksame Chance, wieder Vertrauen zurückzugewinnen. Lasst uns diesen Weg gehen! – Danke schön.

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank. – Ich bitte Gabriel Kunze ans Rednerpult, gefolgt von Dietmar Köster.

Gabriel Kunze, *Nordrhein-Westfalen:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Vor ein paar Stunden haben wir hier beschlossen, dass wir als SPD dafür stehen wollen, dass die finanziellen Zusagen, die in Regierungsverantwortung den Menschen, der Wirtschaft und den Kommunen gemacht worden sind, auch eingehalten werden.

Ich finde, das gilt auch für die internationalen Zusagen, die wir gemacht haben. Deutschland hat sich dazu verpflichtet, 0,7 Prozent seines Bruttonationalproduktes für die Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden. Hier müssen wir dafür sorgen, dass Deutschland ein verlässlicher Partner ist. Svenja und Sanae haben es gerade eben gesagt: Unsere Strukturen in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit müssen langfristig abgesichert werden. Die kurzfristigen Haushaltsprobleme, die wir haben, die uns aus meiner Sicht die CDU und FDP mit ihrem Festhalten an Wirtschaftsideen von gestern eingebrockt haben, befreien uns nicht von dieser humanitären Verantwortung. Seit ein paar Tagen wird nun klar, was diese vorgeschlagenen Kürzungen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit, die im Raume stehen, jetzt eigentlich für konkrete Konsequenzen haben, und zwar ganz konkret für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Entwicklungszusammenarbeit. Möglicherweise kommt es zu einem massiven Stellenabbau bei der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, die ihren Hauptsitz in Bonn hat, wo ich herkomme. In Rede stehen 1.500 bis 2.000 Stellen bei der GIZ, die betroffen sein könnten. Das gilt übrigens auch für alle anderen Standorte. Die Genossinnen und Genossen in Hessen seien darauf hingewiesen. Auch die politischen Stiftungen wie unsere FES sind betroffen, die viel Arbeit in der politischen Entwicklungsarbeit im Ausland macht. Liebe Genossinnen Genossen, ich halte das für den falschen Weg. Es ist falsch, in der aktuellen Weltlage ausgerechnet bei der Entwicklungszusammenarbeit zu sparen.

(Beifall)

Es ist falsch, Strukturen zu zerschlagen, die wir mit viel Mühe und Fleiß aufgebaut haben, nur weil einmal das Geld knapp wird. Es ist genauso falsch, nun auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unseren Haushalt zu sanieren.

Das war noch nie richtig.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, daher schlagen wir euch aus Bonn und aus NRW folgenden Änderungsvorschlag vor, und zwar in Zeile 284 einzuführen:

Kürzungen im Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), welche die entwicklungspolitische Arbeit der politischen Stiftungen einschränken oder Arbeitsplätze bei der GIZ gefährden, halten wir für den falschen Weg, weil sie dem strategischen Wert, den die Entwicklungszusammenarbeit innerhalb des vernetzten Ansatzes aus Sicherheits-, Außen- und Entwicklungspolitik hat, nicht gerecht werden.

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst mich zum Schluss sagen, dass wir aus Bonn, seitdem wir erfahren haben, was dort für ein Stellenabbau droht, viel Solidarität erhalten haben – einmal aus der Region, aber auch aus NRW. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall)

Ich würde mich echt freuen, wenn ihr euch jetzt dieser Solidarität anschließt und mit uns gegen die Kürzungen im Haushalt des BMZ und für den Erhalt dieser Arbeitsplätze kämpft. Das gibt den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, aber auch uns in Bonn Zuversicht. – Vielen Dank.

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank. – Es folgen jetzt Dietmar Köster und danach Lothar Binding.

Dietmar Köster, *beratender Delegierter:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir leben in gefährlichen Zeiten: in Zeiten zunehmender internationaler Spannungen, in der die SPD ihre Kernidentität als Friedenspartei behaupten und schärfen muss. Daher müssen wir auch ganz entschieden jenen Stimmen aus der CDU widersprechen, die leichtfertig davon sprechen, dass wir die Wirtschaft in eine Kriegswirtschaft umwandeln müssen und meinen, wir müssten uns geistig und materiell auf den Krieg vorbereiten. Das ist vollkommen inakzeptabel. Wir müssen uns nicht auf den Krieg vorbereiten. Wir müssen uns auf das Ende dieses Krieges vorbereiten und dass es für Europa eine friedenspolitische Perspektive gibt.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, zur Außen- und Friedenspolitik liegt ein akzeptabler Leitantrag vor, der noch besser werden könnte. Ich finde, wir sollten mehr auf Entspannung setzen statt auf militärischer, ökonomischer oder sonstiger Führung Deutschlands in der Welt. Die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger übrigens will auch nicht, dass sich Deutschland stärker in internationale Krisen einmischt. Wir brauchen mehr Entspannungspolitik, die auf Abrüstung und Rüstungskontrolle setzt und an dem Konzept der gemeinsamen Sicherheit festhält. Angesichts der globalen, vielfältigen Krisen müssen wir trotz der Tatsache, dass wir auch viele autokratische Systeme haben, stärker auf Kooperation statt

auf Konfrontation setzen. Das erfordern die vielfältigen globalen Krisen, vor der wir stehen.

Die 2-Prozent-Regel zur Aufrüstung, 2 Prozent Aufrüstung in Höhe des Bruttoinlandsproduktes, ist eine Regel, die ich noch nie verstanden habe. Wir sollen unsere Rüstungspolitik danach ausrichten, wie stark unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ist. Das ist aus meiner Sicht vollkommener Unsinn. Rüstungsausgaben und Verteidigungspolitik müssen sich danach ausrichten, welche außenpolitischen Anforderungen wir entwickeln.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, es gibt einen Änderungsantrag, der den Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag fordert. Diesem Antrag sollten wir unbedingt folgen. Die deutsche Bundesregierung hat schon den richtigen Schritt unternommen, dass sie den Status als Beobachter bei der Vertreterversammlung in New York hat. Leider hat die deutsche Außenministerin auf dieser Konferenz durch Abwesenheit geglänzt. Jetzt müssen wir aus meiner Sicht den nächsten Schritt machen und von dem Beobachterstatus dazu übergehen, einen Schritt in Richtung atomwaffenfreie Welt zu machen. Von daher sollten wir dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten. – Danke schön.

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Danke, Dietmar. – Jetzt hat Lothar Binding das Wort. Ihm folgt Jürgen Coße.

Lothar Binding, *beratender Delegierter, Vorsitzender der AG 60plus:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Mein kleiner Beitrag hat zwei Teile. Der erste Teil befasst sich mit Friedrich Merz, um ein bisschen deutlich zu machen, wie verrückt und abwegig ganz bestimmte Überlegungen hier stattfinden. Olaf Scholz hat heute Morgen gesagt, es wird mit ihm keinen Abbau des Sozialstaats geben. Sehr gut. Jetzt schaue ich einmal, wie das – wie heißt das jetzt? – in dem Bericht aus dem gehobenen Mittelstand aussieht. Da will ich vielleicht doch noch einmal zurückgreifen auf einen –

(Beifall – Lothar Binding holt einen Zollstock hervor.)

Ich weiß. Das macht jetzt in einer gewissen Weise Spaß, aber es ist eigentlich eine traurige Wahrheit. – Einmal angenommen, wir würden das Bürgergeld – ihr könnt das nicht so richtig erkennen – in der Größenordnung von zwölf Millimetern ansiedeln, dann habe ich eine Quizfrage an euch: Wie viel verdient eigentlich jemand, der darüber im Bundestag urteilt, nämlich der Führer der Opposition, Friedrich Merz? Nach eigenen Angaben verdient er ja 1 Million Euro im Jahr. Also, ob er sie verdient, weiß ich nicht, er bekommt sie.

(Beifall)

Jetzt will der Mensch den Leuten, die unten diese zwölf Millimeter verdienen – die verdienen es wirklich , die weiteren 1,3, 1,4 Millimeter verwehren aus einer Perspektive, die er da oben gar nicht mehr erkennen kann, die in 2.000 Millimeter Höhe liegt.

(Lothar Binding klappt den vollständig Zollstock aus und hält ihn in die Höhe.)

Wenn das sozusagen in der politischen Debatte Raum greift, dann merkt man: Da ist alles irrational. Da kann man nichts mehr diskutieren.

(Beifall)

Wie will denn der Mann mit uns über Soziales, Friedens- und Entwicklungspolitik diskutieren? Er kann nicht darüber reden. Er sagt, er ist der der gehobene Mittelstand. – Nein, der gehobene Mittelstand ist im Regelfall anständig, aber Merz ist unanständig an dieser Stelle.

Ich spreche ihm auch die Qualität ab, überhaupt zu kapieren, wie die Leute leben. Wenn jemand nicht mehr ins Theater gehen kann, nicht weil er sich die Karte nicht leisten kann, sondern weil die Frau sagt, in der Bluse gehe ich nicht, dann hat die es verdient, dass wir ihr dabei helfen, diese Bluse zu kaufen. Insofern ist das mein erster Teil, einfach um klarzumachen, in welcher irrealen Welt man manchmal lebt. Da kann der Zollstock helfen.

Jetzt komme ich zu dem Antrag A01. Die AG 60plus hat die Initiative ergriffen: „Mehr Diplomatie wagen!“ Das ist eine gute Idee. Diplomatie ist immer gut. Verteidigungspolitik ist auch gut, natürlich. Jedenfalls hat die Antragskommission etwas sehr Gutes gemacht. Sie hat nämlich den Rüstungsexport in bestimmte Rahmenbedingungen einsortiert, und die heißen Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsrisiken. Das ist eine gute Sache, dass man, wenn man Waffen exportiert, schaut, wohin, und was damit passiert. Kevin hat gestern gesagt: Wir haben eine Sehnsucht nach Eindeutigkeit. Die darf aber nicht in Engstirnigkeit enden. Ich glaube, Jan Dieren, Michael Müller, Friedrich Hilgers und Joachim Schuster haben eben ganz gut gezeigt, auf welchem Spektrum wir dort eigentlich operieren. Wir haben ja Friedenspolitik in Kriegszeiten zu machen, und das ist eine richtig schwierige Aufgabe. Friedenspolitik in Kriegszeiten, das ist klar. Dann nimmt man ein Ziel vorweg, was man sozusagen im Moment noch gar nicht erkennen kann, weil natürlich manche Leute in der Welt keinen Frieden wollen. Wir sagen, wir brauchen die Fähigkeit zur Landesverteidigung. Wer sich seit Struck anschaut, wer eigentlich Verteidigungsminister gewesen ist, der weiß auch genau, wer die Bundeswehr, deren Beschaffungswesen und deren Verteidigungsfähigkeit ruiniert hat. Das waren jedenfalls nicht die Sozialdemokraten, sondern andere Leute.

(Beifall)

Deshalb ist es wichtig, dass wir Landesverteidigung und Bündnisverteidigung herstellen. Ob das 2 Prozent sind, weiß ich nicht. Vielleicht sind es ja 5 Prozent, vielleicht aber nur 1 Prozent. Deshalb, dieser Parameter 2 Prozent ist ja schon betrachtet worden. Aber ich glaube, dass wir uns neben dieser Frage der Friedenspolitik in Kriegszeiten überlegen müssen, in welchem Spektrum wir operieren.

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Lothar, kommst du bitte zum Schluss?

Lothar Binding, *Beratender Delegierter:*

Da gibt es friedensfähig und Friedenspartei SPD bleiben. Und wir müssen fragen, ob tatsächlich an der anderen Stelle die Gesellschaft kriegstauglich, kriegstüchtig gemacht werden muss. Meine Meinung ist: Wir schlagen uns auf die Seite Friedenspartei SPD. Das soll unsere Denkrichtung bleiben. Die Verteidigungsfähigkeit wird hergestellt, und der Ukraine wird bei der Verteidigung geholfen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Ich finde ja, wir brauchen viel mehr Zollstock-Vergleiche. Lieber Lothar, vielen, vielen Dank. – Jetzt ist Jürgen Coße dran. Darauf folgt Wolfgang Hellmich.

Bevor Jürgen das Wort bekommt: Es gibt hier im Raum so ganz leichte Absatzbewegungen. Einzelne Delegierte verlassen schon den Bundesparteitag. Das ist für die weiteren Beratungen nicht förderlich. Wir wollen heute auch noch den Bereich Migrationspolitik beraten und abschließen. Vor uns liegt auch noch die Wahl für die Schiedskommission, die wir heute noch zwingend durchführen müssen. Wenn wir das alle konzentriert hinbekommen, dann lockt der Parteiabend. Aber lasst es uns bitte auch solidarisch und konzentriert durchziehen. Wir gewinnen sonst nämlich nicht.

Jetzt hat Jürgen das Wort. Wolfgang hat zurückgezogen. Nach Jürgen folgt dann Axel Echeverria.

Jürgen Coße, *Nordrhein-Westfalen:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist immer wieder eine Inspiration, Lothar zu erleben. Man kann vielleicht das, was Lothar gesagt hat, auch noch einmal ergänzen. Er hat ja davon gesprochen, welches Ansehen ein Oppositionsführer so vermittelt, nicht nur im eigenen Land, sondern auch international. Das Ansehen Deutschlands ist hoch. Liebe Genossinnen und Genossen, Friedrich von gestern hat keine Antwort auf die Fragen der Welt von morgen. Deswegen ist er nicht gut für das Ansehen unseres Landes. Deswegen ist es gut, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dieses Land regieren.

(Beifall)

Ich möchte mich einem Begriff zuwenden, der sehr kurz ist. Das ist der Begriff „Sicherheit“. Frieden und Sicherheit gehören zusammen. Aber was meinen wir Sozialdemokraten, wenn wir international über Sicherheit reden? Heißt Sicherheit nicht auch: Dort, wo ich lebe, habe ich frisches Wasser? Dort, wo ich geboren bin, habe ich eine Perspektive, weil es keine Krankheiten wie Malaria und ein sicheres Gesundheitssystem gibt? Bedeutet Sicherheit nicht auch, dass ich da, wo ich geboren bin, einen Arbeitsplatz habe und meine Familie ernähren kann? Ich muss mich nicht woanders hinbewegen, nicht flüchten. Bedeutet Sicherheit nicht auch, nicht von Krieg bedroht zu sein? Ist das in unserem Sinne nicht auch ein Menschenrecht, nicht bedroht zu sein auf dieser Welt? Deswegen finde ich diesen Leitantrag so wichtig, weil ich glaube, dass es eine Chance ist, auch sozialdemokratische Politik deutlich zu machen, auch zu sagen, Sicherheit ist immer viel, viel mehr, als nur über Militär und andere Dinge zu reden. Sicherheit ist ein umfassender Begriff zum Schutz der Menschen auf dieser Welt, nicht nur in Deutschland, nicht nur in Europa, auch in Afrika, in Lateinamerika und in anderen Teilen unserer Welt, liebe Genossinnen und Genossen.

Deswegen ist es klug, auf eigene Stärke, auf ein starkes Europa und auf strategische Partnerschaften zu setzen, so wie es in dem Antrag beschrieben ist. Ich glaube, eine Welt, die im Umbruch ist, fordert von uns eben nicht nur, Gegensätze zu produzieren, sondern beides zu sehen, ohne naiv zu sein. Natürlich brauchen wir auch Stärke, um uns gegen Diktatoren wehren zu können, die andere Länder in dieser Welt überfallen. Liebe Genossinnen und Genossen, es ist Aufgabe von uns, das hinzukriegen.

Ich bin Bundestagsabgeordneter und sitze im Auswärtigen Ausschuss. Eines ist vielleicht gar nicht so bekannt: Wir haben einen Arbeitskreis 1. Da treffe ich Svenja Schulze, Boris Pistorius und Nancy Faeser. Zum ersten Mal sind diese Ministerien insgesamt zusammen bei uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Daraus kann und muss man Stärke

ableiten. Das bedeutet, dass wir beim Thema Migration dafür sorgen müssen, dass Menschen erst gar nicht flüchten. In der ganzen Debatte, auch im deutschen Fernsehen, wird viel geredet über Menschen, die hier sind, und was alles gut und was schlecht läuft. Die Grundlage dafür müsste doch sein, dass Menschen sich gar nicht auf den Weg machen müssen, ihr Land zu verlassen, dass sie da bleiben können, wo sie leben. Das ist, glaube ich, Aufgabe von internationaler sozialdemokratischer Politik, liebe Genossinnen und Genossen.

Naiv sein nützt nichts. Mutig sein nützt viel. In diesem Sinne wünsche ich mir weiterhin außenpolitisch einen starken Bundeskanzler und vor allem eine noch stärkere Sozialdemokratie in Deutschland. Das ist gut für die Welt. – Glückauf!

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Jürgen. – Ich rufe jetzt Axel auf. Es gab ein kleines Missverständnis, was die Wortmeldung von Wolfgang Hellmich anbetrifft. Er hat nicht zurückgezogen, sondern hat anscheinend gesundheitlich die Stimme verloren und deshalb Johannes Arlt geschickt, um für ihn zu sprechen. Das heißt, nach Axel würde ich Johannes ans Rednerpult bitten. Danach folgt Klaus Barthel.

Axel Echeverria, *Nordrhein-Westfalen:*

Erst einmal die gute Nachricht: Ich kann es ganz kurz machen, da Sanae Abdi, Jan Dieren, Fabian Funke und Gabriel Kunze schon viel Richtiges gesagt haben. Ein herzliches Dankeschön noch einmal an die Genossinnen und Genossen aus Bonn für diesen Änderungsantrag! Gerade die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung kann man international gar nicht kleinreden. Die machen verdammt gute Arbeit. Dafür brauchen sie auch das Geld.

(Beifall)

Lars hat vorhin die Strategie und die Bedeutung der Außenpolitik dargestellt. Gerade dieser Antrag zielt doch darauf ab. Deutschland wird als Partner wahrgenommen, der auf Augenhöhe ist. Deutschland wird als Partner wahrgenommen, der Hilfe zur Selbsthilfe gibt. Deutschland wird geglaubt. Das liegt alles an der guten Arbeit des BMZ und insbesondere an der guten Arbeit der Ministerin Svenja. Dafür noch einmal ein herzliches Dankeschön!

(Beifall)

Es ist ein unfassbar strategischer Vorteil, wenn einem geglaubt wird. Gerade in Ländern, die Angst vor einem Neokolonialismus und vor Ausbeutung haben, ist Vertrauen die zentrale Währung, und daher Pfoten weg vom Etat des BMZ, wenn wir nicht wollen, dass uns Russland und China da den Rang ablaufen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Lieber Axel, vielen Dank. Eine kurze, prägnante Wortmeldung – wir lieben es. – Johannes, du bist dran. Danach Klaus Barthel.

Johannes Arlt, *beratender Delegierter:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Sicherheit ist die Voraussetzung für ein Leben in Wohlstand, Freiheit und Frieden. Wie Lars vorhin schon in der Antragsbegründung erwähnt hat, ist uns diese Erkenntnis in den letzten Jahrzehnten leider manchmal etwas beiseite gerutscht. Wir haben dabei auch vergessen, dass unsere sozialdemokratische Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik neben Diplomatie und Kooperation auch militärische Stärke umfasst. Eine wehrhafte Demokratie braucht starke Streitkräfte. Wir können dankbar sein, dass wir eine starke und demokratische Bundeswehr haben, die als Parlamentsarmee ihre Aufträge aus der Mitte des Bundestages erhält. Für ihren Einsatz möchte ich den Soldaten der Bundeswehr, aber auch den deutschen Einsatzkräften danken, und zwar egal, ob sie an der Ostflanke im Libanon, auf dem Mittelmeer, im Sudan oder derzeit noch in Mali ihren Dienst für Freiheit, Demokratie und den Schutz von Menschenrechten verrichten. Vielen Dank für euren Einsatz und euren Dienst!

(Beifall)

In den letzten Jahren hat es in der Partei und auch in der Gesellschaft eine gewisse Sprachlosigkeit gegeben, wenn es um Sicherheitspolitik ging. Ich denke, dieser Antrag ist ein guter Weg, die Sprachlosigkeit zu beenden und die Antworten zu geben, die die Soldatinnen und Soldaten, die Bevölkerung, aber auch unsere Mitglieder von uns erwarten dürfen. Ich bin seit zwei Jahren im Bundestag. Ich bin Berufssoldat, bin Mitglied im Verteidigungsausschuss und bin stolz, diese Zeitenwende mitgestalten zu dürfen. Es stellen sich ganz vielfältige Fragen, die zu lösen sind, nämlich zunächst einmal: Was ist uns Sicherheit wert? Wie schaffen wir es, dass die Ukraine diesen Krieg nicht verliert? Dabei wollen wir gleichzeitig die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr erhöhen. Wir möchten die Beschaffung effektivieren. Wir brauchen Personal. Wir müssen beantworten, wie wir in Zukunft noch Soldatinnen und Soldaten für die Bundeswehr gewinnen und mobilisieren wollen. Wir müssen uns fragen, wie unser Land funktionieren soll, wenn sich die Sicherheitslage einmal erheblich verschlechtert. Wie finanzieren wir das alles? Wie gehen wir mit den Ergebnissen um, mit den Soldat*innen und ihren Familien, die im Einsatz waren und im normalen Leben nicht mehr zurechtkommen? All diese Fragen müssen wir als Sozialdemokraten beantworten.

Wir haben in diesem Antrag Antworten. Zunächst einmal: Der Antrag bekennt sich zum 2-Prozent-Ziel. Das ist ein ganz, ganz wichtiges Signal, das wir nicht streichen sollten. Das ist ein Signal für Verlässlichkeit in Europa. Das erwarten unsere Partner in der NATO von uns. Es ist ganz, ganz wichtig, dass wir uns dazu bekennen.

Der zweite Punkt: Wir sind bündnistreu. Unsere Verantwortung und unsere Führungsrolle stellen wir tagtäglich unter Beweis – mit der Planung der Stationierung einer Brigade in Litauen, mit dem Air Policing in Estland und auch gerade in Rumänien, in Polen, aber auch in der Slowakei mit unseren Flugabwehrkräften und den Infanteriekräften.

Drittens: Durch europäische Beschaffungsinitiativen, gemeinsames Design und Vereinheitlichung verhindern wir, dass Steuergelder versickern und ineffektiv beschafft wird. Gerade der Punkt, eine gemeinsame und einheitliche Regelung für Rüstungsexporte zu finden und dort Sonderwege zu beenden, ist extrem wichtig, um Europa außenpolitisch zusammenzubringen.

Viertens: Deutschland hat mit der Außerkraftsetzung unnötiger Beschaffungsregeln dieses Jahr einen wichtigen Schritt zu mehr Schnelligkeit und besserer Ausrüstung geschafft. Die Mitarbeiter im BAAINBw haben in diesem Jahr für knapp 50 Milliarden Euro Rüstungsgüter eingekauft und damit ihre Effektivität um 500 Prozent gesteigert. Es ist auch einmal anzuerkennen, auch wenn diese oft in der Kritik stehen: Diese Mitarbeiter in Koblenz machen einen guten Job.

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Lieber Johannes, kommst du zum Ende?

Johannes Arlt, *beratender Delegierter:*

Letzter Punkt: Auf eines kann sich Wladimir Putin verlassen. Unser Wille ist ungebrochen. Dass wir die Ukraine unterstützen, dass Frieden, Freiheit und Demokratie über das Recht des Stärkeren siegen und dass sich die internationale, regelbasierte Ordnung behaupten kann, dafür stehen wir als SPD. Dieser Leitantrag beendet die Sprachlosigkeit. Er liefert Antworten und verdient unsere Unterstützung. – Vielen Dank.

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Johannes. – Jetzt kann Klaus Barthel zu uns sprechen. Danach folgt Udo Bullmann, und er ist auch schon der vorletzte Redner. Nach dem letzten Redner erfolgt die Verkündung des Wahlergebnisses.

Klaus Barthel, *Bayern:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Zunächst einmal finde ich es gut, dass wir so ausführlich Zeit haben, über diese Problematik zu diskutieren. Am Anfang wäre es natürlich jetzt reizvoll, hier den Zollstock einmal auszupacken und die Zahlen zu versinnbildlichen, die das 2-Prozent-Ziel bedeuten und was wir jetzt für Rüstung und Waffenlieferungen an die Ukraine ausgeben und was wir jetzt auf der anderen Seite für Probleme im Haushalt haben, um einfachste zivilgesellschaftliche Dinge zu finanzieren.

Aber ich wollte noch einmal etwas zu den Lernprozessen sagen, weil hier immer gesagt wird: Na ja, müssen wir einmal schauen, wie das mit der Russlandpolitik war. Aber schauen wir uns doch einmal andere Lernprozesse, die wir eigentlich befördern müssen, an! Schauen wir uns doch einmal Afghanistan an! Da wurde ja unsere Freiheit verteidigt. Schauen wir uns Mali an! Dort wurde gegen den Terrorismus gekämpft und versucht, Migration zu bremsen. ...

In dem einen Fall Afghanistan regieren jetzt die Taliban nach 20 Jahren Krieg, und in Mali haben wir jetzt die Wagners dran, auch ein großer Erfolg. Ich muss sagen: Da wäre mehr Kriegstüchtigkeit der Bundeswehr auch keine Lösung gewesen. Es gibt in diesen Konflikten keine militärischen Lösungen, und das müssen wir mal gelernt haben aus den letzten Jahren und den Einsätzen der Bundeswehr.

(Beifall)

Es wird auch in der Ukraine und in Palästina keine militärischen Lösungen geben. Wer solidarisch sein will mit den Menschen in der Ukraine, mit den Opfern, mit der Zerstörung der ganzen Region dort, mit den Hunderten und Tausenden Toten, die es da täglich und wöchentlich gibt, der muss sich doch fragen, ob wir hier wirklich sagen können: Waffenlieferungen auf Dauer, as long is it takes. Wir müssen uns doch auch überlegen, welche Verantwortung wir dabei tragen. Man kann doch nicht einfach sagen, solange die Ukraine diesen Krieg führen will, unterstützen wir sie mit Waffen Welche ukrainische Regierung und welche kriegsbeteiligte Regierung generell wird denn von sich aus Friedensverhandlungen anleiern können? Das können die doch schon innenpolitisch überhaupt nicht durchsetzen. Da fängt unsere Verantwor-

tung als zweitgrößter Waffen- und Geldlieferant an, und da heißt Führung verhandeln und Diplomatie, anstatt immer weiter nachzuschieben und den Konflikt zu verlängern.

(vereinzelt Beifall)

Dort liegt die Verantwortung von Deutschland.

Ich will euch noch auf den Antrag A02 von Bad Tölz-Wolfratshausen hinweisen, wo wir auch mal was zu den Hintergründen und Ursachen all dieser geopolitischen Konflikte, um die es hier geht, sagen müssen. Das sind das sind geopolitische Konflikte, wo es um Einflusszonen, um Macht, um Ressourcen und um Klima geht. Bis jetzt haben wir eine Weltwirtschaftsordnung, die geprägt ist vom Neoliberalismus und vom Recht des ökonomisch Stärkeren, vom Recht des Kapitals, vom Recht der Konzerne. Wenn wir daran nichts ändern, an diesen Machtstrukturen in der Ökonomie und in der Verteilung auf dieser Welt, dann werden wir keine Konflikte lösen können. Dann werden wir noch so viel Prozent für Rüstung ausgeben können, und die Bundeswehr und alle Kriegstüchtigkeit werden uns dabei nicht helfen.

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Klaus, kommst du bitte zum Schluss?

Klaus Barthel, *Bayern:*

Deswegen: Bitte schaut kritisch auf diesen A01. Diskutieren wir diese ganzen politischen Fragen weiter und ändern wir auch etwas an den ökonomischen und sozialen Ursachen all dieser Krisen und Kriege auf dieser Welt.

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Klaus. – Jetzt kommt Udo Bullmann ans Mikrofon Danach freuen wir uns als letzten Redner auf Dietmar Nietan.

Udo Bullmann, *Hessen-Süd*

Genossinnen und Genossen, lasst uns aufpassen, dass wir uns in dieser Diskussion nicht verlieren, denn beides ist richtig: Das, was Klaus eben gesagt hat, dass es strukturelle geopolitische Ursachen für Krisen und Konflikte gibt. Aber es ist auch richtig, dass wir Putins Krieg zum Ausgang unserer Überlegungen nehmen müssen, weil er die Welt verändert hat. Auch China ist nicht nur ökonomischer Rivale, sondern zeigt auch zunehmend seine politischen und militärischen Ambitionen. Schwellenländer von gestern organisieren sich selbstbewusst. Die BRIC Plus in Johannesburg, Demokratien, Länder, die wir mögen Brasilien, auch Indien und Südafrika, ausgerechnet zusammen mit Ländern wie Saudi-Arabien und Iran.

Was heißt das denn für die deutsche Sozialdemokratie. Was für Lehren ziehen wir aus diesen geopolitischen Veränderungen? Eines muss klar sein: Unser internationales Engagement darf nicht reduziert werden. Wir dürfen uns nicht zurückziehen aus den Ansätzen, die wir selber geschaffen haben. Die progressive Allianz ist ein Instrument, das wir in die Welt gebracht haben. Sozialdemokratische, progressive Parteien, freiheitliche Parteien, die nicht korrupt sind,

dieser Ansatz muss weitergehen. Unser Engagement in der Sozialdemokratischen Partei Europas ist essenziell dafür, gemeinsame Stärke aufzubauen.

Genossinnen und Genossen, jeden einzelnen Tag, an dem die Sonne aufgeht, wird die sozialdemokratische Frage von Neuem gestellt, und die Welt brennt nicht nur dort, wo es heiße Kriege gibt. Sie brennt in den jungen Ländern Afrikas, wo Millionen, Abermillionen junger Menschen fragen, was ihre Perspektive ist, eine Perspektive, die nicht mit ihnen im Mittelmeer ertrinken darf. Die Welt brennt in den Slums Lateinamerikas, wo die Ungerechtigkeit unerträglich ist. In reichen Ländern, die es nicht schaffen, Gerechtigkeit herzustellen. Die Welt brennt in Asien, wo Menschen in unwürdigen Arbeitsverhältnissen schuften, um ihre Produkte auf unsere Märkte zu bringen.

Das ist strukturelle Gewalt. Diesen Begriff sollten wir nicht vergessen. Wenn wir uns damit nicht auseinandersetzen, dann wird es mehr heiße Kriege und mehr Konflikte in dieser Welt geben. Deswegen, Genossinnen und Genossen, ist es richtig, dass wir für ein anständiges Lieferkettengesetz in Deutschland und jetzt auch in Europa kämpfen.

(Beifall)

Es muss durchgesetzt werden, dass Arbeit fair bezahlt wird und unter guten Arbeitsverhältnissen stattfindet. Deswegen brauchen wir auch eine starke internationale Partnerschaft bzw. Entwicklungszusammenarbeit, dass Menschen aufstehen und ihren eigenen Weg gehen können. Und genau deswegen dürfen diese Mittel nicht gekürzt werden. Wer an der Entwicklungszusammenarbeit kürzen will, kann morgen gar nicht so viele Zäune bauen, wie er brauchen wird, weil er die Zeichen der Zeit nicht erkannt hat, Genossinnen und Genossen.

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Lieber Udo, kommst du bitte zum Punkt?

Udo Bullmann, *Hessen-Süd*

Ich komme zum Schluss. – Wenn jeden Tag Millionen und Abermillionen die Frage aufwerfen, die uns als deutsche Sozialdemokraten seit mehr als 160 Jahren begleitet, dann müssen wir europäischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Kraft haben, ein Teil der Antwort zu sein. Entweder wird die Sozialdemokratie eine europäische Sozialdemokratie sein, entweder wird die europäische Sozialdemokratie eine internationalistische Kraft sein, oder sie wird ihre historische Mission nicht erfüllen können, und das darf uns nicht passieren, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Udo. – Dann darf jetzt Dietmar als letzter Redner zu uns sprechen.

Ich nutze die kurze Pause, um Hans Eichel in unserer Mitte herzlich zu begrüßen. Lieber Hans, herzlich willkommen!

(Beifall)

Dietmar Nietan, *Schatzmeister:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin sehr stolz darauf, dass die einzige Partei, die in Deutschland nach dem Bruch der bisherigen Regeln, die wir in Europa hatten, durch den russischen Imperialismus und seinen Angriffskrieg auf die Ukraine, dass die einzige Partei, die daraus Konsequenzen gezogen hat, die die Zeitenwende durchbuchstabiert hat, die mit sich selbst auch selbstkritisch ins Gericht gegangen ist, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist. Ich will das einmal an den Anfang meiner Ausführungen stellen, weil ich bei einigen das Gefühl hatte, als wären wir schon weg von dem Weg einer Friedenspartei. Nein, das sind wir nicht. Gerade weil wir selbstkritisch auf uns blicken, sind wir die Partei, die dem Frieden dient Denn wer selbstzufrieden meint, einfach so weitermachen zu können, sieht nicht, wie die Welt sich verändert, und sieht möglicherweise auch nicht die Gefahren, die uns drohen. Deshalb können wir stolz auf uns sein, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Einen zweiten Punkt will ich sagen. Wer wie ich viel in Mittel- und Osteuropa unterwegs ist, weiß, was einem die Menschen dort sagen. Die sagen einem: „Wir haben nicht vergessen, dass die Ostpolitik von Willy Brandt und Egon Bahr entscheidend dafür war, dass wir am Ende in den KSZE-Prozess gekommen sind, auf den sich immer wieder auch die Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler im Ostblock beziehen konnten.“ Deshalb sage ich an dieser Stelle sehr deutlich: An erster Stelle ist für den Fall der Eisernen Mauer der Mut der Menschen in Mittelosteuropa – insbesondere in Polen der Solidarność – zu nennen Aber an zweiter Stelle kommt unsere Entspannungspolitik, und das lassen wir uns von keinem nehmen.

Aber weil das so ist, müssen wir auch sagen: Die Ostpolitik von Willy Brandt und Egon Bahr war richtig, aber die Russlandpolitik von Gerhard Schröder und Angel Merkel war falsch. Das gehört auch dazu, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich hatte die Gelegenheit, mit Soldatinnen und Soldaten der ukrainischen Armee zu sprechen, die aus der Kriegsgefangenschaft Russlands Gott sei Dank durch Gefangenenaustausch rauskommen konnten. Wenn ihr euch anhört, was da passiert, dann seht ihr, dass Putin dafür sorgen möchte, dass es die Identität, die völkerrechtliche Eigenständigkeit der Ukraine nicht mehr gibt. Mit solch einem Aggressor kann man nicht so umgehen wie zu den Zeiten, als Willy Brandt mit Leonid Breschnew jemanden bei sich hatte, der daran interessiert war, den Status quo in Europa abzusichern, weil er merkte, dass die Sowjetunion wirtschaftlich und militärisch unter Druck kam.

Jetzt haben wir es mit Putin mit jemandem zu tun, der genau diesen Status quo mit militärischer Gewalt, mit hybrider Kriegsführung gegen unsere Freiheit kaputtmachen will. Wer das miteinander vergleicht, vergleicht Äpfel mit Birnen und macht einen ganz gefährlichen Fehler, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Lieber Dietmar, kommst du bitte zum Schluss?

Dietmar Nietan, *Schatzmeister:*

Ich komme zum Schluss. – Liebe Genossinnen und Genossen, Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. Ich empfehle allen die Denkschrift der evangelischen Kirche zu einem gerechten Frieden. Was wir hier tun, ist keine Auf-

rüstungspolitik, sondern wir sorgen dafür, dass es einen gerechten Frieden gibt, der in der Ukraine die Eigenständigkeit, die Menschenrechte wiederherstellt, die es in den russisch besetzten Gebieten nicht gibt, und davor sollten wir nicht die Augen verschließen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Dietmar.

Damit ist die Aussprache zum Leitantrag A01 abgeschlossen. Bevor wir in die Abstimmungen. Einsteigen können, können wir jetzt aber erst mal ein Ergebnis des zweiten Wahlgangs hören.

ERGEBNIS DES ZWEITEN WAHLGANGS DER WEITEREN MITGLIEDER DES PARTEIVORSTANDS

Max Pankofer, *Mandatsprüfungs- und Zählkommission:*

Liebe Genossinnen und Genossen, ich gebe euch das Ergebnis des zweiten Wahlgangs der weiteren Mitglieder des Parteivorstands bekannt. Gewählt sind die Bewerberinnen und Bewerber mit den absolut höchsten Stimmzahlen.

Abgegeben wurden 598 Stimmzettel. Davon sind neun ungültig. Das heißt, wir haben 589 gültige Stimmzettel.

Auf Florian Brunn entfielen 305 Stimmen. Damit ist er gewählt.

(Beifall)

Auf Martin Dulig entfielen 508 Stimmen. Damit ist er gewählt.

(Beifall)

Auf Angela Hohmann entfielen 314 Stimmen. Damit ist sie gewählt.

(Beifall)

Auf Gustav Horn entfielen 275 Stimmen. Damit ist er nicht gewählt.

Auf Bettina Martin entfielen 482 Stimmen. Damit ist sie gewählt.

(Beifall)

Auf Michelle Müntefering entfielen 297 Stimmen. Damit ist sie gewählt.

(Beifall)

Auf Katja Pähle entfielen 446 Stimmen. Damit ist sie gewählt.

(Beifall)

Auf Andreas Stoch entfielen 459 Stimmen. Damit ist auch er gewählt.

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Ganz herzlichen Dank. Dann darf ich fragen, ob irgendjemand von den gerade Genannten diese Wahl nicht annimmt. – Das scheint nicht so. Dann herzlichen Glückwunsch und euch allen zusammen eine erfolgreiche, produktive, solidarische Arbeit.

(Beifall)

FORTSETZUNG DER ANTRAGSBERATUNG DES LEITANTRAGS A01

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Ich sage herzlichen Dank für meine Wahl und bedanke mich für bei allen, die das Kreuz gemacht haben.

Wir steigen jetzt in die Beratung des Leitantrags ein. Für die Antragskommission erhält Svenja Schulze das Wort.

Svenja Schulze, *Antragskommission:*

Genossinnen und Genossen, erst mal ganz herzlichen Dank für diese intensive Debatte. Ich finde, es tut der SPD gut, über internationale Politik zu diskutieren. Das haben wir im Vorfeld des Parteitags sehr intensiv getan, und das tun wir jetzt auch heute hier noch einmal.

Es gab jetzt noch verschiedene Änderungsanträge, die eigentlich die Debatte widerspiegeln, die wir auch im Vorfeld hatten. Deswegen haben wir als Antragskommission jetzt auch Hinweise für euch, wie wir da votieren würden. Wir müssen an ein paar Stellen wirklich sagen, die Debatte, die wir im Vorfeld geführt haben, wird hier jetzt wieder aufgerollt. Das ist so bei uns, aber das tut der Debatte auch gut.

Ich will eure Nerven nicht überstrapazieren. Ich gehe einmal durch. Tut mir wirklich leid, aber das muss jetzt sein.

In Zeile 46 wird der Begriff der Führung noch mal etwas genauer definiert, weil da viele von euch gesagt haben, das möchten sie genauer definiert haben. Da hat die Antragskommission jetzt noch mal eine Formulierung gemacht.

Zu Zeile 161 die Frage von Ben Schneider nach einer Enquete-Kommission des Bundestags. Wir können hier als Partei nicht über eine fraktionsübergreifende Initiative im Bundestag diskutieren und das verabschieden. Deswegen würden wir das, auch wenn es ungewöhnlich ist, an die Bundestagsfraktion überweisen und sie bitten, sich das noch mal anzusehen.

In Zeile 190 haben wir noch einmal deutlich gemacht, dass wir uns eine schnelle Umsetzung des vereinbarten Rüstungsexportkontrollgesetzes wünschen. Auch das war ein Hinweis aus der Antragskommission.

Zu Zeile 225 hat sich Jan Dieren noch mal zu dem 2-Prozent-Ziel des BIP geäußert. Bitte da noch mal den Text genau ansehen, denn das war wirklich eine schwierige Diskussion. Wir haben eine Formulierung gefunden, mit der Johannes Arlt und Jan Dieren vielleicht leben können. Da würden wir bei dem Text bleiben:

„Mit dem Erreichen der 2 Prozent des BIP und dem gemeinsamen Aufbau wirkungsvoller Fähigkeiten wird deutlich, dass sich die Bündnispartner auf Deutschland verlassen können."

Das ist sozusagen eine Beschreibung des Ziels und keine Entscheidung des Haushaltsgesetzgebers, die wir hier vorwegnehmen.

Zu Zeile 184 gab es das Anliegen von Gabriel Kunze für den Unterbezirk Bonn und NRW, da etwas zu den Kürzungen bei den entwicklungspolitischen Organisationen zu sagen. Das würde die Antragskommission übernehmen.

(Beifall)

Die Jusos haben sich Änderungen zum Thema Stabilitäts- und Wachstumspakt gewünscht. Da der Stabilitäts- und Wachstumspakt auf der europäischen Ebene gerade noch verhandelt wird, haben wir uns darauf verständigt, dass wir das Ergebnis dieser Verhandlungen, das heute irgendwann kommen wird, abwarten und dass die Jusos in den Programmprozess zur Europawahl zu diesem Punkt eingebunden werden und ihre Anliegen dann noch einmal einbringen können, weil wir einfach nicht wissen, was auf der EU-Ebene gerade herauskommt.

Zu Zeile 900 hatte Lasse noch mal etwas zum Schuldenschnitt gefordert. Wir sollten darüber einmal eine intensivere Debatte führen. Aber die Formulierung, wie sie jetzt von euch gekommen ist, springt zu kurz. Wir können nicht einfach einen Schuldenschnitt machen. Wir müssen China integrieren. Die haben 17 Prozent der Schulden der Entwicklungsländer, und da ist es mit einem Schnitt der anderen Länder einfach nicht getan. Dann würden wir die Schulden von China bezahlen. Deswegen muss es da kompliziertere Mechanismen geben, also dieses multilaterale Rahmenwerk. Ich würde mir etwas Einfacheres wünschen, aber die Welt ist da kompliziert, und deswegen können wir den Antrag so nicht machen.

Zum Änderungsantrag von Joachim Schuster zur Entspannungspolitik. Wir haben uns den Text gerade noch mal angesehen. Da sind so viele Passagen zur Entspannungspolitik drin. Wir möchten das Fass jetzt nicht noch weiter aufmachen, nicht noch weiter ergänzen. Deswegen würden wir euch vorschlagen, diese Änderungsanträge nicht zu übernehmen.

Dann zur beantragten Änderung von Dietmar Köster zur Ergänzung zur Nichtverbreitung von Atomwaffen: Wir sind bereits Beobachter bei der Konferenz der Staaten, die diesem Atomwaffenvertrag angehören. Dietmar hat es ja noch mal deutlich gemacht: Russland hat mit dem Einsatz von Atomwaffen gedroht. Wir sind Olaf sehr dankbar, dass er es in den Gesprächen mit China geschafft hat, international klare Worte dazu zu finden. Deswegen würden wir auch an dieser Stelle den Antrag ablehnen.

Das war jetzt ein ganz schneller Ritt. Tut mir leid. Ich hoffe, ihr konntet das mit Hilfe von OpenSlides und dem, was wir hier erläutert haben, nachvollziehen, und bitte um das Vertrauen und um die Unterstützung der Voten der Antragskommission. – Vielen Dank.

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Liebe Svenja, vielen Dank. – Der Vorschlag, den wir euch unterbreiten würden, lautet, gemäß den Voten der Antragskommission jetzt über den Antrag A01 abzustimmen. Gibt es dagegen Widerspruch? – Ja. Ich sehe eine Wortmeldung.

Lasse Rebbin, *Nord-Niedersachsen:*

Die Antragskommission ja gerade ihre Voten vorgestellt. Das ist ja auch völlig in Ordnung. Aber wir haben es in der Vergangenheit bei den anderen Anträgen auch so gemacht, dass über die Anträge, die die Antragskommission nicht übernimmt, noch mal einzeln abgestimmt wird. Zumindest für die Jusos kann ich sagen, dass wir das mit dem Schuldenschnitt auch gerne hätten.

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Also, wir haben jetzt hier vorne kurz das Verfahren besprochen. Bei den mündlichen Änderungsanträgen werden wir – das entspricht auch dem, was Lasse gerade gesagt hat – jetzt einmal durch die Änderungsanträge durchgehen und über das Votum der Antragskommission zu jedem einzelnen Antrag abstimmen.

Deshalb rufe ich als Erstes den Änderungsantrag für Zeile 900 ff. zum Thema Schuldenschnitt von Lasse auf. Wer dem Votum der Antragskommission auf Ablehnung folgt, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Vielen Dank. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Erste war die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Es folgt die Abstimmung zum mündlichen Änderungsantrag in Zeile 225 bis 227 zum Thema 2-Prozent-Ziel: „Kein Automatismus bei Rüstungsausgabenerhöhungen“. Auch hier votiert die Antragskommission auf Ablehnung. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Erste war die Mehrheit. Vielen Dank.

(Zurufe: Auszählen! – Gegenruf: Quatsch! Leute!)

Also, ganz ehrlich: Lasst uns bitte durchgehen. Ich glaube, das war nicht nur meine Einschätzung, sondern die von mehreren, die hier vorne sitzen. Das Erste war die Mehrheit.

(Beifall)

Wir sind jetzt beim mündlich vorgebrachten Änderungsantrag zur Einfügung nach Zeile 762. Das war das, was Jürgen Schuster vorgeschlagen hat. – Entschuldigung, einen Moment zurück. Zeile 769, die Einrichtung einer Enquete-Kommission. Auch hier votiert die Antragskommission auf Ablehnung. Wer dem Votum folgt, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Vielen Dank.

Dietmar Nietan, *Antragskommission:*

Katja, darf ich kurz was sagen?

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Dietmar!

Dietmar Nietan, *Antragskommission:*

Entschuldigung, das war jetzt ein Kommunikationsproblem unter uns. Wir überweisen diesen Antrag, weil es sich um eine Enquete-Kommission handelt, an die Bundestagsfraktion.

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Ich gebe zu, mir wäre neu, dass wir Änderungsanträge überweisen können. Aber wenn die Bundestagsfraktion den Auftrag mitnimmt, sich dem noch mal zuzuwenden und das zu diskutieren, glaube ich, haben wir eine Lösung für das Thema gefunden. Herzlichen Dank an die Bundestagsfraktion.

(Beifall)

Dann sind wir jetzt bei der vorgeschlagenen Änderung, und zwar der Einfügung nach Zeile 762, die vorhin vorgeschlagen wurde. Wer hier dem Votum der Antragskommission auf Ablehnung folgt, bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch hier war das Erste die Mehrheit.

Dies betrifft auch die Änderung in Zeile 128. Auch hier gibt es das Votum der Antragskommission. Wer für das Votum ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Erste war die Mehrheit.

In der Zeile 190 geht es auch noch mal um eine Einfügung. Wer hier dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Und bitte noch die Enthaltungen. – Auch diese Änderung ist abgelehnt.

Wir sind jetzt in Zeile 284. Da geht es um die Sicherung der Jobs bei der GEZ und der FES. Hier ist das Votum Annahme. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Niemand, wie ich sehe. Enthaltungen? – Auch niemand. Herzlichen Dank für die Abstimmung. Der Antrag ist angenommen.

Wir sind jetzt bei den mündlichen Änderungen, die von Dietmar Köster vorgeschlagen wurden.

Zunächst die Einfügung in Zeile 937. Hier votiert die Antragskommission auf Ablehnung. Wer dem folgt, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Vielen Dank. Das Erste hat die Mehrheit gefunden.

In Zeile 940 wird ebenfalls eine Einfügung beantragt. Das Votum der Antragskommission ist auch hier Ablehnung. Wer dem Votum folgt, den bitte ich noch einmal um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Einige Gegenstimmen. Enthaltungen? – Dann ist mehrheitlich dem Votum der Antragskommission gefolgt. Vielen Dank.

Wir stimmen jetzt über die entsprechend dem Votum der Antragskommission geänderte Fassung des Leitantrags ab. Wer für diesen geänderten Leitantrag ist, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das so angenommen.

Herzlichen Dank für die konstruktive Beratung.

(Beifall)

Wir gehen jetzt noch durch den Bereich der Anträge A02 bis A49, die ihr im Antragsbuch auf den Seiten 27 bis 116 findet. Dietmar übernimmt die Berichterstattung für die Antragskommission.

Antragsberatung weitere Anträge Bereich Außen- Sicherheits- und Entwicklungspolitik

Dietmar Nietan, *Antragskommission:*

Liebe Genossinnen und Genossen, vielen Dank, dass wir das hier alles so diszipliniert durchstimmen konnten.

Ich möchte natürlich auch noch etwas zu all den anderen auch wichtigen und guten Anträgen sagen, die es gegeben hat, sehr viele sogar, nämlich A02 bis A49. Wir haben uns die in der Antragskommission natürlich angeschaut. Wir sind der festen Überzeugung, dass die zentralen Punkte, die unsere Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik beschreiben, jetzt alle in diesem Leitantrag gut zusammengefasst sind, sodass sich damit die Anträge entsprechend erledigt haben, weil sie in diesen Antrag eingegangen sind. Bei einigen anderen Punkten, die in diesen Anträgen weitergehend waren, sehen wir natürlich, dass es wichtig ist, diese Punkte weiter zu diskutieren, und zwar nicht nur in der Partei, sondern zum Beispiel auch in der Bundestagsfraktion. Negativ votiert haben zum Beispiel wir bei Forderungen nach sofortiger Waffenruhe in der Ukraine.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bitte euch, dem Votum der Antragskommission, was den Umgang mit diesen Anträgen angeht, zu folgen. – Vielen Dank.

(vereinzelt Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Dietmar. – Es gibt zu dem Bereich keine Wortmeldungen. Deshalb würden wir gleich einsteigen in die Abstimmung über das Votum der Antragskommission. Wer für den Bereich der A-Anträge dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das bei wenigen Gegenstimmen so angenommen.

Herzlichen Dank. Damit können wir die Beratungen im Sachbereich A abschließen. Vielen Dank für die gute Diskussion und die konzentrierte Arbeit.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Liebe Genossinnen und Genossen, wir wollen heute Abend noch ein bisschen was schaffen. Gleichzeitig haben wir aber den Eindruck, dass ihr hier vermutlich nicht übernachten wollt. Wir auch nicht.

(Beifall)

Daher machen wir jetzt folgenden Vorschlag: Wir werden in den Bereich Europa mit unserer Europakandidatin Katarina Barley einführen. Wir werden aber die weitere Aussprache sowie die Abstimmung auf morgen vertagen. Wir werden dann noch Wahlen zur Bundesschiedskommission haben. Die sind nämlich wirklich wichtig, und die müssen wir heute abschließen. Das sind drei Wahlen, und da werden wir euch einmal herausfordern: Wir werden sie gleichzeitig machen, also drei Zettel.

(Beifall)

Wir hoffen, dass das gutgeht.

Dann wollen wir heute Abend aber noch einen Bereich machen, und zwar den Bereich Migration. Den wollen wir heute auch abschließen. Das haben wir uns jetzt vorgenommen. Wir fangen jetzt erst mit Europa an und kommen dann zu den Wahlen.

Ich freue mich jetzt natürlich sehr, dass wir eine Rede von unserer zukünftigen Spitzenkandidatin für die Europawahlen hören können, für eine sehr wichtige Wahl im nächsten Jahr, von unserer Katarina Barley. Bitte schön.

(Beifall)

EINBRINGUNG DER ANTRÄGE BEREICH EUROPAPOLITIK

Katarina Barley, *Verantwortliche des Parteivorstandes für die Europäische Union:*

Ganz lieben Dank, liebe Genossinnen und Genossen! Ja, das ist jetzt ein bisschen ungewöhnlich vom Verfahren her, aber das machen wir schon. Das Tagungspräsidium hat das in seiner Weisheit so beschlossen.

Wir sind jetzt schon den zweiten Tag dabei, über die aktuelle Situation in Deutschland zu diskutieren, darüber, wie wir diese schwierige Situation verantwortungsbewusst meistern. Ich kann euch sagen: In Europa schaut man sehr genau auf uns. Es gibt ein großes europäisches Nachrichtenmagazin, das die jetzige Lage „The most German crisis“ genannt hat – die deutscheste aller Krisen. Was haben die damit gemeint? Die haben damit gemeint, dass sich das wirtschaftlich stärkste und unglaublich reiche Land Deutschland in der Mitte Europas selbst Fesseln finanzieller Art anlegt, die es darin beschränken, auf Krisen zu reagieren. Dass dann auch noch ein Verfassungsgericht der Regierung in den Arm fällt, wenn schon beiseitegelegte Gelder anders verwendet werden sollen, das kommt denen ausgesprochen absurd vor. Anders kann man es nicht sagen.

Aber was viele noch fassungsloser macht – und mich auch – ist, dass sich der Oppositionsführer über diese Lage auch noch freut. Denn entweder ist Friedrich Merz völlig ahnungslos, was das eigentlich für praktische Konsequenzen hat, oder es ist ihm ganz recht, dass jetzt wieder diejenigen angegriffen werden können, die ihm sowieso ein Dorn im Auge sind. Denn in Europa weiß man sehr genau, was es bedeutet, Krisen mit Sparen bewältigen zu wollen. Austerität hieß das damals. Das ist ein kompliziertes Wort, und viele, die es verwenden, haben auch keine Vorstellung, was sie damit angerichtet haben. Denn es heißt etwas sehr Konkretes. Es hieß damals etwas sehr Konkretes in vielen Ländern. Es hieß Rentenkürzungen, es hieß insgesamt Kürzung von Sozialabgaben, Abbau von Gesundheitsleistungen. Das hat diesen Ländern, wie wir wissen, alles andere als gutgetan, in wirtschaftlicher Hinsicht, aber zum Beispiel auch in der Pandemie. Es ist kein Zufall, dass Länder wie Griechenland, Spanien und Italien besonders hart von der Corona-Pandemie betroffen waren, weil eben die Gesundheitssysteme ganz massiv heruntergespart worden waren.

Im Grunde genommen haben wir die Frage, ob man dem Staat in Krisenzeiten die Hände im Kampf gegen Klimawandel und Armut auf den Rücken bindet, in Europa schon beantwortet, liebe Genossinnen und Genossen. Aber die Konservativen und Neoliberalen in Deutschland und in Europa scheinen das Motto zu haben: Spare bei den Schwächsten und den Ärmsten. Dann hast du in der Not. – Christlich ist daran nichts.

Die äußerste politische Rechte in Europa setzt alles daran, die Europawahl 2024 zu nutzen, um ein ganz anderes Europa zu schaffen. Bedauerlicherweise – oder man könnte auch sagen: skandalöserweise – können sie dabei immer häufiger darauf setzen, dass ihnen Konservative und auch Liberale bereitwillig die Hände dazu reichen, weil sie für den kurzfristigen politischen Vorteil bereit sind, mit den Rechten überall in Europa gemeinsame Sache zu machen.

Da fragt man sich wirklich: Haben die aus der Geschichte nichts gelernt? Soll die sich immer und immer wiederholen? Rechtsextreme salonfähig zu machen und mit ihnen zu paktieren, das führt nur zu einem, nämlich dazu, dass die stärker werden. Das sehen wir in vielen Ländern. Schauen wir uns zum Beispiel einmal Schweden an. 30 Prozent hat unsere Genossin Magdalena Andersson damals geholt. Sie war die klare Wahlsiegerin in Schweden. Die Konservativen kamen gerade mal auf 20 Prozent. Aber um an die Macht zu kommen, haben sich die Konservativen mit den wirklich hardcore-rechtsextremen Schweden-Demokraten zusammengetan. Und jetzt? Jetzt sehen wir, dass die Konservativen weiter an Boden verloren haben und nur noch 16 Prozent und paar Prozent haben, während die Rechtsextremen noch stärker geworden sind.

Leider machen auch die Liberalen dabei keine Ausnahme mehr. Das Heimatland meines Mannes, die Niederlande, ist dafür der beste Beleg. Noch zehn Tage vor den Wahlen war Geert Wilders mit seiner PVV auf Platz 4 der Umfragen. Man hat sich die ganze Zeit eigentlich nur gestritten: Wird es die liberale VVD, wird es die neue Abspaltung der Konservativen oder wird es Frans Timmermans? Der Drehpunkt, wo Wilders in die Vorhand kam, war, als die Spitzenkandidatin der Liberalen es eben nicht ausgeschlossen hat, mit ihm möglicherweise in eine Regierung zu gehen. Das war der Punkt, wo es gekippt ist. Und wir wissen was passiert, wenn die das Land erst mal in die Hände kriegen. Wir sehen auch das in all den anderen Ländern. Nach außen hin ist Giorgia Meloni ganz konziliant, ganz freundlich, ganz kompromissfähig, auch bei uns in der Europäischen Union. Aber nach innen beschneidet sie die Rechte von Sozialhilfeempfängern, von homosexuellen Paaren, von Migrantinnen und Migranten.

Ich will in diesem Zusammenhang auch mal einen kleinen Satz an die Kolleginnen und Kollegen der Union richten. Wenn sich Markus Söder und Konsorten jetzt hinstellen und erklären, dass sie sich gegen Rechtspopulisten in Europa einsetzen, dann ist das wirklich der blanke Hohn.

(Beifall)

Das sind nämlich genau dieselben Menschen, die auf der einen Seite schon jetzt in Bayern mit Herrn Aiwanger regieren, aber das sind vor allem auch dieselben Menschen, die einen Viktor Orbán von 2010 an jedes einzelne Jahr – jedes einzelne Jahr – zu ihren Klausurtagungen, zu ihren Parteitagen als Ehrengast eingeladen haben. Nicht irgendwo in der 4. Reihe, sondern als Ehrengast – Viktor Orbán. Und sie haben ihn auch nicht aus ihrer Parteifamilie ausgeschlossen, sondern er musste selbst austreten. Die hätten ihn wahrscheinlich heute noch drin. So sieht es nämlich aus mit unseren Freundinnen und Freunden vor allen Dingen in Bayern.

(Beifall)

Wenn irgendjemand den Rechtsextremen etwas entgegensetzen kann – das gilt in Europa genauso wie hier -, dann sind es nicht die Konservativen und auch nicht die Liberalen mit ihrem Kuschelkurs, sondern wir, die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit klarer Kante und sozialer Politik für dich. Denn am Ende des Tages hat der politische Rechtsruck ganz konkrete Auswirkungen auf das Leben aller. Ich habe es für Italien eben schon angesprochen.

In Polen hat sich die PiS Partei das Verfassungsgericht gleich als Allererstes unter den Nagel gerissen. Jetzt mag man sagen: Na ja gut, Rechtsstaatlichkeit, Verfassungsgericht, was hat denn das mit dem Leben von Menschen so konkret zu tun? Sehr viel. Nämlich auf Antrag einer rechtsextremen, klerikalen zivilgesellschaftlichen Organisation hat dieses Verfassungsgericht in Polen die Abtreibung, das Abtreibungsrecht praktisch vollständig abgeschafft. Inzwischen sind schon mindestens zwei Frauen gestorben, noch nicht einmal, weil sie eine Abtreibung wollten, sondern weil der Fötus in ihrem Bauch krank war, abstarb und die Ärztinnen und Ärzte in Polen sich geweigert haben, diesen Fötus aus ihren Körpern zu entfernen, weil sie Angst hatten, sich strafbar zu machen. Mindestens zwei Frauen sind auf diese Art und Weise in Polen gestorben. So viel hat die Verletzung von Rechtsstaatlichkeit manchmal ganz konkret mit dem Leben der Menschen zu tun.

Aber ich nehme euch auch noch mit in ein Land, das nicht mehr zur Europäischen Union gehört, in das Heimatland meines Vaters, nach Großbritannien, das die Rechtspopulisten aus der Europäischen Union herausgeführt haben. Ich war diesen Sommer dort mit meinen Eltern und mit meinem Mann. Mein Vater ist 88 Jahre alt, und wir sind auf den Spuren seiner Kindheit gewandelt, also nicht in irgendwelchen Touristenorten und nicht in großen Metropolen, sondern in kleinen Städten in England und in Schottland. Was man da erlebt, ist ziemlich erschreckend. Einmal abgesehen von der Zerstrittenheit innerhalb von Familien, die dieser Brexit mit sich gebracht hat. Man geht durch Fußgängerzonen, die total verödet sind. Wenn man nicht noch die Wohltätigkeitsorganisationen von Heilsarmee und Krebsgesellschaft hätte, dann würde da gar nichts mehr laufen. Es gibt landwirtschaftliche Betriebe, die nicht mehr wissen, wo sie ihre Arbeitskräfte herbekommen, und ein Gesundheitssystem, in dem meine 87-jährige Tante seit anderthalb Jahren auf eine dringend nötige Knie-OP wartet und wo der Notarztwagen zu unserer Unterkunft einmal fünf Stunden gebraucht hat. Ihr erinnert euch alle an die Versprechungen damals von Nigel Farage und auch von anderen – insbesondere von Boris Johnson -, dass das Geld, das man in der Europäischen Union spart, ja ins Gesundheitssystem geht. Das ist das Ergebnis, wenn man auf Populisten vertraut.

(Beifall)

Alles wird besser ohne die EU, hatten die Brexiteers damals versprochen, und so versprechen es auch heute wieder manche, die den Nexit, den Hungexit, den Dexit oder was auch immer in ihr Wahlprogramm schreiben. Nichts ist besser ohne die EU. Das ist spätestens seit dem Brexit jedem hoffentlich klar.

Und es ist die europäische Sozialdemokratie und die SPD, die diesem Treiben ein Ende setzen kann und ein Ende setzen muss. Wir haben die Kraft dafür, und wir wissen, dass im kommenden Jahr viel auf dem Spiel steht, nicht weniger als das Zukunftsversprechen der Europäischen Union: Dass unsere Kinder in Frieden und Wohlstand aufwachsen können, dieses ursozialdemokratische Versprechen, dass es jeder Generation bessergehen soll als der zuvor. Denn das ist doch das Zukunftsversprechen Europas. Und wenn wir von einem Europa der Zukunft sprechen, dann geht es genau darum, dafür alles zu tun. Das ist unsere Aufgabe als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

Wir setzen uns für ein Europa ein, das wirklich eine Zukunft hat, damit Frieden, Wohlstand und Freiheit eine Zukunft haben. Es geht darum, dass wir mehr davon brauchen, was Menschen starkmacht, was den Zusammenhalt in der Gesellschaft stärkt, also mehr Solidarität mit den Schwächeren, mehr Investitionen in zukunftsfähige Industrien und Arbeitsplätze, mehr Gerechtigkeit und Respekt. Wir haben als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten seit Gründung der europäischen Gemeinschaften dafür gearbeitet, dass der Zusammenschluss von Staaten zu einem Zusammenhalt von Menschen wird, zu einem Ort, an dem es um Solidarität geht, um etwas, was Gesellschaft zusammenhält: Um Respekt. Wir haben den Mindestlohn erkämpft, in Deutschland und in Europa. Wir sind es, die für mehr Mitbestimmung in den Betrieben und eine starke Tarifbindung kämpfen, weil wir für hohe Standards der Arbeit sind, weil wir in Europa beste Arbeitsbedingungen haben wollen für alle in allen Mitgliedsstaaten und gute Löhne. Wir stehen dafür ein, dass Frauen und Männer gleichgestellt sind, nicht nur auf dem Papier, sondern auf dem Lohnzettel genauso wie in der Familie und in der Politik.

(Beifall)

Wir stehen für eine Migrationspolitik, die den europäischen Werten entspricht, in der das individuelle Recht auf Asyl unverbrüchlich geschützt wird und mit der wir auch anerkennen, wie dringend wir auf die Einwanderung von Fach- und Arbeitskräften angewiesen sind. Weil wir uns für ein soziales Europa einsetzen, in dem starke Sozialstaaten helfen, wenn Hilfe nötig ist.

Das alles sind unsere Ziele. Das alles steht stärker unter Druck, als wir das jemals in Europa erlebt haben. Deswegen ist es umso wichtiger, dass wir unsere Reihen schließen, dass wir alle gemeinsam kämpfen für das, was uns wichtig ist: Für unser Europa, unser soziales Europa, ein Europa der Zukunft. Ich freue mich auf den Wahlkampf mit euch. – Vielen Dank.

(Starker, anhaltender Beifall)

WAHL DER BUNDESSCHIEDSKOMMISSION

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Liebe Katarina, ganz augenscheinlich freuen sich noch ein paar mehr mit dir auf einen Wahlkampf für ein soziales Europa. Einen herzlichen Dank für deine Einbringungsrede. Einen herzlichen Dank auch für eure körperlich zum Ausdruck gebrachte Unterstützung. Das brauchen wir auch, wenn es nachher im neuen Jahr Losgeht. Die Debatte wollen wir morgen anschließen, damit wir jetzt noch ein paar andere ganz wichtige Punkte vor dem Parteiabend abgehandelt bekommen.

Meine Uhr hat mir gerade eben angezeigt, dass der Parteiabend um 20:00 Uhr beginnen würde. Die Vorfreude, die ich da hinten höre, will ich ein bisschen bremsen; denn egal was auf dieser Eintrittskarte steht: Er wird erst beginnen, wenn wir heute hier fertig sind. Es nützt auch nichts, schon mal vorgehen zu wollen. Es wird niemandem helfen auf diesem Parteiabend. Aber es wird uns allen helfen, wenn wir jetzt zügig vorankommen, und dazu sehe ich schon unsere Helferinnen und Helfer der Mandatsprüfungskommission an den Plätzen stehend, denn wir würden jetzt als Erstes in die Wahlen zur Bundesschiedskommission einsteigen. Dann kommt das Antragspaket zum Thema Migration. Wenn wir diese beiden Punkte heute miteinander abgeschlossen haben, dann können wir gemeinsam aufbrechen zu unserem schönen Parteiabend.

Wir haben euch einen Vorschlag zu machen, was die Wahl angeht. Es sind im Grunde genommen drei separate Stimmzettel, die jetzt auch der Reihe nach ausgeteilt werden. Aber sie werden dann, wenn wir die jeweils durchgegangen sind, gemeinsam eingesammelt, und die Zählkommission wird das dann auszählen. Das scheint uns die schnellste aller Varianten zu sein.

Ich höre gerade, die Mandatsprüfungs- und Zählkommission hat alle Stimmzettel schon auf dem Arm. Das heißt, es werden alle schon direkt ausgeteilt werden. Umso wichtiger ist es, nachher darauf zu achten, dass dann wirklich auf jedem Stimmzettel auch die passende Kontrollmarke klebt. Aber das werde ich euch gleich noch mal alles ganz langsam und ordentlich sagen.

Dann würde ich jetzt einfach mal bitten, dass tatsächlich mit dem Austeilen begonnen wird. Jeder Stimmberechtigte muss dann erst mal drei Stimmzettel bekommen. Der Farbe nach sind das ein wunderbar fliederfarbener Zettel, ein hellgrüner und ein blauer Stimmzettel. Ich gehe die gleich mit euch durch, um klarzumachen, worum es im Einzelnen geht.

(Austeilung der Stimmzettel)

Zeigt bitte mal an, wo noch Stimmzettel fehlen. – Ach, das geht doch schon. Ich warte aber, bis jeder einen Stimmzettel hat.

Bitte noch mal das Kartenzeichen von denjenigen, die noch keinen Stimmzettel haben. Da sind noch zwei ganz im hinteren Bereich bei den Rheinland-Pfälzern.

Bitte noch nicht die Kontrollmarken draufkleben, sonst haben wir sie vielleicht auf dem falschen Zettel.

Noch einmal die Frage, ob noch irgendwo ein Stimmzettel fehlt. – So, dann können wir jetzt, glaube ich, beginnen. Sicher ist sicher: Fehlt jetzt noch irgendwo ein Stimmzettel? – Nein. Wunderbar, dann haben jetzt alle drei Stimmzettel vor sich liegen.

Wir beginnen mit dem fliederfarbenen Stimmzettel. Das ist nämlich der Stimmzettel zur Wahl der Vorsitzenden/des Vorsitzenden. Aydan hält ihn hoch. Wir sind nicht nur farblich perfekt abgestimmt, sondern wir machen das auch ansonsten gut abgestimmt hier.

(Beifall und Heiterkeit)

Der fliederfarbene Stimmzettel also. Vorgeschlagen ist Thorsten Jobs. Wir wählen jetzt gemäß § 7 der Wahlordnung. Es gibt keinen Gegenkandidaten. Das heißt, ihr habt die Möglichkeit der Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung hinter dem Namen durch ein Kreuz, welches auf den Kreisen zu vermerken ist. Der Stimmzettel ist nur gültig – das ist das Wichtigste -, wenn ihr „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ angekreuzt habt und die Kontrollmarke 8 angebracht ist.

(Zurufe: Ah!)

Die Notausgänge befinden sich rechts und links.

(Heiterkeit und Beifall)

Wir müssen zurück zur Ernsthaftigkeit. Kontrollmarke 8 und bitte ein Kreuz eurer Wahl.

Ich kann euch noch mitteilen, nach § 23 Abs. 4 des Organisationsstatuts ist im ersten Wahlgang gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Der Wahlgang ist hiermit eröffnet. Ich bitte euch um Abgabe dieser Stimme. Wir sammeln aber nachher alle Stimmzettel gemeinsam erst ein.

Insofern schließe ich diesen Wahlgang noch nicht, sondern eröffne jetzt gleich den zweiten für den zweiten Stimmzettel. Das wäre jetzt in dem Fall der grüne Stimmzettel. Das ist die Wahl der zwei Stellvertreter*innen für die Bundesschiedskommission. Das ist eine Listenwahl nach § 8 der Wahlordnung. Das heißt, es dürfen bei der Wahl höchstens zwei Namen angekreuzt werden. Es muss aber mindestens ein Name angekreuzt werden. Im ersten Wahlgang bedarf es der absoluten Mehrheit. Gültig ist der Stimmzettel nur, wenn ihr die Kontrollmarke 9 aufklebt.

(Zurufe: Ah!)

Wenn keine Fragen mehr bestehen, eröffne ich auch diesen Wahlgang. – Es geht.

Wenn ihr so weit seid, würde ich den dritten Wahlgang eröffnen. Das sind die vier weiteren Mitglieder der Bundes-

schiedskommission. Dabei handelt es sich um den blauen Stimmzettel. Blau ist heute überhaupt die Farbe. Im ersten Wahlgang bedarf es auch dort der absoluten Mehrheit. Bei der Wahl der weiteren Mitglieder dürfen höchstens vier Namen angekreuzt werden. Es müssen aber mindestens zwei Namen angekreuzt werden. Bei der Wahl der Beisitzer ist die Quote zu beachten, wobei die Geschlechter der bereits gewählten BSK-Mitglieder anzurechnen ist. Das bedeutet, dass der Bundesschiedskommission mindestens je drei Frauen und Männer insgesamt angehören müssen. Bitte verwendet bei diesem Stimmzettel die Kontrollmarke 10.

(Zurufe: Ah!)

Auch dieser Wahlgang ist eröffnet.

Wenn ihr mit dem Wählen fertig seid, würde ich darum bitten, dass die Mandatsprüfungs- und Zählkommission mit dem Einsammeln anfängt.

(Einsammeln der Stimmzettel – Klatschen und Sprechchor)

Gibt es noch ernsthafte Hinweise darauf, dass noch Stimmzettel eingesammelt werden müssen?

(Heiterkeit)

Dann frage ich jetzt: Sind alle Stimmzettel eingesammelt? – Ich bekomme kein gegenteiliges Signal. Dann schließe ich die Wahlgänge und bitte um Auszählung. – Vielen Dank, prima.

(Zurufe)

Ich glaube, die nordrhein-westfälische Delegation hat den dringenden Drang.

(Heiterkeit und Beifall)

Aber vor den Parteiabend hat die Partei den Fleiß gesetzt, und den wollen wir jetzt im Rahmen der Antragsberatungen zum Bereich Migration, Flucht und Integration zum Ausdruck bringen. Auch wenn die Stimmung jetzt supergut ist – ich glaube, das ist noch ein wichtiger Punkt, den es hier zu beraten gilt für heute Abend. Deshalb müssen wir uns jetzt noch ein bisschen disziplinieren, um auch dort dieser Stelle zu guten Entscheidungen zu kommen.

Ich rufe mithin den Initiativantrag Ini01 auf und gleichzeitig auch die Anträge M01 bis M58. Ihr findet sie auf den Seiten 451 bis 520 im Antragsbuch.

Bevor wir zu den einzelnen Wortmeldungen kommen, gibt es erst einmal noch eine Einführung in diesen Bereich, die Kevin vornehmen wird.

Ich kann vielleicht, bis er nach vorne geht, schon darauf hinweisen, dass es eine ganze Reihe von Wortmeldungen gibt. Das ist sicherlich dem Thema sehr angemessen. Was die Uhrzeit angeht, ist es ein bisschen problematisch. Es ist sicherlich wert, dass jeder dieser Wortbeiträge heute Abend gehört werden kann, am besten auch mit der gleichen Aufmerksamkeit. Deshalb würde ich auch gleich, weil im Grunde genommen alle die Gelegenheit hatten, im Laufe des Tages ihre Wortmeldungen dazu abzugeben, euch um Unterstützung dahin gehend bitten, dass wir die Rednerliste jetzt gleich schließen können. Ich gucke mal, ob sich dagegen Widerspruch regt. – Das ist nicht der Fall.

Ich würde auch mit Blick auf die Zeit sagen, wir versuchen jetzt noch einige wenige mit 3 Minuten Redezeit starten zu lassen. Wenn sich das aber als problematisch erweist – wir werden dann nämlich wirklich lange heute Abend hier sitzen , dann würde ich jetzt schon, euer Einverständnis vorausgesetzt, ankündigen, dass wir vielleicht noch mal runter gehen auf 2 Minuten. Ich weiß, das ist kurz, aber es ist auch unfair, es dann erst hinten raus zu tun. Vielleicht schaffen wir es ja, wenn der ein oder andere jetzt schon nicht volle 3 Minuten redet, es dabei zu belassen. Aber es könnte sein, dass wir nach drei, vier Redebeiträgen doch noch eine Nummer kürzer gehen müssen, damit wir heute Abend noch einen guten Abschluss zu diesem Thema finden können. Das einfach nur der Transparenz halber, damit auch klar ist, dass das jetzt nicht gegen irgendjemanden gerichtet ist oder wie auch immer, sondern dass das einfach jetzt einem stringenten Verfahren geschuldet ist. Das vielleicht noch mal als organisatorische Vorbemerkung.

Jetzt geht es um die inhaltlichen Vorbemerkungen, und dazu hat Kevin das Wort.

EINBRINGUNG INITIATIVANTRAG INI01 IN VERBINDUNG MIT ANTRÄGEN AUS DEM BEREICH MIGRATION, FLUCHT, INTEGRATION

Kevin Kühnert, *Generalsekretär:*

Liebe Anke, vielen Dank. – Liebe Genossinnen und Genossen, der letzte Punkt also für heute, ganz bestimmt auch ein wichtiger.

Wie ist es zu diesem Initiativantrag heute gekommen? Ich finde es durchaus wichtig, die Motivationslage, die wir da als Parteivorstand hatten, noch einmal darzulegen.

Die Fragen rund um Flucht, Asyl und Migration begleiten uns in der politischen Debatte seit vielen Jahren ganz intensiv und haben jetzt gerade noch mal im Sommer, im Spätsommer auch rund um die Ministerpräsidentenkonferenz mit dem Bundeskanzler und die Frage der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, der auskömmlichen Ausstattung der Kommunen und anderem mehr eine große Rolle gespielt. Es hat eine sehr aufgeregte Diskussion – überwiegend gar nicht von Leuten hier im Raum, aber draußen in der Gesellschaft – gegeben. Uns war es wichtig, mit diesem Antrag einfach noch mal ein paar Grundsätzlichkeiten klarzuziehen, die man aus einer sozialdemokratischen Perspektive ganz unaufgeregt vortragen kann, weil es sich hier um komplexe, lösbare, aber eben unaufgeregt zu behandelnde Sachlage handelt. Das haben wir mit diesem Antrag versucht.

Ich möchte mich zuallererst bei all denjenigen bedanken, die sich daran beteiligt haben, bei denen, die selbst Anträge für den Bereich Migration eingereicht hatten und die in den vergangenen zwei, drei Wochen zur Verfügung standen bei den Jusos, der AG Migration und Vielfalt, bei unseren Innenpolitikerinnen und Innenpolitikern der Bundestagsfraktion, Innenministerinnen und -ministern der Bundesländer, bei der Bundes-SGK, bei Birgit Sippel aus der Gruppe im Europäischen Parlament und anderen mehr. Das sollt ihr wissen, wenn ihr diesen Initiativantrag vor euch habt. Sie alle haben daran mitgearbeitet. Schon dieses Dokument, wie es vorliegt, beschreibt einen sozialdemokratischen Konsens in dieser Diskussion, und das ist gut und unterscheidet uns von vielen anderen, die ganze Tage auf ihren Parteitagen damit verbringen, diese Debatten zu führen.

(Beifall)

Uns war es wichtig, in diesem Antrag auch nicht nur technische Fragen der Bewerkstelligung von Asylverfahren in Deutschland zu beschreiben und Finanzströme hin zu Kommunen, und wie viel Euro pro Kopf und Jahr nun ausgegeben werden soll, zu betrachten, sondern uns war es wichtig, uns ausführlich in der Einleitung dieses Antrags auch mit

unserem Blick auf unsere Einwanderungsgesellschaft in Deutschland zu befassen. Denn ihr wisst doch genauso gut wie auch alle da draußen: Flucht- und Asyldiskussionen führen spätestens seit 2015 in der deutschen Politik immer wieder dazu, dass wir schon nur nach wenigen Bemerkungen nicht mehr bei den Fragen der tagtäglichen Bewerkstelligung auf der kommunalen oder Landesebene bzw. bei der Umsetzung in den kommunalen Behörden sind, sondern in politischen Kulturkämpfen, vorangetrieben von Leuten wie unserem früheren Innenminister Herrn Seehofer, der sich dazu hat hinreißen lassen und sicherlich vielen in seiner Partei aus der Seele sprach, dass es sich bei der Migration um die sogenannte Mutter aller Probleme handeln würde.

Wir sitzen hier als eine Partei und Bewegung, die fest davon überzeugt ist, dass eine Gesellschaft, in der über 25 Prozent unserer Bevölkerung eine familiäre Einwanderungsgeschichte hat, Migration nicht als Mutter aller Probleme, sondern als Mutter allen Miteinanders im täglichen Leben betrachten sollte.

(Beifall)

Keine familiären Beziehungen, keine kollegialen Konstrukte auf der Arbeit, keine Freundeskreise in diesem Land, ohne dass diese 25 und mehr Prozent der Menschen mit Einwanderungsgeschichte unter uns wären. Das muss man auch manchem in der eigenen Koalition hin und wieder zurufen. Vor ein paar Wochen habe ich eine Meldung gesehen. Da hat sich Herr Kubicki – ich weiß nicht, ob auf einem Kreuzfahrtschiff oder anderswo – dazu hinreißen lassen, zu sagen, keine Kommune in Deutschland, keine Nachbarschaft, kein Stadtquartier sollte mehr als 25 Prozent Menschen mit Migrationshintergrund beinhalten, in einer Gesellschaft mit 27 Komma und bisschen Prozent Menschen, die Migrationsgeschichte haben. Ich unterstelle ihm mal das Beste und glaube, dass er niemanden rausschmeißen wollte aus Deutschland, der hier auch noch mit Pass und Bleiberecht ist. Aber das deutet darauf hin, wie schnell Leute, die vielleicht nicht so tief im Detail drin sind, dafür sorgen, dass solche Debatten entgleiten. Das sollten wir nicht zulassen. Wir tragen alle Verantwortung, wenn wir über Menschen, ihre Situation, ihre Bleibeperspektiven, ihre Bedrängungen sprechen und darüber, wie wir das Miteinander organisieren.

(Beifall)

Wir haben diesen Antrag so geschrieben, um das auseinanderzunehmen, was auseinanderzunehmen ist. Ein Land, das seit Jahrzenten auf Einwanderung aufbaut und das auch Fehler dabei gemacht hat – Olaf hat heute hier an diesem Pult darüber gesprochen, aus welchen Fehlern der sogenannten Gastarbeitergeneration und unserem Umgang damit wir lernen können. Manche dieser Fehler tragen wir bis heute vor uns her, wenn wir heute über das Einwanderungsrecht und seine Reform heute sprechen und hochbetagte Menschen sehen, die einen Großteil ihres Lebens in Deutschland verbracht haben und jetzt in sehr hohem Alter darauf hoffen, dass sich endlich für sie doch noch mal eine Perspektive ergibt in dem Land, in dem sie ihr Leben lang gearbeitet, Steuern gezahlt, ihre Kinder und Enkelkinder in die Welt gesetzt haben, doch noch einmal die Möglichkeit zu bekommen, auch politisch gleichberechtigt mitzubestimmen, zur Wahl schreiten zu können und anderes mehr. Wer das nicht fühlt, was das für einen Menschen bedeutet, diese Perspektive vorenthalten zu bekommen, der schreibt dann vielleicht auch wirklich Leitartikel darüber, wie verräterisch es sei, dass die Sozialdemokratie erst mal vier Seiten lang über Einwanderungspolitik in Deutschland und ihre Bedeutung spricht.

Darum geht es. Das sind die Millionen Leute da draußen, die tief verunsichert sind, wenn solche unsachlichen Diskussionen geführt werden, wie sie nicht nur die Rechtsradikalen, sondern leider auch manche Konservative in unserer Gesellschaft führen.

(Beifall)

Wir kriegen die Zuschriften nicht nur im Willy-Brandt-Haus. Wir kriegen sie als Abgeordnete. Viele hier im Raum erleben

es selbst, dass Menschen mit nicht weißer Hautfarbe in Sommern wie diesem, in dem die politische Debatte wieder hochkocht, angesprochen werden, angegriffen werden als vermeintliche Stellvertreterinnen und Stellvertreter dessen, worüber da in manchen Talkshows, auf TikTok-Kanälen und anderswo politisch verhandelt wird. Auch deshalb stellen wir uns schützend vor sie, um deutlich zu machen, dass das Kind nicht mit dem Bade ausgeschüttet werden darf, wenn wir in unserer Gesellschaft über die notwendige Frage der besseren Organisation von Integrationsprozessen und der besseren Organisation von Asylverfahren und dem Umgang mit ihren Ergebnissen sprechen.

Genau das tun wir in diesem Antrag. Wir wollen mit diesem Antrag auch nicht die Ministerpräsidentenkonferenz und die Verhandlungen über Finanzströme noch mal wiederholen. Wir freuen uns darüber, auch wenn der eine sich ein bisschen mehr und der andere ein anderes Ergebnis in diesem Teilbereich erwünscht hätte. Wir freuen uns darüber, dass es zu einer Verständigung gekommen ist im Kreise der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit dem Bund über die Frage der Finanzierung, dass wir jetzt wieder ein atmendes System mit einer Finanzierung pro Kopf haben, dass wir nicht den halbjährlichen Showdown haben, bei dem hier über eine Milliarde und da über 500 Millionen Euro miteinander gerungen werden muss. Es ist gut, liebe Anke, liebe andere Ministerpräsidentinnen und -präsidenten, lieber Olaf, dass ihr das hinbekommen habt, all dem Geschrei und Getöse zum Trotz, was da manchmal so unterwegs ist.

Nun gibt es einfach noch ein paar Sachen klarzustellen und zu organisieren. Wir haben eine Situation, in der wir Zugangszahlen haben, die uns herausfordern. Nicht an jedem Ort, nicht in jeder Nachbarschaft. Nicht jeder, der in den letzten Monaten behauptet hat, alles sei ganz fürchterlich, kann tatsächlich im Alltag belegen, wo für ihn irgendetwas fürchterlich geworden ist. Aber wir nehmen es ernst, und es ist real, wenn uns Kommunen sagen, Wohnraumproblematiken entstehen und spitzen sich zu, wenn wir sehen, dass die Leute spätestens nach 18 Monaten aus den Gemeinschaftsunterkünften raus sein müssen und immer mehr Kommunen das Problem haben, bis dahin überhaupt einen Ort gefunden zu haben, wo eine dezentrale Unterbringung möglich ist.

Wenn ich in meiner Erstaufnahmeeinrichtung im Wahlkreis höre, wie viele Kinder und Jugendliche nicht beschult werden, nicht in der Kita sind und anderes mehr, dann lässt uns das nicht kalt. Unsere Antwort darauf ist aber nicht, wie sie bei manch anderem der Fall ist, eine Überschrift wie eine Obergrenze in den Raum zu stellen. Eine Obergrenze ist kein Vorschlag zur Diskussion. Manchmal wird man in Interviews gefragt: Wie stehen Sie zum Konzept der Obergrenze? – Diese Frage ist zurückzuweisen. Es handelt sich dabei nicht um ein Konzept. Es handelt sich um eine Parole. Parolen bringen Leute vor, die keine politischen Lösungen herbeiführen wollen, sondern die einfach nur Unruhe stiften wollen, die die Apokalypse predigen wollen, die andere piesacken wollen. Das trägt aber gar nichts zur Lösung bei.

(Beifall)

Wir müssen darüber sprechen, wie wir die Zahlen dort reduzieren können, wo es bessere Perspektiven in den Herkunftsländern gibt. Deswegen diskutieren wir in diesem Antrag auch das Thema der Unterstützung der Herkunftsländer der Menschen, die zu uns kommen. Wir bekennen uns klar dazu, dass Entwicklungszusammenarbeit, dass wir in den Camps, in denen Menschen in ihren Herkunftsländern und in den Fluchtregionen unterwegs sind, Unterstützung leisten müssen. Das ist wichtig in diesen Tagen, wo über den Bundeshaushalt 2024 und die Perspektiven danach gesprochen wird. Dieselben Leute, die morgens sagen: „Ihr braucht 30 Milliarden. Nehmt doch bei der Svenja Schulze aus dem Etat reichlich raus. 3 Milliarden weniger tut doch keinem bei uns weh; das ist doch nicht unser Geld.“, das sind dieselben Leute, die uns dann abends fragen, warum denn eigentlich so viele Menschen nach Deutschland kommen und hier die Verfahren durchlaufen. Beides gehört zusammen. Es ist eine komplexe Welt, und diese Komplexität müssen wir annehmen und mit ihr umgehen und dürfen davor nicht den Kopf in den Sand stecken.

(Beifall)

Wir haben uns auf den Weg gemacht, auch mit Nancy als unserer Innenministerin. Wir wollen das bestehende europäische Asylsystem, das an vielen Stellen nicht solidarisch, sondern dysfunktional ist, ordnen. Humanität und Ordnung leiten uns. Das schreiben wir auch klar in diesem Antrag nieder.

Wir wollen dafür sorgen, dass eine Reform des gemeinsamen europäischen Asylsystems die Dinge besser macht, und zwar für die Menschen, die Schutz suchen, aber auch für die Kommunen, für die Länder, für die, die vor Ort Verantwortung tragen und denen wir dankbar dafür sind, mit wie viel Pragmatismus, Kreativität und manchmal bis zum Rande der Erschöpfung und darüber hinausgehend sie sich um das Wohlergehen von Menschen in den vergangenen Jahren und auch in diesen Tagen und Stunden gekümmert haben. Ihnen gilt unser Dank. Sie mosern nicht rum, sie lamentieren nicht rum, sie halten keine großen Reden, sondern sie packen einfach an und machen, während andere nur Stunk verbreiten in der politischen Diskussion, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Für sie wollen wir das machen, wenn wir entlasten wollen, und deswegen adressieren wir die Ungerechtigkeiten im europäischen System. Wir akzeptieren nicht, dass wir europäische Partnerländer haben – Griechenland beispielsweise -, in denen Menschen, die nach Europa kommen und nach Schutz suchen, zwar Verfahren durchlaufen und auch einen Schutzstatus bekommen, dann aber fünf Jahre lang keinerlei, nicht einmal grundsichernde, Leistungen vom griechischen Staat bekommen und sich – na, was tun sie? – weiter auf den Weg machen. Sie begeben sich auf eine Sekundärmigration innerhalb Europas. Mit die größten Zahlen derjenigen, die zu uns gekommen sind, kommen auf diesem Weg, haben woanders in Europa Verfahren durchlaufen, aber werden dort drangsaliert. Ihnen wird kein Wohnraum zur Verfügung gestellt. Sie bekommen keine Leistungen. Das ist kein solidarisches System.

Ich frage mich manchmal, ob sich die Leute bei CDU und CSU eigentlich daran erinnern, dass das ihr Parteifreund, Herr Mitsotakis, in Griechenland ist, der genau das macht. Wenn sie finden, die Zahlen sind hier zu hoch, dann wäre es doch mal angebracht, als Erstes in Athen anzurufen und die Frage zu stellen, warum man dort eigentlich tagtäglich mit solchen Regelungen die europäische Solidarität unterminiert. Das ist schäbig, liebe Genossinnen und Genossen, und genau das muss aufgelöst werden. Auch das adressieren wir in diesem Antrag.

Weil das aber nicht alles immer ganz schnell funktionieren wird, weil vieles lange dauert, weil die Abschaffung von Kettenduldungen, die wir über Jahre und Jahrzehnte aufgebaut haben, lange dauert, müssen wir auch diesen langen politischen Atem an den Tag legen, diese Reform wirken zu lassen und jetzt anzugehen. Einige – längst nicht alle – habe ich angesprochen. Andere werden gleich in der Debatte von anderen, von vielen Genossinnen und Genossen, aufgezählt werden.

Aber solange noch nicht all diese Fragen gelöst sind, haben wir eine Verantwortung, uns zu kümmern, beispielsweise auch darum, dass Menschen nicht auf der Flucht sterben. Wir wollen sichere Fluchtrouten ermöglichen. Aber solange es sie noch nicht gibt, solange sich Menschen auch über das Mittelmeer auf den Weg machen, ist es für uns niemals eine Diskussion, dass Seenotrettung nicht nur möglich sein muss, sondern auch real stattfindet.

(Beifall)

Wir wissen, weil wir mit den Aktiven im Austausch sind, dass es genau einen guten Weg gibt, die zivile Seenotrettung zu beseitigen, und das ist, dass die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten selber wieder Verantwortung für ihre Hoheitsaufgabe übernehmen, Menschen an ihren Grenzen vom Sterben abzuhalten.

(Beifall)

Weil Italien, weil die Mittelmeer-Anrainerstaaten, weil die EU das seit fast zehn Jahren nicht mehr machen, sammeln Menschen in Deutschland Spenden. Deshalb geben sie ihren Jahresurlaub drauf oder schmeißen ihren Job hin, um dort anderen zu helfen. Das sind keine Schlepperbanden. Die muss man nicht dafür beschimpfen, dass sie irgendein Problem herbeigebracht hätten, was woanders herkommt. Zu beschimpfen sind Leute wie Frau Meloni und andere, die. populistische Wahlkämpfe auf dem Rücken von Menschen betreiben, die behaupten, sie würden eine Seebarriere errichten, und die Zahlen auf null senken, und ein Jahr später stellen sie fest, die Zahlen haben sich verdoppelt, weil Populismus zwar auf dem eigenen Parteitag einer faschistischen Partei die Seele warmmachen mag, aber am Ende des Tages kein reales Problem löst.

(Beifall)

Deswegen wird Populismus auch bei uns das Problem nicht lösen, sondern nur die Befassung mit den Details der tatsächlichen Fragen. Denen wenden wir uns in diesem Antrag zu. Vieles davon konnte geeint werden in den Debatten davor. Einiges Letztes müssen wir jetzt noch gemeinsam entscheiden.

Ich bin stolz darauf, dass ein solcher Prozess bei uns gemeinsam möglich ist, und ich freue mich darüber, dass diese Diskussion – da bin ich mir gewiss – nicht das ist, was als Hauptbotschaft von unserem Parteitag bleiben wird, sondern dass unsere Botschaft ist: Es ist selbstverständlich und gehört zu unserem Alltag, diese Fragen zu regeln, zu ordnen und dabei Humanität zu wahren, damit alle, die bei uns in den Kommunen und anderswo tätig sind, den Rücken freihaben und die Zeit haben, sich um all die anderen drängenden Probleme, die wir in unserer Gesellschaft auch noch haben, adäquat kümmern zu können.

Ich freue mich auf diese Diskussion. Lasst sie uns anständig miteinander führen und danach einen schönen Parteitag miteinander haben. – Freundschaft!

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Kevin. – Wir steigen jetzt auch gleich in die Antragsberatung ein.

Als erste Rednerin hat Reem Alabali-Radovan das Wort. – Während sie nach oben kommt, kann ich vielleicht noch darauf hinweisen: Nancy hätte sicherlich auch sehr gerne mit uns diskutiert und sich eingebracht, aber sie ist auf dem G7 Innenministertreffen in Japan. Weil sicher der eine oder andere vielleicht jetzt gefragt hat, wo Nancy eigentlich ist, sollten wir schon auch noch mal alle miteinander wissen, denke ich. Aber sie hat uns herzliche Grüße ausrichten lassen. Wir wünschen ihr bei dieser wichtigen Aufgabe dort auch viel Erfolg. – Herzlichen Dank.

Jetzt hat Reem das Wort.

(Beifall)

ANTRAGSBERATUNG INITIATIVANTRAG INI01 IN VERBINDUNG MIT ANTRÄGEN AUS DEM BEREICH MIGRATION, FLUCHT, INTEGRATION

Reem Alabali-Radovan, *beratende Delegierte:*

„Auch wenn dieses Land mir meinen kleinen Bruder genommen hat, habe ich meine Zugehörigkeit nie in Frage gestellt. Aber daran habe ich noch nie so sehr gezweifelt wie in den letzten Tagen." Das hat mir Etris Hashemi, ein Überlebender des rassistischen Anschlags von Hanau, vor wenigen Wochen gesagt. Und ich sage: Wenn Jüdinnen und Juden Angst um ihre Sicherheit in Deutschland haben, wenn Musliminnen und Muslime unter Generalverdacht stehen, wenn meine Mutter mich fragt, was unser Plan B ist, nachdem es ein AfDler in meiner Heimatstadt Schwerin geschafft hat, in die Bürgermeister-Stichwahl zu gehen, wenn mir täglich Menschen mit Zuwanderungsgeschichte – auch in unseren Reihen, auch heute wieder – sagen: „Wir sitzen gedanklich auf gepackten Koffern.", dann darf uns das nicht kaltlassen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Das Herbeisehnen des Asylkompromisses, die Kampagne gegen die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, die Entmenschlichung von Geflüchteten in der Debatte, der Überbietungswettbewerb von Vorschlägen zu Asylrechtsverschärfungen und Abschottung – die 90er-Jahre erleben rhetorisch und ideologisch ihr Comeback. Menschen, die teilweise in dritter Generation hier leben, wird ständig ihre Zugehörigkeit abgesprochen. Das sind 20 Millionen Menschen. Das ist jede vierte Person. Das sind wir.

(Beifall)

Wir müssen diesem Rechtsruck unserer Gesellschaft etwas entgegenstellen. Wir dürfen nicht in den Chor einstimmen, der Menschen verunsichert, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben doch ein Versprechen abgegeben, das Versprechen von einem Leben in Sicherheit, in Würde, von Aufstieg und Bildung, von Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Darum ist es richtig, dass der Antrag mit dem klaren Bekenntnis beginnt: Deutschland ist ein Einwanderungsland.

(Beifall)

Wir haben in den vergangenen Monaten sehr viel mehr dafür getan, als in den 16 Jahren davor passiert ist. Wir setzen uns für ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht, für Fachkräfteeinwanderung und für echte Perspektiven mit dem Chancenaufenthaltsrecht für Geduldete ein. Dieser Antrag zeigt, was sozialdemokratische Migrations- und Integrationspolitik bedeutet – mit Humanität und Ordnung, mit Integration von Anfang an, mit Unterstützung der Kommunen, mit einem harten Kampf gegen Rassismus.

(Beifall)

Denken wir neu, liebe Genossinnen und Genossen. Denken wir die Dinge zusammen. Wenn es um bezahlbaren Wohnraum, um gute Bildung und um gerechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt geht, dann betrifft uns das alle. Wir brauchen jetzt ein neues deutsches Wir-Gefühl mit einem klaren Bekenntnis: Ja, wir sind ein Einwanderungsland, waren das schon immer. Das ist eine Stärke, keine Schwäche. Das ist keine Bedrohung, sondern eine Bereicherung.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, die Sozialdemokratie ist als Antwort auf gesellschaftliche und soziale Missstände entstanden. Lasst uns auch künftig eine Antwort auf gesellschaftliche Herausforderungen geben. Wir sind gefordert, jetzt mehr denn je. – Vielen Dank.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Reem. – Ihr folgt jetzt Mathias Schulz. Dann kommt Michelle Reißmann. – Ich erinnere noch mal an die 3-Minuten-Regelung.

Mathias Schulz, *Berlin:*

Danke für die Erinnerung vorab. – Liebe Genossinnen und Genossen! Allein im letzten Jahr haben wir ca. 1 Million Menschen aufgenommen, und die Aufnahme jedes Einzelnen war für uns alle selbstverständlich. Doch in den letzten Monaten erleben wir eine Diskursverschiebung. Wir erleben eine Debatte voll von alten Vorurteilen und neuen Angriffen auf das Recht auf Asyl.

Reem hat es schon gesagt: Wir hören zu oft Zahlenlösungen. Wir hören zu oft die Begriffe Obergrenze und Integrationsgrenze, die konzeptionslos sind und nichts zum Inhalt haben. Unsere Aufgabe als SPD ist es, einen demokratischen Konsens zu finden, um Migration besser zu organisieren und die Bürgerinnen und Bürger dabei ehrlich mitzunehmen. Dafür braucht es aber zuerst einmal eine andere Rhetorik. Zum Beispiel der Begriff der regulären Migration. Nachdem die AfD diesen Begriff im Jahr 2017 zum ersten Mal geprägt hatte, hat er Eingang in die Sprache nahezu aller demokratischen Parteien gefunden. Mit diesem Begriff wird uns vorgegaukelt, dass Schutz suchende Menschen auf legalen Wegen hierher kommen können und sie diese illegalen Wege nur nutzen würden, weil sie ohnehin nicht geschützt werden können und auch keinen Anspruch darauf haben. Das ist aber faktisch falsch. Die große Mehrheit der Geflüchteten muss auf eben diesen Wegen einreisen, denn de facto gibt es diese legalen Wege nicht.

Die Menschen, die zu uns kommen, haben doch erst einmal die Chance verdient, ihre Potenziale hier in dieses Land und in die Gesellschaft einzubringen. Dafür braucht es konstruktive Vorschläge, die der Antrag zum PV auch macht. Dafür schon mal vielen Dank, auch für die Vorberatungen und für die Übernahme einzelner Änderungen, die wir aus Berlin eingebracht haben.

Wir haben aber noch weitere Änderungsvorschläge gemacht. Der Begriff „sichere Herkunftsstaaten“ kommt in dem Antrag nicht vor, ist aber ein relevanter Punkt, den wir gerne in diesen Antrag mit einfügen würden; denn dieser Begriff gaukelt vor, dass die Länder Sicherheit versprechen, die sie gar nicht bieten. Vor allem für queere Menschen wie mich sind Staaten wie Senegal auf jeden Fall eine Gefahr, dort leben zu müssen.

Zweitens. Es gibt keinen Beleg dafür, dass die Entscheidung zur Flucht davon abhängt und beeinflusst wird, ob es hier in diesem Land Geld, Gutscheine oder Bezahlkarten zum Überleben gibt.

Es gibt drittens keine Belege dafür, dass ein Absenken von Sozialleistungen oder der Ausschluss bei der Gesundheitsvorsorge zu weniger flüchtenden Menschen führt. Die Menschen kommen nicht, weil sie zum Zahnarzt gehen wollen. Sie fliehen vor Krisen, Krieg und Verfolgung aus Syrien, Afghanistan oder der Türkei.

Liebe Genossinnen und Genossen, bei der Wahl eines bestimmten Ziellandes fragen sich die Menschen doch: Werde ich da gut behandelt? Ist es ein Land, dass mir gewisse Möglichkeiten bietet? Die Kommunen brauchen dabei die volle Unterstützung von uns allen, damit die Menschen hier in diesem Land genau diese Chance bekommen: bei der Sprachvermittlung, bei Bildung, Ausbildung und Weiterbildung, bei Zugang zu bezahlter Arbeit, bei der sozialen Teilhabe, beim Bau von Wohnungen, Unterkünften, bei Schulen- und Kitaplätzen und bei dem Support der ehrenamtlichen Arbeit, die vor Ort geleistet wird. Und für all das muss auch die Schuldenbremse fallen.

Liebe Genossinnen und Genossen, noch ein letzter Punkt: Die Auslagerung von Asylverfahren in andere Staaten. Dabei ist die Rückkehr nach Europa nicht vorgesehen. Ein Befürworter ist der derzeitige Regierende Bürgermeister von Berlin. Der hat das zuletzt bei der MPK mit seinen CDU-Kumpels vorgeschlagen, und ich kann mich als Mitglied dieser Koalition in Berlin dafür nur schämen, dass das im Namen des Landes Berlin vorgeschlagen wurde.

Der Punkt hat mich an einen Essay von Hannah Arendt erinnert. Es heißt „We Refugees“. Sie schreibt darin vom Recht, Rechte zu haben. Nach Hannah Arendt ist dies wohl das einzige wirkliche Menschenrecht, das existiert.

Für mich ist klar: Unsere Antwort auf die Herausforderungen dieser Zeit darf nicht sein, Menschen in diesem Land und auf diesem Kontinent ihr Recht auf Schutz und ihr Recht auf rechtsstaatliche Verfahren zu verwehren. Die Antwort muss sein: Wir brauchen solidarische Migrationspolitik, die den Menschen als Mensch in den Mittelpunkt stellt. Ich bitte euch um Zustimmung zu unseren Änderungsanträgen. – Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Mathias. – Dann bitte ich jetzt Michelle Reißmann. Darauf folgen dann Georg Maier und dann Birgit Sippel.

Michelle Reißmann, *Sachsen:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte uns alle an den Winter 2015 erinnern. Wir haben uns in Sachsen fast tagtäglich vor Menschen auf die Straßen gestellt, die sich in Deutschland mit uns gemeinsam ein neues Leben aufbauen wollen, Menschen, die bei uns Schutz suchen. Es ist die Verantwortung des Staates, hier ankommende Menschen respektvoll zu behandeln. Als SPD ist es unsere Verantwortung, dafür zu sorgen, dass die Armen nicht gegen die noch Ärmeren ausgespielt werden, unabhängig davon, welchen Pass sie besitzen. Wir als Sozialdemokratie treten nicht nach unten.

(Beifall)

Ein gemeinsames Asylsystem in Europa funktioniert nur über eine solidarische Verteilung. Eine GEAS-Reform war deshalb überfällig. Aber trotz Jahren des Stillstands heißt „machen“ in diesem Fall eben nicht automatisch „gut machen“. Dafür kann man nun die politischen Mehrheiten in Europa verantwortlich machen und hätte damit natürlich teilweise recht, macht es sich aber auch viel zu einfach.

Die Partei ist nicht dazu da, Regierungshandeln nachträglich zu bestätigen, sondern eine eigene Vision zu entwickeln. Deshalb begrüßen wir im Antrag, dass wir uns klar zu sicheren Fluchtrouten bekennen und dass es eine Einigung zur aufschiebenden Wirkung von laufenden Verfahren gab. Um das zu komplementieren, ist es aber elementar, dass wir besonders die drei Änderungsanträge der Jusos gemeinsam unterstützen,

(Beifall)

und das nicht, weil die Jusos nachträglich der Regierung einen Denkzettel verpassen wollen, sondern weil wir uns als Partei entscheiden müssen, ob wir an unseren humanistischen Idealen und gelebter Solidarität festhalten oder den Abschiebefantasien von Merz, Söder und Kretschmer hinterherlaufen, ganz abgesehen von den Ideen derer, denen schon 2015 nur Geschrei eingefallen ist.

Wir als SPD müssen das Menschenrecht auf Asyl konsequent schützen, statt den Rufen der rechten Kräfte zu folgen. Der GEAS-Vorschlag muss deshalb kritisch betrachtet werden. Wir wollen eine Reform des gemeinsamen europäischen Asylsystems, welches seine Verantwortung nach Schutz von Geflüchteten, Humanität und der Wahrung von Menschenrechten gerecht wird. Nichts weniger darf uns tragbar sein. Das Recht auf Asyl steht für uns nicht zur Debatte.

Die europäische Grenzschutzbehörde Frontex ist nachweislich seit vielen Jahren dysfunktional, wobei das wohl eher eine Untertreibung ist. Wir sagen explizit nicht, dass es keine Institution zum Grenzschutz der EU geben soll. Aber Frontex als Behörde ist jenseits jeder strukturellen Reform. Der erste Kontaktpunkt von hier ankommenden Menschen mit einer Behörde der Europäischen Union, die sich auf Menschenrechte und Freiheit beruft, darf keine Truppe sein, die gegenüber dem Europäischen Parlament in Erklärungsnot geriet und die nachweislich in die illegale Rückführung von Geflüchteten, in die Organisation und Durchführung von sogenannten Pushbacks verwickelt war. Das ist eine Schande.

(Beifall)

Frontex als Symbol und Struktur ist gescheitert und muss deshalb überholt werden.

(Beifall)

2015 war die Botschaft dieser Partei klar: Refugees are welcome here! Ihr seid willkommen, und ihr habt uns an eurer Seite. Wir müssen uns als Bewegung, als Partei weiterhin schützend vor Migrant*innen und Menschen auf der Flucht stellen – auf den Straßen und in den Parlamenten.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Michelle. – Als Nächstes hat Georg Maier das Wort, danach Birgit Sippel und Fabian Kors.

Georg Maier, *Parteivorstand:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte einen Blick aus der Praxis auf dieses Thema werfen. Ich bin nicht nur Innenminister, sondern seit dem 1. Dezember jetzt auch Migrationsminister in Thüringen. Das hat etwas damit zu tun, dass Migration in Thüringen bisher nicht optimal organisiert war.

Liebe Genossinnen und Genossen, Migrations- und Integrationspolitik kann nur gelingen, wenn sie auf Akzeptanz in der Bevölkerung stößt. Es ist leider so: Aktuell ist diese Akzeptanz teilweise, würde ich sagen, nicht mehr gegeben. Woran liegt das? Das hat natürlich etwas damit zu tun, dass rechte Propaganda stattfindet. Aber es hat auch etwas damit zu tun, liebe Genossinnen und Genossen, dass die Kommunen am Limit sind. Es gelingt den Kommunen kaum noch, vernünftigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen, um Geflüchtete unterzubringen. Es sind auch die finanziellen Lasten,

die damit für die Kommunen verbunden sind. Wenn es darum geht, Geflüchtete aus der Ukraine unterzubringen, dann ist es eine Aufgabe des sogenannten übertragenen Wirkungskreises. Das müssen die Kommunen teilweise selbst finanzieren. Deshalb ist es gut, dass die MPK jetzt das sogenannte atmende System beschlossen hat, um die Kommunen an dieser Stelle zu entlasten.

Aber auch die Länder sind momentan sehr stark belastet. Liebe Genossinnen und Genossen, unsere Erstaufnahmeeinrichtungen sind voll. Wir suchen händeringend nach Unterkünften, und wir schaffen es gerade nicht – das muss ich leider so sagen , dass wir die Menschen, die Geflüchteten so unterbringen, wie es notwendig wäre, nämlich menschenwürdig.

Gleichzeitig sterben sehr viele Menschen im Mittelmeer. Wir haben das eben gehört. Geflüchtete begeben sich in die Hände verbrecherischer Schleuserbanden. Man muss bis zu 10.000 Euro bezahlen, um einen Platz auf einem Schlauchboot zu bekommen, das gegebenenfalls den Tod bedeuten kann. Liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen diese Form der Kriminalität – das ist organisierte Kriminalität – bekämpfen,

(Beifall)

mit Macht bekämpfen. Deshalb brauchen wir auch Frontex. Damit sage ich nicht, dass Frontex so, wie Frontex bisher aufgestellt ist, in Ordnung ist. Das Gegenteil ist der Fall. Wir müssen dafür sorgen, dass Frontex zu 100 Prozent rechtsstaatlich agiert.

Liebe Genossinnen und Genossen, versteht mich nicht falsch. Ich rede hier nicht einer repressiven Abschottung das Wort. Wir brauchen natürlich Einwanderung. Wir brauchen geordnete Einwanderung und auch Asylverfahren.

Was ist noch zu tun, um die Akzeptanz zu erhöhen? Wir müssen es schaffen, die Geflüchteten so schnell wie möglich in Arbeit zu bringen. Dann wird das gelingen. – Ich danke euch.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Danke, Georg. – Als Nächstes Birgit, danach Fabian, und dann folgt Susi Möbbeck.

Birgit Sippel, *beratende Delegierte:*

Vielen Dank. – Liebe Genossinnen und Genossen, eine Frage vorweg: Gibt es tatsächlich zu viele geflüchtete Menschen in Europa? Den einen oder anderen mag es überraschen, aber meine Antwort ist ganz klar: Nein.

(Beifall)

Es gibt nämlich in Europa keine Migrationskrise, Genossinnen und Genossen. Es gibt eine Krise mangelhafter Verantwortung, mangelhaften Demokratieverständnisses und zu vieler Regierungen, die nicht bereit sind, ihre Verantwortung zu übernehmen.

(Beifall)

Deshalb, Genossinnen und Genossen, für die, die es nicht wissen: Ich verhandele als Europaabgeordnete das neue europäische Asylpaket, und wenn ich an die Mitgliedstaaten denke, für die all das zutrifft, was ich gerade gesagt habe, dann kann ich euch sagen: Das ist kein Spaß. Ich möchte schon jetzt all denen danken, die sich mit dem Thema auseinandersetzen und schon in den letzten Wochen ihre Unterstützung deutlich gemacht haben.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, Olaf hat heute Morgen sehr klar das individuelle Recht auf Asyl deutlich gemacht. Im Ini01 sowie in weiteren Anträgen beschreiben wir, was es dafür braucht. Wir brauchen ein Verbot von Pushbacks mit klaren Kontrollen, einen gesicherten Zugang zu Beratung und rechtlicher Vertretung, den Schutz von Kindern, die nicht in Haft und nicht in Grenzverfahren gehören. Seenotrettung darf nicht kriminalisiert werden.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, es darf nicht sein, dass ein Asylantrag ohne individuelle Prüfung einfach abgelehnt werden kann.

(Beifall)

Doch wie bereits angedeutet: Es gibt zu viele Akteure in Europa, die das Asylrecht massiv aushöhlen und die rechtsstaatliche Grundsätze nicht anwenden wollen. Leider fehlt uns manchmal auch die Kommission, die als Hüterin der Verträge genau da eingreifen sollte. Da weht uns ein rauer Wind entgegen, und auch deshalb bin ich dankbar für diesen Ini01 und andere, denn sie sind eine klare Unterstützung für alle, die das Asylrecht in Europa ganz konkret verteidigen wollen.

Es gibt natürlich weitere wichtige Punkte: Die Arbeitsmigration, die Situation der Kommunen. Darauf kann ich wegen der Zeit gar nicht weiter eingehen.

Aber ich will einen Punkt an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich hervorheben: Rechtsextremisten und Faschisten stellen sich mit entmenschlichten Begriffen, die allzu oft auch von Mitgliedern mancher demokratischer Parteien übernommen werden, nicht nur gegen geflüchtete Menschen. Sie zeigen an diesem Beispiel, was ihre Strategie ist: Angst erzeugen, Hass sähen, davon ablenken, dass sie keine Lösungen für das Leben der Menschen haben, nicht für geflüchtete Menschen und nicht für alle anderen.

Deshalb ist unsere klare Botschaft: Hass und Hetze spalten und nutzen nur sehr wenigen. Wir wollen gemeinsam unser Europa mit Respekt für die vielen gestalten. Darum geht es beim Asylrecht und weit darüber hinaus, und dafür, Genossinnen und Genossen, lohnt es sich zu kämpfen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Birgit. – Als Nächstes hat Fabian Kors das Wort, danach Susi Möbbeck, und dann folgt Stephan Weil.

Fabian Kors, *Bayern:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Auch wir als Jusos danken für die grundlegend guten Einigungen in diesem Antrag, und das ist ja nicht unbedingt selbstverständlich bei diesem Thema. Dennoch braucht es aus unserer Sicht dringend noch einige Änderungen.

Die EU-Grenzagentur Frontex steht stellvertretend für vieles, was in der EU falsch läuft, angefangen bei der Diskussion, ob nicht lieber Private statt Beamte die Grenzen sichern sollten, bis hin zu nachgewiesener Beteiligung an völkerrechtswidrigen Pushbacks. Frontex produziert seit Jahren vor allem Skandale und liefert Futter für rechte Narrative.

Und ja: Als Reaktion darauf gab es auch einzelne Reformschritte. Dennoch bleibt weiterhin die politische Haltung falsch, aus der heraus Frontex geschaffen wurde. Für uns muss klar sein: Menschenrechtsverstöße, Pushbacks und gewaltsame Übergriffe sind eine eklatante Verletzung des Völkerrechts und müssen konsequent geahndet werden.

(Beifall)

Statt militarisierter Außengrenzen braucht die EU eine wirksame Strategie, um Fluchtursachen zu bekämpfen, außerdem legale Fluchtwege und gute Perspektiven für die Menschen, die zu uns kommen.

(Beifall)

Und ganz im Ernst, liebe Genossinnen und Genossen: Was war da eigentlich los in den letzten Wochen und Monaten? Was wurde da plötzlich sagbar in der Debatte, und zwar eben nicht nur von Rechten, sondern teilweise auch von Stimmen aus unserer eigenen Partei? Gruselig, zum Teil schauerlich. Und dann kommen immer die Stimmen der scheinbar so Besonnenen – übrigens meistens Männer – zum Vorschein, die alle Meinungen im Diskurs für zu extrem halten, sich mehr Maß und Mitte wünschen und nach pragmatischen Lösungen suchen wollen. Aber wenn sogar der Papst sagt, es müssen Einwanderungsmöglichkeiten geschaffen werden, wenn er vor Abschottung warnt und Migration eine Gegebenheit unserer Zeit nennt, ist das dann extrem? Und wenn ein Ruf nach so grundlegender Menschlichkeit eine Randerscheinung ist, wo stehen denn eigentlich alle anderen in dieser Debatte?

Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind die Partei des Internationalismus, die Partei der Solidarität und der Gerechtigkeit. Also scheuen wir uns auch nicht, die Politik der Mauern und Zäune und geschlossenen Tore aus vollem Herzen abzulehnen.

(Beifall)

Wir stehen für eine offene Gesellschaft der offenen Tore, in der sich Menschen frei und selbstbestimmt bewegen können und in der alle ihren Platz finden. Deutschland ist und bleibt ein Einwanderungsland und Europa eine Einwanderungsunion.

(Beifall)

Lasst mich zum Schluss trotz alledem sagen, liebe Genossinnen und Genossen: Natürlich braucht es auch weiterhin Beamte, die an der Grenze selbst oder in ihrer Nähe ihren Dienst tun. Die entsprechende Organisation, die dafür steht, darf aber nicht mehr Frontex sein. Frontex als Symbol und als Struktur ist gescheitert und muss abgeschafft werden. – Freundschaft und herzlichen Dank!

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank. – Als Nächstes hat Susi das Wort, danach Stephan Weil und dann Sarah Mohamed.

Susi Möbbeck, *Sachsen-Anhalt:*

Liebe Genossinnen und Genossen! In der Tat: Wir erleben in den letzten Monaten einen schwer vergifteten Diskurs, in dem vor dem Hintergrund der tatsächlichen Belastungen und zum Teil auch Überlastungen von Kommunen von rechts gegen Geflüchtete gehetzt wird und so getan wird, als würden in Deutschland viele Probleme dann gelöst, wenn wir tatsächlich deutlich weniger Flüchtlinge hier hätten. Ich bin vor dem Hintergrund dieses Diskurses stolz und dankbar, dass unsere SPD gerade mit dem hier vorliegenden Initiativantrag in dieses Horn nicht bläst und sich auf diesen verkürzten und hetzerischen Diskurs nicht einlässt. Darüber bin ich sehr froh und sehr dankbar. Dafür bin ich all denen dankbar, die daran im Vorfeld dieses Parteitags mitgewirkt haben.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, in dem Antrag wird deutlich: Migration ist ein Zukunftsthema. Es ist auch ein Thema, das wir nicht nur auf die Frage der Asylmigration verkürzen können, sondern es geht darum, wie wir unsere ja jetzt schon vielfältige Gesellschaft erfolgreich gestalten, wie wir Integration organisieren, wie wir unser Zusammenleben auch besser organisieren. Es geht darum, wie wir, insbesondere diejenigen, die in ganz besonderer Weise gefordert sind, nämlich die Kommunen, dabei unterstützen, und zwar finanziell und strukturell, und wie wir sie entlasten. All das ist total wichtig.

Wir müssen eben auch darüber reden, wie wir die gefährliche Fluchtmigration reduzieren, wie wir einen europäischen Ansatz dazu finden, vor allem natürlich, wie wir Fluchtursachen reduzieren, aber auch, wie wir legale Fluchtwege schaffen, wie wir Resettlement besser organisieren, Aufnahmeprogramme organisieren, um eben die gefährlichen, die menschenfeindlichen Wege der Fluchtmigration zu reduzieren. Das ist unsere Perspektive als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Wir wollen auch darüber reden, wie wir legale Zuwanderungswege schaffen, die wiederum den Druck auf Fluchtmigration nehmen. Das Beispiel der Westbalkan-Regelung ist hier ein gutes.

Es geht auch darum, wie wir Geflüchteten schnelle und gute Integrationsmöglichkeiten eröffnen – das ist angesprochen worden -, wie wir Arbeitsverbote abschaffen, wie wir dafür sorgen, dass Geflüchtete schnellstmöglich Bildung, Ausbildung, Sprache erlangen und dann eben auf dem Arbeitsmarkt ankommen, und wie wir damit Integration organisieren.

Es geht aber vor allem auch darum, wie wir unser Land so weltoffen und gestalten und so attraktiv machen, dass Menschen zu uns kommen, die wir brauchen, dass viel mehr Menschen zu uns kommen, die wir brauchen, die hier als Fachkräfte und Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, damit Deutschland eine Zukunft hat. Diese Themen gehören zusammen, und das ist in diesem Initiativantrag gut gelöst, wie ich finde.

Genossinnen und Genossen, ich bin dankbar für diesen Ansatz, aber ich wünsche mir, dass wir künftig noch viel stärker auch in der Öffentlichkeit denen entgegentreten, die behaupten, Grenzschließungen und Abschiebungen würden die Probleme in Deutschland lösen. Kein einziger Kita-Platz, kein einziger Lehrer, kein einziges Wartezimmer wird geleert. All das funktioniert nicht nur deshalb, weil wir uns gegen Geflüchtete abschotten.

Genossinnen und Genossen, wir wollen eine sachliche Debatte, und wir wollen diese Debatte vor allem auch öffentlich offensiv führen. Lasst uns das auch gegenseitig versprechen; denn es gibt in der Gesellschaft genügend Menschen, die mit uns gemeinsam verbündet sind in der Zivilgesellschaft, die mit uns gemeinsam diesen Weg gehen wollen. Lassen

wir uns nicht davon Bange machen, dass Union und rechtsextreme Kräfte immer besonders laut an dieser Stelle hetzen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank. – Als Nächster bitte Stephan Weil, danach Sarah Mohamed und dann Sebastian Hartmann.

Stephan Weil, *Hannover:*

Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Mir ist sehr bewusst, dass man zu dem Thema Migration und Zuwanderung einen sehr unterschiedlichen Blickwinkel haben kann. Deswegen kann ich auch manche gut verstehen, die sagen, so richtig glücklich sind sie mit dem Antrag nicht, wie er vorliegt. Das ist bei mir auch der Fall. Aber vielleicht aus anderen Gründen.

Ich vergleiche mal die Situation, in der wir jetzt sind, mit der Situation 2015/2016, und da kann ich verstehen, warum mir bei uns im Land reihenweise Bürgermeisterinnen und Bürgermeister mir erzählen, dass es richtig, richtig schwer ist für sie, dass sie Unterkünfte richtig durchkämpfen müssen und dass sie, wenn das so weitergehe, irgendwann am Ende ihrer Möglichkeiten wären. Das sind Leute, die ich lange kenne, die ich ernst nehme und die auch kein dummes Zeug erzählen.

(Beifall)

Das ist einfach auch Ausdruck dessen, was in den letzten Jahren passiert ist. In den letzten acht Jahren, also seit 2015, haben wir in Deutschland mehr als 2,5 Millionen Menschen aufgenommen. 2,5 Millionen Menschen, das ist eine ziemlich große Zahl. In der gleichen Zeit hat sich etwas auf dem Wohnungsmarkt geändert. Wir hatten 2015 entspannte Wohnungsmärkte. Jetzt haben wir angespannte Wohnungsmärkte. Das ist ganz wichtig für den weiteren Umgang. Und wir sehen sehr deutlich, dass die Aufnahmebereitschaft in unserer Gesellschaft eine andere ist als vor acht Jahren. Wir führen als Land bei uns jetzt gerade einen wirklich hartnäckigen Einsatz für Zwischenunterkünfte. Ein paar Tausend davon brauchen wir. Und ich kann euch sagen: Überall, wo wir mit unseren Plänen aufschlagen, schlägt uns wirklich großer Protest entgegen.

Deswegen müssen wir eine Perspektive ernst nehmen, die, wie ich finde, hier noch nicht ausreichend diskutiert worden ist, nämlich: Ist es nicht so, dass der Aufstieg der AfD in den letzten zwei Jahren damit durchaus in einem Zusammenhang steht? Alle Umfragen, die ich kenne, bejahen das, und zwar nicht deswegen, weil Leute den Eindruck haben, uns interessiert das alles nicht. Die gleichen Umfragen zeigen, die Leute sind nach wie vor bereit, beispielsweise Kriegsflüchtlingen Schutz anzubieten. Aber sie legen Wert darauf, dass Regeln eingehalten werden, und sie legen Wert darauf, dass die Zuwanderung insgesamt unter der Kontrolle unseres Staates ist.

Das ist meines Erachtens der entscheidende Punkt. Wir sagen – und zwar sagen wir es zum Glück inzwischen in Deutschland als Bund und Länder -, wer schutzberechtigt ist, der wird auch in Zukunft in Deutschland Schutz erhalten, liebe Genossinnen, liebe genossen.

(Beifall)

Diese Aussage ist keine Kleinigkeit. Sie betrifft etwa 60 bis 70 Prozent all derjenigen, die zu uns kommen. Aber bei den anderen nach Durchführung von rechtsstaatlichen Verfahren wird festgestellt: Nein, da gibt es tatsächlich kein

Schutzrecht. Das heißt nicht, dass überall dort Abschiebungen stattfinden, wie wir genau wissen. Da gibt es vieles, was dabei immer noch nachzuprüfen ist. Aber was wir nicht aufgeben dürfen, ist der Anspruch, zu sagen, wer in Deutschland kein Schutzrecht hat, wer nach unseren Regeln kein Aufnahmerecht finden soll, der wird auch nicht bei uns bleiben können.

Das, liebe Genossinnen und Genossen, ist wirklich eine Erwartung, die meines Erachtens zu Recht ganz viele Bürgerinnen und Bürger an unseren Staat haben. Wenn ihr euch in Europa umschaut, rings um uns herum, dann können wir sagen, dass wir auf dieser Linie wahrscheinlich die zuwanderungsfreundlichste und auch humanitärste Regelung finden. Aber dass wir in einem europäischen Konzert sein müssen, dass wird ein Land, das sich im Zentrum Europas befindet, niemals aufgeben dürfen. Alle anderen Länder freuen sich derzeit darüber, dass sie von sich behaupten können, sie hätten es in dieser Hinsicht leichter.

Ich gebe zu: An einer Stelle hat es bis jetzt eine entscheidende Lücke gegeben, und diese Lücke war folgende: Wenn ihr euch gegen Zuwanderung engagiert, die nicht unseren Regeln entspricht, wie könnt ihr das vertreten, wenn es keine legale Zuwanderungsmöglichkeit gibt? Diese Frage war völlig berechtigt. Aber, Genossinnen und Genossen, genau das ist es, was wir jetzt als Sozialdemokraten durchsetzen, nämlich eine legale Alternative, eine legale Zuwanderung anhand der Regeln, die wir setzen, und das ist der richtige Weg, um unsere Demokratie zu schützen und unsere Humanität zu bewahren. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Als Nächstes hat Sarah Mohamed das Wort. Danach folgt Sebastian Hartmann folgt und dann Lena Odell.

(Beifall)

Sarah Mohamed, *beratende Delegierte:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Vor über drei Jahren brannte das Lager Moria. Die Insassen hatten das Lager aus Verzweiflung, zugespitzt durch die Angst vor Corona, angezündet. In einem Lager, das ursprünglich für 2.800 Menschen konzipiert war, waren zeitweise 20.000 Menschen interniert. Moria galt als Symbol für das Elend an den EU-Außengrenzen und als Symbol für eine menschenfeindliche Politik der Europäischen Union.

Als wir damals sahen, wie das Lager brannte, wie Menschen, Familien mit Kindern verzweifelt vor den Flammen flohen und auf der anderen Seite griechische Sicherheitsbehörden ihnen den Weg versperrten, damit sie nicht in die Stadt fliehen können, waren wir uns doch als Sozialdemokrat*innen einig: Es muss Schluss sein, Schluss sein mit den Elendslagern und der Gewalt an unseren europäischen Außengrenzen.

(Beifall)

Und jetzt wollen wir uns hinter eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems GEAS stellen, die zu mehr Leid, mehr Lager, mehr Gewalt an unseren Grenzen führt. Verpflichtende Asylverfahren mit beschleunigten Zurückweisungsverfahren an den Außengrenzen, wie es die GEAS-Reform vorsieht, untergraben das individuelle Recht auf Asyl und führen zu Lagern an den Grenzen, wo Geflüchtete ausharren müssen.

Zur Demokratie und Politik gehören Kompromisse, aber es muss dabei auch immer rote Linien geben. Das ist ein Kompromiss, den wir als Sozialdemokrat*innen nicht schließen können.

(Beifall)

Ein Kompromiss, der so viel Leid für Schutzsuchende bringt, der Menschenrechte verletzt und der weiter die Festung Europas manifestiert, dem können wir nicht zustimmen, liebe Genoss*innen.

(Beifall)

Der Antrag sagt ja selbst, dass Kinder und andere vulnerable Gruppen diese Grenzverfahren nicht durchlaufen sollen, weil wir eben wissen, dass es grausam und unmenschlich ist. Aber deswegen dürfen wir sie auch nicht anderen Schutzsuchenden zumuten; denn es sind Schutzsuchende und keine Verbrecher.

(Beifall)

Ich will ehrlich sagen: Wie leichtfertig Sozialdemokrat*innen teilweise eine Schärfe gegenüber Schutzsuchenden, gegenüber Migrant*innen und Menschen mit Migrationsgeschichte an den Tag legen, das schockiert mich, und das verletzt mich. Wenn man darüber spricht, dass man Menschen im großen Stil abschieben will, dann will ich dazu sagen: Menschen, die man im großen Stil abschieben will, oder die so aussehen wie Menschen, die man im großen Stil abschieben will, das sind Menschen, die Teil dieser Gesellschaft sind, und die sind auch Teil dieser Partei.

(Beifall)

Wir sind Menschen. Wir sind Individuen mit unterschiedlichen Wünschen und Vorstellungen, und wir sind nicht nur dazu da, den Wohlstand dieses Landes zu generieren und zur Befriedigung die Nationalhymne zu trällern. Wir engagieren uns hier im Ortsverein, machen Wahlkampf. Auch wir brennen für die Sozialdemokratie und geben so viel für diese Partei.

(Beifall)

Liebe Genoss*innen, ich bitte euch, bei den Änderungsanträgen gegen das Votum der Antragskommission zu stimmen, damit wir uns gegen GEAS positionieren. Lasst uns heute schon ein starkes Zeichen in Richtung Europa senden. Lasst uns deutlich machen, für was für ein Europa wir stehen: Für ein offenes Europa, für ein Europa der Solidarität. Es darf keine leere Phrase sein. Lasst es uns mit Leben füllen. Hoch die internationale Solidarität!

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Sarah. – Dann bitte jetzt Sebastian Hartmann.

Sebastian Hartmann, *Nordrhein-Westfalen:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich glaube, dass diese Debatte unserer Partei gut zu Gesicht steht. Ich glaube, dass wir stolz darauf sein können, wie wir um die beste Lösung ringen.

Aber zur Wahrheit gehört auch, Genossinnen und Genossen, wenn wir daran denken, wo wir uns als Sozialdemokratie schon positioniert haben: Wir waren in diesem Land schon mal weiter. Wir waren weiter in einer öffentlichen Zustimmung zu unserer Politik, zu Lösungen, die wir gefunden haben, und auch das, was Rechte in Umfragen haben, zeigt uns, wir sind dabei, einen Rückschritt zu erleben.

Deswegen sage ich, dass diese Debatte nicht im luftleeren Raum stattfindet, sondern wir müssen um neue Mehrheiten für das ringen, was wir politisch wollen. Ich bin als Nordrhein-Westfale stolz darauf, dass es ein Ministerpräsident Johannes Rau war, der als Bundespräsident einmal eine sehr grundlegende Rede gehalten hat, schon vor über 23 Jahren, als er von einer Einwanderungsgesellschaft ohne Angst und Träumereien sprach. Das ist, glaube ich, eine sehr gute Linie, wenn wir über Humanität und Ordnung sprechen, liebe Genossinnen und Genossen.

(vereinzelt Beifall)

Ich werbe dafür, diesen Initiativantrag so zu beschließen und auch das Votum der Antragskommission zu achten. Ja, Genossinnen und Genossen, wir sind aufeinander zugegangen, aber ich glaube, das ist kein schlechter Kompromiss, denn wir organisieren hier etwas, was beides zusammengehört. Wir müssen die Realität anerkennen, dass wir vor einer sehr großen Herausforderung stehen, und die hat nicht in diesem Jahr begonnen. Wenn wir 2015/2016 betrachten – ein Ukraine-Krieg und dann darüber hinaus noch Zahlen von 360.000 bis 400.000 Menschen, die allein in diesem Jahr Asyl beantragt haben -, dann wissen wir, dass es Kommunen sind, die diese Last stemmen müssen, die es aber gemeinsam auch wollen. Wir müssen sie in die Lage versetzen, es auch zu können. Darum ist es richtig, dass alle Kommunen von Bund und Ländern von den Kosten freigestellt werden, damit diese Aufgaben erfüllt werden, Genossinnen und Genossen.

(vereinzelt Beifall)

Aber Geld allein löst es nicht. Geld allein wird es nicht lösen. Diejenigen im Raum, die sagen, man muss nur mehr Geld geben, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein Asylsystem auch zwischen schutzberechtigt und nicht schutzberechtigt entscheidet, Genossinnen und Genossen.

Hier müssen wir uns nicht verstecken. Wir haben gute Ergebnisse erzielt. Deswegen will ich in aller Klarheit sagen: Die Alternative zu GEAS ist viel schlechter, nämlich keine Einigung auf europäischer Ebene, und das können wir nicht hinnehmen, nachdem das Dublin-System 2015/2016 gescheitert ist. Ich bin stolz auf eine Bundesregierung, die es geschafft hat, endlich auch die Regierungen zu Solidarität in Europa zu bringen. Alle haben Menschen aufzunehmen, und dann sind 2 Millionen Geflüchtete bei 448 Millionen Europäerinnen und Europäern nicht zu viel, sondern jedes Jahr machbar, Genossinnen und Genossen.

(vereinzelt Beifall)

Lasst uns uns nicht verstecken. Wir haben ein Chancenaufenthaltsrecht geschaffen. Wir werden jetzt ein Staatsangehörigkeitsrecht auf den Weg bringen, eine Fachkräfteeinwanderung, eine Arbeitskräftemigration. Wir geben Milliarden für Integrations- und Sprachkurse aus. Dennoch müssen wir es schaffen, denjenigen, die in Zweifel sind, klarzumachen: In diesem System wird es auch Menschen geben, die am Ende nicht schutzberechtigt sind. Für die haben wir legale Fluchtwege geschaffen. Wir haben nicht Fluchtwege für Arbeitskräfte und Fachkräfte geschaffen, sondern wir haben Fachkräfte und Arbeitskräftemigration ermöglicht, Genossinnen und Genossen, damit niemand sich auf diesen gefährlichen Weg machen muss. Das gehört zur Humanität und Ordnung auch dazu, Genossinnen und Genossen.

Eine Sache kann ich in Europa überhaupt nicht nachvollziehen, und zwar, dass in diesen Tagen – das steht auch in unserem Änderungsantrag drin – Milliarden für Ungarn freigegeben werden. Ich finde die Idee, die in diesem Antrag

drinsteht, gut, nämlich einen europäischen Fonds zu schaffen. Jeder Staat in Europa, der Geflüchtete aufnimmt, muss europäisch finanziert werden, und diejenigen, die nicht aufnehmen, müssen dafür bezahlen. Aber keine Milliarden für Orbán, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:* Sebastian!

Sebastian Hartmann, *Nordrhein-Westfalen:*

Deshalb werbe ich sehr dafür, diese Realität ohne Angst und Träumereien anzuerkennen und den Änderungsantrag anzunehmen. Es ist ein guter Kompromiss, und der steht uns gut zu Gesicht. – Glück auf!

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Als Nächstes hat Lena Odell das Wort, danach Maik Luhmann. Dann folgt Irena Rudolph-Kokot. Ich versuche immer noch, dezent auf die Redezeit hinzuweisen. Liebe Lena, damit es fair bleibt: Bei dir machen wir noch die 3 Minuten, aber danach müssen wir, glaube ich, langsam auf die 2 Minuten zusteuern; denn wir landen nicht immer bei den 3, sondern bei 4 Minuten. Für dich bleiben jetzt erst mal noch die 3 Minuten.

Lena Odell, *Bayern:*

Liebe Genossinnen und Genossen! In München haben wir mittlerweile über 40 Prozent Menschen mit einer Migrationsgeschichte, und ich sage euch ehrlich: Wenn wir die Forderung von Kubicki einhalten sollten, die Kevin gerade zitiert hat, dann könnten wir München zusperren. Wir sind ein Einwanderungsland. München ist eine Einwanderungsstadt, eine bunte Stadt. Wir leben genau davon, dass wir so bunt sind und dass wir Menschen von überall her haben, dass wir auch Menschen haben, die zu uns kommen und die Jobs machen, die dringend gemacht werden müssen.

Ich glaube, die einzige Aufgabe, die sich uns doch wirklich stellt, über die wir heute diskutieren und zu der auch ganz viel richtig Gutes in diesem Initiativantrag steht, ist, die Einwanderung menschlich zu machen. Menschlichkeit für die Menschen, die zu uns kommen, egal, aus welchem Grund sie zu uns kommen.

Deswegen möchte ich euch zwei Änderungsanträge vorschlagen und würde mich sehr über eure Unterstützung freuen.

Erstens. Ich bin ein selbsternannter Sprach-Nerd und weiß, dass Sprache einfach ganz viel ausmacht, dass Formulierungen ganz viel ausmachen. Wir haben in dem Satz, wo es um besonders schutzwürdige Personen geht, den Satz, dass diese Programme dazu führen, dass wir genau wissen, wer kommt. Dieser Satz ist, glaube ich, an der Stelle gar nicht so gemeint, wie er rüberkommt, aber ich würde euch bitten, dass wir diesen Satz einfach streichen, damit er nicht falsch zitiert werden kann. Das wäre also die Streichung des Satzes „führen dazu, dass wir genau wissen, wer kommt“ und dann noch das „sie“; denn dann ergibt es im Zusammenhang wieder Sinn. Wir reden hier von Schutzwürdigkeit von Menschen und von nichts anderem.

Beim zweiten Änderungsantrag, den ich euch vorschlage, da geht es um das Thema Arbeitsmarkt und Deutschkurse. Da würde ich gerne noch das Thema Wohnen ergänzen. Wir haben kommunal – das ist angesprochen worden – massive

Probleme, auch wir in München. Ich bin dort kommunalpolitisch aktiv. Wir haben ganz große Themen, wenn es darum geht, wie lange Menschen in Erstaufnahmeeinrichtungen sind und wo sie denn dann hinsollen. Aber natürlich haben wir auch das Problem der überfüllten Einrichtungen. Wir haben aber immer wieder Fälle, wo Menschen privat unterkommen könnten, es aber nicht dürfen. Daher die Bitte, dass wir den Änderungsantrag annehmen. Die Ergänzung wäre:

„Der dritte Baustein zur früheren und besseren Integration ist selbständiges, selbstbestimmtes Leben und Wohnen. Wir wollen daher, dass die Menschen baldmöglichst aus Erstaufnahmeeinrichtungen ausziehen dürfen. Insbesondere“

- und das ist der wichtige Teil -

„wer anderweitig privat unterkommen kann, darf nicht weiter in einer Unterkunft wohnen müssen.“

Es gibt dann noch eine entsprechende Änderung in der Überschrift.

Ich bitte euch um Unterstützung. – Ganz herzlichen Dank und Freundschaft!

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Lena. – Dann folgt jetzt. Mike Luhmann und danach Irena Rudolph-Kokot. Mike, schaffen wir das in 2 Minuten?

Mike Luhmann, *Nordrhein-Westfalen:*

Ja sicher.

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Auf geht‘s.

Mike Luhmann, *Nordrhein-Westfalen:*

Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Ich bin als Unterbezirksvorsitzender eines Unterbezirks aus dem Ruhrgebiet sehr dankbar, dass der Parteivorstand diesen Antrag initiiert und auf den Weg gebracht hat. Warum? Erstens, weil wir Sprachfähigkeit herstellen, und das ist in dieser Situation als Sozialdemokratie unglaublich wichtig.

(Beifall)

Zweitens. Dieser Antrag ist der beste Beleg für eine sozialdemokratische Herangehensweise, wie wir das heute diskutieren und wie wir das im Vorfeld diskutiert haben. Dafür auch noch mal vielen Dank. Denn es macht doch gerade Politik und Demokratie aus, dass wir darüber sprechen: Welche unterschiedlichen Interessen gibt es? Welche unterschiedlichen Wünsche gibt es? Dass dann am Ende zu einem guten Ergebnis, zu einem guten Kompromiss für die Menschen zu führen, das ist unsere Aufgabe als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

(Beifall)

Ich denke, das ist gelungen, weil dieser Antrag inhaltlich wirklich gut ist. Es werden Dinge klargestellt, nämlich: Deutschland ist ein Einwanderungsland, und das ist gut. Wir stehen ohne Wenn und Aber zum Grundrecht auf Asyl. Auch das ist gut und richtig. Unsere Migrationspolitik baut auf dem Grundsatz der Humanität auf. Wir stehen für eine moderne Einwanderungspolitik auf deutscher und europäischer Ebene, und dazu hat Sebastian Hartmann alles Richtige gesagt. Aber ich bin als Kommunalpolitiker dankbar, dass wir auch anerkennen, dass mancherorts Belastungsgrenzen erreicht werden, denn Kommunen sind an ganz vielen Stellen am Limit. Das zu erkennen, ist gut und richtig, denn – das wissen wir doch auch mittlerweile alle – wenn Strukturen und Kapazitäten an Belastungsgrenzen gelangen, dann kann das, was wir wollen, nämlich die Integration, doch nur ganz schwer gelingen.

(vereinzelt Beifall)

Integration passiert vor Ort in den Städten, in den Gemeinden, in den Nachbarschaften, und deswegen ist es richtig, dass wir als Sozialdemokratie dafür einstehen, dass Kommunen finanziell und in ihren Strukturen gestärkt werden. Das sage ich dann auch als Nordrhein-Westfalen: Dieser Antrag macht deutlich, wo der qualitative Unterschied zwischen einem zukunftsgerichteten politischen Antrag der Sozialdemokratie und dem, was beispielsweise an Chaos diese wüste Landesregierung in Nordrhein-Westfalen anrichtet liegt.

Deswegen möchte ich, liebe Genossinnen und Genossen, dafür werben, diesen Antrag in der Fassung der Antragskommission anzunehmen. – Ich bedanke mich für eure Aufmerksamkeit. Glück auf!

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Irena Rudolph-Kokot hat als Nächste das Wort. Ihr folgt Hakan Demir, und dann kommt Serpil

Irena Rudolph-Kokot, *Sachsen:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Wann wenn nicht jetzt ist die Zeit, sich für Humanität und die Zukunft unseres Landes als Einwanderungsland einzusetzen? Wer wenn nicht wir als Sozialdemokrat*innen müssen dies tun? In einer Zeit des Wettbewerbs der Abschieberhetoriken müssen wir Sozialdemokrat*innen uns klar, zukunftsorientiert und im Sinne der Wahrung der Menschenwürde und der Menschenrechte positionieren.

Ich komme aus Sachsen und trete im nächsten Jahr für die sächsische Landtagswahl an. Ich wünsche mir von meiner Partei eine klare Linie, und zwar ohne Abschiebe- und Abschottungsrhetoriken. Das würde mir den Rücken stärken.

Deswegen ist der Initiativantrag aus meiner Sicht und aus Sicht der AG Migration und Vielfalt, für die ich heute spreche, ein sehr wichtiger und richtiger Schritt. Wir begrüßen viele Punkte des Antrags und danken Kevin für die Initiative.

Ein für uns wichtiger Punkt ist, dass der Antrag klarstellt, dass eine Gängelung mit Geldkarten, Kürzungen bei Leistungen oder mehr Sachleistungen kein sozialdemokratischer Weg sein kann, auch wenn wir uns hier noch eine klarere Formulierung gewünscht hätten, denn das Bundesverfassungsgericht hat unumstößliche Vorgaben gemacht. Deswegen bitten wir, den Änderungsantrag aus Berlin, der das Ansinnen aufgreift, zu unterstützen.

Das schon eingeführte Chancenaufenthaltsrecht und den Spurwechsel betrachten wir nur als einen ersten Schritt in die notwendige Richtung; denn es ist absolut unverständlich, warum Menschen, die hier durch Ausbildung und Arbeit

eine neue Heimat gefunden haben, weggeschickt oder in Kettenduldungen gehalten werden sollen, egal, wann sie zu uns gekommen sind. Hier sind wir mit dem Antrag noch nicht zufrieden und wollten eigentlich zwei Änderungsanträge stellen. Zum einen, dass wir für die dauerhafte Lösung zum Spurwechsel eintreten. Hier gibt es dankenswerterweise einen Kompromiss. Zum Zweiten- daran halten wir aber fest – schlagen wir euch vor, den Satz aufzunehmen, dass unser Ziel ist, dass Chancenaufenthaltsrecht zu entfristen und zu einer stichtagsunabhängigen Regelung weiterzuentwickeln, damit es nicht immer wieder zu Stichtagsregelungen kommt, die notwendig werden, weil wir schon wieder einen Berg von Kettenduldungen aufgebaut haben. Wir wollen doch Bürokratie abbauen, und das ist ein Riesenbürokratiewust. Die Ausländerbehörden sind so schon überlastet.

Wir sind uns sicher, dass dies auch ein Integrationsmotor sein kann, denn die Betroffenen bekommen dadurch endlich Sicherheit. Außerdem stellt es die Möglichkeit dar – ganz abgesehen von der humanitären Betrachtung, die wir selbstredend in den Vordergrund stellen , auch einen Schritt zur Überwindung des Arbeitskräftemangels zu gehen. Es ist aus unserer Sicht ein wesentlich geringerer Aufwand, Menschen, die schon im Land sind und oft schon unsere Sprache sprechen bzw. verstehen, zu qualifizieren, als bei zweifelhaften Aussichten Menschen ins Land zu holen. Es ist eigentlich auch eine ganz pragmatische Lösung, und wir verstehen nicht, warum das immer wieder auf Widerstände stößt. Gebt den Menschen also Sicherheit. Holt sie aus diesen Kettenduldungen heraus und stimmt bitte unseren Änderungsanträgen zu. – Danke.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Danke, Irena. – Als Nächstes hat Hakan das Wort, dann Serpil und David. – Wir müssen immer noch ein bisschen an der Zeit arbeiten.

Hakan Demir, *beratender Delegierter:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Auch von meiner Seite vielen Dank an Kevin und an die vielen, die mit an diesem Antrag geschrieben haben. Dieser Antrag ist gut geworden. Wenn wir uns die Debatten in den letzten sechs, sieben, acht Monaten angehört haben, dann können wir heute feststellen, dass wir wieder den sozialdemokratischen Ton getroffen haben und dass das eine Botschaft ist, die auch heute nach draußen geht. Das ist gut so.

(Beifall)

Wir haben es allerdings in den letzten acht Monaten oder noch weiter zurück nicht geschafft. Wir haben ein Thema im Bereich Migration immer wieder auf die Agenda gesetzt oder auf die Agenda setzen lassen. Es ging die ganze Zeit um Rückführungen, und am Ende – das muss ich hier auch ganz offen sagen, um das einzuordnen sind 50.000 Menschen heute tatsächlich ausreisepflichtig. Dass es weniger als 0,1 Prozent. Aber wir haben in den letzten Monaten nur über dieses Thema gesprochen, und all die anderen Themen, die wir gestern und heute stark diskutiert haben, haben wir bisschen vernachlässigt. Wir müssen also in den nächsten Monaten, Wochen und Jahren auch diese Themen weiterhin behandeln.

Wir haben jetzt in der Fraktion bei den Berichterstattergesprächen zwei Gesetze vor uns. Zum einen geht es um das Rückführungsverbesserungsgesetz. Da muss es klar sein – das ist im Antrag benannt -, dass die Abschiebungshaft natürlich Ultima Ratio sein muss und dass Kinder da nicht reinkommen. Das ist auch ein ganz wichtiger Punkt.

Der zweite Punkt betrifft das Staatsangehörigkeitsgesetz. Das sage ich hier ganz offen und das auch ein ganz sozial-

demokratischer Punkt. Wir können nicht der Mutter sagen, die ihr Kind pflegt: „Du kannst nicht eingebürgert werden, weil du keine Lebensunterhaltssicherung leisten kannst."

(Beifall)

Wir können nicht der Person, die alleinerziehend ist, die 32 Stunden arbeitet und aufstocken muss, sagen: „Du kannst nicht eingebürgert werden." Das ist auch keine gute Sache. Und wir können auch den vielen Menschen, die eine Behinderung haben, deshalb nicht in Vollzeit arbeiten können und deshalb nicht den Lebensunterhalt sichern können, nicht sagen: „Ihr könnt nicht eingebürgert werden." Die Sozialdemokratie wird sich für diese Menschen einsetzen, und das ist auch eine Botschaft, die hier heute rausgeht. – Danke schön.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Hakan. – Als nächste Rednerin hat Serpil das Wort. Dann folgen David Kolesnyk und schließlich Katja Glybowskaja.

Serpil Midyatli, *stellvertretende Parteivorsitzende:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich will mich auch zunächst einmal bei Kevin für die Einbindung bedanken. Ich muss aber auch sagen: Warum nicht gleich so, lieber Kevin? Dann hätten wir uns wahrscheinlich andere Debatten gespart. Dennoch möchte ich mich aber noch mal bei Kevin bedanken, denn, liebe Genossinnen und Genossen, wir haben ein Problem. Es kann nicht sein, dass wir diejenigen, die an dem Änderungsantrag oder an dem Ini-Antrag sehr – wie soll ich sagen? – eindrucksvoll gearbeitet haben und da wirklich Herzblut und Kraft reingesteckt haben, weil wir auch über die Vielfalt und die Diversität dieses Landes miteinander dann auch einig sind, was unsere Themen sind, was uns bewegt und wir POCs alle über das Thema „Wir sind ein Teil dieser Gesellschaft" reden, und bis auf Kevin die anderen – ihr, die Mehrheitsgesellschaft – nur über Geflüchtete gesprochen haben.

(Beifall)

Das geht so nicht, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist genau das, was uns die ganze Zeit über stört. Lieber Stephan Weil, wenn ich durch diese Tür hinausgehe, dann steht hier nicht „stellvertretende Parteivorsitzende"; denn wenn immer nur über Geflüchtete geredet wird, dann werde ich draußen genauso behandelt wie alle anderen auch, und das ist das Problem, lieber Stephan Weil.

(Beifall)

Lieber Stephan Weil, wenn wir jetzt eine angespannte Wohnungslage haben, dann müssen wir mehr Wohnungen bauen.

(Beifall)

Nicht nur für die Geflüchteten, sondern auch für all die Facharbeiterinnen und Facharbeiter, denn genau das ist doch auch unsere Antwort auf die sozialen Fragen. Wenn jemand sagt: „Mein Kühlschrank ist leer. Was sollen meine Kinder essen?", dann kann ich nicht sagen, die müssen weniger essen, sondern dann muss ich als Sozialdemokratin dafür sorgen, dass der Kühlschrank voll ist, lieber Stephan Weil.

(Beifall)

Denn genau darum geht es.

Liebe Genossinnen und Genossen, bitte, bitte, bitte lasst uns nicht – - Das ist das, was ich mit diesem Überbietungswettbewerb und mit dieser Härte und Schärfe der Sprache gemeint habe. Wenn wir uns jetzt auch noch Gedanken darüber machen, ob die Geflüchteten, die Menschen mit Migrationsgeschichte sozusagen das Problem sind, dass die Zahlen von der AfD weiter steigen, dann müsste es doch in den Ländern, wo kaum Geflüchtete aufgenommen worden sind, in denen europäischen Ländern, überhaupt gar keine Rechte geben, liebe Genossinnen und Genossen. Das stimmt doch nicht, wenn wir diese Vergleiche miteinander machen.

(Beifall)

Eines möchte ich noch einmal sagen. Es ist ein Kompromiss – das wurde ja mehrfach gesagt -, und ich möchte euch ausdrücklich bitten, diesem Antrag auch mit den Voten der Antragskommission zuzustimmen. Ich habe auch einen Schmerzpunkt, und das sind die Grenzverfahren. Das ist mein persönlicher Schmerzpunkt. Ich habe viel mit Katarina Barley gesprochen, ich habe mit Birgit Sippel gesprochen. Es ist im Grunde genommen das, was wir jetzt in der Ausgestaltung danach auch machen. Ich vertraue auf Birgit Sippel, ich vertraue auf Katarina Barley, dass das herauskommt, was wir uns vorstellen und wünschen, denn es ist ja noch nicht fertig. Darum bitte ich euch auch, liebe Genossinnen und Genossen. Es war ein schwerer Weg, aber es ist der richtige Weg. Wir stehen für eine humane Geflüchtetenpolitik, und ich bin stolz, ein Teil dieser Sozialdemokratischen Partei zu sein. – Danke schön, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Vielen Dank. – Jetzt hat David das Wort und danach dann Katja Glybowskaja.

David Kolesnyk, *Brandenburg:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Die Debatte wird ja sehr unterschiedlich geführt. Ich glaube aber, es ist uns allen vor Ort klar, dass wir es immer sachlich machen müssen und dass es natürlich Blödsinn ist, wenn auf der einen Seite erzählt wird, es gibt keine Kita und Schulplätze wegen der Flüchtlinge, und im nächsten Satz kommt dann, das seien alles alleinreisende Männer. Das ist ganz klar: Da muss jedem gesagt werden, was Sache ist und was nicht.

Das heißt aber auch – das macht der Antrag, glaube ich, sehr gut -, dass man die Dinge eben sachlich zusammenführen muss und dass wir am Ende einen Kompromiss finden, den wir alle gemeinsam mittragen können, mit dem wir in Brandenburg auch nächstes Jahr in eine Landtagswahl gehen können und mit dem andere Leute an einer anderen Stelle auch mit den ganzen Initiativen usw. arbeiten können und die Sachen gut umsetzen können. Denn das ist am Ende das Entscheidende, was für Akzeptanz sorgt: Wenn die Dinge funktionieren, wenn sie geregelt sind und wenn die Regeln auch eingehalten werden. Denn was die Leute vor Ort ja verrückt macht, ist doch, wenn das Gefühl entsteht, dass da keine Kontrolle mehr ist, wenn das Gefühl entsteht, man weiß nicht, was als Nächstes kommt, wenn der Bürgermeister, die Landrätin – wer auch immer – da ist und sagt, sie kommt damit nicht mehr klar. Dann verstehe ich auch, dass die Bürgerinnen und Bürger denken, das funktioniert so nicht. Deswegen ist es gut, dass sich Bund und Länder verständigt haben, wie man die Kommunen unterstützen kann, damit sie die Zeit haben, die Dinge vernünftig umzusetzen.

Wir wollen keine 500-Leute-Massenunterkünfte in der Turnhalle. Wir wollen eine vernünftige Unterbringung. Aber dafür ist Zeit nötig, dafür ist Regelung nötig. Es ist jetzt nun einmal eine Zeitlang so gewesen, dass zum Teil 80 Prozent der

Leute, die in Deutschland ankamen, obwohl sie schon Länder der Europäischen Union durchquert haben, nirgendwo registriert waren. Das heißt nämlich, dass die Schlepper machen können, was sie wollen, dass sie Milliarden verdienen und dass eben nicht ausreichend dagegen vorgegangen wurde. Gegen dieses menschenverachtende Gewerbe müssen wir vorgehen, denn das müssen wir bekämpfen, genauso wie Fluchtursachen, und eben nicht die Menschen.

(Beifall)

Uns ist es ganz besonders wichtig – das ganz kurz als letzter Punkt -, dass sich das Thema Arbeit in der weiteren Entwicklung des Antrags noch deutlich prominenter wiedergefunden hat. Denn das ist der entscheidende Punkt, der für Akzeptanz sorgt, wenn die Leute die Möglichkeit haben und wenn sie es natürlich auch können – es ist klar, dass das nicht bei allen ab dem ersten Tag oder nach einem halben Jahr geht , dass sie es auch machen dürfen. Das sorgt für Akzeptanz. Es hat keiner etwas dagegen, wenn da jemand ist und selbst Geld verdient, wenn die Leute in den Spurwechsel gehen, wenn sie sich hier ihre Zukunft erarbeiten. Das ist das Versprechen, das wir allen geben müssen. Das ist auch im Antrag drin.

Lasst uns den Antrag wie von der Antragskommission vorgeschlagen beschließen. Das ist, glaube ich sehr, sehr gut und wichtig für uns alle.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, David. – Jetzt hat Katja das Wort. Dann kommen Fabian Fischer und Dana Patricia Seelig.

Katja Glybowskaja, *Thüringen:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Deutschland ist ein Einwanderungsland. Dieser Satz im Initiativantrag trägt eine wirklich wichtige Botschaft, eine Botschaft für Menschen mit Einwanderungsgeschichte und für alle Menschen in Deutschland. Über 25 Prozent der Menschen in unserem Land haben eine Einwanderungsgeschichte. Diese Vielfalt ist ein Schatz, ein Schatz für unser Land, denn diese Vielfalt bedeutet Stärke. Diese Stärke kann sich dann entfalten, wenn wir allen Menschen umfassende Teilhabe in unserer Gesellschaft ermöglichen. Wichtige Schlüssel dafür sind Spracherwerb, Bildung und der Zugang zur Arbeit.

Und machen wir uns einmal eines klagen: Wir brauchen Zuwanderung. Ich komme aus Thüringen. Ich arbeite bei der Arbeiterwohlfahrt und kann euch mal eines sagen: Ohne die Unterstützung unserer Kolleginnen und Kollegen mit Zuwanderungsgeschichte könnten wir die Arbeit schon längst nicht mehr aufrechterhalten.

(Beifall)

Wir müssten Wohnbereiche in Pflegeheim schließen, und wir müssten die Öffnungszeiten von Kindergärten einschränken.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Integration von Menschen mit Einwanderungsgeschichte ist nachgewiesen erfolgreich. Migration steigert unseren Wohlstand, Migration sichert unsere Rente, und Migration macht uns zukunftsstark. Und eines müssen wir einmal deutlich machen: Migrationspolitik steht natürlich vor großen Herausforderungen. Wir haben es gehört. Aber ganz ehrlich: Die Debatten der letzten Wochen und Monate auch in unseren Reihen beschäfti-

gen mich sehr, und ganz ehrlich: Sie erschüttern mich. Solche Debatten machen Diskriminierung und Ressentiments mehrheitsfähig. Wie oft müssen wir es denn noch deutlich machen? Statt Flüchtlinge zu kriminalisieren, müssen wir Fluchtursachen bekämpfen.

Liebe Genossinnen und Genossen, es sind doch gerade wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die die Erfolgsgeschichten unserer Einwanderungsrealität erzählen können. Lasst uns die Geschichten unserer Genossinnen und Genossen erzählen. Lasst uns die Geschichten von Oleg erzählen, von Emöke, von Jevon, von Anna Maria, von Paulina, von Hibba, von Anab. Alle sind hier in diesem Raum, und alle stehen für die vielen Geschichten, die es zu erzählen gibt, unserer Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen auch die Strukturen sichern, die Integration fördern, und alle unterstützen, die sich für ein weltoffenes Deutschland einsetzen. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, wir haben es heute schon mehrfach gehört: Der fehlende Haushalt und die drohenden Kürzungen auch im Migrationsbereich sind ein Riesenproblem. Hier müssen wir ganz klar die Bundesfamilienministerin Paus und den Finanzminister Lindner in die Pflicht nehmen. Betroffen sind 2.000 Einrichtungen, Migrationsberatungsstellen, Jugendmigrationsdienste und Asylverfahrensberatungen, 700.000 beratende Menschen, 400.000 Jobs. Ich habe eine Kollegin, die im Landkreis Sonneberg arbeitet. An der Spitze der Verwaltung dort sitzt ein AfD-Mann. Ich weiß nicht, ob ihr euch vorstellen könnt, wie es ihr jeden Tag in dieser Migrationsberatungsstelle geht. Sie weiß heute, am 9. Dezember, nicht, wie es mit ihrem Job am 01.01.2024 weitergeht. Leute, das geht so nicht! Das müssen wir ändern. Darüber müssen wir reden, und dafür müssen wir uns einsetzen.

(Beifall)

Ich möchte nach Hause fahren und dieser Kollegin sagen, die SPD setzt sich dafür ein, dass wir ein Einwanderungsland nicht nur in Überschriften sind, sondern dass wir es gestalten, dass wir die Voraussetzungen dafür schaffen und auch die Finanzierungsgrundlage für sichere Jobs im Migrationsbereich schaffen. – Danke.

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Danke, Katja. – Dann jetzt als Nächster Fabian, danach Patricia und dann Birhat Kacar.

Fabian Fischer, *Berlin:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Auch ich möchte am Anfang Kevin und allen Beteiligten für diesen guten Kompromiss danken. Das waren sicher schwierige Beratungen. Ich möchte aber gleichzeitig auf einen Aspekt eingehen, der mir in diesem Antrag noch fehlt. Es tut mir jetzt fast ein bisschen Leid. Ich unterstütze jedes Wort und unterschreibe jedes Wort von Serpils Rede, möchte hier aber trotzdem noch mal auf das Thema Geflüchtete eingehen, und zwar auf das Thema Gesundheitsversorgung von Geflüchteten, das mir in diesem Antrag komplett fehlt.

Was ist in den letzten Wochen und Monaten passiert, was mir wirklich wehgetan hat und was mich wirklich geschmerzt hat? Der Parteivorsitzende der größten Oppositionspartei – der Name ist hier auf dem Parteitag schon oft gefallen -, Friedrich Merz, hat sich in eine Talkshow gesetzt und hat gesagt, wir haben ein Problem mit Geflüchteten, weil die in den Zahnarztzimmern in Deutschland sitzen und den Deutschen die Arzttermine wegnehmen. Die Reaktion darauf in seltener Einmütigkeit von Ärzten, Zahnärzten, Krankenkassen war: Bullshit, stimmt nicht! Wir haben kein Problem damit!

Und was ist wiederum wenige Wochen danach passiert? Bundesregierung und Länder haben sich darauf geeinigt oder darüber verständigt, die Gesundheitsversorgung von Geflüchteten einzuschränken, das Asylbewerberleistungsgesetz einzuschränken, ganz konkret die Wartezeit im Asylbewerberleistungsgesetz von 18 auf 36 Monate zu verlängern. Ich finde das falsch. Das setzt das falsche Signal.

(Beifall)

Es setzt das Signal, dass hier ein Mensch einer demokratischen Partei rassistischen Bullshit erzählen kann, was überhaupt kein Fundament hat, und dass dann die Bundesregierung und die Länder darauf eingehen. Ich bin auch bei Stephan Weil und bei Georg Maier, die sagen: Wir müssen auf unsere Kommunen achten. Wir können die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister nicht überfordern. – Ja, diese Änderung wird nichts dazu beitragen, dass Kommunen überfordert sind, null. Da kommt auch nicht mehr Geld rein. Wir werden auch nicht mehr einsparen. Es ist einfach nur eine falsche Reaktion, um irgendwie auf das Gefühl der Menschen, dass hier irgendwas falschläuft im Land darauf, einzugehen. Ich glaube, dass das falsch ist.

Daher bitte ich darum, dass der Änderungsantrag aus Berlin unterstützt wird, wo wir sagen, wir wollen eine bessere, eine gute Gesundheitsversorgung für Geflüchtete. Auch das ist ein Zeichen von Humanität, auch das ist ein Zeichen von Menschenwürde. – Vielen Dank.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Danke, Fabian. – Jetzt Patricia Seelig, danach Birhat. Die Nächste ist dann Katrin Hechler.

Patricia Seelig, *Rheinland-Pfalz:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich weiß, es ist spät. Ich verspreche, ich halte mich an die Zeit.

Stellen wir uns einmal eine Sache vor: Stellt euch vor, euer Kind oder eine andere euch sehr nahestehende Person kommt zu euch und sagt: „Sommerurlaub diesmal im Irak." Einmal davon abgesehen, dass wir vermutlich alle die gleiche Antwort darauf hätten, was würde denn passieren, wenn es so weit ist? Wir würden umkommen vor Sorge, auf Nachrichten warten und hätten zu Recht viele schlaflose Nächte.

Es gibt Menschen in diesem Land, die täglich mit dieser Angst leben, denn ethnische Minderheiten wie Jesid*innen, an denen im Irak ein Völkermord begangen wurde, religiöse Minderheiten und unter anderem Frauen fürchten bei einer Abschiebung in den Irak Gewalt, Folter und sogar den Tod. Und warum kommen für uns Abschiebungen in den in den Irak überhaupt infrage? Weil wir ein Problem haben: Unsere Kommunen sind überlastet. Wir alle wollen unsere Kommunen entlasten. Ich sage das eben auch als Kommunalpolitikerin.

Aber lasst uns mal einen Blick auf die Zahlen werfen. Wir hatten laut einer Antwort auf eine Anfrage im Bundestag mit Stand August 76 Iraker*innen zu diesem Zeitpunkt abgeschoben. Hochgerechnet auf das Jahr kommen wir da auf 114. 114 Personen in 2023 bei über 300.000 gestellten Asylanträgen in diesem Jahr. 114 Personen, verteilt auf über 10.000 Kommunen in Deutschland. Liebe Genossinnen und Genossinnen, Abschiebungen in den Irak entlasten unsere Kommunen nicht. Sie bedrohen einfach nur Leben.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, aus diesem Grund stellen wir als Jusos den Änderungsantrag, die Zahlen 380 bis 386 so zu verändern, dass wir die Aussetzung von Abschiebungen in den Irak fordern. Wir bitten an dieser Stelle um eure Unterstützung. – Vielen Dank.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Als Nächstes hat Birhat wir das Wort.

Birhat Kacar, *Nord-Niedersachsen:*

Vielen lieben Dank. – Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte den Fokus auf aktuelle Abschiebungen in den Irak legen, wo es hauptsächlich um Jesidinnen geht. Im Januar ist der Bundestag den notwendigen Schritt gegangen, den 74. Völkermord an einer der ältesten Religionen der Welt anzuerkennen. Was ist passiert? Der sogenannte Islamische Staat versuchte im Jahr 2014, im Irak erneut eine ganze Religion systematisch durch Massenmorde auszulöschen. Männer wurden vor den Augen ihrer Familien enthauptet, Kinder entführt oder als Kindersoldaten verwendet. Ältere Frauen wurden getötet, junge Frauen und Mädchen entführt – Trigger-Warnung , vergewaltigt, misshandelt und auf widerlichen Sklavenmärkten verkauft. 10.000 ermordete Menschen, 7.000 entführte Frauen und Mädchen, 2.500 davon bis heute vermisst.

Viele der Jesidinnen, die damals durch den mutigen Kampf der Kurdinnen und Kurden flüchten konnten, leben heute unter anderem in unserem Land. Mit 200.000 Menschen ist unser Land die größte Diaspora der Jesidinnen und Jesiden.

Deutschland steckt aktuell in einem für mich unbegreiflichen Abschiebewahn. Je höher die Zahlen, desto erregter und zufriedener Rechtsradikale und Konservative sowie eine Regierung, die sich treiben lässt. Eine Abschiebung hat Folgen: Perspektivlosigkeit, eine zerstörte Heimat, menschenunwürdige Zeltlager, strukturelle Unterdrückung ihrer Religion im Irak. Jesiden, die vor Terror fliehen mussten, sollen in den Staat abgeschoben werden, wo sie knapp dem Tod entkommen sind. Das ist schlicht und einfach zynisch und unmenschlich.

(Beifall)d

Dass ein SPD-geführtes Innenministerium zu diesem Thema keinen Handlungsbedarf sieht und die Forderung nach einem Abschiebestopp ignoriert, entspricht keiner sozialdemokratischen, sondern einer menschenunwürdigen Asylpolitik. Jesidinnen sind keine Gefahr für dieses Land, sondern schutzbedürftige Menschen.

Wir Jesidinnen und Jesiden feiern in diesen Wochen unser wichtigstes Fest: Eyda Xidir. Lasst mich deshalb passend dazu zum Schluss einen Satz aus einem jesidischen Gebet zitieren:

„Lieber Gott, schütze erst die 72 Völker und dann uns."

In diesem Sinne: Lasst uns endlich anfangen, dieser Religion in ihrer qualvollen Historie einmal etwas zurückzugeben, und das ist Schutz in unserem Land. Wir brauchen einen sofortigen Abschiebestopp in den Irak. Widerstand heißt leben. – Vielen Dank.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Birhat. – Als Nächste spricht Katrin Hechler, dann Apostolos Tsalastras.

Katrin Hechler, *Hessen-Süd:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte mich als Allererstes zum einen bei Olaf Scholz für seine Rede heute bedanken und für die Debatte, die wir hier führen, leider Gottes ziemlich spät. Aber ich halte sie für extrem notwendig. Wir sollten sie nicht nur heute Abend um diese Uhrzeit führen, sondern wir sollten sie die nächsten Wochen und Monate führen. Denn wir müssen, wenn wir ein Einwanderungsland sein wollen – was wir sind , Integration und Migration anders definieren und aufhören, zu glauben, wenn wir Abschiebungen behindern oder, wenn wir Abschiebungen durchführen, retten wir die Welt oder ändern die Welt. Wir haben Ängste in dieser Gesellschaft, und wir müssen die Strukturen schaffen, um diese Ängste abzubauen, und zwar auf allen Seiten, um den Zusammenhalt der Gesellschaft wieder hinzukriegen.

Wir haben heute sehr deutlich von Respekt geredet. Dazu gehört auf allen Seiten, dass wir da Strukturen brauchen. Ich möchte als Kommunale deshalb eines sehr deutlich sagen – dabei muss ich leider dir, lieber Herr Weil, widersprechen -: Schon 2015 hatten wir keinen Wohnraum. Aber wir haben Strukturen geschaffen. Die haben wir mit viel Energie und für Kosten in Millionenhöhe wieder abgebaut. Jetzt bauen wir sie wieder auf ihn, wieder in demselben Tempo. Diesen Fehler dürfen wir nicht wiederholen. Wir haben auch bei der Einwanderung zu anderen Zeiten der Migration Fehler gemacht, weil wir Integration nicht ernst genommen haben. Dass heute der Migrantenanteil in den Haupt- und Realschulen so hoch ist, ist ein Fehler und zeigt, dass unser Bildungssystem nicht funktioniert. Da gibt es ganz viel zu tun.

Meine Bitte ist: Wir müssen uns die Zeit nehmen, nicht nur heute den Antrag zu diskutieren. Das muss der Anfang einer offenen und ehrlichen Debatte in der gesamten Gesellschaft sein und unter uns Genossinnen und Genossen.

Das Zweite, was ich mir wünsche, ist, dass wir endlich verlässliche Strukturen auf kommunaler Ebene hinbekommen. Die haben wir nämlich nicht. Im Moment zahlt jeder im SGB II 50 Prozent der Kosten der Unterkunft, auch für die ukrainischen Geflüchteten. Das sind Millionen an Kosten, auf denen wir vor Ort sitzen bleiben. Wenn wir dann noch nicht mal verlässliche Strukturen haben, um verbindliche Arbeitsverträge machen zu können, haben wir ein großes Problem. 50 Prozent der Menschen fallen durch die Integrationskurse durch, weil wir nicht fähig sind, gute Integrationskurse zu geben.

So gibt es ganz viel, was fehlt, um eine gute Integrationsarbeit zu machen, um wirklich ein Einwanderungsland zu sein, um Respekt vor allen Menschen zu haben, was ich ganz wichtig finde. Es geht um viel mehr als um das Asylgesetz. Wir wollen eine gute, solidarische Gesellschaft sein, und um das zu schaffen, haben wir viel zu tun. Wir sollten es gemeinsam anpacken.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Katrin. – Jetzt hat Apostolos das Wort. Ihm folgt dann Stefanie Minkley.

Apostolos Tsalastras, *Nordrhein-Westfalen:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin jetzt fast 40 Jahre Mitglied dieser Partei. In der ganzen Zeit habe ich mich – vielleicht aufgrund meiner Herkunft – mit Migrations- und Integrationsarbeit beschäftigt. Ich war Vorsitzender des Ausländerbeirats meiner Heimatstadt, habe da die antifaschistische Initiative gegründet, war beim AWO-Bundesverband zuständig für Grundsatzfragen der Sozialpolitik und habe in dieser Zeit jede Migrations-/Asyldebatte, die Diskussion über das kommunale Wahlrecht, die doppelte Staatsbürgerschaft und die Mehrstaatlichkeit erlitten. Ich will es an der Stelle mal so sagen.

Ich kann jeden Antrag, der hier gestellt worden ist, auf Änderung dessen, was durch die Antragskommission und diejenigen, die diesen Kompromiss erarbeitet haben, vorgelegt wurde, verstehen und hundertprozentig nachvollziehen, einfach aus der Vergangenheit, die ich auch selbst mitbringe. Trotzdem möchte ich euch bitten, aus drei Gründen dem Antrag in der Form zuzustimmen, wie er vorliegt.

Der erste Grund ist – das hat vielleicht etwas damit zu tun, dass ich Stadtkämmerer einer der ärmsten Städte in unserem Land bin -: Es hat damit zu tun, dass wir in den Kommunen natürlich extrem belastet sind. Das zu verneinen und einfach zu sagen: „Ja, dann gebt doch mehr Geld, und dann klappt das alles schon.“, so einfach ist das nicht. Wir sind finanziell, räumlich, organisatorisch, sozial überlastet, was diese Frage angeht. Wir schaffen es trotzdem, aber es ist verdammt hart. Das darf man an der Stelle nicht ignorieren.

(Beifall)

Das Zweite ist: Wir haben es anders als 2015 mit einer Bevölkerung zu tun, die krisenmüde ist, die uns nicht mehr versteht, wenn wir diese Bemühungen machen, weil sie nämlich selbst unter der sozialen Situation leidet, wie sie im Augenblick stattfindet, und die kein Verständnis mehr für das aufbringt, was wir an Migrations- und Integrationsarbeit machen. Das müssen wir auch bedenken.

Das Dritte, liebe Genossinnen und Genossen: Das ist ein Kompromiss, der alle Interessen unserer Partei zusammenführt – alle Interessen. Das hat nichts mit rechts und links zu tun, sondern das hat damit etwas zu tun, wo wir politisch aktiv sind. Alle haben da mitgearbeitet, und ich glaube, diese schwierige Debatte können wir in der Öffentlichkeit nur gewinnen, nur für uns entscheiden, wenn wir das geeint tun. Dieser Antrag hat diese Einigung herbeigeführt. Wir sollten ihn so abstimmen, wie er gestellt worden ist. – Vielen Dank. Glück auf!

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Apostolos. – Jetzt kommt Stefanie, und ihr folgt dann Gustav Horn.

Und zur Motivation: Danach sind es noch vier Redner, also jetzt insgesamt noch sechs Rednerinnen dann und Redner. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Stefanie Minkley, *Hessen-Süd:*

Danke schön. – Liebe Genossinnen und Genossen! Morgen ist der Tag der Menschenrechte. Art. 15 der UN-Menschenrechtscharta besagt, dass alle Menschen ein Recht auf eine Staatsangehörigkeit haben. Deutschland gewährt dieses Menschenrecht über 120.000 Menschen nicht. Obwohl wir bereits 1954 und 1961 die Übereinkommen zur Rechtsstellung und zur Verminderung von Staatenlosigkeit ratifiziert haben, wird dieses Gesetz in Deutschland nicht angewendet.

Alle 15 Minuten kommt weltweit ein staatenloses Kind auf die Welt. In Deutschland betrifft das vor allem die Sinti und Roma, Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien, Kurd*innen und Rohingya aus Myanmar, also Menschen, die von Genozid betroffen sind oder deren Staaten aufgelöst wurden. Es betrifft Kinder von Müttern aus Staaten, wo die Mütter ihre Staatsbürgerschaft nicht weitergeben dürfen, Menschen, die bei der Geburt nicht registriert werden, wie zum Beispiel auch auf der Krim, wo die Menschen nach der Annexion durch Russland keine Geburtsurkunde mehr bekommen haben.

Nach Art. 3 und 7 der Kinderrechtskonvention sollen in Deutschland geborene Kinder bei oder kurz nach der Geburt eingebürgert werden. Das wird in der Realität nicht umgesetzt. Allein im letzten Jahr allein waren es Zehntausende von Kindern, davon sind 30 oder so umgesetzt worden. Die deutschen Ausländerbehörden haben nicht die Kinderrechtskonvention im Schrank stehen, und sie haben auch nicht die internationalen Vereinbarungen im Regal stehen. Die Anträge der staatenlosen Menschen werden abgelehnt, weil sie eben staatenlos sind.

Es gibt ein Beispiel: Eine irakische Kurdin, 31 Jahre alt, kam mit drei Jahren nach Deutschland, hat keine Geburtsurkunde und wird jedes Jahr gefragt, ob sie sich nicht einbürgern lassen möchte. Sie sagt jedes Jahr Ja und wird jedes Jahr abgelehnt. Das hat zur Folge, Genossinnen und Genossen, dass Menschen, die hier jahrzehntelang leben oder hier geboren sind, keine Reisefreiheit genießen. Schüler*innen können nicht auf Klassenfahrt fahren. Weil sie keine Geburtsurkunde und keinen Personalausweis haben, können viele kein Konto eröffnen, keine Pakete bei der Post abholen, kein Studium antreten, kein BAföG oder kein Stipendium beantragen, und Wählen gehen schon gar nicht.

Genossinnen und Genossen, Deutschland wird hier den Menschenrechten sowie den ratifizierten Gesetzen nicht gerecht, und das widerspricht unserer Rechtsstaatlichkeit. Warum verwehren wir Menschen, die hier leben, die ihren Bildungsweg hier gegangen sind, die keinen Bezug zu einem anderen Staat mehr haben, die sich ganz klar mit Deutschland identifizieren, grundlegende Rechte, grundlegende Menschenrechte?

Genossinnen und Genossen, bitte stimmt meinem Änderungsantrag entgegen dem Votum der Antragsprüfungskommission zu. Zeigt den Menschen, die hiervon betroffen sind, dass sie der SPD nicht egal. Die Antragsprüfungskommission wird euch sagen, dass es in Deutschland ein Gesetz dafür gibt. Ich habe es euch gerade genannt. Aber es wird nicht angewendet.

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Stefanie, du bist drüber.

Stefanie Minkley, *Hessen-Süd:*

Ja, ich hatte nur noch 2 Minuten. – Deshalb – letzter Satz – ist es genau hier richtig, bei der Staatsangehörigkeitsreform neben den Ausländern eben auch den Staatenlosen die Einbürgerung zu ermöglichen. Es schadet niemandem, diese Menschen aufzunehmen, aber es hilft den richtigen Menschen.

Weil Stephan Weil 2 Minuten länger als die 3 Minuten gesprochen hat, lasst mich bitte noch auf eine Sache zu Stephan Weil antworten: Wer von irregulärer oder illegaler Migration spricht, der soll das bitte definieren. Eine Migration ist dann legal, wenn man in Deutschland einen Asylantrag gestellt hat. Wer Schlepper bekämpfen will, der darf nicht mit der libyschen Küstenwache zusammenarbeiten. Wer Schlepper bekämpfen will, darf auch nicht Menschen, die im Boot gelandet sind, verhaften. Die Verfahren von angeblichen Schleppern dauern im Durchschnitt 37 Minuten und haben oft jahrelange Haftstrafen zur Folge. Das macht Frontex. – Glück auf, Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Wir haben jetzt als nächsten Redner Gustav Horn. – Ich habe hier keinen abgewürgt, und allen – egal, ob sie dafür, dagegen oder was auch immer gesprochen haben – haben wir recht großzügig zusätzliche Zeit gewährt.

(Beifall)

Es ist nicht ganz einfach um die Uhrzeit. Vielen Dank auch für euer Verständnis. Ich finde die Debatte bislang wirklich super, und wir sollten jetzt, glaube ich, zum Schluss genau so weitermachen. – Jetzt hat Gustav das Wort.

Gustav Horn, *Parteivorstand:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Das zeigt natürlich, dass Kevin in seiner gestrigen Bewerbungsrede recht hatte, von Triggerpunkten in unserer Gesellschaft zu reden. Eine solche Debatte kann einen solchen Triggerpunkt treffen, wo dann die Emotionen hochgehen und wo es dann auch letztlich negativ wird. Deshalb ist es für mich sehr wichtig, dass wir diesen Diskurs aus einer sozialdemokratischen Perspektive bestreiten und aus meiner Sicht ist die sozialdemokratische Perspektive die Perspektive der Arbeit. Das heißt, für uns als Sozialdemokraten sollte Migration doch eng damit verbunden sein, dass wir Menschen mit Arbeit in unserem Lande integrieren können und ihnen die Möglichkeit geben, auf eigenen Füßen ihr Leben in diesem Land zu gestalten und sich weiter zu entwickeln. Und unserer Volkswirtschaft hilft das ja auch. Wir reden von Fachkräftemangel, wir reden davon, dass unser Arbeitskräftepotenzial in den nächsten Jahrzehnten schrumpfen wird, all dies könnte durch Einwanderung abgemildert werden, so dass beide Seiten davon profitieren. Und diese Arbeit zu gestalten und diese Arbeitsprozesse zu regeln, das ist doch der sozialdemokratische Diskurs über Migration. Und das gilt nicht nur im Inland, sondern das gilt auch in den Herkunftsländern. Deshalb hat das auch eine außenpolitische- eine handelspolitische Dimension. Wir sollten dafür sorgen, dass in den Herkunftsländern auch die Möglichkeit besteht, durch ökonomische Partnerschaft auf Augenhöhe, dass die Menschen, die dort leben auch die Möglichkeit haben, dort gute Arbeit zu finden. Das mindert auch den Fluchtdruck, das mindert auch den Migrationsgrund. Deshalb, wenn wir einen Diskurs über Migration führen, führen wir ihn aus der Perspektive der Arbeit, das ist aus meiner Sicht die sozialdemokratische Perspektive in dieser Debatte. Vielen Dank.

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Gustav. – Jetzt kommt Stella, und dann kommen Alfred Sonders, Steffi Meyer, und letzte Rednerin in der heutigen Debatte ist Helge Lindh.

Stella Kirgiane-Efremidou, *Baden-Württemberg:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben natürlich auch an diesem Antrag mitgearbeitet und wir sind auch sehr dankbar, dass wir zu vielen Kompromissen gekommen sind. Aber bei Kompromissen ist es nun mal so: Es fehlt da noch irgendetwas. Und auch wir haben unsere Schmerzgrenze. Wir möchten euch heute noch einmal darum bitten, dass wir unsere Schmerzgrenze vielleicht gemeinsam mit abstimmen können.

Bei uns ist GEAS die große Schmerzgrenze; ich habe das heute Vormittag schon gesagt. Wir finden, wir können heute zusammen als SPD zeigen, dass wir den Mut haben, gegen diese menschenfeindliche Diskussion, die gerade von den

Rechtspopulisten und den Rechtsextremen so giftig betrieben wird und die sich in die Hirne der Menschen einfrisst, heute gemeinsam ein Zeichen zu setzen, indem wir den Anträgen, die die Jusos gestellt haben, bei GEAS, bei Abschiebungen und bei Frontex gemeinsam zustimmen, damit wir zu einer menschenwürdigen und guten Politik kommen.

(Beifall)

Denn, liebe Genossinnen und Genossen, eine gute sozialdemokratische Politik ist dann, wenn wir für soziale Probleme gute Lösungen finden. Nur so können wir nämlich diese Neiddebatte, die sich in unserem Land aufgetan hat und ausweitet, im Keime ersticken. Lasst uns das gemeinsam angehen. Wir können nämlich gute sozialdemokratische Politik machen, denn wir von der AG Migration wissen, wovon wir sprechen. Wir sprechen nicht vom luftleeren Raum.

Mein Co-Bundesvorsitzender ist der Präsident des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten, und der weiß, wovon er redet. Und wir, die mit den Menschen vor Ort reden, wissen das auch. Wir sind vor Ort bei den Menschen, denen es wehtut, was wir heute vielleicht beschließen. Bitte macht diesen Kompromiss nicht. Geht in die Debatte so wie wir und schließt euch den Jusos an.

Wir danken euch dafür. Wir haben den Mut, wir können es, denn wir sind die SPD. – Danke.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Stella. – Jetzt Alfred und dann Steffi.

Alfred Sonders, *Nordrhein-Westfalen:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Die Diskussion hat mich sehr aufgewühlt; das will ich klar und deutlich sagen. Ich bin seit 30 Jahren mit einer Migrantin verheiratet. Ich bin aber auch Bürgermeister einer Stadt mit 50.000 Einwohnern, die einen Haushalt von 160 Millionen Euro im Jahr hat, die seit 30 Jahren in der Haushaltssicherung steckt und bei der jeder Euro, den wir zusätzlich ausgeben müssen, gleichbedeutend ist mit Grundsteuererhöhung. Unsere Leute vor Ort kämpfen seit vielen Jahren dafür, unseren Aufgaben gerecht zu werden.

Deswegen möchte ich heute den Fokus einmal auf etwas anderes legen. Es wird nämlich bei uns an der Sache vorbeidiskutiert. Ich glaube, bei allen Anliegen, die hier vorgetragen worden sind, sind wir doch menschlich im Herzen dabei und können alles nachvollziehen. Auf der anderen Seite muss ich euch aber bitten, auch einzusehen, dass auf der kommunalen Seite einfach nichts mehr geht. Ich sag es euch in aller Deutlichkeit: Wir vor Ort können nicht mehr. Wir sind fertig. Das liegt daran, dass wir Kommunen in ganz Deutschland, aber insbesondere in Nordrhein-Westfalen seit über 30 Jahren kaputtgespart worden sind, dass unsere Ressourcen nicht mehr da sind, die wir früher hatten, und dass wir vor Ort jeden Tag gucken müssen: Wie kriegen wir noch das ein oder andere Thema geregelt, damit wir den Laden am Laufen halten?

Deswegen haben wir eine Neiddiskussion, weil auf kommunaler Ebene die Bedürfnisse der Menschen nämlich nicht mehr organisiert und geregelt werden können, und darüber müssen wir uns unterhalten. Denn wenn wir auf kommunaler Ebene mal die Unterstützung hätten, auch die finanzielle Ausstattung, die wir brauchen, dann bräuchten wir uns über die ganzen Probleme heute nicht mehr zu unterhalten. Es geht hier um eine Neiddiskussion, und um nichts anderes geht es hier.

(Beifall)

Ich finde diesen Antrag gut. Er wird unserem Anliegen gerecht. Wir müssen dafür sorgen, dass wir vor Ort wieder die finanziellen Möglichkeiten haben, um Wohnungen zu bauen, Kitaplätze zu machen, Schulplätze zu machen. Dann kann auch keinen AfDler den Neid gegen Flüchtlinge schüren, denen wir gerecht werden wollen und denen wir gerecht werden müssen.

(Beifall)

Meine Bitte ist deshalb: Stimmt diesem Antrag zu. Er hat ein ausgewogenes Verhältnis, und er bringt uns hoffentlich dazu, im Anschluss die Diskussion zu führen, dass wir für die Kommunen in diesem Land alle Anstrengungen unternehmen, damit sie in Zukunft ihre Arbeit machen können. – Ich danke euch.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Danke, Alfred. – Jetzt folgt Steffi und danach Helge Lindh.

Steffi Meyer, *Sachsen-Anhalt:*

Wir haben es gleich geschafft. – Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin heute hier, um mich noch mal für das individuelle Asylrecht einzusetzen. Ich weiß, hier hat niemand dagegen geredet. Ich möchte euch aber auch in die Augen schauen und diese Debatte ehrlich führen. Wer sich für das individuelle Asylrecht starkmacht und wer es verteidigen möchte, der muss auf der anderen Seite auch dafür sorgen, dass wir abschieben. Es ist leider so, dass nicht jeder, der hierher kommt, einen Anspruch auf Schutz hat. Und wenn wir das Asylrecht verteidigen wollen, müssen wir auch die andere Seite der Medaille debattieren, offen und ehrlich damit umgehen und es auch ansprechen.

(Beifall)

Es ist eine Realität. Niemand will gerne darüber reden. Wir sind eine Partei, die für die Menschen sorgen möchte, und das ist auch wichtig. Aber es ist eben auch wichtig, Gesetze, die wir haben, umzusetzen. Wir haben viele gute Gesetze. Die werden oft nur zu wenig umgesetzt. Niemand möchte über Abschiebungen reden. Auch Olaf wollte garantiert nicht über Abschiebungen reden. Aber wir sind nicht im luftleeren Raum; die Debatte ist da. Wenn wir das Asylrecht schützen wollen – und das wollen hier alle -, müssen wir auch die andere Seite der Medaille sehen und abschieben. Es tut mir leid, aber das ist auch ein Thema, das wir offensiv besprechen müssen und das wir auch nicht verängstigt besprechen dürfen, und auch nicht in einer rosaroten Wolke. Es ist Teil der Debatte, und die muss geführt werden, und zwar für die Leute, die eben keinen Anspruch auf Schutz haben.

Ich bitte euch darum, offen und ehrlich mit den Leuten zu reden. Das ist jetzt in der Debatte. Das wollen die Leute besprechen. Wir können nicht immer daran vorbeireden und nur über Integration reden. Wir müssen auch das besprechen. Wenn wir das nämlich nicht tun, haben wir bald kein Asylrecht mehr, das wir verteidigen können.

Ich bitte um Zustimmung zu dem Antrag. – Danke schön.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Dann kommt jetzt noch Helge als letzter Redner der Debatte.

Helge Lindh, *Nordrhein-Westfalen:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Es geht, ehrlich gesagt, nicht darum, ob wir die Hymne mögen oder uns zu Patriotismus bekennen. Das soll jeder selbst entscheiden. Aber es geht darum, dass der AfD-Kosmos und viele andere Menschen, die diese Hymne singen wollen und sich zu diesem Land bekennen wollen, das Recht verweigern, weil ihnen ihre Herkunft, ihre Religion oder ihre Hautfarbe nicht passt. Darum geht es in diesem Antrag in dieser Fassung. Es geht darum, dass ich jeden Tag die WhatsApp-Nachrichten von Armin Kurtović auf meinem Handy habe, weil sein Sohn aus rassistischen Gründen barbarisch abgeschlachtet wurde und er als Vater direkt nach diesem Mord plötzlich als Fremder behandelt wurde und weil er Recht und Ordnung, Law and Order, vom hessischen Staat bis zum heutigen Tage nicht erfahren hat, auch nicht von der schwarz-grünen Koalition. Darum geht es.

(Beifall)

Es geht darum, dass die syrische Studentin, spätestens wenn sie ein Kopftuch trägt an einer deutschen Universität, sich rechtfertigen muss oder jemand sie befreien will, weil sie angeblich ja unterdrückt sei oder andere von rechts ihr das Recht absprechen wollen, zu studieren, und auftreten wie die Taliban-Polizei. Darum geht es in diesem Antrag und bei unserem Bekenntnis zu einem offenen Land. Es geht darum, wenn wir sehen, dass da gesagt wird – und jetzt viele, und gerade von rechts, und da steht der Feind und der Gegner, nicht in unseren eigenen Reihen -, die Mäuse müssten sie sich erst mal verdienen, sich anstrengen für das Recht, Teil dieser Gesellschaft zu sein, dass wir antworten: Die Würde muss man sich nicht verdienen. Würde hat man, jeder Mensch in diesem Land. Würde ist Wert des Menschen.

(Beifall)

Würde ist nicht seine volkswirtschaftlich-ökonomische Bewertbarkeit. Und diese Würde haben alle hier gemeinsam, egal, wie unterschiedlich wir positioniert sind. Diese Würde hat genauso der bestverdienende IT-Spezialist wie auch der vollziehbar Ausreisepflichtige, dessen Ausreise oder Abschiebung bevorsteht. Alle haben dieselbe Würde für uns. Und deshalb – und das ist der Unterschied zu den Grünen – ist das für uns keine Frage von Toleranz oder von Idealismus oder Aktivismus, sondern es ist schlicht eine Frage von Gerechtigkeit, und Gerechtigkeit bedeutet, dass sich Menschen mit Migrationsgeschichte endlich nicht mehr zu rechtfertigen haben in diesem Land.

(Beifall)

Das bedeutet, dass wir stolz sind, dass Menschen, die unter, auf Deutsch gesagt, beschissenen Bedingungen über Anwerbeabkommen hierher gekommen sind und denen Jahrzehnte die Staatsangehörigkeit verweigert wurde, dieses Land mitaufgebaut haben, dass wir stolz sind, dass Menschen hier Schutz bekommen und auch Schutzsuchende unserem Land vertrauen und dass wir stolz sind, dass Menschen in dieses Land einwandern und einwandern wollen. Das ist für uns ein Grund, stolz zu sein, weil es für uns auf Würde ankommt und nicht auf Herkunft. – Vielen Dank.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Helge.

Liebe Genossinnen und Genossen, damit sind wir am Ende einer intensiven Debatte angelangt, in der viele Argumente ausgetauscht worden sind. Jetzt würde ich gerne Kevin bitten, uns als Sprecher der Antragskommission einen Überblick zu geben, was noch verbliebene gestellte Abänderungsanträge – insbesondere vor allem zum Initiativantrag selbst – angeht.

Kevin Kühnert, *Antragskommission:*

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Anke, das will ich sehr gerne tun, und zwar, indem ich euch zunächst einmal die Annahmen von Änderungsanträgen transparent mache, die wir im Vorfeld dieser Debatte im Zusammenspiel zwischen Antragskommission und den Antragstellerinnen und -stellern einigen konnten und die an dieser Stelle übernommen werden. Das sind also noch einmal graduelle Abweichungen von dem, was ihr in den Anträgen vor euch liegen habt.

Wir haben zum einen zum Beispiel von Birgit Sippel in Zeile 329, wenn ihr dahin blättern mögt, übernommen, dass dort das Wort „mindestens“ durch „bis zu“ ersetzt wird. Da steht also künftig, dass bis zu 10 Prozent der Mittel für die Themen Flucht und Migration eingesetzt werden. Das ist an dieser Stelle auch mit Svenja Schulze abgestimmt, die ihre fachliche Einschätzung dazu gegeben hat, und wird entsprechend so übernommen.

Dann würden wir einen weiteren Vorschlag von Birgit übernehmen, in den Zeilen 330 bis 332 die Worte ab „für die Themen Flucht und Migration“, bis hin zu den Worten „in langfristige Investitionen“ zu streichen. Dieser Teil wird also gestrichen, sodass dann am Ende der übrig bleibende Teilsatz noch lautet:

„Das entspricht ca. 8 Milliarden Euro zum Schutz und zur Versorgung von Flüchtlingen in Aufnahmeländern sowie in den Ausbau von regulären Migrationswegen.“

Dieser Satz bliebe so übrig. Das übernehmen wir. Danke an Birgit an dieser Stelle als unsere Fachpolitikerin im Europäischen Parlament, mit der die Zusammenarbeit da super geklappt hat.

Dann haben wir mit der AG Migration und Vielfalt eine Einigung finden können, für die hier auch verschiedene Delegierte gesprochen haben, und zwar zu einer Passage in Zeile 142, auf die ich gerne eure Aufmerksamkeit lenke möchte. Hier ist eine Kompromissfassung, auf die wir uns miteinander einigen konnten. Am Ende von Zeile 142 wollen wir folgenden Satz einfügen:

„Deshalb setzen wir uns für eine sinnvolle Durchlässigkeit zwischen den Regelungssystemen Asyl- und Aufenthaltsgesetz mit klaren Voraussetzungen zur Teilhabe ein.“

Auch das wird in dieser Form übernommen.

Übernommen ist ebenfalls ein Satz, den der Landesverband Berlin über seine Delegierten noch eingebracht hat. In Zeile 57 möchten wir nach den Worten „gestellt wird“ Folgendes einfügen:

„Deshalb erteilen wir Forderungen nach der Einführung von Obergrenzen oder anderen zahlenmäßigen Begrenzungen eine Absage.“

Die Begründung kann ich mir sparen. Das habe ich vor der Einbringung des Antrags gesagt. Nie war es eine andere Position in der Sozialdemokratie. Dies ist also lediglich eine Klarstellung dessen.

Wir haben uns außerdem mit dem Landesverband Berlin einigen können, die Überschrift in Zeile 299 zu ändern. Dort wird nun künftig stehen:

„Mit Entwicklungspolitik Flucht und Vertreibung vorbeugen“

Das ist die neue Zwischenüberschrift. Die übernehmen wir in dieser genannten Form.

Außerdem ersetzen wir in Zeile 305 das Wort „hilft“ durch das Wort „unterstützt“.

Dann gibt es eine weitere Annahme von unserer Seite: Die Zeilen 314 bis 317 werden nun durch folgende Formulierung ersetzt:

„Wir wollen, dass Deutschland diese Staaten solidarisch unterstützt, die Versorgung der Flüchtlinge und Migranten zu stemmen sowie soziale und wirtschaftliche Verteilungskonflikte mit der lokalen Bevölkerung zu verhindern.“

Das ist die neue Formulierung. Sie ist so übernommen.

Wir übernehmen außerdem in Zeile 348 eine Ergänzung. Nach „wollen wir verstärkt bei der Integration unterstützen“ wird nun künftig noch angefügt:

„... und werden die bürokratischen Anforderungen für die Unternehmen prüfen und womöglich verschlanken, um Beschäftigungshemmnisse abzubauen:“

Auch das ist angenommen.

(Beifall)

Dann gibt es noch eine Änderung in Zeile 366. Dort fügen wir nach „feststellbarer Fluchtgrund“ noch ein „oder anderer Bleibegrund“.

Dann übernehmen wir das, was Lena Odell, Delegierte aus Bayern, vorhin mündlich in der Diskussion eingebracht hat. Sie hatte darum gebeten, in der Zeile 271 die Passage „führen dazu, dass wir genau wissen, wer kommt“ und dann noch das Wörtchen „sie“ hintendran, dass das gestrichen wird. Das tun wir. Das ändert nichts zum Schlechteren, sondern nur zum Besseren an dieser Stelle.

Das sind alle Änderungen, die wir im Namen der Antragskommission übernommen haben.

Ich will zum Abschluss dieser Bemerkung noch mal festhalten, weil vielleicht nicht alle den Antrag bis ins Letzte gelesen haben und ja auch nicht alle in diesem mehrwöchigen Prozess im Vorfeld dabei waren. Wenn wir jetzt gleich noch über zwei Hände voll Änderungsanträge sprechen und ich hier für die Antragskommission – deswegen tue ich das ja – jeweils die Ablehnung dieser Anträge vortrage, dann nicht, weil wir nicht dazu bereit wären, irgendwo auf jemanden einen Schritt zuzumachen, sondern weil die ganzen letzten drei Wochen daraus bestanden haben – das wird auch niemand bestreiten, der an dem Prozess beteiligt war , dass sich alle Beteiligten bis jetzt eben in die letzten Sekunden aufeinander zubewegen. Das ist ein guter Kompromiss, wie es in der Diskussion ja auch von verschiedenen Leuten herausgearbeitet

wurde. Wenn wir jetzt gleich Nein zu Passagen sagen, dann wirklich nur, weil sie für uns Linien darstellen, über die wir als Antragskommission nicht drübergehen wollten. Das sollt ihr wissen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Kevin. – Ich frage jetzt nur einmal der Form halber: Ist irgendein Widerspruch im Raum, was die Übernahme der vorgestellten Änderungsanträge angeht? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir insofern schon mal eine abgeänderte Version.

Jetzt kommen wir noch zu den übrigen Anträgen, die ablehnend durch die Antragskommission votiert worden sind. Die sind teilweise mit etwas längeren Textpassagen versehen. Damit jetzt aber alle wissen, worüber sie abstimmen, das aber nicht in einem Vorlesewettbewerb endet, ist der Versuch unternommen worden, der euch hoffentlich auch ein bisschen hilft – zumindest denen in den vorderen Reihen , dass das Ganze visualisiert auf den Tafeln erscheint. Wenn es von der Textgröße her für die hinteren Reihen nicht ausreichend ist, dann müssten wir es natürlich noch einmal komplett verlesen. – Das scheint aber erst mal nicht der Fall zu sein. Dann würden wir in dem Sinne jetzt einfach die einzelnen Anträge so aufrufen.

Das ist zunächst, wie ihr seht, ein Ersetzungsantrag für die Zeilen 283 und 298 mit dem nachfolgenden Text. Lieber Kevin, das Votum der Antragskommission lautet auf Ablehnung.

Willst du das noch mal begründen?

Kevin Kühnert, *Antragskommission:*

Das würde ich gerne noch kurz begründen wollen.

Ihr seht, der Text enthält in der vorliegenden Fassung eine Passage zu Frontex. Der Vorschlag ist jetzt an dieser Stelle, diese zu streichen und durch die hier eingeblendete Formulierung zu ersetzen. Das ist also eine Komplettersetzung. Ich möchte euch schlicht darauf hinweisen, dass in dem bestehenden Text, den wir vorgelegt haben, die strikte Einhaltung aller humanitären und rechtsstaatlichen Vorschriften selbstverständlich – was denn sonst – als Kriterium angesetzt sind, dass wir Pushbacks als eklatante Verletzung des Völkerrechts – was denn sonst – als solche benennen und zurückweisen, und vieles andere mehr.

Wir bitten euch darum, das an dieser Stelle nicht zu streichen, nicht zu ersetzen, sondern in der bestehenden Fassung zu belassen, auch in Anerkennung dessen, was Birgit und die anderen im Europäischen Parlament bei der Reform von Frontex geleistet haben. Sie haben mit Mittelsperrungen eine neue Führung in der Behörde erzwungen und sind hinterher, um dort mehr parlamentarische Kontrolle und Mitsprache zu erreichen. Vieles muss anders werden bei Frontex. Manches ist schon anders geworden. Aber dafür muss man dann auch Instrumente in der Hand haben, um das tatsächlich tun zu können. Unsere MdEPs haben gezeigt, dass sie das können. Lasst ihnen hier unsere Unterstützung zuteilwerden, damit sie daran auch in den nächsten fünf Jahren weiterarbeiten können, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

So weit die Begründung für die ablehnende Votierung der Antragskommission.

Jetzt steigen wir in die Abstimmung ein. Wer diesem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich jetzt um ein Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen zum Votum? – Gibt es Enthaltungen? – Das waren einige Gegenstimmen, aber es war doch eine deutliche Mehrheit für das Votum der Antragskommission.

(Beifall)

Dann kommen wir zu der nächsten Textpassage, die auch durchaus eine längere ist und deshalb noch mal an der Tafel angezeigt wird. Ich bitte Kevin auch noch mal, wenn notwendig, dazu etwas zu sagen. Oder können wir zur Abstimmung kommen?

Kevin Kühnert, *Antragskommission:*

Allein schon deshalb, weil einige nebenbei einfach noch mal die Augen darüber gleiten lassen möchten.

Ihr seht, auch hier geht es um eine Komplettersetzung einer längeren Passage. Das hat in vielen Redebeiträgen auch eine Rolle gespielt. Es geht um die GEAS-Reform. Wir haben ein gemeinsames europäisches Asylsystem, und die Debatte hat gezeigt, dass uns eines hier im Raum eint: Wir alle finden, so, wie es ist, kann es nicht bleiben. Es ist nicht human, es ist nicht solidarisch, überstrapaziert es auch die Akzeptanz in der Bevölkerung. Doch was tun? Seit vielen Monaten läuft diese Debatte. Nancy hat sich im Rat der Innenministerinnen und Innenminister an den Debatten um einen Kompromiss beteiligt. Es läuft ein Trilog-Verfahren auf europäischer Ebene: Rat, Kommission und Parlament, alle drei Parteien müssen zusammenkommen und eine Einigung zu dieser Reform finden. Das, was vorliegt und was seit Monaten Gegenstand der Debatte ist, ist das, was im Rat zwischen den Mitgliedsstaaten und den Regierungsvertreterinnen und -vertretern, also Nancy und ihren Kolleginnen und Kollegen, geeint werden konnte.

Uns alle eint auch: Jeder von uns findet – manche mehr, manche weniger – in dieser Einigung Dinge, die wir niemals so beschließen würden auf einem sozialdemokratischen Parteitag als das System, das wir als optimal erachten und uns wünschen. Das gilt für viele Sachen rund um die Grenzverfahren und für anderes mehr. Zur Wahrheit gehört aber auch: Diese Verhandlungsposition im Rat, die da mit Mühe und Not durchgekommen ist, ist gegen die Stimmen von Ungarn und von Polen durchgekommen, weil Nancy mit wenigen anderen an ihrer Seite mit Abstand noch die liberalste Verhandlungsposition in all diesen Verhandlungen eingenommen hat. Das ist eine bittere Erkenntnis über die politischen Mehrheiten in der Europäischen Union. Das muss man aber, wenn wir real für die Betroffenen etwas erreichen wollen, zugrunde legen. Denn sich jetzt noch weiter von den realen politischen Mehrheiten in Europa bei der Suche nach einem Konsens zu entfernen, wird nicht heißen, dass wir mehr von unseren Punkten durchsetzen, sondern dass die Mehrheiten, die am Ende im Trilog das Ganze durchbringen werden, ohne uns, aber dafür dann mit Polen und Ungarn stattfinden werden, und was dann rauskommen wird, liebe Genossinnen und Genossen, das kann man sich tatsächlich an drei Fingern abzählen.

Deswegen: Ja, hier geht es leider diesmal nicht um einen Grundsatzbeschluss von Seiten der SPD, sondern darum, was in genau diesen Tagen im Trilog-Verfahren noch herauszuholen ist. Und da sind wir ganz klar: Familie, Kinder, Vulnerable und andere haben in diesem Grenzverfahren nichts zu suchen. Das müssen wir uns nicht noch mal ins Stammbuch schreiben. Das wissen wir. Das hat Nancy auch immer wieder bekannt. Das haben wir im Parteivorstand vor der Sommerpause beschlossen. Lasst uns ihr starken Rückenwind geben, damit sie das Beste herausholen kann mit den Kolleginnen und

Kollegen im EP, was unter diesen schwierigen Bedingungen noch möglich ist in einem weiter nach rechts driftenden Europa, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank. – Das Votum der Antragskommission lautet insofern „Ablehnung", was die Ersetzung dieses Textes angeht. Wer möchte diesem Antragsvotum folgen? – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Das Votum der Antragskommission auf Ablehnung hatte die eindeutige Mehrheit.

Wir kommen zum nächsten Antrag. Das ist ein Antrag des Juso-Bundesvorstands. Da geht es um die Ersetzung der Zeilen 380 bis 386 durch den folgenden Text:

„Wir fordern einen unmittelbaren Abschiebestopp in den Irak. Irakisch-ethnische Minderheiten wie Jesiden, an denen im Irak ein offiziell durch die Bundesregierung anerkannter Völkermord verübt wurde, sind dort ebenso wenig sicher wie religiöse Minderheiten. Insbesondere Frauen müssen fürchten, Opfer von Gewalt zu werden. Dies wird durch die Istanbul-Konvention offiziell als Fluchtgrund anerkannt. Der Irak ist nicht sicher. Alle Abschiebungen dorthin sind auszusetzen."

Das wäre der Text, der dort anstelle des bisherigen Textes stehen sollte.

Kevin, euer Votum.

Kevin Kühnert, *Antragskommission:*

So ist das. Auch hier möchte ich euch darauf hinweisen: Die bestehende Formulierung, die auf Grundlage einer Diskussion über genau dieses Thema in der Erarbeitungsgruppe hineingekommen ist, ist aus meiner Sicht schon sehr stark. In dieser Formulierung wird bereits adressiert, dass wir wissen, dass die Sicherheitslage im Irak mehr als fragil ist. Wir adressieren die Situation der Jesidinnen und Jesiden und den anerkannten Völkermord, der ja auch gerade jüngst den Deutschen Bundestag beschäftigt hat. Wir beziehen uns genauso wie die Änderungsantragstellerinnen und -steller auf die Istanbul-Konvention und darauf, dass diese die Verfolgung von Frauen als Fluchtgrund anerkannt hat, die in Asylverfahren unbedingt Berücksichtigung finden muss.

Wir kommen aber nicht zu dem Schluss, dass deswegen ein pauschaler Abschiebestopp erlassen werden muss, weil wir davon überzeugt sind, dass die Stärke des Rechtsstaats und seiner rechtsstaatlichen Verfahren dafür Sorge trägt, dass gefährdete Personen im Asylverfahren immer im Einzelfall entsprechend ihrer Gefährdungslage geprüft werden, sodass wir genau deshalb auch die Situation haben, dass Jesidinnen und Jesiden aus dem Irak mittlerweile eine Anerkennungsquote von etwa 50 Prozent haben, und wenn die Lage vor Ort konkret unzumutbar ist, auch ansonsten eine Duldungsmöglich besteht. Übrigens besteht auch Ermessensspielraum für die Länder darin, bis zu drei Monate auch ohne Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern Abschiebestopps einseitig seitens der Länder zu erlassen.

Das ist die Ausgangslage. Insofern sind wir klar in unserem Bekenntnis, dass die Schutzgründe, die allgemein bestehen, natürlich – was sonst – Berücksichtigung finden müssen in den Verfahren, dass das aber gewährleistet ist und deswegen weitergehende Formulierungen nicht notwendig sind.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank für die Erläuterung. – Wir haben einen Geschäftsordnungsantrag.

Kevin Hönicke, *Berlin:*

Liebe Genossen und Genossen! Entschuldigung, dass ich den Abend jetzt vielleicht ein bisschen verlängere. Ich schätze Kevin sehr und finde es auch sehr wichtig, dass wir einen Einblick in Regierungshandeln kriegen. Aber der andere Kevin, nämlich ich, findet das gerade ein bisschen unfair. Man kann als Antragskommission begründen, warum man es ablehnt. Diese Begründungen sind aber sehr ausführlich und sehr weitgehend.

(Beifall)

Dann sollten wir doch wenigstens den Antragsstellern die Chancen geben, auch noch einmal etwas zu sagen. Dann haben wir eine Fürrede, eine Gegenrede, die Antragsdebatte ist dann abgeschlossen, und wir können dann abstimmen. Das waren jetzt drei sehr ausführliche Gegenreden. Lasst uns hier fair sein bei dem wichtigen Thema. Ich finde Kevins Ausführungen sehr wertvoll. Lasst aber auch die Ausführungen der Antragsteller noch mal wertvoll sein, und dann können wir abstimmen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Das war ein Geschäftsordnungsantrag auf Fairness. Ich denke, wir werden das berücksichtigen. Aber ich glaube schon, dass es für das Plenum wichtig ist, zu erkennen, was sich die Antragskommission überlegt hat. Im Sinne der Beschleunigung unserer Abstimmungen hat Kevin das sicherlich auch im Blick.

Ich würde deshalb noch einmal zurückkommen zum Abstimmungsverfahren, was den Antrag des Jusos-Bundesvorstandes angeht, wo es um die Ersetzung der Zeilen 380 bis 386 durch den vorgenannten Text ging. Ich würde jetzt das Votum der Antragskommission auf Ablehnung zur Abstimmung stellen. Wer diesem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Kann ich das noch mal sehen? Also: Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Ich muss es noch mal sehen, und alle gucken bitte mit von hier oben. – Gibt es Gegenstimmen? – Das sind eindeutig weniger. Gibt es Enthaltungen?

(Widerspruch und Zurufe)

Dann müssen wir auszählen. Wir lassen auszählen. Kommt, das müssen wir jetzt sauber machen. Wir lassen auszählen an der Stelle.

(vereinzelt Beifall)

Dann bitte ich darum, dass sich die Mandatsprüfungs- und Zählkommission formiert und dass wir in einen Auszählungsvorgang einsteigen.

Wenn ihr mir das Zeichen gebt, dass die Mandatsprüfungs- und Zählkommission steht, dann gehen wir noch mal in die Übung über.

(Unruhe)

Ein bisschen Disziplin jetzt und dann auch am besten alle hinsetzen, weil es sonst für die Zählkommission nicht ganz so einfach ist, den Überblick in den Reihen zu haben.

So, jetzt sind alle fertig. Dann rufe ich noch mal neuerlich zur Abstimmung auf. Es geht um das Votum der Antragskommission auf Ablehnung. Wer diesem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich jetzt, das Kartenzeichen hochzuhalten. Richtig hochhalten, denn jetzt wird einmal richtig durchgezählt. Nicht rumzappeln, sondern hochhalten.

(Stimmenzählung)

Okay, alles gezählt? Jetzt wird nur noch addiert.

Dann bitte ich jetzt noch mal um das Kartenzeichen für die Gegenstimmen zum Antragskommissionsvotum.

(Stimmenzählung)

So, dann sind jetzt auch die Gegenstimmen gezählt.

Dann frage ich der Vollständigkeit halber noch die Enthaltungen ab. – Das sind einige sehr wenige. Das zähle ich von hier oben: Das sind vier Stück.

(Beifall)

Dann bitte ich, wenn alles hinreichend addiert ist, uns das Ergebnis mitzuteilen.

(Ermittlung des Abstimmungsergebnisses)

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, es ist gezählt und gerechnet worden. Dem Votum der Antragskommission gefolgt sind 255 Delegierte. Dem Votum der Antragskommission nicht gefolgt und dagegen gestimmt haben 222 Delegierte. 8 Delegierte haben sich enthalten. Das heißt, das Votum der Antragskommission auf Ablehnung hatte die Mehrheit. Vielen Dank, vor allem an die Mandatsprüfungs- und Zählkommission.

(Beifall)

Dann kommen wir zum nächsten abzustimmenden Änderungsantrag, der sich auf das Nachfolgende zu der Zeile 146 bezieht. Dort gibt es einen Antrag der AG Migration und Vielfalt, die um eine Ergänzung bittet, die da lauten soll:

„Unser Ziel ist, das Chancenaufenthaltsrecht zu entfristen und zu einer stichtagsunabhängigen Regelung weiterzuentwickeln."

Kevin Kühnert, *Antragskommission:*

Jawohl. Unsere Position dazu ist: Unser Ziel ist, die bestehenden Kettenduldungen in Deutschland über das Chancenaufenthaltsrecht abzubauen, bis keine mehr da sind, und über die Beschleunigung von Verfahren dafür zu sorgen, dass es keine neuen Kettenduldungen gibt. Dann braucht man keine Entfristung des Chancenaufenthaltsrechts, sondern dann kann zukünftig Arbeitskräftezuwanderung über das Fachkräfteeinwanderungsrecht passieren, so, wie wir uns das wünschen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Das Votum der Antragskommission lautet insofern Ablehnung. Wer möchte diesem Votum folgen? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist das Votum der Antragskommission bestätigt. Vielen Dank.

Wir kommen zum nächsten Punkt. Dort geht es auch um eine Ergänzung, und zwar nach der Zeile 54. Die Ergänzung, die erfolgen soll, lautet:

„Der Schutz von Menschen vor Verfolgung hat sich dabei immer an der tatsächlichen Sicherheits- und Menschenrechtslage in dem jeweiligen Staat zu orientieren. Einstufungen als sogenannte sichere Herkunftsstaaten müssen daher regelmäßig überprüft werden und sind bei Wegfall der Voraussetzungen aufzuheben. Vor dem Hintergrund der Verfolgung von LSBTIQ werden wir uns daher dafür einsetzen, Senegal und Ghana von der Liste zu streichen und Algerien, Georgien, Marokko, Moldau und Tunesien nicht aufzunehmen."

Das ist der Absatz, der ergänzt werden soll.

Das Votum der Antragskommission teilt uns Kevin mit.

Kevin Kühnert, *Antragskommission:*

Das Votum der Antragskommission lautet Ablehnung, und zwar aus zwei Gründen. Der eine ist, dass in dem ersten Teil der Ergänzung die geltende Rechtslage beschrieben wird, nämlich das, was in § 29a Abs. 2 des entsprechenden Gesetzes geregelt ist, und zwar dass die Bundesregierung im Deutschen Bundestag regelmäßig einen Bericht darüber vorzulegen hat, ob die Voraussetzungen für die Einstufung der in Anlage 2 – da befinden sich die sogenannten sicheren Herkunftsländer – bezeichneten Staaten als sichere Herkunftsstaaten weiterhin vorliegt. Das ist ja genau das, was hier gefordert wird. Das ist also schon da.

Der zweite Punkt ist jetzt einfach eine politische Frage. Die Einordnung beispielsweise von Georgien und Moldau als sogenannte sichere Herkunftsländer haben wir kürzlich gerade in namentlicher Abstimmung im Deutschen Bundestag und, soweit ich das überblicke, mit allen Stimmen der SPD-Bundestagsabgeordneten auch genau so beschlossen. Das will ich einfach nur zur Kenntnis geben als Grundlage für unser Votum.

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank. – Das Votum der Antragskommission lautet Ablehnung. Wer möchte dem zustimmen? – Gegenstimmen? – Einige. Enthaltungen? – Damit ist dem Votum der Antragskommission gefolgt. Vielen Dank.

Dann gibt es einen weiteren Antrag, wo es auch um eine Ergänzung geht, und zwar in Zeile 76. Nach dem Wort „Integration“ soll folgender Text eingefügt werden, der da lautet:

„Wir setzen uns daher für eine Aufhebung von Zugangsbeschränkungen zu Integrations- und Berufssprachkursen ein, insbesondere im Hinblick auf die sogenannte Bleibeperspektive.“

Kevin Kühnert, *Antragskommission:*

Wir haben deshalb auf Ablehnung votiert, weil wir einerseits bereits dafür gesorgt haben, dass Asylbewerberinnen und -bewerber bereits in der Zeit ihres Asylverfahrens Zugang zu den Integrationskursen des BAMF haben. Aber wir wissen eben auch aus der Realität vor Ort, dass die Verfügbarkeit von Kursangeboten schon jetzt so enorm verknappt ist, dass die Nachfrage gar nicht auch nur ansatzweise zeitnah bedient werden kann. Daher geht es hier auch ein bisschen um Klarheit und Wahrheit, wenn wir das an dieser Stelle ablehnen, weil nicht der Eindruck erweckt werden sollte, als sei da eine Überkapazität, die irgendwem vorenthalten wird, sondern es geht im Gegenteil darum, überhaupt erst mal die Kapazitäten zu schaffen, um diejenigen in die Kurse hineinzubringen, die jetzt schon den entsprechenden Rechtszugang haben. Deshalb votieren wir hier auf Ablehnung.

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Wer diesem Votum folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Erste war die Mehrheit. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum nächsten Antrag. Dort geht es auch um eine Ergänzung, und zwar in der Zeile 85. Nach den Worten „nicht zu relativieren ist“ soll folgender Text ergänzt werden:

„Die Einführung von Bezahlkarten, die Ausweitung von Sachleistungen und die Beibehaltung der Residenzpflicht sowie deren Strafverschärfung betrachten wir als unangemessene Einschränkung des Lebens von Asylbewerber*innen, die zudem zusätzlichen Verwaltungsaufwand schaffen. Deshalb lehnen wir sie ab.“

Das ist die beantragte Ergänzung.

Das Votum, bitte.

Kevin Kühnert, *Antragskommission:*

Das Votum ist Ablehnung. Auch von jemandem, der persönlich hohe Skepsis gegenüber Bezahlkartensystemen hat, zumal das genau eine der Diskussionen in den letzten Wochen und Monaten gewesen ist, die sehr populistisch aufgeladen war, weil hier versucht wurde, die Art, wie geflüchtete Menschen mit dem ihnen zur Verfügung stehenden Geld umgehen, als Kern irgendeines Problems darzustellen.

Aber hier geht es um etwas anderes. Die Formulierung, die wir in unserem Antrag gemeinsam gefunden haben, lautet ja wie folgt:

„Eine Veränderung der Leistungen für die betroffenen Menschen lehnen wir ab, wenn diese Veränderungen zu einer Stigmatisierung führen.“

Natürlich kann es Bezahlkartensysteme geben, die ohne Stigmatisierung auskommen, wenn sie so ausgestaltet sind, dass das zum Beispiel keine exklusiven Bezahlkarten für diese Bevölkerungsgruppe sind, sondern wenn das Systeme sind, die auch anderen zustehen, wenn es da keine Einkaufsbeschränkungen in Bezug auf bestimmte Produkte und Ähnliches mehr gibt. Deswegen braucht es aus unserer Sicht hier keine pauschale Ablehnung von Bezahlkarten, weil unsere Haltung im bestehenden Text so klar formuliert ist, dass hier Stigmatisierung ausgeschlossen ist, liebe Genossinnen und Genossen.

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Das Votum lautet also Ablehnung. Wer diesem Votum zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Es war eindeutig die Mehrheit auf Ablehnung.

Dann haben wir einen weiteren Antrag. Dort geht es um eine Ergänzung nach der Zeile 359. Es geht um den Gesundheitsschutz für Geflüchtete:

„Ein unkomplizierter Zugang zum Gesundheitswesen ist für alle Asylbewerber*innen, insbesondere für traumatisierte Geflüchtete, von besonderer Bedeutung. Daher halten wir daran fest, dass Geflüchtete nach 18 Monaten Aufenthalt auftragsweise von der GKV betreut und versichert werden. Zudem wollen wir die derzeit in den Bundesländern unterschiedliche Praxis bei der Kostenübernahme durch eine bundesweit einheitliche Regelung ersetzen. In diesem Rahmen streben wir die einheitliche Ausweitung der elektronischen Gesundheitskarte für Geflüchtete an.“

Der Antragsteller bittet darum, dass diese Passage ergänzt wird.

Kevin Kühnert, *Antragskommission:*

Das Votum lautet auf Ablehnung. Wir glauben auch, dass hier vielleicht etwas ein klein bisschen durcheinander ist, weil es in erster Linie gar nicht um die Diskussion geht, ob die Leistungen von den Ländern selbst zu erstatten sind oder über die GKV, sondern wir vermuteten in der Antragskommission, dass es hier um die Leistungsansprüche aus dem System heraus geht, ob die nach 18 Monaten von dem Prinzip nach Asylbewerberleistungsgesetz zu regulär herüberwechseln oder ob die noch länger erhalten bleiben.

Hier muss einfach darauf hingewiesen werden: Die Ministerpräsidentenkonferenz hat sich in ihren Verabredungen, die sie getroffen hat, dafür ausgesprochen, dass diese 18-Monats-Frist zumindest ausgeweitet werden soll, wenn auch ohne konkrete Nennung. Insofern: Wir machen uns jetzt hier nicht MPK-Beschlüsse pauschal zu eigen, aber die Antragskommission hat nicht dafür votiert, eine andere Vorgehensweise als die von unseren Leuten in der MPK nahegelegte zu wählen, weil absehbar ist, dass genau das auch passieren wird. Daher empfehlen wir an dieser Stelle Ablehnung.

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Wer dem Votum folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Votum der Antragskommission hatte die Mehrheit.

Dann haben wir für euch jetzt noch mal, weil es sich um einen längeren Text handelt, die Ersetzung der Zeilen 376 bis 379 durch den gerade eben noch eingeblendeten Text.

Kevin, bitte das Votum.

Kevin Kühnert, *Antragskommission:*

Wir haben uns nach langer Diskussion zu diesem Thema auf einen sehr schlanken Absatz geeinigt, den ihr im Moment darin findet, der die unbilligen Härten, die zu vermeiden sind, adressiert, und dass wir uns darauf beziehen, dass Abschiebehaft eben nur Ultima Ratio sein kann und im Einklang mit der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs stattfinden muss.

Das klingt erst mal schmal und dadurch vielleicht für einige unkonkret, aber die Bezugnahme auf diese Rechtsprechung des EuGH sichert maximale Rechtssicherheit, und zwar nach rechtsstaatlichen und humanitären Standards. Das halten wir für deutlich konkreter und damit auch belastbarer als die sehr ausführlichen und politisch bestimmt auch zu unterstützenden, aber eben nicht sehr rechtskonkret gefassten Ausführungen der Antragstellerinnen und Antragsteller.

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Wer dem Votum der Antragskommission auf Ablehnung folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Erste war die Mehrheit.

Dann kommen wir jetzt wirklich auf die Schlussgerade, was den Initiativantrag angeht. Wir haben einen der beiden Änderungsanträge von Lena Odell. Wir haben einen bereits übernommen, und jetzt geht es um die Zeile 338. Dort steht „Arbeitsmarkt und Deutschkurse“, und sie hat darum gebeten, das durch „Arbeitsmarkt, Deutschkurse und Wohnen“ zu ersetzen.

Das Zweite betrifft eine Ergänzung in der Zeile 350, die wie folgt lautet:

„Der dritte Baustein zur früheren und besseren Integration ist selbständiges, selbstbestimmtes Leben und Wohnen. Wir wollen daher, dass die Menschen baldmöglichst aus Erstaufnahmeeinrichtungen ausziehen dürfen. Insbesondere wer anderweitig privat unterkommen kann, darf nicht weiter in einer Unterkunft wohnen müssen.“

Hier ist also vor allem der Bereich Wohnen angesprochen.

Kevin Kühnert, Antragskommission:

Wir empfehlen Ablehnung, nicht weil irgendjemand irgendetwas gegen diese genannten Ziele hätte, sondern weil die Realität dem vielerorts so frappierend entgegensteht. Ich bin Berliner. Ich komme aus einer Stadt mit einer Leerstandsquote von 0,7 Prozent und enormen Wohnraumproblemen. Liebe Genossinnen und Genossen, für uns alle ist doch eindeutig im Raum: Die Antwort ist massive Ausweitung des Wohnungsbaus in Deutschland, die Unterstützung von Klara und ihren Bemühungen, die ja nicht Wohnungen für Flüchtlinge oder Wohnungen für Azubis baut, sondern die Wohnraum für alle Menschen in dieser Gesellschaft schafft, die das tatsächlich auch brauchen. Aber solange das so frappierend von den Realitäten vor Ort abweicht, finde ich, sollten wir hier so ehrlich sein, diese Passage dort nicht aufzunehmen, weil sie sich einfach nicht mit dem deckt, was real vor Ort in vielen Kommunen in Deutschland passiert.

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Wer an dieser Stelle dem Votum der Antragskommission auf Ablehnung folgen möchte, der hebt jetzt bitte die Karte. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Erste war die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag auch an dieser Stelle abgelehnt.

Wir haben, was den Initiativantrag angeht, noch eine letzte verbleibende Änderung. Dort geht es auch um eine Einfügung, und zwar nach der Zeile 113:

„Mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts nehmen wir nun endlich auch die staatenlosen Menschen in das Gesetz auf und ermöglichen ihre unbürokratische Einbürgerung. Insbesondere in Deutschland geborene staatenlose Kinder müssen gemäß Art. 3 und 7 der Kinderrechtskonvention bei oder kurz nach der Geburt eingebürgert werden. Für in Deutschland langjährig lebende staatenlose Menschen führen wir eine Stichtagseinbürgerung sowie eine erleichterte und effiziente Klärung von Staatenlosigkeit und Identität ein mit der Möglichkeit über Regelungen durch eine eidesstattliche Erklärung und passen die Mindestaufenthaltsdauer analog der geplanten Einbürgerungsreform an.“

Das wäre die Bitte, was die Ergänzung angeht.

Kevin Kühnert, *Antragskommission:*

Das Votum der Antragskommission lautet Ablehnung, und zwar aus den Gründen, dass in Deutschland geborene staatenlose Kinder heute schon nach fünf Jahren Anspruch auf Einbürgerung haben – das regelt das Gesetz zur Verminderung von Staatenlosigkeit – und dass erwachsene Staatenlose, deren Staatenlosigkeit festgestellt ist, sich unter den allgemeinen Voraussetzungen des § 10 Abs. 2 Staatsangehörigkeitsrecht einbürgern lassen können. Auch sie profitieren von den Fristverkürzungen beim Voraufenthalt. Insofern ist die Formulierung hier höchstens noch einmal eine Klarstellung der bestehenden Möglichkeiten. Das Problem besteht tatsächlich da, wo die staatenlose Identität nicht festgestellt wurde. Aber da hilft das Staatsangehörigkeitsgesetz an dieser Stelle eben auch nicht weiter. Deswegen kommen wir hier zu der Einschätzung der Ablehnung.

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Wer dieser Einschätzung folgen möchte, den bitte ich jetzt noch einmal um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Erste war die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt worden.

Dann haben wir jetzt eine Reihe von Änderungen beschlossen. Deshalb können wir damit auch, was den Ini01 angeht, in die Schlussabstimmung einsteigen. Wer jetzt dem Initiativantrag01 in der geänderten Fassung zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Ganz wenige. Enthaltungen? – Auch wenige. Damit ist der Initiativantrag01 mit ganz großer Mehrheit angenommen.

Ganz herzlichen Dank für die gute Debatte und die guten Ausführungen.

(Beifall)

Ich sehe, einige springen schon gleich auf. Total nachvollziehbar, aber wir haben in diesem Antragsblock zumindest der Form halber noch die Anträge M01 bis M58 abzustimmen.

(Unruhe)

Ich nehme die Geräuschkulisse so wahr, dass wir jetzt nicht noch mal intensiv dazu in die Einzelaussprache einsteigen wollen, zumindest im Großen nicht.

(Beifall)

Deshalb, wenn dem jetzt nicht widersprochen wird, würde ich diesen gesamten Block jetzt auch noch zur Abstimmung stellen. Dann hätten wir den M-Bereich erledigt. Wer also diesen Anträgen in der teilweise geänderten Fassung – das liegt euch aber schon alles vor – zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit haben wir den M Bereich abgeschlossen.

Wir haben aber noch ein Ergebnis zu verkünden, bevor ihr jetzt wieder weglauft, nämlich das Ergebnis der Wahl zur Bundesschiedskommission. Da bitte ich in bewährter Manier unseren Sprecher der MPZK nach vorne und nutze die Gelegenheit, um schon einmal darauf hinzuweisen, bevor ihr jetzt wirklich endgültig währenddessen weglauft: Morgen früh um 9:00 Uhr wollen wir sehr pünktlich beginnen und werden mit der Wahl der SPE-Delegierten beginnen. Also: Ihr könnt heute Abend schön feiern, aber ihr müsst den Wecker stellen und um 9:00 Uhr hier sein und wählen, damit die SPE-Delegiertenwahl durchgeführt werden kann.

Jetzt hört noch unserem Sprecher zu, und dann treffen wir uns ohnehin alle nachher noch mal bei dem Parteiabend.

ERGEBNIS DER WAHL ZUR BUNDESSCHIEDSKOMMISSION

Max Pankofer, *Mandatsprüfungs- und Zählkommission:*

Die Schiedskommission scheint nicht so wichtig zu sein, so, wie alle aufspringen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich gebe euch das Ergebnis der Wahl des Vorsitzenden der Bundesschiedskommission bekannt: 528 abgegebene Stimmen, davon eine ungültig. Damit 527 gültige Stimmen. Mit Ja gestimmt haben 521, 3 mit Nein, 3 Enthaltungen. Damit ist Thorsten Jobs mit 98,86 Prozent gewählt.

(Beifall)

Bei der Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden der Bundesschiedskommission gab es 529 Stimmzettel, davon einer ungültig. Damit sind 528 Stimmzettel gültig. Das heißt, mindestens 265 Stimmen müssen erreicht werden, um gewählt zu sein. Rosanna Sieveking hat 521 Stimmen bekommen und ist damit mit 98,67 Prozent gewählt. Heike Werner ist mit 520 Stimmen und 98,48 Prozent gewählt.

(Beifall)

Dann haben wir noch die weiteren Mitglieder der Bundesschiedskommission. Abgegebene Stimmzettel: 527, davon einer ungültig, also 526 gültige Stimmzettel. 264 Stimmen müssen erreicht werden. Kristin Keßler hat 520 Stimmen erreicht und ist damit mit 98,86 Prozent gewählt. Gabriele Nieradzik hat 522 Stimmen erhalten, hat damit 99,24 Prozent erreicht und ist gewählt. Thomas Notzke hat 508 Stimmen erhalten und ist damit mit 96,58 Prozent gewählt. Johannes Risse hat ebenfalls 508 Stimmen erhalten und ist damit mit 96,58 Prozent gewählt.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank. Damit sind alle gewählt. Anwesend ist vor allem Thorsten Jobs als Vorsitzender. Den frage jetzt auch per-

sönlich, ob er diese Wahl annimmt. Lieber Thorsten?

Thorsten Jobs, *Vorsitzender der Bundesschiedskommission:*

Danke für das Vertrauen. Ich nehme die Wahl selbstverständlich an und wünsche einen schönen Parteiabend.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank. – Alle anderen haben im Vorfeld schriftlich erklärt, dass sie für den Fall ihrer Wahl diese auch annehmen wollen, sodass wir das auch noch ordnungsgemäß – insbesondere bei der Wahl einer Schiedskommission – so für das Protokoll festhalten können.

Diejenigen, die mich noch hören können, kann ich noch mit auf den Weg geben, dass unten Shuttles für diejenigen, die jetzt zum Parteiabend wollen, warten. Also, es lohnt sich hierzubleiben; das schafft Klarheit.

Dann sehen wir uns gleich auf dem Parteiabend, hoffentlich sehr zahlreich. Da gibt es etwas zu essen, zu trinken und auch eine gute Gelegenheit, noch ein paar vertiefende Gespräche zu führen. Und vergesst nicht: Morgen früh um 9:00 Uhr wird der richtige Zeitpunkt sein, um sich hier wieder zu treffen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Unterbrechung des Parteitags: 21:50 Uhr

3. Tag: 10.12.2023
Beginn: 9.26 Uhr

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir wollen beginnen.

(Beifall)

Wenn die Truppe links von mir sich auch langsam wieder setzen würde?

Einen wunderschönen guten Morgen, liebe Genossinnen und Genossen! Ich wünsche euch einen richtig schönen zweiten Advent!

(Beifall)

Und wo kann man den besser begehen als in der SPD-Familie, alle zusammen? Kerzen dürfen wir leider hier nicht anmachen. Die müsst ihr euch vorstellen.

Können wir starten? Dazu müsste es jetzt deutlich ruhiger werden im Raum. Wenn ihr es bitte schaffen könntet, die Gespräche etwas leiser, wenn überhaupt, zu führen?

Dann fangen wir jetzt an. Liebe Genossinnen und Genossen! Ich schaue in frohe, wache, aufmerksame Gesichter – und das so früh am Sonntagmorgen nach einem Parteiabend. Erst einmal Respekt und toll, dass ihr alle so frisch und munter wieder hier seid!

(Beifall)

Wie wir das ja auch gestern angekündigt haben, wollen wir mit Wahlen beginnen. Deswegen ist es auch sehr gut, dass ihr hier seid.

Ich möchte aber noch ein Wort sagen zu den letzten beiden Tagen: Wir haben Parteivorsitzende gewählt, einen neuen Parteivorstand. Wir haben einen Generalsekretär gewählt. Wir haben neben all diesen Wahlen auch durchaus sehr intensive Debatten geführt. Ehrlich gesagt kann man sich einen SPD-Bundesparteitag ohne intensive Debatten wohl auch kaum vorstellen. Ich möchte mich dafür bedanken, dass wir das gerade gestern Abend, wenn ich noch mal darauf zurückkommen darf, sehr konzentriert und in allerweitesten Teilen wirklich sehr respektvoll miteinander hinbekommen haben.

(Beifall)

Ich möchte euch auch dafür einen Dank aussprechen. Wir freuen uns, wenn wir das so auch heute hinbekommen.

Ich sage euch eben, was auf euch zukommt: Wir starten jetzt gleich mit den Wahlen der SPE-Delegierten, wie angekündigt. Wir kommen dann zum Beschluss der Leitanträge, Themenbereich Bildung, mit dem Leitantrag B01 – „Bildung für alle als Grundlage für Emanzipation und Zuversicht“ -, den organisationspolitischen Anträgen mit dem Leitantrag O01 – „Mit Organizing und einer modernen Parteiorganisation Wahlen gewinnen“ – und den satzungsändernden Anträgen. Dann kommen die weiteren Antragsbereiche F, Familien, Frauen, Gleichstellungspolitik, Generations- und Senioren-

politik, W, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunalpolitk, G, Gesundheit und Pflege, und E, Europa. – Dies vielleicht erst mal für euch zur Übersicht, wie wir jetzt verfahren wollen.

Die Sprecherin der Mandatsprüfungs- und Zählkommission ist heute die Delegierte Ulrike Häfner aus dem Landesverband Brandenburg, und sie erhält jetzt sofort das Wort.

(Beifall)

WAHL DER DELEGIERTEN ZUM KONGRESS DER SPE

Ulrike Häfner, *Mandatsprüfungs- und Zählkommission:*

Guten Morgen, liebe Genossinnen und Genossen! Nach unserem Organisationsstatut setzt sich der Parteitag aus 600 in den Landesverbänden und Bezirken gewählten Delegierten und 34 stimmberechtigten Mitgliedern des Parteivorstandes zusammen. Anwesend sind 599 Delegierte und 32 stimmberechtigte Parteivorstandsmitglieder.

Die Legitimation der Stimmberechtigten wurde von der Mandatsprüfungs- und Zählkommission geprüft. Von den anwesenden Stimmberechtigten sind 300 Frauen. Das entspricht einem Anteil von 47,54 Prozent. Die Quote ist also erfüllt und der Parteitag damit beschlussfähig.

(Beifall)

Ich wünsche dem Parteitag einen weiterhin erfolgreichen Verlauf.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Ulrike. – Wir würden dann jetzt sofort einsteigen in die Wahl der SPE-Delegierten. Ich rufe damit jetzt die Wahl zum SPE-Kongress auf.

Nach § 25 Absatz 5 wählt der Bundesparteitag die Delegierten sowie Ersatzdelegierten zum alle zwei Jahre stattfindenden Kongress der SPE. Der Parteivorstand hat ein Vorschlagsrecht und muss hierbei die Geschlechterquote und die Landesverbände und Bezirke berücksichtigen.

Als Tischvorlage liegt euch der Wahlvorschlag des Parteivorstandes vor. Dieser wurde aus den Vorschlägen der Landesverbände und Bezirke erstellt, die Männer und Frauen in gleicher Anzahl entsprechend ihrer Mitgliederstärke vorgeschlagen haben. Aufgeführt sind auch die vorgeschlagenen Ersatzdelegierten. Dieser Wahlvorschlag dient euch als Orientierung.

Bitte beachtet dabei Folgendes – das ist jetzt noch mal wichtig, damit es keine Irritationen gibt: Rene Repasi hat seine Kandidatur zurückgezogen. Der Landesverband Baden-Württemberg ändert daher seinen priorisierten Wahlvorschlag und nominiert Steffen Reink für diese Position. Also: Statt Rene Repasi Steffen Reink für diese Position.

Ich bitte jetzt, die Stimmzettel zu verteilen. Ich kann euch ja schon mal informieren: Auf dem Stimmzettel sind die Kandidatinnen und Kandidaten gemäß § 5 der Wahlordnung in alphabetischer Reihenfolge aufgelistet. Hinter jedem Kandidaten und jeder Kandidatin befindet sich der Name des jeweiligen Bezirks. Wir haben dieses Verfahren auf den

letzten Parteitagen so angewendet.

Wir appellieren an euch, so abzustimmen, dass jeder Bezirk, jeder Landesverband zumindest ein Grundmandat erhält. Hierfür haben wir euch zur Orientierung auch den Wahlvorschlag des Parteivorstands ausgeteilt, wie ich ja eben schon berichtet habe.

(Unruhe)

Was ist passiert? – Es liegt nichts vor? Wahrscheinlich nur bei OpenSlides. – Es ist bei OpenSlides. Ihr müsst das bei OpenSlides sehen, wird mir gerade gesagt.

(Weiterhin Unruhe)

Es liegt bei OpenSlides auch nicht vor? – Ach so, ihr müsst das Antragsbuch aufmachen, bitte. Bei OpenSlides. – Nein, wartet mal eben.

Könntet ihr das einfach in die Bildschirme packen? Das wäre ja jetzt möglicherweise das Einfachste.

(Beifall)

Geht das? Ich wollte jetzt keine Schweißausbrüche provozieren. Aber vielleicht ist das einfacher, als nun noch einmal zu verteilen.

Also: Ich werde euch die Formalie noch mal eben schnell zu Ende vorlesen. Bis dahin wird das gerade erledigt, damit ihr die Orientierung bekommt. Danke für den Hinweis noch mal!

Um gewählt zu werden, ist gemäß § 8 Absatz 8 der Wahlordnung die einfache Mehrheit ausreichend. Bei der Wahl der Delegierten handelt es sich um eine Listenwahl nach § 8 der Wahlordnung. Delegierte und Ersatzdelegierte müssen gemeinsam gewählt werden.

Die Stimmzettel – das ist wieder sehr wichtig – sind nur gültig, wenn höchstens so viele Kandidierende angekreuzt werden, wie insgesamt zu wählen sind, und mindestens die Hälfte der Zahl der zu Wählenden aus der Vorschlagsliste angekreuzt ist. Das heißt hier, dass mindestens 15, höchstens 30 Kandidierende gewählt werden können bzw. müssen. Also: mindestens 15, höchstens 30. Nein-Stimmen und Enthaltungen machen den Stimmzettel ungültig.

Nach § 25 Absatz 5 des Organisationsstatuts muss die Delegation insgesamt quotiert sein. Bei einer Gesamtzahl von 30 Delegierten bedeutet dies, dass jeweils mindestens 12 Frauen und Männer der Delegation insgesamt angehören müssen.

Wir werden jetzt hoffentlich gleich den Wahlvorschlag des Parteivorstands anzeigen können; der ist natürlich wichtig. Wenn ihr die Zettel habt, könnten wir ja schon mal die Kontrollmarken anbringen. Wir nehmen die Kontrollmarke Nummer 11. Die 11 bitte schon mal auf dem Wahlzettel unterbringen! – Da brauchen noch Einige Stimmzettel.

Die 11 bitte hier unten anbringen. Wir haben offenbar schon ganz interessante Variationen erlebt. Also nehmt nicht die Rückseite. Klebt sie nicht irgendwie mitten auf dem Namen. Nehmt bitte hier unten das Feld, wo auch „Kontrollmarke“ steht, das extra dafür vorgesehen wurde.

Jetzt bitte ich euch um ein ganz klein wenig Geduld. – Fehlt noch irgendwo ein Stimmzettel? – Das ist sogar der Fall. Für

die, die gerade reinkommen: Wir haben die Kontrollmarke Nummer 11.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube, das kennen wir alle, dass man jetzt ganz hektisch gerade versucht, diese Liste für euch technisch möglich zu machen. Gebt doch einen kleinen Applaus, vielleicht so als Ermunterung!

(Beifall)

Ich sage gerne noch mal, wie viele. Denkt daran: mindestens 15, höchstens 30. Aber macht es bitte noch nicht ganz fertig. Wir wollen euch gerne noch mal den Wahlvorschlag des Parteivorstandes zeigen; denn wir appellieren an euch, wirklich daran zu denken, dass alle Bezirke und Landesverbände auch vorkommen. Wir sind ja eine solidarische Partei.

Für die Nachzügler: Wir haben die Kontrollmarke Nummer 11. – Durch die Verzögerung bekommen wir doch eine recht hohe Wahlbeteiligt, wie ich merke.

Liebe Genossinnen und Genossen, im Antragsbuch Seite 398 – falls ihr das habt -, könnt ihr diese Liste finden. Aber ich werde sie jetzt einfach mal vorlesen. Ihr kreuzt ja auch an dabei und habt dann auch eine Orientierung. Ihr wisst, wie ich es meine. Ich gebe euch nur Orientierung.

Wir haben hier aus Nordrhein-Westfalen Steffen Löhr, aus Bayern Maria Noichl, aus Baden-Württemberg Steffen Reink, aus Rheinland-Pfalz Heike Raab, aus Hessen-Süd Udo Bullmann, aus Berlin Viola Weyer, aus Hannover Bernd Lange, aus Nordrhein-Westfalen Nicole Schmidt, aus Hessen-Nord Timon Gremmels, aus Schleswig-Holstein Delara Burkhardt, aus dem Saarland Christian Petry, aus Braunschweig Manon Luther, aus Weser-Ems Tiemo Wölken, aus Baden-Württemberg Roberta Walser, aus Bayern Markus Rinderspacher, aus Brandenburg Marie Glißmann, aus Rheinland-Pfalz Norbert Neuser, aus Nord-Niedersachsen Dr. Dörte Liebetruth, aus Sachsen Matthias Ecke, aus Hamburg Laura Frick, aus Schleswig-Holstein Kianusch Stender, aus Thüringen Antonia Hemberger, aus Nordrhein-Westfalen Ingo Wagner, aus Hessen-Süd Anna-Kristin Schönbach, aus Berlin Johannes Kup, aus Sachsen-Anhalt Julia Brandt, aus Schleswig-Holstein Enrico Kreft, aus Mecklenburg-Vorpommern Anna Kassautzki, aus Nordrhein-Westfalen Martin Peters und aus Hannover Dr. Cornelia Ott. – Dies sind die Vorschläge. Denkt daran: Steffen Reink ist für Rene Repasi auf dem Zettel.

Die Kontrollmarke Nummer 11 kommt nach rechts unten, und ihr müsst mindestens 15 und maximal 30 Namen angekreuzt haben.

(Stimmabgabe)

Wenn ihr so weit seid, gebt ein kleines Zeichen, vielleicht mit den Zetteln nach oben, damit wir schon mal gucken können. – Okay, einige füllen noch aus. Wir warten noch eine Minute.

Habt ihr alle den Wahlzettel ausfüllen können? Braucht noch jemand Zeit? – Okay. Jetzt ist es auch eingeblendet. Mindestens 15, maximal 30 Kreuze, bitte.

Liebe Genossinnen und Genossen, wie sieht es aus? Mir scheint, ihr seid so weit. – Nein? – Noch einmal: Bei der Listenwahl sind die Kandidierenden mit einfacher Mehrheit gewählt, soweit die Quotenvorgaben erfüllt werden.

Fragen scheint es jetzt keine mehr zu geben. Ich würde sagen, wir fangen jetzt mit dem Einsammeln an.

(Beifall)

Ja, ihr seht ja nicht die hektischen, verzweifelten Blicke, die mir hier teilweise zugeworfen werden. – Haltet doch gern die Zettel ein bisschen hoch, weil teilweise gesucht wird, wo es noch welche gibt.

Hat jemand seinen Stimmzettel noch nicht abgegeben? – Das ist auf der rechten Seite hinten noch der Fall. Haben alle jetzt ihre Wahlzettel abgeben können? – Ich höre ein „Nein“, aber ich weiß nicht, woher. Den Zettel hochhalten!

Hat jetzt jeder und jede seinen Wahlzettel abgegeben? – Das scheint der Fall zu sein. Dann schließe ich den Wahlvorgang und bitte, die Stimmzettel auszuzählen. Vielen Dank, liebe Genossinnen und Genossen. Das war eine schöne erste Übung am Morgen.

Es geht weiter mit der Antragsberatung „Bildung“, und ich gebe an Katja.

EINBRINGUNG DES LEITANTRAGS B01

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank. – Liebe Genossinnen und Genossen! Auch von mir ein herzliches Willkommen! Das mit den Wahlen hat super geklappt. Jetzt steigen wir wieder ein in die Antragsberatung. Es geht um den großen Bereich Bildung. Ich kann schon mal sagen: Mir liegen eine ganze Reihe von Wortmeldungen dazu vor.

Bevor Saskia in den Leitantrag einführt, gibt es aber erst mal wieder einen kurzen Einspieler zum Einstimmen.

(Video-Einspieler – Beifall)

Saskia Esken, *Parteivorsitzende:*

Guten Morgen! Heute im Vergleich zu Freitag sieht es ein bisschen aus wie Survival of the fittest.

(Heiterkeit)

Geht es euch gut?

(Beifall)

Wir halten durch!

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben am Freitag schon festgestellt, dass die Schlagzeilen bestimmen, was auf dem SPD-Bundesparteitag passiert. Oder war es umgekehrt? Wir haben am Freitag darüber diskutiert, wie Transformation zu finanzieren ist. Das ist ja ein sehr aktuelles Thema gerade. Und was soll ich euch sagen? Heute in den Sonntagszeitungen geht es um Bildung. Es liegt eventuell nicht an uns, sondern an PISA.

PISA macht alle fünf Jahre Alarm, und dann ist es leider schnell auch wieder vorbei. An diesen Tagen, wo diskutiert wird, da weiß jeder, wer schuld ist: Die Kinder sind zu dumm, die Lehrer zu faul, die Eltern sowieso unfähig, und die Bildungspolitik hat noch nie was gekonnt. Aber wie gesagt: Die Woche darauf ist das ganze Feuer vorbei. Dabei ist gelingende Bildung doch so wichtig, so eine wichtige Grundlage für so vieles, was wir jeden Tag als womöglich unlösbar betrachten.

(Beifall)

Was sagen eigentlich die, die das System jeden Tag erleben, die nicht nur alle fünf Jahre, sondern eigentlich jeden Tag Alarm schlagen? Die Schülerinnen und Schüler, die Lehrkräfte und Eltern. Die verstummen meistens ungehört. Neulich las ich eine Schlagzeile: Heult lauter, Eltern. – Wenn sie noch nicht verzweifelt sind, dann zweifeln sie jedenfalls – an sich und an uns.

Die Pädagog*innen zweifeln an sich, weil sie niemals allen gerecht werden können, wenn sie alleine in der Klasse mit 30 Schülerinnen und Schülern stehen, manchmal sogar zwei Klassen gleichzeitig haben. Und sie zweifeln an uns, weil die Hälfte der Klasse sich in der fünften Stunde nicht mehr konzentrieren kann, weil viel zu viele von ihnen ohne Frühstück in die Schule kommen und sowieso die Sorgen ihrer Familien mit sich rumtragen.

Schülerinnen und Schüler zweifeln an sich, weil sie mit ihren Noten die richtige Schulempfehlung nicht kriegen, weil sie den Abschluss nicht schaffen, weil sie den gewünschten Ausbildungsplatz nicht bekommen oder nicht das richtige Studienfach. Und sie zweifeln an uns, weil wir sie nicht sehen, weil ihnen niemand die Unterstützung gibt, die andere vielleicht zu Hause oder im Nachhilfeinstitut bekommen.

Auch Eltern zweifeln an sich, weil sie den Kindern nicht bei den Schulaufgaben helfen können oder weil sie ihnen nicht erklären können, warum sie trotz aller Anstrengung in dieser fremden Welt immer fremd bleiben werden. Eltern zweifeln an uns, wenn sie nicht wissen, wer sich um ihre Kinder kümmern soll, wenn die Kita geschlossen hat oder wenn der Unterricht ausfällt, weil sie als Alleinerziehende so keinen Job behalten können.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir brauchen doch kein System, das in den Schülerinnen und Schülern Selbstzweifel säht, das Lehrkräfte und Eltern ständig an ihre Grenzen bringt. Wir brauchen ein System, das Zuversicht ermöglicht und Selbstbewusstsein stärkt.

(Beifall)

Doch leider dreht die öffentliche Debatte den Scheinwerfer schnell wieder weg, wenn diese alarmierenden Nachrichten vorbei sind. Denn das Rad, das man da drehen müsste, das scheint zu groß. Manche sagen dann: Man muss den Föderalismus abschaffen oder die Schulstruktur zerschlagen. Die ist falsch. Man muss ganz von Neuem beginnen, ganz neu aufbauen. – Ja, und dann macht man lieber doch nichts. Doch diesen Mechanismus von „Alarm, Alarm“ und dann „Hm, schade, wir können wohl nichts ändern“, den will ich nicht mehr hinnehmen. Ich will nicht mehr hinnehmen, dass dieses System so viele in Zweifel stürzt, anstatt sie zu begeistern. Das ist die Idee.

(Beifall)

Wie könnte ein Aufbruch für eine gerechte Bildung gelingen, für alle in der Gesellschaft, die ohnehin schon von viel zu vielen Zweifeln geprägt ist? Ich habe mich auf die Suche nach ähnlich Fragenden gemacht, und ich habe tatsächlich welche gefunden. Ich habe mit ihnen beim Parteivorstand eine Kommission zur Bildung in der Transformation gegründet, und wir haben mit vielen Fachleuten gemeinsam überlegt, was Bildung eigentlich für das Gelingen des Wandels dieser Transformation bedeutet. Und herausgekommen ist dieser Leitantrag, der euch jetzt vorliegt. Ich will allen, die diesen Prozess begleitet haben, ganz, ganz herzlich Danke sagen.

(Beifall)

Wir haben uns damit beschäftigt, was Bildung für uns Sozialdemokrat*innen eigentlich bedeutet. Wir wollen, dass Bil-

dung Menschen emanzipiert, dass sie sie stark und mutig macht, dass sie sie dazu befähigt, sich immer wieder selbst weiterzubilden. Bildung ist das Emanzipationsversprechen der SPD, seit 160 Jahren.

(Beifall)

Wir Sozialdemokrat*innen, wir wollen alle Kinder unabhängig vom Elternhaus, bestmöglich befähigen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

(Beifall)

Sie sollen persönliches Glück finden. Sie sollen Glück finden in der Familie, mit Freunden. Sie sollen offen für Neues sein und bleiben. Sie sollen sich an der Gestaltung der Welt beteiligen, aktiv, im Kleinen wie im Großen. Und natürlich sollen sie einen beruflichen Weg finden, der sie stärkt, der finanzielle Unabhängigkeit, der Sinnstiftung, der Respekt vereint.

Gerade in der Zeit so vielfältiger Umbrüche und insbesondere angesichts der Demografie kommt der Bildung und Emanzipation einer jungen Generation eine riesengroße Bedeutung zu. Denn wir sind in Deutschland arm an Ressourcen, aber wir sind reich an Köpfen. Unser Kapital sind die Köpfe. Aber ach die werden, ehrlich gesagt, immer weniger. Wenn meine Generation in Rente geht – ich will euch nicht nichts ankündigen, aber die Generation geht -, dann kommt ja eine Generation nach, die gerade mal halb so groß ist.

Die junge Generation, die heute in unsere Kitas und Schulen geht, die muss morgen beste Chancen haben, Gesellschaft, Demokratie, Wohlstand mitzugestalten. Und das bedeutet natürlich, dass wir jeden und jede maximal befähigen, emanzipieren, empowern müssen. Das, so muss man leider feststellen, gelingt uns zunehmend schlecht, und das zeigen eben diese PISA-Ergebnisse – oder auch IQB – von vor einigen Monaten, die uns immer wieder vorliegen.

Dann sagt man: Auf den Anfang kommt es an. Wenn Bildung ein Leben lang gelingen soll, dann muss sie vor allem am Anfang gelingen. Doch ein Viertel aller Kinder kann am Ende der Grundschulzeit nicht genügend gut lesen, schreiben, rechnen, zuhören. Ein Viertel! Es kommt auf den Anfang an, damit ein Abschluss gelingt. Aber jener Sechzehnte – bei den Migrantinnen und Migranten ist es jeder Siebte – verlässt die Schule ohne Abschluss. Ohne Abschluss – wir wissen es – gibt es keinen Anschluss. Was soll werden aus diesen jungen Menschen? Verlorene, verbaute Bildungschancen für so viele, das ist eine Ungerechtigkeit, eine Riesenungerechtigkeit. Aber: Diese Ungerechtigkeit bedroht auch unsere Volkswirtschaft und unseren Wohlstand. Der Fachkräftemangel ist ja jetzt schon eklatant.

(Beifall)

Ich will gemeinsam mit euch einen Blick zurückwerfen, um zu verstehen, wie aus dem Aufstiegsversprechen der 60er- und 70er-Jahre, wie aus der sozialen Mobilität meiner Kindheit die sehr klar getrennten Bildungsmilieus unserer Tage geworden sind. Denn in den 60er- und 70er-Jahren – manche sitzen ja hier, die das miterlebt haben – war Deutschland von einem beispiellosen Aufstieg durch Bildung und Leistung geprägt. Vielen Kindern aus Arbeiterfamilien ist es damals gelungen, und zwar mit Unterstützung des Bildungssystems, die Hoffnungen ihrer Eltern und die eigenen Träume zu verwirklichen. Unsere Kinder sollen es mal besserhaben – das war das Mantra dieser Zeit. Die Kinder haben ja bessere Bildungsabschlüsse erreicht. Sie haben sich erfolgreich beruflich qualifiziert. Und nicht wenige aus Arbeitermilieus haben Führungsaufgaben übernommen in diesem Land.

Die Herausforderungen des Bildungssystems beim Ausgleich von Nachteilen des Elternhauses haben sich aber ganz gewaltig verschärft. Die Zahl der Kinder aus erwerbsarmen Familien, aus Familien mit Migrationsgeschichte, in denen nicht oder eben nur schlecht Deutsch gesprochen wird, hat enorm zugenommen, und sie wird natürlich weiter zuneh-

men. Während im Jahr 2010 ein Anteil von 30 Prozent der Kinder einen Migrationshintergrund hatte, sind es heute 40 Prozent – innerhalb von zehn Jahren. Wobei ein großer Teil dieser Kinder – das muss man schon sagen; nicht dass ihr denkt, das ist jetzt irgendwie letzte Woche entstanden – in Deutschland geboren ist – 80 Prozent. Und trotzdem sind viele dieser Kinder benachteiligt. Ja, durch die Sprachentwicklung, ja, durch den Bildungshintergrund ihrer Eltern, aber insbesondere durch die Erwerbsarmut. Denn die ist natürlich in Familien mit Migrationshintergrund in weit überdurchschnittlichem Maße der Fall. Und so steigt eben auch der Anteil der Kinder, die von Armut bedroht sind, seit Jahren kontinuierlich an. Vor 20 Jahren waren es 50 Prozent der Kinder, die von Armut bedroht waren, heute sind es 20 Prozent. Diese Armutsquote ist eine Schande für unser Land.

(Beifall)

Wir gehen dagegen vor mit der Kindergrundsicherung, die wir vor vier Jahren hier beschlossen haben, die jetzt umgesetzt wird, aber natürlich auch mit einem höheren Mindestlohn, mit starken Tariflöhnen. Gestern haben wir gehört: nicht unter 16 Euro.

(Beifall)

Wir gehen auch mit einer besseren Erwerbsbeteiligung der Mütter dagegen vor. Gerade auch für die Elterngenerationen muss unsere Aus- und Weiterbildungsoffensive offen sein.

Liebe Genossinnen und Genossen, der Grundstein für eine gelingende Bildung wird in den allerersten Lebensjahren gelegt, nicht erst in der Grundschule. Und deshalb müssen wir von Anfang an Verantwortung übernehmen, damit eben jedes Kind gute, gelingende Startbedingungen hat, und das lange vor der ersten Klasse, durch frühe Bildung in der Familie, in der Kita. Deshalb wollen wir dafür sorgen, dass Angebote der frühen Hilfen, die ja wirklich gut sind, auch alle Kinder erreichen, die sie so dringend brauchen. Das ist nicht der Fall. Das wäre aber einfach. Lasst es uns machen!

(Beifall)

Wir wollen, dass die allermeisten von ihnen wenigstens vier Jahre eine Einrichtung der frühkindlichen Bildung besuchen. Das wäre ideal.

(Beifall)

Natürlich bedeutet das, dass wir dann noch mehr Kitas und noch mehr Erzieher*innen benötigen, und daran fehlt es ja ohnehin schon. Wollen wir deshalb sagen: „Ah, nee, das schaffen wir nicht“? Bitte nicht! Lasst uns den Mut haben, zu sagen: Das geht.

(Beifall)

Auch wenn die Aufgabe groß ist. Denn jede fünfte Familie in Deutschland bekommt heute keinen Kita-Platz. Jede fünfte! Und davon sind eben am häufigsten arme Familien betroffen, Familien, in denen zu Hause kein Deutsch gesprochen wird, alleinerziehende Elternteile. Anders gesagt: die Kinder, die ohnehin schon benachteiligt sind. So kann gute Bildung nicht gelingen. Die Defizite, die dadurch entstehen, können in der Grundschule natürlich nicht mehr aufgeholt werden. Deswegen müssen wir ganz früh ran.

(Beifall)

Damit die Kinder dann in der Grundschulzeit alles lernen, was sie brauchen, um eine weiterführende Schule auch wirklich erfolgreich besuchen zu können, müssen wir einen Fokus legen – das zeigt uns Hamburg sehr deutlich – auf das Lesen, Schreiben, Rechnen, Kommunizieren. Es sind diese Fähigkeiten, die in der Grundschule angelegt sein müssen, damit es nachher gelingt. Wir brauche eine klare, eine zusätzliche Förderstrategie für die Kinder, die sich schwertun. Der Ganztag, der jetzt kommt in der Grundschule, müsste den zeitlichen Rahmen dafür wirklich auch bieten. Wer diese grundlegenden Fertigkeiten nicht beherrscht, der wird keinen Anschluss finden und wahrscheinlich auch keinen Abschluss.

Ich sage ganz klar: Dieser Bildungsaufbruch wird nur gelingen, wenn wir die Steuerung, wenn wir die Gestaltung und Finanzierung unseres Bildungssystems neu denken und als gesamtstaatliche Aufgabe organisieren. Und da wird niemandem was weggenommen, sondern wir arbeiten mehr zusammen. Bund, Länder und Kommunen müssen enger zusammenarbeiten.

(Beifall)

Dafür, liebe Genossinnen und Genossen, schlagen wir einen Deutschland-Pakt Bildung vor. Im Rahmen dieses Deutschland-Paktes wollen wir also mit gezielten Maßnahmen, mit ganz gezielten zusätzlichen Fördermaßnahmen dafür sorgen, dass Bildungsnachteile so früh wie möglich ausgeglichen werden, dass in den Grundschulen die Basiskompetenzen verlässlich erworben werden und dass alle Jugendlichen mit einem qualifizierten Schulabschluss einen gesicherten Übergang ins berufliche Leben finden können. Dafür sollen Bund und Länder gemeinsame pädagogische Konzepte erarbeiten, sie sollen sie verpflichtend umsetzen, und sie sollen im Rahmen des Deutschland-Paktes Bildung auch gemeinsam finanziert werden.

Da kommen wir zum leidigen Thema, dem Thema Geld. Ich sage sehr deutlich: Ich bin nicht mehr bereit, hinzunehmen, dass in diesem reichen Land für unser wichtigstes Gut, für die Köpfe der Kinder und ihre Bildung, kein Geld da sein soll.

(Beifall)

Denn eines muss doch klar sein: Auch als Volkswirtschaft können wir es uns gar nicht leisten, die Potenziale so vieler junger Menschen liegen zu lassen, nicht zu entwickeln. Wir sind überzeugt, dass die höchsten Vermögen und die höchsten Einkommen dazu einen höheren Beitrag leisten können.

(Beifall)

Deshalb habt ihr bereits am Freitag zugestimmt im Rahmen unseres Transformationsantrags, dass wir an die Erbschaftsteuer, dass wir in die Einkommensteuer rangehen. Wir wollen umverteilen.

(Beifall)

Aber wir wollen auch mehr einnehmen – für Bildung.

Auf den Anfang kommt es also an, und der Abschluss muss gelingen. So weit so gut, aber was liegt eigentlich dazwischen? Was müssen unsere Kinder neben dem Lesen, Schreiben, Rechnen und Kommunizieren eigentlich lernen, damit sie eine gute Basis für ein gelingendes Leben haben und unsere Gesellschaft eine gute Basis für Zusammenhalt? Da braucht es schon noch ein bisschen mehr. Es kommt sicher darauf an, dass sie neugierig bleiben, dass sie das Lernen lernen, um sich immer wieder Neues aneignen zu können, ein Leben lang, aus eigenem Antrieb, selbstständig, mit Lust am Lernen.

Ich finde es auch wichtig, dass in der Schule die Grundlagen gelegt werden für digitale Souveränität in unseren Zeiten,

(Beifall)

dass junge Menschen eben nicht nur verstehen, wie unsere digitale Welt funktioniert – das wäre schon ganz großartig -, sondern dass wir sie dazu befähigen, sie aktiv mitzugestalten. Das ist wichtig, gerade in Zeiten von künstlicher Intelligenz.

(Beifall)

Da geht es – das muss ich einfach sagen als Informatikerin – schon auch um informatische Grundbildung. Das muss da sein.

(Beifall)

Auf der anderen Seite müssen wir uns um die Fähigkeiten kümmern, die uns von der KI unterscheiden. Das ist Kommunikation, das ist Kollaboration, das ist Kreativität, kritisches Denken, über den Tellerrand hinausblicken, Empathie entwickeln. Das sind alles Dinge, die eben zutiefst menschlich sind.

(Beifall)

Wenn wir unsere freie, offene und demokratische Gesellschaft schützen und erhalten wollen, dann kommt noch eines hinzu, nämlich dass Werte erfahren und gelernt werden. Kinder und Jugendliche müssen deshalb schon in ganz frühen Jahren Respekt erfahren, und ebenso müssen sie lernen, Respekt zu gewähren. Sie müssen also erfahren, dass menschenfeindliche Ausgrenzung, egal welcher Art, in unserer Gesellschaft keinen Platz hat und dass wir sie davor beschützen.

(Beifall)

Sie müssen erfahren, dass ihre Bildung und ihre Zukunft für uns Bedeutung haben, unabhängig von der Schule, die sie besuchen, unabhängig von ihrem Elternhaus. Die Kinder müssen spüren, dass sie uns wichtig sind. Die Rütli-Schule hier in Berlin hat vor Jahren einen Hilferuf gesendet, der offenbar laut genug war. Sie ist gehört worden. Es ist Geld investiert worden, ja, in Ausstattung, in Personal. Aber es ist auch Aufmerksamkeit investiert worden. Die Lehrkräfte, die Schüler*innen und die Eltern, die haben diese Aufmerksamkeit gespürt, und die Schule hat einen ganz beachtlichen Weg gemacht.

Insofern ist es genau richtig, was wir mit dem Startchancen-Programm der Ampelregierung angelegt haben ab dem Schuljahr 2024. Wir unterstützen die Schulen mit zusätzlichen Mitteln, die eben eine besonders benachteiligt die Schülerschaft haben: für sanierte Gebäude, moderne Ausstattung, mehr pädagogisches Personal. Aber leider erreichen wir wegen der begrenzten Mittel des Haushalts nur ein Zehntel aller Schulen mit diesem Programm, wo wir doch mindestens die Hälfte der Schulen erreichen müssten. Mindestens die Hälfte! Mein Ziel ist es deshalb – und das haben wir hier auch so niedergeschrieben -, dass wir wenigstens das Fünffache dessen ausgeben, was für das Startchancen-Programm vorgesehen ist.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, unsere Bildungseinrichtungen müssen strahlen, um ihrer Aufgabe einer gelingenden und gerechten Bildung für alle Kinder gerecht werden zu können. Sie müssen als Gebäude strahlen, als Institution und als Organisation. Dafür benötigen sie – ja – beste Ausstattung, eine gute Leitung und Organisationskultur, aber natürlich am E-de auch genügend Personal. Und deshalb brauchen wir eine gemeinsame Fachkräfteoffensive von Bund und Ländern,

(Beifall)

damit wir endlich mehr junge Menschen dafür begeistern können, sich in die Zukunft junger Menschen einzubringen. Da müssen die Bezahlungen, da müssen die Arbeitsbedingungen besser werden.

(Beifall)

Und natürlich müssen auch die vielen weiblichen pädagogischen Fachkräfte in Teilzeit dazu motiviert werden, befähigt werden, möglicherweise eine Stunde oder zwei mehr zu arbeiten – vielleicht durch eine Vorfahrt und Unterstützung bei der Ganztagsbetreuung ihrer Kinder?

Ich komme zum Schluss. Liebe Genossinnen und Genossen, ich sage: Bildung ist die beste und wichtigste Investition in unsere Zukunft.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns deshalb von diesem Parteitag ein Signal aussenden: Wir Sozialdemokrat*innen wollen anpacken, dass alle Kinder und Jugendlichen in unseren Bildungseinrichtungen das Rüstzeug bekommen, das sie brauchen, um ihr Leben in die Hand zu nehmen. Lasst uns den jungen Menschen sagen: Dein Leben gehört dir! – Ich danke euch.

(Beifall)

ANTRAGSBERATUNG DES LEITANTRAGS B01

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Liebe Saskia, herzlichen Dank für deinen Beitrag und auch die Anregung, mit diesem Leitantrag mal wieder auf einem Bundesparteitag ganz intensiv über Bildung zu reden und zu streiten. Das ist ein guter Anlass. Den wollen wir auch gemeinsam nutzen.

Es gibt schon eine Reihe von Wortmeldungen von euch. Ihr habt von Aydan schon gehört, dass wir heute ein ambitioniertes Programm haben. Deswegen würde ich euch vorschlagen, an dieser Stelle die Rednerliste zu schließen. Ich frage, ob es dazu Widerspruch gibt. – Den sehe ich nicht. Ich schaue jetzt noch einmal. – Nein, den sehe ich nicht. Dann ist die Rednerliste geschlossen.

Als erste Rednerin dürfen wir Katharina Spieß begrüßen, die Direktorin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Katharina Spieß, *Direktorin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung:*

(digital zugeschaltet)

Bildung ist tatsächlich der wichtigste Rohstoff, den wir in Deutschland haben. Bildung ist für die Entwicklung jedes einzelnen Menschen und für unsere Gesellschaft elementar. Nicht nur das Einkommen jedes Einzelnen, sondern auch

unsere Gesundheit, unser Demokratieverständnis, die Einstellung gegenüber Fremden und vieles, vieles mehr können durch mehr Bildung verändert werden.

Es wurde schon gesagt: Wir diskutieren viel über Bildung. Streng genommen diskutieren wir aber fast nur über Schulen. Das ist wichtig, und das ist richtig. Aber Bildung fängt nicht erst in der Schule an! Bildung fängt sehr viel früher an. Sie startet mit dem Beginn des Lebens.

Ich als Ökonomin, als Bildungs- und Bevölkerungsökonomin, befasse mich seit vielen, vielen Jahren schwerpunktmäßig mit der frühen Bildung. Viele fragen mich, warum ich das als Ökonomin tue, obwohl das doch eigentlich das Feld der Pädagogik ist. Für mich als Ökonomin ist die Antwort aber eigentlich ganz einfach: Investitionen in die frühe Bildung haben die höchste Rendite.

(Beifall)

Was soll das heißen? – Mit frühkindlich investieren erreichen wir sehr viel mehr, als wenn wir später investieren. Wenn wir später nicht das reparieren müssen, was wir frühkindlich verpasst haben, können wir insgesamt mit den gleichen Mitteln mehr erreichen.

Investitionen in die frühe Bildung sind also ein volkswirtschaftliches Muss. Denn wer früher investiert, der kann gewährleisten, dass jeder Euro später sehr viel mehr an Rendite bringt, sehr viel mehr an Ertrag bringt, als wenn wir später investieren. Früh zu investieren, ermöglicht überhaupt, auf etwas aufzubauen, um später tatsächlich noch mehr zu ernten.

Frühe Bildungsinvestitionen sind, wie zahlreiche empirische wissenschaftliche Analysen gezeigt haben, nicht nur sehr günstig, wenn wir das Kosten-Ertrags- Verhältnis betrachten, sondern frühe Investitionen sind auch sehr, sehr wirksam, wenn es darum geht, Ungleichheiten zu reduzieren und Bildungsgerechtigkeit tatsächlich herzustellen.

Die Empirie hat gezeigt, dass frühe Investitionen gerade bei Kindern aus benachteiligten Familien besonders hohe Erträge erwirtschaften. Was konkret soll das heißen? – Wenn Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern, die anregungsarm in Familien leben, eine gute Förderung erfahren, wirkt sich dies positiv auf ihren späteren Bildungs- und Lebensweg aus. Wenn Kinder aus einkommensarmen Familien oder aus Familien, die zu Hause kein Deutsch sprechen, frühkindlich gut begleitet werden, haben sie deutlich bessere Startchancen bei Schulbeginn. Ohne diese frühe Förderung wären sie bereits bei Schulbeginn massiv benachteiligt.

Eine Studie für Norwegen hat beispielsweise gezeigt, dass die Gesellschaft und auch die gesamte Volkswirtschaft mittel- bis langfristig von frühen Bildungsinvestitionen enorm profitieren. Diese Studie, die auf Daten basiert, die wir in Deutschland gar nicht haben, hat gezeigt, dass der Kitaausbau Norwegens in den 1970er-Jahren des letzten Jahrhunderts 10 bis 30 Jahre später immense Wirkungen hatte, die allein auf diesen Kitaausbau zurückzuführen waren. Deutlich mehr Kinder haben durch diesen Kitaausbau die Schule mit einem Abschluss abgeschlossen. Sie haben insgesamt höhere berufliche Bildungsabschlüsse erreicht. Die Abhängigkeit von der staatlichen Fürsorge in Norwegen ist deutlich gesunken, im Mittel um 5 Prozentpunkte. Das ist wirklich viel.

Und last, but not least: Die Einkommensungleichheit in Norwegen ist, bedingt durch den Kitaausbau, gleicher geworden. Die Einkommensungleichheit hat abgenommen.

Und glauben Sie mir: Diese Berechnungen, die tatsächlich die Kitawirkungen und nicht generelle Trends darlegen, sind richtungweisend für die Bildungsforschung.

Wichtig ist aber auch – und das ist wirklich zu unterstreichen , dass diese Effekte fast ausschließlich auf Kinder zurückgehen, deren Mütter ein niedriges Bildungsniveau haben. Gerade sie erzielen durch diese frühe Bildung als Erwachsene ein höheres Einkommen.

Investitionen in die frühe Bildung – dies zeigen auch viele, viele andere wissenschaftliche Studien – sind also mittel- bis langfristig sehr, sehr rentabel.

Frühe Bildung beginnt jedoch nicht erst in der Kita. Auch das macht moderne Bildungspolitik aus. Frühe Bildung beginnt bereits in der Familie. Die Familie ist der erste Bildungsort. Doch viele Familien können ihre Kinder nicht so fördern, wie sie es gerne möchten. Sie können ihnen nicht die Grundlagen vermitteln, die erfolgreiche Bildungskarrieren ausmachen. Hier setzen tatsächlich Programme wie die Frühen Hilfen an. Hier sind Elternbegleiter oder viele andere gute Ansätze auf kommunaler Ebene zu nennen, die Eltern und Kinder unterstützen.

Auch dazu gibt es viel empirische Evidenz. Eltern bei der Begleitung ihrer Kinder zu unterstützen, ist bildungspolitisch elementar. Kein Geringerer als der Ökonomie-Nobelpreisträger James Heckman weist immer wieder darauf hin, dass Familie mindestens, wenn nicht sogar noch wichtiger als Schule ist, da ihr Einfluss auf die kindliche Entwicklung noch sehr viel größer ist als der von Schulen oder anderen Bildungseinrichtungen.

Eltern zu begleiten heißt, Eltern die Informationen bereitzustellen, die sie brauchen, um ihre Kinder gut zu begleiten. Internationale Beispiele zeigen, dass es zum Beispiel helfen kann, Eltern mit digitalen Medien daran zu erinnern, ihren Kindern täglich vorzulesen und sie dabei auf den Schoß zu nehmen. Auch das haben Bildungsökonominnen und ökonomen berechnet. Auch dieses lohnt sich.

Auch Studien für Deutschland zeigen, dass es wirksam ist, Eltern dafür zu sensibilisieren, wie sie mit ihren Kindern interagieren. Solche Angebote für Eltern sollten aber nicht nur Modellprojekte sein, die für eine befristete Zeit gefördert werden oder nur bestimmte Altersgruppen umschließen oder nur auf bestimmte Regionen abstellen. Frühe Hilfen sollen allen Eltern, die sie brauchen, nachhaltig angeboten werden. Träger und Kommunen brauchen dazu nachhaltig Finanzmittel, die es ihnen ermöglichen, diese Angebote mittel- und langfristig zu finanzieren, damit sie auch mittel- bis langfristig die dafür notwendigen Fachkräfte erhalten können und weiterqualifizieren können.

Dabei sind die wirksamsten Ansätze die, welche Eltern und Kinder gemeinsam adressieren. Sie verbessern das Wohlbefinden der Eltern und der Kinder. Dabei geht es auch darum, Eltern mit Informationen zu versorgen, wie sie einen Kitaplatz finden, sie zu informieren, wie teuer dieser tatsächlich ist, sie zu informieren, dass vielfach bei niedrigen Einkommen keine Kitagebühren zu zahlen sind oder diese übernommen werden.

Auch das zeigen Studien: Das Wissen über den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz, den wir in Deutschland ja haben – ein Rechtsanspruch ab dem zweiten Lebensjahr , haben Akademikerinnen und Akademiker, aber nicht unbedingt Eltern, die selbst keinen Schulabschluss haben. Insofern ist es leider nicht überraschend, dass primär Kinder aus akademisch ausgebildeten Elternhäusern und Kinder aus privilegierten Familien einen der knappen Kitaplätze für Kinder unter drei Jahre erhalten.

In unserer neuen Studie des BiB haben wir diese frühen Ungleichheiten im Einzelnen beziffert. Saskia Esken sagte bereits: In Deutschland fehlen viele Kitaplätze. Bereits jede fünfte Familie mit Kindern zwischen einem Jahr und unter drei Jahren bekommt keinen Kitaplatz, obwohl sie sich einen solchen wünscht.

Das heißt neudeutsch: Es gibt erhebliche ungedeckte Kitabedarfe. Aus bildungspolitischer, aber auch aus familien-, arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Perspektive ist es aber eigentlich noch relevanter, dass die Gruppen, die von einem

solchen Platz nachweislich am meisten profitieren würden, einen noch viel höheren ungedeckten Bedarf haben. Jede dritte armutsgefährdete Familie mit einem Kind zwischen einem Jahr und drei Jahren hat keinen Kitaplatz, obwohl sie sich selbst einen solchen wünscht. Bei Familien, die zu Hause kein Deutsch sprechen, sind es sogar fast 40 Prozent aller Familien, die sich einen Kitaplatz wünschen, aber keinen haben. Diese frühen Ungleichheiten müssen angegangen werden, wenn wir allen Kindern einen gleich guten Schulstart gewährleisten wollen.

Abgesehen davon führen diese ungedeckten Bedarfe auch dazu, dass ausgerechnet die Familien, die auf zwei Erwerbseinkommen tatsächlich angewiesen sind, um die wirtschaftliche Stabilität ihrer Familie zu sichern, keine Kitaplätze haben. Und ausgerechnet für diese Mütter wäre es aber wichtig, ein Erwerbseinkommen realisieren zu können, da auch sie ein stabiles Renteneinkommen brauchen.

(Beifall)

In einer Gesellschaft, die wie wir altert, können wir es uns schlichtweg nicht leisten, dass der Sockel unserer Bevölkerungspyramide wackelt. Wenn wir weniger Köpfe werden, müssen wir umso mehr tun, um in die Köpfe frühkindlich zu investieren, um kluge Köpfe aus allen Köpfen zu machen. Das heißt, dass wir sehr viel gezielter jene fördern müssen, die bisher nicht von früher Bildung profitieren, und wir von der Gießkanne wegmüssen. Wenn wir uns vergegenwärtigen, dass inzwischen der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund bei den Fünfjährigen tatsächlich 48 Prozent beträgt, ist es notwendig, diesen Gruppen früh die Angebote zu ermöglichen, die ihnen einen guten Schulstart ermöglichen.

(Beifall)

Das ist wichtig. Denn nach wie vor ist der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund, die keinen Schulabschluss oder auch keinen beruflichen Bildungsabschluss erzielen, deutlich höher als bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen ohne Migrationshintergrund. Hier gilt es also gezielt zu fördern. Finanzielle Mittel müssen vermehrt dorthin fließen, wo der größte Förderbedarf besteht. Sonst brauchen wir langfristig noch mehr Mittel.

Um diesen Förderbedarf zu erkennen, müssen wir früher hinschauen und früher erkennen, wo dieser Bedarf konkret vorliegt. Hier geht es nicht um ein Pisa für Kitakinder, sondern hier geht es darum, dass in den Kitas frühzeitig erkannt wird, welche Kinder einen besonderen Förderbedarf haben und welchen. Solche Bedarfe müssen wir flächendeckend in Deutschland in allen Bundesländern mit guten und wirksamen Verfahren identifizieren.

Eine frühe gezielte Förderung kostet uns heute viel, aber sie spart uns mittel- bis langfristig sehr viel. Neben den Zugängen zu frühen Förderangeboten ist aber auch die Qualität dieser Angebote zentral. Deutschland diskutiert schon seit vielen, vielen Jahren über bundesweite Qualitätsstandards in der frühen Bildung. Diese sind auch volkswirtschaftlich sinnvoll; denn ein Flickenteppich von Qualitätsstandards führt dazu, dass wir flächendeckend Bildungspotenziale verschenken.

Für eine gute Qualität und mehr Plätze – auch das wurde gesagt – brauchen wir viele Fachkräfte. Das ist ein weiteres zentrales Thema. Vielfach wird nach der einen Lösung dafür gesucht wie in vielen anderen Bereichen genauso. Aber auch das ist die wichtige Erkenntnis: Es wird nicht diese eine Lösung geben, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Wir müssen viele Ansätze gleichzeitig angehen: von der schnellen und schnelleren Anerkennung von Abschlüssen aus dem Ausland über multiprofessionelle Teams, bei denen es heißt, dass die Erzieherin und der Erzieher in der Kita entlastet werden, weil dort auch Verwaltungsfachkräfte arbeiten. Wir brauchen neue und bessere Karrierewege in diesen Bereichen, dass die Menschen, die dort arbeiten, dort auch bleiben und nicht aussteigen.

Lassen Sie mich mit einer Bemerkung schließen, die die Bedeutung der frühen Bildung und Betreuung über den Bildungsbereich hinaus noch einmal verdeutlicht:

Neben den bekannten Befunden, dass Kitas auch die Vereinbarkeit von Familien und Erwerbsarbeit verbessern, verbessern sie nicht nur die Integration der Kinder, die zu Hause kein Deutsch sprechen, nein, sie verbessern auch nachweislich die Integration der Mütter mit Migrationshintergrund und erhöhen deren Erwerbsfähigkeit und Erwerbstätigkeit.

(Beifall)

Und – als Bevölkerungsökonomin ist das für mich besonders relevant : Ein Kitaausbau hat auch nachweislich auf die Entscheidung für Kinder einen positiven Effekt.

Frühe Bildung ist zentral für eine gute Bildungspolitik, die natürlich und ganz wichtig dort nicht stehen bleiben darf. Aber wenn wir frühkindlich schon vieles richtig machen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann gelingt auch alles, was darauf aufbaut, sehr viel besser. – Vielen Dank.

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Katharina Spieß, die uns mit dem Gastbeitrag noch einmal einen anderen, viel tiefer gehenden Impuls für die Debatte gegeben hat. Herzlichen Dank dafür, auch für die Breite von wissenschaftlichen Erkenntnissen! Ich glaube, das kann in unserer Debatte auch ein Stück weit mit leitend sein.

Genau in diese Debatte steigen wir jetzt ein. Als Erstes darf ich Ulf Daude nach vorne bitten, unseren AfB-Vorsitzenden. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ulf Daude, *Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Bildung:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Bei „AfB“ bitte nicht nuscheln, damit ihr uns nicht mit diesem anderen Verein von Wahnsinnigen verwechselt!

30 Prozent der 15-Jährigen können nicht richtig rechnen. Das sind mehr als die Hälfte.

(Heiterkeit)

Ja, ha, ha, ha, genau, das sagt nämlich die „heute-show“. Das haben sie jetzt als schönes Ding herausgebracht. Ich muss sagen: Wieso haben wir uns eigentlich in den letzten Jahren an solche Witze gewöhnt?

Die aktuellen Pisa-Ergebnisse sind tatsächlich erschreckend. Aber Bildungserfolg hängt immer noch zu viel vom Elternhaus, vom Geldbeutel der Eltern ab. Kinder und Jugendliche aus anderen Ländern kommen bei uns schlecht ins System und haben Schwierigkeiten mit dem Spracherwerb. Es fehlt an Geld, Personal, Ausstattung an unseren Kitas und Hochschulen. Da bröckelt der Putz und regnet es rein.

Wieso haben wir uns eigentlich über die letzten über 20 Jahre daran gewöhnt, dass solche Nachrichten irgendwie zum Alltag gehören? Ist das wirklich neu?

Wir haben allerdings schon vor 20 Jahren reagiert und haben Maßnahmen beschlossen. Man muss jetzt natürlich mal selbstkritisch sein: Haben unsere Maßnahmen denn nicht gewirkt? Sind unsere Programme irgendwie komisch? – Nein! Überall da, wo wir uns auf den Weg gemacht haben, wo wir nach Skandinavien geguckt haben, wie das Bildungssystem besser sein kann, wie man alle mitnimmt, wie man Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit organisiert, überall da haben wir große Erfolge. Auch das findet ihr in den Bildungsstudien – natürlich nicht im Durchschnitt, aber in den Einzelsachen.

Aber wir müssen uns auch ein bisschen an die eigene Nase fassen. Wenn wir mal genau hingucken, haben wir nach dem großen Schwung, immer wenn der große Schreck kam, gesagt: Wir machen ein Programm! Wir legen jetzt los! Wir fangen an! – Und dann verebbte das so langsam. Wir sind dann doch irgendwie im Alltag angekommen – bei einer Bildungspolitik nach Kassenlage im Bund und in den Ländern. Wir haben uns zerstritten mit unseren eigenen Leuten, ob wir das mit dem Bund, mit der Kommune oder mit dem Land bezahlen. Das muss jetzt endlich mal aufhören!

(Beifall)

Wenn wir die Probleme wirklich flächendeckend lösen wollen, dann müssen wir alle zusammenarbeiten. Und lasst euch dabei auch nicht von unseren Gegnern irgendwie beirren! Diese Merzens und Söders dieser Welt stehen doch jetzt wieder auf und gehen wieder los und wollen die Verteilung. Sie wollen das dreigliedrige Schulsystem, sie wollen wieder sortieren – alles. Lasst euch davon nicht beeindrucken! Steht zu unserem Programm,

(Beifall)

zu dem, was wir im Leitantrag geschrieben haben! Ich freue mich, dass Saskia die Kommission Bildung so breit aufgestellt hat. Es war von der Wissenschaft, von den Gewerkschaften bis uns als Arbeitsgemeinschaft für Bildung wirklich jeder dabei. Wir haben uns über anderthalb Jahre intensiv zusammengesetzt.

Ich gebe zu: Das, was dabei herauskam, ist tatsächlich nichts Neues. Wir haben das wirklich noch einmal zusammengestellt und gesagt: Das sind die zentralen Punkte, mit denen wir dieses Land reformieren, mit denen wir in die Zukunft kommen: Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit für alle.

Und es werden natürlich wieder die Leute kommen, die sagen: Nee, nee, lass das mal anders! – Aber da müssen wir wirklich sagen: Das sind die eigentlichen Ideologen gegen besseres Wissen. Ihr habt gerade den wissenschaftlichen Vortrag gehört. Gegen die Wissenschaft, gegen besseres Wissen wollen sie ihre eigenen Rosinen herauspicken, damit ihre Leute damit versorgt sind zulasten von denen, um die wir uns kümmern.

Lasst uns damit aufhören! Wir brauchen jetzt einen Deutschlandpakt für Bildung. Wir müssen diesen aktuellen Aufbruch nutzen, um richtig in die Zukunft zu starten. Die richtigen Sachen hat Saskia dafür vorgestellt. Lasst uns jetzt gemeinsam durchstarten, damit das endlich etwas wird und wir diese Nachricht nicht mehr hören müssen! – Vielen Dank!

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Die nächste Rednerin ist Katja Pähle. Ihr folgt Dario Schramm. – Wenn jemand Werner Hesse aus Hessen-Nord kennt, dann sagt ihm doch bitte, dass sein Schild hier ist; denn er wird ja nicht ohne sein Schild hereinkommen. Also sagt ihm doch bitte Bescheid, falls ihn jemand kennt. – Bitte, Katja!

Katja Pähle, *Parteivorstand:*

Vielen Dank, Aydan. – Liebe Genossinnen und Genossen! Bildung und das Darum-Kümmern, dass Bildung gerecht verteilt ist, dass jeder Zugang zu Bildung hat, das ist natürlich sozialdemokratische DNA. Deshalb ist es gut, dass wir über den Leitantrag und genau darüber diskutieren. Ich finde es gut, dass auch in dem Leitantrag Bildung umfassend dargestellt wird. Lasst uns tatsächlich Bildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstehen, und zwar im Alter von eins bzw. null bis ins hohe Alter! Denn die Predigt von lebenslangem Lernen bedeutet auch: Wir müssen die frühkindliche Bildung mit einbeziehen. Wir müssen alle Schulabschlüsse mit einbeziehen. Wir müssen die Berufsschulen mitdenken. Wir müssen die Weiterqualifizierung im Erwachsenenalter und im Arbeitsleben weiterdenken und auch mit einbeziehen. Und wir müssen ganz deutlich machen: Der Weg, den jemand im Bildungsverlauf nimmt, darf an keiner Stelle in eine Sackgasse führen.

(Beifall)

Jeder muss die Möglichkeit haben, immer wieder neu anzufangen, seine neuen Potenziale zu entwickeln, sich neu auf den Weg zu machen zu einem höheren, einem besseren Bildungsabschluss.

Wir brauchen aber auch Respekt für diejenigen, die klar sagen: „Mein Weg ist die berufliche Ausbildung, ich möchte eine gute Berufsausbildung machen, ich möchte in die Lehre gehen, ich möchte vielleicht Geselle sein, ich möchte Meister werden“, um danach tatsächlich auch im Handwerk seinen Weg zu gehen. Dafür brauchen wir Respekt und Anerkennung.

(Beifall)

Wir müssen weg vom Entgegenstellen zwischen Berufsausbildung und Hochschulbildung. Wir brauchen jeden, wir brauchen jede – jeder nach seiner Fasson, jeder nach seinen Möglichkeiten und immer wieder mit der Eröffnung neuer Chancen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ihr wisst, ich komme aus Sachsen-Anhalt. Die ostdeutschen Bundesländer haben gerade beim Thema frühkindliche Bildung einiges zu bieten. Wir haben eine unglaubliche Betreuungsquote in unseren Kindertageseinrichtungen. Wir sind stolz darauf. Aber natürlich kommt der Fachkräftemangel nicht nur bei uns an, sondern bei allen. Und auch wir merken ihn.

Deshalb lasst uns ganz deutlich reden: Wir brauchen eine Reform der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung.

(Beifall)

Es kann nicht sein, dass diese Ausbildung fünf Jahre dauert. Es kann nicht sein, dass an einigen Stellen dafür immer noch Geld mitgebracht werden muss. Auf diesen Weg müssen wir uns gemeinschaftlich begeben, weil diese Ausbildung wichtig ist, weil wir die Menschen brauchen und weil wir Perspektiven auch in diesem Bereich der Erziehungs- und Sozialberufe insgesamt öffnen wollen. Deswegen freue ich mich auf die anschließenden Debatten. – Vielen Dank.

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Nächster Redner ist Dario Schramm. Ihm folgt Ulrike Häfner.

Dario Schramm, *Autor:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben in den letzten Tagen über so viele Themen gesprochen. Saskia hat es in ihrer Rede schon gesagt: Wir reden über so viele Herausforderungen in der aktuellen Zeit. Wenn wir uns dann aber nicht mehr nur mit der Problemfindung beschäftigen, sondern uns mal anschauen, wie denn Lösungen in diesen Bereichen aussehen können, dann landen wir – da lehne ich mich aus dem Fenster – in den allerallermeisten Bereichen eigentlich immer bei Bildung – egal, ob es um Migration, um Fachkräftemangel oder um all die anderen Themen geht.

Die Lösung liegt in einer guten Bildung für alle, in einer Bildung, wo alle dieselben Chancen haben. Vor allem landen wir dort auch in einem guten Zusammenarbeiten zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Deswegen möchte ich diesen Deutschlandpakt Bildung ganz enorm unterstützen. Denn eine Sache, die sich in den letzten Jahrzehnten, glaube ich, immer wiederholt hat, aber die wir gerade auch in der Corona-Zeit erlebt haben, ist, dass Menschen vor Ort immer wieder gehört haben, warum dieses und jenes nicht geht, nämlich: „Wir sind nicht zuständig“, „Wir würden gerne, aber uns fehlt das Geld von der Stelle“.

Ganz ehrlich: Den Menschen vor Ort in den Bildungseinrichtungen ist völlig egal, wer für das eine oder andere zuständig ist. Die Menschen wollen, dass es endlich funktioniert und sich etwas ändert.

(Beifall)

Ein Punkt ist mir auch ganz besonders wichtig zu erwähnen – gerade dabei geht es um eine gute Zusammenarbeit , das ist der Punkt Digitalisierung. Ich möchte das aus einer ganz großen Perspektive betrachten. Gerade in den letzten Jahrzehnten bzw. auch in den letzten Jahren haben wir erlebt, was im digitalen Zeitalter bei jungen Menschen passiert. Falschnachrichten werden teilweise so gut verbreitet, dass sie besser und echter wirken als bei der „Tagesschau“. Menschen – ich erlebe das in meinem eigenen Umfeld – fangen an zu zweifeln: Ist das vielleicht eine richtige Quelle oder das?

Als wäre das nicht schon eine genügend große Herausforderung, haben wir jetzt dieses große Themenfeld Künstliche Intelligenz. Ich kann euch sagen: Das wird das ganze Thema nicht besser machen. Es wird uns noch mehr herausfordern, gerade in Schulen und gerade auch in unserem politischen Umfeld. Denn junge Menschen werden noch viel mehr Probleme damit haben zu erkennen: Was ist ein Deep-Fake? Welche Stimme ist wirklich echt? Wer ist die Person, die da wirklich redet?

Ich möchte ganz klar dafür plädieren, dass wir das deutlich mehr in den Vordergrund nehmen, auch gerade in Schule. Denn das ist eine ganz enorme Bildung, die wir voranbringen müssen. Medienkompetenz und Medienbildung sind ein Riesenthema, das wir deutlich stärker in den Fokus nehmen müssen.

(Beifall)

Und wenn wir über Digitalisierung reden: Digitalisierung ist nicht nur mit mehr Geld gemacht; das ist völlig klar. Aber Digitalisierung funktioniert nun mal auch nicht ohne Geld.

Eine Sache, die vor allem wir als Sozialdemokraten uns bewusst machen müssen, ist: Wir haben so viele Schulen, die top voran sind, die gut ausgestattet sind, die gute Konzepte haben. Das liegt aber meistens nicht an politischen Entscheidungen

oder politischen Geldern. Das liegt meistens daran, dass Eltern sich hingesetzt haben, ihr eigenes Geld in die Hand genommen haben. Und gerade wir als Sozialdemokraten dürfen da nicht wegschauen. Denn vor allem fallen dann die Schulen über, die eben nicht diese Eltern mit den finanzstarken Konten haben. Das kann nicht der Sinn von guter Bildung sein.

(Beifall)

Zu guter Letzt möchte ich noch sagen: Wir haben einen wirklich guten Antrag mit vielen guten Dingen. Ich würde mir wirklich wünschen, dass alle diese Menschen, die hier im Bund Verantwortung tragen, die im Land Verantwortung tragen, die aber auch in den Kommunen Verantwortung tragen, diesen Antrag nicht nur abstimmen und sagen „Das ist etwas Gutes“, sondern nach Hause gehen und überlegen, was sie selber in ihrem politischen Entscheidungsfeld dafür tun können, dass wir endlich in Bildung vorankommen; denn das brauchen wir für so viele Bereiche. – Vielen Dank.

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Dario. – Als nächste Rednerin ist Ulrike Häfner am Pult. Ihr folgt Noah Börnhorst. – Ich höre gerade, Ulrike ist nicht da. Sie zählt. Dann nehme ich sie ein Stück weit später in die Rednerliste. Dann ist jetzt nur Noah Börnhorst an der Reihe, gefolgt von Bettina Martin.

Noah Börnhorst, *Nordrhein-Westfalen:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir müssen festhalten, dass es in den letzten Jahren auch unter Bundes- und Landesregierungen, an denen wir beteiligt sind und waren, nicht gelungen ist, bei den Bildungschancen signifikante Fortschritte zu erzielen. Kinder von Eltern mit Abitur haben statistisch mehr als doppelt so hohe Chancen, später mal ein Gymnasium zu besuchen, als Kinder von Eltern ohne Abitur. 47.000 Jugendliche haben 2021 die Schulen ohne Abschluss verlassen. Und in viel zu vielen Schulen bröckelt immer noch der Putz von der Wand, und viel zu oft hängt die Ausstattung der Schulen von der finanziellen Situation der Kommunen ab.

Alles das, liebe Genossinnen und Genossen, sind Zustände, die uns als Sozialdemokratie, als Partei der Bildung, niemals zufriedenstellen dürfen. Ich möchte mich daher bei Saskia und bei allen anderen bedanken, die in den vergangenen Wochen und Monaten an diesem Antrag gearbeitet haben. Denn dieser Antrag dekliniert von der Kita bis zur Weiterbildung durch, was sozialdemokratische Bildungspolitik im Jahr 2023 bedeutet. Es ist längst überfällig, dass wir als SPD unser Versprechen vom Aufstieg durch Bildung erneuern und an die erfolgreiche Politik der 60er- und 70er-Jahre anknüpfen. Das kann uns mit dem Deutschlandpakt Bildung gelingen.

(Beifall)

Ich möchte hier heute noch eine kleine Änderung einbringen. Sie betrifft den Begriff der Bildungsferne. Dieser Begriff kommt an zwei Stellen im Antrag vor. Wir schlagen vor, ihn zu ersetzen. Ich möchte euch ganz kurz erklären, warum.

Die Nationale Armutskonferenz – ein Zusammenschluss der fünf großen Wohlfahrtsverbände und des DGB – hat bereits im Jahr 2013 den Begriff „bildungsfern“ auf die Liste der sozialen Unwörter aufgenommen, weil der Begriff die Verantwortung auf die Betroffenen schiebt, diese diskriminiert und stigmatisiert. Angesichts dessen sollten wir diesen Begriff nicht verwenden und klar benennen, dass das Bildungssystem schlicht viele Menschen strukturell benachteiligt und sie nicht selbst dafür verantwortlich sind.

(Beifall)

Ich bin der Antragskommission sehr dankbar, dass sie diese Vorschläge auch aufgreift. Liebe Genossinnen und Genossen, es ist gut, dass wir auf diesem Parteitag diesem Thema so viel Raum geben. Ich werbe für Zustimmung in der Fassung der Antragskommission und auch dafür – so wie Dario es gerade getan hat , dass wir alle gemeinsam auf allen politischen Ebenen diesen Antrag auch in die Umsetzung bringen. Da kann jeder seinen Beitrag leisten, egal ob vor Ort in der Kommune, im Stadtrat oder im Deutschen Bundestag. Wir sind die Partei der Bildung, und das müssen die Menschen auch endlich wieder spüren. – Vielen Dank und Glück auf!

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Noah. – Jetzt ist Bettina Martin an der Reihe. Ihr folgt Uli Watermann.

Bettina Martin, *Parteivorstand:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Vor etwa 20 Jahren gab es den ersten Pisa-Schock. Danach folgten ein Gipfel nach dem anderen – Lippenbekenntnisse, wie grundlegend wichtig doch Bildung sei. Und ja, als ehemalige Bildungsministerin kann ich auch sagen: Wir haben vor Ort auch wirklich viel angestoßen und viel angestrengt vor Ort, um diesen Riesentanker Schule voranzubringen. Aber wir müssen feststellen: Es hat ganz offensichtlich nicht gereicht. Der zweite Pisa-Schock ist gekommen. Wir haben ihn gerade vor ein paar Tagen in den Zeitungen gelesen. 25 Prozent, jeder Vierte, jede vierte Schüler*in aus der Grundschule, kann nicht vernünftig lesen, schreiben, rechnen. Das ist ein Armutszeugnis für uns, für unsere Politik; das müssen wir auch sagen. Das ist aber auch ein Alarmzeichen für unsere Gesellschaft in der Transformation. Wir brauchen gut gebildete Menschen. Wir müssen es schaffen, dass wir jedes Kind, jedes Talent fördern, dass wir auch die Neugier am Lernen erhalten. Das ist ganz wichtig, damit wir als Gesellschaft auch die Zukunft bewältigen können.

Und wir müssen endlich unser Bildungssystem beherzt umbauen. Und vor allem: Wir müssen endlich beherzt unser Bildungssystem finanziell ausstatten.

(Beifall)

- Genau.

Es gibt großartige Schulen vor Ort, ganz tolle Pädagoginnen und Pädagogen, moderne Schulen. Ja, es gibt aber – und das übrigens oft auch in ländlichen Räumen – Schulen, die sanierungsbedürftig sind, die keine Lehrkräfte finden, die kaum digitalisiert sind. Das kann ja nicht angehen! Wir können ja nicht unterschiedliche Voraussetzungen bei uns im Land haben und es dem Zufall überlassen, dass Kinder und Jugendliche eine gute Ausbildung und eine tolle Schule haben oder eben nicht. Das dürfen wir nicht zulassen! Da müssen wir ran!

Ich glaube, wir haben gar kein Manko an Erkenntnissen. Ich glaube, uns fehlt überhaupt gar nicht eine Erkenntnis, was wir zu tun haben. Wir müssen es nur endlich tun. Und das müssen wir gemeinsam tun.

Ich bin der Kommission, die diesen guten Antrag geschrieben hat, unheimlich dankbar, dass wir endlich auch beherzt die Frage angehen: Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Und wir müssen gemeinsam finanzieren – Bund, Länder und Kommunen , gemeinsam Bildung anpacken und vor allen Dingen endlich gemeinsam Bildung auch finanzieren.

Ich möchte in den letzten 24 Sekunden noch ein mir wichtiges Thema ansprechen: Wir müssen auch die Demokratiebildung, die politische Bildung in der Schule früher angehen.

(Beifall)

Demokratie ist kein Zufall. Demokratie dürfen wir nicht einfach so kommen lassen oder eben nicht. Wir müssen die Kinder vorbereiten. Deswegen bin ich froh, dass in dem Antrag steht: Wir müssen auch die Antisemitismus-Prävention in den Schulen stärken. Das heißt, jedes Kind, jeder Jugendliche muss einmal im Leben in der Schullaufbahn in einer Gedenkstätte gewesen sein. Die Gedenkstättenfahrten werden finanziert. Das ist wichtig.

Deswegen: Danke Saskia, dass du dieses Thema aufgepickt hast! Danke, dass du die Bildung in den Fokus rückst. – Vielen Dank.

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Danke, Bettina. – Jetzt ist Uli Watermann an der Reihe. Ihm folgt Madita Lachetta. – Eine Information: Ulrike Häfner kommt aus der MPZK nicht heraus. Arbeit geht vor. Deswegen hat sie ihren Redebeitrag zurückgezogen. Ich sage das, damit sich niemand wundert. – Uli, du hast das Wort.

Ulrich Watermann, *Hannover:*

Das ist lieb. – Liebe Genossinnen und Genossen! Guten Morgen! Nach dem gestrigen langen Beratungstag ist das ja sehr herausfordernd für die Delegierten. Wir reden hier über Bildung. Wir reden über frühkindliche Bildung. Ich bin schon auf vielen Bundesparteitagen gewesen, habe aber selten hier an diesem Rednerpult gestanden. Ich bin 66 Jahre und ausgebildeter Erzieher. 1974 habe ich die Ausbildung zum Erzieher genossen – und das an einer Berufsfachschule für Frauenberufe. Mal so viel zu der Frage von Diskriminierung!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin in der Kommunalpolitik tätig. Ich bin Landespolitiker. Ich habe alles das gehört, was hier vorweg erzählt worden ist.

Am zweiten Advent trifft Theorie auf Wirklichkeit. Was ist denn unser wirkliches Problem? – Unser Problem ist, dass in meiner Generation ganz viele diesen Beruf Erzieherin/Erzieher genommen haben, ausgebildet worden sind und jetzt in den Ruhestand gehen. Wir haben die Situation, dass wir doch gar nicht die Frage dieser qualitativen Situation stellen können, sondern bei mir im Wahlkreis haben wir die Situation, dass ganz viele Kindergärten ihre Gruppen zumachen, weil sie kein Personal haben. In Wirklichkeit sind wir froh, wenn wir die Betreuung irgendwie noch garantieren können.

Deshalb beantrage ich, dass wir auf den Seiten 128 und 129 einen Satz streichen, weil er mit der Realität nichts zu tun hat. Dort steht:

„Alle Familien sollen deshalb spätestens zum 2. Geburtstag eines Kindes angeschrieben werden und aktiv ein Platzangebot in einer nahe gelegenen Kita erhalten."

Wir beantragen also, dass der Bürgermeister in seinem Rathaus oder die Bürgermeisterin in ihrem Rathaus jemanden hinsetzt, der jemanden anschreibt, um ihm zu sagen, dass er einen Kitaplatz bekommen kann, der fern jeder Realität ist.

Das wollen wir hier beschließen? – Ich weiß, es ist der zweite Advent, man darf sich viel wünschen, und es ist kurz vor Weihnachten. Aber wirklich, Genossinnen und Genossen, das kann doch nicht ernsthaft unsere Zielsetzung sein, etwas zu beschreiben, von dem wir wissen, wenn wir nach Hause fahren – jedenfalls ich fahre nach Hause , dass es überhaupt keine Realität hat. Lasst uns doch ehrlich sein miteinander!

(Beifall)

Lasst uns ehrlich sein und lasst uns wirklich ernsthaft sagen: Es geht schlicht und ergreifend darum, dass wir die Systeme aufrechterhalten müssen und dass wir Menschen gewinnen müssen, die für Menschen arbeiten. Dafür müssen wir Anreize schaffen – und nicht wunderschöne Reden am zweiten Advent auf diesem Parteitag, auf dem gestern mit elf Stunden Beratungszeit schon viel strapaziert worden ist. Ich beantrage, dass das gestrichen wird.

Ich habe gestern entschieden, das wird mein letzter Parteitag sein. Aber ich sage euch: Tut mir einen Gefallen und beschließt nicht solch einen Blödsinn!

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Lieber Uli, vielen Dank. – Als Nächstes ist Madita dran. Ihr folgt Ruppert Stüwe.

Eine Information an alle: Wir haben einen ganz engagierten Zeitplan. Wir haben in dieser Debatte noch 13 Rednerinnen und Redner. Deswegen noch einmal die herzliche Bitte, die drei Minuten einzuhalten. Wir würden euch sonst ungerne von hier vorne fragen, ob wir auf zwei Minuten heruntergehen. Wenn sich jeder an die drei Minuten hält, kriegen wir das vielleicht auch anders hin. – Du hast das Wort!

Madita Lachetta, *Bundesvorsitzende der Juso-Hochschulgruppen:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich danke euch erst mal für diesen guten und wichtigen Antrag. Der Antrag macht es im ersten Satz deutlich: „Bildung ist das zentrale Emanzipationsversprechen der SPD.“ Doch zur Wahrheit gehört nun mal leider auch, dass der Zugang zu Bildung, die diese Emanzipation verspricht, beschränkt ist.

Der Leitantrag zur Bildung hat einen starken Fokus auf Schülerinnen und Schüler. Das ist wichtig. Damit setzen wir als SPD ein starkes Signal für gerechte Bildungschancen. Bei Bildung denken die meisten aber oft zuerst an Schule. Dabei dürfen wir unsere Hochschulen nicht vernachlässigen. Denn ein Klassenzimmer voller neugieriger und lernwilliger Schüler*innen braucht auch gute und vollumfänglich ausgebildete Lehrer*innen, die ebenso guten Unterricht geben können.

Der Antrag spricht vor allem von Lehrer*innenbildung an Hochschulen, auch wenn wir Juso-Hochschulgruppen uns einen deutlich größeren Fokus auf Studierende und Hochschulen gewünscht hätten. Denn Bildung ist nicht nur Schule.

Liebe Genossinnen und Genossen, für unsere sozialdemokratische Version von Bildung für alle müssen wir uns auch stärker um diejenigen kümmern, die am Ende die Praxis an Schulen leisten sollen. Das sind die Studierenden des Lehramts. Im Modul Didaktik wird den angehenden Lehrer*innen beigebracht, wie sie Unterrichtsstoff am besten vermitteln. In Hochschulen oder in Schulen werden jetzt endlich vermehrt technische Hilfsmittel wie Tablets eingesetzt. Für Hochschullehrpläne bedeutet das, dass es einen stärkeren Fokus auf Digitalisierung in der didaktischen Ausbildung der Lehrkräfte braucht. Daher müssen die Lehrenden in diesem Bereich besonders gut ausgebildet werden. In einigen Bundesländern

wird Didaktik nur in jeweils einem Modul in einem Fach im gesamten Studium gelehrt. Das ist nicht ausreichend.

Daher fordern wir Juso-Hochschulgruppen: Um den Lehrplan der Didaktik zeitgemäß um digitale Bildung zu erweitern, muss didaktisches Wissen einen höheren Stellenwert im Lehramtsstudium einnehmen.

Aber mit der Didaktik-Lehre in den Hörsälen ist es nicht getan. Lehramtsstudierende müssen rein in die Klassenzimmer und Gelerntes anwenden und üben. Dafür gibt es die sogenannten Praxissemester. Doch wichtig ist: Die angebotenen Praktika müssen mit dem Studium vereinbar sein. Dafür braucht es Praktika, die während des Semesters studienbegleitend stattfinden, solche Praktika wie etwa das Praxissemester in NRW. Sie dürfen aber nicht die Kostenreduzierung für Lehrer*innenausbildung zum Ziel haben, indem durch unbezahltes Praktikum die Zeit des Referendariats verkürzt wird. Das, was die Lehramtsstudierenden dort leisten, ist Arbeit. Wir sagen es immer und immer wieder: Arbeit muss sich lohnen. Und genau das muss auch für Lehrkräfte im Praktikum gelten. Daher braucht es die im Leitantrag geforderte Vergütung des Praxissemesters. Diese Vergütung muss eine angemessene sein. – Glück auf!

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank. Das war zeitlich auf den Punkt, auch herzlichen Dank dafür. – Ruppert Stüwe ist jetzt an der Reihe. Ihm folgt Nina Gaedike.

Ruppert Stüwe, *Berlin:*

Bildung ist eine Aufgabe für alle in diesem Land. Deswegen bin ich so froh, dass wir den dritten Tag unseres Parteitags noch einmal umfassend unter das Motto Bildung stellen. Ich glaube, das wäre nicht möglich gewesen, wenn Saskia das nicht von Anfang an zu ihrer Priorität als Parteivorsitzende gemacht hätte. Dafür will ich an dieser Stelle einfach mal Danke sagen, dass du klarmachst, dass wir die Partei der Bildung sind,

(Beifall)

und zwar die Partei der umfassenden Bildung. Bildungsimpulse kommen auch immer wieder dann, wenn wir uns über Kommunen, Bund und Länder nicht gegenseitig die Schuld zuschieben, sondern wenn wir sagen: Wir packen das zusammen an! Wir haben ein gemeinsames Konzept!

Und übrigens, Genossinnen und Genossen: Das haben wir schon mal bei der Ganztagsschule geschafft. Bei der Ganztagsbetreuung waren wir es als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die das in diesem Land verankert haben, was heute nicht mehr wegzudenken ist.

Ich finde es gut, dass wir heute bei der Bildung noch einmal über das Thema Geld reden, dass ihr noch einmal deutlich gesagt habt: Ja, Bildung kostet Geld, und wir wollen dafür auch mit Steuereinnahmen aus der Erbschaftssteuer umverteilen.

Denn ich bin ja im Deutschen Bundestag. Manchmal höre ich sogar dem Oppositionsführer zu. Und der ist gefragt worden, wie er eigentlich seine Steuersenkungspläne finanziert. Er hat gesagt, er könnte sich vorstellen, dass der Bund bei all den Ausgaben kürzt, die mitfinanziert sind. Das hört sich so unschuldig an, aber mitfinanzierte Ausgaben, liebe Genossinnen und Genossen, sind genau die gemeinsamen Ausgaben für Bildung, die wir machen. Und da ist es klar, dass ein klares Signal ausgeht: Mit uns gibt es ein Startchancen-Programm. Wir investieren in die Bildung im Bund, in

den Ländern und in den Kommunen, und wir schaffen dafür auch die nötige Grundlage. Deswegen danke dafür, dass ihr das so klar in den Antrag hineingeschrieben habt.

(Beifall)

Dann will ich noch ein Zweites zum Thema Startchancen-Programm sagen. Bei der Finanzierung von Bundesebene gibt es noch etwas, was der Tod jeder Gerechtigkeit im Thema Bildung ist, und das heißt Königsteiner Schlüssel. Denn Bildungschancen und Bildungsmöglichkeiten sind in diesem Land nicht gleich verteilt. Deswegen kann sozialdemokratische Bildungsfinanzierung auch nicht gleich über alle Schulen verteilt sein. Das muss dort ankommen, wo die Not am größten ist, liebe Genossinnen und Genossen. Auch dafür müssen wir klar kämpfen.

(Beifall)

Dann will ich noch eine Sache sagen, weil Madita dafür vor mir war. Es ist richtig: Wir haben ganz viel zu tun in der Wissenschaft. Wir müssen dafür kämpfen, dass das BAföG mehr wird. Da sind wir dabei. Da hat Rolf klare Worte gesagt. Wir müssen dafür kämpfen, dass die Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft endlich besser werden. Da sind wir glasklar dabei. Carolin Wagner kämpft für uns jeden Tag in der Fraktion darum, dass wir ein gutes Wissenschaftszeitvertragsgesetz kriegen. Deshalb bin ich froh, dass wir das in diesem Antragsbereich auch noch einmal an die Bundestagsfraktion überweisen. Denn ich kann euch versprechen, wir setzen uns dafür ein, dass es in dieser Koalition und damit in diesem Land besser wird. – Danke schön.

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Ruppert. – Jetzt ist Nina Gaedike an der Reihe. Ihr folgt Marvin Kliem.

Zum weiteren Verlauf: Nicht wundern, auf Platz 4 steht Sören Platten. Er hat darum gebeten, ein bisschen später zu reden, weil er gerade noch in einem wichtigen Gespräch ist, sodass Sören quasi ein Stück nach hinten rutscht, aber die Rednerreihenfolge auch quotiert so fortgesetzt wird. – Nina, du hast das Wort.

Nina Gaedike, *Nordrhein-Westfalen:*

Danke. – Liebe Genoss*innen! Die Ausbildungsplatzgarantie ist endlich Realität. Fast 2 Millionen junge Menschen ohne Perspektive, ohne qualifizierenden Berufsabschluss hängen im Übergangssystem und bekommen dadurch jetzt eine Hand gereicht. Der individuelle Rechtsanspruch ist da, und mich macht das sehr, sehr glücklich.

(Beifall)

Aber, liebe Genoss*innen, wir sollten so ehrlich sein: Die Ausbildungsplatzgarantie kam nicht, weil die SPD in der Regierung es so ernst damit meinte, sondern weil die Gewerkschaften Druck gemacht haben. Wir sind mit DGB-Jugend und Jusos gerannt. Das haben wir gemacht, weil wir es können. Und wenn Hubertus und die Partei das eben brauchten, um zu checken, dass wir uns nicht am langen Arm verhungern lassen, dann haben wir es auch gerne gemacht, weil wir es können, und haben damit einmal mehr bewiesen: Wir stehen solidarisch mit unseren Kolleg*innen. Wir haben Protestbriefe geschrieben, wir haben Veranstaltungen geplant und wir haben öffentlich Druck gemacht. Wir haben uns bundesweit vernetzt und haben bewiesen, dass wir uns als junge Generation nicht abspeisen lassen, wenn es um unsere Zukunft geht.

Also sage ich heute: Mega, dass der Rechtsanspruch endlich da ist. Dafür haben wir ganz schön geackert. Aber der Kampf ist noch nicht vorbei. Eine Ausbildung bedeutet für viele das Raus aus der Armut. Eine Ausbildung bedeutet gesellschaftliche Anerkennung und Teilhabe. Eine Ausbildung verwehrt zu bekommen bedeutet genau das Gegenteil: ein substanziell höheres Armutsrisiko, und zwar strukturell bis ins hohe Alter, schlechtere Bildungschancen auch für die eigenen Kinder und Ausschluss von Orten gesellschaftlicher Teilhabe. Und weil wir das wissen, haben wir erst die Ausbildungsplatzgarantie im Bundestagswahlkampf vorangestellt, sie dann in den Koalitionsvertrag verhandelt, und nun ist sie Realität.

In NRW stehen wir als Partei, Jusos und Gewerkschaften zusammen. Gemeinsam gehen wir aber nicht nur am 1. Mai auf die Straße, sondern wir machen zusammen deutlich: Für mehr Perspektive und eine gerechte Verteilung der Ausbildungskosten brauchen wir jetzt mehr, und zwar die Umlagefinanzierung.

(Beifall)

Denn inzwischen bilden in Deutschland nicht einmal mehr 20 Prozent der Betriebe aus, und das für 100 Prozent der Wirtschaft. Das geht nicht. Bremen – Danke an die Genoss*innen – macht vor, wie es geht und hat die Umlage beschlossen. Das heißt, Betriebe, die nicht ausbilden, müssen zahlen. Denn wenn Arbeitgeber*innen keine Gelegenheit auslassen, sich über den Fachkräftemangel zu beschweren, sich dann aber aus der Verantwortung stehlen und eben nicht ausbilden, dann muss die Umlage jetzt her.

(Beifall)

Liebe Genoss*innen, als Sozialdemokratie darf unsere Bündnisarbeit mit den Gewerkschaften niemals Selbstzweck sein. Denn der Arbeitskampf unserer Kolleg*innen bedeutet Demokratisierung, Lohngerechtigkeit und Teilhabe. Gemeinsam kämpfen wir für sinnstiftende, gute Arbeit. Aber es sind unsere Kolleg*innen in den Betrieben, in den Tarifrunden und bei den Streiks, die vorangehen.

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Liebe Nina, kommst du bitte zum Punkt?

Nina Gaedike, *Nordrhein-Westfalen:*

Deshalb: Wer nicht ausbildet, wird umgelegt. Gehen wir es an und schaffen auch noch die Umlagegarantie! – Freundschaft und Glückauf!

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Nina. – Der nächste Redner ist Marvin Kliem. Ihm folgt Sophie Frühwald.

Marvin Kliem, *Bayern:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Allen Kindern in dieser Gesellschaft alle Rechte. Die Sozialdemokratie war und ist – und gerade diese lebendige Debatte hier zeigt es sehr deutlich – immer die politische Kraft in diesem Land, die unmissver-

ständlich immer auf der Seite der Schwächsten, unserer Kinder, stand und steht. Wir sind die politische Kraft, die allen Kindern alle Rechte gewährt. Deswegen ist es jetzt so wichtig, dass wir heute an dieser Stelle einen so richtungsweisenden Antrag beraten. Danke an dieser Stelle auch wirklich für diesen tollen Antrag und an alle Beteiligten am Prozess.

Ich selber bin als Nachwendekind in eine ganz schreckliche Familiensituation im Osten dieses Landes hineingeboren: alleinerziehende Mutter am Rande der Gesellschaft, sehr schlechte rechtsextreme Freundeskreise, keine Arbeit, keine Perspektiven, und dazwischen ein ungewolltes Kind. Gewalt stand auf der Tagesordnung. Alles andere war egal. Ich war eines dieser Kinder am Abgrund. Ich war eines dieser Kinder, gewöhnlich ohne Perspektive. Ich war aber auch eines dieser Kinder, das unfassbar viel Glück hatte und sich selbst aus dieser Lage herauskämpfen konnte und in eine wunderbare Pflegefamilie kam.

(Beifall)

Traurig aber ist, dass die meisten Kinder aus Armutsfamilien da nicht selbstständig herauskommen. Ganz im Gegenteil. Und es kann uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht kalt lassen, was mit den schwächsten Gliedern in unserer Gesellschaft passiert, und es lässt uns auch nicht kalt. Aus diesem Grund kämpfen wir auch Tag für Tag für alle Chancen für unsere Kinder, und der Wind weht wirklich hart in unser Gesicht. Wir kämpfen dennoch weiter für eine Kindergrundsicherung. Wir kämpfen weiter für Kinderrechte im Grundgesetz. Und wir kämpfen weiter für Aufstieg durch Bildung für alle Kinder in diesem Land, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Kein einziges Kind soll aufgrund von finanziellen Umständen hungrig in unseren Bildungseinrichtungen sitzen. Kein Kind darf aufgrund des Geldbeutels der Eltern keine Perspektiven im Leben haben. Wir garantieren, dass wir alles dafür tun, die bestmöglichen Bildungseinrichtungen für alle Kinder zu gewährleisten. Wir als Sozialdemokrat*innen sind die einzigen, die für richtige Bildungsgerechtigkeit an jeder Stelle kämpfen.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Sozialdemokratie ist die einzige Stimme, die Kindern alle Rechte gewährt. Das ist Teil unserer sozialdemokratischen DNA. Wir sind die Partei, die auf alle Kinder schaut und allen Kindern Rechte gibt. Jedes Kind hat das Recht auf beste Bildung. Das ist ihre Chance, aus der Armut herauszukommen. Das ist ihre Chance auf eine eigene Perspektive im Leben. Das ist ihre Chance, sich zu verwirklichen, ein gleichberechtigter Teil der Gesellschaft zu werden.

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Marvin, kommst du bitte zum Ende?

Marvin Kliem, *Bayern:*

Allen Kindern alle Rechte, liebe Genossinnen und Genossen. Bitte unterstützt diesen wunderbaren Antrag!

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank an dich. – Die nächste Rednerin ist Sophie Frühwald. Ihr folgt Apostolos Tsalastras.

Sophie Frühwald, *Hessen-Nord:*

Liebe Genossi*nnen! Unsere Welt und unsere Gesellschaft verändern sich rasant schnell und gleichzeitig manchmal wie eine Schnecke. Ich finde es unglaublich frustrierend, dass ich vor 13 Jahren das erste Mal bei den Juso-Schüler*innen war und viele der Forderungen, die wir in diesem Antrag behandeln, auch damals schon aktuell waren. Es ist erschreckend, wie wenig wir vorangekommen sind, und es ist umso wichtiger, dass wir den Bildungsaufbruch endlich umfassend mit allen gemeinsam wagen – im Bund, in den Ländern und in den Kommunen.

Ich bin deshalb sehr dankbar für diesen Antrag. Egal, ob es ein Kooperationsgebot ist, die bessere Bezahlung von Lehrkräften, die Stärkung der Berufsschulen in der Fläche oder unsere Konzeption von Weiterbildung als lebenslanges Lernen – der Kampf für Chancengleichheit ist Teil unserer sozialdemokratischen DNA. Genau deshalb müssen wir jetzt allen entgegentreten, die angesichts von PISA und anderen Erhebungen das propagieren, was doch auch schon in den letzten Jahrzehnten grober Quatsch war: mehr Druck, mehr Schablonen für ganz verschiedene Schüler*innen, mehr Arbeit für überlastete Erzieher*innen und Lehrer*innen, mehr Elitenbewusstsein für die wenigen. Damit zementieren wir die hohen Mauern, die viele schon heute zu überwinden haben. Das geht auch anders. Das muss auch anders gehen, zum Beispiel mit einem schulscharfen Sozialindex, damit wir wegkommen von Leuchttürmen, von denen meist die profitieren, die eh schon privilegiert sind. Wir brauchen gute Kitas, Schulen und Berufsschulen in der Fläche. Was hilft Exzellenz in Frankfurt oder Darmstadt, wenn es in Offenbach oder im Marburger Hinterland an allen Ecken in der Bildung nicht reicht? Das geht mit konsequenter Inklusion und längerem gemeinsamen Lernen, von dem nachweislich die vielen und nicht wie bisher die wenigen profitieren. Das geht mit einer stabilen Bildungsfinanzierung. Das geht – Nina hat es gesagt – mit einer Mindestausbildungsvergütung, die diesen Namen auch verdient hat. Das geht, indem wir Schulen und andere Lernorte nicht mehr als Fabrik für Fachkräfte, sondern endlich als Lebensraum begreifen – einen Lebensraum, den alle, die dort kurz oder lang wohnen, gemeinsam gestalten.

Wir haben das dieses Wochenende immer wieder gehört. Konservative schauen relativ verächtlich, wenn wir über Mitbestimmung reden. Aber das autoritäre Bildungskonzepte für die Demokratie ins Leere laufen, können wir nicht nur historisch beobachten, das würden wahrscheinlich auch die meisten hier in diesem Raum aus persönlicher Erfahrung unterschreiben. „160 Jahre stabil gegen rechts“ – das muss doch bedeuten, dass wir mit der Demokratisierung so früh wie möglich anfangen. Es gibt keine bessere Brandmauer als ein Bildungssystem, das mündige Demokrat*innen in seinen Mittelpunkt stellt, -

(Beifall)

- ein Bildungssystem, das Vielfalt als Chance begreift, ein Bildungssystem, das nie für Verwertungslogik und immer für den einzelnen Menschen gedacht ist,

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Liebe Sophie, kommst du bitte zum Ende?

Sophie Frühwald, *Hessen-Nord:*

– ein Bildungssystem, für das wir uns bei nachfolgenden Generationen nicht entschuldigen müssen. Die Lernenden dieser Welt haben nichts zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen. Lasst uns das an ihrer Seite tun. – Freundschaft und Glückauf!

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Damit bitte ich Apostolos an das Mikrofon. Danach ist Josefine Koebe an der Reihe.

Apostolos Tsalastras, *Nordrhein-Westfalen:*

Liebe Genossinnen und Genossen! 1813, als Dänemark nach dem verlorenen Krieg gegen England finanziell völlig am Ende war, beschloss König Christian VIII., den Haushalt für Kultur und Bildung zu erhöhen. Auf den Protest des Finanzministers antwortete der König: Arm und elend sind wir sowieso. Wenn wir jetzt auch noch dumm werden, können wir aufhören, ein Staat zu sein. – Was für ein weiser Satz!

(Beifall)

Jetzt geht es uns in Oberhausen vielleicht nicht so elend wie Dänemark zu dieser Zeit, aber als mit am höchsten verschuldete Stadt kann ich das ein Stück weit nachvollziehen. Obwohl wir so verschuldet sind, leisten wir uns ein Kitaangebot, das flächendeckend die Kinder möglichst frühzeitig versucht, für die Schule und für das für das Leben danach zu bilden. Das ist eine sehr schwierige Aufgabe, weil das Kitaangebot und das Betreuungsangebot für Kinder in Nordrhein-Westfalen nicht ausreichend finanziert wird. Das macht es für Kommunen wie Oberhausen, Kommunen im Ruhrgebiet und in anderen Städten, die vom Strukturwandel gebeutelt sind, extrem schwierig, dieses Angebot so aufzustellen, dass das, was wir hier als Anspruch formuliert haben, auch verwirklicht werden kann. Deswegen bin ich auch den Kollegen aus Niedersachsen dankbar, dass sie darauf hinweisen. Die Realität ist eine absolut andere. Wenn wir sie ändern wollen, dann sollten wir in den Antrag hineinschreiben, dass, wenn wir die Eltern anschreiben sollen, wir dann auch die Kitas zur Verfügung stellen. Das wäre Voraussetzung dafür, dass das dann auch gelingen kann.

(Beifall)

Wir leisten uns in Oberhausen einen offenen Ganztag, obwohl der nach wie vor freiwillig ist, mit einer Abdeckung von 80 Prozent. Das ist eine enorm schwierige, auch finanziell zu leistende Aufgabe. Das machen wir trotzdem, weil wir wissen, wir haben unheimlich viele Kinder in prekären Lebensverhältnissen. Da ist es besser, sie sind in der Schule als zu Hause. Ihr seht, Bildung hat auch noch zusätzliche Aufgaben, die sie in schwierigen Kommunen erfüllen muss.

Das Dritte, was wir uns leisten, ist ein zweiter Bildungsweg, weil wir unheimlich viele Kinder und Jugendliche haben, die die Schule nicht schaffen. Die brauchen eine zweite Chance, liebe Genossinnen und Genossen – eine zweite Chance, um trotzdem die Kurve zu kriegen und eine mögliche Berufsausbildung machen zu können, vielleicht sogar studieren zu gehen. Ich glaube, gerade dieser zweite Bildungsweg ist in den Kommunen mit besonderer Strukturschwäche und hohen sozialen Ansprüchen und Problemen eine ganz wichtige Aufgabe. Sie fehlt bei uns in unserem Antrag, liebe Genossinnen und Genossen. Deswegen möchte ich euch bitten, den Änderungsantrag, den wir aus Nordrhein-Westfalen gestellt haben, zum zweiten Bildungsweg zu unterstützen und den in den Antrag aufzunehmen.

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Kommst du bitte zum Ende?

Apostolos Tsalastras, *Nordrhein-Westfalen:*

Liebe Genossinnen und Genossen, das ist ein wunderbarer Antrag. Ich glaube, mit kleinen Veränderungen sind wir auf dem richtigen Weg. – Vielen Dank. Glückauf!

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank an dich. – Ihr könnt mir glauben, ich gehe nicht gerne am Ende der Redezeit dazwischen. Aber da wir noch einige Redner vor uns haben und gut durchs Programm kommen wollen, seht es mir nach. Wenn ihr schon fünf Sekunden, bevor die Zahl rot wird, in den letzten Satz einsteigt, erspart ihr mir das Eingreifen.

Josefine ist an der Reihe. Danach hören wir Raed Saleh zu.

Josefine Koebe, Hessen-Süd:

Danke. – Liebe Genossinnen und Genossen! Lasst mich mit einer kurzen Anekdote aus meinem Landtagswahlkampf anfangen, den ich kürzlich im südlichen Hessen und an der schönen Bergstraße führen durfte. Da ist mir vor allem mein Opa noch im Ohr – der wurde gestern übrigens 85 , mein alter Wahlkampfstratege –

(Beifall)

- Danke. Das richte ich ihm aus. – Der sagt immer: Fini, rede nicht immer so viel über Kitas. Denk doch auch mal an die Alten und alle anderen. – Ich habe Opa das erwidert, was ich euch heute mitgeben will. Wenn ich über Kitas und wenn ich über gute Schulen und wenn ich über Bildungschancen sprechen will, dann denke ich sowohl an die alten als auch an alle anderen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist Zeit, dass wir auf ein Wort verzichten, was leider auch ein sozialdemokratischer Kanzler – es war nicht Olaf – geprägt hat. Wenn unter den ersten drei Gründen, warum dringend notwendige ausländische Fachkräfte nicht zu uns kommen, unzureichende Kinderbetreuung steht, dann ist das kein Gedöns.

(Beifall)

Wenn inzwischen mehr als ein Viertel des kommunalen Haushalts meiner Heimatstadt Bensheim für Kinderbetreuung draufgeht und die Kommunen keine Kohle für Schwimmbäder, Bibliotheken und andere wichtige Dinge mehr haben, dann ist das auch kein Gedöns.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin vor zehn Jahren Mitglied in dieser Partei geworden. Ich bin eine von euch geworden aus genau dem Grund, weil ich weiß, dass ihr das auch so seht. Das ist kein Gedöns. Aber ich bin felsenfest davon überzeugt, dass wir mehr Bund in dieser Bildungsdebatte brauchen. Deshalb wünsche ich mir auch – das ist jetzt ein Protokoll an Olaf , dass wir überlegen könnten, ob dieses Thema nicht auch ein guter Kandidat für eine Prioritätenliste für eine Bundestagsrede sein könnte. Denn mit unseren sozialdemokratischen Lösungen, die wir – da möchte ich auch noch einmal ganz herzlich Danke an Saskia sagen – in diesem Antrag präsentieren, werden wir konkret. Das sind

unsere sozialdemokratischen Lösungen. Ich will noch einmal sagen: Nichts gegen die Rede, Olaf. Du hast mich gestern wirklich berührt. Du hast mich mitgenommen, und ich glaube, viele von uns hier in diesem Raum auch.

(Beifall)

Aber hey, es gab PISA. Meine Vorrednerinnen und Vorredner in dieser wirklich sehr spannenden Debatte haben schon vieles gesagt. Deshalb möchte ich noch einmal daran appellieren, dass wir diesen dringenden Aufbruch auch wirklich ernst meinen und auf alle Ebenen wieder mitnehmen.

Es ist von Katharina Spieß angesprochen worden: Die dringend notwendigen –

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Liebe Josefine, es ist rot.

Josefine Koebe, *Hessen-Süd:*

Bin ich schon am Ende? Das kann doch nicht sein. – Dann sage ich meinen Schlusssatz. Ich will eigentlich noch einen Änderungsantrag einbringen. Der ist nur kurz. Das ist nicht elementar. Aber ich würde gerne, dass wir bei der kostenlosen Verpflegung für Kinder nicht erst in der Schule anfangen, sondern das schon auf die Kita ausweiten.

(Beifall)

Ich will die klare Botschaft: Für jedes Kind ein warmes Mittagessen jeden Tag. Und zwar liegt es daran, dass jedes dritte Kind morgens in der Schule sitzt und nichts im Bauch hat – jedes dritte Kind. Ich freue mich, wenn ihr mit mir mitmacht. – Danke.

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Liebe Josefine, vielen Dank. Die Botschaft ist angekommen. – Raed, du hast das Wort. Danach kommt Antje Junghans an die Reihe.

Raed Saleh, *Berlin:*

Liebe Genoss*innen! Ich habe eine Bitte in Richtung der Bundestagsfraktion. Lieber Rolf, ich war mega stolz auf euch, auf meine Bundestagsfraktion, als ich gehört hatte, dass ihr in den Themenfeldern politische Bildung in all den Themen, die junge Menschen demokratiefähig machen sollen, stärken sollen, ihre eigene Meinung zu bilden, stärken sollen, ihren eigenen Weg zu gehen, gesagt habt, ihr nehmt die Kürzungen zurück. Lieber Rolf, dafür erst einmal ein ganz großes Dankeschön für die gesamte Fraktion auf Bundesebene. Vielen Dank!

(Beifall)

Meine Bitte, die ich damit verbinde, bleibt dabei, auch wenn es jetzt mit dem Haushalt schwieriger wird. Schützt diesen

sensiblen Bereich! Stärkt diesen Bereich, der am Ende notwendig ist, dass eine Gesellschaft letztendlich in der Lage ist, sich auch zu verteidigen – auch in der Zukunft – gegen die Ewiggestrigen! Meine Bitte ist: Lasst uns das auch in den Ländern tun.

Bei uns in Berlin beschließen wir höchstwahrscheinlich am Donnerstag unseren Haushalt. Wir haben die Bereiche Prävention, politische Bildung, Kampf gegen Antisemitismus, Kampf gegen Islamfeindlichkeit und antimuslimischen Rassismus und das klare Ja zu einem Land der Vielfalt und zu einem Land der Vielen gestärkt, und zwar verdoppelt bis verdreifacht. Ich glaube, jeder Cent in dem Bereich ist gut angelegtes Geld für die Zukunft Deutschlands, liebe Genossinnen und Genossen. Jeder Cent ist gut angelegtes Geld.

(Beifall)

Warum sage ich das? Weil es tatsächlich mittlerweile so ist, dass viele Menschen immer leichter im Internet über verschiedene Plattformen konsumieren. Unsere Aufgabe in einer wehrhaften Demokratie – Rolf hat es vorhin beschrieben – ist es doch, immer wieder auch Instrumente und Möglichkeiten zu finden, immer wieder junge Menschen zu befähigen, sich ihre eigene Meinung zu bilden. Wir brauchen starke Demokratinnen und Demokraten, um eine starke Demokratie zu haben, um letztendlich unsere Demokratie zu verteidigen, liebe Genossinnen und Genossen. Deswegen ist es so notwendig, in dem Bereich zu investieren.

(Beifall)

Vorhin habe ich eine Kollegin kennengelernt. Sie ist die Vertreterin der Kitas der Elternschaft in ganz Deutschland. Sie hat gesagt: Ich bin heute hier, weil ich glaube, dass die SPD die Partei ist, die das am besten verkörpert. Sie sagte mir, dass sie sogar vor zwei Monaten in die SPD im Oberhavelland eingetreten ist mit der Begründung der starken Bildung und gemeinsam den Ewiggestrigen die Stirn zu bieten. Liebe Katharina, willkommen bei der deutschen Sozialdemokratie! Willkommen!

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Raed. – Jetzt ist Antje an der Reihe. Dann können wir Sören Platten zuhören.

Antje Junghans, *Sachsen:*

Liebe Genossinnen und liebe Genossen! Als Sonderpädagogin, die unter doch auch schwierigen Bedingungen im wunderschönen Meerane – ich glaube, ihr werdet es wissen – in Sachsen arbeitet, bin ich froh, dass wir hier gut und intensiv über Inklusion in der Bildung sprechen. Es geht eben nicht nur um Lesen, Schreiben und das Einmaleins. Versteht mich nicht falsch, das sind alles relevante Inhalte, aber es ist nicht alles. Unsere Gesellschaft braucht mehr Demokratie, mehr ernsthaften Dialog und mehr Solidarität. Doch das fällt alles nicht vom Himmel. Das entsteht nicht im luftleeren Raum. Das muss man lehren und lernen. Dazu rate ich euch: Nutzt das, was wir haben! Nutzt die Diversität, die wir in den Klassenzimmern haben! Teilt nicht auf, sondern verbindet! Inklusion geht nicht zum Nulltarif. Inklusion ist kein Randthema, und gute Bildung kostet einfach Geld. Das muss allen klar sein. Dafür muss sich jeder und jede vehement einsetzen.

(Beifall)

Wenn es darum geht, was wir mit dem Geld machen – noch einfacher: Fragt einfach Praktiker*innen. Das Rad muss nicht neu erfunden werden. Wir haben hervorragende Konzepte und Beschlusslagen. Wir müssen sie nur konsequent umsetzen und nicht auf halbem Weg damit aufhören. Macht euch stark, setzt klug Prioritäten! Das erwarte ich vom Parteivorstand, von der Bundestagsfraktion, von allen Landesverbänden, von den Kreisräten und von den Stadträten.

Zum Schluss: Saskia, vielen Dank, dass du unsere Stütze im Bildungsbereich bist.

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Antje. – Jetzt ist Sören an der Reihe, und danach kommt Christine Streichert-Clivot.

Sören Platten, *Hamburg:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Saskia, ich möchte mich aus Hamburg auch noch einmal ganz herzlich für diesen guten Antrag bedanken.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, wir sind uns hier als SPD alle einig, und niemand kann es bestreiten, dass gleiche Chancen – und für mein Verständnis müssen Chancen gleich sein, damit sie gerecht sind – der beste Weg sind, um zu einer wirklich gerechten Gesellschaft beizutragen. Deswegen ist es gut, dass wir das auch mit einem Leitantrag noch einmal schwerwiegend hier auf diesem Parteitag abbilden, Genossinnen und Genossen. Ein Mittel, um das zu erreichen, sind kostenlose Kitaplätze. Es ist gut, dass die in diesem Antrag auch so prominent hervorgehoben werden.

Viele haben sich die Augen gerieben, dass sich Hamburg, für einen Stadtstaat durchaus nicht selbstverständlich, in den PISA-Rankings in den letzten Jahren kontinuierlich nach vorne gearbeitet hat. Nun kann man lange darüber diskutieren, ob PISA jetzt noch so repräsentativ ist oder ob es da auch andere Möglichkeiten gäbe, Bildungsfortschritt zu bemessen. Aber irgendetwas wird das ja schon aussagen. Das hängt aus unserer Sicht zum einen ganz viel mit der langjährigen guten Arbeit zusammen, die unser sehr engagierter Schulsenator Ties Rabe gemacht hat.

(Beifall)

Aber es liegt eben auch daran, dass wir unter Olaf Scholz, damals noch als Bürgermeister in Hamburg, jede Woche ganz viele Stunden kostenlose Kitaplätze bereitgestellt haben, Genossinnen und Genossen. Denn dort werden Strukturen geschaffen und Strukturen gelebt. Dort werden Sprachbarrieren überwunden. Dort werden Zusammenhalt gelebt und erste Inhalte vermittelt. Damit schafft es wirklich gute Startchancen in eine weitere Bildungskarriere. Natürlich ermöglicht es auch beiden Elternteilen, wieder in die Berufstätigkeit zurückzukehren.

Genossinnen und Genossen, es ist daher gut, dass wir uns als SPD bundesweit dafür einsetzen, dass Kitaplätze kostenlos werden, dass sie auch verfügbar sind. Es bringt ja nichts, wenn sie in der Theorie kostenlos sind, aber dann nicht zur Verfügung stehen, Genossinnen und Genossen. Es ist gut, dass wir das hier auf den Weg bringen.

Wir haben viel darüber gesprochen, was für Ressourcen auch mobilisiert werden müssen, damit das von den Ländern und Kommunen geleistet werden kann. Auch das ist eine gute Sache. Aber ich bin mir ganz sicher, dass wir das gemein-

sam schaffen werden.

Ein weiterer Aspekt, der aus unserer Sicht für mehr Chancengleichheit wichtig ist, sind Ganztagsangebote. Auch damit haben wir in Hamburg gute Erfahrungen gemacht. Auch das findet sich hier in dem Antrag sehr prominent wieder. Deswegen ist das eine gute Sache. Genossinnen und Genossen, vielen Dank für diesen wirklich schwerwiegenden guten Antrag. Ich glaube, damit sind wir auf einem guten Weg, setzen ein gutes Zeichen hier als Bundesparteitag heute. Wir wünschen ihm ganz viel Erfolg. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank. – Dann freuen wir uns auf den Redebeitrag von Christine und hören damit der zukünftigen KMK-Präsidentin zu.

(Beifall)

Auf dich folgt Ana-Maria Trăsnea.

Christine Streichert-Clivot, *Saarland:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin verdammt froh und stolz, heute hier zu euch reden zu dürfen: einmal, weil ich schon nächstes Jahr 25 Jahre Mitglied dieser Partei bin und die Bildungspolitik mich damals im Wahlkampf 1998 in diese Partei gebracht hat und weil ich hier als ein Arbeiterkind vor euch stehe. Ich habe als erstes Kind meiner Familie Abitur gemacht. Ich habe erlebt, wie Schule funktioniert, gerade dann, wenn man unter Umständen nicht die sozioökonomischen Voraussetzungen hat. Das ist das, was mich bis heute antreibt.

Als Ministerin für Bildung und Kultur des Saarlands darf ich leider auch immer wieder feststellen, dass wir an diesem Punkt noch ganz schön viel zu tun haben.

Ich will mich bei der Analyse der PISA-Ergebnisse gar nicht an den Leistungen der Schülerinnen und Schüler festhalten, sondern noch mal auf eine zentrale Feststellung, die diese Untersuchung ergeben hat, noch mal rekurrieren: Der Zusammenhang zwischen Bildungserfolg und sozioökonomischer Herkunft ist in Deutschland extrem groß. Das bedeutet leider immer noch, dass Kinder mit Migrationshintergrund oder Fluchterfahrung in unseren Schulen nicht die notwendige Unterstützung kriegen. Das bedeutet leider immer noch, dass Kinder, die daraus eine seelische Belastung entwickeln, nicht die Hilfe kriegen, die sie benötigen.

Kinder aus sozioökonomisch schwachen Verhältnissen, also Kinder, deren Eltern hart arbeiten müssen, die wenig Geld verdienen und die sich dann abends zu Hause noch um die Hausaufgaben kümmern sollen, haben definitiv einen Nachteil. Wir haben als Sozialdemokratie schon viele wichtige Antworten darauf gefunden. Ich danke Saskia ganz herzlich, dass sie heute an diesem Tag so einen großen Raum für eine bildungspolitische Debatte gibt, die nicht das „Blame Game“ macht, was wir sonst immer gerne machen. Unter „Blame Game“ verstehe ich: Die Kommunen machen nicht genug, die Länder machen nicht genug, der Bund macht nicht genug. Liebe Genossinnen und Genossen, das bringt uns echt nicht weiter. Wir brauchen eine aktiv gestaltete Transformation durch Bildung – gemeinsam.

(Beifall)

Lasst uns bei den Kleinsten anfangen: Kitaplätze schaffen. Ich teile da nicht die Meinung, die heute schon kundgetan wurde. Ich finde, wir müssen alles dafür tun, dass jedes Kind, das einen Kitaplatz braucht, und jede Familie, die einen Kitaplatz wünscht, diesen auch kriegt. Da kann ich mich nicht zurücklehnen und sagen, das ist so.

(Beifall)

Lasst uns eine bessere Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher machen, die bezahlt ist. Da gibt es in den einzelnen Ländern schon ganz viele Kraftanstrengungen. Es ist auch immer eine politische Entscheidung in den Ländern, das zu tun. Lasst uns gemeinsam finanzielle Hürden abbauen. Ich bin total stolz darauf, dass das in unserem Bundesland gelungen ist. Wir haben ab dem 1. Januar 2027 im Saarland keine Elternbeiträge mehr an unseren Kitas, und das ist eine wichtige Grundlage dafür.

(Beifall)

Ich könnte euch so viel sagen, aber leider habe ich meine Redezeit schon überzogen.

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns das nächste Jahr gemeinsam angehen. Ich werde alles dafür tun, auch in der KMK-Präsidentschaft diese Themen voranzubringen, mehr multiprofessionelle Teams, echter Respekt gegenüber Kindern und Jugendlichen und vor allem mehr Mitbestimmung an unseren Schulen, sodass das, was insbesondere die Vertreterinnen und Vertreter der Schülerinnen und Schüler heute hier schon gesagt haben, auch Wirklichkeit wird. – In diesem Sinne ein herzliches Glück auf!

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Christine. Wer die KMK kennt, der weiß, wir wünschen dir viel Kraft und viel Durchsetzungsvermögen an der Stelle.

Jetzt kommt Ana-Maria ans Rednerpult. Dann haben wir als letzten Redner noch Andreas Stoch. Danach steigen wir in die Antragsabstimmung ein.

Ana-Maria Trăsnea, *Berlin:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Saskia, vielen Dank für diese Initiative, für starke Bildung, für mehr Miteinander statt Gegeneinander. Auch danke dir, Christine. Danke meinen vielen Vorrednerinnen und Vorredner für diese klaren Signale. Danke auch an Rolf für die klaren Worte zu den Investitionen, die auch für junge Menschen notwendig sind. Ich glaube, all diese Dinge müssen wir miteinander bereithalten.

Liebe Genossinnen und Genossen, ihr kennt das: Es braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind großzuziehen. Wer kennt dieses Sprichwort nicht? Eine rhetorische Frage an dieser Stelle. Bildung ist also mehr als Schulunterricht. Deshalb möchte ich auch an dieser Stelle ein Plädoyer dafür halten, multiprofessionelle Teams zu stärken, und das sind, liebe Genossinnen und Genossen, eben auch die Respekt-Coaches. Wir haben multiprofessionelle Teams an Schulen, die wie ein Dorf agieren. Das ist in manchen Ländern Schulsozialarbeit. Das sind die Respekt-Coaches als Bundesprogramm, wo sie als Mediatoren reingehen, wenn Konflikte in der Gesellschaft polarisiert werden. Es sind Angebote politischer Bildungsträger oder auch NGOs wie „Schulen ohne Rassismus – Schulen mit Courage“.

Wir haben, liebe Genossinnen und Genossen, seit dem 7. Oktober mehr denn je den Mehrwert von multiprofessionellen Teams gesehen, seitdem es eine Eskalation in einem nie dagewesenen Maße in Nahost gibt. Dieser Nahostkonflikt wirkt sich eben auch an den Schulen aus. Er wirkt sich auch auf den sozialen Frieden aus.

Ich möchte deutlich machen. Im Deutschen Bundestag ärgert es mich als Jugendpolitikerin einfach immer wieder, wenn ich merke, dass die Bundesministerin für Jugend, Paus, an dieser Stelle einfach sagt, die Kassen sind knapp, mit den Achseln zuckt und sagt: „Na ja, die Respekt-Coaches müssen wir dann einstampfen." Ich sage, das ist ein falscher Weg, meine lieben Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir müssen hier für finanzielle Grundlagen sorgen, die eben keine Feuerwehrmentalität ausstrahlen, sondern deutlich machen: Wir sichern Demokratieerziehungsarbeitsinstrumente dauerhaft. Deshalb möchte ich einen Ergänzungsantrag zu B01 einbringen, der wie folgt lautet:

„Die bewährten Strukturen der Demokratieerziehung sollten wir dabei nicht ins Leere laufen lassen. Multiprofessionelle Teams wie die Respekt-Coaches stärken die Chancengerechtigkeit an Schulen und leisten effektive Hilfe bei der Prävention von Antisemitismus, von Rassismus und Menschenfeindlichkeit am Querschnitt Schule, Jugend und politische Bildung. Beim Startchancen-Programm für Schulen soll das Projekt des Respekt-Coaches in Abstimmung mit den Ländern überführt werden."

Mir geht es einfach darum, deutlich zu machen: Kein Kind wird als Antisemit geboren, kein Kind wird als Rassist geboren, kein Kind wird als Extremist geboren. Deshalb brauchen wir hier Unterstützung und Räume für Respekt und Empathie und eben keine neuen Projekte, die wir aus dem Boden stampfen.

(Beifall)

Ich würde mich freuen, wenn wir mit der Antragskommission zu einer Lösung kommen und ihr dieses klare Signal sendet, dass wir uns für die Respekt-Coaches als multiprofessionelle Teams an Schulen einsetzten. – Vielen Dank.

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank an dich. – Dann darf Andreas Stoch zu uns sprechen.

(Beifall)

Andreas Stoch, *Parteivorstand:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin stolz auf unsere Partei, dass wir uns am dritten Tag unseres Parteitags – und ich sehe euch an, er war durchaus anstrengend – heute Morgen diesem zentralen Thema widmen. Ich glaube, jedem ist klar – ich glaube, keinem Sozialdemokraten und keiner Sozialdemokratin muss ich es erklären -, die Bildung ist die zentrale Zukunftsfrage, wenn es um Gerechtigkeit in dieser Gesellschaft geht. Liebe Genossinnen und Genossen, deswegen war es wichtig, dass Saskia vor gut eineinhalb Jahren eine Expertengruppe, eine Kommission eingerichtet hat. Ich sage es für alle, die glauben, mit dem heutigen Tag ist diese Debatte beendet: Nein, wir legen heute die Leitlinien fest, und in den nächsten

Jahren muss Bildung das zentrale Aufstiegsversprechen der Sozialdemokratie sein, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir wissen auch: Alle die, die im Bildungsbereich arbeiten, Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, arbeiten gerade wirklich unter ganz schwierigen Bedingungen. Denen steht das Wasser teilweise bis Oberkante Unterlippe. Genau diesen Menschen müssen wir helfen. Denen müssen wir zeigen, wir haben eine Idee, wie das besser werden kann. Wenn die Konservativen jetzt Krokodilstränen vergießen, weil die PISA-Ergebnisse schlecht sind: Liebe Genossinnen und Genossen, wer über Jahrzehnte in diesem Land verhindert hat, dass frühkindliche Bildung auch wirklich als Bildung verstanden wird, der braucht keine Krokodilstränen zu vergießen. Wir als Sozialdemokratie wissen, was frühe Bildung bedeutet.

(Beifall)

Das andere Thema, das auch schon angesprochen wurde: Wir wissen doch schon lange – - Mir hat eine Bildungswissenschaftlerin, die sehr viel im internationalen Kontext forscht, einmal gesagt: „Herr Stoch, wir sind schon lange ein Einwanderungsland, aber wir haben nicht das Bildungssystem eines Einwanderungslandes, denn wer bei uns nicht in die Schubladen reinpasst, der hat schlechte oder vielleicht gar keine Chancen." Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen: Wir brauchen ein Bildungssystem, in dem wir Menschen nicht in Schubladen packen, sondern in dem jeder Mensch dort abgeholt wird, wo seine Bedürfnisse sind.

(Beifall)

Ein weiterer Veränderungsfaktor: Bildung wird zukünftig nicht nur am Anfang einer Bildungsbiografie oder eines Lebens stehen. Wir wissen doch alle, dass Transformation jeden Menschen in jedem Alter – auch während seines Berufslebens – ständig herausfordert. Also muss doch klar sein, dass wir auch für unser Bildungssystem eine Transformation brauchen, dass wir auch Menschen zu einem späteren Zeitpunkt ihres Lebens die Möglichkeit geben, wieder Bildung zu haben. Genossinnen und Genossen, wenn Menschen Angst haben, den Anschluss zu verpassen, weil sie nicht mehr die notwendigen Kompetenzen haben, dann droht eine Gesellschaft auseinanderzubrechen. Wir brauchen ein Bildungs- und Teilhabeversprechen der Sozialdemokratie für alle Menschen in diesem Land, für junge und ältere.

(Beifall)

Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, brauchen wir endlich eine vernünftige Bildungsfinanzierung. Da geht es um Geld. Da geht es nicht nur um Geld, aber auch um Geld. Es darf nicht länger so sein, dass Bund, Länder und Kommunen mit dem Finger aufeinander zeigen. Wir brauchen eine starke Bildung für alle Menschen in diesem Land. Das muss die sozialdemokratische Botschaft von diesem Parteitag sein. – Herzlichen Dank und Glück auf!

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Andreas. Bei deinem Redebeitrag kann man überhaupt nicht widersprechen, außer an einem Punkt: Von hier oben betrachtet sehen alle sehr erholt, sehr frisch, sehr kampferprobt aus, nichts mit anstrengend.

(Beifall)

Vielen Dank für die gute Debatte. Dann steigen wir jetzt in die direkte Antragsabstimmung und -beratung für den B01

ein. Für die Antragskommission hat Oliver Kaczmarek das Wort.

Oliver Kaczmarek, *Antragskommission:*

Liebe Genossinnen und Genossen, vielen Dank für das Wort und für die Debatte. Ich glaube, was heute auch noch mal deutlich geworden ist: Die SPD hat ja eine lange und gute Tradition als Partei, die gleiche Bildungschancen schafft. Wir haben das BAföG gemacht, wir haben Gesamtschulen gegründet, wir haben Universitäten gegründet, zum Beispiel bei uns im Ruhrgebiet, wo es noch keine gegeben hat, wir haben den zweiten Bildungsweg gemacht. Viele von uns haben selbst diese Bildungswege in Anspruch genommen und davon profitiert, dass Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Leitern aufgestellt haben. Ich denke, das, was wir heute vorhaben, ist nicht weniger, als ein neues Kapitel sozialdemokratischer Bildungspolitik aufzuschlagen, wo für uns klar ist – mir hat gut das gefallen; ich glaube, Marvin hat das in der Debatte gesagt , dass alle Kinder alle Chancen, alle Kinder alle Rechte bekommen. In diesem Sinne, liebe Genossinnen und Genossen, sollten wir auch diesen Antrag beraten.

(Beifall)

Ich komme direkt auf die Änderungsanträge zu sprechen. Es sind einige eingegangen. Ich werde euch mit der Hilfe des Tagungspräsidiums da entsprechend durchführen, damit wir hier eine gute Abstimmung hinbekommen.

Die Jusos haben beantragt, nach Zeile 433 einen weiteren Absatz einzuführen, der sich mit Demokratiebildung in Kitas beschäftigt. Ich lese das mal kurz vor:

„Demokratische Bildung soll nicht erst mit dem Eintritt in die Schule beginnen, sondern auch eine stärkere Rolle in der Kita spielen. Deshalb wollen wir auch im Bereich der frühkindlichen Bildung im Rahmen der gemeinsamen Erarbeitung von Konzepten und Ideen die Selbst- und Mitbestimmung von Kindern fördern und stärken."

Die Antragskommission schlägt vor, das zu übernehmen.

(Beifall)

Dann haben die Jusos noch eine Ergänzung in Zeile 587 beantragt. Dort geht es um das Thema Ausbildungsgarantie und Ausbildungsfinanzierung. Dort steht der folgende Satz:

„Wir unterstützen daher weiterhin Umlagen oder entsprechende Fondslösungen, beispielsweise branchenbezogen, dort wo unterhalb des Bedarfs ausgebildet wird."

Die Jusos beantragen jetzt, dass dieser Satz dann lautet:

„Wir unterstützen daher weiterhin Umlagen oder entsprechende Fondslösungen, beispielsweise wie in Bremen oder im Bauhauptgewerbe, dort wo unterhalb des Bedarfs ausgebildet wird."

Da haben wir noch mal konkretisiert, welche Umlagen wir meinen. Die Jusos waren, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, auch damit einverstanden, wenn wir das so übernehmen. Wir als Antragskommission würden das übernehmen.

(Beifall)

Dann komme ich zu einem kontroversen Antrag. Das ist der Änderungsantrag aus Niedersachsen, der in Zeile 158 und 159 die Streichung folgenden Satzes vorsieht:

„Alle Familien sollen deshalb spätestens zum 2. Geburtstag eines Kindes angeschrieben werden und aktiv ein Platzgebot in einer nahe gelegenen Kita erhalten."

Wenn ihr erlaubt, liebe Genossinnen und Genossen, möchte ich dazu gerne zwei Anmerkungen machen. Ulrich Watermann hat hier zu Recht gesagt, man muss sich an der Realität orientieren. Aber ich glaube, man muss sich an der ganzen Realität orientieren. Denn die Realität ist tatsächlich, dass wir einen großen Ausbaubedarf, einen großen Fachkräftebedarf im Kita-Bereich haben. Das wird niemand bestreiten. Da hat der Bund auch mitgeholfen über das Gute-Kita-Gesetz, das Franziska Giffey entwickelt hat und das weitergeführt worden ist in das Kita-Qualitätsgesetz.

Meine große Anerkennung und Wertschätzung für das, was in den Kommunen unter schwierigsten Bedingungen – Apostolos Tsalastras hat das dargestellt – geleistet wird, um Kindern einen Betreuungsplatz zu ermöglichen. Ich war selbst in einer Stadt im Ruhrgebiet im Jugendhilfeausschuss. Wir waren sehr stolz, dass wir das unter größten finanziellen Anstrengungen geschafft haben.

Die zweite Seite der Realität ist aber das, was Katharina Spieß heute Morgen gesagt hat. Katharina Spieß hat gesagt, dass es bei den Kindern, die derzeit nicht die Kita besuchen, vor allen Dingen einen ganz hohen Anteil von Kindern gibt, die den größten bildungspolitischen Bedarf haben. Die kommen erst später oder gar nicht in die Kita. Das sind die Kinder, in deren Elternhäusern nicht durchgehend Deutsch gesprochen wird. Das sind die Kinder, deren Eltern den ganzen Tag damit verbringen müssen, um überhaupt das Einkommen der Familie zu sichern. Das sind die Kinder, die teilweise nicht unterstützt werden können, weil ihre Eltern vielleicht auch chronische Erkrankungen oder psychische Erkrankungen haben usw. Ich könnte das fortsetzen.

Gerade für diese Kinder wollen wir ein Angebot machen. Wir wollen uns nicht damit abfinden, dass sie nicht in die Kita gehen, weil ihre Eltern sich nicht darum kümmern können, sondern wir müssen etwas machen, damit wir diese Kinder erreichen. Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, wollen wir vorschlagen, diesen Absatz zu belassen. Allen Kindern alle Chancen und alle Rechte. Wir wollen uns auch nicht morgens sozusagen von der Wissenschaft sagen lassen, was der Bedarf ist, und am Mittag sagen wir, das ist alles unrealistisch. Liebe Genossinnen und Genossen, wir dürfen diese Kinder nicht alleinlassen. Deswegen bitte ich euch, diesem Änderungsantrag aus Niedersachsen nicht zuzustimmen.

Der B01 ist die Lösung. Er beschreibt, wie wir das Problem beheben wollen. Er hat einen Finanzierungsteil, den wir am Freitag im Transformationsanspruch schon geklärt haben. Die Kommunen sollen damit selbstverständlich nicht alleingelassen werden. Aber wir müssen doch den Zustand erreichen, dass tatsächlich alle Kinder in die Kita gehen können und dass die, die besondere Unterstützung brauchen, von uns auch besonders unterstützt und angesprochen werden. Liebe Genossinnen und Genossen, bitte folgt dem Votum der Antragskommission.

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Oliver. Ich glaube, über die von der Antragskommission übernommenen Änderungsanträge brauchen wir nicht weiter abzustimmen. Das machen wir in der Gesamtabstimmung über den geänderten Antrag. Hier geht es aber um einen Antrag, den wir jetzt extra abstimmen müssen, denn das Votum der Antragskommission steht auf „Ablehnung".

Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Vielen Dank. Gegen-

stimmen? – Die Enthaltungen, bitte. – Die wenigen Enthaltungen konnten wir von hier oben deutlich sehen, aber bei ersten beiden dafür und dagegen müssen wir, glaube ich, noch mal gucken. Deshalb bitte noch einmal: Diejenigen, die dem Votum der Antragskommission folgen wollen, bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Vielen Dank. Noch mal die Gegenstimmen, bitte. – Wir sehen es so, dass mit ein bisschen Vorsprung dem Votum der Antragskommission gefolgt wurde.

(Beifall)

Weitere Änderungsanträge?

Oliver Kaczmarek, *Antragskommission:*

Aus dem Landesverband Schleswig-Holstein gibt es den Vorschlag, einen zusätzlichen Absatz in Zeile 235 zum Thema Inklusion an Schulen einzuführen. Wir würden den in leicht geänderter Fassung übernehmen. Ich lese das vor:

„Lernen für alle – endlich echte Inklusion an Schulen

Für echte Inklusion an unseren Schulen braucht es einen klaren politischen Willen. Viele Bundesländer haben sich auf den Weg gemacht, inklusive Bildung zu verwirklichen. Dieser Weg beinhaltet jedoch auch Rückschläge und Neuanfänge. Eine inklusive Bildung, eine inklusive Schule muss nicht nur personell und architektonisch gut aufgestellt sein. Es braucht auch den nötigen Respekt vor den Schülerinnen und Schülern. In Deutschland muss jedes Kind die Möglichkeit bekommen, einen Schulabschluss zu erhalten, der ihre oder seine Fähigkeiten aufzeigt, damit wir jedem ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen können. Inklusion braucht Augenhöhe und Selbstbestimmung.“

Und dann noch:

„Besonders für die Betreuung von Kindern mit Behinderung müssen wir den Einsatz fachlich geschulten Personals sicherstellen. Des Weiteren müssen zusätzliche Förderangebote schneller und einfacher für Erziehungsberechtigte an Schulen beantragbar sein.“

Das würden wir auch übernehmen.

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Okay. Widerspruch vom Antragsteller sehe ich nicht.

Oliver Kaczmarek, *Antragskommission:*

Dann gibt es noch den Wunsch aus Schleswig-Holstein, ein eigenes Kapitel zum Thema Hochschule einzufügen. Dazu möchte ich darauf hinweisen, dass die Kommission, die den Antrag erarbeitet hat, die Saskia ins Leben gerufen hat, nicht den Auftrag hatte, sozusagen umfassend alle Bereiche der Bildungsbiografie abzubilden, und dass deswegen das Hochschulthema hier nicht bearbeitet ist. Gleichwohl finde ich das richtig und wichtig, dass ihr das hier einbringt. Da sind auch wirklich wichtige und kluge Hinweise drin. Unser Votum wäre, diesen Änderungsantrag an den Parteivorstand

zu überweisen, mit dem Auftrag, eine wissenschaftspolitische Positionierung für das Regierungsprogramm zu erarbeiten, wo dann auch die soziale Lage von Studierenden, die Frage von guter Arbeit, von Gleichstellung an Hochschulen, Forschungspolitik mit adressiert wird.

(Beifall)

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Das Klatschen empfinde ich als Zustimmung des Antragstellers.

Oliver Kaczmarek, Antragskommission:

Genau.

Dann haben wir von den SPD-Frauen auf der Seite 157, Zeile 33 bis 38 den Wunsch, bei der Aufzählung, die dort über Bildungsaufstieg gemacht wird, herauszustellen, dass historisch im Westen eine andere Situation war als im Osten. Sie beantragen, in Zeile 33 den Satz um die Worte „waren in Westdeutschland geprägt“ usw. zu ergänzen Das würde die Antragskommission auch übernehmen, ebenso wie eine redaktionelle Änderung, wo ein Leerzeichen fehlt.

Auf der Seite 179, Zeile 550 bis 553, wird zudem folgende Umformulierung beantragt:

„An den Gymnasien und in allen anderen Schulformen muss eine lebensweltorientierte und Geschlechterstereotype hinterfragende Hilfestellung sowohl zum Hochschulstudium als auch zu anderen Ausbildungsgängen wie zum Beispiel der dualen Ausbildung stattfinden.“

Die Konkretisierung bei der Berufsorientierung würden wir als Antragskommission übernehmen.

(Beifall)

Ich komme dann zu Änderungen aus Hessen-Süd. Das betrifft einmal die Zeile 218, wo beschrieben wird, dass Diskriminierung keinen Platz in der Gesellschaft hat. Dort soll hinter „Rassismus“ noch „Ableismus“ ergänzt werden, damit deutlich wird, dass die Diskriminierung, die Menschen aufgrund einer Behinderung erfahren müssen, auch keinen Platz in der Schule hat. Das würden wir auch übernehmen. Ebenso wie zwei Ergänzungen, einmal in der Zeile 410 zum Thema Barrierefreiheit und Ausstattung von Bildungsräumen. Da wird beantragt, hinter „barrierefrei“ noch „bedarfsgerecht“ zu ergänzen. In Zeile 535, wo es um die Software geht, soll ergänzt werden:

„Zudem muss die Barrierefreiheit von Anfang an mitgedacht werden.“

Das würden wir als Antragskommission übernehmen.

Dann gibt es noch eine Ergänzung in Zeile 594. Da geht es darum, dass es „alle jungen Menschen“ und nicht nur „junge Menschen“ heißen soll, damit der inklusive Charakter auch deutlich wird. Das übernehmen wir, genauso wie die Änderung in Zeile 270. Das betrifft das Thema Ernährung/gutes Mittagessen. Da würden wir den Satz in Zeile 270 wie folgt ergänzen:

„Guter Ganztag heißt für uns auch, alle Kinder müssen in der Schule und schon in der Kita ein gutes warmes Mittagessen bekommen.“

Da müsste die Genossin aus Hessen-Süd widersprechen, wenn sie das anders sieht. Sonst würden wir das so übernehmen.

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Sehe ich nicht.

Oliver Kaczmarek, *Antragskommission:*

Ich bin gleich durch.

Noah Börnhorst hat vorgeschlagen, den Begriff „Bildungsferne“ in der Zeile 41 durch „vom Bildungssystem strukturell Benachteiligte“ zu ersetzen und in der Zeile 47 den Satz „insbesondere Armut und Bildungsferne des Elternhauses“ durch „insbesondere Armut im Elternhaus und dadurch hervorgerufene strukturelle Benachteiligungen im Bildungssystem“ zu ersetzen. Das würden wir auch übernehmen.

Dann kommen wir zu Nordrhein-Westfalen. Ilka Kottmann hat beantragt, in der Zeile 36 hinter „Bildungssystem“ die Worte „insbesondere auch durch den zweiten Bildungsweg“ zu ergänzen. Bildungsaufstieg durch den zweiten Bildungsweg, das ist unser Ding. Das wollen wir natürlich auch übernehmen. In Zeile 654 soll zudem ergänzt werden:

„Das heutige Bildungssystem verschenkt Ressourcen, und nicht jeder Mensch erreicht den Schulterschluss, der seinem Potenzial entspricht. Daher brauchen wir einen starken zweiten Bildungsweg. Einen höheren allgemeinbildenden Abschluss zu erreichen, kann ein Akt der Emanzipation und Selbstbestimmung sein.“

Das würden wir auch übernehmen.

Die letzte Änderung betrifft die Zeile 446 zum Thema Respekt-Coaches. Das hat Ana-Maria Trăsnea gerade vorgetragen. Da würden wir einen Absatz in etwas abgeänderter Form ergänzen:

„Die bewährten Strukturen der Demokratieerziehung sollten wir dabei nicht ins Leere laufen lassen. Multiprofessionelle Teams wie die Respekt-Coaches stärken die Chancengleichheit an Schulen und leisten effektive Hilfe bei der Prävention von Antisemitismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit am Querschnitt Schule, Jugend und politische Bildung.“

Da würden wir den Satz mit dem Startchancen-Programm wie folgt ersetzen wollen:

„Ihre wertvolle Arbeit wollen wir auf eine sichere Finanzierungsgrundlage stellen.“

Das ist, glaube ich, auch noch mal gut, wenn wir das für die Beratung der Bundestagsfraktion konkretisieren, und ihr seid auch einverstanden damit, ja? Dann würden wir das auch so übernehmen. Das wäre der B01.

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Oliver.

(Beifall)

Ich hoffe, auch wenn es im Raum etwas unruhig war, ihr konntet es alle gut verfolgen. Viele Änderungen, viele Übernah-

men, die den Leitantrag an einigen Stellen konkretisiert haben. Deshalb bleibt mir an der Stelle nur die Frage: Wer dem so geänderten Antrag B01 zustimmen kann, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Vielen Dank. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Enthaltungen? – Einstimmig angenommen. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Damit kommen wir noch zu den weiteren bildungspolitischen Anträgen, nämlich B02 bis B40, die ihr alle im Antragsbuch finden könnt, und zwar auf den Seiten 182 bis 209. Auch hier gebe ich an Oliver als Berichterstatter für die Antragskommission ab.

ANTRAGSBERATUNG WEITERER ANTRÄGE ZU BILDUNG, WISSENSCHAFT UND JUGEND

Oliver Kaczmarek, *Antragskommission:*

Vielen Dank. – Wir gehen einmal kurz die weiteren Themen durch. Wir haben einige Anträge, die sich vor allen Dingen auf den schulischen Bereich beziehen. Das sind die Anträge B06 bis B12. Die würden wir für erledigt befinden durch die Beschlussfassung, die wir gerade zu B01 getroffen haben. Das wäre das Votum der Antragskommission.

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Ich danke dir.

Oliver Kaczmarek, *Antragskommission:*

Oder soll ich einmal ganz durchgehen?

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Am besten einmal ganz durch, weil wir dann versuchen würden, in Gänze abzustimmen.

Oliver Kaczmarek, *Antragskommission:*

Dann haben wir die Anträge B33 bis B37, die das Thema Bundeszentrale für politische Bildung betreffen. Hier hat es ja den Vorschlag gegeben, Haushaltsmittel zu kürzen. Das haben wir umgedreht. Die Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss haben das wieder zurückerkämpft. Da wollen wir, dass die Mittelausstattung der Bundeszentrale für politische Bildung bleibt wie bisher.

Wir haben aber jetzt noch die Situation, dass wir insgesamt noch die Frage Haushalt 2024 klären müssen. Deswegen würden wir unser Votum hier abändern von „Erledigt“ in „Überweisung an die Bundestagsfraktion“. Das ist da aber – das habe ich ja, glaube ich, schon angedeutet – in guten Händen. Wir werden weiterhin dafür eintreten. Wir müssen es nur aus technischen Gründen auch noch mal an die Fraktion überweisen.

Dann haben wir einige Anträge zum Thema Wissenschaftspolitik, die sich damit beschäftigen, wie die Arbeitsbedingungen von jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sind. Die finden wir gut. Da sind sehr viele kluge, wichtige Hinweise für die weitere Arbeit drin. Wir befinden uns jedoch gerade in der Diskussion – jetzt erst mal in der Regierung, aber auch in der Koalition – um die Novelle des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes, was die gesetzliche Grundlage für die Arbeitsbedingungen von jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ist. Deswegen schlagen wir vor, das an die Bundestagsfraktion zu überweisen. Ruppert Stüwe hat gerade schon als Fraktionsmitglied gesprochen. Das sind uns wichtige Anliegen. Das Schutzbedürfnis von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gilt auch für junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Lasst uns das in die Gesetzgebung mitnehmen. Da werden wir was Gutes erreichen, denke ich.

Zum Schluss gibt es jugendpolitische Anträge, die sich insbesondere mit der Debatte über die Freiwilligendienste beschäftigen. Wir haben dazu auch schon eine Haushaltsentscheidung getroffen, nämlich dass das, was wir im Moment an Haushaltsmitteln für das Freiwillige Soziale Jahr und anderes zur Verfügung haben, weitergeführt wird. Hier würden wir vorschlagen, dass diese Anträge insbesondere durch den B01 erledigt sind, den wir gerade beschlossen haben. Die einzelnen Voten seht ihr dort auch noch mal am Screen. Insofern bitte ich euch, den Voten der Antragskommission zu folgen.

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Oliver, für die Vorstellung der Voten.

(Beifall)

Mir liegen keine Wortmeldungen zu den Voten der Antragskommission vor. Deshalb würde ich an der Stelle im Block über das Votum der Antragskommission zu den Anträgen B02 bis B40 abstimmen. Wer für das jeweilige Votum der Antragskommission ist, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Vielen Dank. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so angenommen. Herzlichen Dank für die intensive und gute Beratung im Bildungsbereich.

(Beifall)

Ich darf jetzt zu beiden Parteivorsitzenden überleiten. Ich bekomme gerade gesagt, dass sie erst in zwei Minuten bereit sind.

Aufruf zur Spende an den Marie-Schlei-Verein

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Dann, liebe Genossinnen und Genossen, wollen wir die Zeit nicht ungenutzt lassen. Diejenigen, die schon öfter auf einem Bundesparteitag waren, wenn vielleicht nicht auch ganz so oft wie Axel Schäfer, aber doch schon öfter, wissen, dass es eine gute Tradition gibt auf unserem Parteitag, nämlich dass irgendwann Christa Randzio-Plath die Bühne betritt und für ein ganz wichtiges Projekt wirbt, nämlich für den Marie-Schlei-Verein. Christa ist als ehemalige Europaabgeordnete in diesem Bereich seit vielen, vielen Jahren engagiert und ist bedauerlicherweise heute erkrankt. Deshalb will ich zwei Dinge tun: Erstens ihr die allerbesten Genesungswünsche von diesem Parteitag schicken.

(Beifall)

Liebe Christa, wir vermissen dich. Wir wünschen dir alles Gute und hoffen, dass du bald wieder fit, gesund und munter sein wirst.

Zweitens wollen wir das aber nicht untergehen lassen. Ich habe mich gut mit Maria Noichl abgesprochen, dass wir das jetzt aus dem Tagungspräsidium heraus machen – denn das ist ein wirklich wichtiges Projekt von den Europaabgeordneten , dass wir darauf hinweisen, was dieser Marie-Schlei-Verein Wichtiges tut.

Es ist ja regelmäßig so, dass wir hier sammeln. Wir wollen das heute nicht extra einsammeln, aber euch zwei Dinge dazu sagen. Das Erste ist: Es gibt auch einen Stand des Marie-Schlei-Vereins. Ihr könnt also, wenn ihr etwas spenden wollt, direkt dort vorbeigehen. Ihr könnt dort auch, was sicherlich noch mit die größte Begeisterung auslösen wird, dort ein Mitgliedsformular mitnehmen, euch eintragen, Mitglied werden und dauerhaft den Marie-Schlei-Verein unterstützen.

Oder aber – das ist das Dritte, was wir euch sagen wollen, weil wir jetzt auf die akute Sammlung des Geldes hier verzichten wollen – guckt in euer Mail-Postfach. Nicht nur ihr, sondern alle Mitglieder der SPD werden ein Mitglieder-Mailing dazu bekommen mit der herzlichen Bitte, einen kleinen Spendenbeitrag loszuschicken zur Unterstützung von wichtigen Frauenprojekten auf der Welt. Damit ihr ein Gefühl dafür bekommt, was dort gemacht wird: Gerade läuft ein Projekt in Tansania. Dort geht es um Unternehmerinnen, die in das Taxigewerbe einsteigen. Der eine oder andere kennt die klassischen Tuk-Tuks. Dort werden Frauen in unterschiedlichen Ländern oftmals durch die Taxifahrer belästigt. Jetzt soll es ein Angebot geben von Frauen für Frauen als Unternehmerinnen und Unternehmer, dass die sich selber noch mal eine Eigenständigkeit verschaffen können. Das ist eines der Projekte, um nur mal ein wenig zu zeigen, wie konkret die Arbeit dort ist.

Meine herzliche Bitte ist: Wenn ihr das Mailing bekommt, nicht in den Spam-Ordner schieben, sondern beachten und die wichtige Arbeit des Marie-Schlei-Vereins unterstützen. Christa Randzio-Plath wird es uns sicherlich danken, aber vor allem die Frauen, die in aller Welt dadurch Unterstützung erfahren können. In diesem Sinne: Macht bitte mit! – Ein herzliches Dankeschön dafür, dass ihr mir dazu zugehört habt.

(Beifall)

Jetzt hoffe ich, dass wir die Zeit gut überbrückt haben, und gebe wieder zurück an Katja.

VERABSCHIEDUNG AUSGESCHIEDENER MITGLIEDER DES PARTEIVORSTANDS

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Ich habe die Freude, jetzt Saskia und Lars noch mal zu uns auf die Bühne zu bitten, die, glaube ich, noch etwas zum ausgeschiedenen Parteivorstand zu sagen haben.

Saskia Esken, *Parteivorsitzende:*

Liebe Genossinnen und Genossen, jetzt geht es darum, dass wir gestern einen neuen Parteivorstand gewählt haben, dass ihr einen neuen Parteivorstand gewählt habt, und dass es ausgeschiedene Mitglieder gibt, die wir jetzt gerne verabschieden wollen. Ich will gerne Thomas Kutschaty zu uns auf die Bühne bitten.

(Beifall)

Lieber Thomas, du hast uns als Fraktionsvorsitzender, als Landesvorsitzender, als ehemaliger Justizminister zwei Jahre lang im Präsidium und Parteivorstand mit deiner Fachkenntnis wirklich bereichert. Wir wollen uns ganz herzlich für die super Zusammenarbeit bedanken. Danke und weiterhin alles Gute.

(Beifall)

Lars Klingbeil, *Parteivorsitzender:*

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte jetzt gerne eine Frau verabschieden, die seit 2007 im Parteivorstand ist und seit 2009 im Präsidium ist und ohne die vieles nicht möglich gewesen wäre auf Parteitagen, die sich als Vorsitzende der Antragskommission herumgeschlagen hat mit Tausenden von Änderungsanträgen, das aber immer souverän und zum Wohle unserer Partei gemacht hat. Das ist ein ganz großer Verdienst, was sie im Präsidium, im Parteivorstand, als Vorsitzende der Antragskommission geleistet hat. Deswegen jetzt ein tosender Applaus für Doris Ahnen die leider im Präsidium, im Parteivorstand aufhört, was wir sehr bedauern.

(lebhafter Beifall)

Ich kann euch sagen: Ich habe versucht bzw. wir haben versucht, Doris zu beknien, zu überreden. Es hat nicht funktioniert. Aber liebe Doris, du hast echt was geleistet für diesen Laden. Manchmal sehen die meisten das ja gar nicht, was die Vorsitzende der Antragskommission alles leistet. Aber ohne dich – ich habe es gerade gesagt – hätte vieles nicht funktioniert. Ein ganz großer Dank. Viel Erfolg für die weitere Arbeit. In Rheinland-Pfalz hast du ja noch ordentlich was zu tun. Aber auch das wirst du gut machen. Danke für die vielen gemeinsamen Jahre, die wir auf Bundesebene zusammen hatten. Danke.

(Beifall)

Saskia Esken, *Parteivorsitzende:*

Dann geht es weiter mit Gustav Horn. Komm doch bitte zu uns, Gustav.

(Beifall)

Auch Gustav hat uns nicht nur im Parteivorstand, sondern auch in wirtschaftspolitischen Fragen ganz großartige Dienste geleistet, hat uns beraten, hat uns begleitet, hat uns auch mit seiner Kompetenz als Direktor des IMK in der Hans-Böckler-Stiftung, als Mitgründer der Finanzwende bereichert. Das ist wirklich eine großartige Sache, dass du uns mit dieser Expertise so gut begleitet hast, und wir hoffen sehr darauf, dass du uns in anderer Form erhalten bleibst. Danke für diese gute Zeit.

(Beifall)

Lars Klingbeil, *Parteivorsitzender:*

Liebe Genossinnen und Genossen, es gibt zwei Personen, die wir auch verabschieden, die aber beide leider heute nicht hier sein können. Aber ich möchte das trotzdem erwähnen. Das ist zum einen Michael Roth, der sich gestern entschieden hat, nicht wieder zu kandidieren. Michael war jetzt zwei Jahre im Präsidium dabei. Ich will das mal sagen: In einer Zeit, die außenpolitisch total turbulent ist, hat Michael immer eine klare Linie gefahren, hat einen klaren Standpunkt gehabt, hat die Debatten auch sozialdemokratisch bereichert. Er ist jemand, der sich nicht verbiegen lässt. Ich glaube, das kann man über Michael sagen. Ich will von dieser Stelle – ich bin mir sicher, er guckt gerade zu – noch einmal im Namen von uns

allen einen großen Dank an Michael sagen für die Arbeit, die er im Präsidium und für die Sozialdemokratie geleistet hat.

(Beifall)

Der Zweite, den wir verabschieden, ist Dietmar Woidke, der nicht hier sein kann, weil er im Wahlkampf ist. Dietmar wird im nächsten Jahr als Ministerpräsident in Brandenburg wiedergewählt. Dafür ist er unterwegs.

(Beifall)

Deswegen nicht nur der Dank an Dietmar Woidke für die Arbeit, die er im Parteivorstand geleistet hat, sondern auch das Versprechen, ich glaube, von uns allen, liebe Genossinnen und Genossen, dass wir alles dafür tun werden, dass wir solidarisch sind, dass wir unterstützen, damit Dietmar Woidke genau nächstes Jahr als Ministerpräsident wiedergewählt wird. Er ist ein erfolgreicher Ministerpräsident, und diese Arbeit in Brandenburg muss weitergehen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Saskia Esken, *Parteivorsitzende:*

Damit, liebe Genossinnen und Genossen, noch mal Applaus für alle, die uns in den letzten Jahren so großartig unterstützt haben. Ich danke euch!

(Beifall)

Aydan Özoğuz, *Tagungspräsidium:*

Dann nutzen wir doch die schöne Fotopause, um das Wahlergebnis zu verkünden. Ich gebe gerne das Wort an Ulrike von der Mandatsprüfungs- und Zählkommission.

ERGEBNIS DER WAHL DER DELEGIERTEN ZUM KONGRESS DER SPE

Ulrike Häfner, *Mandatsprüfungs- und Zählkommission:*

Liebe Genossinnen und Genossen, abgegeben wurden 503 Stimmzettel. Davon sind 11 Stimmzettel ungültig. Also sind 492 Stimmzettel gültig. Ich gebe euch die Namen der gewählten Delegierten zum SPE-Kongress in alphabetischer Reihenfolge bekannt: Brand, Julia: 214; Bullmann, Udo: 300; Burkhardt, Delara: 346; Ecke, Matthias: 312; Endres, Ronja: 217; Frick, Laura: 254, Glißmann, Marie: 271; Gremmels, Timon: 202; Hemberger, Antonia: 288; Kassautzki, Anna: 315; Lange, Bernd: 242; Liebetruth, Dörte: 229; Löhr, Steffen: 214; Luther, Manon: 246, Martens, Zanda: 193; Neuser, Norbert: 171; Noichl, Maria: 287; Ott, Cornelia: 196; Peters, Martin: 193; Petry, Christian: 229; Raab, Heike: 240; Rebbin, Lasse: 166; Reinke, Christian: 196; Reißmann, Michelle: 170; Schmidt, Nicole: 201; Stender, Kianusch: 200, Wagner, Ingo: 196; Walther, Claudia: 173; Weyer, Viola: 172; Wölken, Tiemo: 370.

(Beifall)

Wir haben 17 Frauen und 13 Männer gewählt. Damit ist die Geschlechterquote erfüllt. Wir brauchen keinen zweiten Wahlgang.

(Beifall)

Alle Übrigen sind Ersatzdelegierte. Ich gratuliere allen herzlich zu ihrer Wahl.

(Beifall)

ANTRAGSBERATUNG FAMILIEN-, FRAUEN- UND GLEICHSTELLUNGSPOLITIK, GENERATIONS- UND SENIORENPOLITIK

Katja Pähle, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Ulrike. – Ich habe gelernt, der Delegiertenkörper – das ist so ein schöner Begriff -, also ihr, seid unfassbar klug. Wir brauchen keinen zweiten Wahlgang zu machen. Das hilft uns natürlich, vor allem auch Zeit für weitere Antragsberatungen zu haben. Dazu würde ich jetzt auch gerne überleiten.

Ich rufe den Sachbereich F auf. Dort geht es um Familien, Frauen, Gleichstellungspolitik, Generations- und Seniorenpolitik. Wir haben dankenswerterweise schon wieder eine ganze Reihe von Wortbeiträgen vorliegen. Es sind insgesamt 15. Ich werde gleich Bettina Martin als Berichterstatterin für die Antragskommission am Anfang kurz das Wort geben und dann die Wortmeldekarten abarbeiten. Ich würde aber auch gleichzeitig sagen, dass wir die Rednerliste jetzt schon schließen wollen, damit auch die anderen Antragsblöcke noch behandelt werden können. – Das findet euer Einverständnis.

Bettina, du hast das Wort, und dann steigen wir in die Beratung ein.

Bettina Martin, *Antragskommission:*

Vielen Dank. – Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben in den letzten Tagen viele wichtige Themen besprochen, eben auch ein Thema, das uns ganz besonders am Herzen liegt, die Bildung. Jetzt kommt ein weiteres Thema, wo wir als Partei wirklich unser Herzblut haben, nämlich Familie, Frauen und Gleichstellung. Dass uns das sehr am Herzen liegt, sehen wir an der Antragslage. Mit mehr als 70 Anträgen ist das diesmal einer der größten Antragsbereiche. Dieser Antragsbereich deckt auch eine ganz große Bandbreite an verschiedenen Themen ab.

Familienpolitisch geht es um den Mutterschutz, um Elterngeld und Unterhaltsgeld. und es geht um die Kindergrundsicherung. Beim Thema Kindergrundsicherung liegt euch ein Initiativantrag vor, der Initiativantrag03. Hier ist es den Antragstellern ganz wichtig, dass wir das Thema Kindergrundsicherung auf dem Plan haben und in dieser Legislatur auch beschließen. Ihr wisst, Dagmar Schmidt, Sönke Rix und viele andere arbeiten in der Fraktion gerade hart an diesem Gesetzentwurf und bearbeiten den.

Deswegen empfehlen wir als Antragskommission hier, dass wir den ersten Punkt annehmen. Da heißt es:

„Wir bekräftigen die Umsetzung der im Koalitionsvertrag verankerten Kindergrundsicherung in der laufenden Legislatur."

Wir würden euch vorschlagen, das anzunehmen, und schlagen vor, die übrigen Punkte an die SPD-Bundestagsfraktion zu überweisen, weil die sich mit diesem Thema jetzt sehr intensiv auseinandersetzen wird.

Über die laufende Legislatur hinweg hat in den letzten Monaten das Forum Kinder und Familie beim Parteivorstand unter Leitung von Saskia Esken und Serpil Midyatli intensiv an dem Thema Familie/Kinder gearbeitet. Dabei ist ein ganz

ambitionierter Reformvorschlag herausgekommen, nämlich das 6+6+6-Modell beim Elterngeld. Das ist in den transformationspolitischen Beschluss ja schon eingeflossen. Das haben wir also schon miteinander beschlossen. Deswegen können wir die diesbezüglichen Anträge für erledigt erklären.

Ich möchte noch herausgreifen: Bei dem Thema Frauen/Gleichstellung haben wir mehrere Anträge, und zwar die Anträge F54 bis F57. Da geht es um die Reform oder, besser gesagt, um die Abschaffung des § 218. Es ist schon unsere Beschlusslage, dass wir § 218 abschaffen wollen und den Schwangerschaftsabbruch außerhalb des Strafgesetzbuchs regulieren wollen. Hier geht es aber noch einmal um die Bekräftigung dessen.

Wie ihr wisst, ist ja im Moment die Expertenkommission dabei, das zu beraten und zu bewerten. Deswegen haben wir euch zu diesem Antrag vorgeschlagen, dass der Antrag in einer geänderten Fassung zur Annahme vorgelegt wird. Das liegt euch auf den Tischen vor.

Vielleicht noch ein kurzes Wort zum Thema Senioren. Hier ist auffällig, dass vor allen Dingen das Thema Einsamkeit eine Rolle spielt. Das ist eine Herausforderung für die älteren Menschen, aber in dieser Gesellschaft ja nicht nur für ältere Menschen ein wichtiges Thema. Wir haben einige Anträge, die wir zur Nichtbefassung empfehlen, weil da rein regionale Bezüge sind, aber ansonsten ein breites Spektrum zu diesen uns so wichtigen Themen Familie, Senioren, Gleichstellung, Frauen. Ich wünsche uns eine gute Debatte dazu.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Bettina. Ich glaube, das gibt noch mal einen ganz guten Überblick, auch über die Punkte, die man schon gut miteinander verständigt hat und wo es jetzt vielleicht noch um den Austausch der Argumente geht.

Den Austausch der Argumente würde ich gerne eröffnen. Als erste Rednerin auf der Liste hat Seija Knorr-Köning das Wort.

Seija Knorr-Köning, *Bayern:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Ihr seid sicher auch mit der S-Bahn hergefahren. Da hängt ein wunderbares Plakat, auf dem passend zu Weihnachtszeit dafür geworben wird, ein bisschen was gegen den Hunger von Kindern zu spenden. Aber ich sage euch eines: Um Kinderarmut, um die Nöte von Kindern zu lindern, hilft nur eines, und das ist der politische Wille dazu. Daher haben wir uns dazu entschieden, dass die Kindergrundsicherung ein zentraler Baustein sein muss.

(Beifall)

Uns ist es unglaublich wichtig, dass dieses Projekt in dieser Legislatur erfolgreich umgesetzt wird und nicht auf die lange Bank geschoben wird oder im Wirrwarr der Abstimmungen untergeht. Denn dieses Thema vereint zwei wichtige Themen: Zum einen, dass es eine Investition in die Zukunft ist. Es geht dabei darum, dass Kinder mit den notwendigen Ressourcen ausgestattet werden und dass sie nicht in der Erfahrung von Armut aufwachsen und damit die Möglichkeit haben, auch mit Zuversicht in ihre eigene Zukunft zu sehen.

Das andere ist, dass die Kindergrundsicherung auch eine Frage der Verteilungsgerechtigkeit ist. Es ist euch sicherlich auch bekannt, dass es schon jetzt beim Kindergeld die wahnsinnige Ungerechtigkeit gibt, dass es auf der einen Seite den Kindergeldbetrag gibt und auf der anderen Seite die unglaublich hohen Freibeträge. Auch da soll in den nächsten

Jahren endlich eine Angleichung stattfinden, um diese eklatante Lücke endlich zu schließen.

(Beifall)

Während unser Koalitionspartner von einer Herzensangelegenheit redet und das Thema total verklärt, möchte ich antworten: Hier geht es nicht um Gefühl. Hier geht es auch nicht um Moral. Hier geht es darum, eine Umstrukturierung in der Verwaltung vorzunehmen und eine Entbürokratisierung in der Sozialverwaltung hinzubekommen. Das ist nun mal eine gigantische Aufgabe.

(Beifall)

Wir wollen, dass das allen Kindern zusteht und dass nicht nur wenige die Leistungen in Anspruch nehmen, die sie theoretisch haben könnten. Dafür müssen wir alle Beteiligten an den Tisch holen, die in diesem Bereich schon viele Erfahrungen gesammelt haben, ob das jetzt die Kolleg*innen in den Jobcentern sind, die in der Bundesagentur arbeiten, die in der Kinder- und Jugendhilfe arbeiten oder bei sozialen Trägern. Die Erfahrungen und dieses Wissen können wir gut brauchen, um diese Verwaltungsreform hinzubekommen.

Kinder dürfen keine Bittsteller*innen vor dem Sozialstaat sein. Auch Kinder sind Inhaber*innen von sozialen Rechten. Wir stehen hinter der Kindergrundsicherung und bekräftigen das noch mal mit diesem Initiativantrag. Wir lassen uns nicht vom mangelnden Durchblick im Familienministerium davon abbringen, das Gesetz im parlamentarischen Verfahren zu einem sozialdemokratischen Erfolg zu machen.

(Beifall)

Vielen Dank, liebe Genoss*innen, und Glück auf! Auf dass die Kinderarmut bald Geschichte sein möge.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, liebe Seija. Herzlichen Dank dafür. – Als Nächstes hat Michael das Wort und danach Erik von Malottki.

Michael Schrodi, *Bayern:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Seija, herzlichen Dank für den Ini-Antrag, der uns in der Bundestagsfraktion noch mal den Rücken stärken soll für die Verhandlungen, die wir gerade intensiv führen. Dagmar Schmidt, Sönke Rix, Leni Breymaier, Sarah Lahrkamp, Annika Klose, Martin Rosemann sind alle dabei – ich bin auch in Teilen dabei -, um diese Kindergrundsicherung zu einem Erfolg zu machen. Und wir wollen sie aus den genannten Gründen, weil Kinderarmut bekämpft werden muss und weil wir da endlich weiterkommen müssen.

Einen Punkt, den Seija angesprochen hat, möchte ich noch mal verdeutlichen, der ein Stück weit auch ein Knackpunkt in der Frage ist. Wir haben bisher im Familienleistungsausgleich zwei Stränge. Wir stellen das Existenzminimum im Steuerrecht frei. Das heißt, wir müssen das Existenzminimum steuerlich freistellen. Das wirkt sich aber in einem progressiven Steuersystem eben so aus, dass der maximale Entlastungsbetrag für diejenigen, die am allermeisten verdienen, im Monat um 100 Euro höher ist, also mehr in der Tasche bleibt, als bei den Familien mit kleinen und mittleren Einkommen. Wir haben immer gesagt, das Existenzminimum muss uns für alle gleich viel wert sein; es muss allen Kindern

zustehen. Deswegen wollen wir diese Lücke, diese Ungerechtigkeit ändern und haben gesagt, perspektivisch soll eben auch das Kindergeld – in Zukunft dann Kindergarantiebetrag – in der Höhe sein, wie es auch diejenigen bekommen, die die höchsten Einkommen haben, über den Kinderfreibetrag.

Das, liebe Genossinnen und Genossen, ist etwas, wofür wir jetzt auch noch mal kämpfen müssen und was genau so in dem Gesetz auch drinstehen muss. Diese Forderung nehmen wir gerne von euch mit: Dafür zu kämpfen, dass tatsächlich das geschieht, was im Koalitionsvertrag vereinbart ist, was dazu führt, dass tatsächlich kein Kind zurückgelassen wird und dass es eine gute finanzielle Ausstattung für Familien gibt.

Herzlichen Dank. Nehmt den Ini-Antrag so an. – Danke schön.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, lieber Michael. – Als Nächstes hat Erik das Wort. Ihm folgt dann Ulrike Häfner.

Erik von Malottki, *Mecklenburg-Vorpommern:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Die Kindergrundsicherung ist eine sozialdemokratische Idee. Wir haben es erfunden, und wir werden es durchsetzen.

(Beifall)

Es gibt einen Grund dafür Weil wir Kinderarmut seit unserer Gründung bekämpfen. Hier wurde schon viel dazu gesagt, wie wir das technisch umsetzen wollen. Aber ich auf ein Detail eingehen und dazu kurz einen Änderungsantrag begründen und vorstellen.

Wir haben öfter das Problem, dass Kinder in Familien sind, die vielleicht verschuldet sind, und wenn Pfändungen und solche Dinge ins Spiel kommen, dann besteht einfach die Gefahr, dass das auf Kosten der Kinder passiert. Deswegen beantrage ich als Änderungsantrag – die Antragstellerinnen und Antragsteller haben signalisiert, dass sie es übernehmen -, dass wir die Kindergrundsicherung pfändungssicher geregelt haben wollen, damit gerade Kinder aus einkommensschwachen und verschuldeten Familien auch wirklich davon profitieren. In die Regelungen sind Ergänzungen einzufügen, die gewährleisten, dass der Kindergrundbetrag und der Kinderzusatzbetrag den unpfändbaren Betrag erweitern.

Zum Schluss will ich einmal ein Beispiel nennen. Meine Frau ist Lehrerin an einer regionalen Schule. Ich höre öfter, dass Kinder ohne Essen in die Schule kommen. Ich will nicht, dass Kinder, nur weil diese Mittel gepfändet werden, ohne etwas zu essen in die Schule kommen. Danke für eure Unterstützung.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank. – Jetzt hat Ulrike das Wort. Danach kommt Carmen Wegge. Ihr folgt Maria Noichl.

Ulrike Häfner, *Brandenburg:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Es gibt, glaube ich, keine krassere Situation, Frauen zu entmündigen, als ihnen das Recht auf Selbstbestimmung abzusprechen, den Schwangerschaftsabbruch ins Strafgesetzbuch zu schreiben und es den Frauen einfach zu verbieten. Es eigentlich ist ungeheuerlich. Wir haben eine Beschlusslage dazu. Wir haben uns schon längst dagegen entschieden und haben gesagt, so geht es nicht. Aber die Debatten halten an. Eigentlich halten sie schon seit 1871 an. Wir wissen, wie es geht. Wir haben ja aus der Transformation gelernt. Wir Frauen wissen, was wir brauchen und welche Regelungen gut und richtig sind, um tatsächlich Regelungen zu finden, die sich nicht im Strafgesetzbuch wiederfinden, sondern einen rechtlichen Rahmen zu haben, der es ermöglicht, dass wir eine gute, rechtebasierte Beratung in Anspruch nehmen können, dass die Schwangerschaftsunterbrechung einfach eine ganz reguläre Leistung im Bereich der Gesundheitsversorgung ist und eben auch andere Behandlungs-, Beratungs- und Begleitungsformen wie die Telemedizin zum Einsatz kommen.

Wir wissen das alles, und genau darüber wird aktuell in Deutschland diskutiert, in den Frauenorganisationen, aber eben auch im Bundestag. Deswegen ist es wichtig, dass die Kommission, die gerade über den § 218 und über das, was daraus folgt, spricht, dass also diejenigen, die gerade darüber diskutieren und verhandeln, auch eine Botschaft von diesem Bundesparteitag mitbekommen, dass wir die Akzente setzen, dass wir die Pflöcke setzen, wo wir sagen: Das ist uns wichtig, das ist richtig. Das steht in diesem Antrag F54 drin. Da haben wir schon diese Pflöcke gesetzt. Insofern ist es wichtig, dass wir auch vom Parteitag aus noch mal genau diese Forderungen bekräftigen, unsere Abgeordneten tatsächlich mit einem ordentlichen Rückenwind ausstatten und der Debatte Schub geben.

(Beifall)

Das ist ein total wichtiges politisches Signal, und dafür möchte ich noch mal werben.

Wir sind der Antragskommission sehr dankbar, dass dieser Antrag mit dem Votum „Empfehlung“ versehen wurde. Das ist auch ein wichtiges Signal. Aber ich möchte es trotzdem noch einmal betonen, denn es geht wirklich um uns Frauen. Das ist so eine alte Kiste, und damit muss jetzt Schluss sein. – Danke.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Ulrike. – Jetzt hat Carmen Wegge das Wort, dann Maria Noichl und danach Philipp Türmer.

Carmen Wegge, *Bayern:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Während anderswo die Frauenrechte eingeschränkt werden, ist Deutschland eines der wenigen Länder, die für die Selbstbestimmung von Frauen eintreten und diese auch stärken. Erst heute Morgen konnte man in der SZ wieder eine Geschichte lesen, eine Geschichte von Kate Cox, eine Frau aus Texas, die einklagen muss, dass sie einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen darf, in einer Situation, in der sie weiß, dass das Kind, das sie in sich trägt, tot zu Welt kommen wird, in einer Situation, in der sie weiß, dass die Schwangerschaft für sie erhebliche Gesundheitsrisiken hat. Und trotzdem ist ihr in Texas der Schwangerschaftsabbruch erst einmal verboten. Genau solche Geschichten bestärken uns immer wieder, dafür zu kämpfen, dass wir die Selbstbestimmungsrechte der Frauen hier in Deutschland stärken müssen. Und wir haben jetzt die Mehrheiten dafür.

(Beifall)

Genau deshalb können wir auch bei der Streichung von § 219a aus dem Strafgesetzbuch nicht aufhören. Wir müssen weitermachen. Wir haben in den nächsten zwei Jahren noch ein Zeitfenster für mehrere Dinge. Wir müssen § 218 aus dem Strafgesetzbuch streichen.

(Beifall)

Wir müssen endlich die Gehsteigbelästigung beenden. Wer nicht weiß, was das ist: Da sind Menschen, meistens religiöse Fanatiker*innen, sogenannte Lebensschützer*innen, die vor Beratungsstellen und vor Abbruchkliniken stehen und Frauen beleidigen und belästigen, die in einer ganz schwierigen Situation sind, und so in einer Art und Weise in die Intimsphäre von Frauen eingreifen, die wir in dieser Gesellschaft nicht akzeptieren können.

(Beifall)

Ein weiterer Punkt – der fällt bei dem Thema immer ein bisschen hinten runter – ist Verhütungsgerechtigkeit. Auch die ist an dieser Stelle wichtig. Dafür müssen wir uns einsetzen. Und ja, wir brauchen auch Parität. Wir brauchen Parität im Deutschen Bundestag, wir brauchen Parität in den Landtagen. Auch dafür werden wir uns in den nächsten zwei Jahren einsetzen müssen.

(Beifall)

Daher danke an die vielen Antragsteller*innen aus diesem Bereich. Ich kann zumindest als Fachpolitikerin der Begleitgruppe „Reproduktive Selbstbestimmung“ aus der Bundestagsfraktion sagen, dass wir uns sehr darüber freuen, dass wir das Votum der Antragskommission zum F54 nun ändern konnten; denn wir haben uns gewünscht, dass uns der Bundesparteitag hier Rückendeckung gibt. Deswegen will ich alle bitten, diesem Votum auch zu folgen. – Vielen lieben Dank. Freundschaft!

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank. – Als Nächste hat Maria Noichl das Wort, danach Philipp Türmer und dann Stefanie Minkley.

Maria Noichl, *Vorsitzende der SPD FRAUEN:*

Ganz herzlichen Dank an dieser Stelle auch an Carmen Wegge, die natürlich hervorragend zu § 218 gesprochen hat. Aber ich möchte nicht zu § 218 sprechen.

Ich spreche zum F30, ein Antrag – dafür möchten wir uns bei der Antragskommission bedanken -, der angenommen wurde, ein Antrag, der ein ganz klares Ziel hat, nämlich Parität in die Parlamente zu bringen. Wir haben uns so gefreut. Wir haben SPD-Frauen haben viele Anträge eingereicht. Vier davon haben eine Annahme bekommen. Mit dem Antrag zu § 218 sind es sogar fünf. Es bedeutet eine magere Ausbeute, aber eine gute Ausbeute.

Doch in den letzten Stunden, in den letzten Tagen ist etwas passiert. An unseren Antrag zum Thema „Parität in den Parlamenten“ wurde ein Änderungsantrag unten drangeklebt. Dieser Änderungsantrag kommt von den Jusos. Es ist

sehr ungewöhnlich, dass wir uns als Arbeitsgemeinschaften nicht gut verstehen. In diesem ganz speziellen Fall sind wir inhaltlich unterschiedlicher Meinung; denn bei unserem Antrag geht es um Parität in den Parlamenten. Der Antrag der Jusos ist eher ein satzungsändernder oder ein organisationspolitischer oder ein wahlordnungspolitischer Antrag. Das heißt, ich möchte ganz deutlich dafür sprechen, dass ihr zwar unserem Antrag zustimmt, aber dem Änderungsantrag der Jusos nicht.

(Beifall)

Dazu ein paar ganz klare Gründe. Wann kommt der Antrag? Der Antrag hat nämlich ein klares Ziel. Der Antrag hat das Ziel: Er soll nicht mehr Frauen in die Parlamente bringen und vor allen Dingen nicht mehr Frauen auf die Europa-Liste, sondern es geht um eine ganz besondere Frau, um eine namentlich bekannte Frau, und das kann nicht sein. Wie kann es sein, dass so ein Antrag auf den Weg geschickt wird? Wir haben am 15.05. im Parteivorstand mit den Stimmen der Jusos einen Fahrplan für Europa gemacht. Wir haben mit den Stimmen der Jusos deutlich gemacht, dass am 15.11. alle Vorschläge abgegeben sein müssen, und jetzt, vier Wochen nach dem 15.11., sind die Jusos der Meinung, sie könnten Spielregeln ändern. Wenn ich mit meinen Enkelkindern „Mensch ärgere Dich nicht“ spiele, dann ist die erste Regel, die sie lernen müssen: Wenn man ein Spiel beginnt, werden anschließend die Regeln nicht mehr geändert.

Deswegen bitten wir darum, den Änderungsantrag unbedingt abzulehnen.

(Beifall)

Es ist eindeutig und klar, dass es ein Anliegen der Jusos gibt, das unterstützungswert ist. Aber nicht an diesem Antrag und auch nicht zu diesem Zeitpunkt. Ich habe mehrfach versucht, Philipp eine Brücke zu bauen: Lass uns einen Antrag formulieren, der deutlich macht, dass wir das in fünf Jahren tun wollen, dass wir in fünf Jahren das Thema angehen wollen, und die Ansage der Jusos war: „Nein, jetzt.“ Es geht also darum, den Antragsprozess oder den Aufstellungsprozess für die Europawahl, ich würde sagen, nachdrücklich zu stören.

Ich bitte euch: Versteht dieses Spiel. Es geht bei diesem Antrag der Jusos nicht um Parität, sondern es geht um die Satzung. Deswegen: Danke noch mal an die Antragskommission. Danke, dass unser Antrag auf „Annahme“ gestellt wurde. Ich bitte euch, den Antrag der Jusos abzulehnen, weil er derzeit an diesem Ort, zu diesem Antrag, zu dieser Zeit nicht sinnvoll ist. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, liebe Maria. – Als Nächstes hat Philipp Türmer das Wort, dann Réka Klein und dann Patricia Seelig.

Philipp Türmer, *Juso-Vorsitzender:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Das trifft sich ja ganz gut, dass ich darauf jetzt direkt eingehen kann und euch einmal abholen kann, worum es an dieser Stelle geht.

Bei dem Antrag der ASF geht es um Parität in Parlamenten. Um Parität in Parlamenten geht es uns Jusos auch. Deshalb möchte ich euch kurz vorstellen, welchen Änderungsantrag wir haben. Das ist ein Ergänzungsantrag, den ich hiermit

mündlich einbringe. Dieser lautet:

„Doch nicht nur bei der Bundestagswahl wollen wir Fortschritte in Fragen der Parität machen. Auch bei der Europawahl ist es uns ein besonderes Anliegen. Hierbei gilt, dass wir als Partei mit gutem Beispiel vorangehen wollen. Dementsprechend werden wir unsere Bundesliste zur Europawahl quotiert aufstellen. Die Vorschläge aus den Landesverbänden werden vom Parteivorstand quotiert berücksichtigt.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte euch herzlich darum bitten, diesem Antrag zuzustimmen. Hier geht es meiner Ansicht nach um eine Selbstverständlichkeit. Hier geht es darum, dass wir Frauenförderung auf allen Ebenen betreiben. Das heißt auch, dass wir bei den Landeslisten, die entsprechend abgebildet werden, in der Bundesliste quotieren. Ihr kennt das alle von der Bundestagswahl. Dort quotieren wir selbstverständlich auch auf der Landesebene.

Ich möchte ehrlich mit euch sein. Es ist ein reales Risiko, dass von einer abstrakten Quotenregelung konkrete Frauen profitieren. Aber das ist kein Risiko, sondern das ist der Grund, wieso wir die Quote erfunden haben. Deswegen möchte ich euch bitten, auch an dieser Stelle konsequent da mitzugehen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, hier sind viele Politiker*innen unter uns, die eine unglaubliche Bereicherung für diese Partei darstellen. Ganz viele dieser Politiker*innen – da bin ich mir sicher – wurden irgendwann mal in ihrem Leben in dieser Partei als „Quotenfrauen“ beleidigt, und das ist eine Beleidigung. Aber wir wissen genau: Manche Strukturen müssen über Quoten aufgebrochen werden. Dafür sind sie da. Lasst uns das konsequent auch an dieser Stelle durchziehen. Quotierungen sind wichtig. Es geht hier darum – das sage ich als Mann, und das sage ich ausdrücklich als jemand, der praktisch auf der anderen Seite des Patriarchats steht: Manche Machtstrukturen müssen eben über Quoten aufgebrochen werden. Es geht hier um eine allgemeine Forderung, und ich bitte euch, diesen Grundsatz, von dem wahrscheinlich die meisten von euch dachten, dass er in unserer Partei sowieso schon so wäre, aufzubrechen.

Es geht hier nicht um eine Satzungsänderung; das stimmt nicht. Es geht um eine politische Reihung, die im Bundesvorstand vorgenommen wird. Deswegen ist dieser Antrag satzungsmäßig absolut korrekt. Ich bitte um Zustimmung, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank. – Als Nächste hat Réka Klein das Wort.

Réka Klein, *Saarland:*

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Kolleg*innen aus Hannover! Ich spreche heute zum Antrag F02, und ich muss sagen, dieser Antrag spricht mir aus dem Herzen. Heute und hier am Tag der Menschenrechte möchte ich auch genau zu diesem Antrag sprechen. Denn, liebe Genossinnen und Genossen, wir sind die Partei, die für die soziale Gerechtigkeit kämpft. Wir sind die Partei, die alle mitnimmt, die für Vielfalt und Toleranz steht. Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind die Partei, die den Mund aufmacht für diejenigen, die von den anderen gerne mal vergessen werden, und darauf bin ich stolz. Wir sind die Partei, die den Mund aufmacht für diejenigen, die von anderen gerne mal vergessen werden. So leider auch unsere Kinder.

Liebe Genossinnen und Genossen, die im Antrag genannte UN- Kinderrechtskonvention ist verbindlich geltendes Recht in Deutschland, auf das sich alle unter 18-Jährige berufen können. Das Verständnis der UN- Kinderrechtskonvention, dass Kinder Träger*innen von Rechten sind, ist inzwischen auf den höchsten gesetzlichen Ebenen nahezu aller Bundesländer angekommen. Die UN-Kinderrechtskonvention ist 1992 für Deutschland in Kraft getreten und gilt ohne Einschränkungen seit 2010, liebe Genossinnen und Genossen. Wir schreiben jetzt das Jahr 2023, und die Kinderrechte sind immer noch nicht im Grundgesetz verankert. Es wird Zeit, mehr als Zeit, liebe Genossinnen und Genossen.

(vereinzelt Beifall)

Mit diesem Antrag und Beschluss setzen wir ein wichtiges Zeichen für die Rechte unserer Kinder, heute und hier, am heutigen Tag der Menschenrechte, am Sozialdemokratischen Bundesparteitag, liebe Genossinnen und Genossen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich komme aus der außerschulischen Jugendarbeit. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass Beteiligung von Kindern und Jugendlichen lohnt. Es ist demokratiefördernd. Da es eine Forderung dieses Antrags ist, die Jugendbeteiligung in die Kommunen zu bringen, möchte ich das hier auch explizit nennen. Das sage ich deshalb, weil ich hier heute viele Vertreter*innen der Politik sehe, vielleicht auch aus der Kommunalpolitik. Ich möchte uns Mut machen. Ich möchte dafür werben: Lasst uns mehr Demokratie wagen. Diese Worte sind uns doch nicht neu. Lasst uns die Kinderrechte endlich ins Grundgesetz schreiben und in gemeinsamer Stärke für das Recht unserer Kinder und Jugendlichen auf altersgemäße Beteiligung werben.

Wir sind uns einig: Die Kinderrechte stärken unsere Kinder und Jugendlichen, stärken unsere Zukunft. Ich sage es noch mal in aller Deutlichkeit: Kinder haben das Recht auf Schutz vor Gewalt und Vernachlässigung in der Erziehung. Das bedeutet, liebe Genossinnen und Genossen, dass niemand – auch nicht die Erziehungsberechtigten – sie schlagen noch verbal beleidigen darf. Kinder haben ein Recht auf Beteiligung, und dafür müssen wir einstehen. Der Staat muss für eine entsprechende Gesetzeslage und für Schutzmaßnahmen sorgen.

Wir als SPD haben erst kürzlich im Saarland die Chance genutzt und ein saarländisches Kinder- und Jugendschutzgesetz auf den Weg gebracht. Ein Jugendbeteiligungsgesetz ist in der Mache. Lasst uns heute und hier größere Wellen schlagen für unsere Kinder, für unsere Jugendlichen, für die Rechte unserer Kinder und Jugendlichen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, liebe Réka. – Dann folgt jetzt Patricia Seelig und danach Hanna Naber.

Patricia Seelig, *Rheinland-Pfalz:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin sehr dankbar für den Antrag F30 der SPD- Frauen. Aber eigentlich ist es eine Schande, dass wir 2023 überhaupt noch darum kämpfen müssen, dass Frauen die gleichen Chancen in der Politik haben.

(Beifall)

Wir bilden die Hälfte der Gesellschaft ab. Wir müssen auch die Hälfte der Parlamente abbilden. Gerade als Rheinland-Pfälzerin kann ich das stolz sagen: Starke Frauen in der Politik sind gut für unser Land. Wir sind die Partei, die fassungslos

auf die Union blickt, die es bis heute nicht geschafft hat, eine Quotierungsregelung in ihren Statuten zu manifestieren. Ich bin seit elf Jahren Mitglied in der SPD und immer stolz darauf gewesen, sagen zu können: Ich kenne es gar nicht anders, als dass die SPD ihre Listen quotiert. Und sind wir ehrlich: Das ist nicht immer leicht. Natürlich führt es auch zu Enttäuschungen, wenn verdiente Genossen deshalb nach hinten rutschen. Aber wir führen diese Gespräche aus einer tiefen Überzeugung heraus.

Umso irritierter war ich, als ich erfahren habe, dass nicht alle Landesverbände die Quotierung auf den auf der Europa-Liste anwenden. Das führt im Ergebnis dazu, dass Frauen aus diesen Verbänden keine Chance haben. Das, liebe Genossinnen und Genossen, ist ungerecht. Das dürfen wir so nicht machen.

Ich weiß, es ist hart, und es wurde auch schon dagegen gesprochen. Ich gehe davon aus, es werden auch noch Menschen in diese Debatte gehen, um zu erklären, warum es nicht richtig ist, diesen Änderungsantrag zu stellen. Das müssen wir und das muss ich an dieser Stelle aushalten. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, ich stehe hier und halte diesen Wortbeitrag, weil ich zutiefst davon überzeugt bin, dass die Zeiten der Männerbünde vorbei sind. Ich bin davon überzeugt, dass wir dafür kämpfen müssen, dass Frauen die gleichen Chancen haben. Ich bin davon überzeugt, dass die Regeln für alle Landesverbände in gleicher Weise gelten müssen.

(Beifall)

Liebe Delegierte, der Kampf für Frauenrechte war noch nie ein leichter, aber er war schon immer notwendig. Deshalb bitten wir um Ablehnung des Votums der Antragskommission und um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag. – Vielen Dank.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Patricia. – Jetzt kommt Hanna Naber und dann Katja Glybowskaja.

Hanna Naber, *Weser-Ems:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich spreche zum Änderungsantrag der Jusos zu F30.

1988, im Jahr unseres Quotenbeschlusses, bin ich in die SPD eingetreten. Seitdem, also seit fast 36 Jahren, kämpfe ich in und mit meiner Partei für Gleichstellung. Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben viel erreicht, auch was quotierte Listen angeht. Darauf bin ich stolz.

(Beifall)

Seit nunmehr einem Jahr bin ich Präsidentin des Niedersächsischen Landtags. Als Landtagspräsidentin ist es meine ureigenste Aufgabe, auf die Einhaltung von Spielregeln zu achten. Wird der Änderungsantrag der Jusos angenommen, werden die Spielregeln für die Listenaufstellung zur Europawahl geändert. Das kann man machen. In diesem Fall allerdings – und das ist nicht fair -, nachdem das Team bereits aufgestellt, nachdem das Spiel schon angepfiffen und der erste Freistoß schon ausgeführt wurde. Liebe Genossinnen und Genossen, das ist nicht fair. Im Namen der niedersächsischen Bezirke bitte ich euch, diesen Vertrauensbruch nicht zu begehen und dem Votum der Antragskommission zu folgen.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Als Nächste hat Katja das Wort. Dann folgt Stefanie Krammer.

Katja Glybowskaja, *Thüringen:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Auch ich möchte zum Antrag F30 sprechen.

August Bebel hat gesagt, es gibt keine Befreiung der Menschheit ohne die soziale Unabhängigkeit und Gleichstellung der Geschlechter. Diese Worte sind hoch aktuell, insbesondere in Zeiten, in denen die Grundprinzipien unserer Demokratie durch den Aufstieg von Rechtspopulisten in Europa bedroht werden. Die Frage der gleichberechtigten Repräsentanz von Frauen und Männern ist also keinesfalls banal, liebe Genossinnen und Genossen, in einer Zeit, in der Populisten und Rechtsextremisten ganz zentrale Errungenschaften auf dem Weg zu mehr Geschlechtergerechtigkeit rückgängig machen wollen.

Hier müssen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten standhaft für unsere demokratischen Werte einstehen. Ich danke daher ganz ausdrücklich für den Antrag, denn es ist allerhöchste Zeit, Paritätsgesetze auf den Weg zu bringen. Wir müssen und wir wollen sicherstellen, dass die Parität in unseren Parlamenten gewährleistet wird. Ich danke allen Sozialdemokratinnen und fortschrittlichen Sozialdemokraten für ihre ausdauernde Initiative in dieser Frage.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist nicht nur eine Frage der demokratischen Repräsentanz. Es ist auch eine Frage von Gerechtigkeit, liebe Genossinnen und Genossen. Und was, wenn nicht, das ist der Kern unserer sozialdemokratischen DNA?

Wir wissen, gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Politik geschieht eben nicht von selbst. Auch wenn wir in der SPD hier bereits viel erreicht haben – wir haben es gehört -, ist da definitiv noch Luft nach oben. Frauen machen die Hälfte der Bevölkerung aus, aber noch immer sind mehr Männer als Frauen in unserer Partei. Und der Unterschied wird größer, wenn wir auf die Verteilung der Geschlechter in den Parlamenten schauen, in den Kommunen im Land, im Bund und auch in Europa.

Quotenregelungen sind wichtige Instrumente, um das zu verändern. Es erfüllt mich deshalb mit Stolz, dass sie in unserer SPD Pflicht und Selbstverständlichkeit sind. Ich bin Kommunalpolitikerin in Thüringen. Ich bin Vorsitzende eines Kreisverbandes und Vorstandsmitglied unseres Landesverbandes. Aus dieser Perspektive heraus bin ich überzeugt, dass wir auf allen Ebenen alles tun müssen, um diese Ziele auch zu erreichen. Dazu gehört ganz gezielte Ansprache, dazu gehört Empowerment und Vernetzung.

Das bedeutet auch, dass wir alles dafür tun müssen, um unsere Quoten, unsere selbstgesteckten Ziele eben auch zu erreichen. Deswegen verstehe ich das Anliegen der Jusos, diese Notwendigkeit durch eine verstärkende Ergänzung des Antrags zu unterstreichen. Ich werde deswegen zustimmen und bitte euch, dass auch zu tun.

(Beifall)

Wir sollten nicht nur Quoten führen, sondern wir sollten aktiv daran arbeiten, sie in der Praxis auch umzusetzen. Auf diese Weise stärken wir die Repräsentanz von Frauen und schützen potenzielle Kandidatinnen vor struktureller Benach-

teiligung in parteiinternen Nominierungsverfahren.

(Beifall)

Lasst uns also mit gutem Beispiel vorangehen und lasst uns gemeinsam dafür kämpfen, dass Gleichstellung, Parität und Quoten starke Position unserer SPD und eben auch gelebte Realität sind. Das ist Chancengerechtigkeit. Das ist unsere SPD. – Danke.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Katja. – Jetzt Stefanie Krammer und dann Anna Sarah Matviyets. Ich hoffe, das stimmt. Wenn nicht, lass es uns nachher wissen.

Stefanie Krammer, *Bayern:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Auch ich spreche zum Änderungsantrag F30. Wir wollen Parität in den Parlamenten, und dann müssen wir doch auch unseren eigenen Ansprüchen als Partei gerecht werden, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich gebe zu: Man musste mir den Änderungsantrag erst einmal erklären, denn ich dachte natürlich, dass es in unserer Partei schon so ist, dass wir quotiert die Listen aufstellen, und zwar auf allen Ebenen.

(Beifall)

Ich war überzeugt, dass das eine Selbstverständlichkeit ist bei uns in der Partei, und als man mir erklärt hat, nein, ist es nicht, da bin ich – ganz ehrlich – vom Glauben abgefallen. Dieses Argument, das ist jetzt schon so, und das können wir nicht mehr ändern, ist doch kein Argument. Nein, gerade weil es so ist, müssen wir das jetzt ändern, und zwar ganz dringend.

(Beifall)

Deswegen bitte ich euch, liebe Genossinnen und Genossen: Gebt mir den Glauben an diese Partei zurück und stimmt der sinnvollen Ergänzung zu.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank. – Als Nächste hat Anne Sarah das Wort, dann Dörte und danach Laura Helena Wolf.

Anne Sarah Matviyets, *Sachsen-Anhalt:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Mein Name ist Anne Matviyets – also nicht schlecht, Anke -, und ich spreche auch zum Änderungsantrag der Jusos zum F30.

Wir sind eine Quotenpartei, eine Partei mit einer Frauenquote, und dieser Quote haben wir zu Recht verschrieben, weil wir wissen, dass ein guter Wille allein das Problem der Benachteiligung von Frauen bei politischer Repräsentation eben nicht löst. Deswegen stellen wir ja auch unsere Bundesliste für Europa quotiert auf.

Dennoch gibt es in unserer Partei Schlupflöcher, die diese Frauenquote umgehen. Dazu gehört die Listenaufstellung der Länder zur Europawahl bzw. die Rücksicht des Bundesvorstands auf den Listenvorschlag der Länder. Bis jetzt stellen manche Länder ihre Vorschläge für Europa nicht quotiert auf.

Fakt ist: Ihr Listenvorschlag berücksichtigt auf den ersten Plätzen nur Männer, und diese Priorisierung wird vom Bundesvorstand bei der Aufstellung der Bundesliste berücksichtigt. Was bedeutet das? Das bedeutet, dass Frauen aus manchen Bundesländern – und das muss man hier verstehen – das Männerproblem in anderen Bundesländern lösen müssen, weil diese nicht bereit sind, auch Frauen auf einige der oberen Vorschlagsplätze zu setzen.

(Beifall)

Wenn einige Landesverbände immer das Quotenproblem von anderen lösen, dann profitieren vielleicht auf den ersten Blick oberflächlich die einen. Aber das ist eine Täuschung; denn eigentlich verlieren in erster Linie Frauen, weil wir ganz ohne Quote bei der Erstellung der Landesvorschläge für Europa dann Landesverbände haben, wo die Frauen gar keine Chance haben. Logisch.

Deswegen beantragen wir Jusos, wie Philipp vorhin vorgetragen hat, in Antrag F30 hinter Zeile 21 einzufügen, dass die Vorschläge aus den Landesverbänden vom Parteivorstand quotiert berücksichtigt werden. Erneut der Hinweis: Dieser Beschluss wäre kein Eingriff in den laufenden Prozess der Länder, da der Änderungsantrag nur auf die Listenerstellung des Bundes abzielt.

Liebe Maria, ein kleiner Hinweis: Du hast vorhin gesagt, es gehe bei diesem Änderungsantrag der Jusos um eine ganz bestimmte Frau. Wir Jusos unterscheiden nicht zwischen der Frau und der Frau. Wir fördern alle Frauen auf allen Ebenen.

(Beifall)

Daher bitte ich inständig um die Unterstützung dieses Änderungsantrags. – Freundschaft!

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank. – Wir kommen auf die Zielgerade. Jetzt hat noch Dörte Liebetruth das Wort, dann Laura Helena Wolf und als letzte Rednerin der Debatte dann Stefanie Minkley.

Dörte Liebetruth, *Niedersachsen:*

Liebe Genossinnen und Genossen! In Niedersachsen werden auch Frauen gefördert. Deswegen haben wir auch eine Landtagspräsidentin – danke, liebe Hanna -, und deswegen freue ich mich, Generalsekretärin der SPD Niedersachsen sein zu dürfen.

(Beifall)

Als solche möchte ich euch heute Morgen hier die dringende Bitte der vier niedersächsischen Bezirke vortragen: Dem Votum der Antragskommission zu folgen. Das hat folgenden Hintergrund: Im Änderungsvorschlag der Jusos wird darum gebeten, dass alle Landesverbände entsprechende paritätische Vorschläge unterbreiten, nicht Landesverbände und Bezirke. Dieser Zusatz wäre für uns als Niedersachsen aber unverzichtbar, denn es ist so, dass bei uns in Niedersachsen die Europakandidierenden auf der Bezirksebene aufgestellt worden sind.

Hanna Naber hat bereits darauf hingewiesen: Wir sind mitten im laufenden Spiel. Zu den Spielregeln gehört, dass auf Bezirksebene bei uns in Niedersachsen quotiert worden ist. Für uns ist auch völlig klar: Wir brauchen eine quotierte Bundesliste zur Europawahl.

(Beifall)

Was wir aber nicht machen können, ist, jetzt mitten im laufenden Spiel diese Spielregeln zu ändern; denn das, liebe Genossinnen und Genossen, hat mit Fairness überhaupt nichts zu tun. Und wir als Sozialdemokraten müssen doch fair sein!

(Beifall)

Vor diesem Hintergrund möchte ich euch bitten: Lasst uns bei einem fairen Aufstellungsverfahren zur Europawahl bleiben. Bitte stützt das Votum der Antragskommission zum Änderungsantrag der Jusos. Bitte bleibt bei diesem Votum der Antragskommission. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank. – Laura Helena und dann Stefanie.

Laura Helena Wolf, *Hessen-Süd:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Seit Jahren kämpfen wir gemeinsam als Frauen, aber auch darüber hinaus in dieser Partei dafür, mehr Gleichstellung in der Gesellschaft durchzusetzen, mehr Gleichberechtigung auch innerhalb der eigenen Partei durchzusetzen. Wir haben es vorhin gehört: Es ist 2023, und seit 1988 haben wir eine Quote in dieser Partei. Das das ist gut und ist richtig.

Trotzdem sind wir Frauen bis heute in der Situation – gerade auch als Frauen, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen -, uns immer wieder anhören zu müssen: „Du bist doch eh nur die Quotenfrau. Du sitzt hier, weil du am Ende des Tages von einer Quote profitiert hast.“ Wie häufig werden uns an dieser Stelle Kompetenzen abgesprochen, weil es am Ende alles wieder nur auf eine Quote reduziert wird.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir wollen jetzt einen Antrag beschließen, der „Die Zeit für Parität ist jetzt“ lautet. Und die Zeit für Parität, die ist auch jetzt. Aber die Zeit für Parität ist damit eben nicht erst bei der nächsten Bundestagswahl, bei der Aufstellung der Listen. Die Zeit der Parität ist nicht nur für die FDP und die CDU notwendig. Nein, die Zeit für Parität ist auch in unserer eigenen Partei weiterhin notwendig. Denn gläserne Decken gibt es nicht nur bei Chefetagen von Großkonzernen, in der Wissenschaft, bei FDP und CDU, nein, gläserne Decken gibt es auch in unserer Partei. Deshalb haben wir uns gemeinsam dazu entschieden, Quoten einzuführen. Deshalb nutzen wir an allen Stellen immer wieder Quoten dafür, um Frauen entsprechend zu fördern, um Frauen die Möglichkeiten zu geben, die sie ohne diese Quoten nicht hätten.

Insbesondere die ASF ist an dieser Stelle normalerweise mit unser größter Verfechter und unser größter Partner als Jusos, dass wir das gemeinsam durchziehen.

Ich bitte euch, dass wir aufhören, eine Diskussion darüber zu führen, ob das jetzt an dieser Stelle eine Satzungsfrage ist oder nicht. Philipp hat es ausgeführt: Es geht nicht um eine Satzung. Es geht auch nicht darum, Spielregeln zu verändern. Es geht darum, an dieser Stelle den Parteivorstand ganz explizit politisch darum zu bitten – und das ist unsere Bitte an den Parteivorstand -, das, was wir auf allen Ebenen machen, nämlich quotierte Listen zu führen bzw. einzureichen, auch bei der Aufstellung der Europawahlliste entsprechend zu berücksichtigen.

Ich möchte auch an dieser Stelle noch mal sagen: Es geht nicht um eine Frau. Nein, es geht um eine grundsätzliche Frage; denn wie häufig müssen wir uns anhören – ob jetzt hier auf dem Bundesparteitag, ob bei Ortsvereinssitzungen oder auch sonst wo , das es doch eigentlich alles gar nicht so wichtig ist, wie da die Quoten sind. Dementsprechend habe ich die dringende Bitte: Bitte stimmt gegen das Votum der Antragskommission. Stimmt für den Antrag der Jusos. Stimmt für Frauensolidarität und stimmt dafür, dass wir es schaffen, als Partei auch weiterhin insbesondere jungen Frauen, aber auch allen Frauen entsprechend die Wege zubereiten. – Danke.

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Jetzt kommt als letzte Rednerin noch Stefanie, und dann werden wir der Antragskommission das Wort geben und in die Abstimmung einsteigen. Das heißt also für alle, die da mitmachen wollen, langsam auf die Plätze zurückzukehren.

Stefanie Minkley, *Hessen-Süd:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich knüpfe an die hervorragende Rede von Carmen Wegge an. Ihr müsst euch also gedanklich jetzt noch mal auf das Thema § 218 – Schwangerschaftsabbruch – einrichten.

Reproduktive Rechte, also das Recht, über den eigenen Körper zu entscheiden, ist ein Menschenrecht. Die Realität in Deutschland ist aber, dass Frauen zu uns in die Praxis kommen, weit anreisen aus anderen Bundesländern, und dass Frauen zum Teil auch der Willkür von einzelnen gynäkologischen Kolleginnen und Kollegen ausgesetzt sind. Zum Beispiel die Anfang 20-Jährige, die schon zwei Kinder hatte, deren Deutsch nicht so gut war und die nicht verstanden hat, dass sie sehr schnell einen Beratungstermin braucht, um letztendlich den Schwangerschaftsabbruch durchzuführen, weil ihr Frauenarzt sie gar nicht darauf hingewiesen hat. Es passiert gar nicht so selten, dass Kolleginnen und Kollegen sie erst Wochen später einbestellen, sie auch manipulieren, ihnen Ultraschallbilder mitgeben, obwohl sie das vielleicht gar nicht wollen.

Warum ist das so? Weil wir einfach eine mangelhafte Versorgungslage haben. Schwangerschaftsabbrüche gehören aber zur medizinischen Grundversorgung. Das stellt die WHO fest. Die WHO hat auch die Medikamente für den Schwangerschaftsabbruch mit Tabletten – das geht bis zur neunten Schwangerschaftswoche – auf die Liste der grundlegend notwendigen Medikamente aufgenommen. Trotzdem ist die Versorgung mit Mifepriston und Misoprostol in Deutschland schlecht. Wir müssen die Tabletten aus dem Ausland bestellen.

Auch für die Pharmaindustrie ist das Thema politisch einfach zu aufgeladen, und unter Spahn wurde die Zulassung in Deutschland zurückgenommen, weshalb wir diese guten Medikamente, die millionenfach bei Frauen auf der ganzen Welt angewendet und erprobt sind und die in Leitlinien festgelegt werden, diese Off-Label Use anwenden.

Die Realität in Deutschland ist auch, dass nicht nur auf dem Land, sondern auch in Frankfurt die Versorgung schlecht ist. Die Beratungsstelle Pro Familia sucht verzweifelt bei Einzelfällen nach Ärzt*innen, die einen Abbruch bei einer Patientin durchführen. Die Realität ist, dass eine Klinik, wenn der Chefarzt dieser Klinik besonders katholisch oder besonders misogyn ist, einfach keine Abbrüche durchführt, weil er das so bestimmen kann, und dass dann auch die Ärztinnen und Ärzte in Weiterbildungen nicht ausgebildet werden, was Schwangerschaftsabbrüche angeht. Die Realität ist auch, dass Ärzt*innen wie ich kaum öffentlich darüber sprechen, weil es trotz der Streichung des § 219a sehr wenige gibt, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen und die Infos auf ihrer Website zur Verfügung stellen. Die Listen der Landesärztekammern, die eigentlich schon längst zur Verfügung gestellt werden sollten, sind einfach nicht vollständig.

Ich spreche zum Antrag – das mag jetzt verwirrend sein – G50. Der sollte hier mit aufgerufen werden. Das ist ein Antrag, der die verpflichtende Versorgung mit Schwangerschaftsabbrüchen von Kliniken fordert.

(vereinzelt Beifall)

Wir müssen mal schauen, ob der jetzt noch oder im G-Block mit aufgerufen wird. Aber da das thematisch passt, wurde mein Redebeitrag jetzt hier mit reingenommen.

Genossinnen und Genossen, der Antrag ist notwendig. Frauen haben das Recht auf eine flächendeckende Versorgung mit Schwangerschaftsabbrüchen. Es darf nicht Standard sein, dass Frauen zwei Stunden mit dem Bus über Land fahren müssen, während sie ihre Kinder in die Betreuung geben, und sich auch nicht trauen, mit ihrem Umfeld darüber zu sprechen. Es ist staatliche Aufgabe, für eine flächendeckende Gesundheitsversorgung zu sorgen, und dazu gehören auch Schwangerschaftsabbrüche. Diese Frage hat auch nichts mit § 218 zu tun. Deshalb müssen wir auch nicht auf das Ergebnis der Kommission warten.

Ich frage: Wollen wir – wie weite Teile der CDU – diesen Missstand einfach hinnehmen, oder wollen wir dazu stehen, dass Frauen wirklich selbst über ihren eigenen Körper und über ihr eigenes Leben entscheiden können, und konsequenterweise auch die Versorgung verbessern. Wenn ihr das mit Ja beantwortet, stimmt bitte beim Antrag G50 mit Ja.

Im Übrigen empfehle auch ich die Annahme des Änderungsantrags der Jusos zu dem jetzt so viel diskutierten Antrag. – Danke schön.

(Beifall)

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Vielen Dank. – Damit sind wir am Ende der Aussprache zu dem gesamten Fachbereich F. Bevor wir dann tatsächlich in die Abstimmung eintreten, gebe ich noch mal Bettina Martin für die Antragskommission das Wort. Es ist schon eine

ganze Reihe von Änderungsanträgen angenommen worden, aber sie verschafft uns da jetzt noch mal einen vollständigen Überblick. Vielen Dank, Bettina.

Bettina Martin, *Antragskommission:*

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben einen Initiativantrag 3 zur Kindergrundsicherung. Dazu hat der Genosse Erik von Malottki gerade in seinem Redebeitrag einen mündlichen Änderungsantrag zum Pfändungssicherheit der Mittel der Kindergrundsicherung eingebracht. Dazu hat die Antragskommission „Annahme“ votiert. Wir würden den also zur Annahme empfehlen.

Wir hatten insgesamt zu dem Initiativantrag 3 – das hatte ich vorhin schon ausgeführt – gesagt, dass wir den ersten Satz annehmen und die anderen Punkte, die dann konkret sind, an die an die Bundestagsfraktion überweisen. Bei diesem Votum würden wir dann auch bleiben, also Annahme der Ergänzung beim Initiativantrag 3.

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Ich würde vorschlagen, dass wir jetzt über den Initiativantrag abstimmen und dann noch zu den einzelnen Anträgen mit den separaten Änderungen kommen.

Also Annahme des mündlichen Antrags, Annahme Zeile 1 bis 2 sowieso und im Übrigen Verweisung an die Bundestagsfraktion. Das wäre das Votum der Antragskommission. Darüber würde ich jetzt gerne zum Initiativantrag 3 mit euch abstimmen wollen Wer also diesem Votum folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir den Initiativantrag3 verabschiedet. Dafür schon mal herzlichen Dank.

Jetzt kommen wir zu den Anträgen im Übrigen. Das sind dann die Anträge F01 bis F72, im Antragsbuch auf den Seiten 304 bis 368. Auch dazu sagt uns Bettina jetzt, wie der Stand der Dinge ist.

Bettina Martin, *Antragskommission:*

Wir haben dazu keine weiteren mündlichen Änderungsanträge. Das können wir also so abstimmen.

Anke Rehlinger, *Tagungspräsidium:*

Dann haben wir die, die schon vorher bekannt gewesen sind. Da gibt es einen Änderungsantrag zu F54. Da habt ihr die Annahme in einer vereinbarten geänderten Fassung vorgeschlagen, wenn ich das richtig sehe. Das würde, wenn sich euer Widerspruch jetzt nicht erhebt, auch genauso erfolgen. Dann bleiben jetzt nur noch ganz wenige übrig, wo die Antragskommission auf Ablehnung votiert hat, und die würden wir an dieser Stelle einzeln aufrufen.

Bettina Martin, *Antragskommission:*

Genau. Ich würde jetzt zum F30, dem Antrag der SPD-Frauen zum Thema Parität, den wir gerade diskutiert haben, kommen. Dazu gibt es einen Änderungsantrag der Jusos der gerade breit diskutiert wurde.

Die Antragskommission bleibt bei ihrem Votum „Ablehnung“. Wir haben auf Bundesebene – das wisst ihr, und das wurde ja auch diskutiert – einen – Reißverschluss, also eine quotierte Bundesliste. Es ist schlicht so, dass wir mitten im laufenden Verfahren sind. Seit sechs Monaten stellen die Landesverbände ihre Listen auf. Das Spiel ist nicht nur mitten am Laufen sondern eigentlich ist es gelaufen. Die Listen stehen. Wir haben in wenigen Wochen am 28. Januar 2024 die Europadelegiertenkonferenz, und es ist schlicht so, dass wir im laufenden Spiel nicht die Regeln ändern können. Das wäre nicht fair. Das ist im Fußball so, und das ist auch bei uns so.

(Beifall)

Die Landesverbände haben sich bei der Aufstellung der Liste auf eine transparente Regelung verlassen. Deswegen bleiben wir hier bei dem Votum „Ablehnung“.

***Anke Rehlinger,** Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Bettina. – Dann stimmen wir jetzt über das Votum der Antragskommission ab. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Erstere war klar die Mehrheit. Damit ist das Votum der Antragskommission auf Ablehnung bestätigt.

(Beifall)

Dann fahren wir fort.

Das wäre jetzt nach meinem Dafürhalten noch der Änderungsantrag zum F41, „Barrierefreiheit von Frauenhäusern schaffen“. – Der ist nicht aufgerufen? -Gut.

Ich glaube, dann haben wir alle hier jetzt noch mal neuerlich durch mündliche Wortbeiträge aktualisierten Änderungsanträge für die übrigen Einzelanträge aufgerufen und könnten die auch noch einmal positiv bescheiden. Wer also für die Einzelanträge in der dann geänderten Fassung votieren möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Vielen Dank. – Gibt es Gegenstimmen. – Das ist nicht der Fall. Dann sind auch die Einzelanträge damit verabschiedet.

Ich bedanke mich sehr herzlich für die Debatte und für die Mitwirkung und gebe an dieser Stelle an Thomas ab, was die weiteren Bereiche angeht. – Vielen Dank.

ANTRAGSBERATUNG O1

***Thomas Losse-Müller,** Tagungspräsidium:*

Ganz herzlichen Dank, Anke.

Dann kommen wir jetzt zu den Anträgen im Sachbereich Organisationspolitik, dem O Bereich.

Wir würden es jetzt so machen: Wir haben den Leitantrag O1. Dazu gibt es einige Wortmeldungen, die wir in der Debatte aufrufen werden. Dann gibt es die Debatte zum Antrag O2. Dazu haben wir eine Wortmeldung. Der O2er ist ein satzungsändernder Antrag, braucht also eine. Dann haben wir noch mal einen. Antrag, für den eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist, und dann alle anderen Anträge.

Ich will euch am Anfang darauf hinweisen, dass der Antrag O7 zurückgezogen worden ist, sodass wir jetzt also nur noch einen Antrag bei den satzungsändernden Anträgen haben.

Ich würde sagen, wir beginnen wir direkt mit dem O1. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in geänderter Fassung. Das Votum hat sich im Gegensatz zum Antragsbuch also geändert. Die Änderungen sind aber auch in OpenSlides einsehbar. Ich würde Kevin bitten, das für die Antragskommission vorzustellen.

Kevin Kühnert, *Antragskommission:*

Danke schön, Thomas. – Liebe Genossinnen und Genossinnen! Der beliebte Antragsbereich O. Ihr habt unseren organisationspolitischen Leitantrag vorliegen, der in den letzten zwei Jahren entstanden ist. Für alle die, die mit diesem Verfahren nicht ganz so vertraut sind, sei dazugesagt: Der organisationspolitische Leitantrag ist nicht einer, der einfach nur im Kreise des Parteivorstandes entwickelt wird, sondern er baut immer auf die Arbeit der Organisationspolitischen Kommission auf.

Die Organisationspolitische Kommission arbeitet immer für zwei Jahre in unserer Partei und setzt sich sowohl aus Haupt- als auch aus Ehrenamtlichen der Landesverbände und Bezirke zusammen. Es sind auch Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitsgemeinschaften und natürlich der Parteivorstand dabei. Dort beraten wir in aller Unterschiedlichkeit, aber auch Gemeinschaft über zwei Jahre hinweg die mittel- und langfristigen großen Linien unserer organisationspolitischen Entwicklung. Welche Strukturen wollen wir haben? Welche nutzen unseren politischen Zielen? Wie können wir priorisieren? Und vieles andere mehr. So könnt ihr auch die Ergebnisse der Arbeit der letzten zwei Jahre jetzt also in diesem Antrag nachlesen.

Unsere Demokratie – das ist in den letzten zweieinhalb Tagen immer wieder angesprochen worden – ist in vielen Teilen unserer Gesellschaft bedroht. Immer mehr Menschen verlieren das Zutrauen in Politik und in ihre Lösungskompetenz, zum Teil auch in die Demokratie allgemein. Das äußert sich auch in Wahlergebnissen. Ich würde hinzufügen, mit Blick gerade auch auf viele Kommunalwahlen: Auch in Wahlbeteiligungen, die uns in ihren Auswirkungen und Ausschlägen nach unten wirklich zu denken geben müssen.

Vertrauen in Demokratie – das ist unsere feste Überzeugung – kann hergestellt werden, indem sich Menschen nicht nur eingeladen fühlen, sondern auch sie auch tatsächlich eingeladen sind, an dieser Demokratie mitzuarbeiten. Dafür gibt es viele Orte, und wir als aktive Mitglieder einer Partei sind davon überzeugt, wir sind nicht der alleinige, aber ein wesentlicher Ort, an dem demokratische Willensbildung in dieser Gesellschaft stattfindet. Wir sind auch stolz darauf und halten es für es überhaupt nichts Anrüchiges, dass es Parteien gibt, die diese Aufgabe maßgeblich mit übernehmen.

Damit wir diese Aufgabe wahrnehmen können und diesen Wesenskern unserer Demokratie und auch unserer Partei ausleben zu können, brauchen wir Mitglieder, die unsere Gesichter und unsere Stimmen vor Ort sind. Wir brauchen sie aber nicht nur als zahlende Mitglieder, sondern wir brauchen sie eingebunden in unsere aktive Parteiarbeit. Diese muss Anlaufpunkt sein für gesellschaftliche Akteure und gesellschaftliche Entwicklung.

Das Mitwirken an unserer Demokratie, die Selbstwirksamkeit darin, das geht am besten lokal. So sind auch viele von uns am Anfang zur Sozialdemokratie gekommen, haben Blut geleckt, sind weiter dabeigeblieben und haben sich auch weiter engagiert. Deswegen sind unsere Ortsvereine ein so elementarer Teil unserer Parteiorganisation und auch dringend notwendig für unseren Erfolg. Aber wir wissen eben auch – da sind wir ehrlich und realistisch , dass es Strukturen in Deutschland gibt, in denen wir kaum noch existierende oder funktionsfähige Ortsvereine haben. Aber auch dort wollen wir vor Ort präsent sein. Auch hier wollen wir Demokratie erlebbar machen. Hier wollen wir weder den Demo-

kratiefeinden noch dem parteienfreien Raum das Feld überlassen.

Deswegen gilt es gegenzukämpfen. Es wird aber nicht funktionieren, indem wir einfach nur Mitgliederwerbekampagnen allgemeiner Art mit Plakaten im öffentlichen Raum ausleben, sondern indem wir die Art, wie wir Menschen gegenübertreten, vor Ort verändern. Wir haben uns in den letzten zwei Jahren schwerpunktmäßig mit dem Konzept des Organizing beschäftigt. Wir haben angefangen – auch über die Mittel des Innovationsfonds, die wir jedes Jahr aufs Neue an eine gewisse Anzahl an Unterbezirken und Kreisverbänden geben -, uns mit der Frage zu beschäftigen: Wie können wir Unterbezirke, Kreisverbände, aber auch die Ebenen danach fit für das Organizing machen, also verkürzt gesagt, dafür nicht einfach nur auf die kommunale Gemeinschaft vor Ort in ihrer ganzen Breite zuzugehen, sondern dort, wo Parteien und Politik wirklich drohen, in der Versenkung zu verschwinden, gezielt auf die politischen Akteure zuzugehen, bei denen Willensbildungsprozesse jetzt schon stattfinden: Auf die Vereinsvorsitzenden, auf diejenigen, die in Betrieben und Betriebsräten Verantwortung übernehmen. Kurzum: Überhaupt wieder einen Fuß in die Tür bekommen, sodass die kommunalen Fragen nicht mehr nur im nachbarschaftlichen Rahmen besprochen werden, sondern auch wieder in grundsätzlicher Art im politischen.

Dieses Prinzip des Organizing wollen wir ausrollen, wollen wir breit in der Partei verankern und wollen die Erkenntnisse des bisherigen Prozesses, die wir gerade mit den Praktikerinnen und Praktikern auswerten, in die Fläche bringen.

Wir haben eine Verpflichtung, für die Zukunft unserer Partei und ihrer gesellschaftlichen Verankerung zu kämpfen, denn nur so können wir für unsere Demokratie einstehen. Aber dafür sind eben Veränderungen, wie ich sie gerade genannt habe erforderlich.

Das Versprechen, das wir als Hausleitung – sicherlich auch Dietmar, der gleich in der Debatte noch zu Wort kommen wird; aber wir können auch für Jessica, unsere Bundesgeschäftsführerin, an dieser Stelle mitsprechen, weil wir da ganz eng abgestimmt sind – vor zwei Jahren gegeben haben und heute erneuern, ist das Versprechen dazu, dass wir Mittel priorisieren werden. Wir stehen vor zwei ganz schwierigen Wahljahren mit einer Europawahl 2024, mit neun Kommunalwahlen im Jahr 2024 und einer Bundestagswahl im Jahr 2025. Ales, was wir tun, alle Strukturen, die wir nutzen, alle Mittelentscheidungen, die wir im Willy-Brandt-Haus treffen, werden wir auch weiterhin konsequent darauf ausrichten, die Kampagnenfähigkeit der Partei zu stärken und die Handlungs- und Anschlussfähigkeit vor Ort zu stärken. Das ist das Versprechen, aber in manchen Fällen dann auch die Zumutung, die wir versprechen, an dieser Stelle abzugeben. Was das konkret heißt – auch mit Blick auf Priorisierung und Zentralisierung von Aufgaben -, dazu wird Dietmar gleich noch Stellung beziehen.

Ich bedanke mich jetzt fürs Erste vor allem erst einmal bei den Mitgliedern der Organisationspolitischen Kommission, die uns diese Grundlage mitgegeben haben.

Ich bitte euch um Zustimmung zu diesem Antrag. Das ist eine wichtige Arbeitsgrundlage, damit das Willy-Brandt-Haus und viele andere mehr in den nächsten zwei Jahren wissen, in welche Richtung die Organisation arbeiten soll. – Vielen Dank.

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Danke, Kevin. – Dann haben wir jetzt in der Debatte Enrico, Georg Rase und abschließend Dietmar Nietan.

Enrico Bloch, *Vorsitzender des Arbeitskreises der Betriebsräte aller Landesverbände, Bezirke und des Parteivorstandes:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Zunächst möchten wir euch herzlich danken. Dieser Parteitag wäre ohne die Beschäftigten – seien es hauptamtliche oder Dienstleister und natürlich euch Delegierten, die unsere Partei mit Leben füllen – nicht möglich. Danke für euren Einsatz.

(Beifall)

Es ist mir eine Ehre und Freude, hier stehen zu dürfen als Vorsitzender und Vertreter des Arbeitskreises der Betriebsräte, der alle Betriebsräte in den Landesverbänden, Bezirken und im Parteivorstand repräsentiert.

Der Organisationspolitische Leitantrag zielt darauf ab, unsere Parteiorganisation zu modernisieren und effizientere und zentralisierte Strukturen einzuführen. Die Zukunft unserer Partei hängt von diesen Reformen ab. Von daher ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir uns heute damit auseinandersetzen und dass sich alle ihrer Verantwortung bewusst werden.

Lasst mich zunächst betonen, dass wir die Ziele dieses Antrags grundsätzlich unterstützen. Die Modernisierung unserer Parteiorganisation und die Einführung effizienter Strukturen sind notwendig, um unsere Partei zukunftsfähig zu machen und ihre Wirkungskraft zu stärken. Wir erkennen die Bedeutung dieser Schritte an und stehen hinter ihnen.

Jedoch müssen wir unsere Bedenken bezüglich der möglichen Auswirkungen dieser Reform auf unsere Hauptamtlichen ansprechen. Das, was im Leitantrag formuliert ist, führt zur Verunsicherung bei den Hauptamtlichen. Im schlimmsten Fall löst es Angst um den Arbeitsplatz aus, weil dieser Weg fällt oder man den neuen Anforderungen nicht gewachsen ist oder sich dafür nicht ausreichend qualifiziert fühlt.

In einigen Landesverbänden und Bezirken laufen diese Umstrukturierungsprozesse bereits. Wenn Vorstände Beschlüsse fassen, ohne sich vorher mit ihren Betriebsräten und ihren Beschäftigten darüber auszutauschen, ist das fatal und führt zu Unmut bei allen Beteiligten.

(Beifall)

Hauptamtliche sorgen dafür, dass der Parteiapparat läuft, dass Parteitage wie dieser überhaupt möglich sind. Und nicht zu vergessen: Wahlkämpfe sind ohne Hauptamtliche unmöglich.

(Beifall)

Unsere Hauptamtlichen leisten stets das, was von ihnen erwartet wird. Wir sind uns bewusst, dass die Ressourcen der Partei sinken und dass Wahlkämpfe und alles, was dazugehört, immer teurer werden. Wir als Hauptamtliche sind bereit und stehen stets und ständig bereit, uns an sich verändernde Rahmenbedingungen anzupassen, unser Bestes zu geben und im Rahmen dessen Verantwortung zu übernehmen. Doch bei allem, was darüber hinausgeht, erwarten wir, dass die politisch gewählten Entscheidungsträger unsere Bedenken ernst nehmen und auch für ihre Entscheidung Verantwortung übernehmen, ohne uns in die kollektive Mithaftung zu nehmen.

Von daher ist es wichtig, dass politische Entscheidungstrader auf Bezirks-, Landes- und Parteivorstandsebene verbindliche Verpflichtungen mit ihren Betriebsräten eingehen. Die Umsetzung dieses Antrags kann nur gelingen, wenn die vereinbarten Maßnahmen als feste Zusagen verstanden werden. Wir dürfen keine Mehrdeutigkeiten zulassen und müssen die Strukturen dort vereinheitlichen, wo es möglich ist, um die Effizienz und Effektivität unserer Parteiarbeit

zu steigern. Dabei müssen auch die Auswirkungen auf die Hauptamtlichen und die Sicherung ihrer Arbeitsplätze bedacht werden.

Die Umsetzung des Antrags erfordert eine ausführliche und ehrliche Diskussion auch mit uns. Nur wenn unsere Bedenken ernst genommen werden, kann eine breite Akzeptanz und Unterstützung für die Reform innerhalb der gesamten Organisation erreicht werden.

Der Arbeitskreis der Betriebsräte steht auf der Grundlage einer Betriebsvereinbarung in Nachfolge eines Gesamtbetriebsrats. In der Betriebsvereinbarung ist geregelt, dass der Arbeitskreis Vorverhandlungen in den Bereichen Betriebsvereinbarungen zu den Thema EDV und Weiterbildung führt. Wir haben diese Vorverhandlungen in der Vergangenheit geführt und machen das auch gegenwärtig. Unsere Erfahrung hat uns gelehrt, dass es ohne eine gesetzlich zwingende Grundlage nur in den wenigsten Fällen zur lokalen Umsetzung dieser Betriebsvereinbarung kommt.

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Du müsstest langsam zum Schluss kommen.

Enrico Bloch, *Vorsitzender des Arbeitskreises der Betriebsräte aller Landesverbände, Bezirke und des Parteivorstandes:*

Ja. – Deshalb haben wir ein Konzernbetriebsrat gegründet.

Auch wenn Arbeitgeber uns bisher nicht anerkennen, werden wir weiterhin für die Anerkennung des KBR kämpfen, der aus unserer Sicht entscheidend ist, um die Ziele des Leitantrags zu erreichen.

Tja, da ich jetzt hier enden soll: Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit und eure Bereitschaft, euch mit dem wichtigen Thema auseinanderzusetzen. – Danke.

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Danke Georg – Dann rufe ich Dietmar auf.

Georg Rase, *Saarland:*

Lieber Thomas, Ich bin nicht der Dietmar.

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Ja, Entschuldigung.

Georg Rase, *Saarland:*

Der sitzt hinter dir. Das war Enrico.

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Entschuldige, Georg. Mich hat gerade das Ding hier verwirrt. – Hallo lieber Georg, du hast das Wort.

Georg Rase, *Saarland:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Meinen Namen kennt ihr jetzt. Ich bin Georg Rase, ich bin der Schatzmeister aus dem schönen Saarland.

(Beifall)

Ich mache den Job seit 2012. Damals war es noch nicht so schön. Wir hatten damals die Landtagswahlen verloren, und finanziell sah es auch nicht so rosig aus. Und wie es dann so üblich ist, setzt man sich in die Bahn und fährt nach Berlin ins Willy-Brandt-Haus. Zu meinem Glück hat in dieser Zeit Dietmar Nietan seinen Job als Bundesschatzmeister übernommen, und wir haben uns gemeinsam überlegt, wie man das Problem lösen kann, wie man es auch exemplarisch für andere Landesverbände lösen kann.

Uns war eines klar: Wir hatten damals die finanziellen Mittel für sieben Kolleginnen und Kollegen im Landesverband, und dann kann man sich überlegen, ob man diese Mitarbeiter einsetzt, um sich selbst zu verwalten, oder um politische Arbeit zu machen, um das Ehrenamt zu unterstützen – Kevin hat vorhin einiges angesprochen – und um Wahlkämpfe zu bestreiten. Wir haben uns für den zweiten Weg entschieden. Das kann man schaffen, indem man Prozesse standardisiert und Verwaltung an einem Ort zentralisiert. So sind wir dann im ersten Schritt als erster Landesverband ins Servicecenter nach Dortmund mit der Mitgliederverwaltung und mit den Kassenberichten gewechselt.

(vereinzelt Beifall)

Dort machen engagierte Genossinnen und Genossen die Arbeit für uns. Sie machen einen ganz tollen Job. Sie haben uns begleitet, haben uns geholfen und haben uns unterstützt. Bei denen möchte ich mich an dieser Stelle auch einmal bedanken.

(Beifall)

Aber ihr könnt die auch kennenlernen. Sie stehen unten am Stand der ddvg. Ihr könnt mit denen reden, und sie erklären euch das. Ihr könnt sie auch einladen. Sie kommen auch zu euch und begleiten euch bei dem ganzen Prozess.

In einem zweiten Schritt sind wir dann mit der Buchhaltung zu Office Consult gewechselt. Auch die Genossen und Genossinnen stehen unten am Stand der ddvg.

Das Ergebnis, wie man sich mit sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern um 15.000 Genossinnen und Genossen kümmert und wie man Wahlkämpfe bestreitet, könnt ihr an der Landtagswahl 2022 sehen.

(Beifall)

Es gibt natürlich auch einen nicht zu vernachlässigen Grund mit Anke Rehlinger, die normalerweise hier oben sitzt. Aber wir haben uns vorher neu aufgestellt und haben uns vorher modernisiert.

Aus dieser Erfahrung heraus möchte ich euch nicht nur bitten, den Antrag in der Fassung der Antragskommission zu unterstützen, sondern ich kann euch nur ans Herz legen, den Weg gemeinsam mit uns zu gehen. Mir ist klar, dass es kein einfacher Weg ist, aber wir haben alle Voraussetzungen in der Organisationspolitischen Kommission geschaffen, um euch dabei zu helfen, also denen, die den Weg noch nicht gegangen sind. Viele haben das ja schon gemacht.

Wir schaffen das in der AGDS gemeinsam mit Spezialistinnen und Spezialisten aus den Landesverbänden, wo wir die Standards aufstellen. Wir schaffen das in der Bundesfinanzkommission, wo wir Unterstützung aufbauen, damit wir den Landesverbänden auch helfen können, damit sie ihre Kolleginnen und Kollegen auch weiterbilden können. Das Ganze haben wir gemeinsam in der Organisationspolitischen Kommission in einen Antrag gegossen.

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Georg, auch deine Zeit ist abgelaufen.

Georg Rase, *Saarland:*

Das haben wir in zwei Jahren haben wir das gemacht. Da sind alle Landesverbände vertreten. Daher möchte ich euch bitten, den Antrag zu unterstützen. – Vielen Dank und Glück auf!

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Danke schön, Georg. – Dann Dietmar Nietan:

Dietmar Nietan, *Schatzmeister:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe ja schon zu den unabwendbaren Notwendigkeiten, dass wir uns organisationspolitisch organisieren müssen, gestern etwas gesagt. Ich will noch mal betonen, weil Enrico hier sehr wichtige Dinge gesagt hat: Unsere Hauptamtlichen, unsere Kolleginnen und Kollegen sind kein Kostenfaktor, sondern ein Erfolgsfaktor für die SPD,

(Beifall)

und von dieser Perspektive müssen wir das angehen. Ich sage sehr deutlich, lieber Enrico, du hast völlig recht. Jede Parteiorganisation, die die Unterstützung von hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen hat, wäre mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn wir nicht das Know-how, das Engagement der Kolleginnen und Kollegen, die hauptamtlich unterwegs sind, nutzen, um die Partei in der Reform entsprechend voranzubringen. Denn es geht nur mit diesen Kolleginnen und

Kollegen, weil sie das Know-how haben und weil wir es ja auch mit ihnen und für sie tun wollen, wie es Georg eben gesagt hat, um zum Beispiel Hauptamtliche, aber auch Ehrenamtliche durch Zentralisierung bzw. durch gemeinsame Standards von administrativer Tätigkeit zu entlasten, damit sie sich auf das konzentrieren können, was wichtiger denn je ist, nämlich die Ehrenamtlichen in der politischen Arbeit zu unterstützen.

Einen weiteren Punkt möchte ich hier gerne noch loswerden. Es gibt keinen Selbstzweck. Das ist so ähnlich wie mit dem Subsidiaritätsprinzip der EU. Dinge, die man vor Ort am besten machen kann, sollte man auch vor Ort am besten machen. Dinge, die man regional am besten machen kann, macht man regional. Aber wenn es Dinge gibt, die durch Zentralisierung und bessere Standards für alle besser werden, dann darf man nicht aus Angst vor Veränderung verhindern, dass sie dann auch zentralisiert gemacht werden. Für dieses Prinzip der Subsidiarität möchte ich werben.

(Beifall)

Ein dritter Punkt. Das Tolle an unserer Partei ist, dass wir dieses wunderschöne Land mit unterschiedlichen Regionen, mit unterschiedlichen Mentalitäten in unterschiedlichen Landesverbänden, Bezirken und Unterbezirken repräsentieren. Und damit gibt es keine Blaupause für einen Reformprozess, den man jedem Unterbezirk, jedem Landesverband überstülpen kann. Jeder ist in einer gewissen Weise auch ein Unikat. Deshalb bitte ich diejenigen, die das Gefühl haben: „Wird da jetzt etwas über unsere Köpfe hinweg gemacht? Finden wir uns wieder?“, einfach noch mal darum bitten: Lasst uns gegenseitig vertrauen, dass wir uns unterhaken und dass wir solidarisch schauen: Wer kann wo was machen? Wo kann man etwas schneller machen? Wo brauchen wir längere Übergangszeiten? Aber lasst es uns tun, liebe Genossinnen und Genossen, denn wenn wir es nicht tun, werden wir – darauf komme ich zurück – unseren Erfolgsfaktor, nämlich die Hauptamtlichen, irgendwann nicht mehr bezahlen können, weil wir wegen schlechter Organisation Mittel verschwenden, und das ist weder im Interesse der Kolleginnen und Kollegen noch im Interesse einer schlagkräftigen Partei. – Vielen Dank.

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Herzlichen Dank, Dietmar. – Damit liegen uns keine Wortmeldungen mehr vor.

Wir können zur Abstimmung kommen. Wir haben keine weiteren Änderungen. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme, in geänderter Fassung. Das Votum hat sich im Gegensatz zum Antragsbuch geändert. Ihr könnt die Änderungen einsehen. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Einmal schnell die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit wird dem Votum der Antragskommission mit überwiegender Mehrheit gefolgt, und der aufgerufene Antrag ist beschlossen.

(Beifall)

Ganz herzlichen Dank.

ANTRAGSBERATUNG O2

Dann rufe ich jetzt auch schnell den Antrag O2 auf. Dazu empfiehlt die Antragskommission die Annahme. Weil es satzungsändernd ist, will ich noch sagen, dass wir nach § 37 des Orga-Statuts eine Zweidrittelmehrheit hier im Raum

brauchen. Für eine Änderung des Antrags reicht eine einfache Mehrheit aus, aber nur dann, wenn noch ein Sachbezug vorhanden ist und die vorgeschlagene Änderung kein qualitativ neuer Antrag ist. Ein geänderter Antrag bedarf dann wiederum trotzdem der Zweidrittelmehrheit.

Für die Antragskommission hat Dietmar das Wort.

Dietmar Nietan, *Antragskommission:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich will es schnell machen. Ihr habt ja den Antrag gelesen. Er ist auch nicht lang. Viele Genossinnen und Genossen aus den Gliederungen haben uns darauf hingewiesen, dass es doch gut wäre, wenn wir das Statut so ändern, dass auch Kolleginnen und Kollegen, die noch nicht oder – aus welchen Gründen auch immer – auch längere Zeit noch nicht unser Parteibuch tragen, aber zum Beispiel auf kommunalen Listen für die SPD kandidieren, genauso in die Pflicht genommen werden, Mandatsträgerinnen- und Mandatsträgerabgaben zu zahlen, wie das auch unsere Mitglieder machen. Letztlich ist das, was euch jetzt hier vorliegt, nur die Änderung des Statuts, damit es eine statuarische Grundlage dafür gibt, dass diejenigen, die, weil die SPD sie aufstellt und weil die SPD für sie Wahlkampf macht, Mandate erhalten, auch einen Teil ihrer Mandatsträgerinnen- und Mandatsträgerauszahlungen als Abgabe an die Partei geben. Ich bitte euch als – wie ihr euch vorstellen könnt – Schatzmeister aus finanztechnischen Gründen um eure Unterstützung.

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Danke schön. – Dann können wir auch gleich abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind schon einmal sehr, sehr viele. Wer ist dagegen? – Da sehe ich zwei Stimmen. Wer enthält sich der Stimme? – Okay. Die Zweidrittelmehrheit ist auf jeden Fall geschafft. Damit wird der Empfehlung auch entsprochen und der Antrag angenommen. Ganz herzlichen Dank.

Dann haben wir jetzt einen GO-Antrag.

ANTRAG ZUR GESCHÄFTSORDNUNG

Frederik Cordes, *Nordrhein-Westfalen:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Nie wieder ist jetzt. Wir stehen für ein friedliches und respektvolles Miteinander in unseren Städten und im Land. Wir sind gegen Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Gerade eben findet eine Demonstration in Berlin am Brandenburger Tor statt. Als Schirmherrin ist Bärbel Bas da. Ich beantrage deswegen, den Parteitag hier nach dem Schlusswort zu beenden und ein starkes Zeichen zu setzen: Lasst uns Bärbel Bas nicht alleine vorm Brandenburger Tor stehen! – Freundschaft und Glück auf!

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Ganz herzlichen Dank. – Dann will ich über diesen Antrag abstimmen. Das heißt, wir würden den Parteitag mit dem

Schlusswort, nachdem Kevin gesprochen hat, beenden. Wer ist für diesen Geschäftsordnungsantrag? – Das sind viele. Wer ist dagegen? – Das sind sehr viel weniger. Wer enthält sich der Stimme? – Dann ist diesem Geschäftsordnungsantrag durch den Parteitag stattgegeben worden. Das heißt, wir würden den Parteitag dann jetzt an dieser Stelle mit dem Schlusswort von Kevin beenden.

SCHLUSSWORT

Kevin Kühnert, *Generalsekretär:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Das war unser erster ordentlicher Bundesparteitag in voller Präsenz seit nunmehr vier Jahren. Wenn ich heute Morgen einen Blick über die Presselage habe schweifen lassen, dann kann ich nicht verhehlen, eine gewisse Zufriedenheit zu spüren, auch auf Grundlage dessen, was wir miteinander vereinbaren und beschließen konnten, wie wir die Wahlprozesse organisiert haben, wie viele der Anträge wir beraten bekommen haben. Das ist gut. Das hat diese Partei auch gebraucht.

(Beifall)

Einige haben diesen Parteitag verfolgt und darüber berichtet in der festen Annahme – manche vielleicht auch mit dem Wunsch , dass es an der einen oder anderen Stelle knallt, implodiert, dass irgendwo jemand abgestraft wird. All das ist nicht passiert, und zwar nicht, weil wir Streitpunkten aus dem Weg gegangen wären oder nur über dieses und jenes gesprochen hätten, sondern weil wir professionell und solidarisch im Umgang miteinander sind. Das ist der Verdienst von euch allen, von den vielen die Nächte und Tage in die Änderungsantragsdebatten, die Vorbereitung und die Delegationsbesprechungen gesteckt haben. Danke dafür, dass ihr diesen Parteitag zu einem Erfolg gemacht habt!

(Beifall)

Mir bleibt, im Namen des Parteivorstands an dieser Stelle Danke zu sagen. Ich möchte bitten, einfach ein paar derjenigen, denen wir danken, hintereinander nennen zu können und dass wir dann gemeinsam für all diejenigen applaudieren. Denn es sind so viele Hände und Köpfe, die dazu beigetragen haben, dass eine solche dreitägige Veranstaltung, die in Wahrheit ein monatelanges Mammutprojekt ist, stattfinden kann.

Wir bedanken uns bei Frau Dural und ihrem Team von der Messe-Orga, bei den Kolleginnen und Kollegen von Licht, Ton und Video, bei den Bühnenbauerinnen und Bühnenbauern, bei den Sanitätskräften des Arbeiter-Samariter-Bundes, bei den Sprach- und Gebärdendolmetscherinnen und -dolmetschern, bei den Kolleginnen und Kollegen, die die Kinderbetreuung übernommen haben, bei den Sicherheitsdiensten, der Berliner Polizei, dem LKA und dem BKA. Es macht einen Unterschied. Wenn man den Bundeskanzler stellt, dann ist auf dem Parteitag noch ein bisschen mehr zu tun.

(Beifall)

Wir bedanken uns bei unseren Agenturen ASK und brinkertlück für das in Szene setzen dieses Parteitages, beim Catering-Service, beim Reinigungspersonal, insbesondere bei den Nachtschichten, die für solche Parteitage auch notwendig sind.

(Beifall)

Krankheitsfälle gibt es nicht nur in den Delegationen, auch bei den Dienstleistern. Wir bedanken uns bei denjenigen, die die Möglichkeit wahrgenommen haben, hier auch einzuspringen und Dienste zu übernehmen, in denen sie gar nicht

vorgesehen waren. Auch dafür vielen herzlichen Dank!

(Beifall)

Wir bedanken uns außerdem bei allen freiwilligen Helferinnen und Helfern und bei den Kolleginnen und Kollegen der Druckerei. Guckt auf eure Tische! Es war eine Menge zu tun. Vielen Dank auch an die Ausstellerinnen und Aussteller und die Standbetreuungen, die es uns ermöglicht haben, auch draußen ins Gespräch kommen zu können.

Zu guter Letzt einen herzlichen Dank an unser Team im Willy-Brandt-Haus, an die Kolleginnen und Kollegen, die die Antragsberatungsvorbereitung mit begleitet haben, die diesen Parteitag in Szene gesetzt haben, die euch an der Akkreditierung begleitet haben, die Tag und Nacht zur Verfügung gestanden haben, die in endlosen Planungsmeetings all ihre Erfahrung und Kompetenz in diesen Parteitag gesteckt haben. Dieser erfolgreiche Parteitag ist eben auch euer Parteitag. Nehmt das mit! Einen warmen Applaus an die wunderbarsten Kolleginnen und Kollegen der Welt von euren Genossinnen und Genossen hier auf dem Bundesparteitag!

(Beifall)

Vielen Dank an unser charmantes Tagungspräsidium, das uns souverän und humorvoll durch die vergangenen drei Tage hindurch begleitet hat.

(Beifall)

Jetzt für den Moment gehen wir auseinander. Viele von uns werden sich bald schon in wenigen Wochen wiedersehen, wenn wir uns am 28. Januar wieder hier in Berlin an anderer Stelle im Berliner Congress Center zu unserer ganztägigen Europadelegiertenkonferenz treffen. Wir haben uns bewusst dazu entschieden, im Wahljahr 2024 das Thema Europa, unser Wahlprogramm, die Listenaufstellung und alles, was dazugehört, nicht mit in diesen Parteitag hineinzunehmen. Europa ist nicht eine Wahl unter vielen. Es ist die entscheidende Wahl des nächsten Jahres, die bundesweit stattfinden wird. Europa bekommt seinen eigenen Tag am 28. Januar. Wir sehen uns dann wieder hier in Berlin, mit Katharina und all den anderen, mit unserem Wahlprogramm. Dann starten wir die Strecke hin zum Wahlsieg im Juni.

Bis dahin wünsche ich euch, dass ihr gut nach Hause kommt, dass ihr gesund bleibt oder in manchen Fällen auch gesundwerdet. Ich wünsche uns, wenn wir dann die letzten Arbeitstage des Jahres hinter uns gebracht haben, dass wir alle nach diesen wilden und zum Teil auch nicht schönen Monaten ein bisschen zur Ruhe kommen können – ihr mit euren Genossinnen und Genossen, Freundinnen und Freunden und Familien. Habt vielen herzlichen Dank für euren Einsatz für die Sozialdemokratie! Kommt gut nach Hause! Danke, dass ihr hier wart!

(Beifall)

Thomas Losse-Müller, *Tagungspräsidium:*

Ihr Lieben, wir schließen uns dem Dank an! Danke für die konzentrierte Beratung. Guten Weg nach Hause in den Rest der Republik! Hiermit schließe ich diesen Parteitag mit der Bitte an den Parteivorstand, sich jetzt sofort umgehend noch in M1 zu treffen. Ihr alle – in den goldenen Worten von Heide Simonis : Macht keinen Scheiß! – Guten Weg nach Hause.

Ende des Parteitags: 13.39 Uhr.

Deligierte

BADEN-WÜRTTEMBERG

Arnold, Rainer
Baehrens, Heike
Bergerhoff, Ariane
Binder, Sascha
Cademartori, Isabel
Cuny, Sebastian
Fechner, Johannes
Hahn, Leon
Harsch, Daniela
Herter, Lara
Hoffmann, Jonas
Höllmüller, Simone Catrin
Hornung, Lukas
Hussain, Syed Assad
Ioannidis, Giuliana
Karaahmetoglu, Macit
Katsch, Matthias
Kliche-Behnke, Dorothea
Knöpfle, Emelie
Könnecke, Birte
Köpfle, Benjamin
Kühnel, Tanja
Leiser, Kevin
Lutz, Udo
Marvi, Judith
Marvi, Parsa
Mast, Katja
Mehmet Ali, Takis
Nothofer-Hahn, Ronja
Repasi, Rene
Röderer, Jan-Peter
Rosemann, Martin
Schmid, Nils
Schwarzelühr-Sutter, Rita
Seitzl, Lina
Siebert, Julius
Sigg, Viviane
Strobel, Tim
Türk-Nachbaur, Derya
Uhlig, Meri
Wacker, Pavlos
Wahl, Florian
Weber, Jonas
Wenger, Martin
Wirth, Annalena
Wölfle, Sabine
Wulff, Annkathrin
Yildirim, Nezaket
Zarnetta, Florian

BAYERN

Arnold, Horst
Bahr, Ulrike
Barthel, Klaus
Bäumler, Nicole
Beer, Petra
Bergmann, Uwe
Brehm, Ramona
Brehm, Thorsten
Brütting, Dominik
Burger, Simone
Deingruber, Maria
Dietz, Anno
Dörflein, Max
Dornhuber, Matthias
Drechsel, Mirjam
Eder, Marietta
Eder, Severin
Ertug, Ismail
Fleischer, Georg
Fotokehagias, Michail
Freund, Florian
Graf, Melanie
Grajer, Simon
Grämmer, Thomas
Hagl-Kehl, Rita
Hinkl, Petra
Höllein, Carsten
Kiekebusch, Janina
Kliem, Marvin
Knorr-Köning, Seija
Kofler, Bärbel
Köning, Christian
Kors, Fabian
Kourtoglou, Filippos
Kramme, Anette
Krammer, Stefanie
Lang, Benedict

Laurien, Marlen

Linner, Caroline

Metzger, Petra

Molnar, Reka

Müller, Ruth

Negele, Christine

Nembach, Pamela

Nötscher, Marc

Nürnberger, Jörg

Odell, Lena

Olbrich, Gerd

Plobner, Jan

Pollack, Kathrin

Raab-Wasse, Helga

Rasehorn, Anna

Räth, Katharina

Renner, Regina

Riedl, Susanne

Roloff, Sebastian

Roth, Alexander

Rothmayer, Julia

Sauer, Maria

Sauerteig, Dominik

Scharfenberg, Ulrich

Schmid, Christoph

Schrodi, Michael

Seibert-Hogenkamp, Kim Celin

Stamm-Fibich, Martina

Streit, Dominik

Süß, Josef

Tasdelen, Halil

Träger, Carsten

van Eckert, René

Wagner, Carolin

Wegge, Carmen

Weimann, Eva-Maria

Wein, Peter

Weitzel, Katja

BERLIN

Ayikpe, Jean-Marie

Bertels, Jana

Bischoff, Gabriele

Bozkurt, Aziz

Drewnicki, Robert

Einstmann, Torsten

Ertan, Erkan

Fischer, Fabian

Georgii, Harald

Hiller-Ewers, Karin

Hönicke, Kevin

Klein, Cordula

Kossow, Niklas

Laakes, Alexia

Laroche, Regine

Lehmann, Luise

Radziwill, Ülker

Rahmann, Joachim

Rothe, Julie

Saleh, Raed

Salomon, Alexander

Schneider, Ben

Schulz, Mathias

Siglreitmaier, Miriam

Stüwe, Ruppert

Tasan-Funke, Sinem

Tietje, Rona

Trasnea, Ana-Maria

Unger, Annette

BRANDENBURG

Biesterfeld, Dietlind

Eichwede, Sonja

Gebhardt, Vincent

Häfner, Ulrike

Harding, Sabine

Kolesnyk, David

Scheetz, Ludwig

Stohn, Erik

Weinreich, Sarah

Wolff, Annemarie

Zierke, Stefan

BRAUNSCHWEIG

Bartels, Ives

Beste, Katrin Dorothea

Fischer, Anna

Gaus, Jannis

Girod, Alexandra

Kreiser, Dunja

Kurz, Jana

Letter, Michael

Luther, Manon

Mohrs, Falko

Pape, André

Raulfs, Philipp

Schröder, Jan

Wagner, Eckhard

BREMEN

Arpaz, Selin Ece

Besecke, Lizza

Güngör, Mustafa

Kozlowski, Anke

Schuster, Joachim

Thatje, Aaron

Tsartilidis, Elias Alexander

Weber, Mara

HAMBURG

Bekeris, Ksenija

Buschhüter, Ole Thorben

Capar, Mithat

Eichhorn, Mathias

Faltynek-Haschke, Christine

Frick, Laura

Gilles, Anett

Gündüz, Simone-Jasmin

Huntemann, Alica

Jäck, Regina

Karakus, Oksan

Pein, Milan Wilhelm

Platten, Sören

Schmidt, Hansjörg

Veit, Carola Alexandra

Weiland, Nils Gustav

Winter, Tina

HANNOVER

Abend, Theresa

Albers, Marco Darius

Allruth, Bjarne

Blankenburg, Jakob

Block, Emily

Eckhoff, Birgit

Ellerbrock, Otto

Engelen, Christoph

Fahncke, Barbara

Gerdau, Martin

Glaubitz, Tim

Grosch, Constantin

Hanisch, Thordies

Hatami, Leyla

Henze, Hannes

Hillberg, Antonia

Hillberg, Arne

Hoffmann, Bo Elian

Husmann, Lea-Kendra

Kahle, Matthias

Krach, Steffen

Kratzke, Marlo

Laemmerhirt, Ronja

Liebing, Stephan

Lonzen, Alexander

Margraf, Karola

Meyer, Lara

Peisker, Niklas

Seidel, Pascal

Teuber, Mario

Vann, Sylvia

Völlers, Marja-Liisa

Watermann, Ulrich

Weil, Stephan

Wischnewski, Marek

HESSEN-NORD

Behle, Hannelore

Bobke, Thomas

Bräutigam, Tim

Dilcher, Esther

Frühwald, Sophie

Gremmels, Timon

Hartdegen, Tanja

Hechelmann, Ron-Hendrik

Herbst, Tim

Hesse, Werner

Holstein, Ilona

Jung, Mario

Köhler, Justin

Meßmer, Ullrich

Müller, Finja

Panou, Konstantinos

Reiss, Cornelia

Reitz, Adriana

Risch, Tracy

Rottwilm, Philipp

Sack, Sebastian

Schneider, Irene

Vollmar, Karsten

Wilke, Cord

HESSEN-SÜD

Alfonso Munoz, Dennis

Becher, Patricia

Becker, Lukas

Böcher, Jan Moritz

Breustedt, Michelle

Bullmann, Udo

Degen, Christoph

Döring, Felix

Eckert, Tobias

Gnadl, Lisa

Grüger, Stephan

Hechler, Katrin

Hofmann, Alexander

Hofmann, Heike

Holschuh, Rüdiger

Kaffenberger, Bijan

Kavai, André

Khenissi, Rachid

Koebe, Josefine

Kunz, Cirsten

Luxen, Kristina

Maiano, Julia

Maier, Sebastian

Mansoori, Kaweh

Minkley, Stefanie

Müller, Kolja

Nasseh, Giorgio

Oehl, Jan Lennard

Ostrowicki, Julia

Öztas, Halil

Pawlik, Natalie

Rabanus, Martin

Sarikaya, Serpil

Stang, Gisela

Türmer, Philipp

Voigt, Lena

Wade, David

Wandt, Josephine

Wasilewski, Dieter

Wegling, Melanie

Wingerter, Sven

Wolf, Laura Helena

Yüksel, Turgut

Zimmermann, Jens

Zorn, Armand

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Barsch, Johannes

Dejosez, Jacqueline

Langer, Sebastian

Reinke, Christian

Schwesig, Manuela

Wölk, Monique Nadine

NORD-NIEDERSACHSEN

Brandt, Sebastian

Georg, Kira

Harjes, Michael

Jährling, Elke

Kacar, Birhat

Lange, Corinna

Liebetruth, Dörte

Rebbin, Lasse

Santjer, Uwe

NORDRHEIN-WESTFALEN

Abdi, Sanae

Akcan-Grah, Bige Eda

Alius, Karin

Altenhoff, Oliver

Arshad, Shamail

Aschhoff, Denis

Asil, Fatih

Bakum, Rodion

Baradari, Nezahat

Baran, Volkan-Tevfik

Becker, Gisela

Behrens, Jens

Bernard, Peter

Blienert, Burkhard

Bollig, Hannah

Bollmann, Hendrik

Boneberger, Theres

Börner, Frank

Börnhorst, Noah

Bozkurt, Metin

Brauer, Simon

Bunse, Maximilian

Busche, Andrea

Celik, Celil

Claßen, Anne

Coße, Jürgen

Coße, Manuela

Dahm, Mario

Deike, Julia

Depta, Silke

Dichant, Maximilian

Dieren, Jan

Dietz, Esther

Dos Santos Herrmann, Susana

Echeverria, Axel

Eggert, Romina

Eicker, Sigrid

Engin, Dilek

Ferber, Fabian

Förster-Teutenberg, Martina

Fullert, Lisa

Gaedike, Nina

Gassen, Ralf

Geier, Jens

Gerbothe, Sylvia

Geyer, Jens

Glaremin, Lisa

Gnade, Jenny

Güngör, Diyar

Hammer, Hannah

Hechler, Matthias

Heitkamp, Micha

Herter, Marc

Hoffmann, Daniela

Holzwarth, Waltraut

Hördemann, Celina

Horn, Denise

Janke, Oliver

Jaziorski, Marc

Joisten, Christian

Jusaj, Milazim

Kassurka, Valyaine

Kenter-Quos, Kerstin

Khalaf, Nadia

Kitz, Eva

Klatt, David

Kobe, Daniel

Kocker, Dennis

Köksal, Servet

Kottmann, Ilka

Kros, Ulrich

Kunze, Gabriel

Küpper, Anne

Lauterbach, Karl Wilhelm

Lüders, Nadja

Ludwig, Josephin

Luhmann, Maik

Matheuszik, Jens

Moll, Claudia

Möller-Bach, Christiane

Molzberger, Adhemar

Müller, Frank

Mützenich, Rolf

Nazir, Shoaiub

Nickholz, Brian

Obrok, Christian

Ott, Jochen

Özdemir, Mahmut

Peick, Jens

Penno, Rita

Peters, Anna

Peters, Martin

Philipp, Sarah

Pliete, Beate

Rhie, Ye-One

Richter, Philipp

Rinkert, Daniel

Röhr, Hans-Dieter

Roschin, Nils Michael

Rose, Christine

Sahler, Marco

Schäfer, Axel

Schenker, Yannick-Noel

Schmidt, Nicole

Schnake, Susanne

Schneidt, Stefan

Schuch, Gero Matthias

Schumacher, Annabel

Seeger, Julian

Sonders, Alfred

Soylu, Dilara

Spaenhoff, Anna

Spielmanns, Aaron Luca

Spinrath, Norbert

Spitzner, Sandra

Stinka, Andre

Stock, Ellen

Stöfer, Annika

Stöfer, Jan

Stotz, Leonie

Ströttchen, Caroline

Stucke, Ingo

Tepperis, Maria

Teschlade, Lena

Töns, Markus

Tsalastras, Apostolos

Vischer-Kippenhahn, Sabine

Waasem, Thilo

Waldmann, Johannes

Walther, Claudia

Watermeier, Sebastian

Weesbach, Simone

Weike, Marion

Westphal, Thomas

Wißen, Bodo

Wolff, Nina

Yüksel, Gülistan

Yüksel, Serdar

PARTEIVORSTAND

Ahnen, Doris

Barley, Katarina

von Brunn, Florian

Dulig, Martin

Endres, Ronja

Esdar, Wiebke

Esken, Saskia

Fahimi, Yasmin

Geywitz, Klara

Griese, Kerstin

Heil, Hubertus

Horn, Gustav

Kaczmarek, Oliver

Klingbeil, Lars

Kühnert, Kevin

Kutschaty, Thomas

Maier, Georg

Martin, Bettina

Midyatli, Serpil

Müntefering, Michelle

Nietan, Dietmar

Özoguz, Aydan

Pähle, Katja

Pistorius, Boris

Rehlinger, Anke

Rosenthal, Jessica

Roth, Michael

Ryglewski, Sarah

Schmidt, Dagmar

Schulze, Svenja

Schweitzer, Alexander

Stoch, Andreas

Woidke, Dietmar

RHEINLAND-PFALZ

Abstein, Markus

Anklam-Trapp, Kathrin

Augst, Florian

Baldy, Daniel

Bätzing-Lichtenthäler, Sabine

Böffgen, Nils

Bräuer, Sonja

Braun, Jennifer

Brück, Bettina

Carstensen, Jonas

Diedenhofen, Martin

Dreyer, Malu

Funk, Florian

Glück, Michelle Raffaela Ayako

Göbel, Theresa

Greb, Ruth

Harutyunyan, Maria

Heer, Kathleen

Herbst, Corinne

Hoffmann, Tom

Janson-Peermann, Petra

Jenssen, Jens

Jung, Michael

Kastner, Benjamin

Köbberling, Anna

Kurt, Umut

Leidig-Petermann, Magali

Lewentz, Roger

Machalet, Tanja

Mieves, Matthias

Müller, Susanne

Oster, Benedikt

Ott, Antje

Raab, Heike

Reske, Ingrid

Rommelfanger, Lothar

Rosenberg, David

Rudolph, Thorsten

Ruland, Marc

Schäfer, Roland

Schimkat, Philip

Seelig, Patricia

Slezak, Laura

Troubal, Julia

Weber, Lena

Wiesner, Beatrice

SAARLAND

Ahr, Timo

Andres, Kathrin

Arweiler, Pascal

Aumann, Jörg

Barke, Jürgen

Beermann, Esther

Berg, Petra

Braun, Kira

Commerçon, Ulrich

Jung, Christine

Jung, Magnus

Kleer, Sabine

Klein, Réka

Lang, Torsten

Limbacher, Esra-Leon

Lindemann, David Alexander

Meiser, Insa Katharina

Ortleb, Josephine Loulou

Petry, Christian

Roth, Eugen

Sisamci, Damhat

Streichert-Clivot, Christine

Thul, Sebastian

SACHSEN

Ecke, Matthias

Engel, Mareike

Engel, Stefan

Homann, Henning

Junghans, Antje

Koch, Sophie

Ramberg, Felix

Reißmann, Michelle

Schmidt, Michael

SACHSEN-ANHALT

Böttcher, Tobias

Gerlach, Niklas

Matviyets, Anne Sarah

Meyer, Steffi

Möbbeck, Susi

Puhlmann, Patrick

Sterz, Bernhard

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Bergt, Bengt

Böttcher-Naudiet, Gerlinde

Buhl, Christiane

Burkhardt, Delara

Canli, Canan Gevher

Claussen, Martina

Daude, Ulf

Dolgner, Kai

Dürbrook, Tim

Habersaat, Martin

Kämpfer, Ulf

Klüssendorf, Tim

Kreft, Enrico

Lange, Simone

Larsen, Tatjana

Mahrt, Katharina

Ploog, Iris

Rix, Sönke

Scheer, Nina

Schiebe, Sophia

Schubert, Christina Marie

Siemers, Dorothea

Stender, Kianusch

Venzke, Maybrit

THÜRINGEN

Butt, Melissa

Glybowskaja, Katja

Klisch, Cornelia

Lehmann, Diana

Pankofer, Max

Schröter, Dirk Maximilian

Shevchenko, Oleg

WESER-EMS

Dettmann, Jutta

Gattung, Vanessa

Gava, Manuel

Goldenstein, Andre

Hennig, Anke

Höffmann, Jan Oskar

Hunter-Roßmann, Hannelore

Hüser, Geert

Knaupe, Kimberly

Krasniq, Besian

Logemann, Karin

Mandel, Roswita

Mittag, Susanne

Möller, Siemtje

Naber, Hanna

Rohde, Dennis

Röhr, Gerlinde

Schröder, Tom

Spreen, Timo

Troff-Schaffarzyk, Anja

Wahlmann, Kathrin

Wölken, Tiemo

Delegierte mit beratender Stimme

Alabali-Radovan, Reem
Arlt, Johannes
Bas, Bärbel
Baumann-Hasske, Harald
Becker, Holger
Binding, Lothar
Bovenschulte, Andreas
Brosda, Carsten
Budde, Katrin
Dehne, Stephanie
Demir, Hakan
Draheim, Antje
Drewke, Renate
Ebhardt, Carola
Faeser, Nancy
Fiedler, Sebastian
Finke, Karl
Funke, Fabian
Gensecke, Katrin
Gloser, Günter
Hansen, Annegret
Homeister, Egbert
Jensen, Meike
Jobs, Thorsten
Kersten, Franziska
Keßler, Kristin
Khedr, Hussien
Kirgiane-Efremidou, Stella
Kornblum, Thorsten
Köster, Dietmar
Martens, Holger
Matt-Heidecker, Angelika
Meinhold, Walter
Mohamed, Sarah
Mühlstein, Marko
Nieradzik, Gabriele
Noichl, Maria
Notzke, Thomas
Otte, Stella Carina
Reckmann, Brigitte
Risse, Johannes
Schmidt, Wolfgang
Schmitt, Norbert
Scholz, Olaf
Schreiber, Elke
Sieveking, Rosanna
Sippel, Birgit
Smentek, Sabine
Spyra, Linus Imre
Stein, Mathias
Strotzer, Oliver
Syring, Angelika
Tschentscher, Peter
Ülger, Atila
van Suntum, Bettina
Velter, Boris
Weigel, Andreas
Weinbrecht, Ralph
Werner, Heike
Weyandt, Lennart
Willingmann, Armin
de Wolf, Abraham

Rednerinnen und Redner

Abdi, Sanae ... 280
Ahnen, Doris ... 94, 96
Ahr, Timo ... 203
Alabali-Radovan, Reem ... 324
Barley, Katarina ... 155, 162, 268, 313
Barthel, Klaus ... 147, 303
Bätzing-Lichtenthäler, Sabine ... 68
Bengt, Bergt ... 235
Bernard, Peter ... 224
Bertels, Jana ... 175
Binding, Lothar ... 298
Blienert, Burkhard ... 127
Bloch, Enrico ... 433
Börnhorst, Noah ... 385
Bovenschulte, Andreas ... 48
Bullmann, Udo ... 304
Bunse, Maximilian ... 272
Burger, Simone ... 41
Burkhardt, Delara ... 48
Butt, Melissa ... 244
Canli, Canan ... 238
Cordes, Frederik ... 438
Coße, Jürgen ... 300
Daude, Ulf ... 381
Demir, Hakan ... 339
Dieren, Jan ... 283
Drewnicki, Robert ... 78, 292
Dreyer, Malu ... 8
Dulig, Martin ... 38
Echeverria, Axel ... 301
Ecke, Matthias ... 66
Endres, Ronja ... 234
Engel, Mareike ... 65, 220
Ertan, Erkan ... 82
Esdar, Wiebke ... 195
Esken, Saskia ... 19, 189, 371, 410
Fahimi, Yasmin ... 168
Faltynek-Haschke, Christine ... 148
Ferber, Fabian ... 70, 216
Fischer, Fabian ... 343
Frick, Laura ... 273
Frühwald, Sophie ... 393
Funke, Fabian ... 285
Gaedike, Nina ... 204, 390
Geier, Jens ... 84
Georgii, Harald ... 124
Gerlach, Niklas ... 87, 226, 247
Geywitz, Klara ... 37, 108, 200
Glybowskaja, Katja ... 342, 423
Gremmels, Timon ... 90
Griese, Kerstin ... 137, 147, 165, 172, 177
Güngör, Mustafa ... 71
Häfner, Ulrike ... 39, 176, 368, 412, 417
Hartmann, Sebastian ... 335
Hechler, Katrin ... 346
Heil, Hubertus ... 110, 151, 213
Heitkamp, Micha ... 77
Hilgers, Friedhelm ... 295

Homann, Henning ... 208
Hönicke, Kevin ... 358
Horn, Gustav ... 92, 237, 349
Jobs, Thorsten ... 366
Junghans, Antje ... 397
Jung, Michael ... 57
Kacar, Birhat ... 345
Kaczmarek, Oliver ... 228, 403, 405, 406, 407, 408
Kaffenberger, Bijan ... 218
Kirgiane-Efremidis, Stella ... 236
Klein, Réka ... 419, 420, 421
Kliem, Marvin ... 153, 391
Klingbeil, Lars ... 27, 76, 259, 411
Klose, Annika ... 158
Klüssendorf, Tim ... 77
Knorr-Köning, Seija ... 414
Koch, Sophie ... 248
Koebe, Josefine ... 395
Kolesnyk, David ... 341
Kors, Fabian ... 330
Köster, Dietmar ... 297
Kourtoglou, Filippos ... 63
Krammer, Stefanie ... 424
Kühnert, Kevin ... 105, 131, 319, 353, 357, 360, 363, 431, 439
Kunze, Gabriel ... 296
Lachetta, Madita ... 388
Lang, Benedict ... 159
Lehmann, Luise ... 58, 240
Leiser, Kevin ... 233
Lemmen, Veith ... 199
Liebetruth, Dörte ... 426
Lindh, Helge ... 352
Luhmann, Mike ... 337
Maiano, Julia ... 174
Maier, Georg ... 193, 327
Malottki, Erik von ... 61, 139, 416
Mansoori, Kaweh ... 150
Maria Noichl ... 370
Martin, Bettina ... 126, 386, 413, 429, 430
Marvi, Parsa ... 89
Matviyets, Anne Sarah ... 425
Meßmer, Ullrich ... 145
Meyer, Steffi ... 351
Midyatli, Serpil ... 113, 164, 340
Miersch, Matthias ... 50
Minkley, Stefanie ... 246, 348, 427
Möbbeck, Susi ... 247, 331
Mohamed, Sarah ... 161, 333
Moll, Claudia ... 241
Müller, Michael ... 85, 291
Müntefering, Michelle ... 122
Mützenich, Rolf ... 253
Naber, Hanna ... 422
Niebert, Kai ... 42
Nietan, Dietmar ... 142, 306, 311, 312, 435, 436, 438
Noichl, Maria ... 418
Odell, Lena ... 336
Özel, Özgur ... 270
Pankofer, Max ... 73, 75, 128, 141, 154, 162, 210, 276, 307, 365
Peters, Martin ... 163
Platten, Sören ... 398
Post, Achim ... 36, 115

Rase, Georg ... 434, 435
Rasehorn, Anna ... 160
Räth, Katharina ... 140
Rebbin, Lasse ... 274, 310
Reckmann, Brigitte ... 17
Rehlinger, Anke ... 34, 116, 207
Reißmann, Michelle ... 326
Rohde, Dennis ... 67
Roloff, Sebastian ... 59
Rothe, Julie ... 223
Rudolph-Kokot, Irena ... 338
Ryglewski, Sarah ... 198
Saleh, Raed ... 45, 396
Sánchez, Pedro ... 264
Schäfer, Axel ... 53
Scheer, Nina ... 202
Schmid, Nils ... 294
Schmidt, Nicole ... 225
Schneider, Ben ... 231, 290
Scholz, Olaf ... 178
Schramm, Dario ... 384
Schrodi, Michael ... 86, 415
Schröter, Maximilian ... 206
Schulze, Svenja ... 50, 284, 308
Schulz, Mathias ... 83, 222, 325
Schumacher, Annabel ... 215
Schuster, Joachim ... 293
Schwan, Gesine ... 211
Schweitzer, Alexander ... 72, 120, 121, 124, 125
Schwesig, Manuela ... 15, 46, 73
Seelig, Patricia ... 217, 344, 422
Shevchenko, Oleg ... 201, 245
Siglreitmaier, Miriam ... 55
Sippel, Birgit ... 328
Smentek, Sabine ... 150
Sonders, Alfred ... 350
Spielmanns, Aaron ... 91
Spieß, Katharina ... 377
Stegner, Ralf ... 288
Stender, Kianusch ... 81
Stoch, Andreas ... 401
Streichert-Clivot, Christine ... 399
Stüwe, Ruppert ... 389
Suntum, Bettina van ... 44, 229
Tasan-Funke, Sinem ... 62
Thatje, Aaron ... 160
Timo Ahr ... 203
Trăsnea, Ana-Maria ... 66, 400
Tsalastras ... 92
Tsalastras, Apostolos ... 93, 347, 394
Türmer, Philipp ... 40, 196, 420
Venzke, Maybrit ... 227
Vierecke, Linda ... 52, 239
Watermann, Ulrich ... 387
Wegge, Carmen ... 249, 417
Weil, Stephan ... 332
Weinreich, Sarah ... 219, 287
Weyandt, Lennart ... 80, 220
Woidke, Dietmar ... 88
Wolf, Laura Helena ... 232, 426

FINANZBERICHT
DES SCHATZMEISTERS

Bundesparteitag Berlin
8. bis 10. Dezember 2023

SPD Soziale Politik für Dich.

FINANZBERICHT DES SCHATZMEISTERS

Bundesparteitag Berlin, 8. bis 10. Dezember 2023

INHALT

1. Seite 3–7
Konsolidierung und Modernisierung in Krisenzeiten

2. Seite 8–10
Gemeinsames Handeln für den gemeinsamen Erfolg

3. Seite 11–21
Anhang

1. Konsolidierung und Modernisierung in Krisenzeiten

Liebe Genossinnen und Genossen,

bevor ich zurückblicke, möchte ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen im Willy-Brandt-Haus herzlich bedanken, die mich bei meiner Arbeit als Schatzmeister auch in den letzten zwei Jahren wieder so großartig unterstützt haben. Ebenso danke ich der Schatzmeister*innen- und Kassierer*innen-Konferenz und der Finanzkommission sowie den Mitgliedern der Kontrollkommission für die kritisch-konstruktive, kollegiale, vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Vor allem gilt mein Dank den ehrenamtlichen Kassiererinnen und Kassierern für ihre so unschätzbar wichtige Arbeit vor Ort.

Dietmar Nietan MdB, Schatzmeister der SPD

Finanzielle und organisationspolitische Herausforderungen

Als ich vor fast zehn Jahren erstmals zum Schatzmeister der SPD gewählt wurde, hätte ich mir nicht vorstellen können, dass sich die Rahmenbedingungen für die finanzielle Handlungsfähigkeit der SPD innerhalb kürzester Zeit immer wieder von Neuem so schnell und dynamisch verändern werden, wie dies zurzeit der Fall ist.

Die Corona-Pandemie, der imperialistische Angriffskrieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine, ein nie da gewesenes Energiepreisniveau, Inflation, extreme Preiserhöhungen gerade bei Produkten und Dienstleistungen, derer eine politische Partei nun einmal bedarf, und nicht zuletzt ein immer weiter steigendes Investitionsvolumen in den Bereichen Digitalisierung und insbesondere auch IT-Sicherheit – all diese Stichworte verweisen auf einen klaren Trend:

Demokratische Parteien brauchen heute mehr finanzielle Ressourcen als je zuvor, um ihrem verfassungsgemäßen Auftrag gerade auch gegenüber den neuen und alten Feinden der Demokratie gerecht werden zu können, und das nicht nur seit den vergangenen zwei Jahren.

So stehen wir heute – obwohl wir seit 2018 die strukturellen Finanzprobleme des Parteivorstandes durch einen konsequenten Konsolidierungskurs deutlich verringert haben – immer wieder vor neuen riesigen finanziellen und organisationspolitischen Herausforderungen.

Den Neuaufstellungsprozess fortsetzen

Immer wieder habe ich nicht nur im Parteivorstand darauf hingewiesen, dass wir uns nicht länger den Apparat einer 40-Prozent-Partei mit den Einnahmen einer 20-Prozent-Partei leisten können. Mit dem Konsolidierungserfolg stellte sich 2021 auch der politische Erfolg ein. Nach dem Wahlsieg bei der Bundestagswahl 2021 sind wir eine 26-Prozent-Partei – nicht weniger, aber auch nicht mehr. Auch wenn uns der Wind gerade ordentlich ins Gesicht weht, sollten wir nicht vergessen, dass die letzten Jahre gezeigt haben, was wir politisch erreichen können. Dies sollten alle Verantwortlichen als Ansporn verstanden wissen, den eingeschlagenen Reformkurs konsequent weiterzuverfolgen. Nur so werden wir es am Ende auch schaffen, die Finanzkraft der SPD wieder langfristig zu sichern.

Als Hausleitung zogen der Generalsekretär und die Bundesgeschäftsführerin dafür gemeinsam mit mir an einem Strang, um den eingeschlagenen Konsolidierungskurs des Parteivorstandes weiter fortzusetzen. Dazu gehört der disziplinierte und effiziente Einsatz der begrenzten Ressourcen genauso wie die Konzentration und die Orientierung der Personalkostenentwicklung an der Einnahmeentwicklung.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur staatlichen Parteienfinanzierung muss durch eine verfassungsgemäße Anhebung der absoluten Obergrenze umgesetzt werden

Die 2018 von der GroKo beschlossene Erhöhung der absoluten Obergrenze bei der staatlichen Parteienfinanzierung war notwendig, um den einschneidenden Veränderungen bei der Digitalisierung finanziell Rechnung zu tragen. Aber am 23. Januar 2023 hat das Bundesverfassungsgericht mit seinem Urteil klargestellt: Die Erhöhung war zwar der Sache nach gerechtfertigt, aber sie war unzureichend hergeleitet und begründet worden. Aus diesem Grund erklärte das Verfassungsgericht die Erhöhung für nichtig.

Die Folge waren Rückzahlungsverpflichtungen für alle betroffenen Parteien in Millionenhöhe. Selbstverständlich haben wir in der SPD trotz alledem so gut gewirtschaftet, dass wir mögliche Rückforderungen auch zahlen könnten. Aber um dies ermöglichen zu können, haben wir – eigentlich dringend notwendige – Investitionen in den letzten sechs Jahren zurückgestellt.

Um es klar zu sagen: Wenn es nicht zu einer angemessenen Erhöhung der absoluten Obergrenze kommen sollte, wären wir als SPD – trotz aller Konsolidierungserfolge – bald an dem Punkt, an dem sehr weitgehende Einschnitte vorgenommen werden müssten, welche die politische Handlungsfähigkeit der Partei deutlich einschränken und auf lange Sicht letztlich auch gefährden würden.

Ich bin deshalb sehr froh, dass sich die fünf demokratischen Fraktionen im Deutschen Bundestag letztlich zusammengefunden haben, um nicht nur viele Punkte aus dem Ampel-Koalitionsvertrag umzusetzen und für mehr Transparenz zu sorgen, sondern auch die absolute Obergrenze angemessen anzuheben. Grundlage dafür ist eine breite gesicherte Datenbasis für die finanziellen Mehraufwendungen der Parteien für Digitalisierung und höhere Partizipationserfordernisse. Dass dies am Ende gelingen konnte, haben die Fraktionen in besonderer Weise der guten und vertrauensvollen Zusammenarbeit der Schatzmeister*innen von SPD, CDU, CSU, Grünen, FDP und Die Linke zu verdanken, die ich seit der Bundestagswahl koordiniere.

Es zeugt von großem Vertrauen und Ernsthaftigkeit, wenn sich sechs Parteien die sensiblen Zahlen z. B. ihrer IT-Investitionen gegenseitig offenlegen und gemeinsam an einer transparenten, auf diesen Zahlen basierenden Herleitung einer möglichen Erhöhung der absoluten Obergrenze gemäß den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts arbeiten.

Die 2. und 3. Lesung des neuen Parteiengesetzes waren bis zum Redaktionsschluss dieses Finanzberichtes noch nicht erfolgt. Auch wenn es am Ende zur notwendigen Erhöhung der absoluten Obergrenze kommen sollte, muss allen Verantwortlichen in der SPD klar sein, dass der Neuaufstellungs- und Konsolidierungsprozess weitergehen muss, weil jetzt Lohn- und Kostensteigerungen sowie unumgängliche bisher zurückgehaltene Investitionen finanziert werden müssen.

Unsere Mitglieder und Mandatsträger*innen bilden weiterhin unser finanzielles Fundament

Die Einnahmen aus Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträgen sind weiterhin die wichtigste Einnahmequelle der gesamten Partei und stabil. Sie umfassten im Jahr 2021 insgesamt rund 80,08 Mio. EUR. Im Jahr 2022 ist die Summe leicht auf 81,32 Mio. EUR gestiegen.

» siehe Anhang 1: Grafik Beiträge 2021

Die demografischen Realitäten erfordern ein beherztes organisationspolitisches Handeln

Trotzdem dürfen wir die Augen nicht davor verschließen, dass die demografische Struktur unserer Partei in den kommenden Jahren zu einem signifikanten Rückgang unserer Mitgliederzahlen führen wird – mit den entsprechenden Konsequenzen für unsere zukünftigen Einnahmen in diesem gerade für die SPD so wichtigen Bereich.

Hier sind Kampagnen zur Mitgliederwerbung, zur besseren Mitgliederbetreuung oder auch ein professionelles „Rückholmanagement“ bei Austritten sehr wichtig. Denn diese Aktivitäten können den langfristigen Trend einer sinkenden Mitgliederzahl verlangsamen. Vollständig stoppen oder umkehren können sie diesen Trend aber nicht. Konsolidierung, Digitalisierung, gemeinsame Standards und Arbeitsprozesse müssen deshalb vorangebracht und dabei auch manche alten Zöpfe abgeschnitten werden.

Aus diesem Grund habe ich mich als Schatzmeister umfassend in der Organisationspolitischen Kommission engagiert und dort gemeinsam mit den ehrenamtlichen und hauptamtlichen Kolleg*innen Konzepte für eine organisationspolitische Modernisierung der SPD entwickelt, die in den organisationspolitischen Leitantrag zum diesjährigen ordentlichen Bundesparteitag eingeflossen sind.

Rücksicht auf das Portmonee der Mitglieder aufgrund der Krisen

Nicht unerwähnt bleiben soll hier auch der Umstand, dass der Parteivorstand auf meinen Vorschlag hin in den vergangenen drei Jahren zweimal auf die statutarisch möglichen Erhöhungen der Mitgliedsbeiträge verzichtet hat: 2021 wegen der Belastungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie und 2023 wegen der aus dem russischen Angriffskrieg resultierenden hohen Energiepreise.

Einnahmen aus der staatlichen Teilfinanzierung – erfolgsabhängig und im Wettbewerb mit anderen Parteien

Auch wenn es jetzt zu einer sachgemäßen Anhebung der absoluten Obergrenze bei der staatlichen Parteienfinanzierung kommen sollte, gilt auch hier, dass die finanziellen Spielräume tendenziell eher enger werden. Wahlsiege mit 40 Prozent plus sind in einem Parteiensystem mit sechs oder sieben Parteien eher die Ausnahme. Die Stücke des Kuchens werden also kleiner, selbst wenn wir bei Wählerstimmen und Zuwendungen relativ stabil bleiben.

Einnahmen aus Spenden – Instrumentenmix zahlt sich aus

2021 haben wir auf Ebene des Parteivorstandes 2,4 Mio. EUR an Spenden eingeworben. Das war seit 2002 unser erfolgreichstes Spendenjahr auf Bundesebene. In beiden dieser Jahre haben wir am Ende der Kampagne den Bundeskanzler gestellt.

Nach der Bundestagswahl war dann im Folgejahr 2022 ein starker Rückgang bei den Spendeneinnahmen zu verzeichnen. Diese Entwicklung ist typisch – nicht nur für die SPD.

Die Erfahrungen aus der Bundestagswahl 2021 stimmen uns dennoch optimistisch, unser „Spendenpotenzial“ zukünftig immer besser ausschöpfen zu können. Denn bei dieser Kampagne gelang es erstmals, die Spendenwerbung als integralen Bestandteil der Gesamtkommunikation der Partei zu etablieren. In enger Zusammenarbeit mit den Kolleg*innen aus dem Kommunikationsbereich und anderen Referaten des Willy-Brandt-Hauses wurde dieser Ansatz fortgeführt, indem gezielt Kommunikationsanlässe identifiziert und dann für Spendenaktionen genutzt wurden.

Die Rekordhöhe der Spendeneinnahmen bei der letzten Bundestagswahl verdanken wir zum nominal größten Teil den Spenden, die wir auf klassischen Wegen initiieren konnten: Besonders mit dem Spendenbrief des Schatzmeisters konnten wir große Spendensummen einwerben, die wir durch die „üblichen“ Bankwege, also vor allem die Überweisung, erhalten haben. Dies gilt übrigens

ausnahmslos für die Spenden juristischer Personen. Wir haben auf diesen Wegen 2021 insgesamt ca. 2 Mio. EUR vereinnahmt.

Eine wachsende Bedeutung haben – im Bereich der natürlichen Personen – aber auch die sogenannten Online-Spenden: Während wir im Bundestagswahlkampf 2017 mit – erstmals umfangreicher eingesetzten – E-Mailings etwa 60.000 EUR online einwerben konnten, wurden mit deutlich erhöhter Mailingfrequenz im Wahljahr 2021 über 400.000 EUR erzielt. Deshalb hat der weitere Ausbau der Online-Spendenaktivitäten für uns eine hohe Priorität. Im Referat Fundraising werden wir deshalb nicht nur unsere Online-Aktivitäten im Spendenbereich ausbauen, sondern darüber hinaus mit der Einführung einer neuen Spendensoftware unsere Spendendaten schneller auswerten und so die Potenziale der Spendenarbeit optimieren können.

» siehe Anhang 2: Anteil der Spenden an den Gesamteinnahmen 1998–2021

Einnahmen aus Sponsoring – SPD als Vorreiterin für Transparenz

Hinsichtlich der Transparenz bei den Sponsoringeinnahmen ist die SPD vorbildlich und ihrer Zeit voraus. Was jetzt möglicherweise mit einem neuen Parteiengesetz der Standard für alle Parteien werden soll, praktizieren wir schon seit vielen Jahren. Wir veröffentlichen nicht nur Sponsoren und die jeweilige Sponsoringleistung, sondern achten mit einem Monitoring auf die Einhaltung der Transparenzvorgaben bei Parteivorstand, Landesverbänden, Bezirken, Unternehmensbereich und den Strömungen – alles dokumentiert in einem jährlichen internen Bericht des Schatzmeisters, der dem Parteivorstand vorgelegt wird.

» siehe Anhang 3: Sponsoringeinnahmen 2011–2022

Gute Entwicklung im SPD-Immobilienbereich

Die Neuaufstellung der Konzentration GmbH entwickelt sich weiter zu einer Erfolgsstory: Nachdem die Konzentration lange rote Zahlen schrieb, kann sie als wirtschaftlich stabiler Immobilienbereich – trotz gestiegener Zinsen und Baukosten – weiterhin Ausschüttungen für den Betriebshaushalt des Parteivorstandes erwirtschaften.

» siehe Anhang 6: Der Immobilienbereich: Konzentration GmbH, Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH

Die ddvg als Motor für die Digitalisierung regionaler Tageszeitungen

Die in der ddvg gebündelten Medienbeteiligungen leisten ebenfalls seit vielen Jahren einen stabilen Beitrag zur Finanzierung der Partei und sichern zugleich die Existenz parteinaher Dienstleistungsunternehmen. Natürlich haben die Corona-Pandemie und insbesondere der Angriffskrieg Russlands den Druck auf die Erträge der Regionalverlage erheblich erhöht. Um so wichtiger ist die Rolle der ddvg als Innovationstreiberin, wenn es um die Digitalisierung der regionalen Tageszeitungen geht. Denn am Ende werden nur die regionalen Tageszeitungen überleben, die mit digitalen Produkten die notwendigen Erträge erwirtschaften können.

» siehe Anhang 7: ddvg

Der SPD-Unternehmensbereich als optimaler Dienstleister der SPD-Familie

Als Treuhänder des SPD-Unternehmensbereichs fördere ich die qualitative Verbesserung des Angebots der SPD-eigenen Unternehmen in den Bereichen Social Media, Podcast, Print, Give-aways, Eventmanagement, EDV und Buchhaltung: Meine Direktive lautet, die Angebote optimal auf die konkreten Bedürfnisse der Mitglieder und der Gliederungen vor Ort auszurichten. Investitionen in die Produkte und Dienstleistungen von Office Consult, ASK, vorwärts-Verlag und IMAGE müssen sich aber rentieren. Deshalb muss die Partei auf allen Ebenen bereit sein, verstärkt und verlässlich die Produkte und Dienstleistungen „aus der Familie“ zu nutzen.

Die Schatzmeisterei als Schrittmacher der Digitalisierung der Parteiarbeit

Auf dem ordentlichen Bundesparteitag 2021 haben wir die Nutzung des digitalen Kassenbuchs in der Finanzordnung verankert. Dies war nur möglich, weil wir als Schatzmeisterei mit der Unterstützung der überwiegenden Mehrzahl der vielen tausend ehrenamtlichen Kassierer*innen und hauptamtlichen Finanzverantwortlichen unser Projekt der Webkasse konsequent umsetzen konnten.

Das digitale Kassenbuch erleichtert nicht nur den Kassierer*innen ihre ehrenamtliche Arbeit. Auch für unsere Hauptamtlichen führt die Nutzung zu deutlich geringeren Reibungsverlusten und ist weniger fehleranfällig. Das zeigt sich am Ende bei der Erstellung des Gesamtrechenschaftsberichts. Viele Fehler lassen sich dadurch vermeiden. Dabei ist diese Digitalisierung kein Selbstzweck, sondern die Voraussetzung dafür, auch zukünftig rechtskonforme Rechenschaftsberichte auf allen Ebenen erstellen zu können und dabei gleichzeitig ehrenamtlich und hauptamtlich tätige Genoss*innen bei administrativen Aufgaben zu entlasten.

Als ein weiteres erfolgreiches Projekt der Schatzmeisterei sei auch die digitale Beitragsquittung genannt. Sie schont Ressourcen und Finanzen und erhöht den Servicekomfort für unsere Mitglieder.

Mit Hochdruck wird daran gearbeitet, auch die Spendenquittierung zu erleichtern.

Finanzielle Solidarität

Strukturschwache Landesverbände und solche, die negative politische Brüche zu verkraften haben, werden durch Ausgleichmechanismen des parteiinternen Finanzausgleichs materiell unterstützt.

» siehe Anhang 4: Parteiinterner Finanzausgleich, Verteilung der staatlichen Mittel in den Jahren 2021 und 2022

Ebenso erhalten seit 1990 die ostdeutschen Landesverbände eine Strukturhilfe, finanziert aus den Beiträgen der Mitglieder aller Bundesländer. Von jedem Mitgliedsbeitrag werden seither 0,26 EUR je Monatsbeitrag einbehalten. Die ostdeutschen Landesverbände erhielten im Berichtszeitraum 2021/2022 hieraus insgesamt 2,7 Mio. EUR, wobei 1,4 Mio. EUR auf das Jahr 2021 und 1,3 Mio. EUR auf das Jahr 2022 entfielen.

Unser solidarischer Weg zu einer modernen gemeinsamen IT-Infrastruktur als Wegweiser

Mit der Office Consult, dem Service Center und vielen engagierten Kolleg*innen aus dem WBH und den Landesverbänden und Bezirken entwickeln wir mittlerweile ganz konkrete Produkte für die Gliederungen in den Bereichen IT und Buchhaltung. Diese Investitionen im Bereich IT und Sicherheit, wie z. B. die neue digitale Antragssoftware, finanzieren wir aus dem Strukturfonds, sodass es für alle Landesverbände und Bezirke für ihre dortigen Einzahlungen zukünftig auch konkrete IT- und Buchhaltungsdienstleistungen als Gegenleistung gibt. Damit tragen wir als Schatzmeisterei dazu bei, die Ideen der AG Digitalisierung von Parteivorstand, Landesverbänden und Bezirken für eine gemeinsame bundesweite „digitale Service-Strategie“ umzusetzen.

2. Gemeinsames Handeln für den gemeinsamen Erfolg

Ich stelle mich als Schatzmeister wieder zur Wahl, weil ich dazu beitragen will, die SPD bis 2025 zur schlagkräftigsten Mitgliederpartei mit der modernsten Parteiorganisation zu machen.

Die in den letzten Jahren intensivierte Zusammenarbeit zwischen den Landesverbänden, Bezirken und dem Parteivorstand hat maßgeblich zum Wahlerfolg 2021 beigetragen, neue Impulse für die Digitalisierung der Partei gesetzt und das Fundament für eine weiterhin flächendeckend starke SPD gelegt. Diese positive Entwicklung will ich als Schatzmeister weiter vorantreiben.

Für mich ist dabei völlig klar: Konsolidierung und Modernisierung müssen ineinandergreifen, um die finanzielle Basis der Partei abzusichern und zugleich die notwendigen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Organizing-Arbeit zu schaffen. Gleichzeitig wollen wir unsere Fähigkeiten in punkto strategischer Kommunikation und Kampagne weiterentwickeln. Dafür haben Parteivorstand, Landesverbände und Bezirke gemeinsam erste wichtige Reformen und Strukturveränderungen auf den Weg gebracht. Dort, wo wir die Prozesse bereits umgesetzt haben, konnten wir die haupt- und ehrenamtliche Parteiarbeit spürbar unterstützen. Diesen Weg verfolgen wir konsequent weiter.

Gemeinsam mit vielen Mitstreiter*innen im Willy-Brandt-Haus, in den Landesverbänden und Bezirken, im Service Center sowie in der Office Consult, bei ASK, vorwärts und IMAGE verfolge ich diese Ziele:

Die beiden zentralen organisationspolitischen Ziele

Zum einen wollen wir alle Verwaltungstätigkeiten in der Parteiorganisation standardisieren und zentralisieren, um vorhandene finanzielle und personelle Ressourcen besser für die aktivierende politische Arbeit zu nutzen. Und zum Zweiten entlasten wir Ehrenamt und Hauptamt in der Fläche von administrativer Arbeit, um so mehr Zeitreserven für die politische Arbeit und insbesondere die Arbeit vor Ort und mit den Menschen zu erhöhen.

Gemeinsame Standards und Arbeitsprozesse sind notwendig

Eine moderne und effiziente Parteiorganisation ist in Zeiten einer digitalen Demokratie wichtiger denn je. Aber gerade in den Bereichen Organizing, IT, Eventmanagement und Kommunikation sind sowohl die Kosten als auch die Qualitätsanforderungen besonders dynamisch gestiegen. Unter diesen gegebenen Umständen können wir Mitgliederverwaltung, Parteiorganisation und Kampagnenfähigkeit am besten über die Entwicklung und Implementierung einheitlicher Standards und Arbeitsprozesse modernisieren. Entscheidend sind dabei gemeinsam abgestimmte Investitionen und verbindliche Zielvereinbarungen zwischen Parteivorstand, Landesverbänden und Bezirken. Dabei kann es nicht um die Pflege von Einzelinteressen gehen, und auch Denkverbote bringen uns nicht nach vorn. Erfolge erzielen wir nur gemeinsam und nur mit der Bereitschaft, gegebenenfalls Kompetenzen neu zu verteilen und auch Gewohnheiten und lieb gewonnene Strukturen infrage zu stellen.

Gemeinsame Entwicklungsziele

Um die Parteiorganisation auf allen Ebenen modern und handlungsfähig aufzustellen, bedarf es nicht nur erheblicher Veränderungen und Investitionen, sondern auch einer intensiveren Zusammenarbeit zwischen Parteivorstand, Landesverbänden und Bezirken – beispielsweise indem diese in den folgenden Bereichen ein gemeinsames Entwicklungskonzept erarbeiten und dann auch Schritt für Schritt umsetzen:

- Mitgliederdatenbank und -verwaltung
- Finanzverwaltung und Buchhaltung
- Erstellung von Rechenschaftsberichten auf allen Ebenen
- Personalverwaltung und -entwicklung
- Organizing und ständige Kampagnenfähigkeit auf allen Ebenen
- Strategische Kommunikation, Koordinierung und Kooperation innerhalb der und zwischen den Gliederungen

Nur durch eine solche gemeinsame Vorgehensweise können wir sicherstellen, dass wichtige organisationsrelevante Dienstleistungen wie etwa Mailings, IT-basierte Anwendungen, IT-Sicherheit, Soft- und Hardware und die Mitgliederdatenbank zukünftig allen Gliederungsebenen effizient und unter Berücksichtigung der gleichen Standards zur Verfügung stehen.

Gemeinsame Investitionsplanung

Eine solche Professionalisierung und Modernisierung unserer Parteiorganisation erfordern hohe Investitionen über viele Jahre hinweg. Das kann keine Ebene allein stemmen. Deshalb setze ich mich dafür ein, dass Bezirke, Landesverbände und Parteivorstand bis spätestens Ende 2024 die Eckpunkte einer gemeinsamen Investitionsplanung für die genannten Kernfähigkeiten – unter Berücksichtigung festgelegter Standards und Arbeitsstrukturen – entwickeln.

Den eigenen Unternehmensbereich besser nutzen

Die SPD besitzt – wie keine andere Partei – eigene Unternehmen und Service-Einrichtungen mit viel Potenzial für Dienstleistungen verschiedenster Art und Kampagnen. Gemeinsam mit den Bezirken und Landesverbänden wird der Parteivorstand daraus ein Konzept entwickeln, das den eigenen Unternehmensbereich befähigen soll, passgenaue und hochwertige Produkte und Dienstleistungen für Mitglieder und die gesamte Parteiorganisation zu erarbeiten. Dabei geht es einerseits um die für die Parteiarbeit notwendigen Produkte und Dienstleistungen, andererseits um entsprechende Produkte und Dienstleistungen im Unternehmensbereich.

Die AGDS als Role Model für die Organisation der Erneuerung

Mit der Einrichtung der AG Digitale Strategie (AGDS) ist es im Bereich Digitalisierung und IT bereits gelungen, ein effizientes Steuerungsgremium zu schaffen, in dem Haupt- und Ehrenamtliche aus Landesverbänden, Bezirken, Unternehmensbereich und dem Willy-Brandt-Haus gemeinsam Standards entwickeln, Investitionsentscheidungen abstimmen und nach Prioritäten Umsetzungsstrategien entwickeln. Auf dieser Grundlage soll die AGDS bis spätestens Ende 2024 eine gemeinsame „Digitalisierungsagenda“ mit Zielvereinbarungen zwischen Parteivorstand, Landesverbänden und Bezirken entwickeln, die dann für alle Beteiligten Gültigkeit hat.

Damit ist die AGDS für mich die Blaupause oder auch das Role Model dafür, wie wir zukünftig in einer solidarischen und professionellen Arbeitsstruktur auch in den anderen Bereichen der Parteiorganisation, wie Mitgliederdatenbank, Buchhaltung, Rechenschaftsberichte, Organizing und Campaigning unsere Zusammenarbeit organisieren müssen, wenn wir unser Ziel, die modernste Mitgliederpartei zu sein, erreichen wollen, so gemeinsam Wahlen gewinnen und die Funktionsfähigkeit der Partei auch langfristig gewährleisten zu können.

Eine zentral nach einheitlichen Standards organisierte Mitgliederdatenbank

Eine moderne Mitgliederdatenbank ist das Rückgrat jeder Parteiorganisation. Bis Ende 2025 soll es daher für alle Bezirke und Landesverbände einen verbindlichen Pfad geben, wie die Mitgliederverwaltung entweder zentral vom SPD Service Center erledigt oder alternativ nach einem gemeinsamen Standard in Zusammenarbeit mit dem Service Center organisiert wird. Dieser Prozess ist für die Handlungsfähigkeit der SPD essenziell. Folgende Punkte werden wir dabei berücksichtigen:

- Die Vereinbarkeit der Mitgliederdatenbank für bestehende und neue strategische Kommunikations- und Kampagnentools
- Eine klare Zuweisung der jeweiligen Rollen, Kompetenzen und Aufgaben zwischen Akteuren und Gliederungen inklusive der Zugriffsrechte auf Mitgliederdaten und (digitale) Werkzeuge
- Das Implementieren der dafür notwendigen Koordinierungs- und Steuerungsfähigkeiten im Willy-Brandt-Haus

Eine moderne Buchhaltung, die Finanzverantwortliche auf allen Ebenen entlastet

Wir wollen den wachsenden Herausforderungen für eine zuverlässige Buchhaltung und rechtssichere Rechenschaftsberichte nachkommen und gleichzeitig den Aufwand für die Finanzverantwortlichen in allen Gliederungen reduzieren. Deshalb entwickeln wir gemeinsam mit der Office Consult im Bereich Buchhaltung für Bezirke, Landesverbände und Parteivorstand eine Software und gemeinsame Standards, die wir ab dem Jahr 2026 durchgehend anwenden wollen. Solche einheitlichen Standards entlasten alle Beteiligten, ermöglichen eine bessere Kooperation (etwa bei Krankheitsvertretungen in den Landes- und Regionalbüros) und stellen gleichzeitig ein präziseres und schnelleres Controlling sicher.

Eine gemeinsame Infrastruktur für Strategie und Kampagnen

Es ist unser erklärtes Ziel, Wahlen zu gewinnen. Dazu bedarf es einer handlungsfähigen Partei, die mithilfe ansprechender Kampagnen Wählerinnen und Wähler von der SPD überzeugt und sie mobilisiert. Mit jedem Wahlkampf wollen wir die Professionalität unserer Kampagnen weiter steigern. In diesem Sinne halte ich es für notwendig, dass sich Bezirke, Landesverbände und Parteivorstand jetzt auf den Weg machen, in Zusammenarbeit mit ASK und IMAGE Schritt für Schritt einen Pool aufzubauen, in dem Hardware, Tools, Know-how, personelle Unterstützung und Consulting rund um die Themen Organizing und Campaigning dauerhaft als „Kampagne Infrastruktur“ allen Gliederungsebenen zur Verfügung stehen.

Eine solche „Kampagne Infrastruktur“ soll für die Gliederungen in allen Wahlkämpfen abrufbar sein und sicherstellen, dass moderne Kampagnen auch unter ganz unterschiedlichen Voraussetzungen möglich sind. Auf Grundlage der Ergebnisse einer Befragung seiner Funktionär*innen entwickelt der Parteivorstand gemeinsam mit dem Unternehmensbereich Produkte, Tools und Dienstleistungen, wie etwa einen „Wahlkampfplaner“.

Diese Angebote sollen modular nutzbar sein und die unterschiedlichen strukturellen und finanziellen Voraussetzungen der Gliederungen berücksichtigen. Durch eine enge Abstimmung mit dem Parteivorstand sowie den Landesverbänden und Bezirken schaffen wir so eine gemeinsame Grundlage in der Kampagnenführung und stärken unsere Sichtbarkeit durch ein einheitliches Auftreten.

Transformationsherausforderungen solidarisch meistern

Die skizzierten Entwicklungen wollen wir fortsetzen. Je nach Ausgangslage bringen diese Reformen für verschiedene Bezirke und Landesverbände in der Übergangszeit aber größere personelle und finanzielle Herausforderungen mit sich.

Die vor uns liegenden Transformationsherausforderungen können wir nur bewältigen, wenn wir sie solidarisch und im Bewusstsein der Bedürfnisse unserer Beschäftigten gestalten. Deshalb müssen Parteivorstand, Landesverbände und Bezirke gemeinsam Modelle für eine solidarische Finanzierung der Transformation erarbeiten, die mit gemeinsamen Zielvereinbarungen abgesichert werden müssen.

Ebenso ist jetzt die Zeit gekommen, bestehende Finanzierungskonzepte und Finanzbeziehungen zwischen den verschiedenen Gliederungen im Sinne der Ressourceneffizienz weiterzuentwickeln. Die Schatzmeister*innen- und Kassierer*innen-Konferenz wird deshalb den bereits begonnenen Prozess einer Weiterentwicklung des Strukturfonds als Finanzierungsbasis für gemeinsame Strukturen in Bereichen wie IT, Buchhaltung oder Mitgliederverwaltung vorantreiben. Darüber hinaus werde ich als Schatzmeister der Schatzmeister*innen und Kassierer*innen-Konferenz konzeptionelle Vorschläge zur „Grundfinanzierung“ der „Brot & Butter“-Fähigkeiten über Beitragsanteile vorlegen.

Euer

Dietmar Nietan

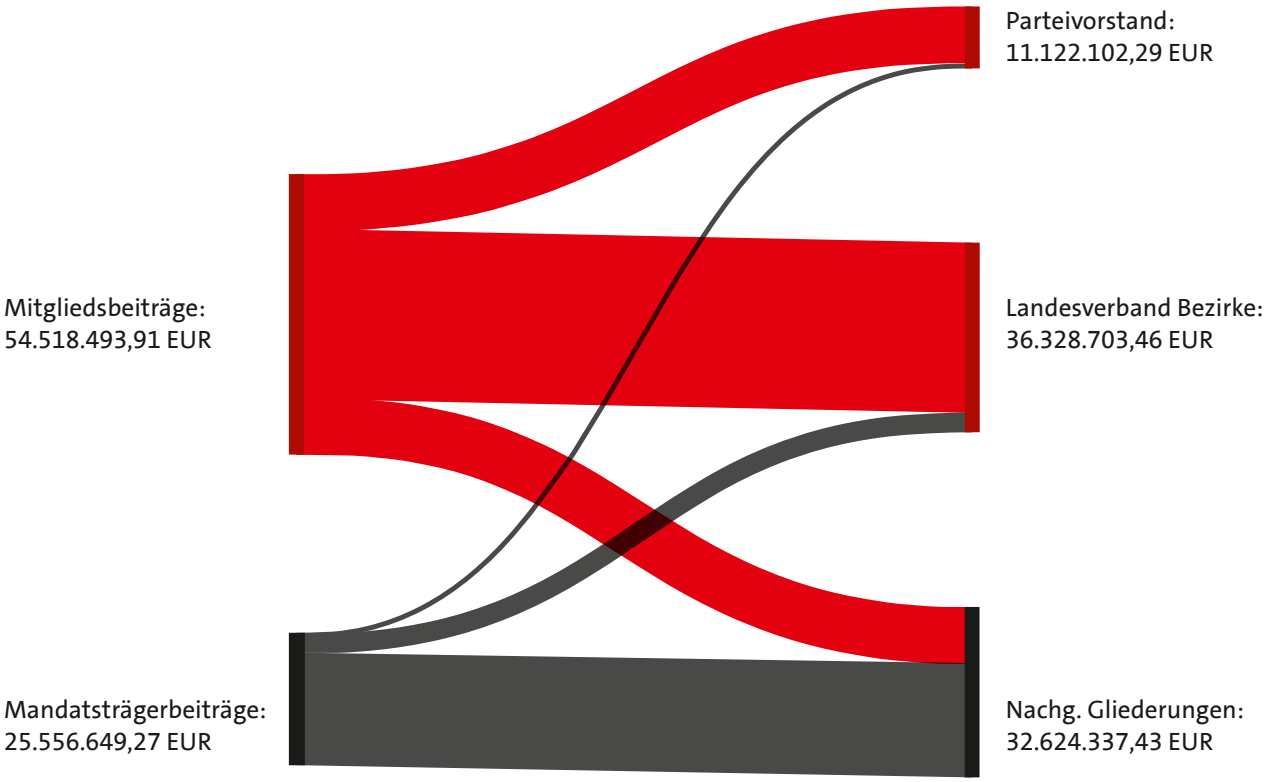
3. Anhang

Hinweis: Die Zahlen umfassen nur zum Teil die Entwicklungen bis zum Jahr 2022.

Der Gesamtrechenschaftsbericht für das Jahr 2022 wird erst Anfang 2024 als Drucksache veröffentlicht.
Die Rechenschaftslegung für das Jahr 2023 erfolgt in 2024 und wird 2025 veröffentlicht.

Anhang 1:

Grafik Beiträge 2021



Anhang 2:

Anteil der Spenden an den Gesamteinnahmen 1998–2021

der im Bundestag vertretenen Parteien 1998-2021

Jahr	SPD	in %	CDU	in %	CSU	in %	CDU/CSU	B90/Gr.	in %	FDP*	in %	Linke	in %	AfD	in %
1998	18.836	12,10	33.762	26,22	12.536	37,39	46.298	5.847	20,07	11.178	44,29	3.784	19,16		
1999	17.236	11,01	33.368	25,20	7.806	23,94	41.174	5.140	19,57	9.741	41,49	3.839	18,43		
2000	12.631	8,46	28.512	21,79	6.935	24,74	35.447	4.311	18,37	7.989	35,59	3.486	17,33		
2001	16.528	10,33	25.459	19,43	10.887	31,48	36.346	5.121	21,48	10.799	41,98	3.699	18,05		
2002	17.334	10,92	30.453	21,50	18.872	40,95	49.325	5.282	20,06	13.745	43,58	3.750	17,12		
2003	10.445	5,81	17.397	12,45	9.717	20,49	27.114	3.434	13,12	7.351	26,50	1.753	7,91		
2004	13.144	7,72	27.684	18,27	6.278	15,76	33.962	3.637	14,32	8.725	29,70	2.001	9,51		
2005	14.165	8,38	35.585	22,35	9.353	22,53	44.938	4.430	16,65	11.752	36,20	2.231	9,92		
2006	12.292	7,36	22.866	15,61	6.072	15,85	28.938	3.447	13,28	8.055	27,08	1.638	7,24		
2007	10.569	6,73	19.079	13,40	10.671	24,55	29.750	3.212	12,29	7.073	22,33	1.545	6,89		
2008	12.996	7,76	21.113	14,27	17.510	34,66	38.623	3.909	14,28	9.131	28,60	2.258	8,96		
2009	18.762	10,82	41.120	25,27	9.071	21,61	50.191	5.445	17,82	16.185	37,42	2.878	10,56		
2010	9.556	6,49	17.616	12,76	5.464	15,61	23.080	4.043	12,95	5.991	17,44	2.093	7,52		
2011	12.105	7,77	21.819	15,48	5.870	15,85	27.689	4.850	13,17	6.609	19,27	1.935	6,73		
2012	10.507	6,94	18.200	13,28	5.666	16,36	23.866	3.929	10,24	5.864	17,20	1.924	6,47		
2013	14.960	9,10	30.805	20,29	14.639	30,74	45.444	4.980	12,41	10.902	32,71	2.571	9,32		
2014	15.108	9,34	25.920	17,62	13.623	29,13	39.543	4.747	11,97	7.804	28,95	2.289	8,43		
2015	9.826	6,27	19.809	13,75	5.968	10,11	25.777	4.193	10,48	7.155	27,74	1.903	6,81		
2016	11.097	7,08	22.174	15,32	6.524	16,78	28.698	5.135	12,14	7.449	27,43	1.657	7,45	5.994	38,41
2017	14.549	8,76	35.206	22,47	9.848	22,71	45.054	5.873	13,50	15.072	38,90	2.686	8,50	6.751	36,78
2018	9.404	5,45	17.983	11,59	10.338	22,79	28.321	4.267	9,99	5.983	16,73	1.964	5,93	5.199	18,26
2019	13.335	7,88	23.560	15,44	12.230	25,44	35.790	6.571	11,01	7.986	21,00	2.772	8,10	6.503	24,74
2020	11.662	7,25	26.736	17,69	12.790	27,25	39.526	6.575	9,96	6.327	17,14	2.418	7,18	4.698	19,11
2021	17.490	10,20	41.516	25,89	7.609	19,05	49.125	14.427	16,62	19.633	38,08	3.135	9,41	6.640	30,64
1998 -2021	**324.537**		**637.742**		**236.277**		**874.019**	**122.804**		**228.498**		**60.209**		**35.785**	
Durchschnitt		**8,33**		**18,22**		**23,57**			**14,41**		**29,89**		**10,12**		**27,99**

Angaben in Tsd. Euro (gerundet)
in %: Anteil an den Gesamteinnahmen
Quelle: Öffentl. Rechenschaftsberichte der Parteien
FDP*: Die Partei war zwischen und 2013 und 2017 nicht im Bundestag vertreten, die Zahlen werden hier dennoch fortgeschrieben.

Anteil der Spenden jur. Personen an den Gesamteinnahmen

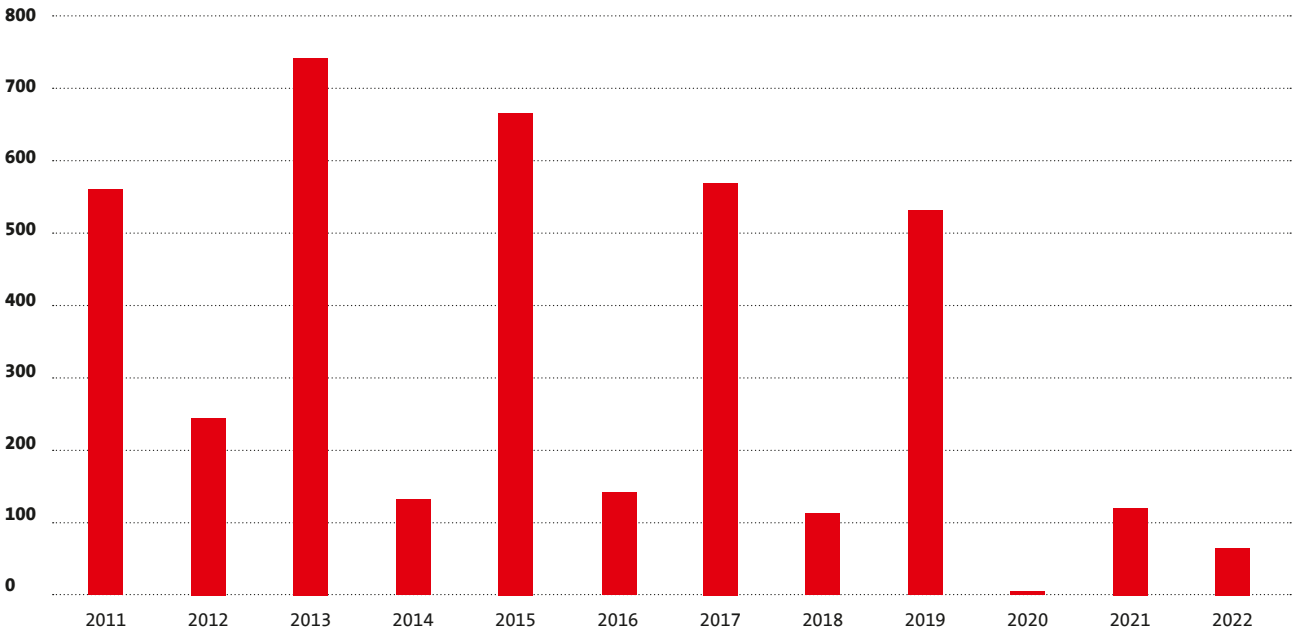
der im Bundestag vertretenen Parteien 1998-2021

Jahr	SPD	in %	CDU	in %	CSU	in %	Grüne	in %	FDP*	in %	Linke	in %	AfD	in %
1998	3.868	2,48	10.867	8,44	4.838	14,43	166	0,57	3.362	13,32	57	0,29		
1999	3.184	2,03	9.093	6,87	3.089	9,48	200	0,76	1.617	6,89	67	0,32		
2000	1.746	1,17	5.310	4,06	2.666	9,51	175	0,75	1.500	6,53	23	0,12		
2001	3.194	2,00	7.093	5,41	3.438	9,94	591	2,48	2.190	8,51	63	0,31		
2002	3.440	2,17	9.606	6,78	7.280	15,80	1.055	4,01	3.142	9,96	52	0,24		
2003	1.650	0,92	4.612	3,30	3.462	7,30	279	1,07	1.165	4,20	28	0,13		
2004	2.039	1,19	7.938	5,24	2.172	5,45	371	1,46	1.707	5,80	44	0,21		
2005	3.282	1,94	15.008	9,43	4.255	10,25	948	3,56	3.920	12,10	35	0,16		
2006	2.472	1,48	7.461	5,09	2.290	5,98	413	1,59	2.065	6,94	31	0,14		
2007	2.095	1,33	6.661	4,68	3.318	7,63	383	1,47	1.878	5,93	20	0,09		
2008	2.668	1,59	7.527	5,09	6.390	12,65	492	1,80	2.688	8,42	109	0,43		
2009	4.217	2,43	14.949	9,19	4.114	9,80	919	3,01	5.797	13,40	178	0,65		
2010	1.749	1,19	6.121	4,43	2.035	5,81	539	1,73	1.793	5,22	21	0,08		
2011	2.450	1,60	7.276	5,15	2.281	6,16	860	2,34	1.738	5,07	29	0,10		
2012	1.951	1,29	6.050	4,41	2.601	6,82	520	1,36	1.636	4,80	34	0,12		
2013	2.905	1,77	10.744	7,11	6.080	12,77	697	1,74	3.699	11,10	85	0,31		
2014	2.532	1,57	7.910	5,38	3.891	8,32	657	1,66	1.967	7,30	25	0,13		
2015	1.796	1,15	6.389	4,46	2.190	3,71	580	1,45	1.880	7,29	2	0,01		
2016	2.103	1,34	7.048	4,87	2.563	6,59	702	1,66	1.909	7,03	2	0,27	185	1,19
2017	3.173	1,91	12.630	8,06	4.407	10,16	963	2,21	4.622	11,93	3	0,01	167	0,91
2018	1.519	0,88	4.971	3,37	4.592	10,12	657	1,36	1.680	4,70	2	0,01	75	0,26
2019	2.216	1,31	7.305	4,79	4.018	8,36	720	1,21	2.093	5,50	1	0,00	119	0,45
2020	1.949	1,21	8.750	5,79	3.612	7,05	692	1,05	1.309	3,55	2	0,01	36	0,15
2021	3.487	2,03	14.819	9,24	3.418	8,56	1.442	1,66	6.616	12,83	4	0,01	178	0,71
1998 -2021	**61.684**		**206.138**		**89.000**		**15.021**		**61.973**		**917**		**760**	
Durchschnitt		**1,58**		**5,86**		**8,86**		**1,75**		**7,85**		**0,17**		**0,61**

Angaben in Tsd. Euro (gerundet)
in %: Anteil an den Gesamteinnahmen
Quelle: Öffentl. Rechenschaftsberichte der Parteien
FDP*: Die Partei war zwischen 2013 und 2017 nicht im Bundestag vertreten, die Zahlen werden hier dennoch fortgeschrieben.

Anhang 3:

Einnahmen des Parteivorstandes aus Sponsoring und Vermietung von Standflächen in Euro



Anhang 4:

Parteiinterner Finanzausgleich, Verteilung der staatlichen Mittel in den Jahren 2021 und 2022

	Endgültig beim jeweiligen Verband verbleibender Betrag	
Gliederung	**2021**	**2022**
Parteivorstand	40.838.070,71 €	31.626.122,02 €
LV Schleswig Holstein	649.223,71 €	734.510,50 €
LV Mecklenburg-Vorpommern	271.672,62 €	288.143,69 €
LO Hamburg	416.225,02 €	455.407,64 €
LO Bremen	204.144,71 €	201.337,43 €
LV Niedersachsen	707.674,12 €	707.738,84 €
BZ Nord-Niedersachsen	172.719,15 €	154.503,64 €
BZ Weser-Ems	298.796,62 €	286.995,00 €
BZ Hannover	630.631,49 €	604.506,89 €
BZ Braunschweig	209.592,26 €	192.817,13 €
LV Sachsen-Anhalt	205.947,30 €	242.780,40 €
LV Brandenburg	398.082,54 €	201.337,43 €
LV Berlin	634.962,43 €	705.588,61 €
LV Nordrhein-Westfalen	3.999.061,64 €	4.453.935,83 €
LV Hessen	334.136,81 €	343.322,89 €
BZ Hessen-Nord	315.285,23 €	336.234,83 €
BZ Hessen-Süd	774.863,35 €	818.631,15 €
LV Thüringen	207.325,46 €	213.582,58 €
LV Sachsen	272.168,90 €	333.369,69 €
LV Saar	382.794,17 €	382.934,90 €
LV Rheinland-Pfalz	1.001.024,97 €	1.138.539,37 €
LV Baden-Württemberg	1.294.924,93 €	1.446.350,15 €
LV Bayern	1.890.814,85 €	1.883.862,56 €
Summe	**56.110.142,99 €**	**47.752.553,17 €**

Anhang 5:

Rechenschaftsberichte der im Bundestag vertretenen Parteien im Vergleich für das Jahr 2021

	SPD		CDU		CSU	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%
Einnahmen						
Mitgliedsbeiträge	54.518.493,91	31,80	37.202.644,65	23,20	11.141.838,02	27,89
Mandatsträgerbeiträge & ähnl. regelm. Beiträge	25.556.649,27	14,91	21.885.578,59	13,65	3.826.370,85	9,58
Spenden von nat. Pers.	14.003.796,26	8,17	26.696.767,25	16,65	4.191.127,52	10,49
Spenden von jur. Pers.	3.487.051,94	2,03	14.819.183,64	9,24	3.417.539,78	8,56
Einn. aus Unternehmenstätigkeit u. Beteiligungen	4.410.004,16	2,57	0,00	0,00	0,00	0,00
Einn. aus sonst. Vermögen	7.212.594,92	4,21	1.787.578,46	1,11	604.752,48	1,51
Einn. aus Veranstalt., Vertrieb von Druckschr. etc.	5.620.461,00	3,28	6.153.867,02	3,84	773.159,41	1,94
Staatliche Mittel	56.110.142,99	32,72	51.005.911,45	31,81	15.705.761,08	39,32
Sonstige Einnahmen	542.562,31	0,32	809.852,42	0,51	285.193,19	0,71
Gesamt	**171.461.756,76**	**100,00**	**160.361.383,48**	**100,00**	**39.945.742,33**	**100,00**
Ausgaben						
Personalausgaben	53.323.989,45	31,89	49.295.715,11	28,19	12.602.314,56	33,44
Lauf. Geschäftsbetrieb	28.790.917,09	17,22	26.862.658,41	15,36	6.152.030,72	16,32
Allg. politische Arbeit	21.539.577,86	12,88	23.235.687,73	13,29	7.794.756,39	20,68
Wahlkämpfe	55.314.485,38	33,08	73.219.124,65	41,87	10.399.731,72	27,60
Vermögensverw. einschl. sich hieraus ergebender Zinsen	7.746.312,63	4,63	1.005.237,15	0,57	101.099,96	0,27
sonstige Zinsen	107.721,09	0,06	303.000,15	0,17	476.988,40	1,27
Unternehmenstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
sonstige Ausgaben	375.449,22	0,22	941.521,96	0,54	158.748,49	0,42
Gesamt	**167.198.452,72**	**100,00**	**174.862.945,16**	**100,00**	**37.685.670,24**	**100,00**
Überschuss/Defizit	4.263.304,04		-14.501.561,68		2.260.072,09	
Reinvermögen	267.818.779,65		221.382.432,65		43.444.156,84	

CDU/CSU		Grüne		Die Linke		FDP		AfD	
EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%
48.344.482,67	24,14	22.505.110,69	25,93	10.845.508,71	32,55	10.744.791,25	20,84	4.183.885,49	16,79
25.711.949,44	12,84	16.949.711,02	19,53	5.535.506,05	16,61	3.439.293,69	6,67	2.454.399,03	9,85
30.887.894,77	15,42	12.984.117,45	14,96	3.131.399,92	9,40	13.017.450,21	25,25	6.463.027,27	25,93
18.236.723,42	9,10	1.442.941,29	1,66	3.578,00	0,01	6.615.633,01	12,83	177.637,66	0,71
0,00	0,00	84,48	0,00	0,00	0,00	55.222,60	0,11	21.680,38	0,09
2.392.330,94	1,19	131.120,61	0,15	79.011,10	0,24	315.210,31	0,61	25.497,97	0,10
6.927.026,43	3,46	491.555,10	0,57	50.629,69	0,15	1.161.676,61	2,25	37.934,40	0,15
66.711.672,53	33,30	30.092.465,94	34,68	12.598.257,49	37,80	16.033.499,25	31,10	11.002.878,01	44,14
1.095.045,61	0,55	2.179.612,56	2,51	1.080.549,62	3,24	175.694,02	0,34	558.627,22	2,24
200.307.125,81	**100,00**	**86.776.719,14**	**100,00**	**33.324.440,58**	**100,00**	**51.558.470,95**	**100,00**	**24.925.567,43**	**100,00**
61.898.029,67	29,12	30.151.636,28	32,65	13.264.560,91	35,68	6.806.883,78	13,17	4.802.211,88	14,06
33.014.689,13	15,53	12.041.237,67	13,04	5.449.056,97	14,66	9.428.430,38	18,25	4.982.116,88	14,59
31.030.444,12	14,60	7.291.703,95	7,89	5.284.850,25	14,21	7.772.806,86	15,04	5.542.592,24	16,23
83.618.856,37	39,34	42.620.344,96	46,15	13.012.854,57	35,00	25.183.465,60	48,73	15.535.941,45	45,48
1.106.337,11	0,52	70.913,68	0,08	11.555,48	0,03	82.694,41	0,16	3.054.595,29	8,94
779.988,55	0,37	2.225,82	0,00	53.824,17	0,14	299.930,57	0,58	12.349,57	0,04
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.100.270,45	0,52	183.704,25	0,20	102.989,94	0,28	2.102.528,27	4,07	228.166,06	0,67
212.548.615,40	**100,00**	**92.361.766,61**	**100,00**	**37.179.692,29**	**100,00**	**51.676.739,87**	**100,00**	**34.157.973,37**	**100,00**
-12.241.489,59		-5.585.047,47		-3.855.251,71		-118.268,92		-9.232.405,94	
264.826.589,49		66.924.585,41		41.489.225,19		23.453.016,61		23.376.249,28	

Anhang 6:

Der Immobilienbereich: Bericht der Konzentration GmbH und der Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH

Grundbesitz hat in der Partei eine lange, teilweise über 100-jährige Tradition, unterbrochen nur durch gewaltsame Enteignungen, die die Irrwege der deutschen Geschichte widerspiegeln.

Heute befindet sich der Grundbesitz der Partei in den Händen der treuhänderischen Besitzgesellschaften Konzentration GmbH, VBB mbH und einiger kleinerer regionaler Gesellschaften, die Grund und Boden, Parteihäuser, ehemalige Verlagsgebäude und aktuell erworbene Renditeobjekte verwalten und entwickeln.

Der Besitz von Grund und Boden war und ist ein stabilisierender Faktor der Parteiorganisation, daneben aber auch Teil der Vermögensverwaltung der Partei. Das Eigentum an Immobilien stellt immer auch eine finanzielle „eiserne Reserve“ dar, die der Partei nicht nur in außergewöhnlichen Krisenzeiten helfen kann, sondern auch die Kreditwürdigkeit der Organisation ganz grundsätzlich positiv beeinflusst.

Auch wenn die verschiedenen Grundbesitzgesellschaften das grundbuchrechtliche Eigentum halten, bleibt der Parteivorstand der wirtschaftliche Eigentümer, abgesichert durch Treuhandverträge.

Die Konzentration GmbH als Obergesellschaft nimmt diese Eigentumsrechte des Parteivorstands in enger Abstimmung mit dem Schatzmeister, der Kontrollkommission und einem „freiwilligen Aufsichtsrat“ gemäß GmbH-Gesetz wahr.

Nachdem das Jahr 2021 durch die Corona-Pandemie mit allen wirtschaftlichen Verwerfungen geprägt war, 2022 der Ukraine-Krieg, eine stark beschleunigte Inflation und sehr rasche Zinserhöhungen folgten, blieb das in vielen Lebensbereichen nicht ohne tiefgreifende Folgen. Die Bau- und Immobilienwirtschaft wurde nach fast zwei Jahrzehnten des Booms ebenfalls heftig getroffen.

In diesem herausfordernden Umfeld hat sich die nachhaltige, solide und vorsichtig wirtschaftende Geschäftspolitik der Konzentration GmbH, die nicht mit Immobilien spekuliert, besonders bewährt: Wir konnten – ohne Rücksicht auf nervöse Kapitalmärkte oder kurzfristige Profitmaximierung – mit zahlreichen Mieterinnen und Mietern, zumeist kleine Gewerbetreibende, vernünftige Vereinbarungen treffen, die beiden Seiten während der Corona-Zeit nützten. Sie trugen zur Stabilisierung des Geschäfts der Mieterinnen und Mieter (Gastronomie, Friseur, Einzelhandel usw.) und zur Stabilisierung unseres Geschäfts mit langfristigen, fairen und stabilen Mietverhältnissen bei.

Die Resilienz dieser Geschäftspolitik zeigte sich in den Krisenjahren 2021 und 2022, indem trotz aller äußeren Widrigkeiten wirtschaftliche Erfolge erreicht werden konnten: So wuchs das (schuldenfreie) Nettovermögen der Partei im Immobilienbereich von 46,07 Mio. EUR (2019) auf 51,3 Mio. EUR (2021). Zugleich wurde das Geschäft weiter ausgebaut: Der Umsatz betrug im Jahr 2019 ca. 5,9 Mio. EUR, im Jahr 2021 waren es 6,2 Mio. EUR.

Aktuell führen die stark steigenden Zinsen zu Verwerfungen auf den Märkten, es fehlt bei vielen Akteuren Eigenkapital, die Finanzierungshebel, die noch vor zwei Jahren allgemein als „unproblematisch“ galten, sind heute ein großes Problem. In den früheren Finanzberichten war entgegen der allgemeinen Sorglosigkeit am Immobilienmarkt mit Blick auf die Konzentration GmbH dagegen mehrfach von der notwendigen Reduzierung der Kredithebel im Immobilienportfolio die Rede. Diese Reduktion haben wir durchgeführt: Betrug die Zinsbelastung am Umsatz im Jahr 2012 bei der Konzentration GmbH noch 29 Prozent (d. h. von jedem eingenommenen Euro mussten 29 Cent für Zinsen aufgewendet werden – vor allen anderen Kosten), waren es 2021 nur noch gut 10 Prozent. Wir haben die Zeit sinkender Zinsen also nicht genutzt, um noch tiefer ins Risiko zu gehen, sondern, im Gegenteil, um Risiko zu reduzieren. Das gibt uns aktuell die „Luft“, auch weiter steigende Zinsen oder eine längere Phase mit erhöhten Zinsen nicht nur zu überstehen, sondern auch aktiv nach Chancen in einem derzeit sich rasch wandelnden Markt zu suchen.

Der Immobilienbereich (ohne Willy-Brandt-Haus) ist in den vergangenen Jahren stark gewachsen. Das stellt neue Anforderungen an die interne Organisation und Arbeitsweise der Konzentration. Zugleich haben positive Erfahrungen aus der Corona-Zeit gezeigt, dass mit der Digitalisierung von zentralen Geschäftsprozessen nicht nur Produktivitätsreserven gehoben, sondern Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern variable Arbeitszeitmodelle, Homeoffice und mobiles Arbeiten angeboten werden können. Auch die mit der Digitalisierung verbundenen Fortbildungserfordernisse können ein motivierender Faktor zur Steigerung der individuellen Arbeitszufriedenheit und aus Unternehmenssicht ein Baustein sein, um Fachkräfte zu halten und zu gewinnen.

Ein weiterer Aspekt der zukünftigen Arbeit wird die energetische Ertüchtigung des Immobilienbestands sein, soweit das aufgrund rechtlicher (Denkmalschutz!) und wirtschaftlicher Gegebenheiten möglich sein wird. Hier wird auch die Partei investieren müssen, um die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu reduzieren.

Bei der Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH, die das Willy-Brandt-Haus verwaltet und betreibt sowie weitere Dienstleistungen für den Parteivorstand erbringt, stehen nicht die Gewinnoptimierung, sondern der Erhalt des Gebäudes auf einem ansprechenden baulichen und technischen Niveau und die weitere Reduzierung der Bankverbindlichkeiten aus der Bauphase im Vordergrund. Die um die Jahrtausendwende noch nicht getilgten Verbindlichkeiten/Baukosten von mehr als 56 Mio. EUR konnten bis Ende 2021 auf ca. 18,3 Mio. EUR reduziert werden. Mit dem Schatzmeister wurde eine langfristige Zielvereinbarung geschlossen, wonach die Kreditverbindlichkeiten bis zum 31.12.2031 auf unter 10 Mio. EUR zurückgeführt werden sollen. Damit soll gewährleistet werden, dass das Gebäude im Falle einer echten finanziellen Notlage der Partei als Sicherungsgut für ggf. erforderliche Darlehen („eiserne Reserve“) genutzt werden kann.

Dieses Ziel ist aus heutiger Sicht erreichbar, auch wenn die zwischenzeitlich deutlich gestiegenen Zinsen das Tempo voraussichtlich verlangsamen werden.

Anhang 7:

Bericht der ddvg (Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH)

I. Rückblick auf die Jahre 2021 und 2022

Die Jahre 2021 und 2022 waren auch für den SPD-Unternehmensbereich davon geprägt, dass auf die Herausforderungen der Corona-Pandemie mit dem russischen Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 sogleich eine neue ökonomische Krise heraufzog, die bis heute anhält.

Es bleibt im Berichtszeitraum dabei, dass die Erträge aus dem Kernportfolio (Regionalverlage) erheblich unter Druck sind. Insbesondere der Angriffskrieg Russlands hat in mehrfacher Weise ökonomisch belastend gewirkt: Es sind nicht nur Energie- und Papierpreise exorbitant gestiegen, sondern zugleich hat die Konjunktureintrübung bzw. Rezession zu einem starken Rückgang der Werbeerlöse geführt. Außerdem haben die steigenden Lebenshaltungskosten viele Haushalte zur Kündigung ihrer Zeitungsabonnements gedrängt.

Zugleich sind insbesondere die Kosten für die Zustellung der Printabonnements im Zuge der Anpassung des gesetzlichen Mindestlohns nach oben geschnellt.

All dies hat den Zeitdruck für die Verlage verstärkt, die digitale Transformation zu forcieren und gleichzeitig für sich zu nutzen.

Beispielsweise hat die Madsack Mediengruppe (MMG) mit Investitionen in das RND (Redaktionsnetzwerk Deutschland) und die Publishing-Plattform „RND OnePlatform“ ein innovatives Angebot für die gesamte Branche geschaffen: Über OnePlatform können auch fremde Verlage für die Verbreitung ihrer eigenen lokalen Inhalte Technik und Know-how eines Großverlages nutzen, ohne ihre Eigenständigkeit aufgeben zu müssen. Mitte 2023 bestanden bei der MMG selbst bereits 210.000 digitale Abos (davon rund 100.000 E-Paper).

Um die Investitionen bewältigen zu können und zugleich den gestiegenen Kosten und sinkenden Umsätzen entgegenzuwirken, war auch in diesem Berichtszeitraum überall ein konzentriertes Kostenmanagement in den regionalen Medienhäusern erforderlich. Einen wesentlichen Schritt im Portfolio der ddvg hierbei ist die Neue Westfälische (NW) gegangen, die den Druck ihrer Printausgabe zum 1. Juni 2021 fremdvergeben hat. Gerade angesichts der aktuell herrschenden Wirtschaftskrise hat sich dieser Schritt als richtig erwiesen – ohne ihn würden wichtige Mittel fehlen, die für den ambitionierten digitalen Entwicklungspfad der NW erforderlich sind. Derzeit verkauft die NW monatlich 27.000 E-Paper. Hinzu treten noch rund 9.000 Plus-Abos. Ende 2023 wird der Bestand an Digitalverkäufen bei der NW mehr als 40.000 betragen.

Die über die Zwischenholding Green Lifestyle GmbH gehaltenen Beteiligungen im Nachhaltigkeitssegment können sich in der Konjunkturkrise gut behaupten. Bei den Werbeumsätzen (Utopia) zeigt sich jedoch die starke ökonomische Abkühlung. Avocadostore konnte 2021 noch sehr erfreulich wachsen und Rekordumsätze vermelden. Mit der stark gestiegenen Inflation sind nun aber auch hier deutliche Rückläufe zu spüren. Die Umsätze liegen allerdings noch immer weit über denen vor der Corona-Krise. ÖKO-Test konnte nachhaltig die Verlustzone verlassen und hat wieder die Kraft, um sich für die digitale Zukunft zu rüsten. „ÖKO-Test“ als Marke ist nach wie vor Leitmedium in Sachen Verbraucherschutz.

Das Leistungsangebot der Servicegesellschaften wurde in den vergangenen Jahren deutlich ausgebaut. Beispielsweise hat sich die Agentur ASK als eine starke Einheit erwiesen, die die Partei von der lokalen Ebene bis zum Parteivorstand in Fragen von Kommunikation, Events und Kampagnen kompetent unterstützt und weiß, wie die Partei tickt. Office Consult entwickelt sich sowohl im Finanzbuchhaltungsbereich als auch im Hinblick auf die immer wichtiger werdenden IT-Fragen zum strategischen Partner des Parteivorstands und der Landesbände/Bezirke. Es zeigt sich aber auch hier, dass dies nicht ohne Investitionen insbesondere in Personal zu erreichen ist: Alleine die Personalkosten in diesem Feld sind von 2019 bis 2023 um rund 50 Prozent gestiegen.

Im Portfolio der ddvg insgesamt gab es nur wenige Änderungen: So wurde die verbliebene Beteiligung an dem Games-Publisher Tivola 2020/2021 an die schwedische JumpGate veräußert.

Die vorwärts Buchhandlung im Willy-Brandt-Haus hat mit der Schüren Media GmbH eine neue Hauptgesellschafterin, die den Betrieb dieser Institution fortführt.

Seit Mitte 2021 ist die Umweltbank AG als neue Partnerin (rund 27 Prozent) der Utopia GmbH an Bord. Die Partnerschaft entwickelt sich sehr erfreulich. Zuletzt wurde gemeinsam mit dem Mitgesellschafter entschieden, das Beratungsgeschäft von Utopia um das Feld der strategischen Nachhaltigkeitsberatung zu erweitern.

50 Jahre nach ihrer Gründung in Hamburg ist die ddvg 2021 in die Hauptstadt umgezogen.

Im zeitlichen Zusammenhang mit der Ortsveränderung wurde auch die innere Organisation der ddvg neu geordnet. Der Fokus des Unternehmens ist jetzt stärker auf das reine Portfoliomanagement ausgerichtet, während das Engagement in operativen Fragen einzelner Beteiligungen im Gegenzug stark reduziert wurde. Dementsprechend konnten innerhalb von zwei Jahren der Personalbestand neu ausgerichtet und die Personalkosten deutlich gesenkt werden.

Alles in allem ist es der ddvg trotz des schwieriger werdenden Marktumfeldes gelungen, stabile positive Ergebnisse zu erwirtschaften: Das Ergebnis der ddvg nach Steuern belief sich 2021 auf 7,95 Mio. EUR und 2022 auf 3,5 Mio. EUR. Zudem konnten die Schulden reduziert werden: Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind von -10 Mio. EUR (2020) auf 0 EUR (2022) gesunken.

II. Ausblick, Perspektiven, Herausforderungen für die weitere Arbeit ab 2023 – Unternehmensbereich

Entwicklungen in den Beteiligungsunternehmen der ddvg

Es ist absehbar, dass in naher Zukunft keine täglichen gedruckten Zeitungen mehr erscheinen werden. Bei funktionierenden digitalen Produkten entfallen dann die großen Kostenblöcke des Drucks und der Zustellung, die heute mehr als die Hälfte der Kosten eines idealtypischen Regionalverlags ausmachen. Dennoch bleibt es eine große Herausforderung, ausreichend digitalen Umsatz zu erzielen, um als rein digitales regionales Medienunternehmen wirtschaftlich arbeiten zu können.

Entsprechend ihrem strategischen Ansatz werden die Beteiligungen des Kernportfolios der ddvg dabei unterstützt, die jeweils eigene digitale Transformation voranzutreiben. Notwendige Voraussetzung dafür ist ein ausreichender Investitionsspielraum der betreffenden Unternehmen, der angesichts der weiterhin parallel zu finanzierenden Kosten des Printprodukts nicht ohne Weiteres zu erreichen ist. Die ddvg tritt als strategische und langfristige Anteilseignerin dafür ein, diesen Spielraum zu schaffen, auch wenn sich dies auf die aktuelle Ergebnissituation der ddvg auswirkt.

Die Verlage werden auch darin bestärkt, zukunftssichernde Kooperationen mit anderen Häusern einzugehen, um über gemeinsame Lösungen die Transformation mit dem notwendigen Aufwand und unter Bündelung der vorhandenen Kompetenzen angehen zu können.

Ziel ist es, aus den Verlagen funktionierende digitale Geschäftsmodelle rund um einen unabhängigen meinungsbildenden lokalen und regionalen Journalismus zu entwickeln. Dies ist nicht nur eine wirtschaftliche Zielsetzung, sondern ist auch unverzichtbar, um demokratische Teilhabe auf der kommunalen Ebene auch in Zukunft zu gewährleisten. Die kommenden Jahre werden hierfür entscheidend sein.

SPD Soziale Politik für Dich.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstr. 141
10963 Berlin

Tel. 030 / 2 59 91-0

Verantwortlich: Dietmar Nietan MdB
Erschienen: Dezember 2023

SPD.DE

BERICHT
DES GENERALSEKRETÄRS

Bundesparteitag Berlin
8. bis 10. Dezember 2023

SPD Soziale Politik für Dich.

Hungrig bleiben

Die SPD hat die Bundestagswahl 2021 gewonnen. Durch ein gutes und professionelles Kampagnenhandwerk, einen kompetenten Kanzlerkandidaten und eine überzeugende und klare Programmatik ist uns das gelungen. Die SPD ist zurück auf dem Spielfeld und Spielführerin geworden. Die Koalitionsverhandlungen waren abgeschlossen, der Vertrag unterzeichnet und Olaf Scholz zum Bundeskanzler gewählt, da stand unser ordentlicher Bundesparteitag an, der eine neue Parteispitze bestimmt hat. Wir sind mit dem festen Versprechen angetreten, dass die SPD als Partei nicht hinter dem Regierungshandeln und Kanzleramt verschwindet. Die SPD hat einen programmatischen Anspruch. Anders ausgedrückt: Ich hatte uns aufgefordert, hungrig zu bleiben. Denn die Realität, so sagte ich damals, orientiert sich nicht immer an dem, was man für vier Jahre in einem Koalitionsvertrag niedergeschrieben hat. Wir haben uns also aufgemacht, die inhaltliche Arbeit in den Mittelpunkt unserer Arbeit zu stellen.

Zugegeben: Ich hätte gern weniger Recht gehabt. Ich hätte gut damit leben können, wenn die im Koalitionsvertrag verabredeten Projekte im Mittelpunkt unserer Arbeit gestanden hätten. Im Dezember 2021 konnten wir uns noch nicht vorstellen, dass Russland einen Krieg gegen die Ukraine beginnt. Auf europäischem Boden. Wir hatten noch keine Vorstellung von den durch den Krieg ausgelösten Verwerfungen und Herausforderungen. Der notwendige Umbau unserer Energieversorgung brauchte ein anderes Tempo, als wir uns vorgenommen hatten.

Für mich war klar, dass die Sozialdemokratie hungrig bleiben muss und ihren programmatischen Vorrat weiter auf- und ausbaut. Wir sind angetreten, um Hegemonien für die eigenen inhaltlichen Überzeugungen zu gewinnen. Wir wollten sicherstellen, in veränderten Realitäten darauf zugreifen zu können und eigene Vorstellungen besser und schneller umsetzen zu können.

Die Realitäten änderten sich schneller als gedacht und die beschriebene Aufgabe wurde dringlicher. Beides musste von nun an gleichzeitig und mit mehr Tempo geschehen.

Begleitung und Gestaltung des Regierungshandelns in schwierigen Zeiten

Wir bleiben hungrig und wir stellen die sozialdemokratische Handschrift in dieser Regierungskoalition sicher.

In diesen unruhigen Zeiten regiert mit Olaf Scholz ein Kanzler, der seine Worte mit Bedacht wählt und Politik nicht für die schnelle Schlagzeile macht. Die Zeiten sind dafür zu ernst. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine – zwei Flugstunden von Berlin entfernt – markiert eine Zeitenwende. Auch der schreckliche Angriff der Terrororganisation Hamas auf das Land Israel und seine Bevölkerung hat seit dem 7. Oktober einen ganz neuen Konfliktherd angeheizt.

Wir Sozialdemokrat*innen setzen auf unsere internationale Erfahrung und die Kraft kluger Diplomatie, gepaart mit Wehrhaftigkeit.

Eine wehrhafte Demokratie nach außen muss im Innern zusammenhalten. Viele Wählerinnen und Wähler haben deshalb bei der letzten Bundestagswahl der SPD ihr Vertrauen geschenkt, weil sie sich für konkrete soziale Politik entschieden. Mit der Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro hat die SPD ein zentrales Versprechen eingelöst.

Von dieser Lohnerhöhung haben über 6,6 Millionen Menschen profitiert. Unsere Überzeugung: Arbeit muss sich lohnen und etwas wert sein. Deswegen werden wir weiter dafür einstehen, dass der Mindestlohn angemessen steigt und wir werden vor allem mit einem Tariftreuegesetz ein weiteres sozialdemokratisches Versprechen einlösen. Unser aller Steuergeld in Form öffentlicher Aufträgen soll nur noch an jene Unternehmen vergeben werden, die faire Tariflöhne zahlen und gute Arbeit anbieten. Für die SPD gilt: Keine Dumpinglöhne im Auftrag der Allgemeinheit!

Wir haben dafür gesorgt, dass Deutschland allen Befürchtungen zum Trotz mit Energiepreispauschalen, Preisbremsen und gefüllten Gasspeichern gut durch den letzten Winter gekommen ist. Das war kein Zufall, sondern gutes Management.

Dies zeigt auch, wie wichtig es ist, als Partei – neben gutem Regierungshandeln – selbstbewusst die Stimme zu erheben. Wer hätte letztes Jahr daran geglaubt, dass wir in dieser Koalition so einschneidend in den Markt eingreifen, um Übergewinne zum Zweck der Entlastung für Bürgerinnen und Bürger abzuschöpfen? Ohne den Druck der Partei im Schulterschluss mit Gewerkschaften und Sozialverbänden wäre dies sicherlich nicht möglich gewesen.

Wir haben mit dem Deutschlandticket erstmals ein bundesweit gültiges Ticket für den ÖPNV und Regionalverkehr eingeführt. Wir haben Kindergeld und Kinderzuschlag erhöht. Wir haben das Bürgergeld eingeführt. Wir haben für spürbare Rentenerhöhungen gesorgt und das Wohngeld deutlich ausgeweitet. Die meisten Maßnahmen nutzen vor allem Beschäftigten mit kleinen und mittleren Einkommen.

Schaue ich auf die Zwischenbilanz der von uns geführten Ampel-Koalition, dann ergibt sich dennoch ein ambivalentes Bild, das will ich nicht bestreiten. Es ist ein bisschen wie beim Skispringen, wo die Punkte einerseits für die Weite des Sprungs, andererseits aber auch für die technische Ausführung vergeben werden. Die Weite stimmt in der Ampel häufig: Die politischen Ergebnisse können sich sehen lassen. Für bessere Haltungsnoten hingegen müssen wir noch einiges tun.

Wir haben uns für die zweite Halbzeit der Wahlperiode noch viel vorgenommen und wollen das Land weiter voranbringen: Mit dem Deutschlandpakt für schnellere Planungen und Genehmigungen, mit mehr Mieter*innenschutz, einer langfristigen Sicherung des Rentenniveaus oder auch mit der Kindergrundsicherung. Kurzum: Mit einer sozialdemokratisch geführten Regierung, die in turbulenten Zeiten gesellschaftlichen Zusammenhalt sichert.

Arbeitsschwerpunkte des Willy-Brandt-Hauses

Die Herausforderungen und Anforderungen an Parteien ändern sich, entsprechend muss sich auch die politische Organisation und Kommunikation weiterentwickeln. Auch in den Aufgaben und Tätigkeiten der Hauptamtlichen beim Parteivorstand zeichnet sich dieser Wandel ab. Wir kommunizieren schneller, gezielter und mit mehr Produkten, die schnell vor Ort genutzt werden können. Das Willy-Brandt-Haus ist unsere gemeinsame Parteizentrale. Unsere Arbeit ist darauf ausgerichtet, unsere programmatisch erarbeiteten Ideen so aufzubereiten, dass sie von jeder und jedem Einzelnen vor Ort sofort genutzt werden können. Nicht nur die Parteispitze ist eng abgestimmt und in ständigem Austausch, auch über die Ebenen hinweg ergänzen und unterstützen wir uns in der Parteiarbeit. Gemeinsam mit unserem Schatzmeister Dietmar Nietan und unserer Bundesgeschäftsführerin Jessika Wischmeier arbeite ich an der immer schnelleren und besseren Bereitstellung von Dienstleistungen, die Ehrenamtlichen bei der Arbeit vor Ort sofort zur Verfügung stehen und direkt einsetzbar sind.

Kommunikation in die Partei hinein

Unsere Mitglieder auf allen Ebenen sollten gut und übersichtlich über das Handeln der Partei (und dessen Vertreter*innen in den Fraktionen, Landes- und der Bundesregierung) informiert sein. Sie sollten argumentativ bestens unterstützt und gerüstet sein.

Wir haben dafür mit den Onlinekonferenzen mit Vertreter*innen des Parteivorstands oder mit den zuständigen SPD-Minister*innen oder Vertreter*innen der Bundestagsfraktion einen direkten Austausch mit den SPD-Mitgliedern geschaffen. In bislang knapp 30 Konferenzen in den letzten beiden Jahren wurde diskutiert und informiert über ein breites Themenspektrum vom Ukrainekrieg und die „Zeitenwende“ über den Klimawandel, den Arbeitsmarkt, Asylrecht, Bürgergeld, Wohnungsbau und vieles mehr informiert. Auch der Bundeskanzler nimmt in einem Videoformat direkt Kontakt zu unseren Mitgliedern und Verantwortungsträger*innen auf. Wir rücken digital schneller und enger zusammen.

Die wirklich essentiellen Informationen und Handreichungen werden per E-Mail in ungefähr wöchentlichem Rhythmus über den „Kurz-&Knapp-Newsletter“ („k&k“) verschickt – hier ist ein Mailabonnement fast Pflicht, wenn man als Haupt- und Ehrenamtliche*r auf dem Laufenden bleiben und Impulse für die Parteiarbeit bekommen möchte.

Zudem versenden wir in unregelmäßigen Abständen thematische Mailings mit Informationen, Aufrufen und der Möglichkeit zur Interaktion.

Das Willy-Brandt-Haus ist nicht nur die Parteizentrale für alle Mitglieder, es ist auch Arbeitsort für viele Kolleg*innen. Manche sind schon lange dabei, andere helfen in Kampagnen für einen wichtigen Streckenabschnitt mit. Wichtig war uns, dass wir uns nicht mehr aus den Augen verlieren, auch wenn wir beruflich weitergezogen sind. Wir haben dazu den Politischen Feierabend geschaffen. Einen inhaltlichen Impulsabend für alle, die zur sozialdemokratischen Familie Willy-Brandt-Haus gehören oder gehörten. So arbeiten wir auch weiter alle an einem Ziel: Wir wollen mehr soziale Politik für Dich.

Kommunikation „nach Draußen“

In unserer Social-Media-Kommunikation haben wir einen neuen Schwerpunkt auf die Produktion von Videos gesetzt. Wir wollen schneller und professioneller mit der Art von Content auf dem Platz sein, die auf den wichtigsten Social-Media-Kanälen am besten funktioniert. Insbesondere die täglich am intensivsten genutzte Plattform Instagram lebt von kurzen, schnellen und prägnanten vertikalen Videos, YouTube hingegen funktioniert für viele Menschen wie eine Suchmaschine, die ihnen Themen erklärt – dieses Potenzial wollen wir

besser für uns nutzen, um den Menschen sozialdemokratische Antworten auf ihre Fragen zu geben.

Außerdem wollen wir unsere Kampagnenfähigkeit im digitalen Raum verbessern. Wir verabschieden uns daher von der Plattform Telegram und bauen einen WhatsApp-Kanal auf, den bereits nach nur zwei Wochen fast 10.000 Menschen abonniert haben. In Deutschland nutzen mehr als 50 Millionen Menschen WhatsApp täglich. Wir erschließen uns damit also Bereiche, in die wir durch keine andere Kommunikationsmaßnahme vordringen könnten. Mit WhatsApp haben wir einen Draht zu Gruppen aus dem Familien- und Freundeskreis, die einen hohen Vertrauenswert genießen. Inhalte, die über das Netzwerk WhatsApp geteilt werden, sind mit einer hohen persönlichen Glaubwürdigkeit verbunden.

Außerdem soll TikTok zukünftig Teil unseren Social Media Portfolios sein. Wir wollen diese Plattformen nicht der AfD überlassen und auf allen Kanälen eine starke Stimme gegen Hass, Hetze und Desinformation sein.

Debattenkonvent 2022 – Start unseres Programmprozesses

Liesa Johannssen

Am 5. und 6. November 2022 hielten wir im Berliner „Vollgutlager“ unseren ersten Debattenkonvent ab, eine Innovation in der deutschen Parteienlandschaft. Wir haben uns an diesem Wochenende aufgemacht, die Fragen der Zeit zu thematisieren.

Es konnten nicht nur alle Mitglieder teilnehmen und die politischen Debatten beeinflussen, sondern auch viele kluge Köpfe außerhalb der SPD mit uns debattieren und die Themen weiterentwickeln.

Das Format war ein Mix aus dem unter Andrea Nahles eingeführten Debattencamp und dem statutengemäß kleinen Parteitag. Rund 900 Menschen in Präsenz (für viele die erste große Veranstaltung seit den Corona-Einschränkungen) erwartete allein am Debatten-Samstag in über 40 Panels 36 Stunden Programm.

Aus 2.000 Bewerbungen konnten wir rund 680 Mitgliedern und Interessierten ermöglichen, vor Ort teilzunehmen – alle anderen konnten sich per Livestream digital in die Debatten schalten. Gemeinsam mit prominenten Politiker*innen und über 100 Speaker*innen aus Wissenschaft, Medien und Verbänden wurde der programmatische Weg der SPD weiterentwickelt. Hinzu kamen 150 Delegierte des Parteikonvents, die dann am Sonntag beim Parteitag stimmberechtigt waren.

Liesa Johannssen

Wir haben uns gefragt, wie die Wirtschaft klimagerecht werden kann, Fachkräfte gewonnen und gesichert werden, digitale Souveränität entsteht und die Zeitenwende diskutiert. Auf vier Missionen haben wir uns begeben, um diese Themen zu durchdringen. Besuche in Betrieben,

Gespräche mit Belegschaften, Austausch mit Expert*innen und der Dialog vor Ort sollten in den nächsten 12 Monaten den Grundstein legen für einen Leitantrag, den wir auf unserem ordentlichen Bundesparteitag 2023 debattieren.

Das Ergebnis liegt euch nun vor und wird vom 8. bis 10. Dezember 2023 beschlossen werden. Dieser Antrag nahm seinen Anfang mehr als ein Jahr zuvor auf dem Debattenkonvent.

Kommission Steuern und Finanzen

Mit Blick auf die im Koalitionsvertrag beschriebenen Modernisierungserfordernisse unseres Landes, den zwingend erforderlichen Ausbau klimaneutraler Energieversorgung und der dazugehörigen Infrastruktur sowie des Ausbaus digitaler Infrastruktur stehen in den kommenden Jahren erhebliche Investitionen auf der Agenda, die neben privaten auch durch staatliche Mittel vorangetrieben werden müssen. Zugleich muss gewährleistet sein, dass der Unterhalt der bestehenden Infrastruktur auf hohem Niveau finanziell sichergestellt ist.

Es geht darum, die Infrastruktur der öffentlichen Daseinsvorsorge (beispielsweise im Bereich der Bildung, der Mobilität oder der Gesundheit) auszubauen und zu modernisieren, damit gesellschaftliche Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben für alle Bürgerinnen und Bürger in unserem Land garantiert wird.

Auf der Jahresauftaktklausur 2023 hat der Parteivorstand die Kommission Steuern und Finanzen eingesetzt. Ziel der Kommission war es, zu erarbeiten, woher das Geld für die beschriebenen notwendigen Zukunftsinvestitionen kommt.

Die Kommission setzte sich wie folgt zusammen:

- Leitung: Saskia Esken / Lars Klingbeil
- Organisation: Kevin Kühnert
- Mitglieder: Doris Ahnen, Thomas Kutschaty, Achim Post, Michael Schrodi, Dennis Rohde, Jakob von Weizsäcker, Heike Taubert, Gustav Horn, Jessica Rosenthal, Jörg Kukies, Verena Hubertz und Philippa Sigl-Glöckner.

160 Jahre SPD: Jubiläumsfeier im Willy-Brandt-Haus

Photothek

Entwicklung ist Fortschritt, wenn sie das Leben besser macht - für alle, nicht nur für wenige. Die SPD weiß das seit 160 Jahren, und das treibt uns an. Am 23.05.2023 konnten wir zusammen dieses Jubiläum begehen. Auch hier war unser Ziel, Mittel und Ressourcen so einzusetzen, dass sie eine größtmögliche Breitenwirkung entfalten.

Ein Riesenrad am Brandenburger Tor (wie noch zur 150-Jahr-Feier) haben wir deshalb nicht aufgebaut. Auch wollten wir kein historisches Kolloquium abhalten, in dem wir uns selbst genügen.

Stattdessen haben wir Debatten zur sozialdemokratischen Politik im Wandel geführt und angestoßen – in gebührendem Rahmen. Das Atrium zu Füßen der Willy-Brandt-Statue war mit einer Lichtinstallation rot erleuchtet. Auf einem Monitor liefen in einem Kurzfilm Höhepunkte aus der SPD-Geschichte, 160 Jahre in 30 Sekunden. Der Schauspieler Sebastian Schwarz rezitierte ein Gedicht von Clara Müller-Jahnke.

Photothek

Es folgten Debattenbeiträge von Bundeskanzler Olaf Scholz, den Parteivorsitzenden Saskia Esken und Lars Klingbeil sowie ein externer Appell an die Sozialdemokratie von Alena Buyx, der Vorsitzenden des Deutschen Ethikrats.

- *„Eine vergleichbare Geschichte kann keine andere Partei in Deutschland vorweisen. Wir haben allen Grund, auf unsere Geschichte stolz zu sein. Das historisch begründete Spannungsverhältnis zwischen hohem programmatischem Anspruch und der Notwendigkeit, pragmatisch zu handeln, hat die Sozialdemokratie immer geprägt. Die Sozialdemokratie braucht genau diesen Dualismus aus praktischem Zupacken im Hier und Jetzt und großen Zielen, die wir gemeinsam verfolgen. […] Gelingen wird dieser große Aufbruch nur dann, wenn alle Bürgerinnen und Bürger die Zuversicht haben: Das geht gut aus. […] Deshalb muss die SPD die Partei sein, die sich ausdrücklich das Ziel einer Gesellschaft des Respekts auf die Fahnen schreibt.“* (Olaf Scholz)
- *„Ich will, dass wir die Partei sind, die Zuversicht und Optimismus neu in der Gesellschaft stiftet. […] Es ist unsere Aufgabe, dass aus Veränderungen Verbesserungen werden. […] Lasst uns die gestaltende Kraft für eine bessere Zukunft in unserem Land sein.“* (Lars Klingbeil)

- *„Unsere Partei hat in ihrer langen Geschichte immer dafür gekämpft, dass es den Menschen in diesem Land bessergeht. […] Wer, wenn nicht wir, könnte mit Zuversicht sagen: Wir packen das, was da an Veränderungen vor uns liegt? […] Wir brauchen mal wieder den Mut, das zu denken, was erst neulich noch unerreichbar schien. […] Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind zeitlos, weil wir sie immer wieder neu anwenden.“* (Saskia Esken).
- *„Wir müssen alle gemeinsam viel besser aufpassen auf unsere Debattenkultur. […] Wir sollten das Gemeinsame in der Pluralität suchen. Und wer soll das machen, wenn nicht Sie?“* (Alena Buyx)

Organisationspolitische Weiterentwicklung

Wie sieht unter heutigen Rahmenbedingungen erfolgreiche Parteiarbeit aus?

Wir wollen die SPD zur schlagkräftigsten Mitgliederpartei mit der modernsten Parteiorganisation in Deutschland weiterentwickeln.

Dazu konzentrieren wir uns vermehrt auf das „Organizing“ der Partei. Dabei geht es darum, wie man am besten Menschen organisiert, so dass sie für ihre gemeinschaftlichen Interessen wirkmächtig eintreten können. Ziel des Organizings für uns als Partei soll dabei sein, dass politisches Engagement in der und für die SPD allen offensteht und dabei sinnstiftend und attraktiv ist.

Durch Organizing bleiben unsere Gliederungen erfolgreiche, aktive und attraktive Gliederungen vor Ort und gewinnen neue Mitglieder. Organizing ist für uns politische Strategie und gleichermaßen der ideale Werkzeugkasten, um auf die unterschiedlichen Gegebenheiten vor Ort, die jedoch voraussetzungsvoll sind, zu reagieren. Die SPD verfügt seit ihrer Gründung über effektive, zuverlässige und leistungsfähige Organizing-Strukturen.

Diese Strukturen haben sich über die Zeit weiterentwickelt, ausdifferenziert und angepasst. Die Grundlage des SPD-Organizing ist die starke lokale Präsenz in der Lebens- und Arbeitswelt unserer Mitglieder sowie eine starke Vernetzung der Partei mit zivilgesellschaftlichen Initiativen und Organisationen. Wer sich an die SPD wendet und sich in sie einbringt, soll sein Thema voranbringen können.

Zudem entwickeln wir gemeinsame Standards in den Bereichen Mitgliederverwaltung, Finanzverwaltung und IT.

Näheres zu den Vorhaben und zu den weiteren Schritten findet sich in diesem Jahrbuch im Kapitel 6.13.

Mission 30.000: Mitgliederwerbekampagne

Eine Partei ist nur so stark wie ihre Mitglieder. Die SPD soll eine wachsende, schlagkräftige Organisation sein. Die Gewinnung von neuen Mitgliedern ist elementar für uns!

Wir wissen: nur wer aktiv und offensiv neue Mitglieder wirbt, gewinnt welche dazu. Deswegen haben wir eine Mitgliederwerbe-Challenge gestartet und unsere Mitglieder und Gliederungen herausgefordert: Wir wollten wissen, wer die meisten Mitglieder gewinnt. Unterbezirke haben sich miteinander gemessen und einzelne Mitglieder haben sich als ideenreiche und mitreißende Werber*innen erwiesen. Mit großer Begeisterung haben sich vor Ort Genossinnen und Genossen an diese Aufgabe gemacht, neue Formate entwickelt und unsere Familie um neue Mitglieder erweitert. Viele Kreisverbände und Unterbezirke haben ihr Ziel bereits erreicht und mit ihren Ideen andere beflügelt. Mit der Mission ist es uns gelungen, Mitgliederwerbung wieder in den Mittelpunkt der Parteiarbeit zu stellen. Wir haben die Zahl der Mitgliederbeauftragten gesteigert, sie bundesweit vernetzt und ihre Rolle gestärkt.

Landtagswahlen 2022 und 2023

Fionn Große

Eine Aufgabe, die ich mir in meiner Amtszeit vorgenommen habe, ist die Landesverbände noch besser in ihren Landtagswahlkämpfen zu unterstützen. Im Willy-Brandt-Haus arbeiten viele kluge Köpfe: Erfahrene Kampagnenmacher*innen, versierte Kommunikationsprofis und programmatisch aufgeladene und vernetzte Fachexpert*innen. Wir geben dieses Know-how gern weiter und vernetzen uns mit den Gliederungen vor Ort. Wir beginnen den Austausch früher und sind noch stärker zusammengerückt, um auch in Landtagswahlkämpfen all das Wissen zu nutzen. Bei allen Landtagswahlen traten wir als eine SPD auf, die zusammen gestaltet, ~~und~~ gemeinsam gewinnt und manchmal auch verliert.

Ob die absolute Mehrheit für die saarländische SPD und Anke Rehlinger, die Wiederholungswahl in Berlin, die Wahl von Andreas Bovenschulte in Bremen, die Wahlen in NRW und Schleswig-Holstein oder in Hessen und Bayern, überall haben wir uns reingehangen und alles gegeben. Handwerklich sind wir gemeinsam noch besser, kommunikativ abgestimmter und vor Ort kämpferischer gewesen.

Erfolgreich waren wir vor allem dort, wo wir mit sozialdemokratischen Themen die Debatten bestimmen konnten.

Weniger erfolgreich waren wir dort, wo es uns nicht gelungen ist, die öffentliche Aufmerksamkeit auf unsere eigenen sozialen Themen zu lenken und wo stattdessen identitätspolitische Scheinthemen („Genderpflicht“, „Winnetou-Verbot“) vor allem von konservativer Seite oder emotional aufgeheizte Themen die programmatischen Ideen im Wahlkampf überlagerten.

Es muss uns in Zukunft wieder besser gelingen, die Diskussionen auf unser Themenfeld zu ziehen: Soziale Politik und Respekt. Soziale Politik, von der die Menschen spürbar profitieren.

In den Wahlkämpfen habe ich viele engagierte Mitglieder getroffen, die sich reinhängen. Ich war in jedem Landtagswahlkampf mehrfach unterwegs und konnte mich von unserer handwerklichen Professionalität ebenso überzeugen wie von der Energie vor Ort, mit der wir für unsere Inhalte werben. Auch in den kommunalen Wahlentscheidungen habe ich vor Ort viele Engagierte getroffen, die rührig und rastlos unterwegs waren. Die Unterstützung vor Ort macht mir sehr viel Spaß und sie ist mehr als ein persönlicher Einsatz. Sie ist Ausdruck einer geeinten und gemeinsam auftretenden SPD, die – egal wo sie aktuell im Wahlkampf ist – abgestimmt und miteinander kämpft.

Timon Kronenberg

Europawahl 2024

Das Jahr 2024 hält viele Aufgaben für uns bereit: Wir werden nicht nur die Europawahl gemeinsam bestreiten, sondern zeitgleich auch 9 Kommunalwahlen zu bewältigen haben. Damit ist das Wahljahr noch nicht zu Ende, sondern in Thüringen, Sachsen und Brandenburg werden neue Landtage gewählt. Die Vorbereitungen für die Europawahl haben längst begonnen. Bereits auf der Jahresauftaktklausur haben wir organisatorische Grundlagen beschlossen für den Wahlkampf. Seit vielen Monaten arbeiten wir im Willy-Brandt-Haus bereits an der Kampagne.

Liesa Johannssen

Das Jahr 2024 hält bereits einen ersten Höhepunkt im Kalender bereit: Die Europadelegiertenkonferenz, auf der wir die Spitzenkandidatur bestimmen, die Bundesliste gemeinsam beschließen und unser Europawahlprogramm beraten steht lange fest. Sie wird am 28. Januar 2024 im Berliner BCC stattfinden. Nominiert haben wir in den Gremien Katarina Barley bereits im September 2023 als Spitzenkandidatin.

Auf einem lebendigen und energiegeladenen Event im Atrium unserer Parteizentrale hat sie uns auf den Wahlkampf eingeschworen. Europa braucht Europäer*innen. Die

Sozialdemokratie kämpft für einen starken und selbstbewussten Kontinent, der gemeinsame Überzeugungen zu gemeinsamer Stärke zusammenfügt.

Bundestagswahl 2021

Dieses Jahrbuch umfasst die Jahre 2021-2023. Meine Amtszeit als Generalsekretär begann aber erst im Dezember 2021. Mein Vorgänger Lars Klingbeil legte mit seinem Management den Grundstein im Haus für die gewonnene Bundestagswahl 2021.

Seine Zeit war geprägt von der Planung, Organisation, Durchführung und Feier eines erfolgreichen Bundestagswahlkampfs, aus dem die SPD als stärkste Kraft hervorging und nach Koalitionsverhandlungen im Dezember 2021 unter Führung eines sozialdemokratischen Bundeskanzlers, Olaf Scholz, eine „Ampel-Koalition“ mit den beiden Parteien Bündnis90/Die Grünen und der FDP abschloss.

Eine Koalition aus ganz unterschiedlichen Parteien, die trotz unterschiedlicher Grundüberzeugungen zusammenfanden, um nach 16 Jahren unionsgeführter Bundesregierung unser Land zukunftsfähiger zu machen.

Die Highlights, Herausforderungen und vor allem der Erfolg des Jahres 2021 sind in der Veröffentlichung „Das Comeback der SPD in Deutschland bei der Bundestagswahl 2021“ (Herausgeber: SPD-Parteivorstand, Berlin 2021) dokumentiert.

BERICHT
DER AFA UND BETRIEBSORGANISATION

Bundesparteitag Berlin
8. bis 10. Dezember 2023

SPD Soziale Politik für Dich.

1. Bericht über den Stand der AfA - und Betriebsorganisation

Nach dem Beschluss des Bundesparteitages München 1982 - „Richtlinien für die politische Betriebsarbeit der SPD“ - ist der Parteivorstand verpflichtet, auf jedem Ordentlichen Bundesparteitag einen Bericht über den Stand der Beteiligung betriebstätiger Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen an der Parteiarbeit vorzulegen.

Der letzte Bericht über den Stand der Betriebsorganisation wurde dem Bundesparteitag 2021 vorgelegt. Dem nächsten Ordentlichen Bundesparteitag 2023 in Berlin ist ein weiterer Bericht vorzulegen. Zu diesem Zweck wurde eine Umfrage bei allen Landesverbänden und Bezirken vorgenommen.

2. Ergebnisse der Umfrage

a) Gegenstand der Umfrage

Die Umfrage erstreckte sich auf folgende Fragen:

- Anzahl der SPD-Unterbezirke/Kreisverbände
- Anzahl der Arbeitsgemeinschaften für Arbeitnehmerfragen auf der Ebene der Unterbezirke/Kreisverbände
- Anzahl der Betriebsgruppen innerhalb des Landesverbandes/Bezirkes
- Anzahl der Betriebsvertrauensleute innerhalb des Landesverbandes/Bezirkes

b) Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in den Unterbezirken

Aus den Antworten der Landesverbände/Bezirke ergibt sich, dass in 205 von 376 Unterbezirken/Kreisverbänden Arbeitsgemeinschaften für Arbeitnehmerfragen bestehen, 9 weniger gegenüber der Bestandsaufnahme vor zwei Jahren. In einigen Landesverbänden ist die Differenz zwischen der Anzahl der Unterbezirke und der existierenden Arbeitsgemeinschaften für Arbeitnehmerfragen weiterhin groß. Es bleibt daher eine wichtige organisatorische Aufgabe, die Organisationsstruktur der AfA wieder zu stärken und auszubauen, so dass in sämtlichen Unterbezirken/Kreisverbänden Arbeitnehmerstrukturen als Bindeglied zwischen Partei, den Gewerkschaften und den Betrieben bestehen.

c) Betriebsgruppen

Die Landesverbände/Bezirke haben die Frage nach der Anzahl der bestehenden SPD-Betriebsgruppen dahingehend beantwortet, dass insgesamt 57 Betriebsgruppen bestehen. Dies sind 12 weniger, als vor zwei Jahren angegeben wurden. Hinzu kommen rund 80 Betriebsgruppen im Bereich Eisenbahn, die vom zentralen Betriebsgruppenausschuss Eisenbahn betreut und koordiniert werden. Im Februar 2022 wurde auf Bundesebene eine SPD-Betriebsgruppe Bundeswehr neu gegründet. Dies kann beispielhaft sein, auch in anderen Branchen bundesweite Betriebsgruppenzusammenhänge zu initiieren.

d) Betriebsvertrauensleute

Die Anzahl der Betriebsvertrauensleute wird von den Landesverbänden und Bezirken mit insgesamt 545 angegeben.

Umfrageergebnisse

gegliedert nach SPD-Landesverbänden und Bezirken

Stand: 09. November 2023

Landesverband/ Bezirk	Zahl der SPD-UB/KV	Zahl der AGs für Arbeitnehmer-fragen in UB/KV	Gesamtzahl der Betriebsgruppen im LV/Bezirk	Gesamtzahl der Betriebsvertrauens-leute im LV/Bezirk
LV Schleswig-Holstein	15	9	--	--
LO Hamburg	7	7	5	85
LO Bremen	3	3	1	--
Bez. Nord-Niedersachsen	6	2	--	--
Bez. Weser-Ems	17	9	--	--
Bez. Hannover	13	10	--	300
Bez. Braunschweig	8	5	--	--
LV Nordrhein-Westfalen	54	39	23	84
Bez. Hessen-Nord	8	7	1	29
Bez. Hessen-Süd	18	9	6	--
LV Baden-Württemberg	43	19	8	17

Landesverband/ Bezirk	Zahl der SPD-UB/KV	Zahl der AGs für Arbeitnehmer-fragen in UB/KV	Gesamtzahl der Betriebsgruppen im LV/Bezirk	Gesamtzahl der Betriebsvertrauens-leute im LV/Bezirk
LV Bayern	62	41	10	30
LV Rheinland-Pfalz	27	20	3	--
LV Saar	7	6	--	--
LV Berlin	12	12	1	--
LV Mecklenburg-Vorpomm.	8	1	--	--
LV Brandenburg	18	--	--	--
LV Sachsen-Anhalt	14	3	--	--
LV Thüringen	23	2	--	--
LV Sachsen	13	1	--	--
Gesamt	376	205	57	545

SPD Soziale Politik für Dich.

Ordentlicher
Bundesparteitag
8. – 10. Dezember 2023
Berlin

Gleichstellungsbericht 2023

Inhaltsverzeichnis

VORWORT Kevin Kühnert, SPD-Generalsekretär 4

VORWORT Maria Noichl & Ulrike Häfner, SPD FRAUEN 7

1. GLEICHSTELLUNGSPOLITISCHE REGELUNGEN UND MAßNAHMEN 10

1.1 Gleichstellungspolitische Regelungen in Satzung und Richtlinien 10

1.2 Beteiligung und Digitales 13

2. DIE SPD AUF BUNDESEBENE 16

2.1 Mitgliederentwicklung 16

2.2 Parteivorstand und Präsidium 17

2.3 Weibliche Delegierte auf Bundesparteitag und Debattenkonvent 18

2.3.1 Außerordentlicher Bundesparteitag 04. Dezember 2021 18

2.3.2 Ordentlicher Bundesparteitag 11. Dezember 2021 19

2.3.3 Debattenkonvent 5.bis 6. November 2022 20

2.4 Gremien und Arbeitsgemeinschaften 21

2.4.1 Bundesvorstände der Arbeitsgemeinschaften 21

2.4.2 Gremien auf Bundesebene 22

3. SPD AUF LANDESVERBANDS-, BEZIRKS-, UNTERBEZIRKS-, UND ORTSVEREINSEBENE 24

3.1 Mitgliederentwicklung in den Landesverbänden und Bezirken 24

3.2 Vorsitzende und Vorstände 25

3.2.1 Vorsitzende und Vorstände der Landesverbände und Bezirke 25

3.2.2 Vorsitzende und Vorstände der Landesverbände und Bezirke, die nicht den Status von Bezirken haben 27

3.2.3 Vorsitzende und Vorstände der Unterbezirke und Kreisverbände 28

3.2.4 Vorsitzende und Vorstände der Ortsvereine 30

3.3 Doppelspitzen 33

4. PARLAMENTE, FRAKTIONEN UND REGIERUNGEN 34
4.1 Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament 34
4.2.1 Weibliche Abgeordnete in der SPD-Bundestagsfraktion seit 1949 35
4.2.2 Frauen im Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion 36
4.2.3 Zusammensetzung der Arbeitsgruppen der SPD-Bundestagsfraktion 37
4.2.3.1 Weitere Arbeitsgruppen 38
4.2.4 Ausschussvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion 39
4.3 Bundesregierung 40
4.3.1 Weibliche Mitglieder der Bundesregierung 40
4.3.2 Weibliche Mitglieder der Bundesregierung nach Parteizugehörigkeit 40
4.4 Fraktionen der Länderparlamente 41
4.4.1 Weibliche Abgeordnete in den SPD-Landtagsfraktionen 41
4.4.2 SPD-Fraktionsvorsitzende und Fraktionsvorstände 42
4.5 Landesregierungen 43
4.5.1 Frauenanteil gesamt in den Landesregierungen, an denen die SPD beteiligt ist 43
4.5.2 Frauenanteil nach Parteizugehörigkeit in den Landesregierungen, an denen die SPD beteiligt ist 44

5. BERICHT DER BUNDES-SGK 46
5.1 Frauenanteil bei kommunalen Mandatsträger:innen in den Bundesländern 46
5.2 Weibliche Vorsitzende der SPD-Großstadt- und Kreistagsfraktionen 48
5.3 Von sozialdemokratischen Frauen besetzte Führungspositionen auf kommunaler Ebene 48
5.4 Frauen im Vorstand der Bundes-SGK und in den Vorständen der Landes-SGK 49

6. HAUPTAMTLICHE MITARBEITER:INNEN 50
6.1 SPD-Parteivorstand 50
6.2 Landesverbände und Bezirke 51

VORWORT

Kevin Kühnert, SPD-Generalsekretär

Liebe Genossinnen und Genossen,

an einer Gesellschaft des Respekts zu arbeiten, das ist der Handlungsleitfaden für die Sozialdemokratie. Die Gleichstellung der Geschlechter gehört zu diesem Wesenskern der SPD. Das zeigt sich auch darin, dass wir uns als moderne und vielfältige Partei aufgestellt haben und diesen Weg konsequent weitergehen. Der aktuelle Stand der innerparteilichen Gleichstellung ist im vorliegende Gleichstellungsbericht aufbereitet. Es gibt weiter kleine Fortschritte und einzelne Erfolge. Trotzdem sind wir noch nicht so weit, dass wir uns als Partei darauf ausruhen könnten.

Der Frauenanteil unter SPD-Mitgliedern steigt in zu kleinen Schritte weiter an. 0,3% Zuwachs können uns noch nicht zufriedenstellen, sondern sind lediglich Ansporn, mehr Frauen für die aktive Mitarbeit in der SPD zu begeistern. Dazu gehört selbstverständlich auch eine moderne Parteikultur und das Bekenntnis, dass wir in unserer Partei diskriminierungsfrei und getragen von Respekt miteinander arbeiten wollen. Ein Tätigkeitsfeld der kommenden Jahre wird es daher sein, die Awareness- und Vertrauensarbeit in der SPD zu stärken.

Gremien und Vorstände

Parteivorstand und Präsidium sind zu mehr als der Hälfte weiblich besetzt und erfüllen damit ihre besondere Vorbildfunktion. Parität ist für uns keine Worthülse, sondern wird in den Parteigremien der Bundesebene vorgelebt. Das Modell der Doppelspitze beweist weiter, dass die gleichberechtigte Führung in Teams in einer modernen Partei funktioniert. Auf Bezirks- und Landesverbandsebene gibt es mehr Doppelspitzen. Der Frauenanteil in Vorständen dieser Ebene insgesamt entwickelt sich positiv.

Die Einführung der Doppelspitze hat vor Ort oft die Vereinbarkeit von Beruf, Privatleben und Engagement verbessert – für alle Geschlechter. Der leicht gestiegene Anteil weiblicher Vorsitzender auf der Unterbezirks- und Kreisverbandsebene sowie bei den Ortsvereinen lässt vermuten, dass die Doppelspitze auch hier ein Faktor ist. Denn die Gesamtanzahl der Vorsitzenden ist ebenso gestiegen. 33,9% weibliche UB-Vorsitzende beziehungsweise 26,4% weibliche Ortsvereinsvorsitzende liegen jedoch weiterhin klar unter unserem Ziel für echte Gleichstellung in der Breite der Partei. Es gilt daher: Frauen sollen gleichberechtigt

mitgestalten und mitentscheiden. Wir brauchen mehr beteiligungsorientierte Formate auf allen Ebenen.

Fraktionen und Regierungen

Der Frauenanteil der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag ist stabil bei knapp über 40%. Im Vorstand der Fraktion spiegelt sich das wieder. Bei den Sprecher:innen-Funktionen gelingt noch nicht in gleicher Weise. In den Landtagen schwankt der Frauenanteil der SPD-Fraktionen stark, wobei die meisten Fraktionen eine positive Entwicklung haben und mittlerweile mehr Frauen dort die Politik gestalten. Für die Bundesregierung ist der Frauenanteil hoch, die Parität aber knapp nicht erreicht. In den Landesregierungen ist die SPD meist paritätisch oder mit über 40% Frauenanteil aufgestellt.

Frauen auf der kommunalen Ebene sind unverzichtbar, aber unterrepräsentiert. In Ämtern und Mandaten der Kommunen wird weiterhin nicht die gleichberechtigte Teilhabe abgebildet, die wir dort brauchen. Eine gute Nachricht ist, dass es mehr weibliche Fraktionsvorsitzende gibt als vor zwei Jahren. Sie sind Vorbilder und prägen konkret sozialdemokratische Politik in den Kommunen vor Ort. In SPD-Führungspositionen in den Kommunen wie (Ober-)Bürgermeisterinnen oder Landrätinnen sind Frauen jedoch noch die Ausnahme, daran hat sich in den letzten Jahren nur vereinzelt etwas geändert. Es bleibt unsere gemeinsame Aufgabe, hier einen spürbaren Wandel herbeizuführen. Aus vielen Besuchen und Gesprächen mit diesen engagierten Kommunalpolitikerinnen vor Ort weiß ich, dass es geht.

Gleichstellung in Satzung und gelebter Parteiarbeit

Dieser Bericht stellt auch die relevanten Regelungen in unserer Satzung dar, denn sie sind die Grundlage für mehr Sichtbarkeit und mehr Gleichstellung. Geschlechterquote, Reißverschluss und Doppelspitzen haben sich bewährt.

Für die konkrete Parteiarbeit vor Ort ist die geschlechtergerechte Kommunikation ebenso entscheidend. Die Handreichungen und Checklisten stehen weiter im Mitgliederbereich auf kampagne.spd.de zur Verfügung. Sie müssen aber mit Leben erfüllt werden. Als Generalsekretär ist mir wichtig, dass der Parteivorstand hier als Vorbild wirkt. Lebendige Diskussionen gibt es nur, wenn Frauen auf den Podien präsent sind. Das ist

mittlerweile Selbstverständlichkeit und das haben wir bei den Planungen für den Debattenkonvent 2022 erneut gezeigt.

Die Seminarreihe „Frauen an die Macht“ hat sich auf der Bundesebene mit Erfolg als Angebot etabliert, um Frauen in ihrer politischen Laufbahn zu unterstützen und zu vernetzen.

Bei unseren Mailings und unserer Social Media Kommunikation analysieren wir regelmäßig, inwieweit wir Frauen erreichen. Es lohnt sich, hier gezielte Maßnahmen für eine gute und geschlechtergerechte Kommunikation zu testen.

Für mich ist klar: Gleichstellung ist kein Geschenk, sondern eine Frage von Respekt und Solidarität. Wir müssen klar benennen, wo wir Nachholbedarf haben und unsere Ziele nicht erreichen. Dazu gibt es auch diesen Gleichstellungsbericht. Die kleinen und großen Erfolge müssen wir feiern und als Ansporn auf dem Weg zu mehr Gleichstellung nehmen. Mit den vielfältigen Instrumenten und Veränderungen kommen wir echter Gleichstellung jeden Tag näher, haben jedoch noch keinen Grund, selbstzufrieden zu sein. Alle Genoss:innen sind gefordert, sich gemeinsam mit mir und dem Parteivorstand für gleichberechtigte Teilhabe und eine moderne Parteikultur zu engagieren, damit wir alle unsere Potenziale mobilisieren können.

Euer Kevin Kühnert

VORWORT

Maria Noichl & Ulrike Häfner, Bundesvorsitzende SPD FRAUEN in Doppelspitze

Liebe Genossinnen und Genossen,

die **SPD FRAUEN** sind Kämpferinnen für die Gleichstellung in unserer Gesellschaft und innerhalb der Sozialdemokratie. Trotz kleiner und großer Erfolge ist die tatsächliche Gleichstellung in der SPD noch lange nicht erreicht. Unser aller Grundlage muss das gemeinsame Verstehen sein: „Gleichstellung formt eine Gesellschaft, die besser für Männer, Frauen und ALLE ist“.

Dafür ist stetiger Veränderungswille, eine geschlechtergerechte Parteikultur genauso notwendig wie die konsequente Umsetzung der Satzungsregeln und Sanktionen bei Verstößen. Sichtbare Entwicklungen drücken sich in Zahlen und dem durchgängigen Einhalten von Regularien auf allen Parteiebenen aus. 2023 haben uns wir uns nach 50 Jahren als Frauenorganisation der SPD einen neuen Namen gegeben: Die vormalige Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) nennt sich nun einfach und selbstbewusst wer wir sind: die größte deutsche parteipolitische Frauenorganisation: Die **SPD FRAUEN**.

Mitgliederentwicklung

Der Frauenanteil der SPD liegt bei 33,3%. Zwar ein kontinuierlicher Anstieg, aber auf zu geringem Niveau. Für ein Prozent mehr Frauen in der Partei brauchen wir derzeit sechs Jahre. Das ist uns zu lang! In den Landesverbänden und Bezirken liegt der Frauenanteil zwischen 35,9% und 26,8%.

Bundesebene

Parteivorstand und Präsidium halten sich an die Satzungsvorgaben – Frauen machen mehr als 50% der Parteispitze aus. Der Frauenanteil auf den beiden Bundesparteitagen in den letzten zwei Jahren lag bei 47,6% bzw. 48,9% Es kam nur noch einmal vor, dass eine Delegation die Mindestquote von 40% nicht erfüllt hat. Beim Debattenkonvent lag der Frauenanteil bei 49,2%, allerdings mit mehr Delegationen, bei denen die Mindestquote nicht erfüllt wurde.

Durch die Doppelspitzen hat sich der Frauenanteil bei den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften auf Bundesebene erhöht. Momentan haben sieben von elf AGs (auch) eine Frau an der Spitze, fünf davon im Rahmen einer Doppelspitze. In den Arbeitskreisen, Foren, Kommissionen, Gesprächskreisen und Projektgruppen variiert der Frauenanteil stark und spiegelt noch nicht immer unseren Anspruch von Parität.

Landesverbands-, Bezirks-, Unterbezirks- und Ortsvereinsebene

Bereits 45% aller Landesverbände und Bezirke haben aktuell eine weibliche Vorsitzende, oft in Doppelspitze. Die Landes- und Bezirksvorstände erreichen zum größten Teil die Mindestquote von 40%. Eine gute Entwicklung, trotzdem dürfen wir hier nicht nachlässig werden.

Auf der Unterbezirks- und Kreisverbandsebene lassen sich weiterhin Verbesserungen beobachten. Frauen machen mittlerweile 33,9% der Vorsitzenden aus, das ist ein deutlicher Sprung nach vorne. Hier spüren wir auch den Effekt der Doppelspitzen. In den Vorständen liegt der Frauenanteil fast unverändert bei 40,5%.

Auf Ortsvereinsebene kann gibt es langsame, aber trotzdem sichtbare Fortschritte. Ortsvereinsvorsitzende sind in 26,4% der Fälle weiblich. Die Möglichkeit, den Unterbezirk, Kreisverband oder Ortsverein in einer Doppelspitze zu leiten, wird vermehrt wahrgenommen und verändert sowohl den Frauenanteil als auch die Parteikultur.

Fraktionen und Regierungen

Die Bundestagsfraktion hatte zum Start der Legislaturperiode weiter einen stabilen Frauenanteil von 41,1% und erfüllt die Mindestquoten auch im Fraktionsvorstand.

In nur sechs Landtagen machen Frauen 50% der Fraktion aus, in einem Landtag liegt er deutlich unter 20%. Hier gibt es leichte Verbesserungen. Aber es besteht weiter dringender Verbesserungsbedarf, solche Zahlen können für uns nicht mehr akzeptabel sein.

Das paritätisch besetzte Kabinett konnte die Ampelregierung noch nicht auf allen Führungsebenen erfüllen. Hier setzen wir weiter darauf, dass Parität das Ziel der SPD sein muss. In den Landesregierungen, an denen die SPD beteiligt ist, wird oft ein hoher Frauenanteil oder Parität erreicht. Doch auch hier ergibt sich ein gemischtes Bild.

Kommunale Ebene

Auf kommunaler Ebene geht der Frauenanteil bei den Mandatsträger:innen leicht nach oben. Insgesamt sind Frauen aber weiterhin zu wenig in kommunalen Mandaten. Auch das Oberbürgermeister:innenamt liegt weiter viel zu selten in der Hand einer Sozialdemokratin, der Anteil liegt bei 10,9%. Kaum Veränderung zu 2021. Sozialdemokratinnen in kommunalen Spitzenpositionen großer Städte oder in Landkreisen passen in einen kleinen Sitzungsraum. Es sind nämlich nur 20 Frauen. Besonders auf dieser Ebene brauchen wir dringend gezielte Ansprachen, Vernetzungsangebote und eine bessere Einbindung in die Parteiarbeit und Kommunalpolitik. Damit wir bald Säle mit Kommunalpolitikerinnen in Spitzenpositionen füllen können.

Gleichstellungspolitische Regelungen und Maßnahmen

Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen ist auch 2023 nicht überall erreicht in der SPD. Die konsequente Umsetzung der Satzungsregelungen ist die Voraussetzung für mehr Frauen in erster Reihe und Gleichstellung muss immer wieder zum Thema gemacht werden. Frauen sollten in ihren Entwicklungswünschen in der Partei gefördert, Sitzungskultur verbessert werden und Sexismus muss konsequent bekämpft werden. Geschlechtergerechte Kommunikation muss selbstverständlich sein.

Fazit

Der vorgelegte Gleichstellungsbericht beschreibt die positive Entwicklung einer emanzipatorischen Fortschrittsidee und deren Ausdruck in Zahlen. Unsere Erfolge lassen sich messen. Veränderungen werden damit greifbarer und die Entwicklungsherausforderungen auf dem Weg zur wirklichen Parität sind einmal mehr sichtbar. Jede Zahlenreihe spricht für sich und zwischen jeder Zeile steht: Es geht nur voran mit *Feministischer Politik für Dich*!

Eure Ulrike Häfner & Maria Noichl
Bundesvorsitzende SPD FRAUEN

1. GLEICHSTELLUNGSPOLITISCHE REGELUNGEN UND MAßNAHMEN

1.1 Gleichstellungspolitische Regelungen in Satzung und Richtlinien

In der Satzung: Quotierung

Im Organisationsstatut der SPD finden sich viele Regelungen, die auf dem Weg zu mehr Gleichstellung helfen. Bereits seit 1988 gibt es die Geschlechterquote, die sich heute in §11 des Organisationsstatutes wiederspiegelt und dort verbindlich festgelegt ist:

> *§11 (2) „In den Funktionen und Mandaten der Partei müssen nach Maßgabe dieses Statuts und der Wahlordnung Frauen und Männer mindestens zu je 40 % vertreten sein. Die Pflicht richtet sich an das wählende oder entsendende Gremium. Die Quotierung bezieht sich insbesondere auf Mehrpersonengremien wie Vorstände, geschäftsführende Vorstände, von Vorständen eingesetzte Gremien und Delegationen."*

In der Wahlordnung ist dies als Auftrag für Vorstände nochmal gesondert betont bei den allgemeinen Grundsätzen. Dort ist **das Ziel 50:50** bereits angelegt:

> *§3 (5) „Wahlvorschläge müssen die satzungsmäßigen Voraussetzungen erfüllen. Die Personalvorschläge der Vorstände müssen Frauen und Männer mindestens zu je 40 % berücksichtigen, sie sollen Frauen und Männer zu je 50 % berücksichtigen"*

In der Satzung: Reißverschlussverfahren

Für die Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten auf den Landeslisten zur Bundestagswahl gilt seit 2011 das sogenannte „Reißverschlussverfahren“. Dieses Verfahren stellt in der Wahlordnung sicher, dass Frauen und Männer immer abwechselnd auf der jeweiligen Liste vertreten sind, also 50:50. Vorher galt über die sogenannte „5er-Päckchen-Regelung“ die Mindestquote von 40 %.

> *§4 (2) „Für die Wahl zum Deutschen Bundestag wird die angemessene Vertretung von Frauen und Männern durch die Aufstellung der Landeslisten gesichert. Die Aufstellung der Landeslisten erfolgt alternierend; eine Frau, ein Mann, beginnend mit dem Spitzenkandidaten oder der Spitzenkandidatin.“*

Dieses Prinzip des Reißverschlusses gilt auch für alle anderen Listenaufstellungen zu Landtagswahlen oder kommunalen Wahlen, falls in der Satzung vor Ort keine andere Regelung getroffen ist, die die Mindestquote von 40 % gewährleistet.

Auch für die Bundesliste zur Europawahl gilt das Reißverschlussverfahren.

> *§4 (3) „Die Aufstellung der gemeinsamen Liste aller Bundesländer (Bundesliste) zur Europawahl oder die Aufstellung von Landeslisten zur Europawahl erfolgt alternierend; eine Frau, ein Mann, beginnend mit dem Spitzenkandidaten oder der Spitzenkandidatin.“*

In der Satzung: Gleichberechtigte Vorsitzende in der Doppelspitze

Der Bundesparteitag 2019 hat durch Satzungsänderung den Weg frei gemacht gleichberechtigte Vorsitzende, eine so genannte Doppelspitze, auf der Bundesebene und auf allen Gliederungsebenen.

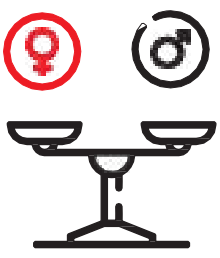
Im Organisationsstatut ist die Doppelspitze wie folgt verankert:

> *§ 23 (1) „Die Leitung der Partei obliegt dem Parteivorstand. Er besteht aus:*
>
> *a) dem oder der Vorsitzenden oder zwei gleichberechtigten Vorsitzenden, davon eine Frau,*
>
> *(...)*
>
> *f) einer vom Parteitag festzusetzenden Zahl weiterer Mitglieder. Der Parteitag beschließt mit einfacher Mehrheit, ob ein Vorsitzender oder eine Vorsitzende oder aber zwei gleichberechtigte Vorsitzende, davon eine Frau, gewählt werden sollen. Die Regelungen des Organisationsstatuts, der Wahl-, Schieds- und Finanzordnung, die den bzw. die Vorsitzende/n betreffen, gelten für die beiden Vorsitzenden entsprechend.“*

> *§11 (2) „(...) Die Satzungen der Gliederungen können zulassen, dass dem Vorstand zwei gleichberechtigte Vorsitzende, davon eine Frau, angehören.*

Die Forderung nach einer Doppelspitze begleitet die SPD schon seit einigen Jahren. Durch das Modellprojekt zur Doppelspitze für Ortsvereine ist sie bereits seit 2017 Realität für viele Ortsvereine bundesweit und verändert somit bereits ganz konkret Parteikultur vor Ort. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie mit dem ehrenamtlichen Engagement in der SPD wird damit für alle Geschlechter verbessert. Die Verankerung in der Satzung war 2019 also der nächste Schritt und hat sich bewährt.

Die Gliederungen konnten seitdem entsprechend des Organisationsstatutes auf Bundesebene ihre jeweiligen Satzungen anpassen, um ebenfalls die Wahl von Doppelspitzen zu ermöglichen. Das haben bereits viele Gliederungen umgesetzt.



1.2 Beteiligung und Digitales

Mailings und Social Media

Die Notwendigkeit und der Nutzen digitaler Kommunikation in der Parteiarbeit haben während der Corona-Pandemie ein neues Ausmaß erreicht. Doch auch unter veränderten Bedingungen bleiben digitale Räume ein Teil unseres Alltags und müssen gleichstellungspolitisch mitgedacht werden. Ein Einblick zu Gleichstellung bei Mailings und Social Media ist an dieser Stelle wichtig. Die Zahlen beruhen auf aggregierten Auswertungen und sind nicht individualisierbar.

Mailings

Im Jahr 2023 (Stichtag 27.07.) liegt die Öffnungsrate von Mailings bei weiblichen Adressatinnen rund 3 % niedriger. Die unique Klickrate bei Frauen ist rund 1 % schlechter und damit nicht mehr gleichauf, wie in den Vorjahren zuvor der Fall. Bei den am meisten geklickten Mailings über alle Personen – unabhängig vom Geschlecht - beträgt der Unterschied nur noch 0,5%. Der Frauenanteil auf dem Mailingkanal liegt bei mindestens 26 % (freiwillige Angabe bei Nicht-Mitgliedern).

Social Media

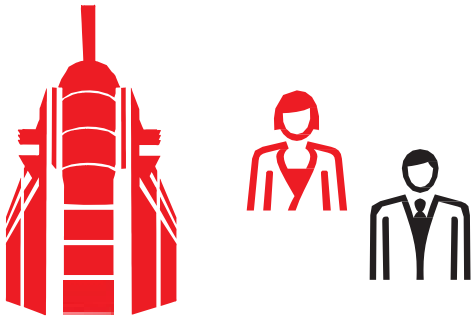
Der Anteil der weiblichen Fans liegt auf Facebook bei rund 29,5% (2019: 27,8%). Bei Instagram gestaltet sich das Geschlechterverhältnis der Follower*innenschaft ähnlich wie bei Facebook (29,4% der Follower*innen sind weiblich).

Meta schätzt den Anteil von Frauen in einer durch Werbeanzeigen für uns potenziell erreichbaren Zielgruppe auf 71,6% (basierend unter anderem auf der bisherigen Targeting-Auswahl, den Anzeigenplatzierungen und darauf, wie vielen Konten in den letzten 30 Tagen Werbeanzeigen in Meta-Apps und -Services gezeigt wurden). Folglich sind gezielte digitale Kampagnen nicht nur sinnvoll, um Bürger:innen allgemein zu erreichen, sondern auch aus gleichstellungspolitischer Perspektive nützlich.

Darüber hinaus zeigt die kontinuierliche Analyse des Contents auf den digitalen Plattformen, dass es ja nach Thema durchaus zu einer Variation des Frauenanteil kommen an. Nicht jedes Posting hat automatisch einen Frauen-Anteil von rund 30%. Beispielsweise wurde mit einem Posting zu Karls Hitzeschutzplan ein Frauen-Anteil von 45% erreicht (also rund 15% mehr Frauen als der Anteil unter den Follower:innen). Beim Monitoring des Community Managements fiel durchaus auf, wie dieses Thema je nach Geschlecht unterschiedlich bewertet wurde. Männlich gelesene Accounts werteten den Vorschlag eher ab und belächelten diesen („Höhö, und was machen dann Dachdecker?“), weiblich gelesene Accounts neigten eher einem Lob zu („Finde es gut, wenn insbesondere vulnarable Gruppen wie Alte, Schwangere und Kinder geschützt werden“). Hier gab es eine lebhafte Debatte in der Kommentarspalte. Wenn explizit mehr Frauen angesprochen werden sollen, kommt es also darauf an, um welche Inhalte es geht, wie diese geframed werden und ob die weibliche Perspektive darauf explizit mitgedacht und kommunikativ unterstützt wird. Im Vergleich dazu hatte ein Posting zum Heizungsgesetz einen Frauen-Anteil von 28,7% (also rund 2% weniger Frauen als der Anteil unter den Follwer:innen).

Soziale Medien und Mailings erreichen also auch 2023 immer noch mehr Männer als Frauen. Die Ansprache von Frauen in digitalen Räumen bleibt eine Herausforderung. In den sozialen Medien kann die Verbreitung von Inhalten über gezielte Kampagnen dabei helfen, Frauen zu erreichen.

Die SPD Parteischule



Die „SPD Parteischule“ offeriert aus dem Willy-Brandt-Haus heraus bundesweite Bildungsprogramme rund um das politische Handwerk für Aktive, Parteiangestellte und Berufspolitiker:innen. Die Parteischule berät in allen Fragen der Bildungs- und Personalarbeit.

Frauen fragen, bezogen auf den Frauenanteil in der Partei, überproportional die Angebote der SPD Parteischule nach. Das ist konzeptionell gewollt und politisch erwünscht.

Die Nachfrage schlüsselt sich wie folgt auf:

- **SPD OnSeminare**. Die digitalen SPD OnSeminare fanden vom 29. März 2022 bis zum Ende des 3. Quartals 2023 (30.09.2023) 4.648-mal Interesse bei den Aktiven. 1.863 Frauen (40 Prozent) und 2.785 Männer (60 Prozent) meldeten sich an.
- **SPD/SGK Kommunalakademie**. Die vier Kurse in den Jahren 2022/23 besuchten 108 Frauen (44 Prozent) und 139 Männer (56 Prozent).
- **Frauen an die Macht!** Von den vier Lehrgängen in den Jahren 2022/23 profitierten 80 Frauen.
- **Betriebliche Weiterbildung für Hauptamtliche Innovation, Personalentwicklung, Qualifizierung (IPQ):** Zu den 19 digitalen **IPQ-OnSeminaren** für die SPD-Beschäftigten im Jahr 2022 meldeten sich 458-mal Frauen (65 Prozent) und 247-mal Männer (35 Prozent) sowie einmal eine diverse Person an. Im Jahr 2022 nahmen am 9. Lehrgang der betrieblichen Weiterbildung **„IPQ-Politikmanagement für neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“** 15 Kolleginnen und 16 Kollegen teil.
- **SPD Führungsakademie.** In den Jahren 2022/23 lernten in der SPD Führungsakademie über 200 Persönlichkeiten hinzu: 95 Frauen (47 Prozent) und 107 Männer (53 Prozent).

2. DIE SPD AUF BUNDESEBENE

2.1 Mitgliederentwicklung[1]

Jahr	Mitglieder gesamt	davon Frauen	in %
1988	911.916	240.325	26,4
1990	919.129	250.906	27,3
1995	817.650	230.952	28,3
2000	734.667	215.633	29,4
2005	590.485	179.530	30,4
2010	502.062	156.948	31,3
2015	442.814	141.920	32,1
2016	432.706	139.528	32,3
2017	443.152	143.878	32,5
31.12.2018	437.754	142.693	32,6
31.12.2020	404.305	133.516	33,0
31.12.2022	379.859	126493	33,3

[1] Quelle: MAVIS

33,3%

Frauenanteil der SPD-Mitglieder im Jahr 2022

2.2 Parteivorstand und Präsidium

Parteivorstand

Der Parteivorstand wurde auf dem ordentlichen Bundesparteitag im Dezember 2021 gewählt. Von 34 gewählten Mitgliedern waren 18 Frauen. Das entspricht einem Frauenanteil von 52,9%.

Präsidium

Der Parteivorstand wählte aus seiner Mitte ein Präsidium. Dieses bestand aus Vorsitz, fünf Stellvertreter:innen, Schatzmeister:in, Generalsekretär:in, Europabeauftragte:r und drei Beisitzer:innen. Im Dezember 2021 waren von 13 Mitgliedern im Präsidium 7 Frauen. Das entspricht einem Frauenanteil von 53,8%.

2.3 Weibliche Delegierte auf Bundesparteitag und Debattenkonvent

2.3.1 Außerordentlicher Bundesparteitag 04. Dezember 2021

Landesverband/Bezirk	Anzahl mögliche Delegierte	Anwesende Delegierte/ davon Frauen	in %
Baden-Württemberg	48	48 / 22	45,8
Bayern	78	76 / 35	46,1
Berlin	29	29 / 16	55,2
Brandenburg	10	10 / 5	50
Braunschweig	14	14 / 7	50
Bremen	7	7 / 4	57,1
Hamburg	17	16 / 8	50
Hannover	36	34 / 20	58,8
Hessen-Nord	24	24 / 10	41,67
Hessen-Süd	45	44 / 20	45,5
Mecklenburg-Vorpommern	6	6 / 3	50
Nord-Niedersachsen	9	9 / 5	55,6
Nordrhein-Westfalen	138	135 / 62	45,9
Rheinland-Pfalz	47	43 / 20	46,5
Saar	23	23 / 12	52,2
Sachsen	9	9 / 4	44,4
Sachsen-Anhalt	7	6 / 2	33,3
Schleswig-Holstein	24	23 / 11	47,8
Thüringen	7	7 / 3	42,9
Weser-Ems	22	22 / 9	40,9
Parteivorstand	34	33 / 16	48,5
Gesamt	634	618 / 294	47,57

2.3.2 Ordentlicher Bundesparteitag 11. Dezember 2021

Landesverband/Bezirk	Anzahl mögliche Delegierte	Anwesende Delegierte/ davon Frauen	in %
Baden-Württemberg	48	46 / 22	47,8
Bayern	78	78 / 39	50
Berlin	29	29 / 15	51,7
Brandenburg	10	10 / 5	50
Braunschweig	14	14 / 9	64,3
Bremen	7	7 / 3	42,9
Hamburg	17	17 / 7	41,2
Hannover	36	36 / 20	55,6
Hessen-Nord	24	24 / 12	50
Hessen-Süd	45	45 / 20	44,4
Mecklenburg-Vorpommern	6	6 / 3	50
Nord-Niedersachsen	9	9 / 6	66,7
Nordrhein-Westfalen	138	137 / 63	46
Rheinland-Pfalz	47	46 / 22	47,8
Saar	23	23 / 11	47,8
Sachsen	9	9 / 4	44,4
Sachsen-Anhalt	7	7 / 3	42,9
Schleswig-Holstein	24	24 / 12	50
Thüringen	7	7 / 3	42,9
Weser-Ems	22	22 / 11	50
Parteivorstand	34	32 / 17	53,1
Gesamt	634	628 / 307	48,9

2.3.3 Debattenkonvent 5.bis 6. November 2022

Landesverband/Bezirk	Anzahl mögliche Delegierte	Anwesende Delegierte/ davon Frauen	in %
Baden-Württemberg	12	8 / 5	62,5
Bayern	19	18 / 10	55,6
Berlin	7	7 / 3	42,9
Brandenburg	3	3 / 2	66,67
Braunschweig	4	3 / 1	33,3
Bremen	2	2 / 0	0
Hamburg	4	3 / 1	33,3
Hannover	9	7 / 3	42,9
Hessen-Nord	6	6 / 2	33,3
Hessen-Süd	11	11 / 5	45,5
Mecklenburg-Vorpommern	2	2 / 1	50
Nord-Niedersachsen	3	3 / 2	66,7
Nordrhein-Westfalen	33	28 / 12	42,9
Rheinland-Pfalz	11	11 / 7	63,6
Saar	6	4 / 2	50
Sachsen	2	2 / 1	50
Sachsen-Anhalt	2	2 / 1	50
Schleswig-Holstein	6	6 / 4	66,7
Thüringen	2	2 / 2	100
Weser-Ems	6	4 / 1	25
Gesamt	150	132 / 65	49,2

2.4 Gremien und Arbeitsgemeinschaften

2.4.1 Bundesvorstände der Arbeitsgemeinschaften[2]

Name der Arbeitsgemeinschaft	Vorsitzende gesamt / davon Frauen	Weitere Gremienmitglieder gesamt/ davon Frauen	in %
Jusos[3]	1 / 1	16 / 8	52,9
Juso-Hochschulgruppen	7 / 5	0 / 0	71,4
SPD FRAUEN	2 / 2	15 / 15	100
AG SPD 60 plus	1 / 0	9 / 5	50
AfA	1 / 1	20 / 9	47,6
AfB	1 / 0	6 / 3	42,9
AGS	1 / 0	11 / 5	41,7
ASG	1 / 0	11 / 5	41,7
ASJ	2 / 1	10 / 4	41,7
AG Migration und Vielfalt	2 / 1	10 / 6	58,3
AG Selbst Aktiv	2 / 1	10 / 5	50
SPDqueer	2 / 1	9 / 3	36,4

[2] Stand September 2023
[3] Gesamtgremium inklusive BGFin und Kooptierung

2.4.2 Gremien auf Bundesebene[4]

Art des Gremiums	Name des Gremiums	Vorsitzende gesamt / davon Frauen	Weitere Mitglieder gesamt/ davon Frauen	in %
Arbeitskreis	AK Christinnen und Christen in der SPD	2 / 2	6 / 3	62,5
Arbeitskreis	AK Jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten	1 / 0	5 / 2	33,3
Arbeitskreis	AK Säkularität und Humanismus	2 / 2	9 / 4	54,5
Arbeitskreis	AK ehemals verfolgter und inhaftierter Sozialdemokraten	1 / 0	3 / 1	25
Beirat	Beirat der Parteischule	1 / 0	17 / 7	38,9
Beirat	Mitgliederbeirat[5]	0 / 0	19 / 9	47,4
Beirat	Wirtschaftspolitischer Beirat[6]	1 / 0	23 / 10	26,3
Forum	Forum Eine Welt und Gesprächskreis Menschenrechte	2 / 2	272 / 118	43,8
Forum	Forum Kinder und Familie	2 / 2	14 / 9	68,8
Forum	Geschichtsforum der SPD	2 / 1	0 / 0	50
Forum	Forum Ostdeutschland der Sozialdemokratie e.V.[7]	1 / 0	10 / 4	36,4
Kommission	Bundesschiedskommission[8]	1 / 0	6 / 4	57,1
Kommission	Europapolitische Kommission[9]	1 / 1	0 / 0	100
Kommission	Kommission Internationale Politik	1 / 0	19 / 6	30

[4] Stand September 2023
[5] Ein weibliches Mitglied ist Anfang 2023 aus ausgetreten- der Platz wurde nicht nachbesetzt.
[6] Die stellvertretende Vorsitzende ist eine Frau.
[7] Das Forum Ostdeutschland der Sozialdemokratie ist ein eigenständiger e. V. Die Mitgliederzahl beträgt derzeit ca. 90. Die Geschäftsführung ist weiblich.
[8] Beide stellvertretenden Vorsitzenden sind weiblich.
[9] Anzahl weiterer Mitglieder variiert.

Kommission	Digital hub SPD - Raum für Digitalität[10]	1 / 1	18 / 5	31,6
Kommission	Kontrollkommission	1 / 1	8 / 3	44,4
Kommission	Bildung in der Transformation[11]	1 / 1	15 / 3	33,3
Kommission	Medienkommission	2 / 1	8 / 3	40,0
Kommission	Grundwertekommission beim SPD Parteivorstand	1 / 1	2 / 0	33,3
Kommission	Organisationspolitische Kommission[12]	1 / 0	39 / 13	32,5

[10] Inklusive der Parteivorsitzenden.
[11] Ohne Arbeitsebene.
[12] Eine weibliches Mitglied Ende 2022 zurückgetreten – der Platzwurde nicht nachbesetzt.

3. SPD AUF LANDESVERBANDS-, BEZIRKS-, UNTERBEZIRKS-, UND ORTSVEREINSEBENE

3.1 Mitgliederentwicklung in den Landesverbänden und Bezirken

Landesverband/Bezirk	Mitglieder gesamt	davon Frauen	in %
Baden-Württemberg	31.802	10.736	33,8
Bayern	50.816	17.252	33,9
Berlin	18.824	6.548	34,8
Brandenburg	5.936	1.847	31,1
Braunschweig	8.367	2.636	31,5
Bremen	3.720	1.307	35,1
Hamburg	10.310	3.506	34
Hannover	23.093	7.545	32,7
Hessen-Nord	14.537	4.326	29,8
Hessen-Süd	28.809	9.349	32,5
Mecklenburg-Vorpommern	2.927	956	32,7
Nord-Niedersachsen	5.042	1.683	33,4
Nordrhein-Westfalen	91.023	31.159	34,2
Rheinland-Pfalz	30.020	9.707	32,3
Saar	14.437	4.961	34,4
Sachsen	4.552	1.218	26,8
Sachsen-Anhalt	3.265	902	27,6
Schleswig-Holstein	15.148	5.442	35,9
Thüringen	3.561	1.028	28,9
Weser-Ems	13.670	4.385	32,1
Gesamt	**379.859**	**126.496**	**33,3**

Quelle: MAVIS, Stand 31.12.2022

3.2 Vorsitzende und Vorstände

3.2.1 Vorsitzende und Vorstände der Landesverbände und Bezirke[13]

Landesverband/Bezirk	Weibliche Landes-/ Bezirksvorsitzende	Stellv. Vorsitzende gesamt/ davon Frauen
Baden-Württemberg	nein	4 / 3
Bayern	ja*	2 / 1
Berlin	ja*	4 / 3
Brandenburg	nein	2 / 2
Braunschweig	nein	4 / 2
Bremen	nein	2 / 1
Hamburg	ja*	3 / 1
Hannover	nein	3 / 2
Hessen-Nord	nein	2 / 1
Hessen-Süd	nein	2 / 2
Mecklenburg-Vorpommern	ja	5 / 2
Nord-Niedersachsen	nein	5 / 2
Nordrhein-Westfalen	ja*	5 / 3
Rheinland-Pfalz	nein	3 / 1
Saar	ja	4 / 2
Sachsen	ja*	2 / 1
Sachsen-Anhalt	ja*	2 / 1
Schleswig-Holstein	ja	2 / 1
Thüringen	nein	4 / 3
Weser-Ems	nein	3 / 2
Gesamt	45%	63 / 36

[13] Quelle: MAVIS, Stand 18.09.2023
* als Teil einer Doppelspitze

Landesverband/Bezirk	Landes-/ Bezirksvorstände gesamt/ davon Frauen	in %
Baden-Württemberg	26 / 14	53,8
Bayern	28 / 15	53,6
Berlin	19 / 11	57,9
Brandenburg	13 / 7	53,8
Braunschweig	21 / 10	47,6
Bremen	17 / 7	41,2
Hamburg	22 / 14	63,6
Hannover	30 /17	56,7
Hessen-Nord	19 / 9	47,4
Hessen-Süd	20 / 9	45
Mecklenburg-Vorpommern	18 /8	44,4
Nord-Niedersachsen	25 / 11	44
Nordrhein-Westfalen	38 / 18	47,4
Rheinland-Pfalz	22 / 12	54,5
Saar	22 / 11	50
Sachsen	22 / 10	45,5
Sachsen-Anhalt	17 / 8	47,1
Schleswig-Holstein	11 / 5	45,5
Thüringen	24 / 11	45,8
Weser-Ems	35 / 13	37,1
Gesamt	**449 / 220**	**49**

3.2.2 Vorsitzende und Vorstände der Landesverbände und Bezirke, die nicht den Status von Bezirken haben

Landesverband	Weibliche Landesvorsitzende	Stellv. Vorsitzende gesamt/ davon Frauen
Landesverband Hessen	ja	3 / 1
Landesverband Niedersachsen	nein	5 / 2
Gesamt	50%	8 / 4

Landesverband	Landesvorstände gesamt/ davon Frauen	in %
Landesverband Hessen	19 / 9	47,4
Landesverband Niedersachsen	25 / 14	56
Gesamt	44 / 23	52,3

45,0%

Anteil der Landesverbände und Bezirke mit **weiblicher Vorsitzender**

3.2.3 Vorsitzende und Vorstände der Unterbezirke und Kreisverbände

Landesverband/Bezirk	Vorsitzende der Unterbezirke/Kreisverbände gesamt/ davon Frauen	in %
Baden-Württemberg	50 / 19	38
Bayern	70 / 23	32,9
Berlin	21 / 9	42,9
Brandenburg	21 / 5	23,8
Braunschweig	8 / 2	25
Bremen	4 / 1	25
Hamburg	9 / 3	33,3
Hannover	16 / 9	56,2
Hessen-Nord	11 / 4	36,4
Hessen-Süd	20 / 5	25
Mecklenburg-Vorpommern	10 / 3	30
Nord-Niedersachsen	9 / 4	44,4
Nordrhein-Westfalen	65 / 18	27,7
Rheinland-Pfalz	32 / 10	31,2
Saar	8 / 2	25
Sachsen	20 / 9	45
Sachsen-Anhalt	14 / 1	7,1
Schleswig-Holstein	19 / 9	47,4
Thüringen	22 / 7	31,8
Weser-Ems	20 / 9	45
Gesamt	**449 / 152**	**33,9**

Landesverband/Bezirk	Vorstände der Unterbezirke/Kreisverbände gesamt/[14] davon Frauen	in %
Baden-Württemberg	526 / 200	38
Bayern	1020 / 395	38,7
Berlin	233 / 123	52,8
Brandenburg	203 / 84	41,4
Braunschweig	117 / 52	44,4
Bremen	33 / 15	45,5
Hamburg	164 / 73	44,5
Hannover	223 / 98	43,9
Hessen-Nord	130 / 50	38,5
Hessen-Süd	345 / 147	42,6
Mecklenburg-Vorpommern	100 / 41	41
Nord-Niedersachsen	82 / 35	42,7
Nordrhein-Westfalen	970 / 400	41,2
Rheinland-Pfalz	473 / 179	37,8
Saar	177 / 73	41,2
Sachsen	135 / 53	39,3
Sachsen-Anhalt	141 / 47	33,3
Schleswig-Holstein	171 / 67	39,2
Thüringen	207 / 77	37,2
Weser-Ems	284 / 118	41,5
Gesamt	5734 / 2327	40,5

[14] Vorstand = Vorsitz, stellv. Vorsitzende:r, Kassierer:in, Schriftführer:in, stellv. Schriftführer:in, Beisitzer:innen

3.2.4 Vorsitzende und Vorstände der Ortsvereine

Landesverband/Bezirk	Vorsitzende der Ortsvereine gesamt/ davon Frauen	in %
Baden-Württemberg	677 / 192	28,4
Bayern	1401 / 380	27,1
Berlin	170 / 68	40
Brandenburg	159 / 40	25,2
Braunschweig	113 / 24	21,2
Bremen	27 / 8	29,6
Hamburg	106 / 43	40,6
Hannover	217 / 64	29,5
Hessen-Nord	304 / 56	18,4
Hessen-Süd	432 / 129	29,9
Mecklenburg-Vorpommern	76 / 21	27,6
Nord-Niedersachsen	56 / 14	25
Nordrhein-Westfalen	1017 / 266	26,2
Rheinland-Pfalz	773 / 171	22,1
Saar	290 / 57	19,7
Sachsen	114 / 36	31,6
Sachsen-Anhalt	113 / 25	22,1
Schleswig-Holstein	405 / 123	30,4
Thüringen	97 / 21	21,6
Weser-Ems	233 / 54	23,2
Gesamt	**6780 / 1792**	**26,4**

Landesverband/Bezirk	Vorstände der Ortsvereine gesamt/[15] davon Frauen	in %
Baden-Württemberg	4.294 / 1.514	35,3
Bayern	9.455 / 3.185	33,7
Berlin	1.319 / 555	42,1
Brandenburg	854 / 270	31,6
Braunschweig	810 / 244	30,1
Bremen	238 / 88	37
Hamburg	843 / 365	43,3
Hannover	1.767 / 610	34,5
Hessen-Nord	1.976 / 542	27,4
Hessen-Süd	3.783 / 1.219	32,2
Mecklenburg-Vorpommern	354 / 128	36,2
Nord-Niedersachsen	431 / 142	32,9
Nordrhein-Westfalen	8.583 / 2.889	33,7
Rheinland-Pfalz	5.222 / 1.581	30,3
Saar	2.605 / 845	32,4
Sachsen	510 / 155	30,4
Sachsen-Anhalt	510 / 139	27,3
Schleswig-Holstein	2.067 / 686	33,2
Thüringen	482 / 153	31,7
Weser-Ems	1.670 / 501	30
Gesamt	47.773 / 15.811	33,1

[15] Vorstand = Vorsitz, stellv. Vorsitzende:r, Kassierer:in, Schriftführer:in, stellv. Schriftführer:in, Beisitzer:innen

33,9%

Frauenanteil Vorsitzende der Unterbezirke und Kreisverbände

Entwicklung zu 2021: **+ 2,2%**

26,4%

Frauenanteil Vorsitzende der Ortsvereine

Entwicklung zu 2021: **+ 2,7%**

3.3 Doppelspitzen

Seit dem Bundesparteitag 2019 sind Doppelspitzen auf allen Gliederungsebenen möglich. Diese Möglichkeit haben viele Ortsvereine, Kreisverbände und Unterbezirke genutzt und auch auf Ebene der Landesverbände gibt es bereits sechs Doppelspitzen.

	Paritätisch besetzte Doppelspitzen	
Landesverband/Bezirk	Auf Unterbezirks-/ Kreisverbandsebene	Auf Ortsvereinsebene
Baden-Württemberg	28,2 %	11,2 %
Bayern	12,9 %	7,3 %
Berlin	75 %	50,4 %
Brandenburg	16,7 %	7,4 %
Braunschweig	0 %	3,7 %
Bremen	33,3 %	3,8 %
Hamburg	28,6 %	47,2 %
Hannover	23,1 %	9 %
Hessen-Nord	37,5 %	7 %
Hessen-Süd	11,1 %	12,8 %
Mecklenburg-Vorpommern	42,9 %	2,7 %
Nord-Niedersachsen	50 %	16,7 %
Nordrhein-Westfalen	20,4 %	11,4 %
Rheinland-Pfalz	23,1 %	6,6 %
Saar	14,3 %	2,8 %
Sachsen	53,8 %	17,5
Sachsen-Anhalt	0 %	6,6 %
Schleswig-Holstein	26,7 %	8,9 %
Thüringen	4,8 %	1 %
Weser-Ems	17,6 %	8,9 %
Gesamt	18 %	8,9 %

4. PARLAMENTE, FRAKTIONEN UND REGIERUNGEN

4.1 Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament

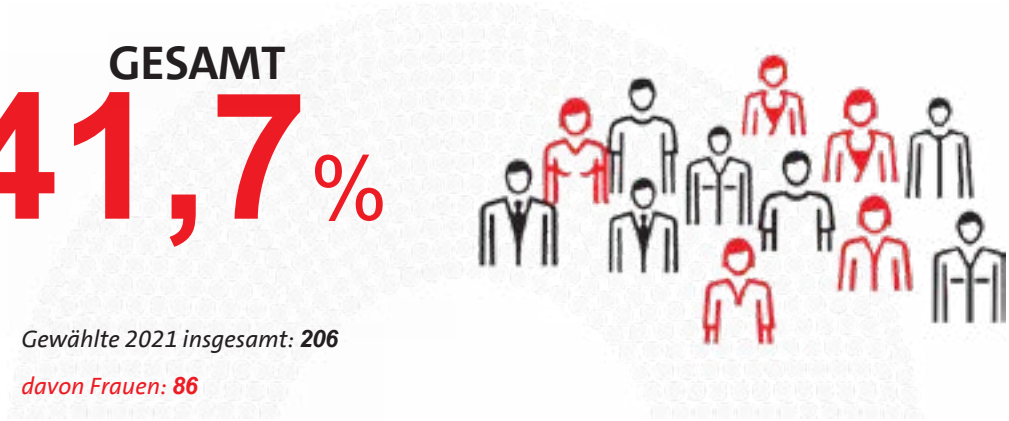
Jahr	Weibliche SPD-Europaabgeordnete absolut	in %
1984	8	25
1989	12	38,7
1994	17	42,5
1999	14	42,4
2004	9	39,1
2009	10	43,5
2014	10	43,5
2019	8	50
2023	6	**37,5**

4.2 SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

4.2.1 Weibliche Abgeordnete in der SPD-Bundestagsfraktion seit 1949

Jahr	Weibliche Abgeordnete zu Beginn der Legislaturperiode	in %	Weibliche Abgeordnete zu Ende der Legislaturperiode	in %
1949	13	9,5	16	11,5
1953	21	12,9	22	13,4
1957	22	12,2	22	12,2
1961	21	10,3	23	11,1
1965	19	8,7	19	8,7
1969	18	5,9	17	7,3
1972	13	5,4	15	6,2
1976	15	8,5	17	9,4
1980	19	8,3	20	8,9
1983	21	10,4	23	11,4
1987	31	16,1	38	16,8
1990	65	27,2	65	27,2
1994	86	34,1	88	35,1
1998	105	35,2	108	36,9
2002	95	37,8	98	39,5
2005	80	36,0	83	37,6
2009	56	38,4	59	40,4
2013	81	42,0	86	44,6
2017[16]	64	41,8	67	44,1
2021	86	41,7		

[16] 153 Abgeordnete zu Beginn der Legislaturperiode, am Ende der Legislaturperiode 152



4.2.2 Frauen im Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion[17]

Funktion	Anzahl gesamt/ davon Frauen	in %
Vorsitz	1 / 0	0
Stellv. Vorsitzende	8 / 3	37,5
Parlamentarische Geschäftsführer:innen	5 / 4	80
Erweiterter Vorstand	37 / 13	35,1

[17] Stand Oktober 2023

4.2.3 Zusammensetzung der Arbeitsgruppen der SPD-Bundestagsfraktion[18]

Arbeitsgruppe	Weibliche Sprecherin?	Stellv. Sprecher:innen/ davon Frauen	Weitere Mitglieder/ davon Frauen
Angelegenheiten der Europäischen Union	nein	2 / 1	7 / 2
Arbeit und Soziales	nein	2 / 2	11 / 3
Außenpolitik	nein	2 / 2	10 / 1
Bildung und Forschung	nein	2 / 1	8 / 6
Digitales	nein	2 / 1	7 / 1
Ernährung und Landwirtschaft	ja	2 / 2	7 / 6
Familie, Senioren, Frauen und Jugend	ja	2 / 1	8 / 6
Finanzen	nein	2 / 1	10 / 3
Gesundheit	ja	2 / 0	9 / 6
Haushalt	nein	2 / 1	10 / 5
Inneres	nein	2 / 2	10 / 3
Klimaschutz und Energie	ja	2 / 0	7 / 2
Kultur und Medien	nein	2 / 1	3 / 2
Menschenrechte und humanitäre Hilfe	nein	1 / 1	4 / 2
Petitionen	nein	2 / 1	6 / 1
Recht	ja	2 / 1	8 / 3
Sicherheits- und Verteidigungspolitik	nein	2 / 1	8 / 1
Sport	ja	2 / 1	3 / 1
Tourismus	nein	1 / 1	4 / 3
Umwelt. Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz	nein	2 / 2	8 / 2
Verkehr	ja	2 / 0	7 / 2
Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung	nein	1 / 1	3 / 1
Wirtschaft	nein	2 / 1	7 / 2
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	ja	1 / 1	5 / 2
Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen	nein	2 / 1	7 / 4

[18] Stand Oktober 2023

4.2.3.1 Weitere Arbeitsgruppen[19]

Arbeitsgruppe	Weibliche Sprecherin?	Stellv. Sprecher:innen/ davon Frauen	Weitere Mitglieder/ davon Frauen
1. Untersuchungsausschuss (Afghanistan)	nein	_	2 / 1
Bürgerschaftliches Engagement	nein	1 / 1	2 / 1
Demokratie	nein	2 / 1	_
Enquete Kommission „Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands“	ja	_	2 / 0
Globale Gesundheit	ja	_	_
Kommunalpolitik	nein	5 / 4	_
Migration und Integration	ja	2 / 1	36 / 18
Parl. Beirat für nachhaltige Entwicklung	nein	_	5 / 2
Queerpolitik	nein	2 / 1	
Strategien gegen Rechtsextremismus	ja	2 / 2	_
Verbraucherpolitik	ja[20]	_	_
Verteilungsgerechtigkeit und soz. Integration	nein	_	1 / 0

[19] Stand Oktober 2023
[20] 2 Sprecherinnen

4.2.4 Ausschussvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion[21]

Ausschuss	Weibliche Vorsitzende?
Ausschusses für Arbeit und Soziales	nein
Ausschusses für Auswärtiges	nein
Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	ja
Ausschusses für Kultur und Medien	ja
Ausschusses für Petitionen	ja
Ausschusses für Sport	nein
Ausschusses für Verkehr	nein
1. Untersuchungsausschusses (Afghanistan)	nein
Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung	nein

[21] Stand Oktober 2023

4.3 Bundesregierung

4.3.1 Weibliche Mitglieder der Bundesregierung[22]

Amt	Anzahl gesamt	davon Frauen	in %
Minister:innen	17	7	41,2
Staatsminister:innen	7	5	71,4
Parlamentarische Staatssekretär:innen	30	14	46,7
Staatssekretär:innen	34	15	44,1
Gesamt	88	41	46,6

4.3.2 Weibliche Mitglieder der Bundesregierung nach Parteizugehörigkeit[23]

Amt	Minister:innen/ davon Frauen	Staats-minister:innen/ davon Frauen	Parl. Staatssekretär:innen/ davon Frauen	Staats-sekretär:innen/ davon Frauen
SPD	8[24] / 3	3 / 2	13 / 7	8 / 3
Bündnis 90/ Die Grünen	5 / 3	4 / 3	9 / 5	9 / 4
FDP	4 / 1	0 / 0	8 / 2	2 / 1
CDU	-	-	-	2 / 1
Parteilos/ unbekannt	-	-	-	13 / 6
Gesamt	17 / 7	7 / 5	30 / 14	34 / 15

[22] Stand Juli 2023

4.4 Fraktionen der Länderparlamente

4.4.1 Weibliche Abgeordnete in den SPD-Landtagsfraktionen[25]

Bundesland	Mitglieder gesamt	davon Frauen	in %
Baden-Württemberg	19	3	15,8%
Bayern	21	11	52,4%
Berlin	34	16	47,1%
Brandenburg	25	7	28,0%
Bremen	27	9	33,3%
Hamburg	53	22	41,5%
Hessen	29	16	55,2%
Mecklenburg-Vorpommern	34	13	38,2%
Niedersachsen	57	19	33,3%
Nordrhein-Westfalen	56	24	42,9%
Rheinland-Pfalz	39	13	33,3%
Saarland	29	15	51,7%
Sachsen	10	4	40,0%
Sachsen-Anhalt	9	5	55,6%
Schleswig-Holstein	12	6	50,0%
Thüringen	8	4	50,0%
Gesamt	462	187	40,5%

[25] Stand Juli 2023

4.4.2 SPD-Fraktionsvorsitzende und Fraktionsvorstände[26]

Bundesland	Weibliche Fraktions-vorsitzende?	Stellv. Fraktions-vorsitzende gesamt/ davon Frauen	Frauenanteil im geschäftsfd. Fraktions-vorstand in % (Vorsitz plus Stellv. ohne PGF)
Baden-Württemberg[27]	nein	4 / 2	40,0
Bayern[28]	nein	3 / 2	50,0
Berlin	nein	4 / 3	60,0
Brandenburg	nein	5 / 2	33,3
Bremen	nein	2 / 1	33,3
Hamburg	nein	3 / 3	75,0
Hessen[29]	nein	5 / 2	33,3
Mecklenburg-Vorpommern	nein	4 / 2	40,0
Niedersachsen[30]	nein	6 / 2	28,6
Nordrhein-Westfalen[31]	nein	4 / 2	40,0
Rheinland-Pfalz	ja	4 / 2	60,0
Saarland[32]	nein	3 / 1	25,0
Sachsen[33]	nein	2 / 1	33,3
Sachsen-Anhalt	ja	1 / 0	50,0
Schleswig-Holstein[34]	ja	3 / 2	75,0
Thüringen[35]	nein	1 / 0	0,0
Gesamt	16 / 3	54 / 27	42,3

[26] Stand Juli 2023
[27] 1 Fraktionsgeschäftsführerin
[28] 1 Parlamentarische Geschäftsführerin
[29] 1 Parlamentarische Geschäftsführerin und 1 Vizepräsidentin des Landtags
[30] 1 Landtagspräsidentin und 1 Vizepräsidentin des Landtags
[31] 1 Parlamentarische Geschäftsführerin
[32] 1 Parlamentarische Geschäftsführerin
[33] 1 Parlamentarische Geschäftsführerin
[34] 1 Parlamentarische Geschäftsführerin
[35] 1 Parlamentarische Geschäftsführerin

4.5 Landesregierungen

4.5.1 Frauenanteil gesamt in den Landesregierungen, an denen die SPD beteiligt ist[36]

Bundesland	Frauenanteil in der Landesregierung insgesamt	in %	Frauenanteil unter den sozialdemokr. Regierungs-mitgliedern	in %
Berlin	11 / 7	63,6	5 / 4	80,0
Brandenburg	11 / 5	45,5	6 / 3	50,0
Bremen	10 / 6	60,0	5 / 3	60,0
Hamburg	12 / 5	41,7	8 / 3	37,5
Mecklenburg-Vorpommern	9 / 5	55,6	7 / 3	42,9
Niedersachsen	11 / 5	45,5	7 / 3	42,9
Rheinland-Pfalz	10 / 6	60,0	6 / 3	50,0
Saarland	7 / 3	42,9	7 / 3	42,9
Sachsen	12 / 3	25,0	2 / 1	50,0
Sachsen-Anhalt	10 / 5	50,0	2 / 1	50,0
Thüringen	10 / 4	40,0	3 / 1	33,3
Gesamt	113 / 54	47,8	58 / 28	48,3

[36] Stand Juli 2023

4.5.2 Frauenanteil nach Parteizugehörigkeit in den Landesregierungen, an denen die SPD beteiligt ist

Bundesland	Regierungs-konstellation	Regierungsmitglieder insgesamt[37]/ davon sozialdemokratische Regierungsmitglieder	Weibliche Regierungs-mitglieder insgesamt und nach Parteizugehörigkeit
Berlin	- CDU - SPD	11 / 5	**7** CDU: 3 (davon 1 parteilos, aber von CDU nominiert) SPD: 4
Brandenburg	- SPD - CDU - Bündnis 90/Die Grünen	11 / 6	**5** SPD: 3 CDU: 1 Bündnis 90/Die Grünen: 1
Bremen	- SPD - Bündnis 90/Die Grünen - Die Linke	10 / 5	**6** SPD: 3 Bündnis 90/Die Grünen: 1 Die Linke: 2
Hamburg	- SPD - Bündnis 90/Die Grünen	12 / 8	**5** SPD: 3 Bündnis 90/Die Grünen: 2
Mecklenburg-Vorpommern	- SPD - Die Linke	9 / 7	**5** SPD: 3 Die Linke: 2
Niedersachsen	- SPD - Bündnis 90/Die Grünen	11 / 7	**5** SPD: 3 Bündnis90/Die Grünen: 2

[37] Einschließlich Ministerpräsident:innen bzw. Reg. Bürgermeister:innen, Stand 11. Juli 2023.
In Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein ist die SPD nicht an der Regierung beteiligt.

Rheinland-Pfalz	- SPD - Bündnis90/Die Grünen - FDP	10 / 6	**6** SPD: 3 Bündnis90/Die Grünen: 2 FDP: 1
Saarland	- SPD	7 / 7	**3** SPD: 3
Sachsen	- CDU - Bündnis 90/Die Grünen - SPD	12 / 2	**3** CDU: 1 Bündnis90/Die Grünen: 1 SPD: 1
Sachsen-Anhalt	- CDU - SPD - FDP	10 / 2	**5** CDU: 3 SPD: 1 FDP: 1
Thüringen	- Die Linke - SPD - Bündnis 90/Die Grünen	10 / 3	**4** Die Linke: 2 SPD: 1 Bündnis90/Die Grünen: 1

5. BERICHT DER BUNDES-SGK

5.1 Frauenanteil bei kommunalen Mandatsträger:innen in den Bundesländern[38]

Der Deutsche Städtetag hat die Ratsmitglieder der Gemeinden mit 10.000 und mehr Einwohner:innen (auch nach Parteizugehörigkeit) zum letzten Mal für das Jahr 2012 zum 01.01.2013 erfasst. Seitdem liegt keine systematische statistische Erfassung der Zahl der Mitglieder in den Vertretungskörperschaften im Hinblick auf ihren Frauenanteil und ihre Parteizugehörigkeit vor. Die Statistischen Landesämter nehmen nur teilweise entsprechende Auswertungen der Kommunalwahlergebnisse vor. Liegen diese vor, dienen sie als Grundlage für die nachstehende Erhebung.

Bundesland	kommunale Mandatsträger			davon Frauen		
	kreisangehörig	kreisfrei	Landkreis	kreisangehörig	kreisfrei	Landkreis
Baden-Württemberg	18.675		2.253	5.006 / 26,8 %		510 / 22,6 %
Bayern	31.780	1.172	4.370	7.056 / 22,2 %	395 / 33,7	1.210 / 27,7 %
davon SPD	2.922	218	520	874 / 29,9 %	91 / 41,7 %	155 / 29,8 %
Berlin[39]	660			283 / 42,9 %		
davon SPD	164			83 / 50,6 %		
Brandenburg	5.891	198	742	25,2 %	58 / 29,3 %	202 / 27,2 %
davon SPD	667	32	130	29,7 %	12 / 37,5 %	40 / 30,8 %
Bremen[40]	120			48 / 40,0 %		
davon SPD	36			13 / 36,1 %		
Hamburg[41]	357			150 / 42,0 %		

[38] Quelle: Erhebung der Bundes-SGK (Stand 01.09.2023)
[39] In Berlin beziehen sich die Angaben auf die Sitze in den Bezirksverordnetenversammlungen der 12 Bezirke bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus und den BVVs im Jahr 2021. Für die aktuelle Wahl im Jahr 2023 liegen keine statistischen Auswertungen vor.
[40] Die Angaben zu kommunalen Mandatsträger:innen im Land Bremen beziehen sich auf die Zahlen der Bremischen Stadtbürgerschaft sowie die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bremerhaven.
[41] In Hamburg beziehen sich die Angaben auf die Sitze in den Bezirksversammlungen der 7 Bezirke bei den Wahlen 2019.

davon SPD	90			35 / 38,9 %		
Hessen	12.139	387	1.533	3.427 / 28,2 %	185 / 47,8 %	558 / 36,4 %
davon SPD	3.434	82	394	1.051 / 30,6 %	40 / 48,8 %	167 / 42,4 %
Mecklenburg-Vorpommern	6.789	98	422	k.A.	27 / 27,6 %	103 / 24,4 %
davon SPD	409	16	67	k.A.	5 / 31,3 %	17 / 25,4 %
Niedersachsen	15.682	374	1966	k.A.	135 / 36,1 %	597 / 30,4 %
davon SPD	4.243	711		k.A.	k.A.	
Nordrhein-Westfalen	15.418		1.994	4.382 / 28,4 %		674 / 33,8 %
davon SPD	3.768		462	1.257 / 33,4 %		197 / 42,6 %
Rheinland-Pfalz	30.505	600	1.068	6.598 / 21,6 %	215 / 35,8 %	301 / 28,2 %
davon SPD	k.A.	244	137	k.A.	k.A.	k.A.
Saarland	1.758		204	k.A.	k.A.	52 / 25,5 %
davon SPD	591		65	k.A.	k.A.	k.A.
Sachsen	6.885		902	1.422 / 20,7 %		151 / 16,7 %
davon SPD	292		76	78 / 26,7 %		18 / 23,7 %
Sachsen-Anhalt	4.151	162	558	k.A.	42 / 25,9 %	104 / 18,6 %
davon SPD	440	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Schleswig-Holstein	13.048	894		3.672 / 28,1 %	298 / 33,3 %	
davon SPD	1.456	k.A.		497 / 34,1 %	k.A.	
Thüringen	7.125	216	770	1.440	71 / 32,9 %	181 / 23,5 %
davon SPD	346	k.A.	k.A.	79 / 22,8 %	k.A.	k.A.

5.2 Weibliche Vorsitzende der SPD-Großstadt- und Kreistagsfraktionen[42]

Fraktionsvorsitzende	Anzahl gesamt / davon Frauen	in %	Veränderung seit 2021
In Städten mit 100.000 und mehr EW	87 / 26	29,9 %	
in Kreisen[43]	294 / 52	18,2 %	
Gesamt	381 / 79	20,7 %	

5.3 Von sozialdemokratischen Frauen besetzte Führungspositionen auf kommunaler Ebene[44]

	Sozialdemokratische Amtsinhaber:innen gesamt / davon Frauen	in %	Veränderung seit 2021
Oberbürgermeisterinnen[45]	92 / 10	10,9 %	
Bürgermeisterinnen in Städten mit mehr als 50.000 EW[46]	24 / 4	16,7 %	
Landrätinnen	60 / 6	10,0 %	

[42] Quelle: Erhebung der Bundes-SGK (Stand 01.09.2023)
[43] inkl. der Städteregion Aachen; Region Hannover; Regionalverband Saarbücken;
[44] Quelle: Erhebung der Bundes-SGK (Stand 01.09.2023)
[45] Die Gemeindeordnungen der Länder unterscheiden sich stark in der Festlegung, in welchen Städten der Bürgermeister / die Bürgermeisterin den Titel "Oberbürgermeister/in" führt: In Baden-Württemberg und Sachsen kommt diese Amtsbezeichnung ab 20.000 Einwohner:innen vor, in Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt ab 25.000, in Bayern und im Saarland ab 30.000, in Hessen ab 50.000. In den übrigen Ländern geht der Oberbürgermeister:innentitel mit dem kreisfreien Status der Stadt einher (Hier sind alle Oberbürgermeisterinnen in Städten mit mehr als 20.000 Einwohnern berücksichtigt).
[46] Zu den Bürgermeisterinnen wurden die Bezirksbürgermeisterinnen in Berlin mit hinzugerechnet

5.4 Frauen im Vorstand der Bundes-SGK und in den Vorständen der Landes-SGK[47]

	Ordentliche Mitglieder / davon Frauen	in %	Veränderung seit 2021
Bundes-SGK	31 / 11	35,5 %	
SGK Baden-Württemberg	23 / 9	39,1 %	
SGK Bayern	31 / 7	22,6 %	
SGK Berlin	22 / 8	36,4 %	
SGK Brandenburg	14 / 5	35,7 %	
SGK Bremen	7 / 3	42,9 %	
SGK Hamburg	15 / 5	33,3 %	
SGK Hessen	23 / 10	43,5 %	
SGK Mecklenburg-Vorpommern	14 / 6	42,9 %	
SGK Niedersachsen	36 / 13	36,1 %	
SGK Nordrhein-Westfalen	30 / 11	36,7 %	
SGK Rheinland-Pfalz	16 / 6	37,5 %	
SGK Saarland	20 / 6	30,0 %	
SGK Sachsen	9 / 3	33,3 %	
SGK Sachsen-Anhalt	9 / 2	22,2 %	
SGK Schleswig-Holstein	11 / 4	36,4 %	
SGK Thüringen	9 / 4	44,4 %	

[47] Quelle: Erhebung der Bundes-SGK (Stand 01.09.2023)

6. HAUPTAMTLICHE MITARBEITER:INNEN

6.1 SPD-Parteivorstand[48]

	Frauen		Männer	
	absolut	in %	absolut	in %
Abteilungsleiter:innen	1	33,3	2	66,6
Presseprecher:in/stellv. Pressesprecher:in	1	33,3	2	66,6
Büroleitung/Leiter:innen	3	60	2	40
(persönliche) Referent:innen in Vorstandsbüros	2	28,6	5	71,4
Referatsleiter:innen	6	55,5	5	45,5
Referent:innen	36	52,2	33	47,8
Sachbearbeiter:innen	22	71	9	29
Sekretär:innen	24	82,8	5	17,2
Mitarbeiter:innen im technischen Bereich und Bürobereich	5	71,4	2	28,6
Auszubildende	2	66,6	1	33,3
Fahrer	0	0	4	100
Gesamt	102	60,7	70	39,3

[48] Quelle: Stellenbesetzungsplan Stand Mai 2023

6.2 Landesverbände und Bezirke[49]

Landesverband/Bezirk	Leitende Landes-/ Bezirksgeschäfts-führer:innen gesamt / davon Frauen	Landes-/ Bezirksgeschäfts-führer:innen gesamt / davon Frauen	Referent:innen gesamt/ davon Frauen
Baden-Württemberg	1 / 0	9 / 1[50]	6 / 4
Bayern	-	-	-
Berlin	1 / 0	0 / 0	3 / 2
Brandenburg	1 / 1	2 / 1	2 / 1
Bremen	1 / 0	0 / 0	0 / 0
Hamburg	1 / 0	1 / 0	10 / 5
Hessen	1 / 1	0 / 0	5 / 2
Hessen-Nord	1 / 0	0 / 0	2 / 0
Hessen-Süd	1 / 0	13 / 3[51]	2 / 2
Mecklenburg-Vorpommern	1 / 0	0 / 0	6 / 2
Niedersachsen	1 / 0	2 / 1	2 / 0
Niedersachsen – BZ Braunschweig	1 / 0	1 / 0	2 / 2
Niedersachsen – BZ Hannover	1 / 0	1 / 0	2 / 1
Niedersachsen – BZ Nord-Niedersachsen	1 / 0	1 / 0	0 / 0
Niedersachsen – BZ Weser-Ems	1 / 0	4 / 0	0 / 0
Nordrhein-Westfalen	1 / 0	0 / 0	26 / 13
Rheinland-Pfalz	2 / 1	9 / 3	6 / 4
Saar	1 / 1	0 / 0	2 / 0
Sachsen	1 / 0	0 / 0	4 / 2
Sachsen-Anhalt	1 / 0	2 / 1	1 / 1
Schleswig-Holstein	1 / 0	1 / 1	2 / 0
Thüringen	1 / 0	2 / 0	3 / 1
Gesamt	22 / 4	48 / 13	87 / 42

[49] Quelle: Landesverbände und Bezirke; Stand September 2023
[50] Regionalgeschäftsführer:innen
[51] Eigentlich 4 Frauen, aktuell wird aber eine Stelle durch einen Mann vertreten

FORTSCHRITTSBERICHT ZUR INTERKULTURELLEN ÖFFNUNG DER SPD

Bundesparteitag Berlin
8. bis 10. Dezember 2023

SPD Soziale Politik für Dich.

Fortschrittsbericht zur interkulturellen Öffnung der SPD

Im organisationspolitischen Grundsatzprogramm der SPD, beschlossen durch den Berliner Parteitag vom 4. bis 6. Dezember 2011, heißt es:

„Vielfalt gestalten“

Die SPD setzt sich für soziale Gerechtigkeit in einer offenen und solidarischen Gesellschaft ein. Das bedeutet, allen Menschen, die in unserem Land leben, gleiche Chancen zu geben, unabhängig von ihrer Herkunft. Das ist unser historisches Selbstverständnis und unser Auftrag für die Zukunft. Als Partei gehen wir mit gutem Beispiel voran. In einer Zeit, in der immer mehr Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion und Weltanschauung in unserem Land zusammenleben, müssen wir vielfältiger werden, um Volkspartei zu bleiben. Wir eröffnen deshalb Menschen, die oder deren Vorfahren nach Deutschland eingewandert sind, bessere Chancen denn je, in unsere Partei einzusteigen und in ihr aufzusteigen. Die SPD setzt sich das Ziel, dass in allen Führungsgremien der Bundespartei zukünftig 15 Prozent der Mitglieder über eine Migrationsgeschichte verfügen. Alle anderen Parteigliederungen sollen, auf ihre konkrete Situation bezogen, eigene Ziele abstecken. Der SPD Parteivorstand benennt zukünftig aus seinen Reihen eine/einen Verantwortliche/n für die interkulturelle Öffnung der Partei, die/der den Gremien regelmäßig über die Fortschritte in diesem Bereich informiert und Handlungsempfehlungen für die weitere Öffnung gibt. Vor Ort übernehmen die Mitgliederbeauftragten eine besondere Verantwortung für die interkulturelle Öffnung der Partei. Um das zu unterstützen, wird die Parteischule entsprechende Schulungsangebote für Haupt- und Ehrenamtliche entwickeln. Darüber hinaus qualifizieren wir Migrant/innen und Aussiedler/innen, um ihre Aufstiegschancen in der Partei zu erhöhen. Wir vertiefen außerdem den Dialog mit Migrantenselbstorganisationen und weiteren Bündnispartnern in diesem Bereich.“

Vorbemerkung:

Eine Einwanderungsgeschichte bzw. Migrationshintergrund haben (gemäß der Definition des Statistischen Bundesamtes) Einwohner*innen, die nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugezogen sind, alle in Deutschland geborenen Ausländer/-innen und alle in Deutschland mit deutscher Staatsangehörigkeit, Geborene mit zumindest einem zugezogenen oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil. Den tatsächlichen Anteil von SPD-Mitgliedern statistisch zu erfassen, die einen Migrationshintergrund haben, ist nicht möglich. Zwar wird die Staatsangehörigkeit unserer Mitglieder erfasst, ein möglicher Migrationshintergrund jedoch nicht.

Die Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt feiert 2023 ihr zehnjähriges Bestehen. Wie die gesamte deutsche Bevölkerung ist seitdem auch die SPD in ihrer Mitgliedschaft vielfältiger geworden. Erkennbar bleibt aber, dass die gleichberechtigte Teilhabe von Mitgliedern mit Einwanderungsgeschichte in unserer Partei nicht automatisch stattfindet, regional sehr unterschiedlich verläuft und der weiteren Förderung bedarf. Auch deshalb ist es notwendig, die bisherigen Entwicklungen darzustellen, zumal die Kennzahlen zur Vielfalt innerhalb der Partei auch medial immer wieder aufgegriffen werden. Der vorliegende Fortschrittsbericht zeigt anhand aktuell vorliegender Informationen die Entwicklung der interkulturellen Öffnung der SPD.

I. GREMIEN DER SPD

1. SPD-Parteivorstand

Von den derzeit 32 Mitgliedern des aktuellen SPD-Parteivorstandes stammen drei (9,4%) Genossinnen und Genossen aus einer Familie mit Einwanderungsgeschichte; im zurzeit 12- köpfigen Präsidium ist es eine Genossin (8,3%).

2. Landesverbände und Bezirke

Es gibt 2 SPD Landesvorsitzende und 1 Bezirksvorsitzenden mit Einwanderungsgeschichte.

3. Arbeitsgemeinschaften Migration und Vielfalt

In folgenden Landesverbänden und Bezirken ist die Arbeitsgemeinschaften Migration und Vielfalt vertreten: Berlin, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Bremen, Hamburg, Saarland, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Bayern, Hessen Nord, Hessen Süd, Sachsen-Anhalt, Baden- Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen und Braunschweig. Weiterhin ohne AG ist der Bezirk Nord-Niedersachsen.

II. PARLAMENTE

1. Bundestag: Anteil von Abgeordneten mit Einwanderungsgeschichte in der SPD Fraktion

In der SPD-Fraktion des 20. Deutschen Bundestags haben 35 von insgesamt 206 Abgeordneten einen Migrationshintergrund. Das entspricht 17 Prozent der Abgeordneten.

2. Landtage: Anteil von Abgeordneten mit Einwanderungsgeschichte in der SPD Fraktion

Vorbemerkung: Diese Ergebnisse erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, da es keine systematische Befragung der einzelnen Abgeordneten in den Fraktionen gab und einige Angaben auf eigenen Recherchen bzw. Schätzungen der Fraktionsgeschäftsstellen beruhen. Die jeweiligen Mitglieder- und Bevölkerungsstrukturen vor Ort und die regional unterschiedlich hohen Einwanderungszahlen der letzten Jahrzehnte vor Ort sind zu berücksichtigen.

Baden-Württemberg	11.280.257	3.801.446	154	19	1
Bayern	13.369.393	3.489.000	203	17	1
Berlin	3.755.251	1.265.519	159	34	8
Brandenburg	2.573.135	249.594	88	25	0
Bremen	684.864	267.781	87	28	12
Hamburg	1.892.122	662.242	123	53	11
Hessen	6.391.360	2.179.453	137	29	2
Mecklenburg-Vorpommern	1.628.378	130.270	79	34	1
Niedersachsen	8.140,242	1.904.816	146	57	2
Nordrhein-Westfalen	18.139.116	5.659.404	195	56	6
Rheinland-Pfalz	4.159.150	1.135.447	101	39	1
Saarland	992.666	239.232	51	29	5
Sachsen	4.086.152	396.356	119	10	0
Sachsen-Anhalt	2.186.643	198.984	97	9	0
Schleswig-Holstein	2.953.270	567.027	69	12	1
Thüringen	2.126.846	193.542.	90	8	0

III. ANGEBOTE DER PARTEISCHULE (BERICHT DER PARTEISCHULE)

In den Bewerbungs- und Anmeldeverfahren der Parteischule erfragt der SPD Parteivorstand keine Angaben zum Familienstatus, der Herkunft, Nationalität, Religion oder zur sexuellen Orientierung. Grundsätzlich werden die Angebote der „SPD Parteischule“ auch von SPD-Mitgliedern mit Migrationshintergrund aktiv genutzt. Das gilt für die betriebliche Weiterbildung der Hauptamtlichen ebenso wie für die „SPD/SGK Kommunalakademie “, die Kurse „Frauen an die Macht“, die „Train-the-Trainer“-Lehrgänge, die SPD OnSeminare sowie die „SPD Führungsakademie “. SPD-Mitglieder mit Migrationshintergrund haben in großer Zahl bereits an den verschiedenen Kursen erfolgreich teilgenommen. Erkennbar haben sie ihre politische Wirkung steigern können und auch ihren Weg innerhalb der Gremien und Parlamente beschritten.

IV. HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Trotz einiger Erfolge wie einer diverseren SPD-Bundestagsfraktion fehlt der SPD mit ihren rund 400.000 Mitgliedern eine Strategie, wie wir Menschen mit ethnisch-diversen Hintergründen ansprechen, für unsere Partei werben und für politische Ämter fördern und ausbilden – auf Ebene der Ehren- und Hauptamtlichen bis hin zum Spitzenpersonal. Von dem angestrebten 15-prozentigen Anteil in den Führungsgremien der Partei insgesamt immer noch weit entfernt.

Die Anstrengungen seitens des Parteivorstandes und aller anderen Organisations- und die Bemühungen in allen Struktureinheiten der Partei, Mitglieder mit familiären Einwanderungsgeschichten gleichberechtigt und wirksam in den innerparteilichen Gestaltungs- und Mitbestimmungsprozess einzubinden, müssen intensiviert und mit Zielen und Maßnahmen hinterlegt werden. Viele Unternehmen und Organisationen haben ihren Nachholbedarf erkannt und entwickeln eigene Strategien. Auch für politische Parteien besteht hier Handlungsbedarf.

Es wird empfohlen, dass sich der SPD-Parteivorstand mit der Erarbeitung einer SPD-Diversitätsstrategie befasst. Die Strategie soll das Ziel verfolgen, die SPD zu einer ethnisch-kulturell diverseren und inklusiven Organisation weiterzuentwickeln. Dafür wollen wir uns stärker für die Lebensrealitäten von Menschen mit Migrationshintergrund und Ihnen in der Sozialdemokratie ein attraktives Beteiligungs- und Mitmachangebot unterbreiten. Für eine bessere Sichtbarkeit und Partizipation aller Menschen der Einwanderungsgesellschaft müssen wir die Funktionsweisen der Organisation hinterfragen und, wo notwendig, modernisieren.

SPD.DE

Impressum: SPD-Parteivorstand, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin.